

InkriT-Nachrichten

Tagung 2007 und Themen der kommenden Argument-Hefte 246

Großer Widerspruch China

Wolfgang Fritz Haug

Großer Widerspruch nach vorn? Editorial 1

Politische Ökonomie, Sozialstruktur und Recht

Oskar Negt

Das größte Gesellschaftsexperiment der Gegenwart 11

Stefan Schmalz

Ein Entwicklungsland als werdende Weltmacht 30

Hyekyung Cho

Die USA – ein unbequemer Patron für Chinas Wirtschaftswunder 40

Gian Carlo Delgado Ramos

China in der Hochtechnologie-Konkurrenz 52

Boy Lüthje

Ökonomische Modernisierung und industrielle Beziehungen im neuen chinesischen Kapitalismus 61

Rolf Geffken

Transformation und Recht in China 76

Helmut Peters

Anmerkungen zum Beitrag von Rolf Geffken »Transformation und Recht in China« 89

Redaktion dieser Ausgabe

Stefan Schmalz (Koordination), Mario Candeias,
Daniel Fastner, Florian Flörsheimer, Frigga Haug,
Wolfgang Fritz Haug, Thomas Hock, Thomas
Sablowski, Jutta Meyer-Siebert, Frido Wenten

Rezensionsredaktionen

Mario Candeias (Ökonomie)
Claudia Gdaniec (Frauenredaktion)
Wolfgang Fritz Haug (Philosophie)
Richard Heigl (Geschichte)
Peter Jehle (Literatur)
Erwin Riedmann (Soziologie)
Ingar Solty (Soziale Bewegungen und Politik)
Thomas Weber (Kultur)
Gerhard Zimmer (Pädagogik)

Gesamtkoordination Vanessa Lux

Redaktionsbüro

Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin
Tel. +49-(0)30-611 41 82 · Fax -611 42 70
redaktion@argument.de · www.inkrit.org

Buchhandelsauslieferung

Prolit Verlagsauslieferung
Tel. +49-(0)641-4 30 71, Fax -4 27 73

Einzelbestellungen und Abonnementsverwaltung

Argument Versand
Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin
Tel. +49-(0)30-6 11 39 83 · Fax -6 11 42 70
versand@argument.de

Arbeits- und Umweltkämpfe

Anita Chan

*Arbeitsbeziehungen in China: zwischen organisiertem und
neoliberalem Kapitalismus* 92

Robin Munro und Michael Zhang

Arbeitskämpfe in China. Gespräch mit Jerry Harris 98

Minqi Li

Der Aufstieg Chinas und das Zeitalter des Übergangs 105

Dale Jiajun Wen

Chinas ökologische Krise und die Entstehung von Umweltbewegungen 112

Geschlechterverhältnisse

Tae-Hee Hong

*Ahnenkult, Produktionsweise und Geschlechterverhältnisse im
»Neuen China« und in der »Neuen Ära Chinas«* 122

Bettina Gransow

*Umsiedlerinnen. Warum Verarmungsrisiken bei unfreiwilliger Migration
in China für Frauen (noch) größer sind als für Männer* 129

Wei Xiaoping

*Für die Erhaltung der Geschlechtergleichstellung in der
sozialistischen Marktwirtschaft* 141

Christa Wichterich

Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus 143

Nicola Spakowski

*»Die Welt besteht nicht nur aus einem Dorf« – Feminismus in China zwischen
westlicher Dominanz und chinesischer Selbstbestimmung* 151

Ideologie und Politik des Kulturellen

Thomas Heberer und Anja Senz

Chinas neuer Nationalismus 163

Thomas Hock

Der Konfuzianismus – eine Legitimationsideologie des chinesischen Staates? 174

Chenshan Tian

Chinesische Dialektik: die historische Entwicklung des Marxismus in China .. 184

David Salomon

West-östlicher Marxismus. Entgegnung auf Chenshan Tian 193

Ulrike Eifler und Wei Yiming

Die Zeitschrift Dushu – Organ für eine unorganisierte »Neue Linke« 195

Kultur, Kunst und Lebensweise

Cao Weidong und Liu Hongxia <i>Die Wirkungsgeschichte von Bertolt Brecht in China</i>	201
Eva Müller <i>Zum Wandel der chinesischen Literatur in den letzten Jahrzehnten</i>	208
Florian Flörsheimer »Wir wollen kein Teil dieser Gesellschaft sein«. <i>Zur Rockmusik in China</i>	218
Zhang Xianmin <i>Parallelwelten des chinesischen Films</i>	223
Wolfgang Haible <i>Impressionen aus Peking</i>	228

Manfred Wekwerth <i>Brechts ›Einfachheit‹</i>	231
Ingar Solty <i>Der Chronist der Schmuttelkinder. Zum 75. Geburtstag von Franz Josef Degenhardt</i>	242
Nachrichten aus dem Patriarchat (Frigga Haug)	246
Personenangaben; Summaries; Zeitschriftenschau	306
Jahresinhaltsverzeichnis	I*-XII*

Besprechungen**Philosophie**

Knight, Nick, <i>Marxist Philosophy in China: From Qu Qiubai to Mao Zedong, 1923-1945</i> (Thomas Hock)	249
Tian, Chenshan, <i>Chinese Dialectics – From Yijing to Marxism</i> (David Salomon)	193
Jaeggi, Rahel, <i>Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems</i> (Armin Kuhn)	250
Lecerle, Jean-Jacques, <i>Une philosophie marxiste du langage</i> (Daniel Fastner)	252

Sprache und Literatur

Kralle, Jianfei, u. Dennis Schilling (Hg.), <i>Schreiben über Frauen in China (Lena Correll)</i>	253
Kugli, Ana, u. Michael Opitz (Hg.), <i>Brecht Lexikon</i> (Robert Cohen)	254
Hermanns, Silke, <i>Trümmer (in) der Erinnerung. Strategien des Erzählens über die unmittelbare Nachkriegszeit</i> (Helmut Peitsch)	256

Klüger, Ruth, <i>Gelesene Wirklichkeit. Fakten und Fiktionen in der Literatur</i> (Eva Geber)	259
Snyder, Jon R., <i>L'estetica del Barocco</i> (Manfred Hinz)	260

Kunst und Kultur

Rancière, Jacques, <i>Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien</i> (Jutta Held)	262
Wayne, Mike (Hg.), <i>Understanding Film. Marxist perspectives</i> (Mario Scalla)	263
Berry, Chris, <i>Postsocialist Cinema in Post-Mao China. The Cultural Revolution after the Cultural Revolution</i> (Daniel Fastner)	265
Bredenkamp, Horst, <i>Darwins Korallen. Frühe Evolutionsmodelle und die Tradition der Naturgeschichte</i> (Sven Werkmeister)	266

Pädagogik

Haug, Frigga, u. Ulrike Gschwandtner, <i>Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend</i> (Georg Auernheimer)	268
Beinke, Lothar, <i>Berufswahl und ihre Rahmenbedingungen. Entscheidungen im Netzwerk der Interessen</i> (Andreas Gmelch)	269
Hamburger, Franz, Tarek Badawia u. Merle Hummrich (Hg.), <i>Migration und Bildung. Über das Verhältnis von Anerkennung und Zumutung in der Einwanderungsgesellschaft</i> (Georg Auernheimer)	270
Forum Demokratischer AtheistInnen (Hg.), <i>Mission Klassenzimmer. Zum Einfluss von Religion und Esoterik auf Bildung und Erziehung</i> (Dick Boer)	272

Soziologie

Wacquant, Loïc, <i>Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays</i> (Christian Schröder)	273
Davis, Mike, <i>Planet of Slums</i> (Erwin Riedmann)	275
Jessop, Bob, u. Ngai-Ling Sum, <i>Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place</i> (Patrick Eser)	277
Rehbein, Boike, <i>Die Soziologie Pierre Bourdieus</i> (Irene Dölling)	278
Brück, Brigitte, <i>Frauen und Rechtsradikalismus in Europa</i> (Katharina Zeiher)	280

Soziale Bewegungen und Politik

Bergmann, Theodor, <i>Rotes China im 21. Jahrhundert</i> (Christoph Görg)	281
Chang, Maria Hsia, <i>Falun Gong: The End of Days</i> (Thomas Hock)	283
Möller, Kay, <i>Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949 bis 2004</i> (Alexander M. Thanner)	284

Fortsetzung auf S. XIV

Editorial

Großer Widerspruch nach vorn?

1. Chinas Reformpolitik als Antwort auf die kommunistische Erfahrung das 20. Jahrhunderts

In den Medien multiplizieren sich die Berichte über China. Begonnen hatte es mit Wirtschaftsnachrichten, zunehmend kam die Politik hinzu, schließlich Features über Aspekte der Lebensweise, der Kultur und Kunst, über Kontroversen und sozial und ökologisch motivierte Konflikte. Überdies ist China als eines der Auswanderungsländer ›unserer Arbeitsplätze‹ und als der Welt größte Macht des Sozial- und Umweltdumpings im Gerede. Zugleich werden immer mehr Facharbeiter, Ingenieure und Manager von ihren Firmen nach China geschickt. Nicht anders als die Touristen bestaunen sie dort, wie dieses Niedriglohnland mit den markant protzenden Hochhäusern seiner Metropolen Europa in den Schatten zu stellen scheint, während es zugleich in den Smog-Schatten der Umweltverschmutzung eintaucht und in der Geschwindigkeit, mit der die Schere zwischen Armut und Reichtum sich öffnet, alle Rekorde bricht. Ein Entwicklungsland als werdende Weltmacht? Schon jetzt ist China eine Weltmarktmacht, deren Rohstoffimporte nicht weniger als ihre Exportoffensive die Preise und damit die Kapital-Allokation der ganzen Welt in Bewegung gebracht haben. Vor allem aber ist China zum vorrangigen Akkumulationsmedium geworden. Immer mehr transnationales Kapital drängt dorthin, wo es sich von chinesischer Arbeit ›transsubstanziieren‹ lässt, um sich dann vermehrt in den ›Metropolen‹ zu realisieren. Am Horizont aber winkt die Vision eines ungeheuerlichen Marktes, wenn sich erst die 1,3 Milliarden Chinesen in Bank- und Versicherungskunden und in Käufer ›westlicher‹ Markenartikel verwandeln ließen.

Diejenigen, für die der Kapitalismus etwas Natürliches ist, sehen allenfalls Widersprüche *in* China. Anders wer marxistisch denkt. Von diesem Standpunkt aus ist es zunächst ein schriller Widerspruch, dass eine kommunistische Partei unterm Banner eines in der Verfassung festgeschriebenen ›sinisierten‹ Marxismus-Leninismus (vgl. Tian und Salomon in diesem Band) die kapitalistische Entwicklung des Landes betreibt. Das stellt die Welt der Linken auf den Kopf. Es liegt dann nahe, von Verrat und Täuschung zu sprechen. Die KPCh verhielte sich demnach frei nach jener Losung, die ein maghrebinischer Potentat schon vor einem halben Jahrhundert verkündet hat: »Marokko muss in der Erscheinung sozialistisch und kapitalistisch im Wesen sein.« Es wäre indes ebenso unproduktiv, die Erfolge kritiklos zu feiern oder die ideologischen Legitimationsmuster zu reproduzieren wie von links ein Sündenregister der chinesischen Entwicklung aufzumachen. Zunächst gilt es, die Widersprüche dieses »größten Gesellschaftsexperiments der Gegenwart« (Negt) in den Blick zu bekommen. Vor allem jedoch muss sich der Versuch, von marxistischem Standpunkt die eigentümliche Verbindung einer ›kommunistischen‹ Parteidiktatur mit einem nationalen und einem transnationalen Kapitalismus zu analysieren, mit einer Reihe

von Vorfragen auseinandersetzen: Wie ist die aus Bürgerkrieg und Revolution hervorgegangene chinesische Gesellschaftsform zu begreifen? Und wie sind die durch die Kulturrevolution veränderte Gesellschaft und deren weitere Entwicklungschancen einzuschätzen? Welche Rolle spielt das Scheitern des einstigen bolschewistischen Vorbilds? Wer die marxistische Praxis, zumal die kommunistische Erfahrung des 20. Jahrhunderts insgesamt außer Acht lässt, wird nichts begreifen: Auf der Gegenseite zur bürgerlich-kapitalistischen herrschte die befehlsadministrative Industrialisierung vor. Nach großen Anfangserfolgen zersetzte diese den ›subjektiven Faktor‹ der ausführenden Klasse und, auf andere Weise, auch den der disponierenden Nomenklatura, die sich zudem als unfähig erwies, einen qualitativen und quantitativen Wirkungsgrad im Umgang mit den menschlichen und naturalen Ressourcen zu erzielen, der mit dem des Kapitalismus hätte konkurrieren können.¹ Das entsprechende Scheitern in China beim Versuch, befehlsadministrativ zu einer sich intensiv reproduzierenden modernen Industriegesellschaft überzugehen, bildet den einen Nullpunkt der jetzigen Entwicklung. Den zweiten Nullpunkt bildet die Kulturrevolution. Idealerweise ging es bei ihr darum, »die absolute Autorität von Partei und Staat zu zerschlagen, um dem Ziel eines Fortschreitens zu wirklicher Volkssouveränität näher zu kommen« (Wang Hui 2006, 35). Realiter vernichtete sie wissenschaftliche und kulturelle Produktivität und installierte über einen entfesselten Totalitarismus vor allem jugendlicher Massen ein von Mao personifiziertes radikalisiertes Führerprinzip. Als verlogen-diskret beschwiegenes Unthema (vgl. Siemons 2006) wirkt sie bis in die Gegenwart in Gestalt ihres extremen Gegenteils nach, als Legitimationsquelle einer »entpolitisierten oder antipolitischen politischen Ideologie«, die Wang Hui (39) mit Begriffen von Carl Schmitt als solche beschreibt, ohne ihre dialektische Einheit mit ihrem verdrängten Gegensatz, der Kulturrevolution, die Wang idealisiert, zu erkennen.

Der Große Widerspruch China ist also einer im Marxismus. Ob sie das begreift, ist das entscheidende Kriterium für eine marxistische Analyse. Dass sie das Problem als ihr eigenes annimmt, hebt sie über bürgerliche Betrachtungen hinaus. Das Negative, von dem die gegenwärtige chinesische Politik sich so entschlossen abstößt, ist integraler Teil der Marxismusgeschichte. Angesichts des Scheiterns der Perestrojka schließlich, sowie der Fehler, die in Osteuropa mit der Schocktherapie gemacht worden sind, muss China einen »Weg ohne Vorbild« gehen, wie Wu Shuqing, der ehemalige Rektor der Peking-Universität, bei einer pekinger Tagung über die Zukunft des Sozialismus gesagt hat. Er fügte hinzu, dieser Weg müsse graduierlich und im gesicherten institutionellen Rahmen des Staatssozialismus verlaufen.

2. *Der rote Drache versucht, den kapitalistischen Tiger zu reiten*

China gleicht einem Hybrid: Weit hinaus über Lenins Wende weg vom Kriegskommunismus zur »Neuen Ökonomischen Politik«, bei der die Kommunistische Partei von den »Kommandohöhen« des Staates aus eine »gemischte Wirtschaft« entwickeln

1 Vgl. den »Abriss einer Apathiemaschine« in Haug 1989, 129-81, wo die Selbstdiagnosen des Scheiterns der SU in einen systematischen Zusammenhang gebracht sind.

sollte, die unterschiedliche Produktionsweisen kombiniert mit einem Sektor ausländischen Kapitals, hat die KPCh eine stürmische (und zum Teil wilde) kapitalistische Entwicklung entfesselt, die sie im Sinne einer Entwicklung des Landes und dessen Übergang zu einer modernen Industriegesellschaft zu regulieren versucht. Vieles sieht nach Manchesterkapitalismus aus. Lassen sich diese Umwälzungen noch als Durchgangsstation auf dem Wege zu den industriegesellschaftlichen Voraussetzungen eines Sozialismus begreifen, der die Phase eines Bauernkommunismus endgültig hinter sich gelassen hätte? Das Vehikel der Transformation wäre dann die Akkumulation des transnationalen Kapitals. Sofern China nur Medium dieser Akkumulation ist, wäre die chinesische Akkumulation ein Nebenprodukt. In China wie in den anderen in die Dynamik hineingezogenen asiatischen Ländern würde dann die Produktion unter der Herrschaft transnationaler Konzerne vom inneren Markt auf Exportmöglichkeiten umgelenkt, einzig unterm Gesichtspunkt der Kostensenkung und ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen (so etwa Hart-Landsberg/Burkett 2006). Doch die Dinge liegen komplexer. Während etwa in der Bundesrepublik angesichts weitgehend ›gesättigter‹ Märkte »in Gestalt der Exportindustrie die Verselbständigung der kapitalistischen Ökonomie gegen die Gesellschaft, deren Reproduktion sie der Ideologie zufolge dienen soll, handgreifliche Existenz gewinnt«, indem »die globale Einklinkung sich als nationale Abkoppelung der deutschen Exportwirtschaft von der ›eigenen‹ Gesellschaft bemerkbar macht« (Editorial zu *Argument* 262, 457), nützt China die Exportindustrie als Zünder für einen kapitalistisch betriebenen Industrialisierungsschub des Landes, um mittels der Weltmarktintegration zugleich den inneren Markt und die für ihn produzierenden Industrien anzukurbeln. Der enorme Rückstand im eigenen Land verlangte den paradoxen Preis, diesen transnational-kapitalistischen Prozess zunächst vom innern Markt abzukoppeln und in Sonderzonen mit günstigsten Verwertungsbedingungen fürs Kapital einzuschließen, um in der internationalen Konkurrenz um Kapitalimport als Hauptnutznießer unter den Schwellenländern hervorzugehen. China lieferte damit Teile des Landes und seiner Menschen einer sozial kaum regulierten kapitalistischen Ausbeutung bei grober Missachtung und Verletzung staatlicher Gesetze aus. Das ökonomische Gefälle zwischen den Räumen dieser heterogenen Struktur erwies sich aber dank staatlicher Steuerung im Ganzen nicht als Blockade, sondern im Gegenteil als förderlich für die Ausbreitung der Industrialisierungseffekte ins Land hinein (vgl. dazu Schmalz in diesem Band).

Der WTO-Beitritt erfolgte nach 16-jährigen Verhandlungen als notgedrungene »Kapitulation« gegenüber den Forderungen der USA (Cho 2005). Zudem ist die WTO mit ihrem Schiedsgericht als »Peripherisierungsinstrument« angelegt, das die Hierarchisierung am Weltmarkt in Gestalt von Abhängigkeiten und Wertabschöpfungsverhältnissen nicht zuletzt mittels ›intellektueller Eigentumsrechte‹ zementiert (Fritz 2005). Die damit einhergehende Ein- und in vieler Hinsicht auch Unterordnung im Verhältnis zumal us-amerikanischer Interessen wurde von der chinesischen Regierung strategisch langfristig akzeptiert (Cho in diesem Band). China musste sich fürs Erste mit dem zugewiesenen Platz am unteren Ende der Wert(ab)schöpfungskette abfinden, der Position des ›Billiglohnlandes‹, das seine Massenwaren gegen hochwertige Hochtechnologiegüter austauscht oder seine Arbeitskräfte ausländischem

Kapital verfügbar hält. Wie das Verhältnis der jeweiligen Lohnhöhen zwischen China und den kapitalistischen Metropolen einerseits und wie das Gefälle zwischen den jeweiligen nationalen Produktivkraft-Niveaus sind auch die Tauschrelationen der respektiven Waren im Extremfall atemberaubend. Als Aristoteles in der Nikomachischen Ethik dem Wertausdruck der Waren auf den Grund zu gehen versuchte, war sein Beispiel: 5 Liegen = 1 Haus. Heute könnte er sich den Kopf zerbrechen über: 100 Millionen T-Shirts = 1 Airbus.²

Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass nur ein Bruchteil des Werts dieser T-Shirts in China realisiert wird. Mindestens vier Fünftel werden im ›Westen‹ realisiert (vgl. Li in diesem Band). Die Schwäche, auf die letzten Plätze der Wert(ab)schöpfungskette verbannt zu sein und hinnehmen zu müssen, dass der Löwenanteil des im Lande produzierten Mehrwerts im Ausland realisiert wird, scheint sich nun aber aufgrund der schieren Größenverhältnisse in eine Waffe verwandelt zu haben. Es ist, als ob just solcher ›ungleiche Tausch‹ dabei sei, Teile der Industriebasis der privilegierten Länder zu zerstören. »Ein Lohngefälle von eins zu zwanzig drängt unter marktradikalen Bedingungen mit ungeheurer Wucht zum Ausgleich und saugt die Arbeitsplätze aus den Hochlohnländern ab.« (Haug 2005, 456) Deren Kapazitäten, die benötigten Güter selbst herzustellen, schrumpfen. Ihre Ökonomien nehmen zunehmend parasitäre Züge an. Wie in Hegels Dialektik von Herr und Knecht geht geschichtsbildende Kraft unmerklich auf die ›Knechte‹ über. Ein Indikator sind die als US-Dollarguthaben akkumulierten Leistungsbilanzüberschüsse. Auch wenn zunächst nur wenige Prozent des mit chinesischen Waren in den USA erzielten Umsatzes von chinesischer Seite angeeignet werden können, gibt die Menge den Ausschlag. Die USA holten sich im Zuge der Dollarabwertung zwar zunächst noch einmal rund 40 Prozent der bei China verbliebenen Überschüsse zurück, wie Andre Gunder Frank bis zuletzt nicht müde wurde zu betonen (2006; vgl. die Rez. in diesem Band). Doch da China seine Währung am sinkenden Dollar festklammerte, änderte sich selbst nach deren maßvoller Aufwertung so gut wie nichts am Gefälle der wechselseitigen Produktionspreise. Wie schon in den letzten Lebensjahren von Marx aufgrund der in den 1870er Jahren entfesselten Weltmarkt Konkurrenz »chinesische Löhne [...] das ersehnte Ziel des englischen Kapitals« waren (MEW 23, 627f, Fn. 53), so sind gegenwärtig »chinesische Preise« ein Schreckenswort zumindest in denjenigen Branchen der kapitalistischen Metropolen geblieben, die bereits mit chinesischer Konkurrenz rechnen müssen. Dabei verschlägt es wenig, dass diese unwiderstehliche Konkurrenz nicht selten unter der Herrschaft der ›eigenen‹ transnationalen Konzerne wirkt. In manchen Fällen liegen chinesische Preise unter den Rohstoffkosten einer Produktion in den Kapitalzentren. Bereits in den Jahren 1998 bis 2003 sind den USA in der industriellen Fertigung 3 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, davon 2,7 Millionen seit 2000. Der Gesamtkonsum nahm zu, während der Anteil der im eigenen Land produzierten Güter an den konsumierten Gütern von 89,2% 1997 auf 76,5% 2003 abnahm (Bivens 2004, 4ff).

2 In der FAZ war von 20 Mio. T-Shirts die Rede; in China nannte man 700 Mio. Wir begnügen uns mit einer Spielzahl, die nur die Funktion hat, einen Eindruck von den Austauschverhältnissen zu vermitteln.

3. Rückwirkung (I): das Beispiel Südkorea

Rückwirkungen der chinesischen Entwicklung auf die asiatischen Tigerstaaten haben Martin Hart-Landsberg und Paul Burkett am Beispiel Südkoreas nachgezeichnet: Die südkoreanische Ökonomie musste sich in kürzester Zeit in das durch Chinas Aufstieg veränderte Kräftefeld des Weltmarkts neu einfügen. Chinas Entwicklung ist ihre Haupttriebkraft geworden, zugleich wurde sie durch diese aus bisher bedienten Märkten verdrängt. 2001 ist China zum Hauptzielland des Kapitalexports geworden; 2004 ging beinahe die Hälfte der koreanischen Auslandsinvestitionen dorthin, und im November desselben Jahres hatte China bereits weit über 30000 Projekte koreanischer Firmen akzeptiert. Ausländische Direktinvestitionen gingen nach einer Phase des »vulture investment«, d.h. des billigen Aufkaufs von im Zuge der ›Asienkrise‹ ins Schleudern geratener südkoreanischer Firmen durch ausländisches Kapital, dramatisch zurück. Die Regierung antwortete mit der Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen mit Steuerbefreiung und der Außerkraftsetzung von Arbeits- und Umweltschutzgesetzen. Der Sprecher der amerikanischen Handelskammer in Südkorea machte aber klar, dass ohne weitere Schwächung der Gewerkschaften und Abbau von Arbeits- und Sozialgesetzgebung die chinesische Konkurrenz mit ihrer wenig geschützten und kaum organisierten Billigarbeit das US-Kapital dorthin ziehen würde. Die Industrie-Emigration, die zunächst die Leichtindustrie (Schuhe, Kleidung) erfasst hatte, griff rasch über auf Elektronik-, Telekommunikations- und Metallindustrie sowie auf den Maschinenbau. Die Reduktion der Massenkaufkraft führte zum Einbruch des inneren Marktes. Die Regierung antwortete darauf mit der Propagierung von Kreditkarten durch Steuererleichterungen auf damit getätigte Käufe und der Heraufsetzung der Höchstbeträge bei Bar-Abhebungen. Das gab zwar einen Konsumschub, doch war dieser von einer Verschuldungsexplosion begleitet. Zwischen 1999 und 2001 stieg die Durchschnittverschuldung der Haushalte von 87% auf 131% der verfügbaren Einnahmen. Mit der Überschuldung stieg die Verbrechensrate. Im Frühjahr 2003 begrenzte die Regierung den Kreditkartengebrauch wieder. Der Konsum brach ein, und die Wirtschaft schrumpfte im selben Jahr um 1,4% und im Folgejahr noch einmal um 0,9%. Damit wuchs und wächst zugleich die Abhängigkeit von den Exporten nach China. Die Abhängigkeit vom instabilen US-Markt ging zwar zurück, doch China fungiert wiederum weitgehend als Ausgangspunkt für Exporte, und bei den koreanischen Exporten handelt es sich größtenteils um Waren, die zur Produktion anderer Waren gebraucht werden. Im Endergebnis werden etwa 40% der nach China exportierten südkoreanischen Waren von dort re-exportiert in die USA. Hart-Landsberg und Burkett, die diese Zahlen erhoben haben, sehen »Südkoreas ökonomische Zukunft [...] zunehmend abhängiger geworden von einer schrumpfenden Bandbreite von Exporten im Rahmen eines china-basierten, aber us-orientierten Exportsystems« (2006, 32). Noch erziele das Land einen Überschuss im Handel mit China, doch seine industrielle Basis werde ausgehöhlt, und seine Konkurrenzfähigkeit mit chinesischen Waren auf Drittmärkten nehme ab. Kurz, der Sog geht dahin, die entwickeltere koreanische Ökonomie zu einer Sub-Ökonomie

der weniger entwickelten chinesischen zu machen. Diese wiederum ist jedoch insofern zu großen Teilen eine Sub-Ökonomie der US-Wirtschaft, als deren chinesische Filialen den chinesischen Export in die USA dominieren.

Untergeordnete Ökonomien pflegen je nach den ökonomischen Kräfteverhältnissen in die transnationalen Produktionsketten eingegliedert zu werden, die bekanntlich an ihrem Ende, das zugleich der herrschende Ausgangspunkt ist, die Vorteile konzentriert. Unter Bedingungen globalisierter Konkurrenz bezahlen den Preis jedoch die Arbeiter *aller* Länder, in diesem Fall die amerikanischen oder die europäischen (relativ) nicht viel weniger als die koreanischen. In Korea wurden Tausende regulär angestellter Arbeiter entlassen, um dann befristet oder sogar auf Tagesbasis wieder eingestellt zu werden. Im Vergleich zu vor der Krise von 1997/98 ist der Anteil der Irregulären bis 2003 von 42 % auf 55 % gestiegen. Sie erhalten im Schnitt fast nur die Hälfte des Stundenlohns der Regulären. Zudem hat der Staat die Entstehung einer riesigen Reservearmee unterstützt. ›Selbst-Unternehmer‹ mit ihren unbezahlten Familienmitgliedern bilden rund ein Drittel der Gesamtarbeitskraft des Landes.

4. Rückwirkung (II): das Beispiel der Metropolen

Die konkurrierenden Kapitalinteressen werden heute nurmehr partiell von den Nationalstaaten gebündelt. Quer zu diesen dehnt sich eine Form globaler Herrschaft des transnationalen Kapitals aus, die von den Einrichtungen der Weltmarktregulation flankiert ist und als deren bewaffneter Arm vor allem der US-Militärapparat und die NATO fungieren. Dies ist das Imperium des transnationalen Kapitals. Den nationalen Regierungen weist es die Aufgabe zu, den Gesetzen des Weltmarkts und den Ansprüchen des Finanzkapitals und der transnationalen Konzerne im Lande Geltung zu verschaffen. Als Aktionsfeld müssen diese Weltmarktakteure »einen möglichst homogenen Herrschaftsbereich mit einheitlichen Verkehrsverhältnissen, Eigentums Garantien und Instanzen der Konfliktschlichtung anstreben« (Haug 2006, 517). Die Imperialmacht entscheidet sich in der Fähigkeit, diese Ziele durchzusetzen. Die chinesische Führung scheint sich dafür entschieden zu haben, langfristig als mittragender Teil dieser globalen Ordnungsmacht zu agieren und sich allenfalls von einem immanenten Standpunkt aus imperialistischen Alleingängen der USA als der ›natürlichen‹ Führungsmacht dieses Imperiums zu widersetzen und insgesamt auf multizentrische Anerkennungsverhältnisse zu bestehen.

Die Metropolen wiederum scheinen sich in dem Maße partiell zu entindustrialisieren, in dem sich ihr Kapital in der chinesischen Industrialisierung und ähnlich aufsteigenden Regionen verwertet. Kraft ihres Vorsprungs in der wissenschaftlichen Produktivkraftentwicklung wandeln sie sich dabei zu ›Informationsrentiers‹ (vgl. den Artikel »Informationsrente« in HKWM 6/II). Indem China auf eine Weise zur Industriegesellschaft wird, die dazu beiträgt, die imperialen Zentren zu ›postindustriellen Gesellschaften‹ zu machen, sind die Lohnabhängigen der Metropolen im Großen Widerspruch China gefangen. Ihnen winken chinesische Preise um den Preis chinesischer Löhne oder Arbeitslosigkeit. An die Stelle der tariflich und sozialpolitisch abgesicherten Arbeiterklasse des ›sozialdemokratischen Jahrhunderts‹ tritt immer mehr das Prekariat, verwandelte Wiederkehr eines Proletariats, das sich allerdings als

solches noch nicht weiß und noch nicht zur Handlungsfähigkeit zusammengenommen hat. Die Folgen spüren aber auch diejenigen Kapitalfraktionen, die sich binnenwirtschaftlich halten müssen. Gerade noch haben sie die Löhne ihrer Leute gedrückt, da drückt sie die Folgewirkung: Die Verwandlung wachsender Bevölkerungsteile »aus Käufern in Nicht-Käufer« (Marx, MEW 23, 463) bzw. Wenig-Käufer tendiert wie im Falle Südkoreas auch in den kapitalistischen Zentren zum Einbruch des inneren Marktes, bestenfalls zu seiner Stagnation. Dies ist die andere Seite des Großen Widerspruchs China: Sie erklärt zum Beispiel, wie es möglich ist, dass der Exportweltmeister Deutschland binnenwirtschaftlich der Kranke Mann Europas sein konnte.

In den USA, die auf den ersten Blick als »Wal-Mart mit Armee« (Ruiz 2005) erscheinen, die Druckereien für die Quasi-Weltwährung Dollar nicht zu vergessen, verdichten sich diese Widersprüche besonders intensiv. Die Armen kommen an billige Güter, die Reichen an die in Kapitalerträge verwandelte Mehrarbeit der »Billiglohn«-Zonen. Das Kreditsystem und die Position des »Weltkonsumenten letzter Instanz« tun ein Übriges. Die Empörung verliert durch diese »gespaltene Situation« (Arrighi 2006) an Rückhalt. »Von den Chinesen verlangen, dass sie weiterhin billige Güter produzieren, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, und sie dann zu beschuldigen, den Wechselkurs zu manipulieren, um uns die Arbeitsplätze zu rauben, ist Demagogie.« (Ruiz) In China konzentriert sich derweil ein riesiger Sektor taylorisierter Fließbandarbeit in dem Maße, in dem diese in den entwickelten kapitalistischen Ländern und selbst einigen Schwellenländern schwindet. Die Konkurrenz von billiger Arbeitskraft mit relativ teureren arbeitssparenden Maschinen verlangsamt nun aber den technischen Fortschritt. Überdies ist die wissenschaftlich-technische Aufholjagd in China angelaufen, nicht zuletzt dank des Technologietransfers in Gemeinschaftsunternehmen. Im Gegenzug sehen sich die kapitalistischen Metropolen und die in ihnen ansässigen transnationalen Konzerne zu immer neuen Anstrengungen gezwungen, um den technologischen Vorsprung zu halten und ihre »Informationsrenten« nicht zu verspielen. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird unter diesen Bedingungen ebenso blockiert wie erzwungen. Dieser Widerspruch sucht seine Bewegungsform in einer qualitativen Richtungsänderung der Produktivkraftentwicklung: weniger Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und mehr Erschließung weiterer Naturkräfte und qualitativ neuer Güter bei gleichzeitiger Befestigung der Institution der »intellektuellen Eigentumsrechte«. Im Ergebnis ist mit verschärftem wissenschaftlich-technischen »Wettrüsten« zu rechnen, Waffentechnik eingeschlossen. Und spätestens hier zeigt sich, dass die USA mehr sind als ein Riesen-Wal-Mart plus Armee und Dollardruckereien.

Im Übrigen saugt China nicht nur den Ökonomien mit hohem Lohnniveau die Arbeitsplätze weg, sondern aufgrund des Rückbaus defizitärer Staatsbetriebe auch eigene. Zwischen 1995 und 2002 hat China mehr Arbeitsplätze in der industriellen Fertigung verloren als die USA, nämlich 15 Millionen, ein Rückgang um 15 % (Hart-Landsberg/Burkett 2006, 38f). Dies geschah sogar oft in den gleichen Industrien wie in den USA: z.B. haben diese 202000 Textilarbeitsplätze zwischen 1995 und 2002 verloren, China jedoch 1,8 Mio (ebd.).

Wie überall trifft die Umwälzung auch in China die Geschlechter ungleich. Im Zuge des Vordringens kapitalistischer Produktionsverhältnisse treten alte Gewohnheiten der Frauenunterdrückung wieder hervor, und neue Formen entwickeln sich. Das Kapital hat

sich in dieser Hinsicht immer nur als radikaler »Leveller«-nach-unten verhalten, der, wie Marx sagt, »in allen Produktionssphären Gleichheit der Exploitationsbedingungen der Arbeit als sein angeborenes Menschenrecht verlangt« (MEW 23, 419), indem es Löhne und Arbeitsbedingungen dem jeweils niedrigsten Niveau angleicht. Nun schafft es zunächst neue Ungleichheit nach westlichem Muster: Frauen verdienen weniger, tragen größere Verantwortung für Reproduktionsarbeit (Wichterich), sind ungleich betroffen bei Umsiedlungsprojekten (Gransow) und drohen so zu den großen Verliererinnen der kapitalistischen Modernisierung zu werden. Eine Politik, welche die Jahrzehnte praktizierte Gleichstellung nicht blind aufgeben will, dürfte zudem die konfuzianischen Grundlagen (Ahnenkult, vgl. Hong) der traditionellen chinesischen Gesellschaft auf keinen Fall rehabilitieren, ohne die Dimension der Geschlechtergerechtigkeit in sie einzuschreiben. Die Frauenbewegung aber, die sich als Antwort entwickelt, gerät dabei zum Teil in den ideologischen Bannkreis westlicher Feminismen, deren Selektion die Ford Foundation durch gezielte Subventionen betreibt (Spakowski).

5. *Die Superlative täuschen*

Man darf sich von den chinesischen Superlativen also nicht blenden lassen, weder von den schwindelerregenden Wachstumsraten zuletzt von über 10 %, noch von den sagenhaften Devisenreserven, die zur Zeit der Herstellung dieses Bandes stündlich um 30 Millionen Dollar zunehmen. Chinas Dollarreserven, die im November 2006 die Billionengrenze überschritten haben, sollten nach dem Willen der politisch Mächtigen der USA gleichsam nur Halbgeld bleiben. Mit den ungeheuren Dollarmengen, mit denen es den US-Überkonsum finanziert, sollte China niedrigverzinsliche US-Staatspapiere kaufen, nicht jedoch US-Unternehmen. Man erinnere sich daran, wie 2005 die Absicht der chinesischen Erdölgesellschaft Cnooc, für 18,5 Mrd. US\$ die Aktienmehrheit der US-Firma Unocal zu kaufen, von Senatoren beider US-Parteien als Anschlag auf die Sicherheit der USA vereitelt worden ist. Während es hier um die strategische Ressource Energie ging, konnte der chinesische Konzern Lenovo die zunehmend weniger konkurrenzfähige PC-Sparte von IBM übernehmen.

Aus der Nähe betrachtet sieht das chinesische »Wunder« jedenfalls viel irdischer und gefährdeter aus. Zhang Jun, Direktor des Wirtschaftlichen Forschungszentrums der Fudan-Universität Shanghai, hob 2005 hervor, dass die enormen Handelsüberschüsse »die Strukturprobleme der nationalen Wirtschaftssektoren und der ärmsten Regionen Chinas maskieren«. Zieht man den Exportwert der 460 000 in ausländischem Besitz befindlichen Betriebe ab, verschwindet der Handelsüberschuss. Der Exportsektor ist also vom Rest der chinesischen Ökonomie noch immer weitgehend abgekoppelt. Es sei daher eine Illusion, den Yuan für unterbewertet zu halten. Paul Krugman meinte dagegen 2005 in der Aufwertung des Yuan den Beginn von dessen Abkoppelung vom Dollar und damit den Beginn eines Prozesses zu sehen, von dem er annahm, er werde die Weltwirtschaft vom Kopf auf die Füße stellen. China halte die USA am lockeren Zügel, indem es zulasse, dass das reichste Land der Welt billige Darlehen von einem zwar dynamischen, aber noch armen Land erhalten hat. »Alles dreht sich um die Richtung, in der das Kapital fließt.« Bis zur Weltfinanzkrise

von 1997-98, der sogenannten Asienkrise, schienen die Kapitalflüsse dem traditionellen Muster zu gehorchen, indem sie von den entwickelteren zu den aufsteigenden, aber weniger entwickelten Ökonomien wanderten, von wo ihnen allerdings die Tribute in Gestalt der Schuldzinsen entgegenflossen. Seither aber ist eine Umkehrung zu beobachten: »das Kapital fließt von den neuen Märkten, v.a. China, in die USA«. Umgerechnet auf die Größe der US-Ökonomie ist das, als hätten die USA 2004 für eine Billion Dollar niedrigverzinsliche japanische Staatsanleihen gekauft, und 2005 für anderthalb Billionen. Krugman glaubt, die chinesische Regierung sei eher zufällig in diese Politik hineingeraten beim Versuch, die Krise von 97-98 zu vermeiden, und habe dann, weil die Ökonomie gut lief, eben daran festgehalten. Statt das Lebensniveau zu erhöhen, leiste China sich so einen völlig nutzlosen Dollarberg. Doch womit wäre zu rechnen, würde China den USA »die Kreditkarte sperren«? Krugman nimmt an, eine rasche Aufwertung des Yuan ginge mit entsprechender Abwertung des Dollars gegenüber anderen Währungen einher, was die Konkurrenzfähigkeit der US-Industrie verbessern würde. Die Zinsen in den USA würden aufgrund ausländischen Rückzugs aus dem Dollar zunächst steigen und der Immobiliensektor einbrechen. Doch nach einiger Zeit hätten die Verhältnisse sich auf einem Niveau eingependelt, auf dem die USA mehr Fabrikarbeiter und weniger Grundstücksmakler hätten, mehr Arbeitsplätze in Michigan und weniger in Florida. – Andere sehen das Szenario weniger rosig: Eine Flucht aus dem Dollar würde mit dem Einbruch der US-Nachfrage auf dem Weltmarkt einhergehen. Eine Weltwirtschaftskrise wäre die Folge. Die chinesische Wirtschaft würde in eine zunächst ausweglose Krise gestürzt. Mit der politischen Stabilität wäre es vorbei. – Bereits die vorsichtige Yuan-Aufwertung von 2005 muss nicht als Abkoppelung vom Dollar und erst recht nicht als erster Schritt zur »Sperrung der Kreditkarte« für die USA aufgefasst werden. Zhang Jun zufolge hat China damit nicht nur den USA ein eher symbolisches Entgegenkommen gezeigt, sondern auch etwas gegen die Inflation getan, da der Rohstoff- und Erdölimport verbilligt wurde.

Wie aber sind die weiteren Perspektiven zu beurteilen? Während Hyekyung Cho »die Transformation des KP-Staates von einer planwirtschaftlichen Entwicklungsdiktatur zu einem nicht minder autoritären »nationalen Wettbewerbsstaat« beobachtet (2005, 617) und Wang Hui die KPCh, die »nicht länger eine Organisation mit spezifischen politischen Werten, sondern ein Machtmechanismus« ist (2006, 32), »ihre Klassenbasis wechseln« (39) sieht, hält Giovanni Arrighi die Entwicklung einer sozialistischen Marktwirtschaft für möglich, die mit ihrem »Energie sparenden, Kapital sparenden, arbeitsintensiven Weg [...] ein alternatives Modell für die Welt« entwickeln könnte. Er könnte darauf verweisen, dass schon heute die chinesischen Filialen von Wal-Mart die weltweit einzigen sind, in denen es Betriebsgewerkschaften gibt. In dem zitierten Interview wiederholt er freilich wie einen Refrain: »Wird das geschehen? Ich weiß es nicht. Ist es möglich? Ich denke, ja! Ist es wahrscheinlich? Ich weiß es nicht.«

Großer Widerspruch heißt insofern auch Großes Rätsel China. Dessen Geheimnis ist der transnationale High-Tech-Weltkapitalismus, dem die chinesische Reformpolitik den Zugang zu riesigen Akkumulationsmöglichkeiten und einem nicht weniger riesenhaften Heer potenzieller billiger Arbeitskräfte geöffnet und ihm damit neue Dynamik zugeführt hat. Hart-Landsberg/Burkett verstehen daher »das China-Phänomen als [...]

Prozess, der zum Vorteil des transnationalen Kapitals und zum Nachteil der nicht in diesen Prozess einbezogenen Unternehmen und der meisten Arbeiter in den involvierten Ländern Produktion grenzüberschreitend verknüpft« (2006, 34). Wird dies das letzte Wort sein? Oder werden diejenigen Kräfte obsiegen, die es auf eine »nationale Wiedergeburt« Chinas als modern-kapitalistischer Großmacht abgesehen haben? Oder wird der programmatisch verkündeten »sozialistischen Marktwirtschaft« geschichtliche Substanz zuwachsen, die diesen Namen mit Inhalt füllt? Wird das geschehen? Wir wissen es nicht, zumal unter der von Partei- und Staatsführung eisern durchgesetzten Einheit die unterschiedlichsten Kräfte und Antagonismen wirken, nicht zuletzt die stumme Gewalt des Kapitals. Zeitweilig sah es so aus, als hätte diese Kommunistische Partei sich in einen kollektiven Bürgerkönig verwandelt, dessen »Bereichert euch!« allgegenwärtig über der Szene schwebt. An Loyalität und Pflichtbewusstheit gegenüber Programm und Gesetz, diesen Daseinsbedingungen von Partei und Staat, zehrt jedenfalls allseitig die Korrosion durch Geld und andere Zuwendungen. Die private Variante der Privatisierung, sich selbst zu bedienen, droht zur Devise zu werden, wo einst »dem Volke dienen« galt. Die Regierung versucht dem gegenzusteuern und zugleich die Wendung hin zu einer sozial gerechteren und die Umwelterstörung eindämmenden Politik zu vollziehen. Doch während der Rote Drache versucht, den kapitalistischen Tiger zu reiten, setzt dieser alles daran, aus dem Drachen den Mehrwert zu saugen. Es ist eine offene Frage, ob sich die KPCh auf Dauer den Kapitalismus oder dieser sich die KPCh assimiliert wird. Deren Symbolfigur wird jedenfalls hoch gehandelt: Zum Redaktionsschluss hat Warholes *Mao* in New York für 17,5 Millionen Dollar den Besitzer gewechselt

WFH

Literatur

- Arrighi, Giovanni, »Die Weltgeschichte an einem neuen Wendepunkt?«, Interview mit Peter Strotmann, in: *Sand im Getriebe* 54, Okt. 2006
- Bivens, Josh, »Shifting Blame for Manufacturing Job Loss«, Briefing Papers Nr. 149, Economic Policy Institute, 8. April 2004 (www.epinet.org)
- Cho Hyekyung, »Chinas langer Marsch in die neoliberale Weltwirtschaft«, in: *Prokla* 141, 35. Jg., 2005, H. 4, 601-18
- Fritz, Thomas, »Global verfasst. Die WTO garantiert den Bestand des hierarchischen Weltsystems«, in: *iz3w* 289, Nov. 2005, 20-23
- Hart-Landsberg, Martin, u. Paul Burkett, »China and the Dynamics of Transnational Accumulation«, in: *Historical Materialism*, 14.3, 2006, 3-43
- Haug, Wolfgang Fritz, *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*, Hamburg 1989
- ders., »Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei«, in: *Das Argument* 262, 47. Jg., 2005, H. 4, 451-58
- ders., »Imperium oder Imperialismus?«, in: *Das Argument* 267, 48. Jg., 2006, H. 4, 512-21
- Krugman, Paul, »China se desvincula«, in: *El País*, 24.7.2005, 2 Negocios
- Ruiz, José Juan, »Wal-Mart con ejército«, in: *El País*, 31.7.2005, 2 Negocios
- Siemons, Mark, »Die tödliche Stunde Null«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.10.2006, 48
- Wang Hui, »Depoliticized Politics, From East to West«, in: *New Left Review* 41, Neue Serie, Sep.-Okt. 2006, 29-45
- Zhang Jun, »El rompecabezas del tipo de cambio chino«, in: *El País*, 23.7.2005, 56

Oskar Negt

Das größte Gesellschaftsexperiment der Gegenwart

Um sich aus europäischer Sicht vom heutigen China einen Begriff machen zu können, bedarf es zunächst einer gewissen Verfremdung. Das Reich der Mitte, dieser fernöstliche Territorialstaat mit Riesenausmaßen nicht nur in der Bevölkerungsdimension, ist zu einer derart suggestiven Gegenwärtigkeit in unseren Breiten aufgerückt, dass kaum eine europäische Tageszeitung es sich leisten kann, auch nur einen Tag China-Berichterstattung auszulassen. Ganz gleichgültig ist China im europäischen Kulturhorizont nie gewesen; aber in den wechselnden Rhythmen von Nähe und Distanz waren Bewunderung, die Faszination des Unheimlichen, die vielfältigen Chinoiserien ebenso enthalten wie verbreitete Gefühle von Angst, Bedrohung und Beklemmung.

Aber auch Neugier ist in dieser gebrochenen Beziehung zwischen China und Europa häufig im Spiel und entwickelt großes Interesse daran, herauszufinden, wie Chinesen bestimmte Produkte erzeugen, wie sie bestimmte Verhältnisse gesellschaftlichen Lebens regeln. Eindrucksvoll in dieser Hinsicht ist ein Brief von Leibniz, den er am 19. Juli 1689 an den Pater Grimaldi geschrieben hat; diesem China-Missionar, der ein hervorragender Mathematiker war, gab Leibniz einen Katalog von 30 Fragen mit auf den Weg, die meist die chinesischen Fortschritte in der Technologie betreffen, aber auch allgemeine Fragen des Wissens, zum Beispiel: ob es denn wirklich keinerlei Spuren von Beweisen der Geometrie in den alten Schriften der Chinesen gibt oder Ansätze der Physik. »Und ob jenen bereits der Lehrsatz bekannt war, der dem Pythagoras Hekatomben Wert zu sein schien.« (Vorwort zu *Novissima sinica*, 32) Leibniz selber hat ja im Auftrag seines Hannoverschen Fürsten an Windmühlen laboriert und dabei keinen großen Erfolg gehabt. Frage 23 lautet: »Über die horizontalen Windmühlen der Chinesen, die sich bei jedem Wind drehen«, Frage 9: »Von welcher Beschaffenheit die Erde ist, aus der Porzellan gemacht wird, ob sie von sich aus durchscheinend ist und ob nicht bei der Herstellung des echten Porzellans Kalk und Metalle zugegeben werden.« Dem Gelehrten Leibniz erscheint alles wissenswert, auch was die Chinesen ohne Hilfe Europas hervorgebracht haben oder was die Europäer mit ihrem entwickelten Abstraktionsvermögen nicht zu leisten vermochten. Das Verhältnis zwischen Europa und China ist für Leibniz ein produktives Austauschverhältnis, in dem jeder etwas zu nehmen und etwas zu geben hat. »Nur dieses Tauschverhältnis ist richtig; jene sind überlegen im Beobachten, die unseren im Erdachten; tauschen wir die Gaben aus und entzünden wir Licht am Lichte!« (35) Von dieser Position des wechselseitigen Lernens, wie es Leibniz, der Weltbürger, hier formuliert hat, war in den vergangenen anderthalb Jahrhunderten jedoch wenig zu spüren; bis hin zum heutigen Tage. Wenn der »Spiegel« (vom 11. September 2006, also dem Erinnerungsdatum für die Zerstörung der Twin-Towers) auf seiner Titelseite

Soldaten der Terrakotta-Armee aus Xian mit Handys, Autos, Fotoapparaten als Waffen ausstattet und mit der Parole beschriftet »Angriff aus Fern-Ost«, »Weltkrieg um Wohlstand«, so werden hier Ängste geschürt, die an das Schreckgespenst der »Gelben Gefahr« erinnern. Wilhelms des II. Lieblingszeichnung hatte diese Ängste zum Ausdruck gebracht, Europa symbolisierende Erzengel und Walküren waren darauf zu sehen, die am Horizont von einer Rauchfahne in Gestalt eines Drachen bedroht werden. Darunter stand: »Völker, wahrt Eure heiligsten Güter!« Auch der General Helmut Moltke sprach davon, die Gelbe Rasse könnte sich Verderben bringend über Europa ausgießen. Bereits 1882 warnte die *Internationale Monatsschrift* aus Chemnitz vor der Gefahr, »von dem großen Chinesischen Reiche, welches den Europäern ihre Industrie, Technik und Verkehrswesen mit fieberhaftem Eifer ablernt und bei sich einführt, wirtschaftlich erdrückt zu werden.«

Es ist eine merkwürdige, ja historisch einzigartige Ungleichzeitigkeit der Entwicklung, die sich schon hier andeutet und heute spektakuläre Folgen hat. Da ist zum einen die Angst vor der Menschen-Masse. Die Vorstellung, über eine Milliarde Menschen könnten sich auf den Weg nach Europa machen, mobilisiert Ängste der »Überschwemmung«, die es jetzt auf das Markt-Schlachtfeld der Waren und der Arbeitskräfte zieht. Andere Ängste mögen noch stärker erregen und tiefer sitzen, nämlich die, dass die Chinesen, nachdem sie sich ungefähr im 16. Jahrhundert von der europäischen Modernisierungsentwicklung abgekoppelt hatten, dann auch durch den Kolonialimperialismus aktiv abgekoppelt wurden, in einer Art Zeitraffertempo sich all das aneignen könnten, was in Europa und in den USA in einer langen Periode an kreativen Wirtschaftspotenzialen entfaltet wurde.

Als Leibniz seine Fragen an den Pater Grimaldi stellte, konnte man ja kaum davon sprechen, dass in Wissenschaft und Technologie China gegenüber Europa rückständig gewesen wäre. Joseph Needham, der politisch engagierte Sinologe, hat den eindrucksvollen Versuch gemacht, die Wissenschaftsgeschichte Chinas unter dem Gesichtspunkt zu analysieren, dass sich moderne Wissenschaft aus Beiträgen *aller* Völker der Alten Welt zusammensetzt. Max Weber hat die eine zentrale Frage gestellt (um die herum seine ganzen Untersuchungen nicht-europäischer Weltreligionen und ihrer Wirtschaftsethik organisiert sind): »welche Verkettung von Umständen hat dazu geführt, dass gerade auf dem Boden des Okzidents, und nur hier, Kulturerscheinungen auftraten, welche doch – wie wenigstens wir uns gern vorstellen – in einer Entwicklungsrichtung von universeller Bedeutung und Gültigkeit lagen?« (*Religionssoziologie* I, 1) Needham fügt dieser ersten eine zweite, nicht minder wichtige Frage hinzu: »Warum ist die Zivilisation der Chinesen zwischen dem 1. Jahrhundert v. Chr. und dem 15. Jahrhundert n. Chr. in der Nutzung des menschlichen Wissens von der Natur für die praktischen menschlichen Bedürfnisse sehr viel erfolgreicher als der Westen gewesen?« (1976, 61) China besitzt in einer Zeit, die in Europa durch theologische Erkenntnisbarrieren geprägt ist, eine hohe wissenschaftliche Kultur. Auf verschiedenen Gebieten sind das menschliche Erkenntnisinteresse und der praktische Erfindungsgeist von Hemmnissen durch Metaphysik und Theologie freigesetzt. Das europäische Mittelalter beschränkt

sich im Wesentlichen auf die Wiederholung der aristotelischen Naturerkenntnisse. Offenkundig sind selbst die in Sizilien und Spanien eindringenden Einflüsse der arabischen Wissenschaften, der Astronomie, der Algebra und der Medizin, die von den normannischen Staatsgründern aufgenommen und mit dem antiken Weltverständnis verknüpft werden, nicht imstande, den theologischen Überhang der Systematisierung des Wissens zu unterlaufen oder zu überwinden.

Die Chinesen zeichnen über anderthalb Jahrtausende Sonnenflecken auf, bevor in Europa die Existenz dieser Flecken überhaupt zur Kenntnis genommen worden ist. Umfangreiches Wissen gab es von den magnetischen Erscheinungen, bevor sie durch Galvano systematisch untersucht wurden. Eines der Schlüsselinstrumente in der wissenschaftlichen Revolution, die mechanische Uhr, war in vielfältigen Ausgestaltungen im China des 8. nachchristlichen Jahrhunderts bekannt, bevor sie im 14. Jahrhundert in Europa erfunden wurde. In der Zeit des Mittelalters war »fast jede Wissenschaft und Technik, von der Kartographie bis zu den chemischen Sprengstoffen, in China viel weiter entwickelt [...] als im Westen« (130). Needham setzt die Wissenschafts- und Technologieentwicklung der chinesischen Gesellschaft mit Europa in Verbindung. Dabei geht es ihm vor allem darum, jene Punkte zu bezeichnen, an denen eine Art *Gleichstand* festzustellen ist und sich Fusionen im doppelten Sinne herstellen. Einmal in Bezug auf den realen gleichzeitigen Austausch wissenschaftlicher und technologischer Erkenntnisse zwischen den verschiedenen Kulturen, zum anderen im Sinne des objektiven Gleichstands, der solchen Austausch ermöglicht, obwohl er noch nicht stattfindet. Es kommt mir in meinem Zusammenhang nicht darauf an, die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen und ihr Niveau zu überprüfen, um festzustellen, wo Überhol- und Fusionspunkte sind. Ich erwähne diesen Zusammenhang vor allem deshalb, weil ich bei meiner Reise 1980 (also wenige Jahre nach Beendigung der Kulturrevolution und der Verhaftung der sogenannten Viererbande) mit Verblüffung feststellte, dass mit dem Beschreiten der Modernisierungspfade der chinesischen Gesellschaft und der Öffnung für neue Lernprozesse gleichzeitig die Erinnerung an die eigene Wissenschafts- und Technologiekultur hervorgehoben wurde. In manchen Gesprächen klang es so, als könnte man heute den abgerissenen Faden dieser Entwicklungen wieder umstandslos aufnehmen und an diesen weit geöffneten Lernprozessen westliche Lebensweise mit transportieren. Modernisierung stand am Anfang für die Errichtung einer *Lerngesellschaft*. Man konnte 1980 die geschichtliche Dimension, in der sich das abspielte, kaum voraus ahnen, obwohl das von Deng Xiaoping formulierte Programm einer mehr oder weniger wertneutralen Erweiterung der technischen und wissenschaftlichen Kapazitäten in eine Richtung verwies, die heute, im Nachhinein betrachtet, erst Anfang der neunziger Jahre ihre Inkubationszeit beendet hatte.

In seiner Untersuchung über die Wirtschaftsethik der Weltreligionen hatte Max Weber, als er den Unterschied zwischen puritanischem und konfuzianischem Lebensstil zu bestimmen suchte, diese Lernfähigkeit der Chinesen bereits als ein bestimmendes Merkmal der Beziehungen zwischen Europa und China hervorgehoben. Er wandte sich entschieden gegen jene Positionen, die eine Art Natur-Vorurteil ins Spiel brachten, um

die machtpolitischen Gefahren, die von China auszugehen schienen, zu bagatellisieren. Max Weber sagt: »Der Chinese würde, aller Voraussicht nach, ebenso fähig, vermutlich noch fähiger sein als der Japaner, sich den technisch und ökonomisch im neuzeitlichen Kulturgebiet zur Vollentwicklung gelangten Kapitalismus *anzueignen*. Es ist offenbar gar nicht daran zu denken, dass er für dessen Anforderungen etwa von Natur aus ›nicht begabt‹ wäre.« (*Religionssoziologie* I, 535) Weber fügt dem aber sofort hinzu, und das gilt auch für die Analyse der übrigen außereuropäischen Weltreligionen, dass diese Form der technisch-wissenschaftlichen Aneignung nur zu einer Art *sekundärem Kapitalismus* führen könnte, dessen Rationalisierungsprozessen jedoch die autochthone Entwicklungsgeschichte fehlen würde. Obwohl auch in China, wie Weber zu zeigen versucht, viele Einzelelemente vorhanden waren, durch deren Zusammenwirken so etwas wie eine kapitalistische Erwerbsgesellschaft hätte entstehen können, ist diese doch nur in den europäischen Ländern wirklich entstanden. Die webersche Differenzbestimmung zwischen puritanischem und konfuzianischem Rationalismus verweist darauf, wie bestimmte Tendenzen in diesem sekundären Kapitalismus genauer fassbar zu machen sind. Modernisierung im chinesischen Gegenwartssinne ist stark gebunden an die *Ökonomisierung* der Zweck-Mittel-Relation. Nach Weber liegt der Grundunterschied der zwei Arten von Rationalismus darin, dass in der Originalprägung ihre *Weltbezüge* sich radikal unterscheiden.

Der konfuzianische Rationalismus bedeutete rationale Anpassung an die Welt. Der puritanische Rationalismus: rationale *Beherrschung* der Welt. Der Puritaner wie der Konfuzianer waren ›nüchtern‹. Aber die rationale ›Nüchternheit‹ des Puritaners ruhte auf dem Untergrund eines mächtigen Pathos, welches dem Konfuzianer völlig fehlte, des gleichen Pathos, welches das Mönchtum des Okzidents beseelte. Denn die Weltablehnung der okzidentalen Askese war bei ihm mit dem Verlangen nach Weltbeherrschung als ihrer Kehrseite unauf löslich verbunden, weil ihre Forderungen im Namen eines überweltlichen Gottes an den Mönch und, in abgewandelter und gemilderter Form, an die Welt ergingen. Dem konfuzianischen Vornehmheitsideal widerstritt nichts so sehr als der Gedanke des ›Berufs‹. Der ›fürstliche‹ Mann war ästhetischer Wert und daher auch nicht ›Werkzeug‹ eines Gottes. Der echte Christ, der – außer- oder innerweltliche – Asket vollends, wollte gar nichts anderes sein als eben dies. Denn gerade nur darin suchte er seine Würde. Und weil er dies sein wollte, war er ein brauchbares Instrument, die Welt rational umzuwälzen und zu beherrschen. (*Religionssoziologie* I, 535)

Obwohl es nun durchaus fragwürdig erscheinen mag, ob diese Differenz zwischen *Weltbeherrschung* und *Weltanpassung* noch Gültigkeit hat, weil in vielen Einzelpunkten Anpassung bereits in Herrschaft übergegangen ist, ist doch die konfuzianische Ethik der Anpassung und der Harmoniebedürfnisse auch heute noch Bestandteil der chinesischen Lebenswelt. Aber diese Bereitschaft, sich dem westlichen Einfluss zu öffnen und Anpassung zu praktizieren, ist nach Beendigung der strikt anti-westlichen Kulturrevolution stets verknüpft gewesen mit der Erwartung, dass mit jeder neuen Technologie, mit jeder Industrieanlage, mit jedem wissenschaftlichen Import die gegenständlichen Voraussetzungen für das *eigene* Lernen geschaffen, oder doch wenigstens erleichtert werden sollten. Man lernt zwar auch aus Büchern und wissenschaftlichen Bulletins, aber für die chinesischen Modernisierungsstrategen war es von Anfang an ein zentraler Punkt ihrer Politik, die Autonomisierung der

chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft dadurch zustande zu bringen, dass man die fertigen, gleichsam schlüsselfertigen Anlagen nie vollständig ins Land holt, sondern mit einem hohen gestalterischen Selbstanteil begleitet. Schon Ende 1982 stellte man die Modernisierung unter das Motto »Anpassung, Umgestaltung, Konsolidierung, Steigerung des volkswirtschaftlichen Niveaus«.

Die ursprüngliche Konstellation der Modernisierungspolitik Ende der siebziger Jahre war durch große Unsicherheiten gekennzeichnet. Die China-Euphorie der deutschen Wirtschaft, als in dieser Zeit Bestellungen in Milliardenhöhe eingingen, vor allen Dingen für schlüsselfertige Großanlagen, kühlte nach der Stornierungswelle ab und mündete in ein gewisses Misstrauen deutscher Firmen gegenüber den Chinesen, die um ihren Ruf als verlässliche Geschäftspartner bangen mussten. Es bedurfte einiger Zeit, bis die Chinesen der deutschen Wirtschaft klarzumachen verstanden, dass China nach wie vor Interesse an langfristigen Geschäftsverbindungen mit Westdeutschland hat, allerdings nicht unter Bedingungen, die einseitige Abhängigkeiten einschließen: Abhängigkeiten durch den Import von technischen Qualifikationen, also dem Bedienungspersonal für jene schlüsselfertigen Großanlagen usw. Die Phase des aktiven Lernens setzt Anfang der 1980er Jahre ein. Um diese Bruchstelle näher bezeichnen zu können, will ich auf eine Rede Mao Tse-tungs eingehen, die er am 25. April 1956 vor dem Politbüro gehalten hat und die erst wenige Monate nach seinem Tode wieder in der Öffentlichkeit auftauchte. Sie heißt »Über die 10 großen Beziehungen« und macht den Versuch, *Balancen* zwischen den einzelnen Entwicklungsabschnitten herzustellen im Sinne einer Stärkung des *Selbstbewusstseins* der chinesischen Gesellschaft. Diese Balancen haben aber noch einen starken machtpolitischen Akzent, der mit traditionellen Gewaltpotenzialen operiert, die sich radikal von dem unterscheiden, was dann Deng als eine Steigerung des chinesischen Selbstbewusstseins ins Auge fasst. Mao sagt:

Seit Bangu den Himmel von der Erde trennte, konnten wir niemals Flugzeuge und Autos bauen; doch jetzt haben wir damit begonnen. Die Atombombe haben wir noch nicht, aber früher hatten wir auch keine Flugzeuge und keine Kanonen. Die japanischen Imperialisten und Tschiang Kai-schek haben wir mit Hirse und Gewehren besiegt. Wir sind stärker als früher und werden noch stärker werden. Wir werden nicht nur mehr Flugzeuge und Kanonen haben, sondern auch Atombomben. Wenn wir in der heutigen Welt nicht tyrannisiert werden wollen, können wir eben ohne die Bombe nicht auskommen. Was also tun? (1977, 7)

Ich habe das damals, wenige Jahre nach der Öffnung so kommentiert:

Die Chinesen besitzen heute die Atombombe und vieles andere gefährliche Kriegswerkzeug, das es ihnen erlaubt, als souveräne Großmacht aufzutreten, doch der innere gesellschaftliche Reichtum hat sich dadurch nicht vergrößert. Wo es *darum* geht, ist ein ganz anderes Verständnis der Technikaneignung erforderlich, ein Umgang mit entwickelter Technologie, der den Maßverhältnissen der chinesischen Lebenswelt entspricht. Selbst Mao Tse-tungs Aussage enthält diesen Aspekt, dass Technik nur dann die Souveränität und die Autonomie einer Gesellschaft erhöht, wenn sie von lebendiger Arbeitskraft beherrscht und angewendet wird. Insofern zutrifft, dass das, was ich an den folgenden Beispielen erörtere, auf ein allgemeines technisches Verständnis der Chinesen hindeutet, unterscheidet sich dieses Verständnis grundlegend von dem europäischen und dessen Nachahmung in fast allen Entwicklungsländern.

Die mit der Aneignung der westlichen Technik verknüpften Lernprozesse haben eine doppelte räumliche Verankerung; sie finden dort statt, wo etwas *abgebaut* und nach China transportiert wird, aber auch dort, wo Industrieanlagen *aufgebaut* werden und unter chinesischen Bedingungen produziert wird. Im ersten Fall bietet sich der Abbau der Zündapp-Fabrik als Beispiel an, im zweiten Fall das Santana-Projekt des Volkswagenwerks. (Negt 1988, 138)

Als die Zündapp-Fabrik, eine Firma mit großem Namen in der Zweirad-Produktion, keine Überlebenschancen im Wettbewerb mit modernen Konkurrenzbetrieben hat, wird sie zum Verkauf angeboten. Die Chinesen greifen zu und werden schnell handelseinig, überweisen einen großen Teil des Betrags sofort, und für den Rest gibt es eine deutsche Bankbürgschaft. Was sich aber jetzt abspielt, ist für diese chinesische Aneignung von Technologie und Wissenschaft charakteristisch. Was die deutschen Handelspartner nämlich verblüfft und worin sie keinen rechten ökonomischen Sinn zu entdecken vermögen, ist die Art und Weise, wie diese vom Kapitalismus ruinierte Zündapp-Fabrik ins Reich der Mitte transferiert wird. Ihr Vorschlag, die Fabrik mit eigenen Arbeitskräften und Ingenieuren abzubauen und in China wieder aufzubauen, trifft auf Widerstand. Die ganze Fabrik wird schließlich in chinesischer Regie und mit eigens dafür eingeflogenen Arbeitskräften abgebaut, Schraube für Schraube, Kabel für Kabel, Röhren und Leitungen in die Hand genommen, betastet, gesäubert und sorgfältig verpackt, mit Zahlen und Zeichen versehen. Es mögen auch Kostenerwägungen im Spiel gewesen sein, sich auf eine so umständliche Prozedur einzulassen; eine solche Erklärung wäre jedoch allzu rationalistisch, weil sie ausgrenzte, was in der zweckrationalen Evidenz des Verstehens *nicht* aufgeht.

Zentral für die Deutung dieses Vorgangs ist offenbar das chinesische Prozessdenken. Das synthetische Produkt als fertiges Resultat, in dessen Funktionszusammenhang lebendige Produktion nicht mehr stattfindet, wird in einem lebendigen Arbeitsprozess Stück für Stück in seine Teile zerlegt, so als wollte man durch sinnliche Anschauung dem auf die Spur kommen, was diese kleine Fabrikwelt im Innersten zusammenhält. Analytisches Verfahren, Trennen und Auseinandernehmen, und synthetisches Verfahren, das Zusammensetzen an einem anderen Ort, sind Produktionsvorgänge des Lernens, die der in der Großstadt Tianjin wieder aufzunehmenden materiellen Produktion der Motorräder vorausgehen. *Diese Form des Lernens trägt mimetische Züge*. Obwohl mit den Werksanlagen auch fertige Skizzen und Konstruktionspläne den Besitzer wechselten und die Chinesen darauf bedacht waren, Fachkräfte der Zündapp-Fabrik für sich zu gewinnen und langfristige Verträge mit den ehemaligen Zulieferern des Familienbetriebes zu schließen, geschieht die Aneignung technischer Anlagen eher nach den Regeln eines *Bastlers* als denjenigen eines *Ingenieurs*.

Der andere Fall, das Santana-Projekt, folgt einer ähnlichen Logik. Bei allen Apparaten und Anlagen, welche die Chinesen im Wege des Handels und auf der Grundlage von Krediten erwerben, geht es immer darum, sich die Fertigungsmethode für diese Apparate und Anlagen selbständig anzueignen und nicht bloß mit den Produkten zu operieren oder die Waren zu konsumieren. *Man will kennenlernen und wissen, wie Technologie produziert wird*. Abkommen über Technikeraustausch

spielen dabei eine große Rolle; aber die Vermittlung naturwissenschaftlich-technischen Wissens gilt als unzureichend, wenn nicht gleichzeitig die übrigen Phasen der gesellschaftlichen Funktionen einbezogen sind. In den Verhandlungen des chinesischen Außenhandelsministeriums mit dem Volkswagenwerk über die Lieferung des VW-Modells Santana war gleich zu Beginn ein wichtiger Konfliktpunkt die Erwartung der Chinesen, nicht fertige Autos zu importieren, sondern deren einzelne Teile. In der *Frankfurter Rundschau* vom 15. Mai 1982 heißt es: »Werden sich beide Seiten handelseinig, dann liefert VW Einzelteile des Santana an eine Shanghaier Autofabrik. Die Chinesen wollen die Wagen selbst zusammenbauen, um Erfahrungen bei der Montage moderner Fahrzeuge zu sammeln [...] vorläufig sei nicht damit zu rechnen, dass in China ein Original-VW vom Band läuft, doch werde eine engere Zusammenarbeit mit der chinesischen Autoindustrie angestrebt.«

Was ich Anfang der achtziger Jahre geschrieben habe, um meine Erfahrungen von der China-Reise auf Begriffe zu bringen, hat sich heute in einer massenhaften Weise und in einer Dimension bestätigt, dass eben die bereits angesprochenen Ängste vor einer wirtschaftlichen Überflutung Westeuropas und der USA nicht zuletzt durch diese kollektiven Lernprozesse bedingt sind. Auch der jüngste Fall einer gestalterischen Imitation westlicher Technologie, die Magnetschwebbahn zwischen Shanghai und dem Flughafen Pudong, läuft nach einer ganz ähnlichen Logik. Diese 36 km lange Strecke, die ich bei meiner zweiten China-Reise 2002 im Montagezustand gesehen habe, ist offenkundig Gegenstand intensiver Lernprozesse, so dass die Chinesen heute behaupten können, eine von ihnen selbst entwickelte Variante sei sicherer und schneller und doch keine bloße urheberrechtlich anfechtbare Kopie der ursprünglich von Siemens erstellten Magnetschwebbahn (was wahrscheinlich zutrifft und die Art und Weise dieser Lernprozesse in der chinesischen Sichtweise eindrucksvoll dokumentiert).

Zwar hat es in den vergangenen 25 Jahren Auseinandersetzungen in den Führungsgremien der Kommunistischen Partei Chinas immer wieder gegeben, den Konservativen war dieser ja auch mit Öffnung zum Westen hin verknüpfte Modernisierungskurs nie geheuer; doch selbst nach dem Massaker am Platz des Himmlischen Friedens, wo noch einmal blutige Kontroversen über die Grenzen der Öffnung entbrannten, ist die Modernisierungsstrategie im Ganzen nie grundsätzlich in Frage gestellt worden (vgl. Fewsmith 2001). Freilich trat bereits in den Anfangsstadien der Modernisierungspolitik ein Problem in die Öffentlichkeit, das dann 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens ein vorläufiges Ende fand: Am Ausgang der 1970er Jahre erschien den verunsicherten Intellektuellen, die ja Hauptopfer der Kulturrevolution waren, der Begriff der Modernisierung in seiner wirklichen Reichweite unscharf. Und sehr schnell zeigte sich, dass die von der Partei vorgegebenen Grenzsetzungen für das, was Modernisierung ist, in der Lebenswelt der Menschen gar nicht präzise definierbar und im Alltag umsetzbar ist. So tauchte schon 1980 der Gedanke an eine *finfte* Modernisierung auf: nämlich *Demokratie*. Den Diskussionen mit Schriftstellern, Philosophen, Lehrern konnte ich entnehmen, dass für sie mit

dieser Modernisierungspolitik eine Veränderung der gesamten Lebensverhältnisse verknüpft sein müsste. Was ich damals atmosphärisch festzuhalten versuchte, hat an Brisanz und Aktualität nichts verloren:

Sollte das chinesische Gesellschaftsexperiment der Modernisierung, für das günstige Voraussetzungen bestehen, tatsächlich gelingen, so wäre das ein überragendes geschichtliches Ereignis in der heutigen Weltgesellschaft. Es kann aber nur dann gelingen, wenn in den dafür nötigen sozial-kulturellen Lernprozessen zwischen China und den westlichen Gesellschaftsordnungen die ganze komplexe Struktur von Modernisierung begriffen und der Neigung zur Reduktion auf *technisch-ökonomische Rationalisierung* durch Freisetzung der autonomen praktisch-kritischen Tätigkeit entgegen gearbeitet wird. Vier Modernisierungsbereiche stehen auf dem Programm: Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technologie, Militär. In allen diesen Bereichen können große Modernisierungsschritte erzielt werden. Würde jedoch die in diesem Programm nicht enthaltene, aber alle anderen wesentlich bestimmende *fünfte Modernisierung* fehlen, nämlich die Entfaltung einer *chinesischen Demokratie*, die den Namen sozialistisch im Ernst beanspruchen könnte und den Vergleich mit den bürgerlichen Demokratien nicht zu scheuen hätte, so wäre viele Anstrengung vergeblich gewesen. Der Ausgang dieses Prozesses ist offen. (Negt 1988, 147f)

Es ist verharmlosend, wenn man mit Blick auf das heutige China von einem rapiden gesellschaftlichen Wandel spricht; tatsächlich ist es eines der größten Gesellschaftsprojekte der jüngsten Geschichte, wenn man die knappen zwanzig Jahre nimmt, um die es sich dabei dreht, also einen Zeitraum, der in den üblichen chinesischen langen Wellen der Geschichte praktisch nur einen Augenblick ausmacht. Was ich auf meinen zwei China-Reisen (1980 und 2002) aufnehmen und sehen konnte, in der Perspektive gegenständlicher Realität, ist so radikal voneinander verschieden, dass man in manchen Zusammenhängen daran zu zweifeln beginnt, ob es sich noch um dieselbe Gesellschaft handelt. Es ist ja auch nicht dieselbe, gleichwohl drängen sich dann, auch in meinen Gesprächen mit Wissenschaftlern und Politikern auf der Reise von 2002, Probleme auf, die schon 1980 angesprochen wurden, die auch heute nicht gelöst sind. Es sind Fragen einer von Zensur unabhängigen kritischen Öffentlichkeit; das betrifft Probleme der Menschen- und Bürgerrechte, Versammlungsfreiheit, Aufbrechen des Gesellschaftszusammenhangs, der durch eine einzig legitimierte Partei hergestellt wird; das betrifft aber auch die Frage der Zulässigkeit freier Gewerkschaften. Es ist die zunehmende Polarisierung von Stadt und Land, von Reichtum und Armut. Wenn auch solche und andere Probleme sich durchgehalten haben in dieser Zeit beschleunigter wirtschaftlicher Entwicklung, so ist doch das Problembewusstsein, das Wissen um die Notwendigkeit von Lösungen, gewaltig angestiegen.

Das sind die wirklichen Krisenherde der Transformationsgesellschaft China; und selbst orthodoxe, ja konservative Parteileute stellen sich Diskussionen, manchmal gedrängt, ihre Ängste frei auszudrücken, die in dem spektakulären Ungleichgewicht der Entwicklung Tendenzen des inneren Zerreißen dieser riesigen Gesellschaftsordnung sehen. Manche erinnern auch an Mao, der ja in seinen *10 großen Beziehungen* davor gewarnt hat, *einen* Bereich der Gesellschaft zu entwickeln und andere in diesem Entwicklungsprozess zu vernachlässigen; gerade in diesen *10 großen Beziehungen* ist der Versuch enthalten, konfuzianische Gleichgewichte der gesellschaftlichen

Entwicklung anzumahnen. Und genau das ist nun der Punkt, an dem die wachsende Zahl politisch bewusster Intellektueller Probleme der inneren Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts sieht.

Es ist eine merkwürdige Erfahrung der vergangenen 15 Jahre, dass China macht- und wirtschaftspolitisch immer näher in den Aufmerksamkeitshorizont Europas und auch der USA rückt, aber diese gesellschaftlichen Strukturfragen, welche die kulturelle und politische Stabilität des Landes betreffen, nur geringe Beachtung finden. Im Regierungstross, der unter Reiseführung des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin in regelmäßigen Abständen in China auftaucht, nimmt die Zahl der Wirtschaftsleute ständig zu, obwohl doch die kulturelle Dimension des gegenseitigen Lernens zwischen China und Europa objektiv immer größere Bedeutung gewinnt. Die mittlerweile ritualisierte Aufforderung, die Bürger- und Menschenrechte zu respektieren, die Zensurgebote aufzuheben, hat selbst dann etwas höchst Formalistisches an sich, wenn eine europäische Führungspersonlichkeit einmal Dissidenten besuchen darf. Inzwischen ist in solchen Wirtschaftskreisen Europas die Meinung verbreitet, und sie findet immer größeren Anklang, dass in dem Maße, wie sich in China die Marktgesellschaft ausbreitet und in die gesellschaftlichen Poren eindringt, unvermeidlich auch Prozesse in Gang gesetzt werden, die über die Regulierungsmechanismen des Staates hinaus auch jene Bereiche zu modernisieren beginnen, die den Kapitalismus auch in Europa in ein soziales Regelsystem eingebunden und domestiziert haben: Zentrale Elemente einer *Zivilgesellschaft*, also, die hier mit der freien Marktwirtschaft, in Akkumulationsgesetzen des Kapitals, der Profitlogik und den anderen wirtschaftlichen Mechanismen nie komplett identisch gewesen sind. Ganz im Gegenteil: hier bildeten sich, nicht zuletzt durch eine weitgehend autonome Arbeiterbewegung, *Gegenmächte*, das, was man ein System der *Counter-vailing Powers* nennt. Darin besteht ja das europäische Entwicklungsmodell, in dem die sozialstaatlichen Transformationen der Marktgesellschaft wesentlich dazu beigetragen haben, dass in diesen Gesellschaftsordnungen so etwas wie eine friedensfähige Produktion stattfinden konnte. Gerade der europäische Weg wäre im Sinne eines geschichtlichen Lernens deshalb wichtig für China, das freilich in vielen Bereichen eher an amerikanischen Modellen orientiert ist.

Der Regierungspräsident von Düsseldorf veranstaltet jährlich Sommergespräche; 2006 ging es um China. Am 20. August trafen sich etwa 300 Wirtschaftsleute, Diplomaten, chinesische Manager, Vertreter der Medien in Düsseldorf, um in einem Tagesgespräch die neue Rolle Chinas für Europa zu diskutieren. Ich hatte den Auftrag, über Modernisierungsprozesse zu reden und dabei etwas über den Unterschied zwischen der konfuzianischen Wirtschaftsethik und der europäischen zu erörtern. Ich will nicht sagen, dass meinem eher mit Randgruppenstatus ausgestatteten Beitrag keine Aufmerksamkeit entgegen gebracht worden wäre, ganz im Gegenteil; ich hatte aber den Eindruck, dass diese China-Versammlung ganz froh war, dass ein Außenstehender diese kulturellen und politischen Probleme abhandelte, um sie dann sofort abhaken zu können. Es ist ein interessantes Nebengeleis, für den aktuellen Interessenzusammenhang zwischen China und Europa jedoch eher

nebensächlich. Die angsteinflößenden Daten, die in den offiziellen Vorträgen und in den Tischgesprächen bekannt gegeben und erörtert wurden, geben freilich kaum Anlass, auf das China-Geschäft mit jener optimistischen Sichtweise zu reagieren, wie sie noch in den achtziger Jahren üblich war.

Aus den freundlichen und mit hohen Renditeerwartungen verknüpften Handelsbeziehungen zwischen China und Deutschland, das freilich nach wie vor einer der wichtigsten Handelspartner geblieben ist, ist ein mit machtpolitischen Ängsten und misstrauischen Blicken auf Übervorteilungen versetztes Verhältnis geworden. Man wusste zwar seit langem, dass die Chinesen harte Verhandlungspartner sind und mit fernöstlicher Geduld pokern. Diese in den letzten Jahren sprunghaft angewachsenen Zweifel an der Solidität der chinesischen Handelspartner wird dadurch bestärkt, dass die staatlichen Instanzen, die jüngst auch vom deutschen Außenminister wiederum gemahnt wurden, geistiges Eigentum zu respektieren, diese Forderungen zwar zur Kenntnis nehmen, im Grunde aber gegen Produktpiraterie und Raubkopien nur wenig unternehmen. Als die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua über eine Erhebung berichtete, der zufolge an die 50 % aller Film-CDs und DVDs, Betriebsprogramme und sonstiger Software der Produktpiraterie entstammen, wurde sogleich eine staatliche Erfolgsmeldung nachgeschickt. In jüngster Zeit hätten energische Maßnahmen dazu geführt, dass ein Rückgang um 0,5 % zu verzeichnen sei (vgl. Grobe 2006). Wie eine Form später Rache sieht es manchmal aus, wenn die jahrhundertlang in kolonialer Abhängigkeit gehaltenen Länder, wie das Großreich China, jetzt mit den gleichen betrügerischen Mitteln heimzahlen, die sie von Europa gelernt haben. Bei den Chinesen stößt diese Empörung der Europäer auf ein verständnisvolles Lächeln, das Nichtbeachtung der angemahnten Regeln signalisiert.

So sehr nun diese Urheberrechtsfrage und die Produktpiraterie gegenwärtig in den Vordergrund getreten sein mag, niemand kann im Ernst der Auffassung sein, dass das Fundament der sich wirtschaftlich allmählich stabilisierenden Weltmacht China aus solchen räuberischen Praktiken besteht. In diese mischen sich häufig auch die Vertragsklauseln, die man als moralisch anfechtbar betrachten kann, die aber durchaus legal sind.

Die Chinesen sind interessiert an Blaupausen aller Art. Den Aufbau von Fabriken und damit den Marktzugang genehmigen sie den Westfirmen nur noch dann, wenn sie ihre kleinen und großen Geheimnisse preisgeben: Wie baut man Mikrochips mit Extremspeicher? Wie lassen sich Flugzeugmotoren konstruieren und pflanzliche Gene verändern? Was sind die Geheimnisse der Edelstahlproduktion? Wie schwebt die Magnetschwebbahn? [...] Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit hat es ohne Krieg und Eroberung einen solchen Wissenstransfer gegeben. Die westlichen Firmen helfen den Asiaten nach Kräften bei ihrer Aufbauarbeit, wenn auch keineswegs freiwillig. Die Unternehmer reden nicht gerne darüber, unter welchen demütigenden Bedingungen sie auf dem fremden Kontinent zum Zug kommen. (Steingart 2006a, 63)

Die Machtverschiebungen innerhalb einer halbwegs globalisierten Weltgesellschaft, die sich in Richtung China abzeichnen, sind in der Tat bedrohlich und bewundernswürdig zugleich. Manchen westlichen Unternehmern erscheint es so, als würde mit der chinesischen Wirtschaft und den spektakulären Wachstumsraten ein ganz neues

und höchst produktives Modell kapitalistischen Wirtschaftshandelns heranreifen. Wie ist es einer Volkswirtschaft möglich, in weniger als zwei Jahrzehnten mit Großmächten wie den USA, dem Wirtschaftsraum Europas auch nur zu konkurrieren, vielleicht sogar in kurzer Zeit eine dominante Stellung ihnen gegenüber einzunehmen? Bei der erwähnten Konferenz in Düsseldorf, die China zum Thema hatte, sind die Fragestellungen alle konzentriert gewesen auf Probleme des Urheberrechts und der Produktpiraterie. Wenig ist darüber geredet worden, wie die gesellschaftlichen Strukturen aussehen, wie in den Betrieben produziert wird, wie Arbeitszeiten geregelt sind oder ob es überhaupt welche gibt; welche Löhne gezahlt werden und wie die im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten stehen, warum die Unfallgefahren in den Bergwerken so hoch sind, welchen Anteil auch deutsche Firmen daran haben, dass in der Regel in den Joint Venture Betrieben Hungerlöhne gezahlt werden, gewiss höher als die, die die Wanderarbeiter bekommen. Nichts dergleichen wird auf Tagungen dieser Art diskutiert, zum Problem *dieser* Reichtumsproduktion gemacht, die jetzt auf die europäischen und amerikanischen Märkte mit gewaltigen Massenangeboten dringt. Das Gejammer darüber, dass jetzt immer mehr Billigware, auch der höchsten Qualität, aus den Niedriglohnländern auf die hiesigen Märkte drängt, geht nicht ein in die kritische Fragestellung, wie gewerkschaftsfreie Länder in ihren sozialen Verhältnissen aussehen, was eine freie und kritische Öffentlichkeit für die Bekämpfung der Korruption bedeutet; was überhaupt sozialstaatliche Transformationen des Kapitalismus für ein menschenwürdiges Leben bedeuten. All diese Fragen und andere, die genauso wichtig sind, jedoch *außerhalb* der Logik des Kapitals liegen, lenken unsere Aufmerksamkeit zurück auf unsere eigenen Verhältnisse, die gerade angesichts der chinesischen Herausforderung auf ihre Werthaltigkeit und ihren Bestand hin überprüft werden müssen.

Ein kluger Analytiker der chinesischen Gegenwartsverhältnisse hat einmal gesagt: Alle Waren werden unter Gesichtspunkten ihrer Qualität an den Grenzen überprüft, das Fleisch, Fisch, Gemüse,

nur die Ware Arbeitskraft bildet eine seltsame Ausnahme. Die Nationalstaaten schauen weg, winken jeden herein, der anklöpft: die Arbeit kann so billig sein, wie sie will, sie kann unter menschenverachtenden Bedingungen erbracht werden, sie darf alle zuhause geltenden Standards – von der Arbeitshygiene über die Frauengleichberechtigung bis zum Verbot der Kinderarbeit großzügig unterbieten. Niemand im Zollamt interessiert sich dafür. Die Arbeitskraft ist von allen handelbaren Gütern das freieste. Sie reizt unbehellig ein, unsere Wert- und Preisvorstellungen sind für sie suspendiert. (Steingart 2006a, 63)

Das genau ist es; es ist eben eine totale Verdrehung der Sichtweise, mit der wir die gegenwärtigen Marktverhältnisse betrachten. Marx hat den entscheidenden Unterschied zwischen der *politischen Ökonomie des Kapitals* und *politischen Ökonomie der Arbeit* gemacht. Gegenwärtig spielt die politische Ökonomie der Arbeit, der Arbeitskraft, der menschlichen Lebenszusammenhänge überhaupt keine Rolle mehr. Sie im Globalisierungszusammenhang zu entwickeln, wäre heute von äußerster Dringlichkeit, denn zum ersten Mal in der Geschichte funktioniert das Kapital nach weitgehend ungebrochenen eigenen Gesetzen so, wie Marx es im *Kapital*

beschrieben hat. Darin läge ein zentraler Ausgangspunkt für eine Neubewertung des Globalisierungsgeschehens, das heute überwiegend nach Kriterien des Geld- und Warenverkehrs beurteilt wird. Gerade im Blick auf die mit gewaltiger Ressourcenausbeutung auf den Weltmarkt drängenden neuen Großmächte China und Indien könnten die mahnenden Worte gelten, die Marx im Zusammenhang der kapitalistischen Industrialisierung des Landes in den USA formuliert hat:

Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter. (MEW 23, 529f)

Wo sich *Gegenmacht* zu dieser eigentümlichen Wirkungsweise des Kapitals nicht zu entwickeln vermag oder bewusst unterbunden wird, und zwar auf drei Ebenen: dem Rechtssystem, der kritischen Öffentlichkeit, der freien gewerkschaftlichen Organisationskraft – da findet das statt, was Marx die »reelle Subsumtion der lebendigen Arbeit unter das Kapital« bezeichnet. Unter solchen gesamt-gesellschaftlichen Bedingungen, die regelmäßig durch drückende Massenarbeitslosigkeit verschärft werden, könnten selbst diejenigen in den Status frei verfügbarer und im Grunde rechtloser Arbeitskräfte versetzt werden, die das Glück haben, in Dienstleistungsbereichen oder in industrieller Produktion ein einigermaßen geregeltes Einkommen zu ergattern. Auf höchster kapitalistischer Produktionsstufe werden Warenmassen hergestellt, die preisgünstig immer größere Segmente westlicher Märkte erobern, aber die Handelspolitik reagiert darauf allenfalls mit der Drohung von Kontingentierungen oder Schutzzöllen; nur wenig Erkenntnisinteresse ist darauf gerichtet, dem verharmlosenden Ausdruck »Billiglohnland« eine Strukturanalyse der Arbeits- und Produktionsbedingungen hinzuzufügen. Man weiß inzwischen, dass Billigimporte bestimmter industrieller Produkte zu einem hohen Prozentsatz aus Niedriglohnländern kommen; in Deutschland gilt: Schuhe zu 98 %, Fernseher zu 77 %, Kühlschränke zu 48 %; die Prognosen für 2015 liegen noch höher: Fernseher 90 %, Kühlschränke 80-90 % usw. (Zahlen aus Steingart 2006, 190).

Es ist bemerkenswert, dass bei diesem spektakulären Aufstieg Chinas zur wirtschaftlich potenten Weltmacht wenig Gedankenarbeit darauf gerichtet ist, was diese Billigimporte ermöglicht, wie die Produktionsbedingungen aussehen, unter denen lebendige Arbeitskraft steht. Wie sehen die Betriebe aus, gibt es eine Interessenvertretung für Arbeiterinnen und Arbeiter? Sind die Arbeitszeiten geregelt? Warum gibt es in bestimmten Bereichen immer noch Kinderarbeit? Diese Fragen betreffen freilich nicht nur das Niedriglohnland China, sondern auch die osteuropäischen Staaten und Indien. Vom chinesischen Staat als einer sozialpolitisch eingreifenden und regulierenden Instanz ist deshalb wenig zu erwarten, weil er in hohem Maße mit dem Kapital kooperiert und deshalb auch eine nationale Leistungsbilanz vorzuweisen hat, die das amerikanische und europäische Gemüt schwer belastet. Chinas Devisenreserven sind im Juli 2006 auf 925 Milliarden Dollar angewachsen; im Vergleich dazu verfügt Japan über 842 Milliarden, die Eurozone über 173 Milliarden, die USA über 41 Milliarden. Handelsbilanzüberschüsse verweisen auf ähnliche Steigerungsraten.

Als ich 1980 (in einer Zeit also, als Modernisierung erst ein Programm und nicht eine vorzeigbare Realität war) nach den Möglichkeiten gesetzlich fixierter Koalitionsfreiheit fragte, schüttelten unsere Gesprächspartner nur den Kopf; freie Gewerkschaften seien auch künftig undenkbar, denn die Kommunistische Partei werde alles, was im Westen durch gewerkschaftliche Gegenmacht erkämpft wurde, von sich aus im Interesse der Bevölkerung machen, im Interesse der Industriearbeiter ebenso wie in dem der Bauern. Von Gegenmacht war 1980 keine Rede; daran hat sich auch heute nichts geändert. Meine Tagebuchnotiz, die ich damals verfasste, hat nichts an Aussagekraft eingebüßt. Am Tag unserer Abreise, am 3. Juni 1980, besuchten wir eine Radio-gerätefabrik in Shanghai und hatten ein längeres Gespräch mit dem Direktor. Ich stellte die Fragen, es ging zunächst um seine Wohnung, seine Familie, mit welchem Fahrzeug er zur Fabrik kommt. Dann: »Welche Aufgabe die Gewerkschaft habe? – Es bestehe das System der Vollversammlung und die Realisierung ihrer Beschlüsse. Im übrigen übernehme sie Aufgaben der politischen Schulung, sei aktiv beteiligt an den Sozialeinrichtungen. – Ob die Gewerkschaft auch die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem Lohn und ihren Arbeitsbedingungen ausdrücke? – Die Gewerkschaft übe keinen Druck auf die höheren Instanzen aus.« (Negt 1988, 502)

Die Angst, das Organisationsmonopol der Kommunistischen Partei könnte durch solche Organisationen wie die Gewerkschaften in Frage gestellt werden, bestimmte auch 2002 meine Gespräche mit Parteifunktionären und Wissenschaftlern. An der Idee, dass es einzig und allein die Partei sei, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantiere, hat sich in diesen 25 Jahren nichts verändert. Aber diese immer wieder rituell bekräftigte Doktrin mag selbst schon Ausdruck der Schwäche der Organisationsmacht der Partei sein, vielleicht weniger im Zusammenhang der bedrohlichen Entwicklung einer Art neuer Arbeiterbewegung und der gewerkschaftlichen Gegenmacht; vielmehr zeichnen sich Autonomisierungstendenzen, d.h. nach eigenen Gesetzen ablaufende Prozesse ab, die von der Partei nicht mehr vollständig kontrollierbar sind: das gilt vor allem für Ansätze im Rechtssystem und für rebellische Tendenzen in der Medienöffentlichkeit.

Was die Frage der Institutionalisierung formalisierten Rechts betrifft, so saß 1980 der Schrecken der Willkürjustiz herumziehender Kulturrevolutionäre allen noch im Nacken. Entschieden wollte man sich von Verhältnissen verabschieden, unter denen Hinrichtungen ohne begründete Verfahren an Ort und Stelle stattfinden, ohne Verteidigungsmöglichkeiten der Angeklagten. Für diesen Zusammenhang war es bemerkenswert, dass immer wieder auf Liu Shaoqi verwiesen wurde, dem von Mao entmachteten Staatspräsidenten und wohl prominentesten Opfer der Kulturrevolution. Er hätte die Modernisierungslinie Deng Xiaopings, die eine gesamt-gesellschaftliche Strategie der Modernisierung untrennbar mit der *Verrechtlichung der Lebensverhältnisse* verknüpft, schon Mitte der fünfziger Jahre in der Partei durchsetzen wollen. Auf dem XIII. Parteitag der KPCh war er der Auffassung entgegengetreten, dass die Revolution die Geltungskraft von Gesetzen sprengte, vielmehr sei die Forderung nach *mehr* Verrechtlichung zu erheben. Die Entwicklung eines vollständigen Rechtssystems, eines in sich gegliederten, alle

gesellschaftlichen Bereiche erfassenden Gesetzeswerkes, müsse, nachdem der Kampf gegen die Konterrevolutionäre einmal abgeschlossen sei, an die Stelle politischer Maßnahmen treten. Nur so könne die rechtliche Gleichheit aller garantiert werden (Liu, AS 2, 49ff).

Über zwanzig Jahre dauerte es freilich, bis die Forderung nach einer grundlegenden Rechtskodifikation, die in der ganzen chinesischen Rechtsgeschichte unbekannt war, in der Öffentlichkeit wieder diskutiert werden konnte. In der Tat lassen sich am Problem der Verrechtlichung einige der Widersprüche verdeutlichen, die für die neuen Spannungen zwischen der beschleunigten rationalisierten Systemwelt und den nachrevolutionären Strukturen der Lebenswelt in China charakteristisch sind. Dass die Verrechtlichung der Lebensverhältnisse zentrale Bedeutung für das Gelingen eines Modernisierungsprojektes in China haben wird, wurde in Intellektuellenkreisen immer entschiedener betont. Dabei weiß man sehr gut einzuschätzen, wie kompliziert und langwierig eine Transformation alter chinesischer Rechtsverhältnisse in bürgerliches Formalrecht ist, wie wir es verstehen. Wie wenig das Recht in China zu einer selbständigen Sphäre normativer Geltung ausdifferenziert ist, belegt die ausdrückliche Verpflichtung der Gerichte oder sonstiger Untersuchungsorgane, bei der Rechtsfindung Nachforschungen anzustellen, die Elemente aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen enthalten. Klaus Mäding hat diese zusammengestellt. Vieles davon hat sich inzwischen verändert, aber manches gilt noch heute. Zu berücksichtigen sei: 1. die politische Situation zur Zeit der Tat (aktuelle politische Kampfaufgaben, Massenbewegung, Leitlinien der Partei – insgesamt Elemente, die dem Gericht vorgegeben sind), 2. der gesamte Tathergang, 3. die Folgen der Tat, 4. die Gesellschaftsgefährlichkeit dieser Tat, 5. die Motivation des Täters (dabei gilt das Augenmerk den konkreten Zielen des Täters, weniger seiner psychischen Disposition), 6. sein Klassenstatus, seine Familienherkunft, seine politische Haltung und sein soziales Verhalten, 7. seine Einstellung nach der Begehung der Tat, 8. die Auffassung der Partei, 9. die Auffassung der Massen (Mäding 1979, 108f).

Im Unterschied zu den achtziger Jahren, als die Modernisierungsprozesse gerade in Gang gesetzt und die Zahlen der Joint Ventures und der Sonderwirtschaftszonen überschaubar waren, scheint heute für diesen Prozess juridischer Rationalisierung eine ganz andere ökonomische Interessenkonstellation zu bestehen. Insofern wachsen die Chancen, dass sich eine eigenständige, ausdifferenzierte und von politischen Weisungen unabhängige Rechtssphäre bildet. Schon Max Weber hat hervorgehoben, dass langfristig ökonomische Rationalität mit kapitalistischem Zuschnitt sich nicht halten lässt, ohne dass formalisierte Rechtsverhältnisse verlässliche Kalkulationen sichern. Er sagt: »der moderne rationale Betriebskapitalismus bedarf, wie der berechenbaren technischen Arbeitsmittel, so auch des berechenbaren Rechts und der Verwaltung nach formalen Regeln, ohne welche zwar Abenteuer- und spekulativer Händlerkapitalismus und alle möglichen Arten von politisch bedingtem Kapitalismus, aber kein rationaler privatwirtschaftlicher Betrieb mit stehendem Kapital und sicherer Kalkulation möglich ist« (*Religionssoziologie* I, 11).

Das ist nun eben die Frage, um welchen Kapitalismus es sich in China handelt; ist es ein politisch bedingter Kapitalismus, ein Händlerkapitalismus, Abenteuer- und spekulativer Kapitalismus? So genau lässt sich das heute noch nicht sagen.¹ Das Rechtssystem betrifft das Machtmonopol der Kommunistischen Partei im Zustand einer gerade erst beginnenden Konstituierung einer Rechtskultur, dieses Monopol ist faktisch noch unangefochten. Initiativen für eine parteiunabhängige Justiz, häufig auch geknüpft an das Einklagen von Bürger- und Menschenrechten, schmieden Koalitionen und werden auch wirksamer, sind jedoch von Staatswächtern umstellt und meist ihrer öffentlichen Ausdrucksmöglichkeiten beraubt. Ganz andere Prozesse spielen sich dagegen im Zusammenhang eines *Strukturwandels der Öffentlichkeit* ab. Der öffentliche Raum spaltet sich auf, es entstehen zwei Realitätsschichten. Das eine ist die von der Partei strukturierte und weitgehend kontrollierte Verlautbarungs-Öffentlichkeit, in der aber Wirklichkeitsberichte nur erscheinen, wenn ihnen der Parteistempel der Zulässigkeit aufgedrückt wurde. Es gehört nun zu den Merkwürdigkeiten einer solchen forcierten Modernisierungspolitik, dass sie alle Kraft daran setzt, das Gewaltmonopol des Staates und der Partei abzusichern, materiell auch spürbar davon profitiert (was zum Beispiel Goldreserven und Handelsüberschüsse betrifft), im Grunde aber Schritt für Schritt die eigenen Totengräber ins Land holt. Es wird immer aufwändiger und schwieriger, die sich verselbständigende Medienrealität mit Zensurgeboten in Schach zu halten.

In der konfuzianischen Gedankenwelt wird Regierungstätigkeit als das »in Ordnung bringen von Menschen und Dingen« definiert (Konfuzius, *Ausg. Lin 1957*, 16f). Wie sehr nun Staat und Partei in dieser Tradition der praktischen Philosophie von Konfuzius sich verstehen mögen, immer stärker wird daran gezweifelt, ob diese Ordnungsmächte angesichts der freigesetzten Marktmechanismen und der Kapitalbewegungen die gesellschaftlichen Abläufe überhaupt noch zu kontrollieren imstande sind. Ein ganz neues Kampffeld ist entstanden; es liegt nicht auf der Ebene des herkömmlichen Print-Journalismus, sondern bewegt sich in der Dimension des Internet. Hier hat sich in den letzten Jahren eine Art »geheime Öffentlichkeit« herausgebildet, also jene zweite Realitätsschicht kritisch-kommunikativer Verständigung von Menschen, die gerade die entwickeltsten elektronischen Apparate benutzen, um die Zensurvorschriften zu umgehen und einer höchst persönlichen Meinung Ausdruck zu verleihen. Es ist deshalb kaum zufällig, dass Meldungen über die Verhaftung sogenannter *Internet-Dissidenten* immer häufiger sind.

Was hat es mit dieser geheimen Öffentlichkeit auf sich? Man muss sich die Ausmaße vergegenwärtigen, wenn von dieser neuen Kulturrevolution im Internet die Rede ist. Rund 110 Mio. Chinesen haben einen eigenen Zugang zum Internet. Dazu gibt es in Städten Internet-Bars, die rund um die Uhr geöffnet haben und kaum etwas kosten. Vor allem junge Chinesen nutzen das Internet zum chatten, Email schreiben und telefonieren, Online-Spiele sind sehr populär, kritische Inhalte, vor allem in

1 Diese Frage der Rechtsentwicklung habe ich 1988 im fünften Teil meiner *Gedankenexperimente* weiter entfaltet und als die schwierigste Modernisierung bezeichnet.

chinesischer Sprache werden dagegen streng zensiert. Insofern trifft Wang Huis Feststellung zu, dass China übermodernisiert ist, dass selbst in den Modernisierungsfeldern Balancestörungen auftreten (vgl. Wang 2006). Georg Blume, einer der kompetentesten China-Kenner, charakterisiert diese neue »Kulturrevolution« so:

Politische Dissidenten werden bis heute festgesetzt und ins Exil vertrieben, religiöse Sekten wie Falun Gong verboten und verfolgt. Doch seit der Jahrhundertwende hat es das Regime mit einer rapide steigenden Zahl frei publizierender Netzbürger und einem boomenden kommerziellen Medienbetrieb zu tun. Ein Kampf um die Meinungsfreiheit von historischer Bedeutung ist entbrannt, wie er an die Zeit Fürst Metternichs erinnert, der im deutschen Vormärz mit allen Mitteln das Aufkommen einer freien Presse zu verhindern suchte. Damals war in Deutschland die Presse das neue, revolutionäre Medium, das trotz Zensur die Grenzen der Fürstentümer überwand. Heute entfaltet in China das Internet eine vergleichbar revolutionäre Wirkung, indem es trotz Internet-Zensur das parteiliche Medienmonopol unterläuft. Unzählige chinesische Blogger, Journalisten, Schriftsteller und Medienunternehmer erkämpfen im Internet täglich ein neues Stück Meinungsfreiheit. (2006; vgl. Blume 1999)

Einschätzungen, welche Bedeutung diese Internet-Öffentlichkeit für die seit Ende der siebziger Jahre eingeklagten Demokratisierungsprozesse hat, gehen weit auseinander. Für die einen löst langsam, aber beharrlich das so gebrauchte Internet in China jene demokratischen Versprechen ein, die ihm seit seiner Erfindung nachgesagt werden. Das sind allerdings gleichzeitig jene, die Veränderung der Lebensstile und demokratische Selbstbestimmung des Volkes ohnehin als unabwendbare Folge der Ausbreitung der Marktwirtschaft und der umfassenden Modernisierungsstrategien sehen. Die anderen zweifeln daran, dass aus dieser rebellischen Realitätsschicht des Internets je eine politisch fungierende und kritische Öffentlichkeit in unserem westeuropäischen Verständnis werden kann.

Auch die medialen Modernisierungspfade haben merkwürdige chinesische Prägungen. Georg Blume zitiert einen der reichsten Chinesen, dessen Geld aus der Medienwelt stammt. Er begreift sich selbst als einen aufgeklärten modernen Menschen, hat in den USA studiert. Auf die Frage: Ist Zensur in China etwa kein diktatorischer Befehl von oben? antwortet er unmissverständlich: »Nein, Zensur erfolgt als Ergebnis eines chinesischen Verhandlungsprozesses und der Suche nach Balance.« (Blume 2006, 17) Dieser Charles Zhang Chaoyang, Chef des Internet-Portals Sohu, die Nummer 1 der neuen Medienmagnaten, fügt hinzu: »Es gibt in China keine kommunistische Regierung mehr, nur eine konfuzianische. Diese Einsicht würde westliche Missverständnisse beseitigen.« (Ebd.) Wo also das Ordnungsgefüge der Gesellschaft durch zu weit gehende individuelle Freiheit bedroht ist, muss der Staat tätig werden, um die gefährdeten Balancen wiederherzustellen; die konfuzianische Ethik praktischen Handelns verlangt Anpassung und Gehorsam im Blick auf die vorherrschende Ordnungsmacht. Auch kritischen Köpfen erscheint unter diesen Bedingungen Selbstzensur nicht als eine Einschränkung von Freiheitsrechten, sondern als notwendiger und unvermeidlicher Akt gesellschaftlicher Ordnungspolitik.

Ich habe am Beispiel von drei Handlungsfeldern aufzuzeigen versucht, wie prekär im Augenblick der chinesische Transformationsprozess ist: *Sie betreffen die Gewerkschaften, das Rechtssystem und die Öffentlichkeit*. Was man aber in dieser Gesellschaft

des gewaltigsten Sozialexperiments der Gegenwartsgeschichte als Transformation bezeichnen könnte, hat eine noch viel größere Reichweite. »China geht durch drei Revolutionen gleichzeitig: die Industrialisierung, die Urbanisierung und die Transformation in eine Marktwirtschaft. Der Übergang von einer kommunistischen Planwirtschaft und konfuzianischen Guanxi-Wirtschaft, die auf persönlichen Beziehungen beruht, zu einer Marktwirtschaft ist 1997 in eine zweite entscheidende Phase eingetreten. Dengs Reform, die nur Gewinner kannte, führte notwendig weiter zu Jiang Zemin's ›Reform mit Tränen‹, in der die sozialen Übergangskosten der Modernisierung und Liberalisierung zu bezahlen sind: Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, Korruption, Entwurzelung, Kriminalität. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist China in die riskanteste Wegstrecke seines Wiederaufstiegs eingetreten.« (Seitz 2006, 443)

Diese riskante Phase ist jetzt aufs Engste verknüpft mit weltwirtschaftlichen Problemen und mit der Weltöffentlichkeit, von der sich die chinesische Führung viel mehr beeindruckt lässt als von den Internet-Dissidenten. In meinen Gesprächen von 2002 sind die sonst bekannten Zahlen immer wieder bestätigt worden. Es sind ja lediglich Richtgrößen, keine exakten Zahlen; man geht aber aus von etwa 100 Million Wanderarbeitern, die mehr oder weniger rechtlos von Baustelle zu Baustelle, von Stadt zu Stadt ziehen. 300 Mio. Arbeitslose auf dem Lande sollen es sein, denn natürlich betont man stolz auch immer, dass eine ganz neue Industriearbeiterschaft aufgrund spektakulärer Industrialisierungsprozesse im Entstehen begriffen ist, überwiegend in Niedriglohnssektoren, aber doch mit einigermaßen gesicherten Existenzsicherungen. Und überall sind westliche, auch deutsche Firmen an diesem Industrialisierungsprozess auf Niedriglohniveau aktiv beteiligt.

Im einzelnen die deutschen Firmen aufzuzählen, die entweder selbständig oder in Joint Venture-Konstruktionen produzieren und Güter auch auf die europäischen Märkte schicken, würde ermüden. Konrad Seitz spricht von der Zukunft Chinas als der »Fabrik der Welt«: Wer das Ende der Industriegesellschaft prognostiziert hatte, muss heute eingestehen, dass er sich geirrt hat. Lediglich die Industrialisierung der Zentren habe sich weltwirtschaftlich verschoben. In den entwickelten Ländern vollzieht sich in der Tat ein Prozess deutlich spürbarer *De-Industrialisierung*; 1998 bis 2005 gingen in den USA etwa 3,4 Mio. industrielle Arbeitsplätze verloren; in Deutschland hat sich der Anteil industrieller Arbeitsplätze von 1992 bis 2005 von 26,7% auf 19,8% reduziert. 2,3 Mio. industrielle Arbeitsplätze sind verloren gegangen in dieser Zeit (Zahlen aus Steingart 2006a, 47). Weltweit ist in den vergangenen 10 Jahren die Industriebeschäftigung um 16% gestiegen, so dass heute rund 600 Mio. Menschen in Fabriken dieser Erde beschäftigt sind. Die *Industriegesellschaft* erlebt, so stellt Gabor Steingart fest, ihre *Blütezeit*. Selbst wenn man den von ihm prognostizierten Typ »westlicher Abschiedsgesellschaften« als dramatisch verzerrt bezeichnen wollte, müsste man doch zugestehen, dass hier ein gigantischer Prozess im Gange ist, der gut ins Schema historischer Ironie passen würde, die bekanntlich alles auf den Kopf stellt.

Das westliche Kapital wandert frei über den ganzen Globus, um sich dort festzusetzen, wo es die profitabelsten Anlagen vorfindet. Hans-Olaf Henkel, ehemals führender Verbandsfunktionär der Unternehmer, hat davon gesprochen, dass das

Kapital überall dorthin gehe, wo es sich wohl fühle. Das wird wohl dort sein, wo im Preis einer Waschmaschine oder eines Computers neben verschiedenen Produktionskostenanteilen nicht noch zusätzlich ein erhebliches Stück Sozialstaat steckt. Davon können die zahlreichen deutschen Investoren, die sich in China niederlassen, mit Sicherheit ausgehen. Neben den Großunternehmen wie Siemens, BASF, Bayer sind an die 1 600 deutsche mittelständische Firmen in China vertreten,

die Mehrheit beschränkt sich auf Repräsentanzen, mehrere hundert aber haben produzierende Unternehmen errichtet – Joint Ventures und in den letzten Jahren immer mehr hundertprozentige Tochterunternehmen. Für viele der mittelständischen Unternehmen ist China bereits zu einem Schlüsselmarkt geworden, einige machen durch Exporte und lokale Produktion 20 % – und mehr – ihres Weltumsatzes in China. Entgegen einer häufig geäußerten Meinung erzielen die meisten der in China gegründeten Joint Venture und Tochterfirmen, obwohl noch jung, bereits Gewinne, zum Teil sogar außerordentlich gute Gewinne. (Seitz 2006, 469)

Aber es sind ja nicht nur die chinesischen Märkte, die mit den von diesen Unternehmen produzierten Waren beliefert werden. Ein großer Teil der Waren kehrt in Form von Billigimporten in die heimischen Märkte zurück und bedroht hier jene Produktionszusammenhänge, die man ja mit Produktionsverlagerungen nach China oder anderen Billiglohnländern gerade stabilisieren zu wollen behauptete. Es entsteht eine ganz neue Situation im Globalisierungskontext, vor der gerade diejenigen warnen, die ihre Herbeiführung aktiv betreiben. Das macht die Ironie dieser fatalen Geschichte aus.

Mit jedem Kauf eines fernöstlichen Produkts erteilen die Käufer dem heimischen Sozialstaat und seinen Lieferbedingungen eine Absage. Wenn ihnen keiner in die Arme fällt, vernichten sie mit ihrer Kaufentscheidung kühlen Herzens die heimische Industrie. Denn fast alles, was man kaufen kann, kann man mittlerweile auch ohne diesen Zusatzstoff ersteinen, den wir Sozialstaat nennen. (Steingart 2006a, 62)

So entsteht im Verhältnis Europas und der USA zur aufkommenden neuen wirtschaftlichen Führungsmacht China eine politische Herausforderung in neuartiger Perspektive: Gelingt es den westlichen Ländern, durch eine aktive Handelspolitik und im Rahmen einer von der Weltöffentlichkeit getragenen gesellschaftlichen Strukturpolitik den jetzigen Niedriglohnländern eine sozialstaatliche Verfassung aufzudrängen, die den Menschen ein Leben in Arbeit und Würde ermöglicht, so dass dann auch die Billigimporte vom Markt verschwinden? Oder geht die gesellschaftliche Fahrt in umgekehrter Richtung: Der Abbau des hiesigen Sozialstaatsgefüges, so dass wir allmählich auf das chinesische Niveau herabgleiten? Das ist freilich keine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu entscheidende Frage, sondern eine der politischen Verantwortung.

Literatur

- Blume, Georg, *Chicago Yamamoto. Chinesische Reise, Provinzen und Städte in der Volksrepublik*, mit einem Nachwort v. Helmut Schmidt, Berlin 1999
- ders., »Die neuen Kulturrevolutionäre«, in: *Die Zeit*, Nr. 21, 18.5.2006, Dossier
- Fewsmith, Joseph, *China since Tian Anmen. The Politics of Transition*, Cambridge 2001
- Grobe, Karl, »Geraubtes Gut«, in: *Frankfurter Rundschau*, 2.9.2006
- Konfuzius, hgg. v. Lin Yutang, Frankfurt/M 1957
- Leibniz, Gottfried Wilhelm, Vorwort zu *Novissima sinica* in: *Deutsche Denker über China*, hgg. v. Adrian Hsia, Frankfurt/M 1985
- Liu Shaoqi, *Ausgewählte Schriften und Materialien*, 2 Bde., hgg. v. Theodor Bergmann, U. Menzel u. U. Menzel-Fischer, Stuttgart 1982 (zit. AS)
- Mädling, Klaus, *Strafrecht und Massenerziehung in der Volksrepublik China*, Frankfurt/M 1979
- Mao Tse-tung, *Über die zehn großen Beziehungen*, Peking 1977
- Marx, Karl, *Das Kapital I, Marx-Engels-Werke*, Bd. 23, Berlin/DDR 1963 (zit. MEW 23)
- Needham, Joseph, *Wissenschaftlicher Universalismus. Über Bedeutung und Besonderheit der Chinesischen Wissenschaft*, Frankfurt/M 1976
- Negt, Oskar, *Modernisierung im Zeichen des Drachen. China und der europäische Mythos der Moderne*, Frankfurt/M 1988 (2., erw. Aufl. 2007 in Vorb.)
- Seitz, Konrad, *China – eine Weltmacht kehrt zurück*, 2. Aufl., München 2006
- Steingart, Gabor, *Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden*, München-Zürich 2006
- ders., »Weltkrieg um Wohlstand«, in: *Der Spiegel*, Nr. 37, 11.9.2006a
- Wang Hui, *China's New Order*, hgg. v. Theodore Huters, Harvard 2003
- ders., Interview, in: *Die Zeit*, 20.4.2006
- Weber, Max, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen 1963

Jetzt erschienen: Die Neuen Kapital-Vorlesungen



Wolfgang Fritz Haug
Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«
 17,50 € · 978-3-88619-330-1

Nie zuvor herrschte der Kapitalismus so uneingeschränkt. Das kritische Wissen über ihn scheint in ebendem Maße geschwunden zu sein, in dem er sich vollends über den Globus ausgebreitet hat. Gegen diesen Trend tragen Haugs Kapital-Vorlesungen dazu bei, das marxische Kapital als das theoretische Werk neu zu erschließen, das einzigartig die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung erklärt.

Die erste Folge entwickelte die elementaren Begriffswerkzeuge. Die *Neuen Vorlesungen* bewegen sich durch den Gesamtaufbau von Kapital I und rollen zur Rekonstruktion der theoretischen Produktionsweise von Marx einen ganzen Satz philosophischer Grundfragen neu auf. Erkundet wird das Drama der Arbeit im Prozess des Kapitalismus, der von einem Ungleichgewicht ins entgegengesetzte fällt und von der permanenten Reduktion der Arbeit sowie der Akkumulation um der Akkumulation willen an seine geschichtliche Grenze getrieben wird.



Stefan Schmalz

Ein Entwicklungsland als werdende Weltmacht

Der rasante Aufstieg Chinas zur Weltmacht stellt die Entwicklungstheorie vor ein Rätsel. Seit dem Beginn der marktwirtschaftlichen Reformen im Jahr 1978 hat das Land sein Bruttoinlandsprodukt mehr als verzehnfacht. China löste im vergangenen Jahr Großbritannien als viertgrößte Wirtschaftsmacht ab. Das chinesische Außenhandelsvolumen hat sich in der Öffnungsperiode von nur 20,6 Mrd. US\$ auf über 1,4 Bio. US\$, versiebzigfacht. Seit der Öffnung wurden rund 600 Mrd. US\$ an ausländischen Direktinvestitionen in das Reich der Mitte gepumpt. Ferner haben chinesische Firmen begonnen, den Weltmarkt zu erobern: Bereits 20 Betriebe befinden sich unter den 500 größten Unternehmen weltweit.

Über Art und Weise der Marktöffnung herrscht Einigkeit: Schrittweise wurden Preisbindungen gelockert, der Außenhandel liberalisiert und die Landwirtschaft reformiert; umfangreiche Privatisierungen kamen erst ab dem Jahr 1992 auf die Tagesordnung; noch immer tritt der Staat als größter Investor, Kapitaleigner und strategischer Führer des Wachstumsprozesses auf (Cho 2006, 80). Die entwicklungstheoretischen Interpretationen aber laufen auseinander. Verschiedene theoretische Strömungen und namhafte politische Entscheidungsträger beanspruchen China als empirischen Beleg für ihren jeweiligen Ansatz.

Supachai Panitchpakdi, ehemaliger WTO-Generalsekretär, und Mark L. Clifford, Asienkorrespondent der *Business Week*, sehen China auf dem langen, erfolgreichen Marsch zur Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild. Mit dem WTO-Beitritt sei China »am Ende des Beginns der Reformen« angelangt (2002, 20). Die Liberalisierung von Märkten und die Einführung neuer Institutionen würden zur Mehrung des Wohlstands beitragen. Dieses schlichte Argumentationsmuster ist auch in der wissenschaftlichen Diskussion gängig. Neuere modernisierungstheoretische Ansätze interpretieren den chinesischen Fall oftmals sogar im Licht der Transformation des Ostblocks (Pham-Phuong 2005, 4).

Im Gegensatz sehen keynesianische Theoretiker im chinesischen Aufstieg »das Waterloo der orthodoxen Entwicklungstheorien« (Herr 2000, 202). Die Annahme der Neoklassik, eine verbesserte Allokation von Ressourcen durch eine rasche Liberalisierung von Märkten diene als Motor für die Schaffung von Wohlstand, sei durch die umfassenden Eingriffe des chinesischen Staates widerlegt. »Es ist, als habe China sich von Attac, den Globalisierungskritikern, beraten lassen und trotz nun dem Freihandel, zumindest insoweit er der Stabilität Chinas schaden könnte.« (Sieren 2005, 40) Offen bleibt, wie die hohe Außenverflechtung des chinesischen Entwicklungsmodells zu erklären ist – der Exportanteil am BIP liegt bei 36 %.

Auch Vertreter der Weltsystemschule haben China als Beweis für ihre Überlegungen ausgemacht. Die USA sehen sie im Niedergang, während China im Zusammenspiel mit anderen Großmächten ihnen als Anwärter auf eine Vormachtstellung gilt:

China's ascent is indeed reminiscent of the US ascent during the world wars of the first half of the twentieth century. Just as the United States emerged as the real winner of the Second World War after the USSR had broken the back of the Wehrmacht in 1942-43, so now all the evidence seems to point to China as the real winner of the War on Terrorism whether or not the United States eventually succeeds in breaking the back of al Qaeda and the Iraqi insurgency (Arrighi 2005, 115).

Durch den chinesischen Aufstieg könne das vorherrschende ›globale Chaos‹ langfristig in eine neue hegemoniale Ordnung überführt werden. Offen bleibt hier die Frage nach der Fähigkeit Chinas, ein alternatives Entwicklungsmodell zu implementieren und so auch als ein Erzieher auf andere Staaten einwirken zu können.

Organisierte strukturelle Heterogenität

Ursächlich für die widersprüchlichen Interpretationen ist die spezifische Ausprägung des chinesischen Entwicklungsprozesses. Dieser erlaubt keine allgemeine Einordnung in die klassischen theoretischen Paradigmen, sondern allenfalls eine phasenweise Zuordnung. Chinas Aufschwung bedeutet tatsächlich das Waterloo der orthodoxen Entwicklungstheorien, der Modernisierungstheorie nicht weniger als der dependenztheoretischen Ansätze. Ulrich Menzels Forderung (1992, 38) nach einer »theoretisch reflektierten Typologie der ›Dritten Welt«, die die jeweiligen historischen, politischen und kulturellen Besonderheiten zum Ausgangspunkt nimmt und erst dann fragt, welche Blockaden, aber auch welche Chancen der Weltmarkt ebenso wie politische Abhängigkeiten jeweils geboten haben«, erscheint aktueller denn je.

Doch welche Beschreibung des chinesischen Entwicklungsmodells könnte für ein solches Unterfangen als Interpretationsfolie dienen? Einen viel beachteten und umstrittenen Vorschlag hierzu hat Joshua Cooper Ramo gemacht (2005, 224ff): Dem Konsens von Washington stehe eine eigenständige Entwicklungsstrategie gegenüber, die für viele Staaten der Peripherie einen Anziehungspunkt bilde und als »Konsens von Peking« bezeichnet werden könne. Das Modell zeichne sich durch drei Besonderheiten aus: *Erstens* wurde in China ein neues Verhältnis zwischen Hochtechnologiesektoren und traditionellen Bereichen erprobt; *zweitens* spielte für die KPCh stets eine flexible Koordinierungsstrategie mit dem Ziel einer stabilen politischen Entwicklung eine zentrale Rolle, wobei auch der Wechsel der Entwicklungsstrategie in Kauf genommen wurde, um auf Strukturprobleme zu reagieren; *drittens* bildete das Beharren auf einen eigenständigen Entwicklungspfad eine Konstante. Die chinesische Regierung wechselte bewusst auf eine multilateral orientierte Außenpolitik über und suchte die Interdependenz mit strategischen Partnern wie der USA, nutzte aber gerade die vertiefte Weltmarktintegration, um ihre Autonomie abzusichern. Die drei Momente sind Wegweiser auf der Landkarte zum besseren Verständnis des chinesischen Entwicklungsmodells.

Die Überlegung, dass in China ein besonderes Verhältnis zwischen hoch- und unterentwickelten Sektoren vorherrscht, gewinnt bei einer Analyse des Transformationspfades des Landes an Bedeutung. Dass dieses Entwicklungsland als werdende Weltmacht auftreten kann, die das vorherrschende globale Machtgefüge umwälzt, ist ein historisches Novum. Die beiden Merkmale bilden keinen Gegensatz, sondern

eine Symbiose. Hier ist ein Rückgriff auf ältere dependenztheoretische Überlegungen erhellend. Mit dem Begriff der »strukturellen Heterogenität« (Cordova 1973, 24) wurden grundlegende Unterschiede der Gesellschaftsformationen in Zentrum und Peripherie umschrieben. Während die Zentren nach einer Phase extensiver Akkumulation eine weitgehend selbstzentrierte Entwicklung verfolgen, herrscht in der Peripherie auch nach der Industrialisierung ein komplexes Ensemble verschiedener Produktionsweisen und Subsistenzformen vor. Hochentwickelte Sektoren sind in den Weltmarkt integriert und stehen marginalisierten Sektoren gegenüber. Die strukturelle Heterogenität ist der Ausdruck von Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie. Faktoren wie ungleiche Austauschverhältnisse (*terms of trade*) oder wie der Profittransfer in die Metropolen verstärken die Herausbildung von Enklavenökonomien und blockieren die Entwicklungsbestrebungen an der Peripherie. Viele der Modernisierungsversuche gerieten deswegen in strukturelle Probleme wie die Hochverschuldung und endeten schließlich in der Sackgasse einer »verkrüppelten Industrialisierung« (Fajnzylber 1983).

Das chinesische Beispiel stellt die Dependenztheorie auf den Kopf. Hier hat sich die strukturelle Heterogenität als Modernisierungsbeschleuniger erwiesen. Als 1978 die Ära der »Reformen und Öffnungen« begann, war China mit einem Gini-Koeffizienten von 0,21 eines der Länder mit der niedrigsten Einkommenspolarisierung. Der marktwirtschaftliche Reformprozess erhöhte die soziale Spaltung. Im Kern basierte diese Entwicklung auf der Herstellung räumlicher Ungleichheit (Harvey 2005, 131). Die strukturelle Heterogenität eines kapitalistischen Peripherielandes wurde synthetisch erzeugt. Sie war zunächst kein »kumulatives Produkt historischer Gründe« (Cordova 1973, 48) und damit auch nicht wie »harter Zement« (Furtado 1997, 50), sondern entstand in einem politisch regulierten Laboratorium. Die Größe des Landes ermöglichte dabei eine besondere Artikulation zwischen den marginalisierten und entwickelten Sektoren.

Das Ei des Kolumbus waren die Sonderwirtschaftszonen. Sie bildeten die Treibhäuser der außengerichteten Kapitalakkumulation. Bereits 1979 wurden die ersten vier davon in den südlichen Küstenprovinzen Guangdong und Fujian geschaffen. In den 1980er Jahren errichtete man weitere Exportzonen wie wirtschaftlich geöffnete Küstenstädte und Regionen. Bis heute blieb dieses Modell prägend. Das Reich der Mitte zählt mittlerweile u.a. 53 Zonen zur Hochtechnologieförderung, 32 bundesstaatliche Wirtschafts- und Technologiesonderzonen sowie mehrere Dutzend geöffneter Sonderentwicklungszonen an der Küste. In ihnen genießen ausländische Unternehmen besondere Freiheiten. Rund 90 % aller Ausfuhren werden hier abgewickelt. Auch die nationale Exportindustrie gruppiert sich in diesen Regionen. Die Küstenprovinzen ziehen 86 % der ausländischen Direktinvestitionen an. Als Folge dessen ist China wie kaum ein anderes Land räumlich fragmentiert und weist inzwischen das weltweit höchste Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land auf (Blume 2004).

Bemerkenswert ist die Art und Weise, wie marginalisierte und entwickelte Sektoren ineinander wirken. Die räumliche Ungleichheit, gewöhnlich ein Entwicklungshindernis, wurde zum Motor rascher Entwicklung des Landes. Zum einen wurde

ein technologischer Durchsickerungseffekt erzeugt, der es ermöglichte, staatliche und nationale Privatunternehmen zu fördern und so die Metropolen in der Peripherie schrittweise auszudehnen.¹ Die Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Firmen dienten als Vehikel. Beschleunigt wurde dieser Prozess durch ein lückenhaftes Patentrecht: Rund 99 % der chinesischen Unternehmen haben bis heute keine Patente beantragt und über 60 % besitzen kein eigenes Markenzeichen für ihre Produkte. Doch die schiere Größe des chinesischen Marktes zieht ausländische Investoren an. Ab 1995 wurde eine Strategie durchgesetzt, in der diese den Zugang zum chinesischen Absatz- und Arbeitsmarkt im Austausch mit dem Transfer von Technologie erhielten. Wie einst die Konkubinen um die Gunst des Kaisers buhlten, müssen ausländische Unternehmen ungeachtet ihrer zentralen Rolle im exportorientierten Wirtschaftsmodell eine Fülle von Auflagen des chinesischen Staates erfüllen – eine »Konkubinenwirtschaft« (Sieren 2005, 40).

Zum anderen drängt ein riesiges Heer von Wanderarbeitern auf die städtischen Arbeitsmärkte. Die strenge Einwohnermeldepflicht (*hukou*) wurde ab Mitte der 1980er Jahre schrittweise gelockert (Zhang 2004, 505). Allerdings existiert bis heute keine Freizügigkeit. Die mittlerweile über 100 Mio. Wanderarbeiter (*mingong*) dürfen in den Städten in einzelnen Branchen arbeiten, sich aber nicht fest ansiedeln. Das Lohnniveau bleibt im internationalen Maßstab unschlagbar niedrigen. 72 % der Wanderarbeiter arbeiten 6 oder 7 Tage die Woche (507). Dennoch bleibt die Arbeitsmigration aufgrund des Stadt-Land-Gefälles attraktiv: Rund ein Drittel des ländlichen Einkommens entstammt Überweisungen aus den urbanen Zentren. Die Ansiedlungs- und Stadtplanungspolitik verhindert zusammen mit dem leistungsfähigen Industriesektor die Entstehung von Slums. Die hieraus resultierende Stadtentwicklung gleicht daher nicht der Verstädterung im Süden, sondern vielmehr dem klassischen Urbanisierungsmodell von Manchester, Berlin oder St. Petersburg (Davis 2006, 806).

Das Zusammenwirken von ausländischen Direktinvestitionen, Technologietransfer, der riesigen industriellen Reservearmee und der regulierten Außenöffnung entfaltete eine rasante Dynamik. Sie schob den chinesischen Exportboom mit an, dem sich viele Beobachter mit Erstaunen nähern:

Wie lässt sich ein Hemd mit guter Qualität in der Nanjing Road – der wichtigsten Hauptstraße Shanghais – für weniger als drei US-Dollar legal verkaufen? Dieses Beispiel mag zwar allzu simpel klingen, es ist bis heute jedoch nicht gelöst. [...] Die chinesischen Verkaufspreise liegen oft sogar unter den Herstellungskosten der meisten Länder, mit denen China im Wettbewerb steht. Diese erheblichen Preisunterschiede sind bis heute nicht ausreichend analysiert worden. (Dussel Peters 2006, 123)

Die Auswirkungen der organisierten strukturellen Heterogenität sind nur im regionalen Kontext verständlich. In Südostasien existiert ein Produktivsystem, das sich lange Zeit um die japanische Volkswirtschaft gruppierte und durch den chinesischen

1 Freilich geht der chinesische Aufschwung mittlerweile auch mit einer beachtlichen endogenen Technologieentwicklung einher, die ihren Ausdruck in Zahlen wie den Ausgaben für Wissenschaft und Technologie im Jahr 2004 von rund 24,5 Mrd. US\$ findet.

Aufstieg erschüttert wird. Der japanische Entwicklungsökonom Kaname Akamatsu (1961) und sein Schüler Kojima Kiyoshi (1977) hatten zu dessen Charakterisierung den Begriff der ›Fliegenden Wildgänse‹ geprägt. Um trotz der Lohnsteigerungen die eigene Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten, lagerte die japanische Wirtschaft ab den frühen 1970er Jahren arbeitsintensive Industriezweige in Nachbarländer aus (Hwang 1998). Die erste Generation der Tigerstaaten – Taiwan, Südkorea, Singapur und Hongkong – profitierte von den Gemeinschaftsunternehmen mit japanischen Investoren. Als deren komparative Kostenvorteile durch steigende Lohnkosten dahinschwanden, flossen japanische Direktinvestitionen in Länder wie Indonesien, Thailand, Philippinen oder Malaysia, die so ebenfalls einen Industrialisierungsschub durchlebten und die zweite Generation darstellen. Die Tigerstaaten der ersten Generation traten nun selbst als Investoren auf. Es bildete sich in der regionalen Arbeitsteilung eine abgestufte Hierarchie – mit Japan an der Spitze.

Die fliegenden Wildgänse erreichten auch China. Im Jahr 2003 stammten rund 63,7% aller ausländischen Direktinvestitionen aus dem asiatischen Raum, wobei Hongkong mit 33,1%, Japan mit 9,5% und Südkorea mit 8,4% die wichtigsten Investoren waren (National Bureau 2004, 732).² Während in den südostasiatischen Schwellenländern rasch eine Exportsubstitution wegen steigender Produktionskosten unabdingbar wurde, vermochte China aufgrund seiner Größe und räumlichen Zergliederung verschiedene Stufen der Arbeitsteilung im Land anzusammeln. Diese Dynamik wurde durch die us-amerikanischen Direktinvestitionen im Hochtechnologie-Bereich ab den 1990er Jahren beschleunigt. China beheimatet sowohl konkurrenzfähige arbeitsintensive Industriezweige als auch Hochtechnologie-Exportunternehmen und ist auf dem Weg, sich als neues Zentrum des südostasiatischen Produktivsystems zu etablieren (Hart-Landsberg/Burkett 2006, 7ff).

Flexible Steuerung durch die KPCh

Doch welcher politischen Steuerung unterliegt die chinesische Entwicklungsstrategie? Helmut Peters (2005b, 2006) ordnet die marktwirtschaftlichen Reformen in den Gesamtrahmen des chinesischen Sozialismusversuches ein. Seine Überlegung hat auch entwicklungstheoretische Implikationen. Chinas Transformation zur Weltmacht begann nicht erst mit der Reformpolitik 1978, sondern bereits drei Jahrzehnte früher. Am Anfang stand die maoistische Revolution. Wenige Länder setzten eine Entwicklungsstrategie um, die den Überlegungen der radikalsten Strömungen der Dependenztheorie so nahe kam, wie das maoistische China. Der Großgrundbesitz wurde zerschlagen. Die Überschüsse der chinesischen Handelsmetropolen, etwa von Shanghai, wurden zur Förderung strukturschwacher Regionen eingesetzt.

2 Der Wert von Hongkong sollte jedoch relativiert werden. Hongkong ist eine Drehscheibe für ausländische Kapitaleigner, die über diesen Umweg auf das chinesische Festland investieren. Da jedoch sehr hohe Kapitalzuflüsse nach Hongkong wiederum von den Britischen Jungferninseln und den Kaimaninseln stammen, lässt sich der ausländische Anteil der Zuflüsse von Hongkong nach China nur schwer berechnen (National Bureau 2004, 931f).

Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik lag auf der Steigerung der Industrieproduktion, die in der Epoche von 1952-1978 um jährlich 11,8% anwuchs. Die Politik der Eisernen Reisschale (*tiefanwan*) kam einer staatlichen Beschäftigungsgarantie mit Minimalbezahlung gleich. Der Maoismus begeisterte darum auch nachhaltig bedeutende Theoretiker:

Die Volksrepublik China mag hier als Beispiel genügen; die Art, wie dort das Auf-die-eigenen-Kräfte-Bauen (*self-reliance*) praktiziert wird, erfasst nicht nur das ganze riesige Land als solches, sondern jede Provinz, jeden Distrikt, jede Kommune und jede Brigade, ebenso jedes Team – sie alle funktionieren und handeln entsprechend dieser Norm und setzen damit ein nicht gekanntes Maß an Kreativität frei. (Galtung 1983, 29; Übers. verändert)

Der Versuch, einen Entwicklungspfad zu beschreiten, der nicht den fordistischen Modernisierungsprojekten in anderen Dritte-Welt-Staaten entsprach, hatte seine Schattenseiten. Der ›Große Sprung nach vorn‹, ein verheerendes Experiment des ›Auf-die-eigenen-Kräfte-Bauens‹, führte zusammen mit einer Dürreperiode zu einer Hungersnot, die über 30 Mio. Tote forderte. Die Kulturrevolution »als Reaktion auf ein Frühstadium der Verstaatlichung der Partei« (Wang 2006, 35) und damit Ausdruck eines Ringens um die Ausgestaltung des Entwicklungsmodells endete abermals mit dem Tod von Hunderttausenden und der Zerstörung von Kulturgütern unschätzbaren Wertes. Vollends in der trügerischen Gewissheit des »Endes der Geschichte« wird der Maoismus deshalb auch heute von einigen zur »Grundtorheit des Jahrhunderts« erklärt (Kohlhammer 2006, 23).

Doch den Ausgangspunkt für die wirtschaftspolitischen Erfolge der Reformpolitik nach Maos Tod bildete gerade diese ›Grundtorheit‹. Zur Erklärung ist erneut ein Rückgriff auf die Dependenztheorie erhellend. Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto betrachteten Abhängigkeit als einen »Modus der strukturellen Beziehungen, eines spezifischen Typs von Beziehungen zwischen Klassen und Gruppen, der eine Situation bezeichnet, welche eng mit der ›Außenwelt‹ vermittelt ist«; folglich müsse von der Struktur »des Systems der Beziehungen« ausgegangen werden, »die zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen innerhalb der abhängigen Nation selbst bestehen« (1976, 31). Im Jahr 1978 existierten in China keine Klassenfraktionen, die als Statthalter der Außenabhängigkeit auftraten. Die politische Führung oblag einer Staatspartei, die auf ein nationales Entwicklungsprojekt setzte.

Die drei Jahrzehnte der Umsetzung abhängigkeitstheoretischer Konzepte bildeten den Nährboden für einen Entwicklungspfad, auf dem mit Strategien operiert wurde, die oftmals dem modernisierungstheoretischen Paradigma zugeordnet werden können.³ Freilich blieben die Abschirmung des Binnenmarkts und die Regulierung

3 Dieter Senghaas (1996, 81) weist auf diesen Zusammenhang hin und illustriert ihn am Beispiel der Landwirtschaft: »Die ›List der Geschichte‹ ist also unübersehbar: Obgleich zum Hemmschuh für die weitere Entwicklung geworden, erwies sich die Kollektivwirtschaft auf dem Lande als eine ideologisch niemals so postulierte Vorbereitungsphase für die faktische, wenngleich nicht juristische Reprivatisierung der Kollektivwirtschaft. Anders als oft beobachtbar, wurde die Agrarreform nicht zur Gegenreform, also zur Verschlimmderung der Lage im ländlichen Raum genutzt, sondern zu *einem* der Ausgangspunkte eines gesamtwirtschaftlichen Durchbruchs«

der Investitionsströme (vorerst) erhalten. Bis zum WTO-Beitritt 2001 herrschte die Ausrichtung vor, das Monopol der Staatsunternehmen auf dem Binnenmarkt zu fördern und ausländische Unternehmen auf den Export zu verweisen. Der wachsende Binnenmarkt schuf eine große kaufkräftige urbane Mittelschicht, deren Existenz dabei half, die Blockaden abhängiger Industrialisierungsversuche auszuhebeln. Zusammen mit den Exporterfolgen, die auf die schrittweise Assoziation mit den Zentren setzte und gerade nicht auf der Abkoppelung vom Weltmarkt beruhte, ermöglichte dies den von Walt W. Rostow (1960, 4-20), dem Urvater der Modernisierungstheorie, beschriebenen selbst getragenen Aufschwung – den ›Take Off‹ zur Industriegesellschaft.

Die KPCh garantierte nicht nur den starken ›Entwicklungsstaat‹, den Theoretiker beinahe aller Couleur einfordern, sondern erwies eine erstaunliche Steuerungsfähigkeit. Zum einen verfolgte sie die langsame Reintegration in den Weltmarkt bis in die 1990er Jahre mit »dem Ziel, die Bildung irgendeines kohärenten kapitalistischen Machtblocks zu verhindern« (Harvey 2005, 123). Zum anderen wurden Reformschritte erprobt und bei Misserfolgen verworfen. »Jeder weitere Schritt des Reformprozesses wurde von Spannungen und Widersprüchen getrieben, die dem Prozess selbst entsprangen« (Hart-Landsberg/Burkett 2004, 61). Anders als die KPdSU in der Phase der Neuen Ökonomischen Politik nahm die KPCh den wachsenden Einfluss des ausländischen Kapitals nicht als eine Epoche des Klassenkampfes wahr (Peters 2005b, 169f). Der wirtschaftliche Erfolg wurde zum wenig hinterfragten Leitmotiv mit dem Effekt einer Entpolitisierung von Partei und Gesellschaft (Wang 2006).

Gleichwohl brachte der Transformationspfad bisher keine handlungsfähige Kapitalistenklasse hervor. Auch wenn bereits acht Chinesen auf der Milliardärsliste von der Zeitschrift *Forbes* von 2006 rangieren, ist die chinesische herrschende Klasse im internationalen Vergleich immer noch unterentwickelt (Peters 2005a, 31; Schmalz 2006, 34). Es scheint, dass die KPCh die Rolle einer kapitalistischen Staatsklasse übernimmt (Chan 2001). Sie öffnete sich 2002, also erst ein Vierteljahrhundert nach den ersten Reformschritten, für das Beitritts-gesuch von Unternehmern.

Der chinesische Januskopf

Die jüngste Phase der chinesischen Entwicklungsstrategie wird von einem Wechsel der Außen(wirtschafts)politik begleitet. Der langsame Übergang von Maos Politik der »Theorie der Drei Welten« hin zur ›Multipolarität‹ (*duojihua*), die seit der Regierung Deng Xiaoping praktiziert wird, trug zur veränderten Weltmarkteinbindung bei. China schloss neue strategische Partnerschaften mit verschiedenen Staaten des Zentrums ab, allen voran mit den USA, aber hielt gleichzeitig die guten Kontakte zu anderen Dritte-Welt-Staaten aufrecht. Die Umorientierung gipfelte im Beitritt zu den internationalen Wirtschafts-institutionen. Im Jahr 1996 wurde China in den Internationalen Währungs-fonds und die Weltbank aufgenommen. Fünf Jahre später folgte die Mitgliedschaft in der WTO. Doch im gleichen Jahr wurde mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) eine Institution ins Leben gerufen, die

Russland und verschiedene zentralasiatische Staaten einschließt und ein regionales Gegengewicht zu den USA bildet. Die chinesische Außenpolitik offenbart einen offensichtlichen Widerspruch:

Auf der einen Seite lehnt das Land – ganz wie in alten Zeiten – das internationale politische und Wirtschaftssystem als unfair und ungleich ab, und auf der anderen Seite begibt es sich mit einer präzedenzlosen Geschwindigkeit und Intensität mitten hinein in dieses System und versucht sogar, eine aktive und wichtige Rolle in diesem System zu spielen. (Wang 2004, 495)

Doch dieser Widerspruch hat dazu beigetragen, dass China eine einzigartige Außenwirkung entfaltet. Sie beruht auf zwei Faktoren. Zunächst hat der gradualistische Reformkurs keineswegs einseitige Abhängigkeiten von den Zentren, sondern komplexe Interdependenzen hervorgerufen. Die hohen Devisenreserven zeugen von dieser Entwicklung. Auf der einen Seite ist China abhängig von der Unterbewertung des Yuan zur Exportförderung, auf der anderen Seite halten die chinesische Zentralbank und verschiedene Staats- und Geschäftsbanken inzwischen US Staatspapiere im Wert von 326,1 Mrd. US\$ (Juli 2006). Die Devisenreserven sind das Machtmittel einer »asymmetrischen Supermacht« (Cooper Ramo 2005, 254) und sichern deren politische Autonomie.

Dieses Modell findet seinen Widerhall in der Peripherie. Die chinesische Regierung versucht etwa gegenüber den afrikanischen Staaten als wohlwollender Hegemon aufzutreten. Peking annullierte 156 Schuldverträge und erließ damit 31 Ländern eine Schuldenlast von insgesamt 1,3 Mrd. US\$. Das Land tritt seit 2004 als Großinvestor in Südamerika auf, oftmals in der Form von Gemeinschaftsunternehmen.⁴ Alleine in Argentinien sollen bis 2015 über 8 Mrd. US\$ ins Schienennetz, 6 Mrd. US\$ in den Wohnungsbau und 5 Mrd. US\$ in die Erschließung von Energieressourcen fließen. China bietet vielen Dritte-Welt-Ländern generöse Marktöffnungen an, wie die Ende 2004 geschlossenen Verträge mit Argentinien, Brasilien, Chile, Kuba und Venezuela belegen. Es ist die Hoffnung, mit Chinas Hilfe dem chinesischen Beispiel folgen zu können, die zur Ausstrahlungskraft des Landes beiträgt.

Ferner hat der Beitritt Chinas zu den internationalen Wirtschaftsinstitutionen deren interne Kräfteverhältnisse verschoben. China agiert weiterhin als Bündnispartner der Staaten der Peripherie. Der umstrittene WTO-Beitritt des Landes dient als Illustration. Die oftmals vorgebrachte Argumentation, dass die Welthandelsorganisation als ein Disziplinierungsinstrument gegenüber der ›Dritten Welt‹ wirke und so die Aussichten auf die industrielle Entwicklung zerstöre, trifft im chinesischen Fall nicht zu. Zwar haben die Liberalisierungen die Position nationaler Kapitalfraktionen in einzelnen Branchen, etwa in der Automobilproduktion, auf dem Binnenmarkt verschlechtert (Yu/Hong 2005, 88ff). Doch dem Beitritt folgte auch ein sprunghaftes

4 Dabei bestehen zwei Unterschiede zu den Kapitalzuflüssen aus den traditionellen Zentren. Zum einen sind diese nicht mit politischen Großprojekten wie der panamerikanischen Freihandelszone ALCA oder dem EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen verbunden, die als Vehikel für die Vertiefung der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Südamerika dienen. Zum anderen fließen die chinesischen Investitionen in Sektoren, etwa die Infrastruktur, die von anderen Investoren vernachlässigt werden.

Exportwachstum, allein um 22,3 % im Jahr 2002, um 34,6 % im Folgejahr und um 35,4 % im Jahr 2004, von dem nicht zuletzt nationale Kapitalfraktionen profitieren.⁵ Die Exportausrichtung im Industriegüterbereich spiegelt sich nur bedingt in der Verhandlungsposition wider. China spielte in der Institution keine aktive Rolle, war aber Gründungsmitglied der G20, die zum Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancún im September 2003 beitrug und überwiegend einen Abbau der Agrarsubventionen der Zentren vertritt.

Diesen Initiativen zur Süd-Süd-Kooperation steht ein Bedrohungsszenario gegenüber. Viele Staaten, die ein exportgeleitetes Entwicklungsmodell verfolgen, das eine ähnliche Palette von Ausfuhren umfasst, sind von einem Verdrängungswettbewerb betroffen. So fiel Mexikos Anteil an den US-Importen im Zeitraum von 2000-2004 von 11,18 % auf 10,61 %, während Chinas Anteil im Gegenzug von 8,26 % auf 13,44 % anwuchs (Dussel Peters 2006, 123). In diesen Ländern ist deswegen auch die These zum Allgemeinplatz geworden, dass Chinas Aufstieg mit dem eigenen Niedergang einhergehe. Diese ist jedoch nur bedingt richtig. Freilich ist das Land im Begriff, selbst verschiedene Tigerstaaten, etwa Indonesien, Thailand, Malaysia und Singapur, von den Exportmärkten zu verdrängen (Hart-Landsberg/Burkett 2004, 87ff). Doch gleichzeitig haben gerade die südostasiatischen Länder sich mittlerweile fast symbiotisch mit dem Reich der Mitte verbunden: »Chinas Wachstum ist die wichtigste Kraft, die Südkoreas wirtschaftliche Aktivitäten antreibt und Handlungsmöglichkeiten gestaltet.« (2006, 28)

Es ist die Janusköpfigkeit des chinesischen Modells, die zur entwicklungstheoretischen Verwirrung beiträgt. Die Durchsetzung räumlicher Spaltung ermöglichte die Ausdehnung der entwickelten Sektoren. Das exportgeleitete Wachstumsmodell reifte in dem von außen abgeschirmten Land heran. Der chinesische Aufstieg bietet eine Chance für Staaten, die Chinas Rolle als neues Zentrum akzeptieren, ist aber eine Herausforderung für dessen Konkurrenten.

Literatur

Akamatsu, Kaname, »A Theory of Unbalanced Growth in the World Economy«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 48. Jg., 1961, H. 2, 196-217

Arrighi, Giovanni, »Hegemony Unravelling – 2«, in: *New Left Review*, 33. Jg., 2005, H. 3, 83-116

Blume, Georg, »Maos vergessene Kinder«, in: *Die Zeit*, 7.10.2004

Cardoso, Fernando Henrique, u. Enzo Faletto, *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt/M 1976

Chan, Anita, *China's Workers Under Assault: The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*, Armonk-New York 2001

Cho, Hyekyung, »Chinas Weg zum Staatskapitalismus«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 17. Jg., H. 3, 2006, 76-88

5 Die Investitionsrate schnellte im Zeitraum von 2000-05 von 36,3 % auf ungeheure 48,6 % hinauf. Der hohe Wert könnte jedoch als Anzeichen einer drohenden Überakkumulationskrise gelten. So haben sich massive Überkapazitäten in der rohstoffverarbeitenden und Chemieindustrie sowie im Energie- und Immobiliensektor aufgebaut.

- Cooper Ramo, Joshua, »The Beijing Consensus: Notes on the New Physics of Chinese Power«, in: Huang Ping (Hg.), *China and Globalization*, Peking 2005, 217-77
- Cordova, Armando, *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum*, Frankfurt/M 1973
- Davis, Mike, »Planet der Slums«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 51. Jg., 2006, H. 6, 805-16
- Dussel Peters, Enrique, »China und Lateinamerika. Hat die »Exportorientierte Entwicklung« angesichts der Exportoffensive Chinas noch eine Chance«, in: *Prokla*, 36. Jg., 2006, H. 1, 113-26
- Fajnzylber, Fernando, *La Industrialización trunca de América Latina*, Mexiko 1983
- Furtado, Celso, *Obra Autobiográfica*, Bd. II, Sao Paulo 1997
- Galtung, Johan, *Beiträge zu einer alternativen Entwicklungsstrategie*, hgg. von Mir A. Ferdowski, München 1983
- Hart-Landsberg, Martin, u. Paul Burkett, »China & Socialism. Market Reforms and Class Struggle«, in: *Monthly Review*, 65. Jg., 2004, H. 3
- dies., »China and the Dynamics of Transnational Accumulation: Causes and Consequences of Global Restructuring«, in: *Historical Materialism*, 14. Jg., 2006, H. 3, 3-43
- Harvey, David, *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2005
- Herr, Hansjörg, »Das chinesische Akkumulationsmodell und die Hilflosigkeit der traditionellen Entwicklungstheorien«, in: *Prokla*, 30. Jg., 2000, H. 2, 181-226
- Hwang, Sun-Gil, *Das Wildgänsemotiv für Ost-Asien, Arbeitspapier zur sozialökonomischen Ostasien-Forschung Nr. 3 des SEARI*, Bremen 1998
- Kiyoshi, Kojima, *Japan and a new world economic order*, London 1977
- Kohlhammer, Siegfried, »Eine Grundtorheit des Jahrhunderts existiert weiter. Über Mao und den chinesischen Kommunismus«, in: *Merkur*, 60. Jg., 2006, H. 1, 23-35
- Menzel, Ulrich, *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*, Frankfurt/M 1992
- National Bureau of Statistics of China, *China Statistical Yearbook*, Peking 2004
- Peters, Helmut, »Der chinesische Transformationsprozess«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 16. Jg., 2005a, H. 2, 153-72
- ders., *China zwischen Gestern und Morgen – Wohin geht China?*, isw-report 61, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., München 2005b
- ders., »Die Volksrepublik China und ihre Voraussetzungen für den Sozialismus«, in: *Sozialismus*, 25. Jg., 2006, H. 3, 43-50
- Pham-Phuong, Dong, *Systemwandel und monetäre Transformation: Eine ordnungsökonomische Perspektive*, Discussion Paper Series, Nr. 416, Department of Economics, Universität Heidelberg 2005
- Rostow, Walt Withmann, *The stages of economic growth. A non-communist manifesto*, Cambridge 1960
- Schmalz, Stefan, »Die Bedeutung der Zahl: Gedankenexperimente zur Rolle der BRIC-Staaten in der Weltwirtschaft«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 17. Jg., 2006, H. 3, 21-36
- Senghaas, Dieter, »Wie geht es mit China weiter?«, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 24. Jg., 1996, H. 1, 78-92
- Sieren, Frank, »Konkubinen-Wirtschaft«, in: *Internationale Politik*, 60. Jg., 2005, H. 12, 36-45
- Wang Hui, »Depoliticized Politics. From East to West«, in: *New Left Review*, Neue Serie, Nr. 41, 2006, H. 5, 29-45
- Wang Liyong, »Chinas Außenpolitik im 21. Jahrhundert – wohin?«, in: *Utopie kreativ*, 10. Jg., 2004, H. 6, 494-502
- Yu Chai, u. Hong Song, »Market Opening and Transformation of China's Car Industry«, in: *China & World Economy*, 13. Jg., 2005, H. 1, 81-93
- Zhang Minjie, »Arbeitsmigration in China«, in: *Utopie kreativ*, 10. Jg., 2004, H. 6, 503-8

Die USA: Ein unbequemer Patron für Chinas Wirtschaftswunder

Im Vorfeld der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) im September 2006 forderte die Bush-Administration, dass China neben den drei Schwellenländern Südkorea, Mexiko und der Türkei eine größere Rolle im IWF spielen soll. Eine größere Rolle, die seiner gewachsenen Bedeutung in der globalen Wirtschaft entspricht. Das Argument lautete, dass das politische Gewicht im IWF gemessen an der Wirtschaftskraft, dem Bruttoinlandsprodukt (BPI), neu verteilt werden solle. Des Weiteren wünscht die Bush-Regierung, dass China Verantwortung in der Doha-Handelsrunde der World Trade Organisation (WTO) übernimmt, die erneut ins Stocken geriet. So solle China zu einem verantwortungsvollen *stakeholder* des internationalen Systems werden (*New York Times*, 30.8.2006). Hierin kommt das prinzipielle Interesse in der us-amerikanischen Chinapolitik zum Ausdruck, das sowohl gegenwarts- als auch zukunftsbezogen ist. Im gegenwärtigen Kontext wird China als ein verlässlicher strategischer Partner betrachtet und Chinas Engagement in der regionalen und globalen Politik befürwortet. Was die Zukunft betrifft, ist eine derartige klare Aussage noch nicht getroffen, wie es den Worten der Außenministerin Condoleezza Rice und des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld zu entnehmen war. Die USA wollen mit China kooperieren, sind jedoch unsicher, ob das aufstrebende Land ein Freund oder ein Feind für die USA sein wird, weil es das Potenzial »für das Gute wie für das Schlechte« hat (Rice 2005, Rumsfeld 2005). Aus dieser Auffassung sieht die US-Regierung ihre zentrale politische Aufgabe darin, Chinas wachsenden Einfluss in eine »positive Richtung«, sprich kompatibel mit den ökonomischen und geopolitischen Interessen der USA, zu lenken.

Im gegenwärtigen Diskurs über die Beziehungen zwischen den USA und China lautet die überwiegende Meinung, dass Chinas Aufstieg eine grundlegende Verschiebung der globalen Machtverhältnisse herbeiführe, was zu einem signifikanten Verlust der US-Vormachtstellung in der asiatisch-pazifischen Region wie der Gesamtwelt führen werde. Dies ist eine spekulative Zukunftsprognose, geteilt von neokonservativen Hardlinern und linken Kritikern der us-amerikanischen Hegemonialstellung. Die vergangene und gegenwärtige Entwicklung jedoch spricht eher dagegen. China ist zu einem wichtigen Faktor in der globalen Politik und Wirtschaft geworden, während das weltumfassende Imperium der USA viele Symptome eines Niedergangs aufweist. Der daraus gezogenen Schlussfolgerung eines Kausalzusammenhangs, wonach wie in einem Null-Summen-Spiel der Aufstieg Chinas den Niedergang der USA bedeute, fehlt jedoch die reale Grundlage. In den bilateralen Beziehungen zwischen den USA und China kann allerdings von politischer Harmonie nicht die Rede sein. Es gibt mehrere Minenfelder. Neben den alten Streitpunkten – Menschenrechte, Demokratie, Taiwans politische Zukunft – kommen neue hinzu wie Chinas

militärische Aufrüstung und die Konkurrenz um den sicheren Zugang zu Energie-reserven. Dennoch ist festzustellen, dass die Konfrontationen zwischen beiden Staaten nachlassen. Die Basis bilden die engen wirtschaftlichen Beziehungen, die beide Staaten für ihre eigenen Zwecke nutzen. Für die USA geht es um Chinas Integration in eine von ihnen dominierte globale Wirtschaftsordnung, die im Einklang mit ihren geopolitischen Interessen steht. Dies wird von der chinesischen Seite, ob sie will oder nicht, als die notwendige Voraussetzung für ökonomische Entwicklung und politische Stabilität akzeptiert. Der Niedergang der Stellung der USA ist nicht im Interesse Chinas sowie der anderen asiatischen Staaten. Es fehlen schlichtweg die alternativen Absatzmärkte. Die USA als der »Konsument letzter Instanz« sind für China wegen seiner steigenden Exportabhängigkeit seit dem WTO-Beitritt wichtiger denn je. Dieses Verhältnis wird in absehbarer Zukunft unverändert bleiben.

Die 1990er Jahre: Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auf der Probe

Anfang der 70er Jahre, nach dreißigjähriger politischer Eiszeit, begann die Wiedernäherung zwischen den USA und China. Den Wendepunkt markierte 1972 der Chinabesuch des damaligen US-Präsidenten Nixon. Im selben Jahr nahmen die beiden Staaten ihre direkten Handelsbeziehungen wieder auf, die 1951 durch ein UN-Handelsembargo gegen die junge Volksrepublik während des Koreakrieges zusammengebrochen waren. Die KP-Führung lockerte die wirtschaftliche Abkapselung gegenüber der kapitalistischen Außenwelt, was zu umfangreichen Handelsabschlüssen mit den USA und den anderen Industrieländern sowie zum Import von Technologien und Industrieanlagen führte. 1979 folgte die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Seither intensivierten sich die Wirtschaftsbeziehungen. Das Handelsvolumen hat enorm zugenommen, von einer Mrd. US\$ 1978 auf 285,3 Mrd. 2005.¹ Die USA sind heute Chinas größter Handelspartner. China ist der drittgrößte Handelspartner der USA nach Kanada und Mexiko und die zweitgrößte Quelle von US-Importen. Nach chinesischen Statistiken beläuft sich das Gesamtvolumen der US-Direktinvestitionen in China zwischen 1979 und 2005 auf 51,1 Mrd. US\$.² Damit sind die USA nach Hongkong der zweitgrößte Investor in China.

1 Chinesische Handelsstatistiken enthalten andere Zahlen. Die bilateralen Handelsdaten im vorliegenden Text stammen vom US Census-Bureau.

2 Allerdings unterscheidet sich diese Summe erheblich von den Zahlen in US-Statistiken. Sowohl der jährliche Zufluss der US-Direktinvestitionen als auch deren Bestand sind in chinesischen Statistiken mehrfach höher als in us-amerikanischen. Eine Erklärung für diese Differenzen ist die generelle Tendenz zur Übertreibung bei ausländischen Direktinvestitionen in chinesischen Statistiken. Hinzu kommen unterschiedliche Datenerfassungsmethoden: In chinesischen Statistiken wird lediglich die geographische Herkunft der Investitionen berücksichtigt. So gelten z.B. Investitionen eines in den USA ansässigen chinesischen Unternehmens nach China – das sogenannte *capital round-tripping* – hier als US-Investitionen, in den US-Statistiken dagegen nicht. Beim kumulierten Volumen der Investitionen in US-Statistiken handelt es sich um eine Netto-Summe, die den Kapitalabfluss aus China mit enthält. Hingegen präsentieren die chinesischen Statistiken ein Aggregat der jährlichen Investitionszuflüsse. Zudem werden die US-Investitionen über Hongkong nach China in beiden Statistiken nicht als US-Investitionen klassifiziert. Daher ist es kaum möglich, den genauen Umfang der US-Direktinvestitionen in China festzustellen.

Durch die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit China stehen die USA vor einer politischen Probe. Sie bauten zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg eine enge Wirtschaftsbeziehung mit einem Land auf, das kein geopolitischer Verbündeter ist und zudem noch die von den USA propagierten politischen Werte von Freiheit und Demokratie ablehnt. Diese einmalige Konstellation bestimmt die Grundlinie der Handelspolitik der USA gegenüber China, die nicht von geopolitischen Interessen zu trennen ist.

Seit der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen betreiben die USA gegenüber China eine Politik des ökonomischen *appeasement*. Hier werden die enge bilaterale Handelsverflechtung und die Einbindung Chinas in den von den USA dominierten globalen Kapitalismus als der beste Weg zur politischen Untergrabung des KP-Regimes angesehen. Gleichzeitig wird damit die friedliche Verwandlung des ehemaligen Feindes in einen verlässlichen Partner für die US-Weltpolitik vorangetrieben. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass eine feindselige Konfrontation zwischen den USA und China in den 70er Jahren von beiden Seiten zurückgestellt wurde und in der gemeinsamen Opposition gegen die Sowjetunion China bereits damals als der strategische Kooperationspartner der USA betrachtet wurde. Auf der chinesischen Seite rückten ökonomische Interessen im Zuge der marktwirtschaftlichen Reformexperimente zunehmend in den Vordergrund. Der Errichtung eines »günstigen regionalen und internationalen Umfeldes«, welches die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gewährleisten sollte, galt die höchste Priorität der chinesischen Außenpolitik. Dabei stellen die USA den zentralen Referenzpunkt dar.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich bis Ende der 1980er Jahre fast unbemerkt von der Außenwelt und ohne nennenswerte Störungen. Die blutige Niederschlagung der studentischen Proteste im Juni 1989 in Peking und der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 warfen Schatten auf die bis dahin freundschaftlichen Beziehungen. Die politisch empfindlichen Fragen – u.a. Menschenrechts- und Taiwanfrage – kamen an die Oberfläche. Da die Auflösung der Sowjetunion das Ende von Chinas strategischer Sonderrolle bedeutete, machte sich ein parteiübergreifender China-feindlicher Meinungsblock innerhalb der politischen Führungskreise lautstark geltend. Dieser warnte davor, dass China zu einem potenziellen Rivalen der USA im Kampf um die globale politische Hegemonie werden könnte. Seither begleiten eine Reihe von Problemen und wiederholte Konfliktsituationen die Beziehungen zwischen den USA und China. Die von beiden Seiten beklagten Schwierigkeiten hatten bisher jedoch kaum Einfluss auf die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Dies war möglich, weil beide Regierungen bereit waren, der ökonomischen Nutzenmaximierung andere Fragen unterzuordnen. Das Ende des Kalten Kriegs macht eine Anpassung der bilateralen Beziehungen notwendig. Jedoch bleiben wirtschaftliche Ziele bis heute grundlegendes Gestaltungsprinzip.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und China erlebten erst in den 90er Jahren einen Aufschwung. Besonders bemerkenswert war der sprunghafte Anstieg der US-Direktinvestitionen in China seit 1993, während diese in den 80er Jahren eher unbedeutend waren. Viele US-Unternehmen errichteten

Produktionsstätten in den Sonderwirtschaftszonen und versuchten von der forcierten Öffnung und Liberalisierung des Handelsregimes in China zu profitieren. Die Anzahl der US-Tochterunternehmen in China ist im Zeitraum von 1990 bis 2003 von 66 auf 594 gestiegen (vgl. U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis). Parallel zum verstärkten Engagement der US-Unternehmen in China nahm der bilaterale Handel rapide zu. Als sich die beiden Staaten ökonomisch immer tiefer ineinander verstrickten, tauchten offene handelspolitische Konflikte auf. Im Zentrum standen die steigenden Defizite der USA im Handel mit China. Die US-Regierung machte Chinas Handelspraktiken dafür verantwortlich. Die Kritik lautete: »China möchte exportieren wie ein Kapitalist und importieren wie ein Kommunist.« (Overholt 1993, 381) Die entwicklungsstrategische Priorität der chinesischen Regierung in den gesamten 90er Jahren lag in der Aufrechterhaltung des Monopols der Staatsunternehmen auf dem Binnenmarkt, der vor unerwünschten externen Einflüssen geschützt werden sollte. Daher wies die chinesische Regierung jegliche von außen kommende Forderungen von Handelsliberalisierung entschieden zurück und stellte sich der von der US-Regierung propagierten Freihandelsideologie entgegen. Um eine langfristige Festigung der Handelsbilanzdefizite zu verhindern, schlug die US-Regierung gegenüber China einen harten Kurs ein. Sie setzte die chinesische Regierung unter Druck, den Binnenmarkt für US-Exporte zu öffnen, und drohte mit harten Sanktionen gegen Importe aus China. Zudem belastete die Menschenrechtsfrage nach dem Massaker am Platz des Himmlischen Friedens die bilateralen Handelsbeziehungen und brachte die chinesische Regierung zunehmend in Bedrängnis. Weil China nicht dem multilateralen Handelsregime von GATT/WTO angehörte, galt hier das *Jackson Vanik Amendment*, das die Gewährung des Meistbegünstigungsstatus an als Nichtmarktwirtschaften eingestufte Länder regelte. Nach dieser Bestimmung gewährten die USA China seit 1980 den Meistbegünstigungsstatus (MFN-Status) nur für ein Jahr, dessen Verlängerung jedes Jahr neu überprüft werden musste. Die darin vorgesehene Verknüpfung von Menschenrechten und Handelszugeständnissen hatte in den 80er Jahren für China keine Rolle gespielt (vgl. Lampton 1994). Nun wurde das jährliche MFN-Verlängerungsverfahren von den China-kritischen Hardlinern in der US-Führungsebene zum Schauplatz für ihre politisch-ideologischen Attacken benutzt. Die KP-Führung musste deswegen nicht nur alljährlich die politische Demütigung ertragen, sondern auch um die Verlängerung des MFN-Status bangen. Noch schlimmer für sie war, dass ihr Antrag auf einen GATT/WTO-Beitritt, der einzige Ausweg aus diesem leidigen jährlichen Ritual, aufgrund der Ablehnung der USA keine Aussicht auf Erfolg hatte.

Die Reaktion der chinesischen Regierung auf die Konflikte mit den USA basierten auf den »*Four Nots*«-Prinzipien, die auf Deng Xiaopings Initiative im September 1993 verabschiedet wurden: 1) *not desiring confrontation*; 2) *not provoking confrontation*; 3) *not doing confrontation*; 4) *not being afraid of sanctions or of resisting them* (Jen 1993). Die Vermeidung der Konfrontation war das oberste Gebot. Wie aber das vierte Prinzip besagt, zeigte sich die chinesische Führung unbeeindruckt von jeglichen handelspolitischen Androhungen der USA. Im Gegenteil drohte sie

sogar immer wieder mit einem vollständigen Abbruch der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Gleichzeitig machte die chinesische Regierung auf mögliche Schäden für die US-Wirtschaft aufmerksam, welche die gestörten Handelsbeziehungen mit sich bringen würden. Damit suchte sie die Interessen der US-Unternehmen am chinesischen Markt für ihren Zweck zu nutzen. Die Wirtschaftsdiplomatie der chinesischen Regierung erzielte sofort Wirkung bei den Menschenrechtskonflikten, denn die US-Regierung unter Bush wie zuvor unter Clinton hatte grundsätzlich nicht die Absicht, durch unnötige, politisch motivierte Konfrontation die Wirtschaftsbeziehungen mit China zu gefährden. Hier setzten sich die von den Wirtschaftskreisen und deren politischen Vertretern getragenen Argumente vom »Exportmarkt der Zukunft« gegen die geopolitischen der sogenannten »Gelben Gefahr« durch. Trotz der massiven Kritik aus den eigenen Reihen verlängerte die US-Regierung den MFN-Status für China. Präsident Clinton, der die Verknüpfung von Handel und Menschenrechten zunächst zum Kernpunkt seiner Chinapolitik gemacht hatte, gab bereits 1994, ein Jahr nach seinem Amtsantritt, diese Position auf und plädierte für die Trennung von Handels- und Menschenrechtsfragen.

In Bezug auf die Handelsfragen – Handelsbilanzdefizite und Chinas GATT/WTO-Beitritt – zeigten sich die USA jedoch weiterhin kompromisslos und ablehnend. Sie stellten neue und immer höhere Anforderungen. Hier versagte die Wirtschaftsdiplomatie, das einzige Abwehr- wie Druckmittel der chinesischen Regierung. Dass der angestrebte Beitritt zu GATT/WTO vom »Wohllollen« der USA als faktischer Vetomacht abhängig war, brachte die chinesische Regierung in eine defensive Position. Solange dieses Ziel nicht erreicht war, konnte sich die chinesische Regierung keine direkte Konfrontation mit den USA leisten. Das erlaubte es den USA, die Handelskonflikte mit China in den meisten Fällen zu ihren Gunsten zu entscheiden. Wenn nicht, verhängten sie einseitig Importbeschränkungen. Als Druckmittel wie Belohnung für das Entgegenkommen der chinesischen Regierung hatten die USA wiederholt ihre Zustimmung zu Chinas GATT/WTO-Beitritt signalisiert. Diese Versprechen wurden jedoch vorerst nicht eingehalten. Aus Frustration und Unmut verschärfte die chinesische Führung ihre Kritik. Jedoch der chinesische Protest richtete sich immer weniger direkt gegen die USA. Vielmehr rückte die Kritik an der ungerechten weltwirtschaftlichen Ordnung zunehmend in den Vordergrund. Mit ihrer scharfen Verurteilung der hierarchischen Weltordnung brachte sie ihre Verärgerung über die Supermachtpolitik der USA zwar indirekt, jedoch unmissverständlich zum Ausdruck.

Die Zerreißprobe in den Handelsbeziehungen zwischen den USA und China schien mit der Unterzeichnung des bilateralen WTO-Beitrittsabkommens im November 1999 ein Ende zu finden. Der Vertragsabschluss kam durch die einseitigen Zugeständnisse der chinesischen Regierung zustande. Angesichts der binnenwirtschaftlichen Krisensituation Ende der 90er Jahre gab sie ihren dreizehnjährigen erbitterten Widerstand gegen das kompromisslose Drängen der USA auf die Handelsliberalisierung und die allseitige Öffnung des Binnenmarktes auf.

Chinas WTO-Beitritt und die neue Ära der bilateralen Beziehungen

Das bilaterale WTO-Abkommen zwischen USA und China geht weit über die üblichen Handelsfragen – den Abbau von Handelsbarrieren – hinaus. Die Vereinbarungen betrafen auch das Investitionsregime. Die chinesische Regierung verpflichtete sich zur Öffnung der bis dahin für ausländische Investoren unzugänglichen Marktsegmente. So feierte die Clinton-Administration das bilaterale WTO-Abkommen mit China 1999 als »a strong deal in the best interests of America«, ohne irgendwelche Gegenleistungen zu erbringen.³ Chinas einseitige Zugeständnisse – die Marktöffnung in der Landwirtschaft, Basisindustrie, Informationstechnologie sowie im Banken- und Versicherungssektor – standen im Einklang mit den handelspolitischen Prioritäten der USA und bedeuteten einen Sieg für die US-Industrie. Unter Berufung auf optimistische Erwartungen eines starken Exportwachstums argumentierte Clinton, die Handelsdefizite mit China könnten durch dessen Aufnahme in die WTO reduziert werden. Dem stimmte der Kongress im Februar 2000 mit überwältigender Mehrheit zu.

In der Tat verzeichnen die US-Exporte nach China dank der umfassenden Handelsliberalisierung und Binnenmarktöffnung einen starken Zuwachs. Während sie zwischen 1995 und 1999 um 6 % im Jahresdurchschnitt wuchsen, stiegen sie in den folgenden fünf Jahren um fast 20 % pro Jahr. Doch die Importe aus China in die USA wuchsen noch schneller. Als Folge erreichte das Handelsbilanzdefizit der USA mit China jedes Jahr einen neuen historischen Rekord. 2001 belief es sich auf 83 Mrd. US\$, 2005 erreichte es 201,5 Mrd. US\$⁴, was 26,3 % des Gesamthandelsbilanzdefizits der USA von 767,5 Mrd. US\$ ausmachte. Statt des prognostizierten Rückgangs des Handelsbilanzdefizits hatte sich das Problem verschlimmert. Das Argument, mehr Export nach China werde sich positiv auf den amerikanischen Arbeitsmarkt auswirken, hatte sich ebensowenig bewahrheitet. Nun geriet die chinesische Währungspolitik in die Schusslinie. Diese subventioniere durch den künstlich unterbewerteten Yuan die Exporte. Zwar mehrten sich kritische Stimmen protektionistisch gesinnter Politiker, um Arbeitsplätze bangender Gewerkschafter und über die Wettbewerbsschwächen der US-Wirtschaft besorgter Ökonomen. Die Bush-Regierung zeigte sich jedoch davon unberührt.⁵ Sie begnügte sich in Absprache mit der chinesischen Regierung mit der Gründung eines Gremiums namens »Strategischer Wirtschaftsdialog«. Das zweimal pro Jahr tagende Gremium hat im Gegensatz zu ähnlichen Foren dieser Art erstmals Entscheidungsbefugnisse, wobei die chinesische Leiterin des Gremiums, Vizepremierministerin Wu Yi, bevollmächtigt ist, zu allen Aspekten der chinesischen

3 »The U.S.-China WTO Accession Deal«, 6.4.2000, www.mac.doc.gov/China

4 Damit hat China den mit Abstand größten Handelsüberschuss mit den USA – gefolgt von Japan mit 82,7 Mrd., Kanada mit 76,4 Mrd. und Deutschland mit 50,6 Mrd. US\$, vgl. U.S. Census Bureau.

5 Die Bush-Regierung lehnt die Gesetzesentwürfe über die Importbeschränkungen auf Textilien aus China ab, mit dem Argument, dass solche Versuche gegen das WTO-Regelwerk verstoßen. In Bezug auf die Währungspolitik der chinesischen Regierung verlangt sie mehr Flexibilität im Rahmen der allgemeinen Forderungen nach mehr Marktwirtschaft und weniger Regulierung (*New York Times*, 29.9.2006).

Wirtschaft Entscheidungen zu treffen. Diesbezüglich sagte US-Finanzminister Paulson, »der Schlüssel zur Problemlösung in China sei, an die richtigen Leute auf der richtigen Ebene heranzukommen« (*Die Welt*, 21.9.2006).

Die US-Regierung ist mehr von den positiven Aspekten der Wirtschaftsbeziehungen mit China überzeugt und propagiert den Optimismus über konstruktive Lösungen der strittigen handelspolitischen Probleme. Diese Haltung stimmt mit der der chinesischen Regierung überein, auch wenn sich die beiden Regierungen ab und zu den üblichen verbalen Schlagabtausch über das Problem der Handelsbilanzdefizite liefern. Die chinesische Regierung hat ihre feindselige Rhetorik gegen die US-Machtpolitik 2001 eingestellt und sucht die politische Nähe zu den USA.⁶ Insofern ist es nicht verwunderlich, dass beide Seiten von der besten Zeit der bilateralen Beziehungen in der Geschichte sprechen.⁷

Jenseits der handelspolitischen Debatte

Die erstaunliche Gelassenheit der US-Regierung angesichts der Handelsbilanzdefizite mit China spiegelt die komplexen ökonomischen Zusammenhänge wieder, die sich weit über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen hinaus zu symbiotischen Beziehungen der beiden weltwirtschaftlichen Wachstumspole, der USA und der Gesamtregion China/Ostasien, entwickeln. Dabei stellt die Asymmetrie der transpazifischen Handelsbeziehungen für die USA eher eine historisch gewohnte Situation dar, die zugleich Ausdruck der Führungsposition der USA in der Region und der Abhängigkeit Ostasiens von den USA ist. Dass die Handelsbilanzdefizite der USA mit China in den letzten Jahren rasch angewachsen sind, spielt die Bush-Regierung mit dem Hinweis herunter, dass sich die Defizite im Handel mit den anderen asiatischen Ländern zur gleichen Zeit verringert haben und im Verhältnis zur gesamten Region konstant geblieben sind.

Aus der Perspektive der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit China sieht die US-Regierung keine dringende Notwendigkeit, die derzeitige Entwicklung grundsätzlich zu ändern. Zunächst ist China im Gegensatz zu seiner bisherigen ausgeglichenen Zahlungsbilanz seit 2002 mit den steigenden doppelten Überschüssen in der Leistungs- und Kapitalbilanz konfrontiert. Dies bringt die chinesische Währung unter starken Aufwertungsdruck. Um dem entgegenzuwirken, stockt die chinesische Zentralbank die Devisenreserve massiv auf. Diese überschritt im November 2006 die Schwelle von einer Billion US\$ gegenüber 218 Mrd. US\$ Ende 2001. Ein beachtlicher Teil

6 In den 90er Jahren ging die KP-Führung davon aus, dass sich die Welt nach dem Ende des Kalten Kriegs zunehmend in eine Multipolarität entwickeln würde, wie es in offiziellen Dokumenten ausdrücklich formuliert wurde. Inzwischen ist sie von dieser Auffassung abgerückt und akzeptiert, dass die von den USA geführte unipolare Weltordnung eine Zeit lang weiter bestehen wird. Dies hat schließlich zum Verzicht auf die harte Kritik gegen die Großmachtpolitik der USA geführt (vgl. Sutter 2006).

7 Der Anlass war, dass China nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 an der Seite der USA gestanden hat. Die chinesische Regierung stimmte für die UNO-Resolution, die den Einsatz militärischer Mittel in Afghanistan legitimiert und wurde damit zum wichtigen Partner der USA im Krieg gegen den internationalen Terrorismus.

derselben wird in US-Staatsanleihen investiert. Somit finanziert China seine Handelsüberschüsse mit den USA im großen Stil selbst und nimmt finanzielle Risiken durch einen möglichen Verfall des Dollars in Kauf. Die USA brauchen den Kapitalzufluss aus China und anderen asiatischen Ländern als billige Finanzquelle für ihre geopolitischen Abenteuer. Zudem ist die Frage, wem der Abbau der Handelsbilanzdefizite mit China durch eine Aufwertung des Yuan zugute käme, ungeklärt, da ein großer Teil der chinesischen Exporte von US-Unternehmen getätigt wird. Zugleich herrschen allgemein starke Zweifel, ob eine Yuan-Aufwertung angesichts des fast unerschöpflichen Potenzials billiger Arbeitskräfte in der ländlichen Region tatsächlich zur Reduzierung der Handelsbilanzdefizite führen würde. Nicht zuletzt wird das Interesse der US-Konzerne daran, vom gewaltigen Wirtschaftswachstum in China zu profitieren, bislang gut bedient. Aus eigenen ökonomischen Interessen der USA ist eine wirtschaftspolitische Eindämmung Chinas daher schwer vorstellbar (vgl. Gilboy 2004).

Wie erwähnt, waren die Interessen der US-Konzerne am chinesischen Markt mit einem schier unvorstellbaren Potenzial von 1,3 Mrd. Konsumenten von großer Bedeutung in der China-Politik der USA. Dabei gestalteten sich ihre China-Geschäfte weniger durch Handel als durch Direktinvestitionen. Denn der Zugang zum chinesischen Markt durch Exporte war wegen der protektionistischen Handelspolitik der chinesischen Regierung erheblich beschränkt. Darüber hinaus ließ die Größenordnung des chinesischen Binnenmarktes die Produktion vor Ort sinnvoller erscheinen. Aus diesen Gründen geht das Problem der Handelsbilanzdefizite am wesentlichen Bestimmungsfaktor in den China-Geschäften der US-Konzerne vorbei. Diese Geschäfte sind grundsätzlich von den Investitionsrahmenbedingungen in China abhängig, die von entwicklungsstrategischen Überlegungen der chinesischen Regierung bestimmt sind. Diese äußerten sich in den 90er Jahren in der institutionellen Trennung zwischen der von Staatsbetrieben getragenen Importsubstitution auf der einen Seite und der von ausländischen Unternehmen getragenen Exportorientierung auf der anderen Seite. Daraus folgten die unterschiedlichen investitionspolitischen Strategien gegenüber ausländischem Kapital. Die chinesische Regierung betrieb zwar eine Vorzugspolitik für ausländische Investoren. Jedoch galt diese nur für diejenigen, die in China hergestellte Produkte in Drittländer exportierten. Daher ging der überwiegende Teil der US-Direktinvestitionen in China in die Exportproduktion. Ein wichtiger Anreiz für die exportorientierten Direktinvestitionen war die drastische Abwertung der chinesischen Währung 1994. Parallel dazu verbesserte sich die Möglichkeit für die auf den chinesischen Binnenmarkt zielenden US-Direktinvestitionen, als die chinesische Regierung ab 1995 im Rahmen der Strategie »Tausch von ausländischer Technologie gegen den Zugang zum Binnenmarkt« die Investitionsbeschränkungen schrittweise lockerte.

Im bilateralen WTO-Abkommen kamen die Investitionsinteressen der US-Konzerne zum Tragen. Die US-Unternehmen, die China primär als billige Fertigungsstätte für ihre Exportgüter betrachten, hatten bereits vor Chinas WTO-Beitritt eine enorme Bedeutung für Chinas Exporte. Weil die Staatsbetriebe und andere heimische Betriebe durch die politische Vorgabe der chinesischen Regierung von

den Außenhandelstätigkeiten fern gehalten waren, wurden die chinesischen Exporte im Laufe der 90er Jahre zunehmend von ausländischen Unternehmen dominiert. Der Anteil der US-Unternehmen am chinesischen Export ist stetig gewachsen, von 7,5 % 1995 auf 11,5 % 2000. Seit 1998 stellen sie die größten Exporteure unter den ausländischen Unternehmen dar. Nach Chinas WTO-Beitritt nahm ihr Exportvolumen sprunghaft zu, von 29,8 Mrd. 2001 auf 109,2 Mrd. US\$ 2005.⁸ Dies macht 14,3 % der gesamten chinesischen Exporte aus. Damit waren die US-Unternehmen die drittgrößte Exporteur-Gruppe hinter den Staatsbetrieben mit 22 % und den chinesischen Privatunternehmen mit 19,5 %. Parallel zum wachsenden Anteil der US-Unternehmen an den chinesischen Exporten wächst der von ihnen erwirtschaftete Handelsüberschuss stark an. 2005 erreichte er 83,4 Mrd. US\$. Dies entspricht 82,5 % des gesamten chinesischen Handelsüberschusses im selben Jahr in Höhe von 101,1 Mrd. Während die USA mit China das größte Handelsdefizit aufweisen, sind die US-Unternehmen diejenigen, die den größten Handelsbilanzüberschuss in China erwirtschaften und somit den größten Beitrag dazu leisten, die wachsenden Handelsdefizite der chinesischen Staatsunternehmen wie der anderen asiatischen Unternehmen zu kompensieren. Diese Tatsache entzieht den bilateralen Statistiken die Aussagekraft und gibt der Kritik Recht, dass mehr US-Direktinvestitionen in China die US-Handelsbilanzdefizite mit China weiter in die Höhe treiben werden (vgl. Scott 2005).

Als wichtige Veränderung seit Chinas WTO-Beitritt ist eine deutliche Verschiebung der Prioritäten der US-Direktinvestitionen im Zuge der weitreichenden Binnenmarktöffnung zu beobachten. Sie sind zwar zunächst noch auf die verarbeitenden Gewerbe – Transportmittel, Chemie und Computer/Elektronik – konzentriert, jedoch schrumpfte deren Anteil seit Mitte der 90er Jahre von über 90 % auf etwa 50 %. Demgegenüber nehmen die US-Investitionen in anderen Sektoren – Dienstleistungssektoren und Basisindustrie – stark zu, die früher weitgehend Monopol der chinesischen Staatsbetriebe waren. Als Folge gewinnen in den letzten Jahren die am chinesischen Binnenmarkt orientierten Investitionen deutlich die Oberhand gegenüber der Exportproduktion. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass die Umsätze der US-Unternehmen in China seit 2002 das Exportvolumen der USA nach China übertreffen. Und das Umsatzwachstum der US-Unternehmen in China liegt um über 20 Prozentpunkte höher als das Exportwachstum nach China. Heute werden etwa 75 % der Produktion der in China tätigen US-Unternehmen am chinesischen Binnenmarkt umgesetzt. Die restlichen 25 % werden exportiert, wobei die Rückexporte in die USA lediglich 7 % ausmachen (vgl. GAO 2005, 65-68).

Demgegenüber sind die Direktinvestitionen aus Japan und den asiatischen Schwellenländern nach wie vor auf die Exportproduktion in den verarbeitenden Industriesektoren ausgerichtet. Für diese ist China vor allem eine billige Fertigungsstätte,

8 Insgesamt betrug das Exportvolumen der ausländischen Unternehmen 444,2 Mrd. US\$, was 58,3 % der chinesischen Gesamtexporte ausmachte. Unter ihnen hatten die US-Unternehmen den größten Anteil von 24,6 %. Dahinter lagen die Unternehmen aus Hongkong mit 90,5 Mrd. US\$. Gefolgt wurden sie von japanischen Unternehmen mit 55,9 Mrd. US\$. Das Gesamtexportvolumen der Unternehmen aus 15 EU-Staaten betrug 78,9 Mrd. US\$ (PRC Ministry of Commerce).

die inzwischen zum integralen Bestandteil ihrer exportabhängigen Wachstumsstrategie geworden ist. Japan und Südkorea, die wichtigen Industriemächte in der Region, verstärken seit 2001 ihre Engagements in China. Die beiden zählen in den letzten Jahren zu den größten Investoren in China.⁹ Dies führt zu einer grundlegenden Verschiebung in den innerasiatischen wie transpazifischen Handelsströmen. 2005 ist China Südkoreas wichtigster Handelspartner, vor Japan und den USA, und Japans zweitwichtigster Handelspartner knapp hinter den USA. Das bedeutet jedoch nicht, dass Japan und die asiatischen Schwellenländer dadurch ihrer früheren Abhängigkeit von den USA entkommen wären. China kann die USA als Schlüsselmarkt für deren Exporte nicht ersetzen, sondern ist zentrales Bindeglied der transpazifischen Wirtschaftsbeziehungen. Dies wird dadurch bestätigt, dass der überwiegende Teil der Exporte der in China ansässigen ausländischen Unternehmen in die entwickelten Industrieländer geht. Die USA sind mit dem Anteil von 25 % der größte Abnehmer. Auf Rang zwei steht Hongkong mit 20 %. Dahinter folgt die EU/15 mit einem Anteil von 17,7 %. Werden die Transitexporte über Hongkong mitberechnet, ist die tatsächliche Bedeutung der USA noch größer. Hingegen haben die asiatischen Schwellenländer – Taiwan, Südkorea, Singapur, Thailand, Malaysia, Indonesien, Philippinen – alle zusammen lediglich einen Anteil von 13 % (PRC Ministry of Commerce).

Ausblick

China stellt heute bereits eine der bedeutendsten Wirtschaftsgrößen der Welt dar und beansprucht entsprechende Mitspracherechte auf der internationalen Bühne, um eigene nationale Interessen zur Geltung zu bringen. Die Bedeutung Chinas auf regionaler und globaler Ebene wird in der gegenwärtigen Diskussion jedoch übertrieben bewertet aufgrund der häufigen Verwechslung von Größenordnung und Macht. Letztere basiert nicht allein auf physischen Fähigkeiten im Sinne der mobilisierbaren ökonomischen und militärischen Ressourcen, sondern erfordert Verantwortung und politisch-ideologische Anziehungskraft gegenüber anderen. In dieser Hinsicht ist China weder heute noch in absehbarer Zukunft in der Lage, sich als Alternative zur Vormacht der USA anzubieten. Trotz seiner globalen ökonomischen Bedeutung ist China noch ein armes Entwicklungsland, das sich in erster Linie mit internen sozialen und ökonomischen Fehlentwicklungen und Problemen beschäftigt. Seine materiellen Ressourcen reichen nicht aus, um als Führungsmacht politische und ökonomische Verantwortung zu übernehmen. Zudem besitzt China, trotz seiner zentralen Bedeutung im Wirtschaftsraum Asiens und der Ambition, anstelle der USA die neue regionale Führungsmacht zu werden, nicht die Fähigkeiten, die nötige politische Anerkennung und Gefolgschaft anderer Staaten zu gewinnen. Vielmehr rufen die wachsende ökonomische Macht und die stark nationalistische Ausrichtung in der chinesischen Politik Gegenreaktionen und abweisende Schutzhaltungen bei

⁹ Die japanischen Direktinvestitionen in China betragen 2000 noch knapp 1 Mrd. und stiegen auf 6,5 Mrd. US\$. Damit war Japan nach Hongkong und den Britischen Jungferninseln der drittgrößte Investor in China. Dann folgt Südkorea mit 5,2 Mrd. US\$ (PRC Ministry of Commerce).

den Nachbarstaaten hervor (vgl. Sutter 2006). Die Weltmarktoffensive der chinesischen Unternehmen, die erst nach dem WTO-Beitritt richtig begonnen hat, löst weltweit den verstärkten Preiswettkampf aus, dem in erster Linie die asiatischen Schwellenländer und andere Entwicklungsländer ausgesetzt sind. Die USA und Japan, die als Lieferanten von Technologien und Kapitalgütern für deren Exportproduktion unverzichtbar sind, stehen nicht direkt im Konkurrenzverhältnis. Hingegen wird Chinas Aufstieg von den südostasiatischen Schwellenländern zunehmend als Bedrohung empfunden, da sie mit Chinas Preisen und Kapazitäten schwer mithalten können. Hinzu kommt, dass Chinas technologische Aufholjagd in den letzten Jahren zur starken Überschneidung der Hauptexportgüter mit denen der Schwellenländer geführt hat. In Zukunft wird sich der Verdrängungskampf zwischen ihnen und China auf den US-Märkten noch verstärken.

Die Chinapolitik der USA, welche Unstimmigkeiten auch immer darüber innerhalb der US-Führung bestehen mögen, ist von der Agenda bestimmt, die von den USA inspirierte, finanzierte und geführte Weltordnung aufrechtzuerhalten und auszubauen. Aus dieser Perspektive sehen die USA dem Aufstieg Chinas gelassen entgegen, weil China konform mit ihren grundlegenden geopolitischen Interessen handelt. Auf wirtschaftlicher Ebene ist die Bedeutung Chinas für die USA vergleichsweise gering. Beispielsweise belief sich der Bestand der US-Direktinvestitionen in China 2005 auf 16,9 Mrd. US\$ und machte lediglich 0,8 % des Gesamtbestands der US-Direktinvestition von 2079 Mrd. US\$ aus.¹⁰ Hingegen stellen die USA für die chinesische Wirtschaft den zentralen Bezugspunkt dar, den kein anderes Land ersetzen kann. Die gigantischen Handelsdefizite der USA mit China sind ohne Zweifel ein Anzeichen für die Stärke des Standorts China als billiger Fertigungsstätte gegenüber anderen Entwicklungs- und Schwellenländern, jedoch offenbaren sie Chinas Schwäche gegenüber den USA. Dass die chinesische Regierung eifrig die Devisenreserven aufstockt, die Ende 2005 etwa 37 % des chinesischen BIP ausmachten, dürfte Ausdruck begrenzter wirtschaftspolitischer Autonomie sein. Die jüngste Akkumulation der Devisenreserven ist nicht nur zur Stützung des Dollarkurses, sondern für den Eigenschutz vor einer Währungsspekulation und damit die makroökonomische Stabilität notwendig, da die gigantische Summe des sogenannten heißen Geldes seit 2001 ins Land strömt.¹¹

10 Wird der Bestand der US-Direktinvestitionen in Hongkong (37,9 Mrd. US\$) eingerechnet, erhöht sich der Anteil auf 2,6 %. Dies entspricht 15 % der US-Direktinvestitionen in der asiatisch-pazifischen Region. (vgl. Bureau of Economic Analysis, <http://bea.gov>).

11 Laut einem Bericht von Morgan Stanley im Juli 2006 »sollen Ost- und Südostasien seit 2002 auf einem »Berg vom spekulativen Kapital« sitzen, das auf etwa 700 Mrd. US\$, 50 % davon in China, geschätzt wird. Der größte Teil soll aus der Region selbst stammen (www.morganstanley.com). Viele Investoren u.a. aus Hongkong und Taiwan tauschen ihre Währungen in Yuan um und investieren in den boomenden Immobilienmarkt in China in der Erwartung, dass der Yuan aufgewertet wird und die Immobilienpreise weiter steigen. Auch viele chinesische Unternehmen spekulieren auf eine mögliche Yuan-Aufwertung, indem sie für Inlandsinvestitionen Kredite in Dollar aufnehmen und dann in Yuan umtauschen. Dem begegnet die chinesische Regierung bislang mit der Aufstockung der Dollarreserven. Dabei werden andere wirtschaftspolitische Optionen – radikale Zinserhöhungen oder die Freigabe des Wechselkurses – nicht in Betracht gezogen aus Angst vor deren sozialen und ökonomischen Folgen.

In den bilateralen Beziehungen mit China ist die Wiederholung der aus der Zeit des Kalten Kriegs stammenden Strategie der USA zu beobachten, die die Grundlage für das ostasiatische Wachstumswunder schuf. Die USA hatten die geostrategischen Verbündeten in der asiatischen Region auf die exportabhängige Entwicklung getrimmt und garantierten ihnen dann den ungehinderten Zugang zu den US-Märkten. Auf diese Weise stellten sie die politische Treue der Verbündeten sicher, was ihre Vormachtstellung in der Region weiter aufrechterhält. China ist bereits in die von den USA geführte weltwirtschaftliche Ordnung soweit involviert, dass ein Rückzug undenkbar erscheint. Insofern bleibt seine Zukunftsoption beschränkt, weil es weiterhin die politische und ökonomische Unterstützung der USA braucht, um seine Wachstumserfolge fortzusetzen.

Literatur

- Gilboy, George J., »The Myth Behind China's Miracle«, in: *Foreign Affairs*, 83. Jg., 2004, H. 4, 33-48
- Jen Hui-Wen, »Background to China's ›Four Notcs‹ Policy toward the United States«, Hsin Pao, 17.9.1993, in: *FBIS*, Nr. 179, 1993, 1-3
- Lampton, David M., »China Policy in Clinton's First Year«, in: J. R. Lilley u. W. Willkie II (Hg.), *Beyond MFN. Trade with China and American Interests*, Washington/DC 1994, 9-35
- Overholt, William H., *The Rise of China – How Economic Reform is Creating a New Superpower*, New York-London 1993
- Rice, Condoleezza, »Remarks by Secretary of State Condoleezza Rice at Sophia University, Tokyo, March 19, 2005«, www.state.gov/secretary/
- Rumsfeld, Donald, »Remarks by Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld at the International Institute for Strategic Studies, Singapore, June 4, 2005«, www.defenselink.mil/speeches/2005/
- Scott, Robert E., *U.S.-China Trade, 1989-2003. Impact on jobs and industries, nationally and state-by-state, Research Report Prepared for the U.S.-China Economic and Security Review Commission*, Economic Policy Institute, Washington/DC 2005
- Sutter, Robert G., *China's Rise: Implications for U.S. Leadership in Asia*, East West Center, Policy Studies, Nr. 21, Hawaii 2006
- U.S. Government Accountability Office, »China Trade, Report to Congressional Committees, December 2005«, www.gao.gov/cgi-bin/, (zit. GAO 2005)

Gian Carlo Delgado Ramos

China in der Hochtechnologie-Konkurrenz

Chinas atemberaubende nachholende Industrialisierung erfolgt mit ungeheurer Geschwindigkeit: von einer agrarisch geprägten Ökonomie vollzieht sich ein ›Sprung‹ in die fordistische Massenproduktion und sogleich in die hochtechnologische Produktionsweise – ein Prozess, der in anderen Ländern Generationen brauchte. Er wird vorangetrieben durch enge Kooperationen von Staat, Militär, (ehemals) staatlichen Großunternehmen und Universitäten oder Forschungsinstituten. Den führenden kapitalistischen Metropolen erwächst ein ernst zu nehmender Konkurrent.¹ Allerdings heißt dies nicht, dass China – zumindest in absehbarer Zeit – die USA als technologische Hegemonialmacht ablöst, sich aber durchaus als bedeutender Akteur auf der Weltbühne etablieren wird.

Forschungstransfer und endogene Entwicklung

Die wachsende Präsenz Chinas auf dem Weltmarkt ist bekannt. Im Bereich der Hightech-Industrien ist ein starkes Wachstum des Anteils an der Weltmarktproduktion zu beobachten: von 0,9 % im Jahr 1980 stieg er bis 1999 auf 5,5 % und erreichte 2003 ganze 9,3 % (NSF 2004, 6-10 u. 2006, 6f). In den Sektoren der Luft- und Raumfahrt, der Pharmaindustrie und der Elektrotechnik konnten bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden. Im Jahr 2003 lag China z.B. mit einem weltweiten Exportanteil von 26 % bei der Produktion von Computern und Büroelektronik direkt hinter den USA. Dies ist im Wesentlichen auf die Übernahme der Computersparte von IBM durch die chinesische *Lenovo Group* zurückzuführen. Allerdings geht diese Positionierung nicht zwangsläufig mit einem Ausbau des ›wissenschaftlich-technologischen Komplexes‹ im Land einher, da ein Großteil der in China durchgeführten Forschung auf die starke Präsenz ausländischen Kapitals zurückzuführen ist, v.a. aus den USA und der EU, das von den geringen Kosten sowohl der reichlich vorhandenen unqualifizierten wie qualifizierten Arbeitskräfte profitiert. Dieses gilt insbesondere in den Bereichen der Informations-, Elektro-, Bio- und Nanotechnologie. 80 % der chinesischen Hochtechnologieexporte werden von Unternehmen unter Kontrolle ausländischen Kapitals realisiert. Es gibt im Land ungefähr 700 solcher transnationalen Forschungs- und Produktionszentren.

Indes findet ein beachtlicher Transfer von westlichem Know-how statt, der die Herausbildung techno-industrieller Netze mit enger Verzahnung von Wissenschaft und Produktion unterstützt. Dabei geht es vor allem um Kopien, Adaptionen und

1 Die USA dominieren mit einem durchschnittlichen Anteil von einem Drittel der globalen Produktion die Hochtechnologiemärkte. Die EU kommt auf 22,8 %, Japan auf 12,9 %. Für eine detaillierte Analyse der wichtigsten globalen Akteure der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung vgl. Delgado 2006.

Verbesserungen der ausländischen Technologie, das sog. *reverse engineering*. Hinzu treten eigene Forschungsleistungen, wie die aktive Beteiligung an der Decodierung des menschlichen Genoms, die erfolgreiche Entzifferung des Genoms von Reis, bedeutende Fortschritte in der Kernfusion oder in der entstehenden Luft- und Raumfahrtindustrie.²

Die unterschiedlichen Sektoren sind eng miteinander verbunden. So gab der staatliche Militärtechnik-Produzent *Costind* wenige Wochen nach dem erfolgreichen Start des Raumschiffs *Shenzhou 6* bekannt, innerhalb von zehn Jahren ein Mittelstreckenflugzeug zu entwickeln, um damit in Konkurrenz zu Boeing und Airbus zu treten. In eine ähnliche Richtung zielt der Vertrag zwischen dem Staatsunternehmen *China Galileo Industries* und der EU, der China den Zugang zu den vom Satellitennavigationssystem Galileo angebotenen Diensten sichert. Ziel ist es, die Zusammenarbeit »für die Entwicklung eines eigenen chinesischen Satellitennavigationssystems« zu nutzen, so Li Jiajiong, Vertreter des *National Remote Sensing Center* des Ministeriums für Wissenschaft und Technik (*People's Daily Online*, 10.5.2005). Sollte es gelingen, mittelfristig die endogene Entwicklung von Wissenschaft und Technologie mit entsprechenden Synergieeffekten für die nationale Ökonomie zu verbinden, könnte China zu einem international relevanten Akteur in der hochtechnologischen Konkurrenz heranwachsen.

Längst ist China nicht nur Produzent billiger Massenware. Gezielt wird versucht, in starken Branchen wie der Textilproduktion auch in Zukunft die Weltspitze zu sichern. China dominiert mit 87 Mrd. Dollar an Exporten den Weltmarkt für Textilien (es folgen die EU mit gerade 19 und die Türkei mit 11 Mrd.; WTO 2006). Aber angesichts steigender Löhne und verschärfter Konkurrenz möchte man sich nicht auf die Vorteile der Billigproduktion verlassen. So hat sich China u.a. auf die Nanotechnologie³ gestürzt und ist im Bereich der Entwicklung von Mikrofasern, Nanoröhren u.a. für die Textilindustrie führend (vgl. die Firma *U-right*). Mit 180 Mrd. Dollar Umsatz ist China inzwischen der weltgrößte Exporteur von Informations- und Kommunikationstechnik, noch vor den USA (v.a. Chips und 50 % aller Notebooks). Es handelt sich um Hightech-Fabriken mit einem hohen Niveau an Technologie und Organisation, in denen qualifizierte Arbeitskräfte tätig sind, allerdings zu Löhnen zwischen 50 und 100 Dollar pro Monat. Zudem verfügt China über reiche Vorkommen seltener Rohstoffe wie Cerium, Neodimium, Lanthanum oder

2 Betrug das jährliche Wachstum des chinesischen Luftfahrtsektors 1980 noch lediglich 1 %, ist es bis 2003 um jährliche 10 % gestiegen. Währenddessen sank das jährliche Wachstum des brasilianische Luftfahrtsektors von 15 % auf 3 %.

3 Unvollständigen nationalen Statistiken zufolge sind 50 Universitäten und 20 Forschungsinstitute der Chinesischen Wissenschaftsakademie mit Forschung und Entwicklung in der Nanotechnologie beschäftigt. Außerdem sind 700 Unternehmen im Bereich Nanotechnologie registriert, von denen ca. 300 eigene Forschung und Entwicklung durchführen. Insgesamt wird angenommen, dass mindestens 3000 Wissenschaftler und Ingenieure involviert sind, die sich v.a. in den Großregionen Peking und Shanghai konzentrieren. Die staatlichen Investitionen in die Nanotechnologie belaufen sich auf knapp 230 Mio. US\$ (2000-2004). 2003 rangierte China mit 6,3 % der weltweit angemeldeten Patente international auf dem vierten Platz und bei der Registrierung von Patenten im Bereich Nanotechnologie auf dem 20. Platz.

Disprosium, die etwa für die Produktion von mikroelektronischen Komponenten, Festplattenspeichern, Flachbildschirmen, Raketen und Präzisionsmunition oder für neue Keramikstoffe benötigt werden.⁴

Der wissenschaftlich-technologische Komplex

Mit Ausnahme der immer noch relativ schwachen Grundlagenforschung ist China führend in der Anwendung neuer Technologien innerhalb der kapitalistischen Peripherien. Die Ausgaben im Bereich Wissenschaft und Technik sind in den letzten Jahren substantiell gestiegen: von ca. 11,2 Mrd. Dollar im Jahr 2000 auf über 24,5 Mrd. Dollar 2004.⁵ 60% der Investitionen stammen aus den Reihen der Industrie. Mehr als 3,2 Mio. Menschen sind direkt oder indirekt in wissenschaftlich-technischen Bereichen beschäftigt, wovon mehr als 820 000 Wissenschaftler und Ingenieure in der Forschung arbeiten. China produziert Ingenieure und Wissenschaftler am Fließband: dreimal so viele Ingenieure pro Jahr wie die USA. 39% der chinesischen Absolventen verlassen die Hochschule mit einem Ingenieurstitel, in den USA lediglich 5% (wenn auch die Qualität der Ausbildung noch bei weitem nicht vergleichbar ist). Gemessen an der Gesamtbevölkerung haben die USA immer noch einen doppelt so hohen Anteil von Akademikern wie China, wo lediglich ein Achtel der Absolventen in die Forschung geht (Liu 2005). Die absoluten Zahlen sind jedoch beeindruckend: Schätzungen zufolge wird China, vorausgesetzt die derzeitige Entwicklung setzt sich fort, bis 2020 mehr Doktoranden hervorbringen als die USA (Freeman 2005). Hinzu kommt, dass kein Land mehr Studenten in den USA bis zur Erlangung des Doktorgrades ausbilden lässt als China. Lediglich 60% von ihnen bleiben danach für mindestens ein Jahr dort (NSF 2006). Ähnliches gilt für chinesische Studenten in Europa. 5,1% der weltweit publizierten Abschlussarbeiten im Bereich Wissenschaft und Technik und 4,38% aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen kommen aus China. Damit liegt es weltweit auf dem zwölften Platz; in Bereichen wie der Nanotechnologie mit 6,3% sogar unter den ersten drei. Auch bei Patentanmeldungen liegt China auf Weltniveau. Das State Intellectual Property Office erteilte 2004 mehr als zwei Millionen Patente, davon 1,8 Mio. an nationale Institutionen und Unternehmen (www.sipo.gov.cn). Auch internationale Patentanmeldungen nehmen deutlich zu.

Grundlegend für diese Entwicklung sind die schon seit Ende der 1970er Jahre betriebenen staatlichen Fördermaßnahmen zur Schaffung eines ›wissenschaftlich-technologischen Komplexes‹. Sie schufen die Voraussetzungen für spätere Spezialisierungsprojekte u.a. in den Bereichen Biotechnologie, Raumfahrt, Informations-, Laser- und Automatisierungstechnologien, Energietechnik und Nanotechnologie. Zentral sind dabei das Ministerium für Wissenschaft und Technologie,

4 China beheimatet 60% der weltweiten Vorkommen der genannten Rohstoffe, die vorwiegend in der Inneren Mongolei abgebaut werden. Indem es versucht, us-amerikanische Firmen wie Molycorp (Unocal) oder Magnequench zu erwerben, will es sich ein globales Monopol sichern.

5 Zum Vergleich: die EU investiert ca. 188 Mrd. US\$ jährlich, die USA 268 Mrd. US\$ (Stand 2004).

die Wissenschaftsakademie, die Nationalstiftung für Wissenschaft und das Verteidigungsministerium. Alle verfügen über große Forschungszentren und kontrollieren zivile oder militärische Schlüsselindustrien. Sie bilden Cluster aus, nehmen Infrastrukturprojekte in Angriff, entwickeln Industrieparks, werben ausländisches Kapital an und versuchen gezielt, ehemals ausgebürgerte Wissenschaftler und Manager wieder zur Rückkehr zu bewegen. Letzteren werden auch bestimmte Funktions- oder Verwaltungsposten angeboten. Neue Forschungseinrichtungen werden von erfahrenen Leuten aus der Industrie geleitet, etwa das *Engineering Research Center for Nanotechnology* in Shanghai, dessen Direktor, Han Jie, vorher bei IBM und der *National Aeronautics Space Administration* der NASA beschäftigt war. Auf diese Art sind »Brutkästen industrieller Hochtechnologie« entstanden, die für die Hälfte der in diesem Sektor realisierten Profite verantwortlich zeichnen, befördert durch konsequente politische Begünstigungen, die Halbierung von Steuersätzen bei einem Umsatzwachstum von mindestens 10 %. Der *Small and Medium S&T Business Innovation Fund*, die *National Development Bank* oder die *Huaxia Bank* stellen mit extrem günstigen Krediten Risikokapital für forschungsintensive Unternehmen zur Verfügung. Auf vielerlei Arten werden die Zentren der Wissensproduktion mit der Privatwirtschaft verbunden und »nationale Zentren des Technologietransfers« eingerichtet. Der 11. Fünfjahresplan sieht die Entwicklung einer eigenen Maschinenbauindustrie vor, denn »weder strategische Technologien noch Innovationsfähigkeit kann man kaufen«, so der Präsident der *China Machine Tool and Tool Builders' Association* (Yu'an 2006, 10). Industrie und Staat arbeiten bei der Förderung von Wissenschaft und ihrer industriellen Umsetzung und Nutzung eng zusammen.

Das Geschäft mit dem intellektuellen Eigentum

In den kapitalistischen Metropolen wird der technologische Aufholprozess Chinas z.T. auf von der Regierung finanzierte, von verdeckten Unternehmen, Studenten und anderen »Agenten« durchgeführte Spionage zurückgeführt. Der Chef der Spionageabwehr des FBI, David Szady, versichert, dass »die Spionage Peking ermöglicht hat, innerhalb von nur wenigen Jahren zu erreichen, was normalerweise ein Jahrzehnt gedauert hätte« (Yu'an 2006, 10). Zwischen zwei- und dreitausend chinesische Unternehmen würden in den USA verdeckt operieren, um wirtschaftlich wie militärisch-strategisch wichtige Informationen zu sammeln (Wortzel 2005). Einzelne Personen werden angeklagt, Technologien für Nachtsichtsysteme, Codes für die Projektion von seismischen Bildern oder auch militärisches Material, wie z.B. die Antriebssysteme für die vom us-amerikanischen Rüstungsunternehmen Power Paragon entwickelten U-Boote des Typs QED (*quiet electronic drive*), geschmuggelt zu haben (Liu 2005, 32). Der ehemalige US-Botschafter in China, Larry Wortzel, bestätigt, dass Wirtschaftsspionage und unrechtmäßige Aneignung von Technologien von Seiten der Chinesen weiter zunehmen werde, solange dort die intellektuellen Eigentumsrechte nicht durchgesetzt werden. Doch seien Programme der chinesischen Regierung geradezu entwickelt worden, um ausländische Hochtechnologien

für militärische wie wirtschaftliche Zwecke zu erlangen – dies »trägt zu einem Klima bei, das den Diebstahl intellektuellen Eigentums belohnt« (ebd.). Der Verstoß gegen Patent-, Produkt- und Markenschutz ist in China nicht nur weithin geduldet, sondern wird von staatlichen Organen, dem Militär und eng mit ihm verbundenen Konzernen und Forschungsinstituten massiv selbst betrieben.

Auf diese Weise etwa ist der Telekommunikationskonzern *Huawei* durch sog. *reverse engineering* zum *global player* aufgestiegen. Huawei wurde 2003 vom US-Konzern Cisco verklagt, die Codes für ihre Router kopiert zu haben, die es den Anwendern ermöglichen, ohne Kompatibilitätsprobleme zu der kostengünstigeren Version Huaweis zu wechseln. Letztlich wurde die Klage zurückgezogen und Huawei verpflichtete sich im Gegenzug, die Codes in ihren Routern auszutauschen (Simons 2006). Nun versucht der Konzern gemeinsam mit anderen inländischen Partnern einen Konkurrenzstandard für drahtlose Verbindungen zum gängigen WLAN zu entwickeln: der sog. WAPI-Standard (*WLAN Authentication and Privacy Infrastructure*) soll national und international durchgesetzt werden, um Gebühren zur Nutzung des Standardsystems (WLAN) zu umgehen und sogar ausländische Konzerne im Gegenzug zu verpflichten, für den Zugang zum chinesischen Markt den neuen Standard gegen Gebühren zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund haben sich us-amerikanische und europäische Konzerne und insbesondere die US-Regierung geweigert, die Gültigkeit dieses chinesischen Standards zu akzeptieren (Lemon 2004).

Doch große westliche Unternehmen, die in China Fuß fassen wollen, werden für den Markteintritt gezwungen, Forschung und Entwicklung ins Land zu verlegen. So entwickelt Siemens mit einem chinesischen Joint-Venture-Partner, der eigentlich zur Konkurrenz gehört, einen neuen Mobilfunkstandard. Ein chinesisches Forschungsinstitut, das zum Telekommunikationsgiganten Huawei gehört, möchte nun einen eigenen Mobilfunkstandard international patentieren lassen, der dem Siemens-Standard ziemlich ähnelt, zum Teil sogar überlegen sein soll. China organisiert sich auf diese Weise gezielt einen Technologietransfer, um historische Nachteile zu kompensieren, was aber nicht heißt, dass es dann nicht eigene (Weiter)Entwicklungen schützen möchte. China möchte bei der Definition über die Bedingungen der Integration seiner Ökonomie in den Weltmarkt selbst ein gewichtiges Wort mitreden.

Ausländische Unternehmen fühlen sich von der neuen Konkurrenz im Hightech-Sektor bedroht. Die Welthandelsorganisation (WTO) übt zunehmend Druck auf China aus, die internationalen Bestimmungen zum intellektuellen Eigentum einzuhalten, während sie zugleich versucht, die Entwicklung eigener chinesischer Standards und Regelungen über intellektuelles Eigentum einzuschränken (Intellectual Property Watch 2005). Aus chinesischer Sicht gilt es hingegen, so die Regierung, »den ausländischen Monopolen, im Bereich von Technologien mit nationalem Interesse, rationale Kontrollen aufzuerlegen. [...] Dafür sind Anstrengungen notwendig, Ausnahmeregelungen in internationalen Abkommen« wie GATS und TRIPS (im Rahmen der WTO) »auszuweiten« (Xin 2005, 101). Doch China organisiert auch auf legale Weise den Transfer von Technologien und Wissen: bislang waren

ausländische Direktinvestitionen an ein Joint Venture mit chinesischen Partnern und einen gewissen Know-how-Transfer gebunden – im Austausch für den Zugang zum chinesischen Markt und größere Exportgeschäfte. In der Atomindustrie etwa sind ausländische Investoren verpflichtet, neben den ausländischen auch eine bestimmte Anzahl chinesischer Ingenieure und Techniker einzustellen (Guterl 2006).

Technologisch-militärische Potenziale

Die enge Verflechtung von chinesischen Staatsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Militär im Bereich der Hochtechnologie weckt im kapitalistischen Westen wie Osten Sorgen. Warnende Stimmen mahnen, dass »China die USA in ihrer technologischen Führungsrolle in nicht allzu ferner Zukunft ersetzen, sowie die asiatischen Freunde Washingtons militärisch bedrohen könnte« (Liu 2005, 30). Wenn auch ein solches Szenario auf lange Sicht nicht gänzlich unmöglich erscheint, wird dies aufgrund des allgemeinen Rückstands und zahlreicher Widersprüche in der Entwicklung Chinas zunächst nicht eintreffen (vgl. Li in diesem Band). Dennoch versuchen die USA vorzusorgen. Sie verweisen auf die gestiegenen chinesischen Rüstungsausgaben, besonders im Bereich von Forschung und Entwicklung. Die Militärführung sei an der Beschaffung und/oder Entwicklung von Informationstechnologien zur Kriegführung interessiert, etwa an Satellitensystemen und Mikrosatelliten niedriger Umlaufbahn, an modernen ballistischen Systemen sowohl kurzer, mittlerer und langer Reichweite, sowie an neuen Materialien für die Entwicklung z.B. von »Stealth«-Technologien u.a.m. (vgl. Medeiros u.a. 2005). In diesem Kontext sind Kriegsszenarien über eine eventuelle Konfrontation mit China, ausgelöst durch die us-amerikanische Unterstützung der Unabhängigkeit Taiwans, bereits Teil der Agenda des Pentagons. Entsprechend wird Taiwan mit US-Waffen beliefert, während man die Aufhebung des europäischen Waffenembargos gegen China kritisiert (Wortzel 2003a). Die militärische Führung Chinas hat allerdings angesichts der ökonomischen Folgen für das Land viel zu viel zu verlieren, um sich auf eine reale Konfrontation etwa mit den USA einzulassen. Zwar zielt die Modernisierung des militärischen Arsenal bis zu einem bestimmten Grad darauf ab, eine gewisse regionale Hegemonie sicherzustellen, doch bleiben die Ausgaben im Vergleich zu den Metropolen zurück. 2005 betragen die offiziellen US-Rüstungsausgaben 419 Mrd. Dollar, während es in China nur 29,9 Mrd. waren (wobei inoffizielle Zahlen je nach Quelle deutlich variieren – das Pentagon beziffert die Höhe der chinesischen Rüstungsausgaben auf das Dreifache).⁶

Eine Studie der *Rand Corporation* im Auftrag der US-Luftwaffe führte zahlreiche Modernisierungen im Bereich der chinesischen Militärtechnologie auf den allgemeinen Fortschritt der inländischen Produktivkräfte zurück. Dabei wurde vielfach

6 Die Daten des unabhängigen *Stockholm International Peace Research Institute* geben an, dass die realen Ausgaben Chinas 2005 35,4 Mrd. Dollar betragen, die der USA 455 Mrd.

auf Vorläufertechnologien zurückgegriffen, z.B. im Fall der Raketenfertigung. Doch in vielen anderen Bereichen, wie Marine und Luftwaffe, sind *Rand* zufolge erhebliche technologische Defizite zu beobachten. Dafür verantwortlich sei weniger eine mangelnde Leistungsfähigkeit der Forschung und Entwicklung als die nicht ausreichende finanzielle Förderung der betroffenen Bereiche, was sich mit dem anhaltenden chinesischen Wirtschaftswachstum aber langsam ändere (Medeiros u.a. 2005, 256). Was v.a. befürchtet wird, ist ein zügiges Aufholen der chinesischen Rüstungsindustrie, die dann auch entsprechende Güter günstig exportieren wird. Auf dem Spiel stehen also strategische Interessen wie auch die Interessen der amerikanischen Rüstungskonzerne. Marcus Raskin, ehemaliges Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates unter Kennedy, meint dazu ironisch: »business is national security; national security is business« (Saxe-Fernández 2002).

Mit besonderer Intensität treibt China die Entwicklung seiner Militärtechnologie im Bereich von informationstechnologischen Systemen voran, weil diese nicht nur von militärischem Interesse sind, sondern auch für zivile Industrien ein wichtiges Marktsegment ausmachen. Gleichermäßen verhält es sich mit der blühenden Luftfahrtindustrie, die das Produkt der Raketen- und Raumfahrtforschung ist. Militärisch wiederum zielt dies auf das Szenario eines potenziellen Militärschlages von Seiten der USA aufgrund der Taiwan-Frage. Das US-Militär würde diesen Angriff angesichts seiner im Vergleich zu China begrenzten Truppenstärke aus der Distanz führen, mit Luftschlägen auf das chinesische *heartland*. Dagegen nutzt die personelle Stärke der Volksarmee wenig. In diesem Sinne zielt die Entwicklung von Langstreckenwaffen eher auf eine Stärkung der militärischen Defensivkraft, weniger auf die Vorbereitung eines chinesischen Angriffs auf andere Mächte. China arbeitet an guten diplomatischen Beziehungen mit seinen Nachbarn und versucht parallel dazu die militärische Nutzung von Weltraumtechnologie bzw. des Weltalls – angesichts klarer Vorteile der USA und bald auch der Europäer durch das Satellitensystem Galileo – mittels internationaler Abkommen im Rahmen der UN zu beschränken (vgl. Wortzel 2003b). Das bedeutet nicht, dass China ein diplomatisches Vorzeigemodell wäre, auch nicht, dass es versucht, sich auf seine Rolle als »Papierdrache« zu beschränken (seine Position zu Taiwan zeigt dies). Offensichtlich versucht China seine Stellung und seinen Einfluss auf regionaler Ebene zu konsolidieren – eine Stellung, die die USA zu beschränken suchen. Ihr *Project for the New American Century* (PNAC) beschreibt den Konflikt um Taiwan als Mechanismus zur Eindämmung eines möglichen Aufstiegs Chinas zum relevanten Akteur um politischen wie ökonomischen Einfluss in Ostasien (und nicht in Bezug auf eine Bedrohung der globalen Vorherrschaft der USA). Vor dem Hintergrund der wachsenden ökonomischen Bedeutung der Region und zur Sicherung von »Freiheit, Frieden und Stabilität« (worunter die Beibehaltung der dominanten Stellung der USA zu verstehen ist) wäre der Ausbau der militärischen Präsenz in dieser »kritischen Weltregion« notwendig (PNAC 2000). Empfohlen wird u.a. die militärische Einkreisung des Landes mit den in Korea, Japan und Afghanistan stationierten Truppen, die weitere Stationierung von Truppen in Australien oder auf den Philippinen sowie insgesamt eine konsequente Verlegung von Truppen nach

Südasiens und an den Pazifik. Dies würde auch sicherlich Mikronesien einbeziehen, wo die USA, durch eine Reihe von Partnerschaftsabkommen, über großen Einfluss verfügen.⁷

Technologische Defizite und Grenzen

Kurz- bis mittelfristig wird China trotz aller Erfolge keine Spitzenstellung im Bereich der zivilen wie militärischen Forschung einnehmen, auch wenn es zu einem ernst zu nehmenden Konkurrenten wird. Insgesamt steht die technologische Entwicklung vor Ort noch erheblichen Begrenzungen gegenüber (fehlende Breite der Qualifikationen, externe Abhängigkeit, mangelnde Strukturen im Wissens- und Qualitätsmanagement, geringe Innovationsfähigkeit, mangelnde Präzision etc.). Im Bereich der Nanotechnologie fehlt es z.B. an der nötigen Ausstattung mit hochauflösenden elektronischen Instrumenten, die eine »Beobachtung« der Versuche in Echtzeit zulassen würden. Es ist davon auszugehen, dass Erkenntnisse aus einer elaborierten Grundlagenforschung, die langfristig angelegt ist und großer finanzieller Mittel bedarf, daher weiterhin vorwiegend von den großen Forschungszentren in den USA, Europa und z.T. Japan zu erwarten sind. Die Rückstände sind, von einigen punktuellen Erfolgen abgesehen, vielfältig und groß. Es wäre unrealistisch, wenn China sich auf allen Bereichen der Nanotechnologie in die Konkurrenz mit den entwickelten Staaten einlassen würde, stattdessen gelte es, sich auf noch weniger umkämpfte Gebiete zu spezialisieren, insbesondere auf Bereiche, die für eine eher kurzfristige industrielle Verwertung geeignet erscheinen.

Denn die industrielle Fertigung ist trotz aller Fortschritte in der Hochtechnologie und der Qualifizierung von Arbeitskräften häufig qualitativ defizitär. So fiel der Lu Feng, ein Geländewagen, der als erstes chinesisches Auto auch in Europa verkauft werden sollte, durch alle Crash-Tests. Auch Chinesen bevorzugen lieber Importautos. Was nicht heißt, dass sich das in Zukunft nicht ändern könnte. Parteikader wie der Präsident der Wissenschaftsakademie Xin befürchten, »die Mehrheit der Ressourcen für den industriellen Fortschritt in Wissenschaft und Technologie« fehlten dem Land, »und deren Binnenkapazität kann für die nationale Entwicklung keine ausreichend effektive Unterstützung bereitstellen«. Dies sei auf eine mangelhafte Koordinierung zwischen den verschiedenen Abteilungen der Regierung zurückzuführen, eine mangelnde Rolle von Marktmechanismen, eine niedrige technische Innovationskapazität in den Unternehmen, schwache wissenschaftliche Institutionen sowie auf ungenügende Vermittlungen zwischen Wissenschaft und Industrie (Xin 2005, 100).

7 »We need control of key sea lines of communication, ensuring access to rapidly growing economies, maintaining regional stability while fostering closer ties to fledgling democracies and, perhaps most important, supporting the nascent trends toward political liberty – these are all enduring security interests for America. No US strategy can constrain a Chinese challenge to American regional leadership if our security guarantees to Southeast Asia are intermittent and US military presence a periodic affair.« (PNAC 2000, 19)

Unabhängig davon, ob damit die Ursachen getroffen sind, wird versucht, diese für periphere Länder typischen Defizite zu beheben. Was China letztendlich dem Rest der Peripherie demonstriert, unter Berücksichtigung aller sicherlich berechtigten Kritik, ist die Herausbildung einer relativ nationalistisch agierenden politischen Klasse und einer in höchstem Maße ehrgeizigen Unternehmerelite. Regierungsspitzen verweisen in diesem Kontext auf die Notwendigkeit, ausländischen Konkurrenten, die die nationalen Interessen im Bereich der Schlüsselindustrien verletzen, mit (staatlichen) Kontrollen zu begegnen, um »die Profite und Interessen des Landes und seiner Unternehmen zu schützen« (Xin 2005, 101). Sicher macht dies China nicht zu einem Modell der Entwicklung, schon gar nicht in sozialer und ökologischer Hinsicht. Es ist vielmehr ein Beispiel für die Stärkung einer nationalen Unternehmerklasse und einer peripheren Macht, die sich weigert, sich dem Norden unterzuordnen.

Aus dem Spanischen von Diego Cuadra Carbajal, Johannes Schulten und Mario Candeias

Literatur

- Bai, Chunli, »Ascent of Nanoscience in China«, in: *Science*, Nr. 309, Juli 2005, 61-63
- Delgado Ramos, Gian Carlo, *La Amenaza Biológica*, México/DF 2002
- ders., »La competencia intercapitalista en Ciencia y Tecnología: quién es quién a principios del siglo XXI«, in: *Nómadas 14. Revista Crítica de Ciencias Sociales y Jurídicas*, 7. Jg., 2006, 1-25
- ders., u. John Saxe-Fernández, *Imperialismo y Banco Mundial*, Madrid 2004
- Freeman, Richard, Bruce Einhorn u. John Carey, »A new lab partner for the US?«, in: *BusinessWeek*, 22.8.2005, 86
- Guterl, Fred, »Another Nuclear Down«, in: *Newsweek*, 6.2.2006, 36-44
- Intellectual Property Watch, »China sometida a escrutinio en la OMC por su aplicación del régimen de PI«, 30.10.2005, ip-watch.org
- Lemon, Sumner, »Despite shelving WAPI, China stands firm on chip tax«, *InfoWorld*, 22.4.2004
- Liu, Melinda, »How High«, in: *Newsweek*, Special Edition, Dez. 2005, 34
- Medeiros, Evan, Roger Cliff, Keith Crane u. James Mulvenon, *A New Direction for China's Defense Industry*, Rand Corporation, Air Force Project, Santa Monica 2005, www.rand.org
- NSF, *Science & Engineering Indicators 2004*, National Science Board, Washington/DC 2004
- dies., *Science & Engineering Indicators 2006*, National Science Board, Washington/DC 2006
- Saxe-Fernández, John, *La Compra-Venta de México*, Madrid 2002
- PNAC: Project for the New American Century, *Rebuilding America's Defenses: Strategy, forces and resources for a new century*, Washington/DC 2000
- Simons, Craig, »The Huawei Way«, in: *Newsweek*, 16.1.2006
- Wortzel, Larry M., »The effects and consequences of an emerging China«, in: *The Heritage Foundation*, 20.3.2003a, www.heritage.org
- ders., »China and the Battlefield in Space«, in: *The Heritage Foundation*, Web Memo 346, 15.10.2003b, www.heritage.org
- ders., »Sources and Methods of Foreign Nationals Engaged in Economic and Military Espionage«, in: *Heritage Lectures*, Nr. 907, 4.10.2005
- Ying, Wang, »More sectors to benefit from nuclear tech«, in: *China Daily*, 11.1.2006, 9
- Yu'an, Zhang, »Innovation the watchword for tool industry«, in: *China Daily online*, 11.1.2006
- Xin, Fang, »From imitation to innovation: a strategic adjustment in China's S&T development«, in: *Bulletin of the Chinese Academy of Sciences*, 19. Jg., 2005, H. 2., 99-101

Boy Lüthje

Ökonomische Modernisierung und industrielle Beziehungen im neuen chinesischen Kapitalismus

Die massive Verwandlung ländlicher in industrielle Arbeitskraft – von Eric Hobsbawm als die größte Umwandlung von Klassenstrukturen in der Neuzeit bezeichnet – ist eines der hervorstechenden Merkmale der kapitalistischen Modernisierung Chinas. In den westlichen Medien erscheint dieses Problem in einer wachsenden Zahl von Berichten über die miserablen Lebensbedingungen von Wanderarbeitern in Großstädten wie Shanghai oder Peking. Wenig ist allerdings darüber bekannt, wie sich die Verhältnisse in den rasch wachsenden modernen Großbetrieben Chinas entwickeln und welche Konsequenzen dies für die politischen Kräftekonstellationen im Land hat. Eine genauere Analyse der real existierenden Arbeitsbeziehungen ist sicherlich auch ein wesentlicher Baustein zur Klärung der Frage, welche Gesellschaftsform und welcher Typus von sozialökonomischer Regulierung sich in China herausbildet.

Debatten der westlichen Linken zu diesem Thema sind zumeist von einem relativ abstrakten Bezug auf entweder die ›sozialistischen‹ oder die ›neo-liberalen‹ Elemente dieses Prozesses gekennzeichnet. Manche Autoren gehen von nach wie vor relativ intakten Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaftsformation aus, die sich im Kern in der führenden Rolle der kommunistischen Partei in der chinesischen Gesellschaft begründet. Die kapitalistische Öffnung der letzten zwei Jahrzehnte erscheint in dieser Sichtweise als ein notwendiges Durchgangsstadium zu entwickelten Formen sozialistischer Gesellschaft und Demokratie, entfernt vergleichbar mit der Neuen Ökonomischen Politik in der Sowjetunion (vgl. Bergmann 2004 u. Rez. in diesem Band), auf jeden Fall aber als ein relativ erfolgreiches Modell selbstbestimmter ökonomischer Reform und Entwicklung eines bislang der ›Dritten Welt‹ zugerechneten Entwicklungslandes (Bello 1999). In entgegengesetzter Richtung werden die unverkennbaren Exzesse kapitalistischer Marktbeziehungen in China als Ausdruck einer neoliberalen Umstrukturierung interpretiert, mit der die modernisierungsfreundlichen Teile von Partei- und Staatsapparat im Bündnis mit chinesischen Unternehmern und transnationalen Konzernen eine politisch kaum gebremste Marktherrschaft errichtet haben, die besonders auch von den fehlenden demokratischen Partizipationsmöglichkeiten der Lohnabhängigen begünstigt wird (Hart-Landsberg/Burkett 2005, Harvey 2005).

Demgegenüber gehen wir hier von der These aus, dass sich in China ein relativ eigenständiger Typ kapitalistischer Entwicklung herausbildet, also eine neue ›Spielart‹ des Kapitalismus in der Reihe der industriellen Entwicklungsländer Asiens. Diese Gesellschaftsformation ist in ihren sozialökonomischen Grundcharakteristika von der historisch bislang nicht erlebten, relativ erfolgreichen Transformation eines planwirtschaftlichen in ein kapitalistisches System gekennzeichnet, wobei eine starke Kontinuität in den politischen und sozialen Institutionen besteht (vgl. Naughton 1996,

Su/Knee 1996, Hsing 1998, Walker 2006). Der Transformationsprozess setzt kapitalismustypische Klassenwidersprüche auf die Tagesordnung, die gleichwohl in spezifischer, oftmals widersprüchlicher Weise vom bestehenden System »kleingearbeitet« werden. Die politisch wie theoretisch interessante Frage ist, welche Formen der Regulierung und welche Ansätze eigenständiger Organisation von sozialen Interessen dabei entstehen. Ich beziehe mich dabei auf eigene Beobachtungen, die im Laufe der letzten fünf Jahre im Rahmen empirischer Forschungsarbeiten zur Entwicklung von globalen Produktionsnetzen und Industriearbeit in der IT-Industrie und anderen weltmarktorientierten Industriesektoren Chinas entstanden (vgl. Hürtgen u.a. 2007).

Ein Kapitalismus chinesischer Prägung

Im Zuge der seit 1978 schrittweise vorangetriebenen marktwirtschaftlichen Öffnung Chinas ist eine Wirtschaftsstruktur entstanden, die heute überwiegend von privatwirtschaftlicher Profitlogik geprägt ist. Staatsbetriebe traditionellen Zuschnitts gibt es nur noch wenige, mit Ausnahme von Infrastrukturbereichen wie Bahn, Post oder Wasserversorgung. Die Staatsunternehmen wurden bereits seit Ende der achtziger Jahre schrittweise aus der zentralen staatlichen Wirtschaftsplanung »entlassen« und in privatrechtlich organisierte Unternehmen mit staatlichen Besitzanteilen umgewandelt. Dieser Prozess erhielt mit dem Beitritt Chinas zur WTO 2001 seine internationale vertragliche Bestätigung und läutete die letzte Runde der Privatisierungen ein.

Der beherrschende Unternehmenstyp ist heute der Betrieb mit mehrheitlich staatlichem Eigentum (SOE), der aber überwiegend nach unternehmerischen Gewinnkriterien geführt wird. Staatliche Stellen haben durch Kapitalbeteiligungen, Vorstandsposten und die betriebliche Parteiorganisation der KP weiterhin Einfluss auf die Unternehmenspolitik, die Betriebe sind aber weitgehend privatisiert oder in Aktiengesellschaften umgewandelt. Ähnlich verhält es sich mit Betrieben im Eigentum von Genossenschaften (COE) sowie Stadtbezirken und Dorfgemeinden (TVE – zumeist Kleinbetriebe). Unternehmen in ausschließlich privater Eigentümerschaft sind der am schnellsten wachsende Bereich. Dabei hat in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vor allem die Zahl der Aktiengesellschaften auf Kosten der Betriebe im Staatseigentum zugenommen sowie die Zahl der Betriebe mit mehrheitlich ausländischen Kapitalanteilen. Der Bereich der privaten Nicht-Aktiengesellschaften umfasst Betriebe aller Größen bis hinunter zum verarmten städtischen Klein- und Straßenhandel (ihre Zahl ist vermutlich weit größer, da viele Kleinbetriebe nicht registriert sind).

Entscheidend für die Funktionsweise der »marktwirtschaftlich gewendeten« Unternehmen aller Größenordnungen sind allerdings nicht die formalrechtlichen Eigentumsverhältnisse. Vielmehr achten auch die staatlichen Kapitaleigentümer auf eine profitable Entwicklung ihres eingesetzten Kapitals. Betriebe mit hohem Anteil staatlichen Kapitals gehören in vielen Bereichen zu den am schnellsten wachsenden und wirtschaftlich erfolgreichsten Unternehmen. Dies gilt insbesondere für die aufstrebenden transnational tätigen Konzerne Chinas wie die Konsumelektronik-Unternehmen Haier und TCL oder die Telekomhersteller Huawei und ZTE.

Solche Firmen haben einen größeren Teil ihres Kapitals an den Börsen in Hongkong, Shanghai oder Shenzhen notiert, der Staat ist zumeist über die Städte und Gemeinden vertreten, in denen diese Firmen ihren Sitz haben. Ähnliches gilt für die meisten Großunternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. An den Joint Ventures von Volkswagen oder Siemens in Shanghai zum Beispiel ist die Stadt Shanghai über Holdinggesellschaften beteiligt. Städtische Holdings verfügen über umfangreiche Beteiligungsportfolios an Industrieunternehmen in ihrem jeweiligen Bereich, die oft auch Flaggschiffunternehmen lokaler Industrieansiedlungspolitik sind. Auf nationaler Ebene nimmt die Industrieholding SASAC (State Asset Supervision and Administration Commission) die Rolle einer Treuhandagentur wahr, die den Beteiligungsbesitz nationaler Regierungsstellen sowie der Volksbefreiungsarmee koordiniert (Ernst/Naughton 2005).

Die Funktionsweise dieser Betriebe ist mit der von Unternehmen in Staatsbesitz oder mit Staatsbeteiligung in kapitalistischen Industrieländern zu vergleichen, etwa der Ruhrkohle, der Telekom AG oder auch dem VW-Konzern in Deutschland. In allen Unternehmen herrscht zwar Gewinnmaximierung als striktes Prinzip, dennoch sind diese Firmen in vielfältige politische Beziehungsgeflechte eingebunden, wodurch in unternehmerische Entscheidungen technologiepolitische Prioritäten bei bestimmten Investitionen, lokale Standortinteressen oder auch soziale und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte eingehen. Eingebettet ist dies in die oftmals beschriebenen Strukturen des chinesischen »Kaderkapitalismus«, in dem Partei- und Regierungsfunktionäre mit persönlichen Gewinninteresse als Unternehmer tätig sind oder bestimmte Unternehmensentscheidungen politisch kontrollieren. Die Entstehung einer umfangreichen unternehmerischen Verfügungsgewalt politischer Kader, die nicht oder nur in geringem Maße durch formale Eigentumsbeziehungen oder Funktionen begründet ist, ist ein Kernmerkmal der politischen Ökonomie des heutigen China. Wenn man so will, handelt es sich um eine chinesische Form des Managerkapitalismus, der seine Ursprünge in den Reformen von Landwirtschaft und ländlicher Industrieproduktion und in den Prozessen der Privatisierung und Unternehmensgründung in den wirtschaftlichen Reformzonen der 1980er und 90er Jahre hatte (vgl. Nee/Su 1997, Hsing 1998). Ein Ausdruck dieser Entwicklung ist auch die massive Korruption unter politischen Funktionsträgern.

Abgesichert wird dieses System durch die ausgedehnte makro-ökonomische Intervention des Staates. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre ist nicht zuletzt durch die staatliche Wirtschaftspolitik angekurbelt worden, v.a. durch Investitionen in Infrastrukturprojekte, eine antizyklische Ausgabenpolitik nach keynesianischem Muster und einen niedrigen Außenwert der Währung durch die Bindung des Renminbi an den US-Dollar. Diese expansive Wirtschaftspolitik hat allerdings ihren Preis in Gestalt von Überproduktions- und Überakkumulationstendenzen in den modernen privatkapitalistisch organisierten Sektoren der chinesischen Wirtschaft, vor denen die China-Analysten der internationalen Großfinanz eindringlich warnen, sowie in der Gefahr größerer Krisen im Finanzsektor.

Neuzusammensetzung und Differenzierung der industriellen Arbeiterklasse

Die industrielle Entwicklung Chinas erzeugt eine massive Umwälzung in den Klassenstrukturen, deren wesentliches Merkmal die Verwandlung bedeutender Teile der Bauernschaft in Arbeitsmigranten (z.Zt. etwa 150 Millionen) ist. Beschäftigte der Agrarsektor gegen Ende der 1970er Jahre noch über 80 % der Arbeitsbevölkerung, so heute nur noch etwa die Hälfte. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahre 2002 noch 15,4 %, halb so viel wie 1980 (30,4 %). Demgegenüber stellt die verarbeitende Industrie heute über 50 % des Bruttosozialproduktes und gut 21 % der Beschäftigten. Stark gewachsen ist auch der Dienstleistungssektor, der inzwischen einen höheren Anteil an der Gesamtbeschäftigung stellt als die Industrie.

Das zweite wesentliche Moment dieser Entwicklung ist die Verlagerung der Beschäftigung vom Staats- in den Privatsektor, vorangetrieben durch die Rationalisierung, Umstrukturierung und Privatisierung von Staatsbetrieben seit Mitte der 1990er Jahre. Staatliche Betriebe sind zwar immer noch die bedeutendsten Arbeitgeber, die Zahl der Beschäftigten ist aber erheblich geschrumpft. Im Jahre 2000 beschäftigten Unternehmen im Staats- oder Kollektiveigentum (SOE bzw. COE) etwa 96 Mio., private oder halbprivate Großunternehmen (Aktiengesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen, SOE, kleine Privatfirmen, POE, sowie ausländische Firmen) gut 72 Mio. Arbeitskräfte. Dabei finden sich auch unter den staatlichen Unternehmen eine große Zahl von defacto Privatunternehmen, insbesondere bei den Unternehmen der Stadtbezirke und Dorfgemeinden (TVE). Sehr stark gewachsen ist auch der Bereich der kleinen Privatbetriebe und der selbständig Beschäftigten, oft mit prekären Arbeitsverhältnissen (ca. 48 Mio. im Jahr 2000). Diese Umstrukturierung hat sich in den letzten Jahren noch erheblich beschleunigt, nicht zuletzt durch den WTO-Beitritt Chinas.

Die Probleme der massiven Freisetzung von Arbeitskräften und der nach wie vor vorhandenen ländlichen Überbevölkerung sollen durch die Politik des forcierten Wirtschaftswachstums bewältigt werden. Das chinesische Arbeitsministerium rechnet für die nächsten Jahre mit etwa 12-13 Mio. Arbeitslosen pro Jahr aufgrund von Entlassungen, denen etwa 8 Mio. neue Jobs gegenüberstehen sollen. Hinzu kommen etwa 150 Mio. überzählige Arbeitskräfte auf dem Land. Vor diesem Hintergrund wird mit einer jährlichen Arbeitslosigkeit von etwa 20 Mio. gerechnet (*Renmin Ribao*, 30.4.2002). Offiziell beträgt die Arbeitslosigkeit etwa 4 % der Erwerbsbevölkerung, sie muss aber nach zuverlässigen Einschätzungen aus China real wesentlich höher, auf etwa 10 % geschätzt werden.

Die Umschichtungen in den Klassenstrukturen haben einen widersprüchlichen Charakter. Einerseits kommt es zu massiver Arbeitslosigkeit und sozialer Entwurzelung, vor allem unter den Arbeitskräften des ehemaligen Staatssektors. Auf der anderen Seite entsteht in raschem Tempo eine industrielle Arbeiterklasse auf technologischen und qualifikatorischen Grundlagen, welche denen entwickelter kapitalistischer Länder durchaus vergleichbar sind. Aufgrund einer wachsenden sozialen Polarisierung entstehen in großem Tempo sog. städtische »Mittelschichten« mit hoher Konsumorientierung. Sie profitieren am stärksten von der Zunahme der städtischen Einkommen, die deutlich über den schon hohen Raten des gesamtwirtschaftlichen Wachstums liegen

(zuletzt bei gut 13 %). Diese Schichten werden von der Partei explizit oder implizit als soziale Basis für die Modernisierung der Gesellschaft gesehen, was sich auch in der vor etwa zwei Jahren vollzogenen Öffnung der Partei für Unternehmer und private Manager ausdrückt.

Ein wesentlicher Grund für die relative politische Stabilität Chinas ist die hochgradige Differenzierung der arbeitenden Bevölkerung und der neu entstehenden industriellen Arbeiterklasse. Die Arbeiter in den niedergehenden Staatsbetrieben sind dabei nur eine, wenn auch politisch wichtige Gruppe. Die städtischen Arbeiter waren in ihren Lebensverhältnissen historisch deutlich besser gestellt als die Landbevölkerung. Allein das Leben in einem städtischen Umfeld mit zwar insgesamt relativ geringen, aber umfassenden und sicheren staatlichen Versorgungsleistungen (zumeist über die Betriebe) bildete ein relatives Privileg. Von 1955 bis etwa 1980 spiegelte dies die am sowjetischen Modell orientierte Industrialisierungspolitik wider, die auf einer Abschöpfung des landwirtschaftlichen Mehrproduktes zuungunsten der Bauern beruhte. Der überwiegende Anteil der Staatsbeschäftigten ist heute von Einbußen des Lebensstandards und Entlassungen bedroht, allerdings finden sich auch Belegschaftskerne, die von einer ›erfolgreichen‹ Umstrukturierung ihrer Betriebe profitieren können.

Die Spaltung zwischen Stadt und Landbevölkerung war in China seit den Nachkriegsjahren im System der Haushaltsregistrierung (*hukou*) verankert, das unmittelbar nach Gründung der VR China zur Kontrolle der durch Warlord-Herrschaft und Bürgerkrieg entstandenen Wanderungsströme sozial entwurzelter Bevölkerungsschichten geschaffen wurde. Es basiert auf dem Prinzip, dass die einzelnen Bürger am Ort ihres Familienhaushaltes gemeldet sind und nur dort ihre staatsbürgerlichen und sozialen Rechte (einschließlich Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und Schulbesuch) sowie ihre Parteimitgliedschaft wahrnehmen können. Eine Verlagerung der Haushaltsregistrierung an einen andern Ort – vor allem vom Land in die Stadt – ist nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen möglich. Arbeitsmigranten haben folglich am Ort ihrer Beschäftigung keine sozialen und staatsbürgerlichen Rechte, faktisch also ›Gastarbeiterstatus‹. Diese Position einschließlich der z.T. massiven ethnischen und kulturellen Diskriminierung definiert die Existenzbedingungen der etwa 150 Millionen Arbeitsmigranten – und ist auch ein Grund für das Nicht-Vorhandensein gewerkschaftlicher Vertretungen in den meisten Betrieben der Exportproduktion (Solinger 1999).

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden sozialen Spaltung der ›alten‹ wie der ›neuen‹ chinesischen Industriearbeiterklasse ist sozialer Widerstand unter den Lohnabhängigen relativ begrenzt geblieben. Insbesondere gegen die Folgen der Privatisierung von Staatsbetrieben sowie von Korruption und Missmanagement entstehen zahlreiche Proteste von Belegschaften, über deren genaues Ausmaß keine öffentlichen Informationen zugänglich sind. Demonstrationen und Protestaktionen entlassener Arbeiter sind heute in China ein alltägliches Bild, sie werden von den lokalen Behörden zumeist toleriert. Ausländische Medien berichten hierüber gelegentlich, Berichte über Misshandlungen von Arbeitern und kleinere Proteste finden sich aber auch immer wieder in chinesischen Lokalzeitungen.

Deutlichster Ausdruck dieser Entwicklung waren bisher die aufstandsartigen Protestbewegungen in den Schwer- und Ölindustriegebieten Nordostchinas, die im Frühjahr 2002 in den Städten Liaojang und Datsing zehntausende von Arbeitern wochenlang auf die Straße brachten. Diese Konflikte sind trotz ihrer zahlenmäßig erheblichen Dimensionen bislang regional beschränkt geblieben. Eine breite politische Bewegung gegen Privatisierungsmaßnahmen gibt es nicht (Chen/Leong 2006).

Auch im Privatsektor haben sich in den letzten Jahren Konflikte gehäuft. Sichtbar ist dies etwa in der Bauindustrie in den Großstädten, in der ähnlich wie bei uns heute überwiegend Subunternehmen mit Wanderarbeitern beschäftigt sind. Dem chinesischen Bauministerium zufolge sind ungefähr 30 der 38 Million Bauarbeiter des Landes Wanderarbeiter. Klagen über verspätete oder ausgebliebene Lohnzahlungen sind an der Tagesordnung. Seit einiger Zeit wird hierüber in den regionalen und nationalen Zeitungen ausführlich berichtet, offenbar auch als Reaktion auf spektakuläre Protestaktionen von Bauarbeitern, die sich auf Hochhausbaustellen an Kränen anketten oder mit Selbstmord drohten. Die Regierung in Peking hat inzwischen bekannt gegeben, dass etwa ein Drittel der landesweit umgerechnet etwa 17,5 Mrd. Euro an ausstehenden Lohnzahlungen im Baubereich auf staatliche Stellen entfallen (*South China Morning Post*, 27.8.2004).

Ausdruck der veränderten Lage ist auch die rasant gewachsene Zahl von Klagen bei den staatlichen Arbeitsgerichten. Vor allem in den kaum organisierten Privatbetrieben aller Größenordnungen benutzen Arbeiter die neuen rechtlichen Institutionen als Widerstandsvehikel, allerdings entstehen dabei selten längerfristige Zusammenhänge organisierter Aktion. Eine zunehmende Rolle spielen dabei Rechtsanwälte, Journalisten lokaler Medien und als NGOs auftretende Unterstützungsorganisationen, die Klagen von Arbeitern in der Öffentlichkeit vertreten (Chan 2001, Lee 2002).

Reform von Arbeitsrecht und Gewerkschaften: der institutionelle Rahmen der »harmonischen Gesellschaft«

Die mit der Weltmarktöffnung entstandenen sozialen Widersprüche versucht der chinesische Staat durch eine Abfederung des Beschäftigungsabbaus und den Aufbau eines (wenn auch bescheidenen) staatlichen Sozialsystems nach westlichem Muster im Zaum zu halten. Für die bei den Staatsbetrieben Entlassenen werden verschiedene Formen von Beschäftigungsgesellschaften und Umschulungsmaßnahmen angeboten, wie man sie zum Teil auch aus europäischen Ländern kennt. Die Leistungen sind zwar gering, der Umfang dieser Maßnahmen ist aber erheblich. So gab es nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit in der ersten Hälfte des Jahres 2004 1,96 Mio. Entlassungen in Staatsbetrieben (eine relativ geringe Zahl verglichen mit früheren Jahren). Davon seien 1,22 Mio. Beschäftigte in entsprechenden Maßnahmen aufgefangen worden (*Renmin Ribao*, 22.5.2005). Mit dem Aufbau eines staatlichen Systems der Renten- Kranken- und Arbeitslosenversicherung wird auf die Auflösung der Betriebe bzw. Arbeitseinheiten (*danwei*) als Träger der sozialen Versorgung reagiert. Das Ende der lebenslangen Beschäftigung und der daran geknüpften »Eisernen Reisschale« zwingt, die Sicherung der Reproduktionsgrundlagen der Arbeitskraft auf

den Staat bzw. die dafür neu geschaffenen Institutionen zu verlagern. Als Vorbild gilt dabei nicht zuletzt das Sozialversicherungssystem der BRD. Inzwischen wurden die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen für ein System geschaffen, das obligatorische Beiträge von Betrieben und Beschäftigten für staatlich kontrollierte Renten-, Kranken- und Arbeitslosenkassen vorsieht.

Bei der Umsetzung stellen sich indes gewaltige Probleme, etwa die Überführung und Absicherung betrieblicher Versorgungssysteme an den Staat (bei einer großen Zahl bankrotter Betriebe), die mangelnde staatliche Kontrolle über die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen in den Privatbetrieben, die fehlende Finanzbasis armer ländlicher Provinzen und die Benachteiligung von Migranten. Der Aufbau eines »Sozialstaates chinesischer Prägung« ist ein Projekt mit höchst unsicherem Ausgang, das überdies auf eine dauerhafte Fortsetzung des raschen Wirtschaftswachstums angewiesen ist. Schon jetzt ist das System massiv unterfinanziert. Die nationale Regierung muss für die durch Arbeitslosigkeit und schlechte Beitragszahlungsmoral der Betriebe entstandenen Verluste mit hohen Summen eintreten – nach neuesten Zahlen betragen die Ausgaben für die Sozialversicherung 15-20% des Staatshaushalts (*Renmin Ribao*, 17.9.2004).

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhältnis von Arbeitern und Management im Betrieb grundlegenden Veränderungen unterworfen. Im Zuge des Ausbaus »marktwirtschaftlicher«, durch Arbeitsverträge geregelter Arbeitsbeziehungen wurde in diesem Bereich die Schaffung bürgerlicher Rechtsverhältnisse vorangetrieben. Durch eine Reihe von Gesetzen wurden im Laufe der 1990er Jahre recht umfassende Garantien von Arbeitnehmerrechten im Betrieb geschaffen, welche die grundlegenden Aspekte des Arbeitsvertrages wie z.B. Rechtsgültigkeit, Kündigungen, Abmahnungen, Arbeitszeiten, Urlaubsansprüche, Arbeitssicherheit und Sozialversicherungsbeiträge regeln. Die darin festgelegten Standards entsprechen weitgehend denen entwickelter Industrieländer. Das Problem ist allerdings die Überwachung. Die Gesetze regeln überwiegend die individuellen Ansprüche des Lohnabhängigen, sind aber oft nur unbestimmt und vage hinsichtlich der kollektiven Institutionen zu deren Durchsetzung wie z.B. Tarifverträge und betriebliche Aktionsmöglichkeiten der Belegschaften (ausführlich dazu Geffken 2005).

Trotzdem ist mit dem Umbau der Rechtsbeziehungen am Arbeitsplatz ein grundlegender Umbruch in der Rolle der Gewerkschaften verbunden. Grundsätzlich sollen Gewerkschaften nicht mehr als Teil der Betriebsorganisation agieren, wie allgemein aus staatsbürokratischen Planwirtschaften bekannt, sondern als Interessenvertretung der Beschäftigten mit einer gewissen Eigenständigkeit gegenüber dem Management. Die Meilensteine auf diesem Weg waren die Gewerkschaftsgesetze der Jahre 1992 und 2001, mit denen betriebliche Gewerkschaftsvertretungen mit Mitspracherechten bei der Überwachung gesetzlicher Bestimmungen und ein Schlichtungssystem für betriebliche Beschwerdefälle geschaffen wurden. Seit 2001 können auch Tarifverträge auf betrieblicher Ebene abgeschlossen werden. Überbetriebliche Tarifverhandlungen existieren indes nicht, ebensowenig ein formal festgeschriebenes Streikrecht (dieses war 1982 in der Anfangsphase der Reformen aus der Verfassung beseitigt worden). Streiks sind durch das Gesetz weder verboten noch erlaubt, werden aber in der Praxis durch die zuständigen lokalen Regierungen meistens toleriert (Taylor u.a. 2003).

Innerhalb von Gewerkschaften und Partei ist umstritten, ob die Gewerkschaften weiterhin »gesellschaftliche Organisationen« oder »Interessenverbände« sein sollen (so die offiziellen Begriffe). Als Modelle zur Vermittlung dieses Widerspruchs und zur Sicherung »harmonischer Arbeitsbeziehungen« werden dabei nicht zuletzt Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft nach skandinavischem oder deutsch-österreichischem Muster angesehen. Das Gewerkschaftsgesetz von 2001 sieht z.B. eine starke, an die deutsche Betriebsverfassung erinnernde rechtliche Absicherung der betrieblichen Arbeitervertretung vor, die auch durch Freistellungen, Beitragszahlungen der Unternehmer und ein geregeltes innerbetriebliches Beschwerdeverfahren gestützt wird. Das Gesetz verpflichtet die Gewerkschaften indes ausdrücklich auf das Wohl des Unternehmens. Die ehemaligen staatssozialistischen Einheitsgewerkschaften bekommen damit den Status einer organisatorisch geschlossenen, aber berufsständisch und am Betriebsinteresse ausgerichteten Arbeitervertretung – vielleicht vergleichbar mit anderen asiatischen Industrieländern, namentlich Singapur, aber auch Taiwan oder Japan.

Die Gewerkschaften stehen allerdings vor massiven Problemen. Eine praktische Schwierigkeit bei der »von oben« vorangetriebenen Schaffung »normaler« Gewerkschaften liegt zunächst in der Gewinnung betrieblicher Kader und Aktivisten, wozu in vielen Bereichen seit etwa 2001 umfangreiche Schulungs- und Bildungsmaßnahmen abgehalten werden. Auch haben die betrieblichen Vertretungen keinerlei Erfahrungen mit der Aushandlung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen. Darüber hinaus stellt sich das Problem, wie die betrieblichen Arbeitsbedingungen in der Konkurrenz mit anderen Firmen und Standorten gesichert werden können – also die Frage nach betriebsübergreifenden Tarifverträgen und ihrer Durchsetzung auch mit den Mitteln des Arbeitskampfes. Ein nicht unerhebliches, aus neuerer deutscher Sicht durchaus vertrautes Problem ist das fehlende Interesse der Unternehmerseite an der Schaffung von Verbänden und Organisationen, die als Tarifpartner der Gewerkschaften auftreten könnten (Taylor u.a. 2003).

Faktisch beschränkt sich der Einfluss der chinesischen Gewerkschaften weitgehend auf ehemalige oder Noch-Staatsbetriebe. In weiten Bereichen der Privatwirtschaft, nicht zuletzt in den Weltmarktbetrieben des Ostens und Südostens sind Gewerkschaften faktisch nicht vorhanden. Hier stellt sich ähnlich wie in anderen Niedriglohnländern die grundsätzliche Frage, wie aus dem durchaus vorhandenen Widerstand der neu rekrutierten Arbeitskräfte Strukturen betrieblicher oder gewerkschaftlicher Selbstorganisation entstehen können – angesichts der enormen Ausmaße dieser Produktionssektoren eine Aufgabe, der die chinesischen Gewerkschaften mit ihren existierenden Strukturen wohl kaum gewachsen sind. Immerhin aber haben sie sich unter dem Druck der veränderten sozialen Verhältnisse und im Rahmen der Politik der Parteiführung für eine »harmonische Gesellschaft« seit 2004 offiziell auch den Wanderarbeitern geöffnet. Die Umsetzung dieser Politik fällt je nach Region sehr unterschiedlich aus. Während zum Beispiel die Zentralgewerkschaften in Guangshu, Peking oder Hangshu die Wanderarbeiter ausdrücklich als Mitglieder gewinnen möchten, ist dies in anderen zentralen Zielorten der Arbeitsmigration, etwa in Shenzhen, noch kaum Praxis.

Ausdruck der wachsenden Legitimationsprobleme der chinesischen Gewerkschaften sind sicherlich auch die in letzter Zeit begonnenen Versuche, bei namhaften multinationalen Unternehmen wie z.B. Kodak, Dell, Wal Mart oder Foxconn Betriebsgewerkschaften ins Leben zu rufen. Die jüngst geglückte Durchsetzung von betrieblichen Gewerkschaften in den chinesischen Filialen von Wal Mart ist hierfür exemplarisch. Der Allchinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) hatte entsprechende Forderungen seit 2004 erhoben, allerdings war von praktischen Aktivitäten lange nichts zu spüren. Unter dem verstärkten Druck von Partei und Regierung zu einer sozialverträglichen Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung und dem in letzter Zeit deutlich aggressiver gewordenen Auftreten transnationaler Unternehmen bezüglich der Reform von Arbeits-, Sozial- und Umweltschutzgesetzen in China mussten die Gewerkschaften ein Exempel statuieren (Chan 2006a). Beginnend in einer Filiale von Wal Mart in der Südprovinz Fujian wurden innerhalb von vier Wochen in allen der etwa 60 Filialen in China Gewerkschaften gegründet. Über die Entwicklung wurde in bisher beispielloser Aufmachung im Zentralorgan der Gewerkschaften berichtet. In einem programmatischen Artikel stellte der stellvertretende ACGB-Generalsekretär Xu Demin schließlich fest, der Organisationserfolg bei Wal Mart entspreche »den Gesetzen der von der KPCh eingeleiteten wissenschaftlichen Entwicklung der chinesischen Gesellschaft« (Gongren Ribao, 5.8.2006).

Ein Land, viele Systeme? Ausdifferenzierung der Arbeitspolitik

Obwohl mit der Gewerkschaftsgesetzgebung ein relativ klar definierter institutioneller Rahmen für die Entwicklung der industriellen Beziehungen geschaffen wurde, und trotz der zentralistischen Struktur der chinesischen Gewerkschaften ist die Praxis der industriellen Beziehungen in China von einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitspolitik (*politics of production*) auf der jeweiligen Ebene einzelner Unternehmen, Betriebe und Regionen gekennzeichnet. Die soziale Segmentierung der Lohnabhängigen spiegelt sich darin ebenso wider, wie die für den chinesischen Modernisierungsprozess typische Dezentralisierung der politischen Strukturen und der Wettbewerb zwischen lokalen Staats-, Partei- und Wirtschaftsapparaten. Der deutlichste Ausdruck dieser Dezentralisierung besteht wohl darin, dass es nicht annähernd so etwas wie industriegewerkschaftliche Strukturen auf der Ebene einzelner Branchen oder Sektoren gibt.

Die aus der realsozialistischen Epoche ererbte Ausrichtung gewerkschaftlicher Strukturen auf den einzelnen Betrieb (bei gleichzeitiger zentraler politischer Leitung; Lee 1986) macht sich vor dem Hintergrund der heute weitgehend abgeschlossenen privatwirtschaftlichen Restrukturierung der Wirtschaft in einer rasanten Auseinanderentwicklung der Praxisformen betrieblicher Arbeitspolitik und gewerkschaftlicher Repräsentanz geltend. Dabei stehen »marktwirtschaftlich gewendete« Formen realsozialistischen »Co-Managements« neben »modernerer« Formen der betrieblichen Sozialpartnerschaft, vor allem in Unternehmen mit westlicher oder japanischer Kapitalbeteiligung. Zugleich entsteht ein wachsender Sektor von gewerkschaftlich unorganisierten Bereichen, vor allem in den im Eigentum

von Kapital aus Hongkong oder Taiwan befindlichen Exportbetrieben. In diesen Bereichen finden sich auch Formen eines us-amerikanisch inspirierten Betriebspaternalismus, der in jüngster Zeit durch die Bemühungen multinationaler Konzerne ergänzt wird, bei ihren Zulieferern gewisse Praktiken der ›sozialen Unternehmensverantwortung‹ (*Corporate Social Responsibility*) einzuführen.

Diese Zerklüftung der arbeitspolitischen Landschaft lässt sich gut am Beispiel jener Region verdeutlichen, die gemeinhin als das Ursprungs- und Kernland der kapitalistischen Öffnung Chinas angesehen wird. Das sogenannte *Pearl River Delta* (PRD) in der südchinesischen, an Hongkong angrenzenden Provinz Guangdong, war Standort der ersten Wirtschafts-sonderzonen Shenzhen und Zuhai. Heute ist die Region das wohl größte zusammenhängende Industriegebiet der Welt mit etwa 20-25 Millionen Lohnabhängigen. Aus der einstigen ›Zonenrandgemeinde‹ Shenzhen mit etwa 20000 Einwohnern wurde eine Industriestadt mit über neun Millionen Einwohnern, etwa so groß wie Los Angeles. Die benachbarte Stadt Dongguan, das Zentrum der Montageindustrien, bringt es immerhin auf 7-8 Millionen Einwohner, davon etwa 5 Millionen Arbeiter, die überwiegend in Fabrikwohnheimen leben. Neben weiteren Millionenstädten – nicht zu vergessen Hongkong als historisches Sprungbrett der kapitalistischen Industrialisierung der Region – steht die traditionelle Metropole der Provinz, Guangshu (Kanton), die ebenfalls über eine große, stark diversifizierte Industriebasis mit ca. 3 Millionen Beschäftigten verfügt (vgl. Chen 2000).

Die Region hat aufgrund der massiven Konzentration von Niedriglohnbetrieben den Ruf eines gigantischen »Ausschweißungssystems« erlangt, um es mit einem Ausdruck von Marx zu sagen (MEW 23, 577). In der Tat findet sich hier Niedriglohnarbeit in einem Ausmaß wie wahrscheinlich an keinem anderen Ort in China. Die Montageindustrien der Bekleidungs-, Schuh- und Elektronikbranche sowie zahlreicher anderer Leichtindustrien beschäftigen fast ausschließlich Arbeitsmigranten, zumeist im Alter von 18-25 Jahren. Dabei gibt es zwar nach wie vor eine fast unermessliche Zahl von kleinen und mittleren Betrieben, vor allem im Eigentum von Unternehmern aus Hongkong, die zusammen etwa 10 Millionen Arbeiter beschäftigen. Allerdings ist der kleinunternehmerische *sweatshop* längst nicht mehr der beherrschende Betriebstyp der Montageindustrie. Dominierend sind vielmehr die oftmals sehr großen und vertikal integrierten Betriebe der Auftragsfertigung im Textil-, Schuh- oder Elektronikbereich, die zumeist für mehrere globale Marken wie Nike, Adidas, Hewlett-Packard oder Nokia auf einmal produzieren. In die Riege solcher Betriebe gehören zum Beispiel die aus Taiwan stammende Schuhfabrik Yue Yuen in Dongguan mit ca. 70000 Beschäftigten oder der Elektronik-Auftragsfertiger Foxconn, dessen »Foxconn-City« genannter Industriepark in Shenzhen mit zuletzt etwa 130000 Beschäftigten der wohl größte Elektronikbetrieb der Welt ist (vgl. Lüthje 2006).

In diesen Großbetrieben ist ein neues Modell tayloristisch organisierter Massenproduktion entstanden, für das die Verhältnisse im Elektroniksektor typisch sind. Die Arbeitsumwelt in den Betrieben der Kontraktfertigung ist modern, das technologische und fertigungsorganisatorische Niveau gleicht dem in entwickelten Industrieländern. Vorherrschend sind großvolumige, standardisierte Produktionsprozesse, die zunehmend durch spezialisierte Produkte mit kleineren Serien und Anlaufproduktionen

neuer Modelle ergänzt werden. Fließbandproduktion mit starker Segmentierung der Arbeitsvollzüge prägt das Bild – insbesondere in Bereichen der Handbestückung und -montage wie z.B. bei Handyschalen oder der Endfertigung von PCs, Computerdruckern und Spielekonsolen. Dies geht einher mit strikter personalisierter Kontrolle am Arbeitsplatz durch Vorarbeiter und Aufsichten. Die Löhne im Arbeiterbereich sind generell niedrig, etwa 50-80 Euro pro Monat. Hinzu kommen die betrieblichen Sozialleistungen, wie Kantinenessen und Wohnheimplatz, die zumeist als Zugabe zum Lohn gewährt werden. Überstunden sind die Regel, die Wochenarbeitszeit beträgt 50-60 Stunden, auch in Großbetrieben werden unter Verletzung bestehender gesetzlicher Vorschriften regelmäßig unbezahlte Überstunden geleistet.

Die insbesondere weiblichen Arbeitsmigranten werden im großen Stil durch staatliche und private Arbeitsagenturen aus weit entfernt liegenden armen Provinzen Inner-Chinas rekrutiert. Für diese Belegschaften werden die chinesischen Arbeitsgesetze nur in höchst selektiver Weise überwacht und durchgesetzt. Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen obliegt den städtischen Behörden, die im Interesse ihrer Investoren für eine hochgradige Flexibilität bei der Anwendung von Gesetzen und Regulierungen sorgen. Obwohl das Gesetz eine Präsenz von betrieblichen Vertretungen des ACGB in Unternehmen mit ausländischem Investitionskapital vorsieht, sind solche offiziellen Arbeitervertretungen in den EMS-Betrieben des *Pearl River Delta* so gut wie nicht vorhanden. In keinem der von uns untersuchten Großbetriebe existiert der gesetzlich vorgesehene betriebliche Tarifvertrag (ebd.). Zur Stabilisierung der betrieblichen Sozialbeziehungen werden Formen des modernen Betriebspaternalismus praktiziert, die von den gewerkschaftsfreien IT-Unternehmen der USA, namentlich in Silicon Valley, geborgt scheinen (Lüthje 2001). Dazu gehören z.B. die starke Betonung von »Unternehmenswerten«, der ausgedehnte Einsatz von Programmen des Qualitätsmanagements wie des japanischen-amerikanischen »Six Sigma«-Systems, die zuweilen extensiven betrieblichen Freizeitprogramme und die Einbeziehung von Clubs und Vereinen der Arbeitsmigranten in den Wohnheimen. Der größte EMS-Betrieb Südchinas verfügt über ein breitgefächertes Angebot von Läden und Restaurants auf dem Betriebsgelände, Fitnesscenter, Kino, Freizeiteinrichtungen bis hin zu aufwendig ausgestatteten Computerspielsälen und ein Cybercafe für die Angestellten sollen den zumeist aus ländlichen Verhältnissen stammenden Beschäftigten metropolitantes Lebensgefühl vermitteln (Lüthje 2006).

Ein völlig anderes Bild der industriellen Beziehungen bietet sich indes in Guangshu. In der traditionellen Metropole der Region – nach Shenzhen die nach Pro-Kopf-Einkommen reichste Stadt Chinas – findet sich eine breit diversifizierte Industriestruktur, die beherrscht wird von staatseigenen Betrieben, die die Privatisierung überlebt haben und zumeist massiv modernisiert werden. Hinzu kommen eine Reihe von größeren Gemeinschaftsunternehmen (*Joint Ventures*), namentlich im Automobilssektor mit den japanischen Unternehmen Honda und Toyota. Ausgedehnte neue Industriegebiete mit Betrieben der Exportproduktion existieren ebenfalls, allerdings herrscht nicht jene leichtindustrielle Monokultur vor, wie in den benachbarten Städten Dongguan und Shenzhen. Die Belegschaften in diesen

Betrieben sind überwiegend gewerkschaftlich organisiert. Die Zentralgewerkschaft von Guangshu hat 1,4 Millionen Mitglieder, was in etwa der Hälfte der Lohnabhängigen mit Wohnsitzregistrierung (*hukou*) in der Stadt entspricht. Von den 2 Millionen Wanderarbeitern in der Stadt sind inzwischen etwa 300 000 Gewerkschaftsmitglieder (Zahlen nach Angaben der Zentralgewerkschaft in Guangshu).

In den Betrieben mit einer etablierten gewerkschaftlichen Interessenvertretung herrscht ein eingespieltes Co-Management, das an die Rolle der Gewerkschaft im realsozialistischen *danwei* anknüpft. Gewerkschaft und Management sind oftmals eng verflochten mit den betrieblichen Organisationen der KPCh, gelegentlich auch in Personalunion. Diese Verhältnisse sind ganz besonders ausgeprägt in Flaggschiffbetrieben wie etwa den genannten Gemeinschaftsunternehmen mit japanischen Automobilunternehmen. Hier sind die gewerkschaftlichen Strukturen eingebunden in das ›japanische Modell‹ des betrieblichen Qualitäts- und Sozialmanagements, das sich auch in umfangreichen betrieblichen Weiterbildungsprogrammen und in geradezu luxuriös erscheinenden Freizeit- und Kultureinrichtungen der Betriebe manifestiert. In den meisten dieser Betriebe existieren inzwischen Kollektivverträge über Löhne, Bonuszahlungen und Arbeitszeiten, die regelmäßig zwischen Management und Gewerkschaften verhandelt werden. Die Lohnstandards gelten indes ausschließlich für die einzelnen Betriebe, es finden sich zum Teil erhebliche Differenzen in Löhnen und Gehältern zwischen den Betrieben gleicher Branchen (Interviews und Betriebsbesuche 2002-2006).

Besonders augenfällig wird der Kontrast zwischen solchen neuen Formen der ›post-sozialistischen Sozialpartnerschaft‹ und den gewerkschaftsfreien Montagebetrieben in den Nachbarstädten anhand der Situation in den Exportzonen. Der ausgedehnte, multinationale und chinesische Unternehmen umfassende *Guangzhou Economic Development District* wird in der chinesischen Presse als ein Modell eines industriellen Entwicklungsgebietes mit gewerkschaftlicher Vertretung dargestellt, in der die Gewerkschaft für harmonische Sozialbeziehungen Sorge (*China Daily*, 29.8.2006). In der Tat haben mehr als 60 Prozent der etwa 1 000 ausländischen Unternehmen Gewerkschaften, darunter so bekannte Namen wie Delphi, Mitsubishi Electric, Siemens VA Tech oder Thyssen-Krupp Edelstahl. Die Gewerkschaft hat eine eigene Distriktverwaltung für diese Industriezone eingerichtet, die die betrieblichen Gewerkschaften betreut. Der Vorsitzende der Bezirksgewerkschaft ist zugleich Mitglied der Parteileitung für die Industriezone. Die Gewerkschaft ist nicht zuletzt auch für die Betreuung der Wanderarbeiter zuständig. Sie betreibt zwei große Wohnkomplexe für etwa 7 000 Arbeiter, in denen von den Betrieben Wohnungen angemietet werden können. Es wird ein umfangreiches Programm der sozialen, rechtlichen und kulturellen Beratung und Betätigung für die auswärtigen Arbeiter angeboten. Diese können auch Mitglied von Gewerkschaft und Partei werden. In den Betrieben sind die Wanderarbeiter in die kollektivvertraglichen Regelungen von Löhnen und Arbeitszeiten eingebunden. Die Löhne liegen in vergleichbaren Betrieben bspw. der Elektronikmontage deutlich höher als in den Nachbarstädten des *Pearl River Delta* (Interviews und Betriebsbesuche 2006).

Forschungsfragen und Ausblick

Die geschilderten Merkmale des ökonomischen und sozialen Umstrukturierungsprozesses in China sind entscheidend für die Entwicklung der Widerspruchsdynamik zwischen Arbeit und Kapital wie auch des sich herausbildenden politisch-ökonomischen Regulierungstyps insgesamt. Alle Aspekte dieses Prozesses bedürfen einer theoretischen und empirischen Fundierung, für welche die traditionellen, zumeist auf die Realität der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas bezogenen Theorien der Plan-Markt-Transformation oft nur wenig beizutragen vermögen. Anschlusspunkte ergeben sich wohl eher in sozialwissenschaftlichen Debatten, bei denen es um den Aufstieg Chinas zu einer Exportmacht im Kontext der Umstrukturierungen des kapitalistischen Weltmarktes und seiner Hegemonialstrukturen geht (vgl. etwa Cho und Li in diesem Band, sowie Arrighi u.a. 2003).

Die arbeits- und industriesoziologische Forschung im Westen hat die komplexen Restrukturierungsprozesse im System der industriellen Beziehungen Chinas bislang weitgehend ignoriert. Fundierte Analysen liefert allerdings ein wachsendes Spektrum angelsächsischer Literatur zu China, das sich auf Probleme der Wanderarbeit und der *sweatshops* in der Exportproduktion spezialisiert hat, sowie eine Reihe kritischer chinesischer Autorinnen. Letztere beziehen sich z.T. auf einschlägige Diskussionen in der westlichen Politiktheorie. So wird bspw. die Rolle der chinesischen Gewerkschaften als Mittler der sozialen Widersprüche kapitalistischer Modernisierung als eine chinesische Variante korporatistischer Interessenregulierung interpretiert, die sich vom »Staatskorporatismus« zu einem in den Strukturen einer Marktgesellschaft verankerten »gesellschaftlichen Kporatismus« transformieren muss (Chan 1993). Die Übernahme wesentlicher Elemente sozialpartnerschaftlicher Regulierungsformen aus Japan oder Westeuropa werden als alternative Szenarien einer »Japanisierung« oder »Europäisierung« diskutiert (Chan 2006b). Dieser Position schließen sich zum Teil chinesische Wissenschaftler an, die den Begriff des Korporatismus eher normativ besetzen, also als eine gegenüber dem alten staatssozialistischen Modell zu bevorzugende Alternative (vgl. Feng 2005, Zhu 2005, Xu 2006). Demgegenüber heben andere auf die zunehmende Zerklüftung des institutionellen Systems der wirtschaftlichen und arbeitspolitischen Regulierung ab. Die Schaffung rechtlicher und politischer Normen zur Regulierung des Lohnverhältnisses wird als hilflose Reaktion des Staates auf die wachsenden, v.a. durch die Arbeitsmigration verursachten sozialen Widersprüche der chinesischen Gesellschaft interpretiert, die freilich von den Bündnissen lokaler Staatsapparate mit »ihren« in- und ausländischen Investoren permanent unterlaufen werden. Das in den Betrieben entstehende Produktionsregime wird in Anlehnung an Burawoy mit dem Begriff »desorganisierter Despotismus« bezeichnet (Lee 2002).

Für beide Thesen lassen sich Anhaltspunkte gewinnen. Allerdings beschreiben die aus dem westlichen Diskurs geborgten Analysen jeweils nur bestimmte Ausschnitte der gegenwärtigen Entwicklung. Ist der Begriff des Korporatismus vielleicht mit einiger Plausibilität auf die Verhältnisse in größeren Staatsbetrieben mit etablierten gewerkschaftlichen Strukturen anzuwenden, so lassen sich »despotisch« strukturierte

Produktionsregime v.a. in gewerkschaftlich weitgehend unorganisierten und unregulierten Bereichen wie etwa der Exportproduktion Südchinas oder der Bauindustrie verorten. Ernst zu nehmen ist der Einwand chinesischer Wissenschaftler, dass auch unter den Vorzeichen stabilisierter kapitalistischer Verhältnisse bis auf weiteres von einem prinzipiell staats-dominierten Typus industrieller Beziehungen auszugehen sei, der seine Langlebigkeit daraus beziehe, dass Gewerkschaften in China praktisch durch den nachrevolutionären Staat erst geschaffen wurden und Ansätze eigenständiger Arbeiterkontrolle in der Produktion historisch kaum existieren. Die Trennung von Gewerkschaften und Partei bzw. Staat würde durch die relativ schwache Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften und die ebenso fragmentierte Organisationslandschaft auf der Unternehmerseite behindert. Trilateralen Verhandlungsstrukturen fehlen deshalb wesentliche institutionelle Voraussetzungen; Widerstand der Lohnabhängigen artikuliert sich entweder individuell oder über Protestaktionen außerhalb des etablierten institutionellen Systems. Da mit einer ›von unten‹ entstehenden Selbstveränderung der Gewerkschaften in nächster Zeit nicht zu rechnen sei, komme es darauf an, über die bestehenden staatlichen Institutionen, wie z.B. den nationalen Volkskongress, entsprechende politische Diskussionen in der chinesischen Gesellschaft anzustoßen, v.a. bezüglich eines umfassenden Koalitions- und Streikrechts (vgl. Taylor u.a. 2003).

Wie immer man das Szenario der Entwicklungen der industriellen Beziehungen in China theoretisch verortet und einschätzt, ist klar, dass die wachsende Differenzierung der betrieblichen Produktionsregime ein entscheidendes Charakteristikum dieses Prozesses ist. Dies macht sich nicht nur in einer immer stärkeren Auseinanderentwicklung von Löhnen, Arbeitszeiten und Beschäftigungsbedingungen zwischen, aber auch innerhalb einzelner Industriezweige und Regionen geltend. Die äußerst unterschiedlichen Handlungsbedingungen in den Betrieben tragen wesentlich dazu bei, dass Protest- und Widerstandsbewegungen unter den Lohnabhängigen, auch wenn sie teilweise sehr militant geführt werden, auf einzelne Betriebe beschränkt bleiben. Sicher scheint nur, dass in allen diesen Bereichen eine starke Veränderungsdynamik am Werk ist. Angesichts der hohen Fragmentierung der chinesischen Arbeitspolitik ist davon auszugehen, dass grundlegende Auseinandersetzungen um die zukünftige Gestalt der industriellen Beziehungen im Wesentlichen auf der Ebene einzelner Betriebe und Branchen stattfinden. Hier stehen die traditionellen, staatsbetrieblichen Formen der Integration der Gewerkschaften in das Management neben den neuen, europäisch, amerikanisch oder japanisch beeinflussten Modellen einer Hochleistungs-Betriebsgemeinschaft neben den autoritär despotischen Regimes in unorganisierten Branchen. Auch der ›von oben‹ initiierte Neuaufbau von Gewerkschaften in ausländischen Unternehmen wie Wal Mart mag neue Modelle der betrieblichen Arbeitspolitik begründen, ebenso wie die von multinationalen Konzernen derzeit stark propagierten Programme der ›sozialen Unternehmensverantwortung‹ mit rudimentären Ansätzen einer unternehmensdominierten Interessenvertretung. Das Studium dieser Entwicklung dürfte einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung illusionärer Vorstellungen bezüglich der Perspektiven sozialistischer Theorie und Praxis der KPCh wie auch übertriebener Hoffnungen auf Massenwiderstand gegen den Neoliberalismus in China leisten.

Literatur

- Arrighi, Giovanni, Takeshi Hamashita u. Mark Selden (Hg.), *The Resurgence of East Asia*, London 2003
- Bello, Walden, »China at 50. A View from the South«, in: *Focus on the Global South 1999*, <http://focusweb.org>, 12.11.2006
- Bergmann, Theodor, *Rotes China im 21. Jahrhundert*, Hamburg 2004
- Chan, Anita, »Revolution or Corporatism? Workers and Trade Unions in Post-Mao China«, in: *Australian Journal of Asian Affairs*, Nr. 26, Jan. 1993, 31-61
- dies., *China's Workers Under Assault. The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*, Armonk 2001
- dies., »Organizing Wal Mart: The Chinese Trade Unions at a Crossroads«, in: *Japan Focus. An E-Journal on Japan and the Asia Pacific*, <http://japanfocus.org/>, 12.11.2006 (zit. 2006a)
- dies., »Wither China's Industrial System and Corporate Governance«, vorgetragen auf der *International Conference on Labor Relations and Labor Standards Under Globalization*, Institute of Labor Relations, Renmin University of China, Peking, 1.-2. April 2006, unveröff. Manuskript (zit. 2006b)
- Chen, John, u. Apo Leong, »Causes, Implementation and Consequences of »Xiangang««, in: *Asian Labour Update*, April-Juni 2006, 18-22
- Ernst, Dieter, u. Barry Naughton, »China's Emerging Industrial Economy: Insights from the IT-industry«, vorgetragen auf der *East-West Center Conference on China's Emerging Capitalist System*, Honolulu, Hawaii, 10.-12. August 2005, http://www.eastwestcenter.org/res-pr-detail.asp?resproj_ID=182, 12.11.2006
- Feng, Tongqing, »Social Transition and Positive Adjustments in the State Enterprise-Worker Relationship. A Case Study in Chinese Enterprise Worker Participation«, in: *Chinese Sociology and Anthropology*, 37. Jg., 2005, H. 2, 34f
- Geffken, Rolf, *Der Preis des Wachstums. Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht in der Volksrepublik China*, Hamburg 2005
- Hart-Landsberg, Martin, u. Paul Burkett, *China and Socialism. Market Reforms and Class Struggle*, New York 2005
- Harvey, David, *A Brief History of Neo-Liberalism*, New York 2005
- Hsing, You-tien, *Making Capitalism in China*, New York-Oxford 1998
- Hürtgen, Stephanie, Boy Lüthje, Wilhelm Schumm u. Martina Sproll, *Von Silicon Valley nach Shenzhen. Globale Produktion und Arbeitsteilung in der IT-Industrie*, Frankfurt-New York 2007 (im Erscheinen)
- Lee, Lai-To, *Trade Unions in China*, Singapore 1986
- Lee, Ching Kwan, »From the Specter of Mao to the Spirit of Law: Labor Insurgency in China«, in: *Theory and Society*, 31. Jg., 2002, 189-228
- Nee, Victor, u. Sijin Su, »Institutions, Social Ties, and Commitment in China's Corporatist Transformation«, in: John McMillan u. Barry Naughton (Hg.), *Reforming Asian Socialism*, Ann Arbor 1996, 70-103
- Solinger, Dorothy J., *Contesting Citizenship in Urban China. Peasant Migrants, the State, and the Logic of the Market*, Berkeley 1999
- Walker, Richard, »The Transition to Capitalism in China's Cities«, Vortrag für die *Association of Alternative Asian Geographers*, Taipei, 24.-27. Juni 2006, unveröff. Manuskript
- Taylor, Bill, Kai Chang u. Qi Li, *Industrial Relations in China*, Cheltenham 2003
- Xu, Xiaohong, »Guoji laogong fa yu zhongguo laodongzhe jiqi zushi«, vorgetragen auf dem *International Seminar on Labor Relations and Labor Standards Under Globalization*, Institute of Labor Relations, Renmin Universität, Peking, 1.-2. April 2006, unveröff. Manuskript
- Zhu, Fei, *Gaokeqi qiye guyong guanxi biange tezhen yanjiu – yi Zhongguancun gaokeqi yuanqu qiye weili*, unveröff. Dissertation, Renmin Universität, Peking 2005

Rolf Geffken

Transformation und Recht in China

Die Frage nach der Rolle des Rechts im Prozess der Transformation Chinas setzt voraus, dass in den gegenwärtigen Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundsätzlich eine Umwandlung gesehen wird. Eine solche Sichtweise entspricht nicht der Einschätzung der politischen Führung Chinas, die immer noch von einer bloßen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ausgeht, nicht aber von einer Transformation des sozialistischen in ein kapitalistisches Gesellschaftssystem. Vielmehr würden in der »sozialistischen Marktwirtschaft« Privatkapital und staatliche Unternehmen gleichermaßen die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus schaffen, der allerdings zurzeit nicht auf der Tagesordnung stünde. Doch diese These ist mit der Realität der sozialen Auseinandersetzungen in China schwer vereinbar. Diese fast immer spontanen, ja eruptiven Konflikte nehmen kontinuierlich zu und hängen mit den wachsenden Einkommensdisparitäten und dem Gegensatz zwischen Stadt und Land zusammen. Gerade nach den marxistischen Kriterien von Basis und Überbau darf bezweifelt werden, ob ein derart ins Wanken geratener Überbau noch in der Lage ist, die gesellschaftliche Entwicklung in eine andere als die vom Privatkapital gewünschte Richtung zu treiben.

Dennoch widerspreche ich der These vom Marsch Chinas in den Manchester-Kapitalismus. Denn die zahlreichen Erscheinungen sozialer Ungleichheit, die daraus resultierenden Konflikte und der »Verkauf von Macht« (Heberer) durch politische Kader im Rahmen der Privatisierung offenbaren nicht das ganze Wesen des jetzigen Prozesses. Die chinesische Transformation unterscheidet sich grundlegend von derjenigen osteuropäischer Staaten oder Russlands. Besondere Merkmale sind der latente Konflikt zwischen Zentralstaat und Regionalregierung ebenso wie die wachsende Rolle makroökonomischer Steuerung bei gleichzeitigem Aufbau sozialstaatlicher Strukturen.

Es liegt kein einheitlicher gesamtstaatlicher Transformationsprozess vor. Dies hat erhebliche Bedeutung für die Einschätzung der Rolle des Rechts im jetzigen »Modernisierungsprozess« und für die Fragestellung, ob und inwieweit dem Recht eine durchaus eigenständige Funktion in der Gestaltung dieses Prozesses zukommt. Mit dieser Frage ist zugleich zu klären, ob das Recht selbst einer »Transformation« unterliegt und ob dieses eine Steuerungsfunktion für den staatlichen Überbau wahrnehmen kann.

Das Recht im maoistischen China

In der Revolution von 1949 wurden explizit alle Gesetze der Kuomintang-Regierung abgeschafft. An die Stelle des normierten Rechts traten nur teilweise neue Gesetze. Zahlreiche Lebensbereiche wurden ausschließlich durch »Politnormen« ersetzt, d.h. von Organen der Partei propagierte Beschlüsse und Richtlinien, zum Teil sogar

durch »Weisungen« des Parteivorsitzenden. Die Geringschätzung des normierten Rechts und die Relativierung des positivierten Rechts dauerten praktisch bis zum Tode Maos an. Allerdings mit der Besonderheit, dass in der Spätphase der Kulturrevolution selbst die Parteiorganisation keine Weisungsbefugnisse mehr besaß. Im Jahr 1970 bekannte Mao in einem berühmten Interview mit Edgar Snow: »Ich bin ohne Gesetz und ohne Himmel« (zit.n. Senger 1994, 27) und bestätigte damit den Willkürcharakter seiner Herrschaft.

Zwar schuf die Verfassung von 1954 die Voraussetzungen für eine umfassende Verrechtlichung der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen. Doch diese stoppte mit der Politik des »Großen Sprungs« in den 50er Jahren. Die Arbeit an Entwürfen eines Zivilgesetzbuches, eines Strafgesetzbuches und anderer Kodifikationen wurde eingestellt. In der »Rechtsabweichlerkampagne« 1957 wurden Hunderttausende verfolgt, mit Berufsverbot belegt und in Arbeitslager verschleppt. Berühmte Rechtswissenschaftler wie z.B. Huang Shaodong, die die Politisierung des Rechts und seinen Mangel an Wissenschaftlichkeit kritisiert hatten, brandmarkte man als »Reaktionäre« (Heuser 2002, 27). Das »Klassenstatussystem« aus der Zeit der Revolution von 1949 wurde reaktiviert und grenzte Millionen von Chinesen als Grundbesitzer, reiche Bauern, Konterrevolutionäre, schlechte Elemente oder einfach nur »Rechte« aus. Es stigmatisierte diese über die Kader- und Personalakten als rechtlos.

Bis zuletzt hatten sich Liu Shaoqi, Li Lisan und viele andere gegen die sektiererische Politik einer Geringschätzung des Rechts gewandt. Doch ohne Erfolg. Selbst der damalige Staatspräsident Liu wurde von den Roten Garden erniedrigt, gefoltert und aus dem Amt gejagt. Das höchste Gesetzgebungsorgan, der Nationale Volkskongress, stellte seine Arbeit ein. Juristische Fakultäten wurden geschlossen. Juristische Fachzeitschriften erschienen nicht mehr. An die Stelle des normierten Rechts traten vor allem »Weisungen des Vorsitzenden«. Da damit jedoch Alltagsfälle nicht zu lösen waren, kam es zu einer »Verpolizeilichung« des Strafrechts und zur fast vollständigen Ersetzung des Zivilrechts durch Schlichtungsstellen. Es fand im großen Stil eine Entprofessionalisierung der Justiz statt, die bei manchen europäischen Altlinken sogar noch nach Beginn der sog. Modernisierungsphase Zuspruch fand.¹

Während das Recht zunächst durch justizielle Willkür ersetzt wurde, kam es später selbst zur Abschaffung der Justizorgane. Die Roten Garden ersetzten die Rechtsprechung durch bloßen Terror, dem Millionen unschuldiger Menschen zum Opfer fielen. Auch hier hatte ein Aufruf Maos, die »Gongjianfa« (Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte) zu zerschlagen, den Ausschlag gegeben. Rechtsanwälte gab es seit 1958 ohnehin nicht mehr. Soweit es danach überhaupt noch eine »Rechtsprechung« gab, übernahm die Volksbefreiungsarmee deren Koordinierung offiziell bis ins Jahr 1973. Aus dieser Zeit stammt das Phänomen, dass ältere Richter oft pensionierte Militärkader sind, die über keinerlei (voll)juristische Ausbildung verfügen.

1 So hat für Oskar Negt die Abschaffung der organisierten Rechtsanwaltschaft im Jahre 1958 durchaus »einen Sinn, wenn Verteidigung ohnehin nicht auf das Einklagen formaler Rechtspositionen konzentriert ist, sondern auf das öffentliche Geltendmachen von konkreten Lebenssituationen, in die der Rechtsbruch eingebunden ist« (1988, 512).

›Regieren mit Gesetzen‹ im Modernisierungsprozess

Das heute in China viel beschworene Trauma der Kulturrevolution ist zugleich Ausdruck einer völligen Abwesenheit des Rechts. Mindestens diese Lehre wurde in China aus der Vergangenheit gezogen: Nie wieder Willkür – Nie wieder Politik ohne Recht! Die von Deng Xiaoping ausgegebene Losung, es müsse »Gesetze geben, an die man sich halten kann und muss« und die streng durchzusetzen seien, trifft auch im heutigen China auf breiten gesellschaftlichen Konsens (zit.n. Heuser 2002, 156). Es ist richtig, dass die »Rückkehr des Rechts« einher ging mit der von Deng eingeleiteten Politik der »Öffnung und Modernisierung«, die jedoch einer Eigenlogik unterlag. Wenn es im KP-Programm von 1982 heißt, keine Organisation und kein Individuum genieße das Privileg, Verfassung und Gesetz zu überschreiten, so wird damit neben der Frage, wohin Modernisierung oder Transformation führen, die tiefe historische Zäsur gegenüber der maoistischen Vergangenheit deutlich: Recht geht vor Personen-herrschaft, Gesetze gehen vor bloße Politik. Damit ist der Primat des Politischen zwar nicht abgeschafft, aber Bestandteil des Normensystems. Politischen Entscheidungen der Partei kommt deshalb nur dann die Bedeutung einer Rechtsquelle zu, wenn diese Entscheidungen selbst im juristischen Normensystem verankert sind.

Gleichwohl kommt in der spezifischen Situation Chinas mit der Politik der Öffnung dem Recht eine entscheidende Bedeutung zu. Die Funktion des Rechts in diesem Prozess dürfte in einem nicht unbedeutenden Maße Antwort auf die Frage geben, ob und inwieweit der Prozess der Modernisierung zu einer Transformation von Ökonomie und Gesellschaft führen soll oder führen wird. Mit dem vom XIV. Parteitag der KP 1992 eingeführten Grundprinzip der »sozialistischen Marktwirtschaft« werden dem Rechtssystem neue Aufgaben zugewiesen. Gesetzgebung und Justiz sind danach ein durch Partei und Staat geformtes Instrument der Modernisierung (Heuser 2002, 173). Maßgeblich unterstützen sie die Realisierung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Reformen. Diese Veränderungen sichern marktwirtschaftliche Strukturen ab und dienen der makroökonomischen Steuerung, der sozialen Absicherung sowie der Gesetzgebungsplanung.

Das Ziel einer Gesetzgebungsplanung war Ergebnis eines längst eingeleiteten Prozesses der Rechtsmodernisierung. Danach sollten nicht perfekt formulierte Gesetzeskodifikationen angestrebt werden, wohl aber eine Vielzahl »vorläufiger Regelungen«, die in einer bestimmten Frist überprüft und dann in dauerhafte Gesetzesbestimmungen überführt werden sollten. Tatsächlich wurde nach dieser »Versuchs-und-Irrtums-Methode« zunächst in den Wirtschaftssozialzonen des Südens und der Küste, später auch landesweit verfahren (Senger 1994, 165). Die dabei erzielten Erfahrungen gingen in das »Gesetzgebungsgesetz« im Jahre 2000 ein. Für Gesetze werden in bestimmten Zeitabständen Vollzugsuntersuchungen durchgeführt. Entscheidend ist dabei, dass dem Recht eine instrumentelle Funktion im Modernisierungsprozess im gesamtstaatlichen Interesse zugewiesen wird.

Umsetzungsdefizite im Recht ergeben sich vor allem aus dem konkreten Verhältnis von Regionalregierungen (Städte, Kreise, Provinzen) und dem Zentralstaat in Peking. Dieses ist zwar eigentlich in der Verfassung eindeutig geregelt, zentralstaatliche

rangieren vor regionalen Gesetzen und Vorschriften. Doch es gibt eine faktische Konkurrenz beider Ebene, die bisweilen auch von den Gerichten nicht eindeutig zugunsten der Zentralgewalt gelöst wird. So haben beispielsweise Behörden und Gerichte in einigen Regionen im Arbeitsrecht strengere regionale Bestimmungen als vorrangig eingestuft und dies mit einer Art »Günstigkeitsprinzip« für die Arbeiter begründet (Geffken 2005a, 73). Was in diesem Fall mehr rechtliche Effizienz bedeutet, bewirkt regelmäßig in anderen Bereichen das Gegenteil. Es entsteht mitunter ein Vollzugsdefizit, wenn Ausführungsbestimmungen zu nationalen Gesetzen fehlen oder das Gesetz selbst aus der Sicht der Regionalregierung als »investitionsfeindlich« eingestuft wird. Vor allem ist die Verwaltung in den Regionen wesentlich stärker und nachhaltiger von vielfältigen Erscheinungen der Korruption geprägt als die zentralstaatliche. Nicht zuletzt wird auch die fiskalische Anbindung der Justiz an die Regionalhaushalte als massive Beeinträchtigung justizieller Unabhängigkeit eingeschätzt. Tatsächlich spiegeln das Übergewicht der Regionen und die immer wieder auf faktische Grenzen stoßende zentralstaatliche Gewalt den konkreten Verlauf des Modernisierungsprozesses wider. Dieser begann nämlich zunächst in einigen Regionen und dort sogar nur in bestimmten Wirtschaftszonen. Die gesetzlichen Grundlagen dieses Prozesses waren vielfach ohne Abstimmung mit der Zentralregierung erfolgt. Regelmäßig segnete diese aber das Vorgehen nachträglich ab und trug so zu einer dauerhaften »Legalisierung« des Übergewichts regionaler Kompetenzen bei (Geffken 2005a, 44f; 1999, 691f).

Rechtssituation und Funktionswandel juristischer Normen

Nach der »rechtsnihilistischen« Anfangsphase der Volksrepublik gab diese sich nach einer relativen Konsolidierung im Jahre 1954 ihre erste Verfassung. Es folgten drei weitere Verfassungen. Darunter war die sog. »Mao-Verfassung« aus dem Jahr 1975, die versuchte, dem Chaos der Kulturrevolution einen juristischen Ausdruck zu geben. An zahlreichen Stellen schrieb sie die Unterdrückung »übler Elemente« fest, enthielt diesen politische Rechte vor (Art. 14) und proklamierte die »allseitige Diktatur über die Bourgeoisie« (Art. 12).

Wie das deutsche Grundgesetz enthält die mehrfach ergänzte und heute noch gültige Verfassung von 1982 sowohl die Festlegung der staatlichen Struktur und der Kompetenzen der Staatsorgane wie auch einen Grundrechtskatalog. Umfangreicher fällt allerdings die Präambel aus, die weiterhin die »Führung der Kommunistischen Partei Chinas [...] angeleitet durch den Marxismus-Leninismus, die Mao-Tse-tung-Ideen, die Theorien Deng Xiaopings und die grundlegende Idee der drei Repräsentationen« festlegt. In diesen ist zugleich der Spagat zwischen »sozialistischem Weg« und »der Reform und Öffnung« angelegt. Die Institutionen sollen vervollkommen werden, zugleich aber soll die sozialistische Marktwirtschaft entwickelt werden. Für lange Zeit werde sich das Land »im Anfangsstadium des Sozialismus« befinden.

Während der Boden in den Städten Staatseigentum bleibt (Art. 10), wird seit 2004 das »gesetzmäßige private Eigentum der Bürger« für unverletzlich erklärt. Privateigentum ist danach also nicht nur zulässig, sondern staatlich geschützt. Im Zusammenhang

mit der geplanten Verabschiedung eines neuen Sachenrechtsgesetzes entlud sich die ganze Skepsis eines großen Teils der chinesischen Öffentlichkeit gegenüber dieser Entwicklung. Die Kritik Gong Xian Tians, Professors für marxistische Rechtstheorie, das Gesetz verstoße gegen die Verfassung, verletze sozialistische Prinzipien und werde die wachsende soziale Ungleichheit zementieren, fand massive Unterstützung und bewirkte, dass der Nationale Volkskongress es im März 2006 nicht, wie vorgesehen, verabschiedete. Der Entwurf wurde daraufhin zurückgezogen (FAZ, 3.3.2006)

Die in der Verfassung verankerten Grundrechte reichen teilweise weiter als etwa diejenigen des deutschen Grundgesetzes. Das gilt für das Recht auf Arbeit (Art. 42) ebenso wie für das Recht auf Bildung (Art. 46) und das Recht auf Erholung (Art. 43). Allerdings werden die Grundrechte vielfach nicht auf der gesetzlichen Ebene umgesetzt. So gibt es in China bis heute keinen rechtlichen Anspruch auf Mindesturlaub. Hinzu kommt, dass die Grundrechte nicht einklagbar sind. Die Bürger dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte die »Interessen des Staates, der Gesellschaft und des Kollektivs« nicht verletzen. Es handelt sich demnach um eine extrem weit gezogene Grenze, die das Grundrecht im praktischen Einzelfall leerlaufen lässt. Die Grenzen von Grundrechten ergeben sich auch aus dem Funktionswandel juristischer Normen. So bedeutet etwa die Beibehaltung des Staatseigentums an Grund und Boden in den Städten keineswegs, dass die Interessen einzelner Bürger besser als diejenigen von Großinvestoren geschützt seien. Das Gegenteil ist richtig. Das Hauseigentum ist vom Grundeigentum getrennt. Nutzungsrechte können veräußert werden. Entschädigungslose Masseneignungen kleiner Hausbesitzer bei gleichzeitiger Maximalrendite für Großinvestoren sind die Folge eines solchen – scheinbar »sozialistischen« – Rechtsprinzips.

Den größten Grad der Anpassung an westliche Rechtsstandards erreicht das chinesische Recht zweifellos im Zivilrecht und mitunter im Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht. Die »Allgemeinen Grundsätze des Zivilrechts« (AGZR) übernehmen kontinentaleuropäische Rechtsprinzipien, vor allem des deutschen BGB. Ähnliches gilt z.B. für das Wertpapierrecht. Auch in diesem Bereich führt der Funktionswandel alter sozialistischer Rechtsprinzipien bisweilen zu einem unverhältnismäßigen Vorteil des wirtschaftlich mächtigeren Gegners. Vor dem Inkrafttreten der AGZR war die chinesische Rechtswissenschaft davon ausgegangen, dass die »Persönlichkeit« nicht kommerzialisiert werden dürfe. Bei Körperschäden konnte deswegen kein »Schmerzensgeld« verlangt werden (Ningjun/Simon 2001, 69ff). Auch dies führte unter marktwirtschaftlichen Bedingungen direkt zu einer Schlechterstellung des wirtschaftlich unterlegenen Kontrahenten. Inzwischen wurden solche Tendenzen weitgehend durch die Rechtsprechung korrigiert. Trotzdem kann immaterieller Schadensersatz nur im Falle schwerwiegender Rechtsfolgen geltend gemacht werden, wobei bezeichnenderweise der vermeintliche Ersatz auch »Trostgeld« heißt und je nach regionalem Lebensstandard unterschiedlich bemessen ist (Reim 2001, 182ff).

Eine institutionelle Einschränkung bei der justiziellen Rechtsverfolgung des Bürgers stellt das Verfahren zur Zulassung von Klagen dar. Nachdem seit 2001 zahlreiche chinesische Anleger gegen börsennotierte Gesellschaften geklagt und

auch von einigen Instanzgerichten Recht bekommen hatten, entschied das Oberste Volksgericht im September 2001, dass Klagen von Anlegern »vorläufig nicht zulässig« seien. Schließlich ließ es einen Teil zu, koppelte aber wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Klagen an die Existenz von Verwaltungsanktionen gegen die verklagten Gesellschaften (Pißler 2003). Damit wurde dem Zivilrecht, das von der prinzipiellen Gleichberechtigung der Kontrahenten gekennzeichnet ist, ein öffentlich-rechtliches Element eingefügt. Staatliche Kontrolle soll Vorrang vor zivilrechtlicher Rechtswahrnehmung haben. Theoretisch ließe sich schlussfolgern, dass darin ein Vorrang makroökonomischer Steuerung zum Ausdruck komme. Praktisch bedeutete dies jedoch eine Übervorteilung des wirtschaftlich Stärkeren, wobei nicht übersehen werden darf, dass hier zugleich die Grenze zur Wirtschaftskriminalität überschritten wurde.

Wesentlich weitreichender ist der Einfluss der Verwaltung auf Firmengründungen und Unternehmensinvestitionen. Vielfach wird übersehen, dass die Gründung einer Firma in China noch keineswegs »frei« im westlichen Sinne ist. In Deutschland kann die Verwaltung über die Erteilung von Gewerbescheinen keine »Steuerung« wirtschaftlicher Aktivitäten vornehmen. Umgekehrt herrscht in China das System des »Verbots mit Erlaubnisvorbehalt« (Heuser 2006, 201). Die Gründung muss nicht nur registriert, sondern auch staatlich genehmigt sein. Das gilt für ausländische Unternehmen ebenso wie für inländische. Damit hat die Verwaltung prinzipiell ein Instrument ökonomischer Steuerung auf lokaler Ebene in der Hand. Allerdings wurde im Gesellschaftsgesetz, im Partnerschaftsunternehmensgesetz und im Gesetz über Einzelpersonen kapitalisierter Unternehmen festgelegt, dass die Verwaltungsgenehmigung »gebunden« sei, also nicht mehr dem freien Ermessen der Behörde unterliege. Entspreche der Antrag dem Gesetz, so müsse ihm grundsätzlich stattgegeben werden. Dadurch wird der Privatunternehmer in die Lage versetzt, nach dem Verwaltungsprozessgesetz Klage gegen die Wirtschaftsverwaltungsbehörde zu erheben, falls der Antrag abgelehnt wird. Dieses Recht von Kapitaleignern macht Verwaltungsverfahren transparenter und berechenbarer. Besitzt die Verwaltung – was auf lokaler Ebene meist der Fall ist – kein Interesse an einer aktiven Wirtschaftspolitik, so bedeutet die Verwaltungsmacht aber zugleich auch ein Einfallstor für Korruption. Der »restsozialistische« Gehalt der Bestimmungen kann sich auch hier »kapitalorientiert« auswirken. Zwar nicht im Sinne der Investoren, wohl aber im Sinne derer, die über den »Verkauf von Macht« selbst wirtschaftlichen Einfluss erlangen wollen. Sofern das Gesetz derartige Praktiken für justiziabel erklärt, können Entscheidungen vor Gericht angegriffen werden. Dies ist allerdings nicht der Allgemeinfall.

So begegnet der »einfache Bürger« immer wieder Verwaltungsentscheidungen, die er nicht vor Gericht bringen kann. Umgekehrt kommt der Verwaltung eine umfassende Disziplinierungsfunktion zu, die bei aufbrechenden sozialen Konflikten und Unruhen zum Einsatz kommt. Dies gilt vor allem für das System der Verwaltungsstrafen. So können Verwaltungsbehörden und damit auch die Polizei Freiheitsstrafen verhängen. Bis vor kurzem waren wegen minimaler Delikte (Prostitution, Verstoß

gegen die Registrierungspflicht, Teilnahme an unerlaubten Versammlungen) bis zu 4 Jahre Arbeitslager als Verwaltungsstrafe üblich. Die Höchstdauer wurde zwar jetzt auf 2 Jahre begrenzt. Das System der Arbeitslager dauert jedoch fort und ist Bestandteil eines umfassenden Disziplinierungs- und Sanktionssystems. Zu den sanktionierten Normen gehören auch Verstöße gegen die nach dem Hukou-System bestehende Registrierungspflicht aller Bürger. Hiervon sind hauptsächlich die Arbeitsmigranten betroffen, deren Zahl auf etwa 150 bis 200 Millionen landesweit geschätzt wird. Ohne Registrierung besitzen sie fast keine bürgerlichen Rechte. Diese Menschen werden so als »Illegale« im eigenen Land verfolgt. Tatsächlich weckt es Erinnerungen an das von Karl Marx beschriebene System der englischen Blutgesetzgebung gegen die vagabundierenden Landlosen (MEW 23, 741 ff). Hier wie dort besteht ein Prozess »ursprünglicher Akkumulation«, innerhalb dessen Menschen von ihrem Land faktisch vertrieben und in das Korsett der Lohnarbeit gepresst werden (Geffken 2005a, 53; Nolan 2004, 61).

Strafrecht und Todesstrafe

Der repressive Charakter des öffentlichen Rechts setzt sich im Strafgesetzbuch von 1979 fort. Die Kodifizierung des Strafrechts war bereits ein historischer Fortschritt gegenüber der Mao-Ära. In dieser Epoche gab es weder ein Strafgesetzbuch noch ein reguläres Strafrecht. Es existierten zeitweise keine Staatsanwaltschaften oder gar Rechtsanwälte (Maier 2005, 53ff). Zentrale Strafsanktion war die Todesstrafe. Darin folgte die Kulturrevolution den Methoden während der Bodenreform Anfang der 50er Jahre, deren Todesopfer auf zwischen 800 000 und 200 Mio. geschätzt wird (56). Bereits damals erfüllte die Todesstrafe die Funktion der »Entladung des Volkshasses«, wobei »Verfahren« und »Vollzug« zumeist in Massenveranstaltungen ritualisiert und zelebriert wurden. Das Paradoxon: Während es für die Bestrafung der »Konterrevolutionäre« in speziell dafür geschaffenen Bestimmungen eine Rechtsgrundlage gab, fehlte lange Zeit eine solche für die Bestrafung »normaler Krimineller«.

Mit der Einleitung der Politik der »Öffnung« wurde dem bisherigen Rechtschaos zwar auch im Strafrecht Einhalt geboten. Doch führte dies keineswegs zu dessen »Liberalisierung«, wie sie etwa Mitte der 50er Jahre von Liu Shaoqi gefordert wurde (55). Im Gegenteil: Das Strafrecht und auch die Todesstrafe wurde von Deng Xiaoping zum entscheidenden Mittel der Kriminalitätsbekämpfung erklärt. So kam es Mitte der 80er Jahre sogar zu dessen Verschärfung als er erklärte: »Exekutionen sind ein unerlässliches Mittel der Erziehung. Heutzutage ist die Todesstrafe im Allgemeinen nur für Mörder vorgesehen. Was ist aber mit denen, die andere schwere Straftaten begangen haben?« (zit. 64) Der Unterschied zur Mao-Ära war also, dass die schärfste Sanktion des Strafrechts nicht nur oder in erster Linie gegen »Konterrevolutionäre«, sondern gegen »Schwerstkriminelle« eingesetzt wurde. Beide Systeme waren weit entfernt von jeder Art der »Resozialisierung«. Vielmehr steht im chinesischen Strafrecht die Idee der Abschreckung durch harte Strafen im Vordergrund. Bei aller gebotenen Zurückhaltung

gegenüber Analogien zum alten China lässt sich nicht leugnen, dass diese Art des Strafens auf historische Wurzeln zurückgreifen kann. Tatsächlich bestand das Recht im alten China nur aus dem Strafrecht (Heuser 2002, 90; Senger 1994, 20).

Als »schwere Straftaten« gelten inzwischen auch Korruption, Betrug mit Mehrwertsteuerquittungen, Zollvergehen, Schmuggel, Drogenkriminalität, ja sogar Diebstahlsdelikte, Anstiftung zu Prostitution und Entführung in Verbindung mit Menschenhandel. Dabei wird das harte Strafrecht nicht dem Zufall einzelner richterlicher Entscheidungen überlassen. Vielmehr werden in gezielten Kampagnen, z.B. in der Kampagne »Yanda« (harte Schläge) klare Erwartungen an die Justizorgane geäußert (Geffken/Bornemann 2005, 22). Es steht außer Frage, dass diese auch die richterliche Unabhängigkeit einschränken.

Selbst wenn die Verfolgung oppositioneller oder »konterrevolutionärer« Kräfte nicht mehr im Zentrum staatlichen Strafens steht, so hat das politische Strafrecht gleichwohl nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Politische Ausgrenzung und Unterdrückung werden jetzt durch die Justiz vollzogen. Wenn die Verfolgung nun berechenbarer geworden ist, bedeutet dies nicht, dass sie weniger effizient sei. Der Vorwurf, der gegenüber dem chinesischen Recht erhoben wird, dieses sei bisweilen nur eine weiche Gesetzgebung, d.h. es werde nicht oder nur begrenzt vollzogen, gilt kaum für das Strafrecht. Dessen Disziplinierungscharakter wird an zwei Punkten deutlich: Zum einen an der weiterhin bestehenden Möglichkeit von Gesetzesanalogien, also der Verurteilung aufgrund von nicht fixierten, sondern judiziell geschaffenen »ähnlichen« Tatbeständen. Zum anderen an der vagen Formulierung vieler vor allem politisch motivierter Straftatbestände, wie »konterrevolutionäre« Straftaten, »rüpelhaftes Verhalten«, »gesellschaftsschädliches Verhalten«, oder »Geheimnisverrat«.

Welche Blüten die offizielle Definition der Begriffe »konterrevolutionär« bzw. »reaktionär« treiben kann, zeigt auch der Fall von elf Seeleuten, die auf einem Schiff griechischer Flagge arbeiteten und in Italien die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) um Hilfe ersucht hatten, weil ihnen die Heuern nicht ausbezahlt wurden. Nach ihrer Rückkehr nahm man sie fest und inhaftierte sie wegen des Verrats von »Staatsgeheimnissen« für mehr als ein Jahr (Chen 2002, 5). Die Behörde, die für den Einsatz chinesischer Seeleute im Ausland zuständig ist, zwang diese darüber hinaus eine Standardvereinbarung zu unterzeichnen, wonach sie keinen »Kontakt mit der Internationalen Transportarbeiterföderation oder anderen reaktionären Organisationen« haben dürften (ebd.). Hier zeigt sich, dass im Alltag des politischen Strafrechts die Begriffe »konterrevolutionär« oder »reaktionär« bisweilen zu Worthülsen verkommen sind, die nur noch dem Erhalt bestehender politischer und wirtschaftlicher Strukturen dienen.

Zwar sind in der Verfassung (Art. 111) noch Reste des »gesellschaftlichen Modells« der Konfliktschlichtung verankert. Doch steht diese Art der Sanktionierung von Rechtsverstößen inzwischen eindeutig im Hintergrund. Strafrecht und Verwaltungsstrafrecht sind angesichts wachsender Kriminalität und aufbrechender sozialer Konflikte vom Grundsatz der Disziplinierung geprägt.

Arbeitsrecht und Sozialversicherung

Besonders deutlich spiegelt das Arbeitsrecht Chinas die sozialen Verwerfungen wider, die sich durch die Politik der »Öffnung« und den massiven Ausbau der Privatwirtschaft eingestellt haben. Mit Einführung des Arbeitsgesetzes von 1995 wurde das Prinzip der Festanstellung der Arbeiter abgeschafft, das bis dahin zumindest noch in den Staatsbetrieben gültig war. Seitdem gehört der beamtenähnliche Status der Kernbelegschaft staatlicher Unternehmen der Vergangenheit an. Zugleich entledigten sich die Betriebe ihrer umfassenden sozialen Verpflichtungen. Die VR China kannte keine sozialstaatlichen Strukturen, insbesondere keine Sozialversicherung. Vielmehr waren die Betriebe von der Altersversorgung über den Kindergarten, von der Wohnraumbeschaffung bis zur Erholung, vom Hochschulbesuch bis zur Unterhaltung zuständig für soziale Fragen und Schutz. Mit der Aufhebung dieses Rückhalts entstand das Bedürfnis nach einer staatlichen Sozialversicherung.

Objektiv nicht notwendig war die totale Flexibilisierung des Arbeitsverhältnisses. Denkbar wäre auch ein gewisser Bestandsschutz gewesen. Tatsächlich jedoch kam es zu einer radikalen Zäsur, mit der das Dauerarbeitsverhältnis abgeschafft und das befristete zum Regularbeitsverhältnis erklärt wurde. Parallel zu diesem »juristischen« Wandel vollzog sich eine Art »zweite ursprüngliche Akkumulation«, indem ehemalige »Staatsarbeiter« durch allmähliche Freisetzung in das Joch der »freien Lohnarbeit« eingewöhnt wurden: »Warten auf Arbeit« hieß das Zauberwort. Arbeiter von Staatsbetrieben verblieben formal noch im Unternehmen, wurden aber entweder in Beschäftigungsgesellschaften überführt oder konnten bei reduziertem Lohn auf anderweitige Beschäftigung »warten«. Der Umbruch stellte auch das grundlegende Selbstverständnis des Regimes (»Eiserne Reisschale«) in Frage und führte immer wieder zu Protesten.

Durch das Arbeitsgesetz wurden auch einige Mindeststandards eingeführt, die als gesetzliche Grenzen bis heute noch nicht einmal in Deutschland existieren, so zum Beispiel die gesetzlich verankerte 40-Stunden-Woche und die (extreme) Verteuerung von Überstunden. Der gesetzlich fixierte Mindestlohn basiert jedoch auf lokalen Regelungen und liegt inzwischen überwiegend unter dem durchschnittlich gezahlten Gehalt. Kollektivverträge können im Prinzip alle Arbeitsbedingungen regeln, spiegeln aber mangels Gegenmacht der betrieblich organisierten offiziellen Gewerkschaften in der Praxis eine untergeordnete Rolle (Geffken 2005a, 62). Häufige Personenidentität von (Betriebs-)Gewerkschaftsvorsitzenden und Geschäftsführern beeinträchtigt die Interessenvertretung der Gewerkschaften, die ohnehin über geringe Akzeptanz in der Arbeiterschaft verfügen (89). Die Einhaltung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen und Mindeststandards unterliegt umfassender staatlicher Kontrolle. Die Arbeitsverwaltungen verfügen über ein weitreichendes Zugangsrecht zum Betrieb und können vielfältige Sanktionen (in Form von Verwaltungsstrafen) gegen die Unternehmen verhängen. Praktisch genutzt werden diese Kompetenzen aber selten. Da weder die staatliche Verwaltung noch die offiziellen Gewerkschaften ihre Aufgabe der Gesetzeskontrolle hinreichend nachkommen, obliegt der Vollzug

des Arbeitsrechts wesentlich der individuellen Rechtswahrnehmung betroffener Arbeiter (96ff). Doch selbst in diesem Bereich nehmen die Gewerkschaften ihre klassischen Aufgaben nur unzureichend wahr. Anwälte, Rechtsprofessoren, Studenten, NGOs, Verwaltungsbeamte oder sogar Richter leisten bislang mehr Rechtshilfe als die Beratungszentren des Allchinesischen Gewerkschaftsdachverbandes ACGB.

Das inhaltlich mangelhafte und institutionell wenig abgesicherte Arbeitsrecht bleibt weiterhin Millionen chinesischer Arbeiter vorenthalten. Die Arbeitsmigranten aus den ländlichen Regionen gelten immer noch als »ländliche Hilfskräfte« und besitzen wegen mangelnder Registrierung eines Wohnsitzes keinen schriftlichen Arbeitsvertrag. Sie gelten daher meist nicht als Arbeiter, sondern als »freie« Dienstleister. Damit fallen sie weder unter die gesetzliche Sozialversicherung noch können sie Rechte nach dem Arbeitsgesetz wahrnehmen. Obwohl sich die Sozialversicherung seit mehr als 10 Jahren im Aufbau befindet, existiert diese in einigen Regionen immer noch nicht flächendeckend. Außerdem sind die Versicherungshaushalte nicht von den allgemeinen Haushalten getrennt, so dass Veruntreuung von Geldern oder Zweckentfremdung immer wieder vorkommen (Darimont 2004).

Aktuell wird ein neues Arbeitsvertragsgesetz diskutiert, das jedoch noch nicht vom Nationalen Volkskongress verabschiedet wurde. Es enthält eine Reihe wichtiger Änderungen zugunsten der Arbeiter. So soll das Regelarbeitsverhältnis jetzt ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit weitaus größerem Bestandsschutz sein. Befristete Arbeitsverhältnisse sollen nur noch beschränkt zulässig sein. Bei ordentlichen Kündigungen und dem Auslauf befristeter Arbeitsverhältnisse sollen Abfindungen in Höhe von mindestens zwei Monatsgehältern gezahlt werden. Zugleich wurden bereits präzisere Ausführungsbestimmungen für die Arbeitsverwaltung in Kraft gesetzt. Konsequenterweise protestierten ausländische Unternehmerverbände gegen das Gesetz (Zhang/Chen 2006). Sollte dieses wie geplant im Jahre 2007 in Kraft treten, so wäre dies ein bedeutender Fortschritt aus Sicht der abhängig Beschäftigten. Das Arbeitsrecht hätte dann einen Funktionswandel von einem vielfach flexibilisierten Recht zu größerem sozialstaatlichen Bestandsschutz vollzogen. Allerdings haben die Proteste von Seiten ausländischer Investoren bereits zu Änderungen des Gesetzentwurfes geführt (*South China Morning Post*, 13.11.2006).

Justizsystem und Anwälte

Auch die Zusammensetzung der Richterschaft, vor allem in den höheren Instanzen, ist einer Veränderung unterworfen. Jüngere qualifizierte Juristen, ausgebildet an den juristischen Fakultäten der Universitäten, rücken nach. Allerdings besteht deren Berufswunsch überwiegend in einer Perspektive als Wirtschaftsanwalt. Richterliche Unabhängigkeit im Sinne westlicher Rechtsstaatstradition gibt es in China nicht. Zunächst existiert keine Gewaltenteilung. Die gesetzgebende Macht ist beim Nationalen Volkskongress (NVK) und beim Staatsrat konzentriert, wobei auch den Volkskongressen auf anderen Verwaltungsebenen Gesetzgebungskompetenz zukommt. Zugleich ernennen die jeweiligen Volkskongresse die Richter und sind höchstes Rechtsprechungsorgan.

Anstelle eines Verfassungsgerichts entscheidet der NVK letztinstanzlich über die Fragen der Vereinbarkeit von Entscheidungen des Obersten Volksgerichts mit der chinesischen Verfassung. Richter unterliegen zwar nicht direkt den fachlichen Weisungen politischer Instanzen, sind aber dennoch deutlich in das staatliche Herrschaftssystem eingebunden. Die sachliche Unabhängigkeit wird zumindest in den »Kampagnen« eingeschränkt, die auf dem Gebiet des Strafrechts von der KPCh durchgeführt werden. Intern findet eine Einbindung und Disziplinierung der Richter dadurch statt, dass sie keinen totalen Entlassungsschutz genießen, sie fachlich von der Arbeitsweise der sog. Rechtsprechungsausschüsse abhängig sind und das Oberste Volksgericht zu fast allen relevanten Rechtsfragen »Anwendungsbestimmungen« herausgibt.

Dieses restriktive System hat bislang nicht verhindern können, dass sich die Korruption auch in der Justiz massiv verbreitet hat. Die Gesetzgebung hat darauf bislang relativ hilflos reagiert. Mittels einer Ethikverordnung und eigenen Ethikgrundsätzen für Richter versucht man detailliert zu regeln, was diese dürfen und was nicht (Reim 2005, 30ff). Durch die damit verstärkte Disziplinierung der Richter wird im Ergebnis die Korruption durch eine weitere Einschränkung der richterlichen Unabhängigkeit »bekämpft«.

Der Glaubwürdigkeitsverlust der Justiz ist beträchtlich. Während z.B. im Bereich des Arbeitsrechts sowohl Unternehmen wie Arbeitnehmer überwiegend die Schiedskommissionen der Arbeitsverwaltungen in Anspruch nehmen und den Gang zum Gericht vermeiden (Geffken 2005a, 86ff), versuchen ausländische Unternehmen bei Konflikten mit chinesischen Partnern private Schiedsgerichte anzurufen. Das mangelnde Ansehen des richterlichen Berufes und seine niedrige Bezahlung sind auch der Grund dafür, dass Absolventen der juristischen Fakultäten den Anwaltsberuf bevorzugen. Anders als in Deutschland ist der Markt für Anwälte keineswegs gesättigt. Der Aufholbedarf ist beträchtlich. Noch 1979 zählte die offizielle Statistik ganze 2000 Anwälte im Land. Das bedeutete, dass ein Anwalt auf eine halbe Million Einwohner kam. Im Jahr 2000 wurde die 100000-Marke erreicht. Es gilt nach wie vor die Feststellung Harro von Sengers, dass »das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Anwälten und Bevölkerungszahl weltweit am niedrigsten [ist]« (1994, 26).

Innerhalb der Anwaltschaft offenbart sich ein sozialer Riss. Auf der einen Seite stehen große Wirtschaftskanzleien in den industriellen Zentren der Küstenregion. Auf der anderen Seite gibt es kleine Kanzleien oder Einzelanwälte, die nur durch die große Zahl einzelner Betroffener überleben können, aber zugleich in den Strudel des Verdachts politischen Engagements geraten. Darum ist auch der Anwaltsberuf für die große Mehrheit des juristischen Nachwuchses unattraktiv. Da aber sich bislang auch die Gewerkschaften hier nicht hinreichend engagieren, führt dies zu einem gewaltigen Defizit an Rechtshilfe für einkommensschwache Bevölkerungsteile (Geffken 2005b, 97ff). In den großen Städten versuchen halbstaatliche Beratungszentren dies aufzufangen. Vielfach sind sogar Rechtsprofessoren im Nebenberuf als Anwälte tätig. Sogar Jurastudenten betätigen sich als Beratungshelfer für Betroffene (2005a, 88). Dennoch können solche Aktivitäten auf Dauer einen derart systembedingten Beratungs- und Vertretungsbedarf nicht abdecken.

Entstaatlichung bei gleichzeitiger Verrechtlichung

Der von vielen als Transformationsprozess bezeichnete offizielle Prozess der Modernisierung hat tiefe Risse im chinesischen Recht hinterlassen. Er hat teilweise dem Recht einen anderen Inhalt verliehen, so dass der Schutzzweck sich in sein Gegenteil verkehrte. Teilweise wurde der Prozess selbst durch neue Elemente im Recht wie der Flexibilisierung des Arbeitsrechts beschleunigt. Schließlich fiel der Beginn der Modernisierung mit der Rekonstruktion des Rechts zusammen. Die Implementierung rechtsstaatlicher Strukturen ging darum auch mit dem ökonomischen Funktionswandel des Rechts einher. Deshalb gibt es also keine allgemeine »Transformation des Rechts«, sondern es herrscht die Einheit des Widerspruchs von Entstaatlichung bei gleichzeitiger Verrechtlichung vor. Innerhalb dieses Prozesses fällt vor allem der repressive Charakter des Strafrechts und teilweise auch des öffentlichen Rechts auf, der im Zusammenhang des Aufbrechens von individuellen und kollektiven Konflikten steht.

Das Arbeitsrecht besaß neben seiner Flexibilisierung eine staatliche Kontrollsäule, auf welcher der Vollzug des Rechts in den Betrieben ruhen sollte. Doch weder staatliche Arbeitsverwaltung noch Gewerkschaften wurden bislang ihrer elementaren Aufgabe der Rechtskontrolle gerecht. Korruption und mangelnder politischer Wille, vor allem auf regionaler Ebene, dürften die Ursache dafür sein. Westliche Beobachter sollten sich davor hüten, Ansprüche der Zentralregierung und deren politischen Willen gleichzusetzen mit der realen Umsetzung des Rechts auf regionaler und lokaler Ebene. Denn im chinesischen Recht wie in Gesellschaft und Ökonomie des Landes kommen die zwei politischen Kräfte zum Tragen, deren Verhältnis über die weitere Zukunft des Landes entscheiden wird: die Zentralregierung in Peking und die Regierungen in den Provinzen bzw. auf lokaler Ebene. Die Korruption schwächt die Justiz selbst unmittelbar und wirkt sich vor allem auf der letzten Ebene aus, wodurch sogar die Umsetzung rechtlicher Vorschriften unterlaufen wird.

Damit kommt dem Recht nur eine partielle Steuerungsfunktion zu, die im Wesentlichen abhängig vom Kräfteverhältnis zwischen Region und Zentrale ist und davon, ob das Recht nur der repressiven Steuerung von Konflikten oder auch der Sicherung von Rechtspositionen der »Modernisierungsverlierer« dient. Der Ausgang dieses Prozesses bleibt offen. Entscheidend ist die Frage, ob und inwieweit der politische Wille des Zentralstaats zur Re-Regulierung umgesetzt wird. Insbesondere im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik hat sich gezeigt, dass dieser allein nicht ausreicht, sondern die Gewerkschaften eine Unterstützung bieten müssen. Der ACGB erlaubt wegen seiner internen Verfassung bisher jedoch keine Gewähr für die dafür notwendige kollektive Handlungsfähigkeit. Gleiches gilt für den Zustand und die Struktur der Anwaltschaft sowie der Justiz. Erst wenn in diesem Bereich Fortschritte erzielt werden, werden die Bedingungen geschaffen, unter denen sich veränderte Kräfteverhältnisse zugunsten des Rechts auswirken können. Das hat nichts mit einer Entthronung der jetzigen politischen Macht zu

tun, wohl aber damit, dass zivilrechtliches Handeln und Zentralregierung endlich ein Bündnis eingehen müssen, dass den chinesischen Transformationsprozess wieder auf den Pfad einer »Modernisierung« zurückführt und zwar auch gerade im Recht und durch das Recht.

Literatur

- Chen, John, »China and the ILO«, in: *Asian Labour Update* 44, 26. Jg., 2002, H. 3, 3-6
- Darimont, Barbara, *Sozialversicherungsrecht der VR China*, Baden-Baden 2004
- Geffken, Rolf, »Die Tücken vergleichenden Arbeitsrechts – Chinas Gesetz unter deutscher Schablone«, in: *Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht*, 16. Jg., 1999, H. 13
- ders., *Der Preis des Wachstums. Arbeitsbeziehungen & Arbeitsrecht in der Volksrepublik China*, Hamburg 2005a
- ders., »Gewerkschaften in China«, in: *Arbeit und Recht*, 54. Jg., 2005b, H. 3, 97-99
- ders., u. Jan Bornemann, *Der lange Weg Chinas zum Recht – Denkschrift zum fünfjährigem Bestehen des Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialogs*, Hamburg 2005
- Heuser, Robert, *Einführung in die chinesische Rechtskultur*, 2. Aufl., Hamburg 2002
- ders., *Grundriss des chinesischen Wirtschaftsrechts*, Hamburg 2006
- Maier, Astrid, *Die Todesstrafe in der VR China*, Hamburg 2005
- Marx, Karl, *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Marx-Engels-Werke*, Bd. 23, Berlin/DDR 1969 (zit. MEW 23)
- Negt, Oskar, *Modernisierung im Zeichen des Drachen*, Frankfurt/M 1988
- Ningjun, Ni, u. Oliver Simon, »Einführung in das chinesische Deliktsrecht«, in: S. Jiandong u. E. Drewes (Hg.), *Chinesisches Zivil- und Wirtschaftsrecht*, Hamburg 2001, 69ff
- Nolan, Peter, *China at the Crossroads*, Cambridge 2004
- Pißler, Knut Benjamin, *Neues vom Obersten Volksgericht – materiellrechtliche justizielle Auslegung zu Schadensersatzklagen chinesischer Anleger, China Analysis*, Nr. 22, Göttingen 2003
- Reim, Regine, »Ersatz für immaterielle Schäden infolge unerlaubter Handlungen«, in: *Newsletter Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung e.V.*, 8. Jg., 2001, H. 4, 171-215
- ders., »Berufsethik für Richter«, in: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, 12. Jg., 2005, H. 1, 30-32
- Senger, Harro von, *Einführung ins chinesische Recht*, München 1994
- Zhang Liwei, u. Chen Huan, »Ausländische Unternehmer weisen den Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes zurück – Rückzug von Investitionen aus China angedroht«, in: *21 Century Economy Journal*, 11.5.2006

Helmut Peters

Anmerkungen zum Beitrag von Rolf Geffken »Transformation und Recht in China«

Das Anliegen von Rolf Geffken, eine Interpretation des chinesischen Rechts zu liefern, ist zu begrüßen. Um zu verhindern, dass wichtige Aussagen in den Einzelinformationen verloren gehen, sowie um einige Akzente etwas anders zu setzen, möchte ich auf sechs Punkte aufmerksam machen, die mir wesentlich erscheinen.

1. Der Beitrag hat keinen eindeutigen historisch-gesellschaftlichen Bezugspunkt zum Entwicklungsstand der chinesischen Gesellschaft. Damit verfügt der Autor auch nicht über die notwendigen objektiven Kriterien, um zu fundierten Aussagen zu gelangen. Es ist zunächst unerheblich, was die KP Chinas über den Charakter des bisherigen Transformationsprozesses aussagt. Letztlich entscheidend sind die objektiven materiellen und geistigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Da der Autor den Begriff ›Transformation‹ ausschließlich negativ – im Sinne eines Systemwechsels vom Sozialismus zurück zum Kapitalismus – besetzt, hätte er auch nachweisen müssen, welche bereits erreichten Positionen des Sozialismus in China gegenwärtig von der KPCh wieder aufgegeben werden. Mit anderen Worten: Er hätte die Frage beantworten müssen, inwieweit die »zivilisatorischen Voraussetzungen« für den Sozialismus in China (siehe z.B. die Auffassung Deng Xiaopings) geschaffen waren.

2. Der grundlegende Neuanfang in der Entwicklung des Rechts nach 1949 bleibt unterbelichtet. Die Verfassung von 1954 war das Ergebnis der Entwicklung eines neuen Rechtssystems als Instrument für den Aufbau einer veränderten Gesellschaft. Zu verweisen wäre hier z.B. auf das Gesetz über die Bodenreform, das Gewerkschaftsgesetz, das Gesetz über die nationale Autonomie und das Ehegesetz. Natürlich spielten auch andere Probleme und Mängel wie die Herrschaft der Politik über das Recht, mangelnde Ausführungsbestimmungen, allgemein fehlendes Gesetzesbewusstsein und die wenigen Schritte zur Verbreitung dieses Bewusstseins eine Rolle. Letzteres begünstigte Ereignisse wie die »Kulturrevolution« und führte bis zum offenen Gesetzesnihilismus.

3. In Geffkens Beitrag spiegelt sich die Entwicklung der Rechtspolitik der KPCh im Rahmen ihres bisherigen Reform- und Öffnungskurses ungenau und unvollständig wider. Bis 1995 ging es um die Ausgestaltung der Rechtsordnung (*fazhi*). Das betraf vor allem die Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen, die im Zusammenhang mit der Aufnahme von ausländischem Kapital, der Herausbildung vielschichtiger Eigentumsverhältnisse und dem sich anbahnenden Übergang zur Marktwirtschaft standen, sowie die Kontrolle über ihre Umsetzung. Von 1978 bis

Juli 1997 nahmen der Nationale Volkskongress und sein ständiges Organ insgesamt 319 Gesetze an. In dieser Zahl kommen die merkliche Intensivierung der Gesetzgebung im Prozess der Reform und Öffnung und die damit verbundene Anerziehung eines öffentlichen Gesetzesbewusstseins zum Ausdruck. Dennoch blieb die Herrschaft der Macht über das Gesetz ungebrochen. Selbst in großen Teilen der KPCh wurde die Meinung vertreten, dass man über den Gesetzen und darum auch über der Verfassung stehe. 1996 wurde mit der Orientierung auf den Aufbau eines »sozialistischen Rechtsstaates« (*shehui zhuyi fazhi guojia*) eine qualitativ neue Phase in der Entwicklung des Rechts eingeleitet. Das Ziel ist, »auf der Grundlage von Gesetzen zu regieren« (legal regieren, *fazhi*), nicht, wie es bei Geffken heißt: »Regieren mit Gesetzen«. Nach dem XVI. Parteitag der KPCh 2002 setzte in der VR China eine dritte Phase in der Entwicklung des Rechts ein. In den Vordergrund ist die Forderung nach einer »verfassungsgemäßen Politik« (*xianzheng*) getreten. Die Rede ist von einem »historischen Wendepunkt«. Dem Wesen nach geht es – neben den Veränderungen in der Rolle und Funktion der Regierung – um eine deutliche Begrenzung der Macht der Regierung und den Schutz der Bürger- und Menschenrechte. Geffken blendet diese Entwicklungen weitgehend aus.

4. Der Autor lässt außer Acht, dass das Recht als Teil des politischen Überbaus Gegenstand vielschichtiger Auseinandersetzungen bei der Lösung des Widerspruchs zwischen neuer ökonomischer Basis und altem politischen Überbau ist.– Diese ideologisch-politischen Auseinandersetzungen, auf die der Autor nicht eingeht, werden heute hauptsächlich zwischen drei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ausgetragen: a) Kräfte, die für mehr Demokratie und Recht bei Beibehaltung der absoluten Dominanz der Staatsmacht eintreten; b) neoliberale Strömungen, die eine freie Marktwirtschaft und die Durchsetzung von Demokratie und Gesetz nach westlich-bürgerlichem Vorbild fordern, und c) Kräfte, die zu den Macht- und Rechtsverhältnissen, wie sie unter Mao Tse-tung bestanden, zurückkehren wollen. – Es gibt noch eine zweite Ebene dieser Auseinandersetzungen: die Spannungen zwischen den Reformern und zumindest einem Teil der gesellschaftlichen Gruppen, die die unmittelbare Macht ausüben und damit umfassende Privilegien genießen, bislang außerhalb jeder wirksamen Kontrolle sind und in ihren Bereichen als unumschränkte Herrscher auftreten. Dieses Problem zeigt sich nicht nur in den Beziehungen zwischen Zentrale und Regionen, sondern auch in Auseinandersetzungen innerhalb der Führung bei der Ausarbeitung und Umsetzung der neuen Gesellschaftsstrategie. Geffken hätte also berücksichtigen müssen, dass Rechtsfragen auch in China Machtfragen sind. Nebenbei: Liu Shaoqi hat sich m.W. niemals für eine »Liberalisierung« des Rechts ausgesprochen. Wenn der Autor das Gegenteil behauptet, hätte er dafür den Nachweis bringen sollen.

5. Auch Straf- und Arbeitsrecht sollten stärker im Zusammenhang mit den konkreten Entwicklungen und Problemen der chinesischen Gesellschaft behandelt werden. – Untersuchungen haben die Erkenntnis zutage gefördert, dass die übergroße Mehrheit des chinesischen Volks gegenwärtig weiterhin für die Beibehaltung

der Todesstrafe eintritt. Vorschläge von Juristen, zumindest das jetzige Ausmaß der Todesstrafe in China zu verringern, scheiterten bislang an dieser Tatsache. Der Hintergrund für diese Haltung dürfte im Wesentlichen in der akuten Gefährdung der persönlichen Sicherheit und des Eigentums der Bürger durch unterschiedliche Formen der Kriminalität zu sehen sein, die als Folge der Marktwirtschaft die Gesellschaft überschwemmt haben. Deshalb kann die Politik wiederholter Kampagnen der »harten Schläge« (*yan da*) gegen Kriminelle auch nicht allein als Fortsetzung alter Praktiken im Strafrecht angesehen werden.

6. Eine ähnliche Kritik möchte ich zur Darstellung des Arbeitsrechts äußern. Die Reduzierung auf »soziale Verwerfungen« allein ist irreführend. Die gesetzlichen Veränderungen im Arbeitsrecht, die mit der Reform und Öffnung eingeleitet wurden, sind zweifellos als Fortschritt gegenüber den Rechtsverhältnissen vor dieser Zeit zu werten. Im Unterschied zur Einschätzung des Autors dürfte auch die Auflösung der »Anstellung auf Lebenszeit« und der Übergang zu Arbeitsverträgen im staatlichen Sektor als ein Schritt zur Überwindung »maoistischer« Verhältnisse (»Eiserne Reisschale«, Ungleichbehandlung der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse, starke Belastung der Unternehmen durch Aufgaben, die eigentlich dem öffentlichen Sektor zufallen etc.) zu sehen sein. Der Autor differenziert nicht zwischen diesen Maßnahmen und der daraus folgenden politischen Praxis. Und er berücksichtigt nicht, dass vor dem Hintergrund wachsender Protestaktionen der betroffenen Bevölkerungsteile – drei Viertel dieser Aktionen wurden neben Bauern von Arbeitern getragen – die neue Führung unter Hu Jintao und Wen Jiabao daran gegangen ist, nicht nur die akuten Probleme der Werktätigen zu lösen, sondern auch weitergehende gesetzliche Bestimmungen zu treffen, die solche Zustände künftig ausschließen sollen. Hier sind Schritte wie der Entwurf des neuen Arbeitsvertrages, die Einführung von Vertretungen der Beschäftigten in Unternehmen aller Eigentumsarten, die beschleunigte Verbreitung der Sozialversicherung und die Erhöhung der Löhne von Bedeutung. Nimmt man diese Entwicklungen in ihrem Zusammenhang auf, gelangt man zu einer anderen Bewertung der Veränderungen der Arbeitsverhältnisse. Eine ganz andere Frage ist, dass diese sich in heftigen Auseinandersetzungen zwischen sozialen Gruppen mit unterschiedlichen, ja diametral entgegengesetzten Interessen vollziehen und dass die Veränderungen sich widersprüchlich, ungleichmäßig und langwierig gestalten. Ferner bleibt die Frage offen, auf welcher rechtlichen Basis die heutige Führung im Rahmen ihrer Strategie des Aufbaus einer »sozialistischen harmonischen Gesellschaft« Konflikte dieser Art zu lösen versucht.

Fazit: Obwohl der Autor bereits in der Überschrift seines Beitrages einen Systemwechsel der VR China vom Sozialismus zurück zum Kapitalismus konstatiert, bleibt er in der Untersuchung den Nachweis dafür schuldig. Der Leser gewinnt keine Klarheit darüber, wie die Veränderungen im Bereich des Rechts für die gesellschaftliche Entwicklung zu bewerten sind.

Anita Chan

Arbeitsbeziehungen in China: zwischen organisiertem und neoliberalem Kapitalismus

Das industrielle System Chinas war im letzten Vierteljahrhundert tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt. Nach der Verstaatlichungswelle Mitte der 50er Jahre gab es im Grunde nur zwei industrielle Sektoren. Neben dem privilegierten staatlichen Bereich, der den höchsten Stellenwert hatte, existierte der Kollektivsektor, der aus kleineren Firmen bestand und sich durch schlechtere Arbeitsbedingungen auszeichnete. Beide waren Teil der Planwirtschaft.

In den ersten fünfzehn Jahren der Wirtschaftsreformen seit Mitte der 80er Jahre war ein stürmisches Wachstum des nichtstaatlichen, marktgesteuerten Sektors zu beobachten. Dieser setzt sich aus privatem inländischem und ausländischem Kapital zusammen. Mit der Vertiefung der Wirtschaftsreformen werden die staatlichen und kollektiven Betriebe mehr und mehr gezwungen, sich den Marktkräften anzupassen. Von den ehemals staatlichen Industriesektoren, die immer noch einen Großteil der Produktion erwirtschaften, verbleiben die größten Unternehmen weiterhin in öffentlicher Hand oder unter staatlicher Kontrolle. Viele andere Betriebe werden jedoch restrukturiert, in börsennotierte Unternehmen umgewandelt und an den Markt gebracht (Oi 2005, Garnaut u.a. 2006). Nach einem Jahrzehnt der Umstrukturierung, des Wechsels der Eigentümer und der Entlassung einer großen Zahl der Arbeiter beginnt sich die staatseigene Industrie langsam zu erholen. Ein Großteil der Unternehmen hat immer noch enge Verbindungen zum Staat, insgesamt gehorcht der industrielle Kernbereich Chinas jedoch den Anforderungen des Marktes. Aber welcher Variante des Kapitalismus wird China folgen? Wie werden sich die Arbeitsbeziehungen entwickeln?

Das maoistische System der Arbeitseinheiten (danwei) und das japanische Modell

Die Entstehung des maoistischen *danwei*-Systems war das Ergebnis einer pfadabhängigen Entwicklung, die durch die industriellen Gegebenheiten während der republikanischen Ära der Kuomintang-Regierung bedingt war. In den 1920er und 30er Jahren wurden durch das neue Rechtssystem zur Regelung der Arbeitsverhältnisse und die vielfachen Interventionen durch den Staat die Voraussetzungen für das sozialistische *danwei*-System geschaffen (Frazier 2002, Bian 2005). Begleitet wurde diese Politik durch paternalistische Praktiken, die die Fluktuation von qualifizierten Arbeitern eindämmen sollten.

Das *danwei*, das in den 50er und 60er Jahren etabliert wurde, war eine allumfassende Arbeits- und Lebensgemeinschaft, die den Familien der Beschäftigten alles zum täglichen Leben bot: Unterkunft, Schulen, medizinische Versorgung, Sozialleistungen, Rentenzahlungen, Arbeitsplätze für ihre Kinder etc. Die Gewerkschaften hatten

keine Funktion als Arbeitervertretung im eigentlichen Sinn, sondern dienten als Wohlfahrtsverbände der Betriebsverwaltung. Viele Aspekte des *danwei* ähneln dem japanischen System: die Betriebsgemeinschaft, die konsensuale Beziehung zwischen Arbeitern und Betriebsleitung, die Koppelung des Gehalts an die Anzahl der Arbeitsjahre, die lebenslange Beschäftigungsgarantie etc. In einigen Aspekten glich das maoistische Wirtschaftssystem einer Kriegswirtschaft, ähnlich wie in Japan während des Zweiten Weltkriegs: geplant, autoritär, nationalistisch, kollektivistisch, Individuen für die gemeinsame Sache opfernd, angetrieben von immer neuen Kampagnen zur Erhöhung der Produktionszahlen (Richman 1969, 223-364; Walder 1986, 113-22). Natürlich existierten auch deutliche Unterschiede, da China eine staatlich gelenkte, sozialistische Planwirtschaft ohne Arbeitsmarkt hatte, während Japan kapitalistisch war. In China gab es keine Tarifverhandlungen, der Staat bestimmte das Lohnniveau.

Chinas Kommandowirtschaft wirkte sich letztlich nachteilig auf die industrielle Entwicklung aus und musste reformiert werden. In den 80er Jahren wurde Japan als weltweiter Spitzenreiter der wirtschaftlichen Entwicklung gefeiert. China als Land der nachholenden Industrialisierung nahm sich deshalb Japan zum Vorbild, obwohl unter Intellektuellen und innerhalb der Regierung Uneinigkeit darüber herrschte, ob nicht das angloamerikanische Modell besser sei. In der Fachzeitschrift *Industrial Enterprise Management* wurden zu dieser Zeit doppelt so viele Artikel über die japanische Wirtschaft veröffentlicht wie über die amerikanische (Chan 1995). Es entbrannte eine lebhafte Diskussion, ob in China eine »Unternehmenskultur« geschaffen werden sollte. Dieser Begriff wurde aus dem Japanischen geborgt, wo er den Versuch von Unternehmen beschreibt, durch ein harmonisches, kollektivistisches Arbeitsumfeld die Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber zu stärken.

Unter dem Druck des globalen neoliberalen Kapitalismus und des mit ihm verbundenen hegemonialen Diskurses verwandelten sich auch viele chinesische Intellektuelle und Entscheidungsträger im letzten Jahrzehnt in glühende Verfechter des Neoliberalismus. Die Restrukturierung der Eigentumsverhältnisse im Industriesektor, die Privatisierungen und die Gründung von Aktiengesellschaften wurden energisch vorangetrieben, während das *danwei*-System immer weiter demontiert wurde. Die Wohnkollektive wurden vom Arbeitsplatz getrennt, und das Wohnungswesen wurde privatisiert. Es gibt eine immer größere Lohnspreizung. Die Einführung von Arbeitsverträgen ersetzte die lebenslange Anstellung. Die Bindung der Gehälter an das Dienstalter wurde angegriffen, die Verantwortung für medizinische Versorgung, Arbeitslosenunterstützung und Rente von den Unternehmen auf den Staat verlagert. Gleichzeitig entließ man Millionen von Arbeitern aus den staatlichen und kollektiven Betrieben. Eine neue Klasse von »Wanderarbeitern« aus armen ländlichen Gebieten entstand. Diese Phänomene erregten international Aufmerksamkeit, wegen der hohen Zahl der Betroffenen, der Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität Chinas und weil die Auswirkung auf den internationalen Arbeitsmarkt massiv zu spüren ist. Eine Vielzahl von Büchern beschäftigt sich mit dieser Entwicklung. Manchmal wird der Fokus auf die entlassenen Arbeiter gelegt, die nun eine neue urbane Unterschicht darstellen; oftmals beschäftigen sie sich auch mit der Misere der Wanderarbeiter, die gezwungen

sind, extrem lange Arbeitszeiten und eine sehr niedrige Entlohnung hinzunehmen (Solinger 2003, Chan 2001, Pun 2005). Wissenschaftliche Studien zu diesen Veränderungen bekräftigen die gängige Meinung, dass sich das chinesische Produktionsmodell dem angloamerikanischen immer weiter annähern wird.

Chinas Form betrieblicher Mitbestimmung

Doch es ist zu früh, zu diesem Schluss zu kommen. Einige chinesische Kollegen und ich besuchten in den vergangenen Jahren eine Reihe von Fabriken in China. Ich verbrachte u.a. fünf Monate damit, Interviews mit den Beschäftigten eines staatlichen Betriebes zu führen. Ich bin zu der Auffassung gekommen, dass viele der chinesischen Staatsbetriebe, sowie einige der Aktiengesellschaften, der Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Firmen und der privatisierten Firmen, die aus dem Staatssektor ausgegliedert wurden, sich in eine Richtung entwickeln, die in gewisser Weise dem organisierten Kapitalismus in Japan und Deutschland ähnelt. Viele dieser Unternehmen, die meist schwarze Zahlen schreiben, setzen wie im japanischen System auf die Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse. Arbeiter werden wie in Japan intern geschult und fortgebildet. Die Beschäftigten erhalten weiterhin eine breite Palette an Sozialleistungen von der Unternehmensleitung. Vor allem wird eine »Unternehmenskultur« aufrechterhalten, in der das Unternehmen als eine »Arbeitsgemeinschaft« wahrgenommen wird und die Geschäftsführung der Belegschaft verpflichtet ist (Unger/Chan 2004, 2006).

In den Staatsbetrieben gibt es mit dem Belegschafts- und Arbeitervertretungsrat (*Zhigong daibiao weiyuanhui*), kurz BAV, eine Einrichtung, die den Betriebsräten in Deutschland und Japan ähnelt. Ich hatte die Ehre, zusammen mit sechs Kollegen an einem Forschungsprojekt über Unternehmenssteuerung teilnehmen zu können, bei dem ein besonderes Augenmerk auf die BAVs als Institutionen der demokratischen Arbeiterselbstverwaltung gelegt wurde (Feng 2005a). Das Projekt wurde ins Leben gerufen, nachdem durch statistische Analysen eine erstaunliche Erkenntnis gewonnen wurde: diejenigen Staatsunternehmen, die in den 90er Jahren über gut funktionierende BAVs verfügten, brachten in vielen Bereichen bessere Leistungen als die ohne BAVs. Die chinesischen Arbeitervertretungen waren historisch an die Arbeiterräte der Sowjetunion angelehnt. Nach der Kampagne gegen Rechtsabweichler 1957 waren sie jedoch nur noch reine Fassade. Nach dem Tode Maos wurden sie wiederbelebt. Der Staatsrat wies 1980 alle Unternehmen an, Arbeiterräte zu gründen, um ein Gegengewicht zu der geplanten freien Verfügungsgewalt für Unternehmer zu schaffen. Die Arbeiterräte haben – zumindest auf dem Papier – die Macht, die Unternehmenspolitik zu überwachen und die Einstellung neuer Manager zu verhindern oder Manager zu entlassen. Sie haben ein Mitspracherecht bei den Löhnen, beim Arbeitsschutz, bei den Sozialprogrammen und der Unterbringung der Arbeiter.

In den 90er Jahren hielten viele Staatsunternehmen keine regelmäßigen Ratsversammlungen mehr ab. Mit der Ausweitung der Machtbefugnisse der Unternehmer sowie dem Absturz vieler Unternehmen in rote Zahlen begannen die Betriebe,

Arbeiter zu entlassen und die Sozialleistungen zu streichen. Die Arbeiterräte bestanden jedoch, wie eine Studie des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes (ACGB) aus dem Jahr 1997 zeigt, in 92 % der Unternehmen meist inaktiv weiter. In einigen Teilen Chinas sind sie sogar noch aktiv. So wurden beispielsweise 1998 in der Liaoning-Provinz mehr als 2300 Manager von staatlichen Betrieben entlassen oder degradiert, nachdem sie nicht die nötigen 60 % der Stimmen des Arbeiterrats erhalten hatten. In einigen Unternehmen mit einer korrupten Betriebsleitung haben die Räte in den vergangenen Jahren damit begonnen, die Initiative zu ergreifen, um beispielsweise zu verhindern, dass unternehmenseigener Besitz verkauft oder das ganze Unternehmen privatisiert wird. Teilweise feuerten sie sogar ihre Manager.

Wenn die BAVs ihre gesetzmäßigen Rechte wirklich ausüben könnten, würden die Rechte der chinesischen Arbeiter die derer in sämtlichen kapitalistischen Staaten bei weitem übertreffen. Allerdings haben die BAVs und die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen große Probleme, ihre Rechte geltend zu machen. Die meisten BAVs existieren heutzutage nur formal. Mit der Vertiefung der wirtschaftlichen Reformen und dem Machtzuwachs der Betriebsleitungen war es dem BAV-System nicht mehr möglich, sich zu behaupten. Die makroökonomische Situation, der Trend zur Privatisierung und die Expansion des nichtstaatlichen Sektors halten die BAVs davon ab, ihre Funktionen wahrzunehmen. Außerdem wollen die Manager der staatlichen und kollektiven Betriebe meist eine Demokratisierung des Unternehmens verhindern.

Die Schlüsselfigur im BAV ist der betriebliche Gewerkschaftsvorsitzende, da die Gewerkschaft das Exekutivorgan des BAV und somit für die Ausführung seiner Entscheidungen verantwortlich ist. Außerdem ist es Aufgabe der Gewerkschaft, Hilfe bei der Organisation der Wahlen zum BAV zu leisten und vor Versammlungen die Meinung der Basis einzuholen. Theoretisch ist das betriebliche Gewerkschaftskomitee dem BAV rechenschaftspflichtig. In Wirklichkeit jedoch ist es das Gewerkschaftskomitee, das den BAV organisiert. So liegt es in der Hand der Gewerkschaft, sicherzustellen, dass das BAV-System funktioniert. Hierzu gehört u.a., dass die Unternehmenspolitik diskutiert wird, die Komitees ihre Verpflichtungen erfüllen, dass Belegschaftsvertreter gewählt werden und dass die Arbeiter Vorschläge einreichen.

Die Gewerkschaft im Betrieb hat theoretisch zwei vorgesetzte Stellen, den BAV und die Gewerkschaft auf der nächsthöheren Ebene. Praktisch betrachtet der Gewerkschaftsausschuss jedoch den BAV als ihm unterstellt, wie immer wieder in Diskussionen mit Gewerkschaftsvertretern zu merken ist. Innerhalb dieser Organisationsstruktur ist der BAV so etwas wie die Machtbasis der Gewerkschaft. Die Arbeiter sehen im BAV meist eine reine Formsache. So gaben zum Beispiel in einem Fall die von uns interviewten Arbeiter an, dass sie ihren BAV als irrelevant betrachten, da dieser sich fast nur aus leitenden Angestellten zusammensetze. Allerdings existieren auch Gegenbeispiele, in denen die BAVs erfolgreich agieren. Einen Fall bildet der funktionsfähige BAV eines wissenschaftlichen Forschungsinstituts. Die Angestellten dieses Instituts waren mit der Verteilung der Forschungsgelder unzufrieden, die von einigen Mitarbeitern für private Machenschaften missbraucht wurden, und besannen

sich auf die Macht des BAV. Die Vertreter wurden demokratisch gewählt, und man berief eine Versammlung ein, um den Missbrauch zu stoppen. Seitdem finden regelmäßig BAV-Sitzungen statt. Die Zeit wird zeigen, ob die BAVs solcher Unternehmen dem Druck, sich dem neoliberalen Modell anzupassen, Stand halten können.

Oftmals wurden Konflikte über Eigentumsrechte zwischen Arbeitern und Unternehmern im Namen der BAVs, und nicht etwa der Gewerkschaft, ausgetragen. Die BAVs haben im Gegensatz zu den Gewerkschaften ein Mitspracherecht in strategischen Fragen. Ein gutes Beispiel hierfür ist eine Papierfabrik in Zhengzhou. Die Arbeiter benutzten den BAV, um die Eigentumsrechte an der Fabrik zurückzugewinnen, nachdem das korrupte Management die Fabrik zur Ausschachtung verkauft hatte. Der Kampf zog sich über mehrere Jahre hin, am Ende bekamen die Arbeiter die Fabrik jedoch trotz der wankelmütigen Haltung der Kreisregierung zurück. Später gab ein Gemeindepolitiker zu, dass dieser Präzedenzfall zwanzig ähnliche Fälle in der Region nach sich gezogen hat (Tong 2005). Entgegen der gängigen Meinung, dass die BAVs eine reine Fassade ohne wirkliche Macht sind, nehmen Arbeiter sie als Institution manchmal ernst und nutzen sie, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Auch wenn es keine statistischen Daten gibt, denen man entnehmen kann, wie viele funktionierende BAVs existieren, glaube ich, dass der gesetzliche Rahmen einen wichtigen Beitrag zur betrieblichen Mitbestimmung leistet.

Der ACGB ist vorausschauend für die Beibehaltung des Rechtsstatus der BAVs nicht nur in staatlichen und kollektiven Betrieben eingetreten, sondern auch in Unternehmen mit geänderter Eigentumsstruktur. Dies tat er trotz seiner vielen Schwächen, wie der Abhängigkeit vom Staat und seinem Unvermögen, eine basisorientierte Gewerkschaftsstruktur aufzubauen. Der Rechtsstatus der BAVs wurde auf Drängen des ACGB im 1988 beschlossenen Unternehmensgesetz festgeschrieben. Das Gesetz bezog sich allerdings nur auf staatliche und kollektive Betriebe. Bekam ein Unternehmen andere Eigentümer, so erfolgte die Beibehaltung der BAVs auf freiwilliger Basis. Das Management hat natürlich wenig Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Struktur. Der ACGB hat es jedoch geschafft, die Macht der BAVs insgesamt zu stärken und sie auch in nichtstaatlichen und nichtkollektiven Betrieben zu verankern. Nach dem überarbeiteten Gesellschaftsrecht, das am 1.1.2006 in Kraft trat, muss der BAV bei allen Entscheidungen, die das Wohlergehen der Arbeiter betreffen, konsultiert werden. Außerdem ›sollten‹ (*yingdang*) Unternehmen, die zwei oder mehr staatseigene Anteilseigner haben, BAV-Vertreter in den Aufsichtsrat berufen. Während vor der Gesetzesänderung die Quote der Arbeitervertreter im Aufsichtsrat nicht definiert war, ist sie nun auf mindestens ein Drittel festgelegt. Kurzum: Das geänderte Unternehmensgesetz verspricht mehr Transparenz und eine Beteiligung der Beschäftigten an Entscheidungen.

Neoliberaler oder organisierter Kapitalismus?

Im Kampf zwischen den Modellen des neoliberalen und des organisierten Kapitalismus tendiert das chinesische System, was den gesetzlichen Rahmen anbelangt, zum letzteren. Die idealtypische chinesische Unternehmenssteuerung bewahrt viele

Charakteristika und Vermächnisse des maoistischen Systems, insbesondere den BAV und die Betriebsgewerkschaft. Außerdem benutzen einige Arbeiter, wie wir gesehen haben, den BAV, um ihre Eigentumsrechte zurückzuverlangen.

Gleichzeitig bewegt sich die Praxis in den meisten chinesischen Unternehmen in Richtung des angloamerikanischen Modells. Nur weitere Studien werden zeigen, ob das »organisierte« Modell den Restrukturierungsprozess überleben wird. Dafür gibt es besonders in den Unternehmen eine Chance, die einen angemessenen Gewinn machen und es sich so erlauben können, von Entlassungen und Kürzungen der Sozialleistungen abzusehen (Feng 2005b). Auch die »Unternehmenskultur« in Betrieben wie dem, in dem ich zwischen 2002 und 2005 Interviews durchführte, begünstigt dies. Das Vermächnis des maoistischen *danwei*-Systems, das innerhalb der Staatsbetriebe weiterhin spürbar bleibt, weist deutlich in diese Richtung.

Aus dem Englischen von Claudia Taudte

Literatur

- Bian, Morris L., *The Making of the State Enterprise System in Modern China*, London 2005
- Chan, Anita, »Chinese Enterprise Reforms: Convergence with the Japanese Model?«, in: *Industrial and Corporate Change*, 4. Jg., 1995, H. 2, 440-70
- dies., *China's Workers Under Assault. The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*, Armonk-New York 2001
- Feng, Tongqing (Hg.), *Zhongguo jingyan: Zhuanxing shehui de qiye zhili yu zhigong minzhucanyu* (Die chinesische Erfahrung: Unternehmenssteuerung und demokratische Arbeiterselbstverwaltung in einer Gesellschaft im Wandel), Peking 2005a
- ders., »Guojia, qiye, zhigong, gonghui zhijian guanxi de liangxing tiaozheng« (Positive Regulierungsbeziehungen zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften), in: ders. 2005a, 90-146 (zit. 2005b)
- Frazier, Mark W., *The Making of the Chinese Industrial Workplace. State, Revolution, and Labor Management*, Cambridge 2002
- Garnaut, Ross, Ligang Song u. Yang Yao, »Impact and Significance of State-Owned Enterprise Restructuring in China«, in: *The China Journal*, 28. Jg., 2006, H. 1, 32-54
- Oi, Jean, »Patterns of Corporate Restructuring in China: Political Constraints on Privatization«, in: *The China Journal*, 27. Jg., 2005, H. 1, 115-36
- Pun Ngai, *Made in China: Women Factory Workers in a Global Workplace*, Durham 2005
- Richman, Barry M., *Industrial Society in Communist China*, New York 1969
- Solinger, Dorothy J., »Chinese Urban Jobs and the WTO«, in: *The China Journal*, 25. Jg., 2003, H. 1, 61-87
- Tong Xin, »The Cultural Basis of Workers' Collective Action in a Transitional State-Owned Enterprise During a Time of Transition«, Sonderausgabe *Chinese Sociology & Anthropology*, 38. Jg., 2005, H. 1, 42-70
- Unger, Jonathan, u. Anita Chan, »The Internal Politics of an Urban Chinese Work Community: A Case Study of Employee Influence on Decision-Making at a State Owned Factory«, in: *The China Journal*, 26. Jg., 2004, H. 2, 1-24
- dies., »Memories and the Moral Economy of a State Enterprise«, in: Ching Kwan Lee u. Guobin Yang (Hg.), *Re-envisioning the Chinese Revolution. The Politics and Poetics of Collective Memories in Reform China*, Stanford 2006 (im Erscheinen)
- Walder, Andrew G., *Communist Neo-Traditionalism. Work and Authority in Chinese Industry*, Berkeley 1986

Robin Munro und Michael Zhang

Arbeitskampf in China

Gespräch mit Jerry Harris

J.H.: Im letzten Jahr wurden nach offiziellen Angaben 87 000 Proteste in China verzeichnet. Können Sie uns von den bedeutendsten Auseinandersetzungen berichten?

M.Z.: Bei unseren Beobachtungen stießen wir auf zwei Protestformen. Die erste Form bilden Kämpfe von Arbeitern in Staatsunternehmen, die von Umstrukturierungen wie Privatisierungen, Fusionen und Insolvenzen betroffen sind. Dieser Prozess ist zum jetzigen Zeitpunkt beinahe abgeschlossen. Millionen von Arbeiter wurden im Rahmen der »Xiangang-Politik« entlassen, die in den späten 1990ern einsetzte. Sie war ein Provisorium, mit der man versuchte, die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu verringern, die durch die Privatisierungen entstanden. Die Arbeiter, die entlassen wurden, bekamen für drei Jahre den sogenannten »Xiangang-Status«. Während dieser Zeit wurden sie weiter als Angestellte geführt, mussten allerdings nicht zur Arbeit erscheinen und erhielten nur ein Drittel ihres Lohns. Damit sollten die Folgen der Arbeitslosigkeit abgedämpft werden. Viele der »Xiangang-Arbeiter« durchschauten dies nicht oder mussten ihre Situation akzeptieren. Sie glaubten der falschen Versprechung, dass sie wieder eingestellt würden, wenn es der Firma besser ginge. Natürlich hatte man nicht die Absicht, ihnen ihre Arbeit wiederzugeben, und nach Ablauf der drei Jahre wurden sie einfach entlassen. Nun auch formell arbeitslos, ohne die Unterstützung der Firma, verloren sie alle Vergünstigungen. Und diese waren zentral im System der Staatsbetriebe, die nach dem Prinzip der »Eisernen Reisschale« wirtschaften.

Der Umstrukturierungsprozess war um 2003/04 nahezu abgeschlossen, sodass die Anzahl der Arbeitskämpfe in den Staatsunternehmen abnahm. Im Gegenzug wuchs und wuchs die Zahl der Proteste der ländlichen Wanderarbeiter. Die Arbeiter in Staatsunternehmen hatten für bessere Abfindungen und die Auszahlung ihrer Rentenansprüche protestiert. Zusätzlich gab es Forderungen an den Staat, neue Stellen zu schaffen, da die meisten der Entlassenen mit über 40 Jahren kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten.

J.H.: Können Sie uns etwas über die Proteste der Wanderarbeiter erzählen?

R.M.: Sie bilden die zweite häufige Protestform. Ihre Forderungen beziehen sich meist auf die Auszahlung ihres Lohns, der häufig über Monate einbehalten wird, auf einen höheren Stücklohn und auf die Bezahlung ihrer Überstunden. Ein Beispiel: Im März 2004 revoltierten die Arbeiter bei *Stella International Factory*. Das ist eine taiwanesishe Firma, die qualitativ hochwertige Schuhe herstellt. Allerdings unter schlechten Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter wurden seit Monaten nicht bezahlt, das

Essen war miserabel, die Zustände in den Schlafsälen waren katastrophal, und die Fabrikdisziplin wurde mit harter Hand durchgesetzt. Repressalien, wie die Begrenzung der Toilettenzeit, waren üblich. Die Arbeiter verloren ihre Geduld. Tausende von ihnen zertrümmerten die Maschinen und warfen Autos um. Als die Polizei kam, wurden Dutzende Arbeiter festgehalten und zehn von ihnen verhaftet.

Wir schalteten uns in den Fall ein und organisierten Anwälte für sechs der Protestierenden. Wir engagieren uns oft in Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang von Arbeitskämpfen. Aber dies war ein großer Schritt für uns, da wir das erste Mal in einen Strafprozess verwickelt waren. Da wir eine Gruppe aus Hongkong sind, hatten wir die Befürchtung, dass das Gericht die Arbeiter härter bestrafen könnte. Doch wir hatten das Gefühl, etwas tun zu müssen, und arbeiteten sehr gewissenhaft. Im ersten Verfahren wurden die Arbeiter verurteilt. Die Anwälte legten daraufhin Widerspruch ein, und letztlich wurden alle freigesprochen. Das war außergewöhnlich, denn wenn man angeklagt wird, kommt man normalerweise mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % ins Gefängnis.

J.H.: Führten auch Gesundheits- und Sicherheitsthemen zu Protesten?

R.M.: Dazu kann ich Ihnen Beispiele geben, wie den Bericht über die Staublungenkrankheit in der Schmuckherstellung, den wir vor Gericht gebracht haben. Nachdem wir eineinhalb Jahre daran gearbeitet hatten, erreichten wir einen außergewöhnlichen Erfolg. Durch elf Fälle erhielten wir über 400 000 US\$ für die Angehörigen der Arbeiter, die an der Krankheit starben. Eines dieser Urteile war mit einer Entschädigung von etwa 60 000 US\$ verbunden – ein Rekord für China! In einem anderen Fall handelte es sich um Eryou Gem, einer Firma aus Hongkong. Hier ging es um Entschädigungszahlungen. Bei ihrem Protest hatten die Arbeiter eine Zugbrücke blockiert und gefordert, dass die gesamte Belegschaft eine korrekte medizinische Versorgung bekommen solle. Über Berufsunfälle und Krankheiten wird selten gesprochen. Die Gesundheit wird oft als individuelles Problem begriffen, aber sie betrifft zehn Millionen Arbeiter. Dadurch entstehen die verborgenen Kosten des chinesischen Wirtschaftswunders, die bezahlt werden müssen.

J.H.: Gestatten Sie mir eine Nachfrage zu Ihren Interventionen bei den Gerichtsverfahren. Können diese genutzt werden, um den Raum für Demokratie und für eine Zivilgesellschaft auszubauen? Ich habe über den Xianyang-Fall gelesen, bei dem Sie versucht haben, die Anerkennung einer unabhängigen Gewerkschaft oder zumindest einer Organisation im Rahmen des Allchinesischen Gewerkschaftsbunds (ACGB) zu erreichen.

R.M.: Dafür kann man nicht das Wort »unabhängig« verwenden. Unsere Organisation bemüht sich, unabhängige Gewerkschaften zu fördern, aber im Grunde wird in China jeder verhaftet, der dies versucht. Deshalb muss alles im Rahmen des ACGB laufen. Xianyang war ein faszinierender Fall, weil die Arbeiter die Gründung einer Organisation innerhalb des ACGB forderten. Das ist neu für China. Auch die Forderung, eine Organisation *innerhalb* des ACGB zu schaffen. Wir erleben immer mehr Streiks und andere Formen des Protests, bei denen dieses Thema an der Spitze der Forderungen steht.

Neben Xianyang gibt es mit der japanischen Unident Fabrik, die tragbare Telefone für den Hausgebrauch herstellt, einen ähnlichen Fall. Dort gab es über Monate eine Kampagne zur Bildung einer Gewerkschaft, bis unter mysteriösen Umständen der Hauptorganisator festgenommen wurde. Dies war einer der Anlässe, die zu einem Streik von etwa 16000 Arbeitern führte. Als der Streik begann, wurde die Forderung nach einer Gewerkschaft zum wichtigsten Thema. Er fand am Ende von landesweiten antijapanischen Protesten statt. In diesem Aufruhr erlaubte die japanische Firma die Bildung einer Gewerkschaft. Dadurch erhielten die Arbeiter eine eigene Interessenvertretung. Das Unternehmen behielt sich jedoch das Recht vor, die Besetzung des Betriebsrats zu bestimmen, wodurch die Gewerkschaft in der Bedeutungslosigkeit versank. Die Arbeiter waren frustriert. Solche Forderungen zeigen jedoch, dass sie beginnen, über höhere Löhne und Vergünstigungen hinaus zu denken. Nun wollen sie eine Organisation.

J.H.: Wenn wir auf die letzten zehn oder fünfzehn Jahre zurückblicken – gab es die Chance, den ACGB radikaler oder zumindest repräsentativer zu machen? In der Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung kam es in den 1920er Jahren beispielsweise zu einer Debatte, ob man eine unabhängige Organisation gründen oder der AFL beitreten sollte, um diese nach links zu treiben. Die Radikalen wurden Mitglieder der AFL, und während der Krise der 1930er Jahre spaltete sich eine neue Organisation ab, die CIO. Sehen Sie die Chance, aus dem ACGB eine aktivere Arbeiterorganisation zu machen, oder ist es in der jetzigen Situation nur möglich, die Interessen der Arbeiter innerhalb des gegebenen Systems wahrzunehmen?

M.Z.: Was innerhalb des ACGB passiert, hängt größtenteils von der Partei und nicht von den Gewerkschaften ab.

J.H.: Das ist also keine wirkliche Hoffnung?

M.Z.: Vielleicht. Theoretisch sollte der ACGB die Rechte der Arbeiter schützen. Er verfügt über 600000 hauptamtliche Funktionäre, und sie können nicht nichts tun mit dieser großen Zahl an Leuten. Was sie allerdings zur Zeit machen, ist weit von dem entfernt, was eine wirkliche Gewerkschaft tun sollte. Die Regierungspolitik besteht darin, einen Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit zu schaffen. Da der ACGB der Kommunistischen Partei unterstellt ist, müssen sie darüber nachdenken, wie sie etwas für die soziale Gerechtigkeit unternehmen können. Ein Beispiel dafür ist ihre Arbeit in Staatsbetrieben, in denen sie überall im Land Organisationen gegründet haben, die den Armen helfen sollen. Sie haben auch Büros zur Rechtshilfe eingerichtet. Diese unterstützen die Arbeiter bei Verfahren gegen die Unternehmen.

Das eigentliche Problem liegt jedoch im Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den Provinzregierungen. Die Zentralregierung und der ACGB wollen etwas für die soziale Gerechtigkeit tun, doch auf Ebene der Provinzregierungen und Kommunen will man das nicht umsetzen und ist nur an der wirtschaftlichen Entwicklung interessiert. Unter diesen Voraussetzungen kann die Zentralregierung und der ACGB den lokalen Arbeitern nicht helfen. Die geheimen Übereinkünfte

zwischen den Provinzregierungen und den Privatunternehmen führen dazu, dass diese losgelöst von der restlichen Gesellschaft handeln. Aber wo sind die Arbeiter in dieser Konstellation? Sie sind mittendrin. Selbst wenn die Zentralregierung und der ACGB die Rechte der Arbeiter verteidigen wollten, könnten sie nur wenig erreichen. Die Gewerkschaftsführung achtet immer mehr auf die Arbeiter, doch es passiert nur wenig.

J.H.: Es sieht so aus, als müsse es eine Diskussion innerhalb der Kommunistischen Partei über soziale Gerechtigkeit und über die Gewerkschaftszusammenarbeit geben.

M.Z.: Meiner Meinung nach werden die 87000 Proteste im letzten Jahr unterschätzt. Im vorigen Jahr wurden erstmals Statistiken veröffentlicht. Darin war von 74000 Protesten die Rede. Man sagte uns, dass es im Moment zehnmal so viele Arbeitskämpfe gäbe, wie noch vor zehn Jahren. Damals wären protestierende Arbeiter vermutlich festgenommen worden. Die Regierung hätte in jedem einzelnen Fall eine Form von politischer Herausforderung gesehen. Man hätte gesagt, dies seien »ernsthafte Probleme, die von Personen mit fragwürdigen Motiven missbraucht werden«, und es handle sich um eine »Verschwörung, um die Partei zu schwächen«. Aber mittlerweile ist der Druck groß. Wenn Sie heute in irgendeine Stadt in China gehen, gibt es dort vermutlich Proteste von Fabrikarbeitern. Die Regierung kann nicht mehr jeden einzelnen Fall als politische Herausforderung betrachten. Langsam beginnt man zu begreifen, dass es ein wirkliches Problem mit der sozialen Spaltung gibt.

Auch offiziell wird die Tatsache anerkannt. Präsident Hu Jintao und besonders Premierminister Wen Jiabao haben in den letzten drei Jahren wiederholt den großen Erfolg der ökonomischen Entwicklung angepriesen. Nun müssen sie ihre Aufmerksamkeit auf den »Aufbau einer harmonischen Gesellschaft« richten. Dies ist zu einem Schlagwort geworden, das – wenn man es übersetzt – so viel bedeutet wie »Wir sind sehr erschrocken und entsetzt über die wachsende soziale Ungleichheit und soziale Unruhe. Wir haben eine instabile Gesellschaft, und es wird schlimmer.« Zumindest ist die politische Anerkennung dieser Tatsache sehr wichtig und ein Schritt vorwärts.

Freilich ist die eigentliche Frage, ob die Regierung nun Maßnahmen ergreift, um die soziale Ungerechtigkeit einzudämmen. Ich denke, sie macht es nicht. Aber der Punkt ist, dass die Äußerungen über die harmonische Gesellschaft und soziale Ungerechtigkeit es den Provinzregierungen erlauben, die einzelnen Proteste als normalen Teil der kapitalistischen/sozialistischen Volkswirtschaft zu begreifen und damit umzugehen. Es ist keine politische Herausforderung. Sie gehen nicht hin und verhaften alle. Nur wenn die Proteste groß sind, wie im Xianyang-Fall, ist es wahrscheinlicher, dass mit Repression geantwortet wird. Die Hauptstrategie der Regierung besteht darin, die einzelnen Proteste zu isolieren, um zu verhindern, dass diese sich verbreitern. Solange die Proteste innerhalb eines Betriebes bleiben und sich nicht in andere Unternehmen oder Städte ausbreiten, werden sie nicht als Politikum behandelt.

Die Spaltungslinien in den Gewerkschaften existieren auch in der Partei. Auch hier bestehe der eigentliche Konflikt nicht innerhalb des Zentralkomitees, sondern zwischen den Zentralregierungen und den Provinzen. Die lokalen Regierungen haben zunehmend eigene wirtschaftliche und politische Interessen. Wenn Premierminister Wen Jiabao kommt und mit Wanderarbeitern oder anderen Bevölkerungsgruppen spricht, sagt er danach zu den lokalen Beamten »Beheben Sie das!« In den Zeitungen heißt es dann: »Premier Wen veranlasst, dass Wanderarbeiter gut behandelt werden müssen.« Wenn er dann wieder geht, ist es jedoch zweifelhaft, ob die Arbeiter wirklich ihr verlangtes Geld bekommen oder ob ihre Beschwerden Gehör finden. So sieht es aus. Wenn er wieder geht, wird alles von den Provinzregierungen ignoriert, und sie wenden sich wieder dem Tagesgeschäft zu.

J.H.: Gibt es eine Teilung zwischen Globalisierern und Nationalisten? Sind manche Regionen eher neoliberal und an transnationales Kapital gebunden, während die Zentralregierung eher die nationale Modernisierung propagiert? Oder finden sie sich alle im transnationalen Kapitalismus zusammen?

M.Z.: Die Provinzregierungen sind sehr stark von transnationalem Kapital abhängig und räumen ausländischen Unternehmen eine ganze Reihe von Sonderkonditionen ein. Die betreffenden Unternehmen tragen zu einem großen Teil zum Wachstum des Bruttosozialprodukts bei. Gleichzeitig sind sie auch dafür verantwortlich, dass die Entwicklung der nationalen Kapitalfraktionen unterdrückt wird. Nehmen wir z.B. den Export in der Automobilindustrie. China ist in der Lage, ein paar seiner Lastwagen zu exportieren, aber immer noch nicht seine Autos.

J.H.: Steht Hu Jintao eher für ein nationales Entwicklungsprojekt bzw. für die nationale Kapitalistenklasse?

M.Z.: Nein, so kann man das nicht sagen. Die Strategie für ausländische Direktinvestitionen wird von der Zentralregierung festgelegt. Dort freut man sich über das Wachstum des BSP. China ist auf einen Kurs festgelegt, bei dem dieses Wachstum bei 8 % jährlich bleiben muss. Wenn das nicht so ist, wird es durch die hohe Arbeitslosigkeit massive soziale Probleme geben. Die Betroffenen müssten dann zumindest eine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Wenn man sich die UN-Statistik anschaut, kann man erkennen, dass China zu den Staaten gehört, die am wenigsten ihres BSP für Gesundheit und Bildung ausgeben. Das ist ein Skandal. Jedes Jahr kommen etwa 20 Millionen neue Menschen auf den Arbeitsmarkt. Die Regierung verfolgt ihren Wachstumskurs stur weiter, da sie keine alternative politische Strategie hat.

Nach den Protesten am Platz des Himmlischen Friedens gibt es eine Form von »New Deal«, bei dem die Parteiführung im Endeffekt sagt: »Solange Ihr, die Bevölkerung, Euch aus der Politik heraushaltet, werden wir Euch erlauben, reich zu werden.« Grundsätzlich ist das immer noch die Strategie. Die Legitimität der Regierung beruht auf ihrer Fähigkeit, den Konsum zu fördern. Sie haben keine Notlösung, falls es eng wird. Das ist wirklich gefährlich: Wenn es plötzlich eine

weltweite Rezession gibt und die Nachfrage nach chinesischen Produkten einbricht, käme es zu einer wirtschaftlichen Katastrophe, und eine politische und soziale Krise wäre die unmittelbare Folge.

J.H.: Lassen Sie mich auf eine mögliche alternative Entwicklungsstrategie hinweisen und fragen, ob diese auch in der Partei diskutiert wird. In China werden allmählich die Arbeitskräfte knapp, und die Löhne beginnen zu steigen. Wenn die Politik der Zentralregierung die Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten verbessert und den Urbanisierungsprozess verlangsamt, steigert dies den Druck der Industriearbeiter für eine bessere Bezahlung in den Städten. Zusätzlich wird die Massenkaukraft gesteigert und der Binnenmarkt gestärkt. Insgesamt wird die Entwicklung stärker durch interne Dynamiken beeinflusst, als durch die Exportmärkte. Dies würde eine größere Stabilität erzeugen, was ein großes Anliegen der Regierung ist. Wäre das eine Alternative für China?

R.M.: China hat eine sehr hohe Sparquote, weil die Sozialleistungen im Laufe der Wirtschaftsreformen drastisch gekürzt wurden. Die meisten Menschen haben keine Rente oder richtige Krankenversicherung. Eine schwere Erkrankung kann eine Familie in den Ruin treiben. Bildung kostet mittlerweile auch sehr viel Geld. Viele ländliche Familien können es sich nicht leisten, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Auch wenn das Schulgeld nur zwischen 300 und 500 Yuan im Jahr liegt – arme Familien haben ein Jahreseinkommen von gerade mal 1 000 Yuan, der Durchschnitt liegt bei etwa 3 000 Yuan. Die Leute wollen ihr Ersparnis nicht ausgeben. Daher ist Chinas Wirtschaft auf den Export angewiesen. Was wirklich fehlt, sind Verbraucher. Man denkt nun, man könne die chinesische Bevölkerung dazu überreden, Geld auszugeben und mehr zu kaufen, um so eine stabilere Wirtschaft zu erzeugen und ein gesünderes Wachstum zu erreichen. Einfache Chinesen werden ihr Geld aber nicht ausgeben, weil sie es sparen müssen, um ihre grundlegende soziale Sicherheit zu gewährleisten. Es mangelt an sehr vielem. Das politische System müsste ebenfalls reformiert werden.

J.H.: Ein Mehrparteien-System?

R.M.: Das ist noch weit in der Zukunft. Im Moment wird von Demokratie innerhalb der Partei gesprochen. Lokale Wahlen sollen ausgeweitet und Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit abgelegt werden. In Hongkong gibt es zwar keine Demokratie, aber es gibt einen Rechtsstaat und Freiheit. Hier war vermutlich die Schaffung einer unabhängigen Kommission gegen Korruption entscheidend. Sie ist eine wirklich machtvolle Instanz, unabhängig von der Regierung, und sie verfolgt Korruption rücksichtslos. In China dagegen wird im Vergleich zum Jahre 1989 über Korruption kaum mehr berichtet. Damals war sie vermutlich die größte Quelle öffentlicher Unruhe. Nun ist sie viel größer und hat sich im politischen System festgesetzt. Geld fließt in überflüssige Infrastrukturmaßnahmen, nur um das Ansehen einer Stadtverwaltung zu steigern. Große Gebäude bleiben halb leer, weil die Nachfrage nach Büroflächen zu gering ist. Diese Probleme entstehen, weil es keine

öffentliche Verantwortung und keine demokratische Kontrolle staatlichen Handelns gibt. Die Führung verfolgt zunehmend unternehmerische Ziele und verkommt zur politischen Elite.

Wir sprachen eben über die Rolle des nationalen Kapitals. Nun, damit nationales Kapital Erfolg hat, muss es ein gutes Verhältnis zur lokalen Partei haben. Ohne das gibt es keine Bankkredite. Die meisten Darlehen der vier größten chinesischen Banken gehen an staatliche Unternehmen. Es wird gesagt, dass viele Unternehmen privatisiert wurden. Meist wurden sie jedoch nur umstrukturiert und sind nach wie vor defizitär. Ein großer Teil des ›Investitions-Kapitals‹ geht dorthin und nicht in private Unternehmen, außer sie haben eine enge politische Beziehung zur lokalen Partei oder zu Regierungsbehörden.

J.H.: Eine letzte Frage. In den USA ist die herrschende Klasse geteilt in Globalisierer und Nationalisten. George Bush und der militärisch-industrielle Komplex stehen für den aggressivsten nationalistischen und imperialistischen Teil. Sie sehen in China einen strategischen Feind. Die Globalisierer sehen China hingegen als strategischen Partner. Wie lässt sich also die Arbeiterklasse in China und gleichzeitig China gegen den westlichen Imperialismus verteidigen?

M.Z.: Die Anwesenheit transnationaler Konzerne in China dürfte im Großen und Ganzen gut für die Arbeiter sein. Sie bringen eine ganze Reihe von Wissensressourcen und gewerkschaftlichen Standards mit. Einige ihrer Fabriken haben bescheidende Gewerkschaftsverträge, denen eine demonstrative Funktion zukommen könnte. Zusätzlich haben heute die meisten von ihnen eigene Verhaltensregeln. Im besten Fall wird dies eine erzieherische Funktion auf Unternehmen aus Hongkong, Macao und Taiwan ausüben, die bisher keine internationalen Standards einhalten. Dies kann genutzt werden, um den Druck auf Unternehmen zu erhöhen, Menschen- und Arbeiterrechte zu respektieren.

J.H.: Vielen Dank.

Aus dem Amerikanischen von Stephan Scheuer

Minqi Li

Der Aufstieg Chinas und das Zeitalter des Übergangs

Die wachsende Bedeutung Chinas für die kapitalistische Weltwirtschaft wirft einige wichtige Fragen auf. *Erstens* steht zur Debatte, wie sich die Sozialstruktur Chinas verändert, wenn das Land eine andere Position im Weltsystem einnimmt. Nach einer gängigen Sichtweise wird China zunehmend »modernisiert« und »entwickelt« werden. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis China eine stabile und reiche »Mittelklassegesellschaft« werde. Eine Forschungsgruppe der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften führte beispielsweise zwischen 1999 und 2001 eine von höchster Stelle der KPCh in Auftrag gegebene Studie zur »Entwicklung der gegenwärtigen Sozialstruktur« in China durch. Sie sagt voraus, dass die Mittelschichten mit der Industrialisierung, Informatisierung und Urbanisierung weiter wachsen und letzten Endes zur wichtigsten stabilisierenden sozialen Kraft in der modernisierten chinesischen Sozialstruktur werden (CASS 2001, 2002). – *Zweitens* fragt sich, wie andere Länder der Peripherie oder Semiperipherie betroffen werden, wenn China in der Hierarchie des Weltsystems »aufsteigt«. In diesem Zusammenhang ist die Größe Chinas von besonderer Bedeutung. Das kapitalistische Weltsystem ist eine ungleiche, hierarchische Ordnung, in der Reichtum und Macht stets an der Spitze konzentriert waren. Muss Chinas Aufstieg bei der gegebenen Struktur des kapitalistischen Weltsystems nicht schon wegen der enormen Größe des Landes ernsthafte Auswirkungen auf andere periphere und semi-periphere Staaten haben? – *Drittens* wird die Frage gestellt, ob China die nächste Hegemonialmacht werden wird. Wenn das 20. Jh. als das »Amerikanische Jahrhundert« galt, wird das 21. das »Jahrhundert Chinas«? In *Chaos and Governance in the Modern World System* (1999) verbindet Giovanni Arrighi große Hoffnungen mit der Renaissance der Chinesischen Zivilisation. Arrighi hofft, dass die Wiederkehr einer auf China zentrierten Zivilisation Lösungen für die von der US-Hegemonie hinterlassenen Probleme des Weltsystems bietet und die moderne Welt in ein Commonwealth der Zivilisationen überführt. – *Viertens* fragt sich, wie die Dynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft beeinflusst werden wird? Immanuel Wallerstein hat argumentiert, dass das moderne Weltsystem in eine strukturelle Krise eintritt. Mit der Entwicklung des Systems hätten sich einige langfristige Trends abgezeichnet, die seine Anpassungsfähigkeit nun asymptotisch erschöpfen. Wir befinden uns demnach in einem Zeitalter des Übergangs, an dessen Ende das existierende System von einem oder mehreren anderen ersetzt werden wird. Welche Implikationen hat der »Aufstieg Chinas« in diesem Zeitalter des Übergangs?

I.

China ist nach wie vor ein Land der Peripherie. Seine Position in der kapitalistischen Weltwirtschaft spiegelt sich in seiner Position in den globalen Wertschöpfungsketten und seiner Klassenstruktur wider. Betrachten wir exemplarisch die Produktion von »sprechenden« Globen für Kinder¹. Ein solcher Globus wird in den USA für 88 US-Dollar verkauft. Die primären Kosten für die Produktion in Jiangsu und Guangdong liegen bei 12 Dollar. Die dortigen Produktionsbetriebe verkaufen ihr Produkt für 15 Dollar an eine Außenhandelsgesellschaft in Guangdong. Diese verkauft das Produkt für 20 Dollar an eine Handelsgesellschaft in Hongkong, die es für 40 Dollar an den Markeninhaber in den USA verkauft. Dieser verkauft den Globus schließlich für 72 Dollar an den Einzelhandel. In diesem Beispiel eignen sich die Produzenten und Händler auf dem chinesischen Festland nur 10,5% des Wertprodukts an. Hongkong, das eine semi-periphere Stellung im Weltsystem einnimmt, werden 26,3% zuteil, und den USA, dem hegemonialen Staat im Zentrum des Weltsystems, 63,2% des Wertprodukts. Ähnlichen Schätzungen zufolge verbleiben für jeden Dollar an Produktenwert, den China in die USA exportiert, 20 Cent in Unternehmen aus Taiwan oder Hongkong. Auf us-amerikanische Markeninhaber und Händler entfällt der Großteil des Gewinns, da das Produkt im US-Einzelhandel einen Preis von 4-5 Dollar erzielt (Xie 2003). Die Verteilung des Werts in diesen Beispielen stimmt mit dem überein, was wir generell in den globalen Wertschöpfungsketten beobachten können. Die Staaten des Zentrums erhalten den Löwenanteil, während auf die Staaten der Peripherie und Semiperipherie kleinere Anteile des Marktwerts entfallen, der in den globalen Wertschöpfungsketten produziert wird.

Bezüglich der Klassenstruktur lässt sich sagen, dass China einen für periphere Länder typischen relativ geringen Proletarisierungsgrad aufweist. Das Proletariat im engeren Sinne, d.h. die mehr oder minder qualifizierten Lohnarbeiter des urbanen Raums, die gewöhnlich im »formellen Sektor« vollzeitbeschäftigt sind und ihr Geld ganz oder fast vollständig aus der Lohnarbeit beziehen, umfasst in China 12% der Bevölkerung. In Brasilien, einem semiperipheren Land, sind dies 18%, in den USA 45%². Vom Proletariat im engeren Sinne ist das Halbproletariat zu unterscheiden. Diesem sind die Lohnarbeiter des urbanen Sektors ohne besondere Qualifikationen zuzurechnen, die gewöhnlich unsichere oder Teilzeitjobs haben und häufig arbeitslos sind. Ihre Lohneinkommen reichen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse nicht aus. Sie müssen im »informellen Sektor«, im Kleinhandel oder in der einfachen Warenproduktion arbeiten, um ihr Einkommen aufzubessern. In der Peripherie und Semiperipherie sind viele halbproletarische Arbeiter Wanderarbeiter, die zeitweise

-
- 1 Das Beispiel wurde von Ma Jiantang in einer Rede auf dem »Strategic Forum of Transnational Corporations in China« 2002 präsentiert. Ma ist Stellvertretender Generalsekretär der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission Chinas (vgl. Shijie Ribao bzw. The World Journal, 15.12.2002, A9).
 - 2 Diese und die folgenden Schätzungen basieren auf den Daten von Gilbert/Kahl 1992, ECLAC 1994, Wright 1997 und CASS 2002.

in den Städten und zeitweise auf dem Land leben. Ein bedeutender Teil ihrer realen Einkommen stammt aus ländlicher Familienproduktion. In China sind dieser Klasse 28 % der Bevölkerung zuzurechnen, in Brasilien 47 % und in den USA 25 %.

Ebenfalls vom Proletariat im engeren Sinne zu unterscheiden ist die Mittelklasse, die sich aus hoch qualifizierten Fachkräften, Technikern und Managern zusammensetzt, die bis zu einem gewissen Grade Kontrolle über den Einsatz ihrer Arbeitskraft besitzen und deren Arbeit generell schwierig zu überwachen ist. Sie übernehmen wichtige ökonomische und soziale Funktionen und sind von strategischer Bedeutung für das kapitalistische System. Um sich ihrer stetigen Mitarbeit zu versichern, müssen die Kapitalisten ihnen einen ›Loyalitäts-Bonus‹ zahlen, so dass ihr Verdienst signifikant über dem anderer Lohnarbeiter liegt. Diese Erwerbstätigen führen ein materiell relativ privilegiertes Leben und bilden so die ›mittlere Klasse‹ zwischen den Kapitalisten und den anderen arbeitenden Klassen. In China sind gegenwärtig 9 % der Bevölkerung der Mittelklasse zuzurechnen, in Brasilien 10 %, während es in den USA 20 % sind.

Die umfangreichste Klasse in China sind mit 44 % der Bevölkerung nach wie vor die Bauern, die in den ländlichen Regionen lebenden Kleinproduzenten von Agrargütern. In Brasilien sind 12 % der Bevölkerung Bauern, in den USA ist ihre Zahl vernachlässigbar. In der Peripherie und Semiperipherie gehören Bauern und Halbproletarier oft zu denselben Haushalten. Viele halbproletarische Arbeiter verbringen einen Teil ihrer Lebenszeit als Bauern, und umgekehrt. Im Kontext der Peripherie und Semiperipherie können die Bauern in dem Maße als Halbproletariat gelten, wie sie die ländliche Reservearmee für die städtischen unqualifizierten Lohnarbeiter bilden. Die restliche Bevölkerung schließlich umfasst die Bourgeoisie und ihre Eliten sowie das Kleinbürgertum (in China 7 % der Bevölkerung, in Brasilien 11 %, in den USA 10 %).

Was wird geschehen, wenn China sich weiterhin zur Werkstatt der Welt entwickelt? Wir werden wahrscheinlich Zeugen der größten Proletarisierungswelle, die die Welt je gesehen hat. Chinas Klassenstruktur wird sich fundamental verändern. Der Anteil der proletarischen und halbproletarischen Lohnarbeiter an der Gesamtbevölkerung wird sich substantziell erhöhen. Innerhalb von ein oder zwei Generationen könnte der Proletarisierungsgrad in China das aktuelle Niveau Lateinamerikas oder der semiperipheren Staaten Südostasiens erreichen. In diesem Fall würden die chinesischen Arbeiter ein der Semiperipherie entsprechendes Lohnniveau und die entsprechenden politischen und sozialen Rechte einfordern. Diese Forderungen und die wachsende Verhandlungsmacht des Proletariats und Halbproletariats werden großen Druck auf das chinesische Akkumulationsregime ausüben. Um diesem Druck standzuhalten, muss China sich als stabiler und sicherer semiperipherer Staat im Weltsystem etablieren. Ist das wahrscheinlich? Hier sind verschiedene Szenarien vorstellbar.

II.

Für die kapitalistische Weltwirtschaft liegt das Problem in der ungeheuren Größe Chinas. China hat eine größere erwerbstätige Bevölkerung als alle Staaten des Zentrums oder alle semiperipheren Staaten zusammengenommen. Sollte China

sich voll als semiperipherer Staat etablieren, der mit allen anderen gegenwärtigen semiperipheren Staaten um die der Semiperipherie entsprechenden Wertschöpfungsketten bzw. Produktionsabschnitte konkurriert, muss diese Konkurrenz schließlich zur Konvergenz der Löhne und Profitraten zwischen China und den semiperipheren Staaten führen. Angesichts der enormen Größe der arbeitenden Bevölkerung Chinas ist es durchaus möglich, dass China das relative Monopol der existierenden semiperipheren Staaten in bestimmten Wertschöpfungsketten völlig unterminieren wird, was diese Staaten dazu zwingen könnte, niedrigere Löhne nahe den chinesischen zu akzeptieren. Die Verwirklichung dieses Szenarios hätte die weitere Polarisierung des kapitalistischen Weltsystems zufolge, zwischen einem kleinen, überaus privilegierten und reichen Zentrum und einer großen Zahl peripherer Staaten mit mehr oder weniger ähnlicher Einkommens- und Sozialstruktur, welche die große Mehrheit der Weltbevölkerung umfassen. In diesem Szenario werden mit hoher Wahrscheinlichkeit schwerwiegende Probleme auftreten. Erstens ist fraglich, ob die vormals semiperipheren Staaten den internen politischen Druck überstehen, der aus einer äußerst proletarisierten Arbeiterklasse resultiert, die ihres bisherigen Lohnniveaus sowie ihrer politischen und sozialen Rechte beraubt wird. Zweitens taucht die Frage auf, ob das Weltsystem selbst die voraussichtliche politische Instabilität überleben kann, wenn die traditionelle »Mittelklasse« dieser globalen Ordnung – die Staaten der Semiperipherie – eliminiert wird.

In *The Age of Transition* sagte Wallerstein (1996) voraus, dass der Großteil des Kapitals in der kommenden globalen ökonomischen Expansion weiterhin in den »Norden« fließen werde und China und Russland wahrscheinlich zu bevorzugten Zielen für Investitionen avancieren. Er stellte sich die Frage: Wie viel wird für den Rest der Welt übrig bleiben? Um den gegenwärtig zu beobachtenden Kapitalbewegungen gerecht zu werden, braucht man nur Russland durch Indien ersetzen. Falls es China gelingt, sich in ein relativ wohlhabendes semiperipheres Land zu verwandeln, und wir es nicht nur mit dem »Aufstieg« Chinas, sondern auch Indiens zu tun haben – wird diese Welt eine bessere werden? Im Gegenteil, es könnte viel schlimmer werden. Der »Aufstieg« Chinas und Indiens impliziert, dass diesen Ländern ein wachsender Anteil am weltweiten Einkommen und Wohlstand zukommt. Wenn China aufsteigt, müssen einige der anderen Länder absteigen, zumindest relativ gesehen und möglicherweise auch absolut. Angenommen, die Weltwirtschaft würde von 2005 bis 2025 im Einklang mit dem historischen Trend um 3,5 % jährlich wachsen, während der Marktwert des chinesischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 7,5 % jährlich und der des indischen um 5,5 % jährlich wachsen würde. Dann würde der Anteil Chinas am globalen Sozialprodukt bis 2025 von 4,5 % auf 9,6 % steigen, der Indiens von 1,7 % auf 3,0 %. Würde der Rest der Welt in der Zwischenzeit mit einer einheitlichen Wachstumsrate von 3,1 % jährlich wachsen, während das Bevölkerungswachstum in den Ländern mit niedrigem Einkommen bei 2 % läge, so ergäbe sich in den armen Ländern ein Wachstum des BIP pro Kopf von 1,1 %. In Kaufkraftparitäten ausgedrückt wäre die Umverteilung zugunsten Chinas und Indiens noch prägnanter: Bei Wachstumsraten des BIP von 7,5 % in China und 5,5 % in Indien

würde der Anteil Chinas am globalen Sozialprodukt bis 2025 auf 29,9% steigen, der Indiens auf 10,7%. Die durchschnittliche implizite Wachstumsrate des BIP für den Rest der Welt wäre 2,0%. Bei einem Bevölkerungswachstum in den armen Ländern von 2% würde das BIP pro Kopf dort stagnieren.

Nimmt man überdies an, dass die Länder mit hohem Einkommen ihren gegenwärtigen Anteil am weltweiten Sozialprodukt von 80% (zu Marktwerten; in Kaufkraftparitäten: 55%) halten können, so wären die Auswirkungen des Aufstiegs Chinas und Indiens für die anderen Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen nichts als ein Desaster. Ihr Sozialprodukt würde zu Marktwerten um 0,3% jährlich wachsen, während es in Kaufkraftparitäten ausgedrückt um 6,1% jährlich schrumpfen würde. Ihr Anteil am globalen Sozialprodukt würde von 13,8% im Jahr 2005 auf 7,4% im Jahr 2025 zurückgehen. In Kaufkraftparitäten ausgedrückt, würde ihr Anteil am globalen Sozialprodukt sogar von 25% auf 4,4% sinken. Ihr Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu Marktwerten würde um 1,7% jährlich schrumpfen, in Kaufkraftparitäten sogar um 7,9% jährlich. Auch wenn man eine höhere Wachstumsrate des globalen Sozialprodukts von 4% statt 3,5% jährlich unterstellt, würde das BIP pro Kopf in den armen Ländern bei ansonsten gleichen Bedingungen sinken.

Die Überwindung von Überakkumulationskrisen ging historisch mit der Herausbildung von Hegemonialmächten einher, die die Führung des weltweiten Akkumulationsprozesses auf immer größerer und umfassenderer Basis übernahmen. Sie verfügten politisch über immer komplexere organisatorische Fähigkeiten, stützten sich auf immer größere Territorien und immer vielfältigere Ressourcen (Arrighi 1994). Nun befindet sich der »systemische Akkumulationszyklus« unter US-Hegemonie laut Arrighi im Stadium seines Niedergangs; es gibt jedoch keinen Staat mehr, der realistische Hoffnungen hegen kann, als nächstes die Führung der kapitalistischen Weltwirtschaft zu übernehmen. Arrighi zeichnet drei mögliche Szenarien. Erstens könnte sich die US-Hegemonie in ein globales Imperium verwandeln. Zweitens könnte Ostasien die Führung der Weltwirtschaft unter der militärischen Protektion der USA übernehmen. Drittens könnte die Welt im Chaos versinken. In dem Maße, in dem der Aufstieg Asiens und insbesondere Chinas das gegenwärtige Weltssystem durch stärkeren Konkurrenzdruck auf den Rest der Semiperipherie und Peripherie wahrscheinlich eher destabilisiert als revitalisiert, bleibt uns bei Arrighis Szenarien nur die unangenehme Wahl zwischen einem globalen Imperium und globalem Chaos.

Darüber hinaus übt der »Aufstieg Chinas« zur industriellen Werkstatt der ganzen Welt untragbaren Druck auf die Umwelt aus. Er hat die Entwicklung der globalen ökologischen Krise enorm beschleunigt. Abgesehen von allen anderen Problemen könnte schon alleine dies die Möglichkeit einer weiteren Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft unter chinesischer Hegemonie ausschließen. »Chinas Aufstieg«, d.h. ein China, das zum Zentrum der globalen kapitalistischen Industrieproduktion avanciert, wird voraussichtlich zunehmend größeren Druck auf die Umwelt ausüben (vgl. dazu ausführlich Wen in diesem Band). Brown prognostiziert, dass China seine einstmals großen Getreidereserven bald aufgebraucht haben wird und mit seinem Drängen auf den globalen Getreidemarkt die Lebensmittelpreise weltweit in die

Höhe treiben wird. Während der 1990er Jahre ist China vom Nettoölexporteur zum Nettoimporteur geworden. Bei gleichbleibenden Trends ist zu erwarten, dass China 2020 mehr als die Hälfte und 2050 80 % seines Ölverbrauchs durch Importe decken wird (Shao 2001). Solch eine Entwicklung hätte nicht nur ernste Konsequenzen für die Umwelt, sondern auch für die globale Geopolitik. 1996 lagen Chinas Kohlendioxidemissionen bei 63 % des us-amerikanischen Niveaus. Da die chinesische Wirtschaft weiter schnell wächst, könnte sie den USA bald den Rang des größten Kohlendioxidproduzenten mit dem größten Beitrag zur Erderwärmung ablaufen.

III.

Die menschliche Zivilisation auf erneuerbare Energien zu gründen, ist sicherlich möglich. Um die globale Erwärmung und ökologische Katastrophen zu verhindern, nützt es nichts, auf einen magischen technologischen Wandel zu hoffen; der direkteste und sicherste Weg ist, den globalen Prozess der Kapitalakkumulation zu stoppen und umzukehren. Wenn die Verteilung von Einkommen und Vermögen weltweit radikal ausgeglichen wird, sollte es keine technischen Schwierigkeiten geben, die Grundbedürfnisse eines jeden zu befriedigen, selbst wenn Konsumtion und Produktion drastisch reduziert werden, um sie auf einem ökologisch nachhaltigen Niveau zu stabilisieren. Unter keinen Umständen wird eine solche Lösung aber aus den Bewegungsgesetzen des existierenden Weltsystems erwachsen. Das existierende Weltsystem ist eine Weltwirtschaft mit multiplen politischen Strukturen (Staaten). Folglich steht das ganze System vor einem klassischen Gemeingüterproblem oder ›Gefangenendilemma‹. Jeder einzelne Staat, der ökologische Anpassungsmaßnahmen ergreift, leidet unter den steigenden Kosten und manövriert sich auf dem Feld der weltweiten Kapitalakkumulation in eine nachteilige Position gegenüber anderen Staaten. Andererseits ist internationale Zusammenarbeit nicht gewaltsam durchsetzbar und hat nur wenig Aussicht auf Erfolg.³ In dem Maße, wie die Zentrumsländer eine gewisse Monopolstellung auf den Weltmärkten innehaben, können sie einige Anpassungen vornehmen und wenigstens einen Teil der Kosten durch ungleiche Austauschverhältnisse auf die peripheren und semiperipheren Staaten abwälzen. Diese Option existiert für die peripheren und semiperipheren Staaten nicht.

Nach Wallerstein (1998) hängt der Ausgang der aktuellen Transformation von dem politischen Kampf zweier Lager ab: dem Lager derer, die die Privilegien des existierenden ungleichen Systems erhalten wollen (die alles verändern wollen, damit sich nichts ändert), und dem Lager derer, die ein bedeutend demokratischeres und egalitäreres System aufbauen wollen. Das Ergebnis ist unvorhersehbar. In seinen früheren Arbeiten glaubte Wallerstein, wir lebten im Zeitalter des Übergangs von der kapitalistischen Weltwirtschaft zur zukünftigen sozialistischen Weltregierung.

3 Zum Fehlschlagen des Kyoto-Protokolls, dem internationalen Abkommen zur Senkung der Treibhausgasemissionen, und den Grenzen ökologischer Reformen im Kapitalismus siehe Foster 2002.

Was wäre eine sozialistische Weltregierung? Sie wäre umverteilend und nicht markt-basiert. Sie wäre eher »Regierung« als »Imperium« und daher demokratisch und egalitär, oder zumindest demokratischer und egalitärer als das Weltsystem, das wir kennen. Ich sehe nicht, warum die sozialistische Weltregierung nicht wünschenswert und kein realistisches Ziel im gegenwärtigen Zeitalter des Übergangs sein sollte.

Aus dem Amerikanischen von Frido Wenten

Literatur

Arrighi, Giovanni, *The Long Twentieth Century*, London 1994

ders., u. Beverly J. Silver, *Chaos and Governance in the Modern World System*, Minneapolis-London 1999

Brown, Lester R., *Plan B: Rescuing a Planet under Stress and a Civilization in Trouble*, New York-London 2003

CASS: Research Group of the Chinese Academy of Social Sciences, *Dangdai Zhongguo Shehui Jieceng Yanjiu Baogao* (Bericht über eine Untersuchung zur gegenwärtigen Sozialstruktur Chinas), Peking 2001

dies., »Zhongguo Muqian Shehui Jieceng Jiegou Yanjiu Baogao« (Forschungsbericht über die gegenwärtige Sozialstruktur Chinas), in: Ru Xin, Lu Xueyi u. Li Peilin (Hg.), *Shehui Lanpishu 2002: Zhongguo Shehui Xingshi Fenxi yu Yuce* (Soziales Blaubuch 2002: Analysen und Prognosen zu den gesellschaftlichen Bedingungen Chinas), Peking 2002, 115-32

ECLAC, *Social Panorama of Latin America*, Santiago de Chile 1994

Foster, John Bellamy, *Ecology against Capitalism*, New York 2002

Gilbert, Dennis, u. Joseph A. Kahl, *The American Class Structure*, Belmont 1992

Shao, Zhen, »Nengyuan« (Die Energie), in: *Zhongguo Huanjing yu Fazhan Pinglun* (Chinesische Zeitschrift für Umwelt und Entwicklung), Bd. 1, Peking 2001, 191-203

Wallerstein, Immanuel, »The Global Possibilities. 1990-2025«, in: Terence K. Hopkins, Immanuel Wallerstein u.a., *The Age of Transition: Trajectory of the World System 1945-2025*, London-New Jersey 1996, 226-43

ders., *Utopistics: Or, Historical Choices of the Twenty-First Century*, New York 1998

Wen, Dale Jiajun, »Chinas ökologische Krise und die Entstehung von Umweltbewegungen«, in diesem Band

Xie, Andy, »China: Still No to RMB Revaluation«, in: *The Morgan Stanley Global Economic Forum*, 5.9.2003

Dale Jiajun Wen

Chinas ökologische Krise und die Entstehung von Umweltbewegungen

Das spektakuläre Wirtschaftswachstum in China von durchschnittlich 9,4 % pro Jahr zwischen 1978 und 2004 ist eine der dramatischsten weltwirtschaftlichen Entwicklungen des letzten Vierteljahrhunderts. In der Geschichte der Weltwirtschaft gab es keine andere große Volkswirtschaft, die so lange so schnell gewachsen ist. Infolgedessen kommen auf China, gemessen nach Kaufkraftparität, 15 % der weltweiten Produktionsleistung und ein Drittel des weltweiten Wirtschaftswachstums seit dem Jahr 2000. Doch für diesen Boom zahlt das Land einen hohen ökologischen Preis. Seine Pro-Kopf-Ausstattung mit natürlichen Ressourcen ist gering angesichts einer Bevölkerung von 1,3 Mrd. So besitzt es nur zwischen einem Drittel und der Hälfte des globalen Durchschnitts an kulturfähigem Land pro Kopf; an Wasserressourcen nur ein Viertel und an Ölvorräten sogar nur ein Achtel. Chinas Biokapazität beträgt dem von WWF und UNEP verfassten *Living Planet Report* von 2004 zufolge nur 0,8 globale Hektar pro Person, was 37 % des Weltdurchschnitts (2,2 gha/Person) entspricht. Zudem werden diese begrenzten Ressourcen schlecht verwaltet. China wird nicht nur zur Werkbank der Welt, sondern auch zu ihrer Müllkippe.

1. Ökologische Krise

Luftverschmutzung. – In China befinden sich sieben der zehn am stärksten verschmutzten Städte der Welt, und 300 000 Todesfälle pro Jahr lassen sich auf die Luftverschmutzung zurückführen (Wang u.a. 2002). Das sind 40 % der Gesamtzahl aus allen Entwicklungsländern und mehr als doppelt soviel wie im ähnlich bevölkerungsreichen Südasien. Etwa ein Drittel des Landes ist von saurem Regen betroffen. Zwar hat der Wechsel von Kohle zu Öl als Brennstoff die Luftverschmutzung in den Städten reduziert, aber der massenhafte Umstieg vom Fahrrad und den öffentlichen Verkehrsmitteln auf Privatautos während der letzten Jahre hat die positiven Effekte nicht nur neutralisiert, sondern das Problem noch verschärft. Während viele multinationale Automobilkonzerne dies als Gelegenheit sehen, ›grüne Fahrzeugtechnik‹ nach China zu verkaufen, müsste angesichts überhandnehmender Verkehrsstaus eigentlich die ganze Strategie eines automobilorientierten Wachstums und entsprechender Stadtplanung überprüft werden. Im Jahr 2004 war China der weltweit viertgrößte Produzent und drittgrößte Abnehmer von Autos. Ihre Anzahl steigt jährlich um 19 %, und sauberere Technik wird zu keiner Luftverbesserung führen, wenn dieses Wachstum nicht zurückgeht. Besonders angesichts steigender Ölpreise wird der Trend sicher nicht anhalten können.

Wasserknappheit und Wasserverschmutzung. – China ist konfrontiert mit einer der schlimmsten Wasserknappheiten der Welt. Nördlich des Jangtse-Beckens, im ›trockenen Norden‹ des Landes, befinden sich 45 % der Bevölkerung, zwei Drittel

des Ackerlands, aber nur ein Fünftel des Wassers. Der ›feuchte Süden‹ – Jangtse-Becken und alle Gebiete südlich davon – hat entsprechend 55 % der Bevölkerung, 1/3 des Ackerlands und 4/5 des Wassers. Im Becken des Gelben Flusses in Nordchina, das allgemein als Geburtsstätte der chinesischen Kultur gilt, ist die Wasserknappheit am größten. Der Fluss führt durch ein Lößplateau, wo der Grad der Bodenerosion größer ist als an jedem anderen Ort der Welt. Mehrere Jahrtausende kontinuierlicher Kultivierung haben einen Großteil der natürlichen Vegetation verdrängt, was dadurch verschlimmert wird, dass Löß zu den am stärksten erodierenden Bodenarten gehört. Da die örtliche Vegetation immer weniger Wasser aufspeichern kann und Grundwasser übermäßig abgepumpt wird, hat sich die Wassermenge des Flusses in den letzten Jahrzehnten reduziert. 1972 erreichte der Fluss zum ersten Mal das Meer nicht. Während einer schlimmen Dürre im Jahr 1997 versiegte er auf seinen letzten 700 Kilometern für ganze 226 Tage, und für 330 Tage auf seinen letzten 136 Kilometern (Ma 2004). Das hat sich nicht nur schwer auf Leben und Arbeit der Menschen im mittleren und unteren Bereich des Flussbeckens ausgewirkt, sondern auch den Zustand der lokalen Ökosysteme weiter verschlechtert. Ein erbitterter Wettbewerb um Wasser ist zwischen den landwirtschaftlich geprägten Regionen des Oberlaufes und den stärker industrialisierten Küstenregionen entbrannt. Wegen Knappheit und verbreiteter Verschmutzung der Oberflächengewässer zapfen immer mehr Städte und Dörfer das Grundwasser an. Unter der nordchinesischen Ebene, wo 40 % von Chinas Getreide produziert werden, sinkt der Grundwasserspiegel um durchschnittlich 1,5 m pro Jahr. 1999 fiel der Grundwasserspiegel Pekings um 2,5 m, und seit 1965 ist er um insgesamt 59 m gefallen (ebd.).

Die Qualität von etwa 60 % des Wassers in sieben großen Flusssystemen (Jangtse, Gelber Fluss, Huai, Songhua, Hai, Liao und Perlfloss) wird als Grad IV oder schlechter eingestuft: für Menschen ungeeignet; 75 % der Seen leiden an unterschiedlich schwerer Eutrophierung (*2004 China's Environmental Situation Brief*). Verantwortlich hierfür sind häufig landwirtschaftliche Abflüsse sowie unbehandelte Industrieabwässer (*Guangmin Daily*, 24.3.2005). 1994 begann die Regierung eine großangelegte Reinigung des Huai, eines der am stärksten verschmutzten Flüsse Chinas. Doch trotz Kosten in Höhe von Mrd. von Dollar stellte sich keine Verbesserung der Wasserqualität ein. Selbst wo Maschinen zur Abwasserreinigung installiert wurden, zogen viele Unternehmen eine relativ günstige Buße den Betriebskosten dieser Maschinen vor. Schätzungen der staatlichen Umweltschutzbehörde (State Environmental Protection Agency) zufolge gibt es zwar in den meisten staatlichen Großbetrieben Einrichtungen zur Abwasserbehandlung, aber ein Drittel von ihnen wird gar nicht betrieben und ein weiteres Drittel nur gelegentlich. Die Fabrikanten behandeln die Umwelt wie ihre Arbeiter: als dem Verschleiß unterworfenen Ware, die dem Profit nicht im Wege stehen darf.

Die Wasserknappheit wird auch noch durch Verschmutzung verschärft. In den einstmals wasserreichen Regionen des Jangtse- und Perlflossdeltas kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Knappheiten, und viel Wasser wurde durch starke Verschmutzung unbrauchbar. Von der Kontamination sind auch schätzungsweise 25 % des Grundwassers betroffen (*Guangmin Daily*, 24.3.2005).

Bodenverschmutzung und -verschlechterung. – Kontrolldaten der staatlichen Forstverwaltung Chinas zufolge waren 1999 2,67 Mio. km² oder 27,9 % der Gesamtfläche des Landes Wüste. Diese Gebiete vergrößern sich zudem mit einer Durchschnittsrate von etwa 10 400 km² pro Jahr. 37 % der Fläche Chinas, also 3,56 Mio. km², sind in unterschiedlichem Ausmaß von Bodenerosion betroffen. Aufgrund verschiedener Faktoren, darunter Versalzung, Verschmutzung und Bodenerosion, sind 40 % des Kulturlandes degradiert. In den letzten Jahren haben die rasche Industrialisierung und Urbanisierung Ackerland mit alarmierender Geschwindigkeit vereinnahmt. Um dem entgegenzuwirken, nimmt die Regierung durch eine neue Verordnung jede Partei, die Ackerland in industriell, kommerziell oder als Bauland genutzte Fläche umwandelt, finanziell in die Pflicht, eine gleich große landwirtschaftlich nutzbare Fläche an anderer Stelle zu schaffen. Zwar wächst durch diese Verordnung die Anzahl landloser Bauern langsamer als zuvor, aber der Nettoeffekt ist, dass mehr und mehr qualitativ minderwertiges Land zu Ackerland gemacht wird, während fruchtbare Flächen anderen Zwecken zugeführt werden.

Das verbleibende Ackerland wird verschmutzt durch landwirtschaftliche Chemikalien, Bergbau, Industrieabfälle usw. (Xuanchang 2005). Als Beispiele können das Jangtse- und das Perlfussdelta dienen, beides dank raschem exportorientiertem Wachstum wohlhabende Regionen. Jahrhundertlang versorgten die fruchtbaren und wasserreichen Flussdeltas China mit Reis und Fisch, und auch heute noch versorgen sie das Land mit einer großen Menge landwirtschaftlicher Güter. Vielen Konsumenten und sogar Produzenten ist wahrscheinlich nicht bewusst, dass das Ackerland in diesen Regionen durch Schwermetalle und schwer abbaubare organische Schadstoffe stark kontaminiert ist, vielfach aus schadstoffintensiven Industriezweigen stammend, die der Westen ausgelagert hat, oder sogar von illegal aus den USA eingeführtem elektronischem Abfall (nähere Angaben bei Liying 2005, Jiang 2005). Die lokale Bevölkerung zahlt hierfür mit ihrer Gesundheit, und auch künftige Generationen werden bezahlen.

Treibhausgasemissionen und globale Erwärmung. – Die Pro-Kopf-Emissionsrate Chinas beträgt nur etwa ein Sechstel derjenigen der USA, aber aufgrund einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden ist der absolute Umfang der Emissionen beträchtlich, so dass China nach den USA die meisten Treibhausgase ausstößt. Gemäß den Angaben Chinas gegenüber den UN lag die Emission 1994 bei 2,66 Mio. Tonnen Kohlendioxid, 34,3 Mio. Tonnen Methan und 850 000 Tonnen Stickoxiden.¹ Die explosionsartige Zunahme privater Fahrzeuge führt zu erhöhtem Ölverbrauch. Gegenwärtig importiert China 32 % seines Öls, und es wird erwartet, dass sich der Bedarf an Importöl bis 2010 verdoppeln wird. Von 2000 bis 2004 war das Land verantwortlich für 40 % der weltweiten Steigerung des Energieverbrauchs. Angesichts des momentanen Wachstumstrends des BIP wird geschätzt, dass China die USA im Jahr 2020 als Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen ablösen könnte.

Klimamodelle sagen voraus, dass globale Erwärmung zu weniger Regen in Nordchina und zu mehr Regen in Südchina führen werde. Das steht im Einklang mit den Beobachtungen der letzten Jahre: seit den 1980er Jahren gibt es eine anhaltende Dürre

1 *The People's Republic of China Initial National Communication on Climate Change*, <http://unfccc.int/resource/>

in der nordchinesischen Ebene, während es im Süden häufig zu Flutkatastrophen kam. Das hat sich besonders seit den 1990ern verschärft. Einem Bericht der chinesischen und der britischen Regierung vom September 2004 zufolge könnte, wenn die düstersten wissenschaftlichen Prognosen zutreffen sollten, ein Klimawandel in den kommenden 20 bis 80 Jahren zu 20-37% Einbußen in der chinesischen Reis-, Weizen- und Maisernte führen.² Kurzum: Klimawandel könnte Chinas Wasserkrise verschärfen und seine Lebensmittelversorgung gefährden.

Ökologisches Unrecht und Umweltproteste. – Unter den Stadtbewohnern entsteht langsam ein Umweltbewusstsein. Aufgrund des wachsenden öffentlichen Drucks werden jetzt teilweise die Hauptstadt Peking und einige andere große Städte saniert. Peking hat zum Beispiel fast 130 Fabriken aus der Stadt ausgelagert. Sauberere, gasbetriebene Kraftwerke sind im Bau, und ältere werden mit Gaswäschern umgerüstet. Dabei haben NGOs eine wichtige Rolle gespielt. Einige Experten in China haben jedoch die Frage aufgeworfen, ob solche Praxen nicht Ausdruck eines ›ökologischen Imperialismus‹ seien. Anstatt sie zum Zweck der Emissionsreduzierung umzurüsten, werden die Fabriken einfach nur in ärmere Gebiete umgesiedelt. Anstatt Abwässer zu behandeln, graben viele Städte einen langen Graben, um sie loszuwerden. Während Peking und Shanghai zunehmend mit Erdgas aus Westchina versorgt werden, müssen viele Menschen und Fabriken in den gasfördernden Regionen Kohle kaufen – mitunter aus weit entfernten Gebieten –, da ein Großteil der saubereren Treibstoffe für die Großstädte reserviert ist. Um den beträchtlichen Wasserbedarf Pekings zu decken, wurde Wasser aus Hebei, Henan und sogar aus der entfernten Provinz Shandong abgezweigt, häufig mit keiner oder nur geringer Entschädigung für die lokale Bevölkerung. Folge dieser Methoden ist, dass die Landbevölkerung überdurchschnittlich unter verschlechterten Umweltbedingungen zu leiden hat.

Belastung mit Schwermetallen ist ein anderes Beispiel: die Bauern tragen zu ihr nicht bei, tragen aber ihre Folgen, häufig ohne jegliche Entschädigung.³ Rund 20 Mio. Hektar Ackerland sind mit Schwermetallen kontaminiert. Berechnet nach der durchschnittlichen Größe eines Familienbauernhofs sind davon 130 Mio. Bauern betroffen. Wenn die industrielle Verschmutzung beginnt, mögen sie sich über deren ökologische Effekte nicht im Klaren sein. Aber wenn der Fluss sich schwarz färbt oder ein Kind nach dem anderen an Krebs stirbt, ist für sie offensichtlich, dass etwas nicht stimmt. Häufig jedoch stoßen die Schreie und Petitionen der ländlichen Opfer bei den lokalen Funktionären auf taube Ohren. Diese werden nach ökonomischen Zahlen beurteilt, nicht nach ökologischen Auswirkungen. Lokale Regierungen sind von den Steuern der Fabriken abhängig, und in einigen Fällen sind die Funktionäre selbst Großaktionäre dieser Unternehmen.

Wenn den Opfern keinerlei anerkannte Mittel zur Verfügung stehen, ihre Interessen geltend zu machen, dann werden soziale Unruhen immer unvermeidlicher. In der östlichen Provinz Tsejiang etwa gab es seit April 2005 mindestens drei Proteste und

2 *Investigating the impacts of climate change on Chinese agriculture*, <http://www.defra.gov.uk/environment/climatechange/internat/devcountry/>

3 Details bei *Worker Daily* (Juni 2001), »Heavy Metals Make Village Cancer Rates Soar«; vgl. a. Wang 2004.

sogar Zusammenstöße mit der Polizei, die mit Umweltverschmutzung im Zusammenhang standen und an denen Tausende oder gar Zehntausende teilnahmen. Im April 2005 stellten sich im Dorf Huaxi mehr als 20000 Dorfbewohner erfolgreich 3000 Polizisten entgegen, die ihren Protest gegen einen Industriepark brechen sollten. Tsejiang ist eine wohlhabende Küstenregion und wies in den letzten Jahren eine der höchsten Wachstumsraten aller Provinzen auf. Am BIP gemessen ist das Wachstumsparadigma sehr erfolgreich. Dennoch sagen lokale Bevölkerungen immer häufiger »Nein!« zu diesem Entwicklungsmodell.

2. Chinas Umweltbewegung

Seit Anfang bis Mitte der 1990er Jahre hat die chinesische Regierung die Ausbreitung ökologisch orientierter NGOs zugelassen. Wahrscheinlich hofft sie, dass diese die Lücke in der öffentlichen Bildung füllen und die dringenden Umweltprobleme des Landes thematisieren. Ökologisch orientierte NGOs haben sich den neugeschaffenen politischen Raum rasch zunutze gemacht und sind heute wahrscheinlich der aktivste Teil in der entstehenden chinesischen Zivilgesellschaft. Außerdem haben auch viele international tätige NGOs wie Nature Conservancy, Conservation International, World Wildlife Fund oder Greenpeace Büros in China eröffnet.

Geldquellen und Akteure. – Da die NGOs wenig öffentliche Gelder erhalten und das Einwerben von Spenden stark reglementiert wird, sind sie vor allem auf zwei Quellen angewiesen: auf Ersparnisse engagierter Aktivisten und Stifter sowie auf Gelder ausländischer Stiftungen, Spender und NGOs. Dabei versuchen so manche Geldgeber, zumal aus den USA, ihre Vorstellungen und Praktiken durchzusetzen. So hat etwa Nature Conservancy einige Aufregung verursacht, weil sie große Ländereien aufkaufte und Ansässige vertrieb. Chinas Umweltaktivisten entstammen hauptsächlich der gebildeten Mittelklasse. Viele führende Aktivisten haben einige Zeit in den USA an Universitäten oder bei NGOs verbracht und Ideen, Redeweisen und Methoden aus dem Westen mitgebracht – was manchmal hilfreich ist und manchmal nicht. So sind z.B. genau wie im Westen einige führende Aktivisten der Ansicht, dass es zu einer ökologischen Katastrophe kommen werde, »wenn jeder Chinese ein Auto fährt oder so viel Fleisch isst wie ein Amerikaner«. Zwar mögen sie bei der Ressourcenfrage auf dem richtigen Weg sein, aber die ethnozentrische Fassung des Problems hilft nicht, das chinesische Publikum zu erreichen. Bei Chinas aufsteigender Konsumentenklasse könnte die Reflex-Reaktion sein: »Ihr seid auf diese Weise reich geworden, und jetzt wollt ihr nicht, dass ich reich werde.« Und für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, die von einem Auto oder einem nordamerikanischen Lebensstil nicht einmal träumen kann, ist jene Botschaft schlicht irrelevant.

Die unkontrollierte Zunahme privater Automobile ist in der Tat ein großes Problem in China, besonders für die Armen. Busse werden wegen verstopfter Straßen immer langsamer; immer mehr Straßen werden für Fahrräder gesperrt, um mehr Platz für Autos zu schaffen; Autobahnen und Zersiedelung verschlingen gewaltige Areale und nehmen vielen Bauern ihr Land. Wenn Chinas Umweltbewegung eine stärkere Verbindung zum normalen Volk statt zu ihren westlichen Ideengebern hätte, dann

hätte sie eine eigene Parole entwickelt, statt deren bloß zu kopieren. Gleichheit und Gerechtigkeit sind die Probleme, nicht: »Was, wenn jeder Chinese ein Auto hat?« Wenn nur 50 % oder gar nur 30 % aller Chinesen ein Auto besitzen, wird der Rest von ihnen dann noch genug Platz zum Gehen oder Radfahren haben – oder gar genug Land zum Anbau von Nahrungsmitteln? Dieses Problem geht über Fragen der Terminologie und Betrachtungsweise hinaus. Bislang sind viele chinesische Umweltaktivisten damit beschäftigt, vom Westen bloß technische Lösungen oder gar das Sankt-Florians-Prinzip (»Nur nicht vor meiner Tür!«) zu lernen, während sie der Idee ökologischer Gerechtigkeit, kritischem Entwicklungsdenken und ähnlichem nicht genügend Beachtung schenken.

Bisher erhalten in Peking angesiedelte NGOs die meiste Medienaufmerksamkeit und das meiste Geld, aber auch in den Provinzen verbreiten sich Umweltorganisationen schnell. In vielen Gebieten mit Minderheitsbevölkerung – darunter das Tibet-Hochland, die innere Mongolei und die Provinz Yunnan – entstehen indigene Naturschutzbewegungen. Kleinere, lokal verwurzelte NGOs wurden gegründet, um örtliche Probleme anzugehen. Im Vergleich zu denen in Peking haben sie mehr Unterstützung vor Ort, und das schlägt sich auch in ihrer Rhetorik nieder. Während der jüngsten Proteste gegen Staudämme beispielsweise, an denen Aktivisten aus dem ganzen Land beteiligt waren, sprachen die Pekinger NGOs hauptsächlich über Biodiversität, lokale Organisationen dagegen über soziale Gerechtigkeit, Umsiedlungen und traditionelle Lebensweisen. Es ist zu hoffen, dass diese eine größere Bedeutung in der chinesischen Umweltbewegung erlangen und verhindern, dass sie eine elitäre Bewegung von Stadtbewohnern wird, die für sich eine saubere Umwelt fordern, aber die Bedürfnisse der Armen ignorieren. – Zunehmend sind aber auch Studenten in der Umweltbewegung aktiv. Das erste »grüne Camp« für Studenten wurde 1996 von dem Umweltpionier Tang Xiyang ins Leben gerufen. Seitdem hat es sich rapide über die Campusse verbreitet. Große Universitäten haben mittlerweile mehr als eine Umweltgruppe. Am Tag der Erde 2004 haben über 100 000 Studenten an ökologischen Aktionen teilgenommen.

Die Staudammdebatte. – Das momentan wohl am heißesten diskutierte Thema in Chinas Umweltbewegung sind die großen Staudämme. Es gibt bereits 22 000 große, d.h. mehr als 15 Meter hohe Dämme, was 46 % der weltweiten Anzahl entspricht. Dennoch hat der hohe Strombedarf einen weiteren Bauboom ausgelöst, und einige dieser Projekte haben hitzige öffentliche Debatten hervorgerufen. Im Jahr 2003 stoppte die Regierung den Bau des Yangliuhu-Damms nach Protesten von Umweltgruppen und der Lokalbevölkerung, die die Auffassung vertraten, dass er das alte Dujiangyan-Bewässerungssystem gefährde, welches der Region über 2 200 Jahre lang gute Dienste geleistet hat. Der Abbruch des Projekts wurde als der erste größere Sieg der chinesischen Umweltbewegung angesehen.

Im selben Jahr jedoch kündigte die Regierung an, dreizehn Staudämme entlang des Flusses Nu (oder Saluen) zu bauen, einem von nur zwei größeren Flüssen in China, die nicht gestaut sind. Viele Umweltgruppen sprachen sich gegen die Pläne aus, obwohl Protest für sie riskant ist. In den Jahren 2004/5 wurden mehrere von ihnen zeitweise verboten oder erhielten scharfe Warnungen seitens der Regierung,

weil sie Unterschriften gegen das Projekt sammelten oder zur Umsiedlung vorgesehene Dorfbewohner dazu brachten, sich mit Betroffenen bereits realisierter Dammprojekte zu treffen.

Erwähnenswert ist auch, dass Deregulierung und Privatisierung der Stromversorgung im Zentrum des Problems stehen – die Privatisierung hat die Politik des Dammbaus um jeden Preis vorangetrieben. Im Chinesischen wird dieses Phänomen als ›Einhegung des Wassers‹ bezeichnet. Es steht im scharfen Kontrast zum Fall des Dreischluchten-Damms: auch wenn er allgemein als eine Niederlage betrachtet wird, so brauchten die Befürworter des Projekts doch immerhin 30 Jahre, um die Bewilligung des Volkskongresses zu erhalten, und es kam zu langen Debatten in Expertenkreisen. Heute ist es beinahe unmöglich geworden, in denselben Kreisen Widerspruch zu finden. Die Privatisierung hat zur weiteren Externalisierung von Kosten beigetragen, während im Grunde alle Beteiligten durch die hohen Profite korrumpiert wurden. Ein Umweltökonom hat das einmal so beschrieben: »Heute besitzen die Experten ein Wissens- und Informationsmonopol, und sie nutzen es zu ihrem eigenen Vorteil.«

Die Öffentlichkeit reagiert mit der Forderung nach mehr Transparenz. Am 26.10.2005 veröffentlichten 61 Organisationen und 99 Privatpersonen einen offenen Brief, in dem sie verlangten, dass, dem chinesischen Recht entsprechend, das Gutachten über die ökologischen Auswirkungen des Nu-Projekts öffentlich zugänglich gemacht werden müsse.⁴ »Nicht länger sollten wir die billige oder gar kostenlose Ausbeutung öffentlicher Ressourcen und die riesigen Profite hinnehmen, die auf Kosten unserer Umwelt gemacht werden. Die Dämmebauer dürfen die gewaltigen Kosten ihrer Projekte nicht auf die davon betroffenen Menschen, die Öffentlichkeit, die Staatsfinanzen und künftige Generationen abwälzen.« (ebd.)

3. Die Bewegung für ländlichen Wiederaufbau

Etwa 60-70 % der Bevölkerung Chinas leben noch auf dem Land. Chemischer Ackerbau hat in den letzten drei Jahrzehnten den traditionellen integrierten Anbau größtenteils abgelöst. Pro Bodeneinheit verwenden chinesische Bauern bereits 2,3 mal mehr Chemikalien als us-amerikanische Bauern. Chemische Pestizide belasten rund 13-16 Mio. Hektar Ackerland. Aufgrund des in den 1980er Jahren eingeführten Familienvertragssystems und des Verschwindens kollektiver Wohlfahrtseinrichtungen sind Familienhöfe sehr viel empfindlicher gegen die Auswirkungen von Naturkatastrophen und Marktschwankungen. Hierdurch werden die Bauern dazu gedrängt, die Umwelt über Gebühr zu belasten. Die Fragmentierung ländlicher Gemeinden führt zu einem raschen Verbrauch und Verschwinden von gemeinschaftlichen Anlagen. So ist zwischen 1985 und 1989 die mit Windschutzvorrichtungen versehene Fläche landesweit um 48 % zurückgegangen. Bewässerungskanäle und andere Wasserversorgungssysteme sind ebenfalls über die Jahre heruntergekommen. All das führt zu verstärkter Bodenerosion und erhöhter Dürre- und Flutanfälligkeit.

4 »Call for public disclosure of Nujiang hydropower development's EIA report in accordance with the law.«, *Three Gorges Probe News Service*, 6.11.2005, <http://www.threegorgesprobe.org>

Die ökologische Misere ist nur ein Aspekt der Besorgnis erregenden Krise im ländlichen China. Andere Symptome sind stagnierende Einkommen, sich verschlechternde öffentliche Dienste, überbesetzte aber ineffiziente lokale Behörden, zügellose Korruption, weit überhöhte Steuern sowie eine steigende Zahl von Protesten und Demonstrationen. Chinesische Soziologen haben den Begriff »dreidimensionale ländliche Probleme« (Landwirtschaft, Bauernschaft und ländliche Gebiete) geprägt, um die Vielschichtigkeit der Krise zusammenzufassen, und generell wird dies als die dringendste Herausforderung für die Regierung angesehen. Aber die Lösungsvorschläge gehen weit auseinander. MainstreamökonomInnen sehen nach wie vor rasche Industrialisierung und Urbanisierung als Allheilmittel. Aber schon aufgrund der beschriebenen Wasserknappheit scheint das gegenwärtige Modell der Industrialisierung und Urbanisierung weder nachhaltig noch ausdehnbar zu sein.

Angesichts all dieser Probleme argumentieren einige Agrarexperten, dass die Mehrheit der chinesischen Landbevölkerung auf absehbare Zeit auf dem Land verbleiben wird. Die Städte bieten keinen einfachen Ausweg. Als Lösung schlagen sie vor, den Gemeindegeist wiederzubeleben und die Landbevölkerung zu befähigen, wieder eine auf die Menschen ausgerichtete lokale Wirtschaft aufzubauen. Im Laufe der Jahre sind auch viele Bauern zu ähnlichen Folgerungen gelangt, und es gibt ein wachsendes Bedürfnis danach, selbstorganisiert nach alternativen und nachhaltigen Lebensweisen zu suchen. Einige progressive Intellektuelle reagierten auf diese Rufe und halfen, eine lebhafte »Bewegung für ländlichen Wiederaufbau« zu initiieren.

Eines der wichtigsten Zentren der Bewegung ist das James-Yen-Institut für ländlichen Wiederaufbau (James Yen Rural Reconstruction Institute). Es bietet Seminare an, die Themen wie biologischen Anbau, Permakultur, ökologisches Bauen mit lokal verfügbaren Materialien, Gemeindeorganisation und die Bildung von Landwirtschaftskooperativen behandeln. Die einzigen Teilnahmevoraussetzungen sind ein Schulabschluss (etwa auf Hauptschulniveau) und Interesse an Gemeindebildung. Ausgewählten Schülern wird (in der Form von Mikrokrediten) Geld für Saatgut gegeben, damit sie Kooperativen, Kreditgemeinschaften oder andere Organisationen in ihren Heimatdörfern gründen. Das Institut bleibt mit ihnen in Kontakt und bringt sie wieder zusammen, damit sie ihre Erfahrungen austauschen können. Bislang haben Absolventen des Instituts über dreißig Dorfkoooperativen oder andere Arten kultureller oder zivilgesellschaftlicher Gruppen in ganz China gegründet. Einige in der Bewegung engagierte NGOs initiieren ebenfalls von Gemeinden unterstützte Agrarprojekte, in denen sie Konsumenten in den großen Städten mit Biobauern in Kontakt bringen. Auf der politischen Ebene engagieren sich Akademiker und progressive Beamte für ein Kooperationsgesetz, das den Rechtsschutz und die staatliche Unterstützung verbessern soll.

Neben diesen konkreten Projekten ist ein Hauptaspekt der Arbeit der Bewegung, wieder eine landwirtschaftliche Perspektive in den Entwicklungsdiskurs einzubringen. Im letzten Vierteljahrhundert drehte sich der Modernisierungsdiskurs in China vor allem um das Kopieren des westlichen Industrialisierungs- und Urbanisierungsmodells. Die traditionelle Verbundenheit der Bauern mit dem Land wird als dümmliche Sentimentalität angesehen, die durch aufwärts gerichtete soziale

Mobilität um jeden Preis ersetzt werden sollte. All dies begünstigt die Abwanderung hochqualifizierter und anderer Arbeitskräfte aus den Dörfern, die zur Krise auf dem Land ebenso beiträgt wie zum Wachstum der *sweatshops* in den Küstenregionen. Landflüchtige Jugendliche ertragen die schlimmsten Bedingungen in diesen exportorientierten Fabriken, da sie ganz davon überzeugt sind, dass es in ihren eigenen Dörfern für sie keine Zukunft gibt. Dies wird zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung, wenn die Fähigsten abwandern. Glücklicherweise setzt die Bewegung für ländlichen Wiederaufbau dieser Art von geistiger Kolonisierung etwas entgegen.

Wen Tiejun ist einer der wenigen chinesischen Intellektuellen, die das am Westen orientierte Entwicklungsparadigma offen in Frage stellen. In seinen 2004 erschienenen Büchern *Deconstruction of Modernization* und *What do we really need?* hebt er die Beschränktheit der Ressourcen hervor und argumentiert, dass die verbleibende Landbevölkerung den westlichen Modernisierungsweg nicht kopieren kann, weil gerade Chinas ausgedehntes Hinterland als interne Kolonie das übermäßige Wachstum der Küstenregionen angetrieben habe. Er und seine Kollegen haben an mehr als 100 Universitäten und Colleges Gruppen gegründet, um Studenten mit der Wirklichkeit auf dem Land in Kontakt zu bringen – ein großartiges Korrektiv gegen die elitäre, einseitig städtische Bildung.

4. Zusammenfassung

Die Konzentration auf wirtschaftliches Wachstum während des letzten Vierteljahrhunderts hat eine sich verschärfende ökologische und gesellschaftliche Krise verursacht. Sowohl die Umweltbewegung als auch die Bewegung für ländlichen Wiederaufbau sind aus dem Volk kommende Reaktionen auf diese drängenden Probleme. Chinesische Umweltaktivisten müssen finanziell wie intellektuell von ihren westlichen Lehrern unabhängig werden, denn die starke Abhängigkeit von auswärtigen Finanzquellen macht sie anfällig für politische Attacken. Einige von ihnen, besonders die öffentlich Auftretenden, wurden bezichtigt, ausländische Agenten zu sein, die Chinas Entwicklung aufzuhalten versuchten. Die Beschränktheit der Geldquellen und die Richtlinien potenzieller Spender könnten außerdem ihre Fähigkeit beeinträchtigen, alternative Ideen und Strategien zu erproben. Anstatt nur von ihren westlichen Kollegen zu lernen, sollten chinesische Aktivisten sich stärker mit Aktivisten aus anderen Entwicklungsländern austauschen, in denen vergleichbare ökologische Probleme existieren.

Allgemein ist es bei vielen, besonders den Pekingern NGOs nötig, dass sie über die Schranken ihrer gemütlichen Mittelklassenklave hinausblicken. Ihre beengte Sichtweise verursacht gravierende Probleme. Verschmutzung und Verschlechterung der Umwelt sind auf dem Land am schlimmsten, und dennoch konzentrieren sich die meisten auf städtische Probleme. Dank ihrer unmittelbaren praktischen Erfahrung begreifen einige der NGOs aus den Provinzen die konkreten Probleme zwar besser, aber viele von ihnen müssen noch lernen, ihre Positionen zu artikulieren. Sie verdienen mehr Medienaufmerksamkeit und finanzielle Mittel, wovon bislang die städtischen, vor allem Pekingern NGOs den größten Teil auf sich ziehen.

Die höchste Hürde für die Bewegung für ländlichen Wiederaufbau ist ideologisch, denn die Doktrin von der Überlegenheit der Industrialisierung und Urbanisierung wurde der Bevölkerung gründlich eingebläut. Daher wird es ein schwerer Kampf, Fortschritt und Modernisierung in Frage zu stellen. Außerdem wurden in der Reformära die Kommunen von 1956-78 dämonisiert. Um einen Gegenschlag des hegemonialen Neoliberalismus zu vermeiden, haben Vertreter des ländlichen Wiederaufbaus bislang darauf verzichtet, über Mao oder die Kommunen zu sprechen, und sich stattdessen auf James Yen und Shuming Liang, zwei Landreformer und Pädagogen aus den 1920er und 1930er Jahren, berufen. Das beschränkt ihre Kommunikationsmöglichkeiten mit der Basis beträchtlich, denn Yen und Liang sind unter chinesischen Bauern nur wenig bekannt, während Mao für viele nach wie vor eine Quelle der Inspiration ist. Viele Dorfbewohner machten während der Kollektivierungszeit eindruckliche Erfahrungen, auf die für den Wiederaufbau von Gemeingut (Allmende) zurückgegriffen werden kann. Um den Weg nach vorne zu bahnen, bedarf es einer offenen Diskussion über die jeweiligen Stärken und Schwächen des Reformmodells von Yen und Liang und von Maos Kommunenmodell. Zwar sind die Umweltbewegung und die Bewegung für ländlichen Wiederaufbau beide an gesunder Umwelt und Nachhaltigkeit interessiert, dennoch gab es bisher wenig Kommunikation und Zusammenarbeit. Wenn sie ihre Anstrengungen mehr aufeinander abstimmen würden, könnten sie effektiver dazu beitragen, China zum Besseren zu verändern.

Aus dem Englischen von Julian Müller

Literatur

- Jiang, Chen, »The Yangtze River Delta: the Dangerous ›Metal‹ Land«, in: *China Newsweek*, 4.7.2005
Liyang, Liu, »The Pearl River Delta: Poisoned Land«, *China Newsweek*, 4.7.2005
Ma Jun, *China's Water Crisis*, International Rivers Network, 2004
Wang Jiaquan, »Riverside villages count cancer cases«, *China Daily*, 19.10.2004
Wang, Hua, u.a., *Environmental performance rating and disclosure. China's green-watch program*, World Bank Policy Research Working Paper 2889, 2002
Xuanchang, Fang, »How much ›dirty earth‹ is there in China?«, *China Newsweek*, 4.7.2005

Tae-Hee Hong

Ahnenkult, Produktionsweise und Geschlechterverhältnisse im »Neuen China« und in der »Neuen Ära Chinas«¹

»Der mehrfach mit Blut getränkte Platz des Himmlischen Friedens (Tiananmen) befindet sich im Herzen von China. Im Norden des Platzes gibt es die Verbotene Stadt (Zijincheng), die Symbol des chinesischen Kaiserreichs ist. Und im Süden steht das Mao-Mausoleum, wo Mao Tse-tung, der ehemals der Führer der kommunistischen Revolution in China war, ewig schläft. Wenn man von dort zu Fuß ca. fünf Minuten läuft, kann man die Wangfuzig Strasse erreichen, die Symbol der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung ist. Dort bei McDonald's kann man mühelos einen Chinesen finden, der mit grossem Behagen den Big Mac isst. Zuvor besichtigte der Chinese die Zijincheng mit Stolz, und dann schenkte er Mao Tse-tung eine Blume mit höchster Ehrerbietung. Es ist schwer, der Logik der Gedanken des Chinesen zu folgen«. (Hanguk Kyungje Sinmun, *Chunanmunoy Jungwhasasang*, 28.9.2006) Er kann für einen erstaunlichen Theoriemangel in China stehen. Wir werden uns also mit der Lösung eines Rätsels beschäftigen. Es wird behauptet, dass, wenn man eine Reisebeschreibung über China schreiben will, man dies in einem Zeitraum von maximal drei Tagen tun soll. Das heißt, dass man, je länger man in China bleibt, desto verwirrter wird. China ist ein Land, das mit einem Europa-fixierten Denken nicht leicht zu verstehen ist (Chung 1989).

Im Verhalten des obengenannten Chinesen ist der Glaube tradiert, China sei die Mitte der Welt gewesen. Der sog. Sinozentrismus kommt aus der Tradition und zwar aus den verschiedenen Formen des Konfuzianismus, Taoismus, der Sinisierung des Marxismus² usw. Der Sinozentrismus basiert auf der Gewohnheit der kultischen Verehrung vorhergegangener Generationen, die trotz der kommunistischen Revolution und kapitalistischen Reform unverändert bleibt. Der Ahnenkult ist ein Schlüssel zur Lösung des Rätsels. Die folgende Skizze zum Zusammenhang von Ahnenkult, Geschlechterverhältnissen und Produktionsweise berichtet aus meiner Forschung zur Rolle und Perspektive der Geschlechterverhältnisse in China. Theoretisch kommen der alte Begriff der *asiatischen Produktionsweise*³ und der relativ neue der *Geschlechterverhältnisse* (Haug 2001, 2006) zum Tragen.

1 Das »Neue China« umfasst die von Mao regierte Zeit, die »Neue Ära Chinas« begann mit der wirtschaftlichen Reform von 1978.

2 Die Sinisierung des Marxismus bei Mao meinte die Verknüpfung von Nationalismus und Sozialismus. Bei Deng bedeutet sie die Verbindung von Nationalismus, Kapitalismus und Sozialismus, d.h. die sog. sozialistische Marktwirtschaft.

3 Um den Begriff der asiatischen Produktionsweise gab es zahlreiche Auseinandersetzungen und Diskussionen, je nach Perioden und Ländern, die hier nicht im einzelnen diskutiert werden sollen; vgl. Kuhn und Wolpe 1978, Menzel 1978.

1. Gegen Versuche, an einen deterministischen Marxismus anzuknüpfen

Marx schreibt in *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*: »Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte Bewusstseinsformen entsprechen« (MEW 13, 8f). Zum topographischen Begriffspaar »Basis-Überbau« gehört das Paar »Produktivkräfte-Produktionsverhältnisse«. Der Basis als ökonomischer Struktur der Gesellschaft entspricht der Überbau als die Gesamtheit der entsprechenden politischen, moralischen und kulturellen Anschauungen und sonstigen Institutionen. Die Produktionsweise ist bestimmt durch Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse. Sie präsentiert sich daher je nach Zeit, Ort und Gesellschaftsform anders. Die Produktionsverhältnisse werden früher oder später zu Fesseln der Entwicklung der Produktivkräfte. Es folgt dann eine Epoche der Revolutionen, die in der Regel zu einer neuen Produktionsweise mit neuen Produktionsverhältnissen überleiten.

Diese Auffassung wird wegen ihres Determinismus seit geraumer Zeit kritisiert und durch eine andere ersetzt, die keine Hierarchie zwischen Basis und Überbau annimmt (vgl. Rigby 1987). Beide Auffassungen sind aber noch zu eng, um die chinesische Gesellschaftsform und ihre Entwicklung zu erklären. Im Fall Chinas muss man flexibler denken, weil sich in diesem Land die Basis einer neuen Gesellschaft im Schoß der alten entwickelt, obwohl der Überbau nicht ganz umgestürzt wird. Die veränderte Produktionsweise auf der Grundlage der kommunistischen Revolution und der kapitalistischen Reform verändert den Überbau nicht ausreichend.⁴ Die Mehrheit der Chinesen steht der kommunistischen Partei- und Staatsführung loyal gegenüber wie früher dem Kaisertum. Obwohl die Staatsführung autoritär und repressiv regiert, gibt es keine nennenswerten Einwände gegen sie.

Ein berühmter Ausspruch von Deng Xiaoping lautet: »Wichtig ist nicht, ob eine Katze weiß oder schwarz ist, sondern, wie gut sie Mäuse fängt«. Er steht auch für einen pragmatischen Umgang mit der Veränderung der ökonomischen Basis. Deng erlaubte, dass die Basis verschiedene Wege umfasst, wollte aber den sozialistischen Überbau unverändert lassen. Wichtiger als die Entscheidung, ob mit Markt oder Plan produziert werden sollte, war, dass genug zum Essen da war. Er verbot den Einzug liberalistischen Gedankenguts, das mit dem Markt eng verbunden ist. Seine pragmatische Einstellung »Markt ja, Liberalismus nein« zeigt sich auch am Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989.

Im ersten Band des *Kapitals* schreibt Marx: »Der einfache produktive Organismus dieser selbstgenügenden Gemeinwesen, die sich beständig in der selben Form reproduzieren und, wenn zufällig zerstört, an dem selben Ort, mit dem selben Namen, wieder aufbauen, liefert den Schlüssel zu dem Geheimnis der Unveränderlichkeit asiatischer Gesellschaften.« (MEW 23, 379) Auch im dritten Band liest man über Asien: »Der Staat

4 Die Kennzeichen einer ursprünglichen asiatischen Produktionsweise sind kein Privateigentum an Boden, autarke Dorfgemeinschaften, despotische Herrschaft und sozial-ökonomische Stagnation, vgl. Marx 1859 (MEW 13) und Wittfogel 1962.

ist hier der oberste Grundherr.« (MEW 25, 799) Marx hat in dem Sinne Recht, dass der Staat oder die Partei von heute immer noch wie der oberste Grundherr, wie ein früheres Kaisertum das Volk beherrscht. Obgleich die »Neue Ära Chinas« in Richtung auf ein kapitalistisches Wirtschaftssystem geht, pflegt die kommunistische Partei nach wie vor eine sozialistische Rhetorik und regiert das Volk. Der »selbstgenügsame« Chinese auf der Wangfuzing Strasse benutzt, wie bei Marx angemerkt, den von Generationen her gegebenen »selben Namen«. Die von Marx betonte genügsame Haltung gilt in China nicht überall. Heutzutage wird in den Städten jede Sekunde ein Gebäude gebaut, und die Leute bewegen sich überall in die Welt, um Geld zu verdienen.

Die Entwicklung der chinesischen Gesellschaftsformation bringt zwar einen tradierten ökonomischen Determinismus im Marxismus durcheinander, die chinesische Partei behauptet jedoch, dass sich China in einer frühen Phase des Sozialismus gemäß der Abfolge der fünf Gesellschaftsformationen des Historischen Materialismus befindet. Wir finden in China im Grunde Eigenschaften der fünf Gesellschaftsformationen gleichzeitig. Damit hat es das Land fast geschafft, ein besonderes Akkumulationsmodell zwischen Plan und Markt zu begründen, das seine rasche Dynamik mit einem fast zehnprozentigen Wachstum des BIPs zwanzig Jahre lang beibehielt (Herr 2000).

2. *Der Ahnenkult und die konfuzianischen Geschlechterverhältnisse*

Wie kann ein ungeheurerlicher Staat, der während der Kulturrevolution zehn Millionen Menschen umgebracht hat und nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens immer noch jährlich fast zweitausend Todesstrafen exekutiert, ohne besondere Einwände fortgeführt werden? Auf diese Frage kann der Ahnenkult eine Antwort geben. Er stellt eine der frühesten nachweisbaren religiösen Formen in China dar und geht bis in die Shang-Dynastie zurück. Der Ahnenkult bildet die Grundlage aller Tugenden und das Fundament für Familie und Staat in China. Verkörpert durch Totentafeln auf dem Altar nehmen die Seelen der Gestorbenen weiter Anteil am Familienleben. Die Ahnen leben mit ihren Nachkommen und bieten ihnen Schutz und Hilfe. Sie stehen entweder in direkter familiärer Linie oder sind zumindest Oberhaupt einer Gruppe.⁵

Die sozialistische Herrschaft Chinas wird vom größten Teil der Bevölkerung, der an den Gehorsam zum Staat gewöhnt ist, befürwortet. Die Qualität des Staates änderte sich zwar von der kaiserlichen Alleinherrschaft zur kommunistischen Parteiherrschaft. Die chinesische Bevölkerung versteht den Staat aber auf einer familiären Grundlage, was die tatsächliche Form nicht so wichtig macht. Der Stammvater, der sich an der Spitze der Stammtafel befindet, kann ein Kaiser oder ein Parteiführer sein. In dem Sinne ist China trotz der Revolution immer noch eine stark traditionale Gesellschaft. Der Ahnenkult wurde trotz der staatlichen und gesellschaftlichen Veränderung Chinas beibehalten.

Kein Ritual ist wichtiger als die Verehrung der Vorfahren. Diese Rituale dürfen nur von Männern durchgeführt werden. Deshalb braucht jede chinesische Familie einen männlichen Nachkommen. Das ist eine grundlegende Ursache für die Minderwertigkeit der Frauen in China. Der Konfuzianismus, der sich aus dem Ahnenkult

5 Allgemein über den Ahnenkult s. Hughes 2002, Janelli/Yim Janelli 1982, Klass 1996, Kuah-Pearce 1999 u. 2003.

entwickelte, spielt dabei eine wichtige Rolle im Alltagsleben in Ostasien (Tu 1996, vgl. Pohlmann 2000).⁶ Er ist eine Grundlage fürs Handeln und Denken und zugleich die stärkste und tiefste Wurzel der Religiosität. Er ist nämlich eine zivilisierte Form des Ahnenkultes in China. Die konfuzianische Lehre richtet sich insbesondere nach zwei Normen: Treue der Untertanen gegenüber dem Kaiser bzw. Staatsführer (*zhong*) und Frömmigkeit der Kinder gegenüber den Eltern (*xiao*). Die beiden Normen verlangen in gleichem Maße Gehorsam im Zusammenhang mit dem Ahnenkult. An der Spitze der Ahnentafel steht der Kaiser, der als Himmelssohn bzw. Urahn die Brücke zwischen Himmel und Erde darstellt.

Prüfen wir die Geschlechterverhältnisse bei nur von Männern durchgeführten Ritualen und fassen dabei wie Haug (2001, 2006) die Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse. Die Funktion der Geschlechterverhältnisse ist in allen Geschichtsperioden fundamental. Die unterschiedlichen Produktionsweisen sind immer bezüglich der Geschlechterverhältnisse zu untersuchen, die nicht nur die Beziehung zwischen Männern und Frauen, sondern auch die Beziehung zwischen unteren Klassen und oberen Klassen bestimmen. Hierbei ist die Methode der Machterhaltung zentral. Die Klassentheorie sollte also um eine Theorie der Geschlechterverhältnisse erweitert werden (vgl. Haug 2001, Braun 1995).

Die chinesischen Geschlechterverhältnisse sind wie in der übrigen Welt von Abhängigkeitsverhältnissen der Frauen von Männern und von ihnen geschaffenen Institutionen bestimmt (vgl. Braun 1995, Brandtstädter 2000). Durch die chinesische Revolution und die Kulturrevolution wurden diese Abhängigkeitsverhältnisse offiziell abgeschafft. Die patriarchalen Geschlechterverhältnisse wurden aber im Alltagsleben in China keineswegs vollständig aufgehoben. Ein klarer Beweis dafür ist die hohe Zahl der Abtreibungen weiblicher Föten. Ebenso wie die chinesische Gesellschaft sind auch die Geschlechterverhältnisse stark vom Ahnenkult bestimmt, der offensichtlich trotz der Einführung des Materialismus durch die Revolutionen aus dem Gedächtnis der Chinesen nicht vollständig gelöscht werden konnte. Das prägt auch die Frauenfrage im chinesischen Alltagsleben (vgl. Li 1994).⁷ Nehmen wir an, dass die Frau von dem oben beschriebenen Chinesen bei McDonald's auf dem Land lebt und häufig an Selbstmord denkt, weil sie aus der Last durch Familie und Arbeit keinen Ausweg finden kann (Frick u.a. 1995, Li 1994, Mac Leod 1998). Die sozialistischen Revolutionen haben den Chinesen eine neue Lebensweise und ein neues Bewusstsein gegeben. Der Selbstmordgedanke käme aus einem Bewusstsein, das den nicht ausreichend veränderten Alltag nicht akzeptiert: Eine Diskrepanz zwischen Denken und Wirklichkeit.

Der konfuzianische Patriarchalismus basiert auf dem Ahnenkult.⁸ Die auf der konfuzianischen Denkweise basierenden Geschlechterverhältnisse spielen bei der Konstituierung der geschlechterspezifischen und -hierarchischen Machtverhältnisse eine entscheidende Rolle. Die Gestaltung des weiblichen Charakters verlangt

6 Der Konfuzianismus ist eigentlich eine Gesellschaftslehre und keine Religion, er ist ein auf das Alltagsleben bezogenes System von Lehren, vgl. Lee 1997.

7 Über den chinesischen Feminismus siehe Barlow 2004, besonders aus marxischer Sicht: Li 1994. Li behauptet, dass die Frauengeschichte nicht unter die allgemeine historische Entwicklung subsumiert wird.

8 Zum Begriff »Patriarchalismus« oder »Patriarchat« siehe Kuhn/Wolpe 1978.

Zärtlichkeit, Anständigkeit und Gehorsam, die in der konfuzianischen Lehre als weibliche Tugenden gelten (Hong 2003, Kuah-Pearce 2003). Die Geschlechterverhältnisse sind nicht nur Produktionsverhältnisse in der ökonomischen Basis, sondern auch im sozialen Überbau in China. Mit dem geschlechterhierarchischen Überbau wird die Diskriminierung von Frauen als gesellschaftlich akzeptabler Vorgang normiert.

Der soziale Status der Frauen in der asiatischen Gesellschaft ist nach wie vor entsprechend der traditionellen und konfuzianischen geschlechterhierarchischen Ausdifferenzierung dem der Männer untergeordnet (Hong 2002, 2003; Tu 1996). Japan hat z. B. eine sagenhafte Wirtschaftsentwicklung erlebt und Vietnam hat die proletarische Revolution erfolgreich durchgeführt, ohne dass dies den Status der Frauen nennenswert geändert hätte; jedenfalls reichte es nicht bis zur Abschaffung des Ahnenkultes.

3. *Die konfuzianischen Geschlechterverhältnisse vom »Neuen China« zur »Neuen Ära Chinas«*

Wir hören heutzutage oft, dass die Frauenbefreiung in China noch weiter fortgeschritten ist als in Japan. Die chinesischen Frauen bekamen nach der sozialistischen Revolution 1949 eine Schultüte überreicht, in der Bodenreform, Wahlrecht, Ehegesetz, Beseitigung der Prostitution, Berufstätigkeit von Frauen und Minderung der Analphabetenrate steckten. Das »Neue China« wollte durch die sozialistische Revolution in nur wenigen Jahren den gesamten von der mehrtausendjährigen chinesischen Gesellschaft hinterlassenen Unrat hinwegspülen und damit den Frauen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Familienleben jeweils zu einer grundsätzlichen Befreiung verhelfen. Die Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau stellte damals eine grundlegende staatliche Politik Chinas dar. Das »Neue China« hat abermals mit der Kulturrevolution begonnen, um das Rechtssystem zum Schutz der Rechte zu vervollständigen, wobei die Frauenfrage endgültig gelöst werden sollte. China war aus dieser Sicht ein Frauenparadies, in dem der Staat den Frauen die Hälfte des Himmels zusprach. Aber das war nur ein Mythos. China entschied sich für eine neue Katze, die besser Mäuse fängt. Die Frauen konnten zwar mit Unterstützung der Partei erwerbstätig sein, aber ihre Emanzipationsbewegung hat keine besondere Beachtung gefunden. Vielmehr betrachtete die kommunistische Partei die Frauenfrage wie die Frauendiskriminierung in den vorhandenen Geschlechterverhältnissen als ein überliefertes Problem, mit dem man sich nach und nach beschäftigen sollte.

Die »Neue Ära Chinas« wirft die Frauenfrage neu auf. Dabei wird es wichtig, herauszufinden, welche Bedeutung der Kapitalismus für die Frauen hat. Auf dem Land gehörten zu den Reformen im Wesentlichen die Entkollektivierung und die Rückkehr zur Familie als grundlegender Produktionseinheit, im industriellen Bereich Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz der Produktion. Auf dem Weg zur Marktwirtschaft werden die Frauen auf dem Land wegen der Doppelbelastung und die Frauen in den Städten wegen der harten Konkurrenz stärker benachteiligt. Die Frauen können als die Verliererinnen der gegenwärtigen Reformpolitik bezeichnet werden, woraus sich die düsteren Einzelphänomene wie z.B. Selbstmord, Prostitution, Frauenhandel, Abtreibung weiblicher Föten usw. ergeben.

In China bringen sich im Gegensatz zum Rest der Welt mehr Frauen um (etwa 350 000 pro Jahr) als Männer. Jede zweite Selbstmörderin der Welt ist Chinesin (vgl. MacLeod 1998). Ein Hauptgrund dafür kann die Doppellast von Produktions- und Reproduktionsarbeit sein (Frick u.a. 1995). Sicher werden mit der kapitalistischen Entwicklung in China die Elemente der Frauenunterdrückung teils übernommen, teils modifiziert und teils verstärkt (vgl. Entwistle 2000). Es ist nicht mehr zu übersehen, dass der Reformprozess die Lage der Frauen auf ganz besondere Weise prägt. Die »Neue Ära Chinas« wird zwar wegen der Verbesserung des Lebensstandards insgesamt positiv eingeschätzt, es gibt aber neben der Gelegenheit zu gewinnen auch tödliche Gefahr im kapitalistischen Dschungel. Trotz der sozialistischen Rhetorik der Partei verdienen die Frauen weniger als Männer, obwohl sie wesentlich länger und mit gleicher Intensität arbeiten.

Die meisten chinesischen Frauen befinden sich im Wettbewerbsnachteil und werden zum Opfer der Reformen, weil die Lockerung der staatlichen Kontrolle in vielen gesellschaftlichen Bereichen das Wiederaufleben traditioneller Formen der Geschlechterverhältnisse begünstigt (Hong 2003). Der fortbestehende Ahnenkult tauchte auch offiziell wieder auf: in der Anerkennung des traditionellen Konfuzianismus. Um die Diskriminierung von Frauen abzuschaffen, müssen also Frauen auch einen gleichberechtigten Platz im Ahnenkult erhalten. Es scheint, dass es sonst keinen anderen Weg zur progressiven Entwicklung der Frauenemanzipation gibt, wie die Beispiele von Japan und Vietnam zeigen.

4. Schlussfolgerung

Konfuzius sagte einmal, man solle Armut akzeptieren, wenn die Kameraden in der gleichen Klasse gleich arm sind. Es kann aber nicht akzeptiert werden, dass sich die Klassenkameraden voneinander unterscheiden. Mit diesem Anspruch des Konfuzius kann man eine mögliche Charakteristik der chinesischen Gesellschaft und ihrer Geschichte finden, nämlich: keine Entwicklung durch Unterschiede. Gibt es eine Gesellschaft, die ohne soziale Differenzierung und Mobilität modernisiert werden kann? Man kann davon ausgehen, dass es im »Neuen China« keine soziale Mobilität und damit auch keine Differenzierung im eigentlichen Sinne gab. Diese Lage ändert sich in der »Neuen Ära Chinas«, wo die Privatisierung der Gesellschaft in Gang gesetzt wurde. Wie weit aber lässt sich soziale Differenzierung und Mobilität mit Konfuzianismus, Sozialismus und Kapitalismus vereinbaren?

China steigt also in das Spiel um Markt und Profit ein, aber ohne Kapitalismus. Lenin, Tito und Gorbatschow haben auf eine sozialistische Marktwirtschaft gesetzt und verloren. Das Prinzip »Der Mensch als Maß aller Dinge« und die Marktwirtschaft für die Modernisierung des Landes sollen China im Gleichgewicht halten (Peters 2004, Chung 2001). Wenn China dieses Spiel gewänne, wäre es ein unermesslicher Erfolg in der menschlichen Geschichte. Um »den nicht nur männlichen, sondern auch weiblichen Menschen als Maß aller Dinge« zu nehmen, gibt es mehrere Barrieren. Eine der größten ist der Ahnenkult, der immer wiederkehrt. China führt eine Familienplanung durch, um das Bevölkerungswachstum zu bremsen. Wegen der

sogenannten Ein-Kind-Politik entstehen unendlich viele Einkindfamilien, allerdings mit einer Tochter. Diese Zwangspolitik könnte ironischerweise die chinesischen Frauen wirksamer als die Frauenbewegung vom Ahnenkult emanzipieren.

Literatur

- Barlow, Tani E., *The Question of Women in Chinese Feminism*, Durham 2004
- Brandtstädter, Susanne, *Hierarchy or Alliance: The Moral Economy of Gender Relations in Rural Taiwan and China*, Dissertation an der Freien Universität Berlin 2000
- Braun, Annelie, *Emanzipation im Kontext patriarchalischer und Kapitalverhältnisse*, Schriftenreihe *Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft*, Bd. 1, hgg. v. Hanna Behrend, Berlin 1995
- Chung Un-Yung, *Kwangdaewi Kyungjaehak* (Volkswirtschaftslehre vom Clown), Seoul 1989
- ders., *Chungkukkyungjae Sanchak* (Spaziergang in die chinesische Wirtschaft), Seoul 2001
- Entwisle, Barbara (Hg.), *Re-drawing Boundaries: Work, Households, and Gender in China*, Berkeley 2000
- Frick, Heike, Mechthild Leutner u. Nicola Spakowski (Hg.), *Frauenforschung in China: Analysen, Texte, Bibliographie, Berliner China Studien*, Bd. 28, München 1995
- Haug, Frigga, »Geschlechterverhältnisse«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, hgg. v. W.F. Haug, Hamburg 2001, 493-531
- ders., »Marxistische Theorien und feministische Debatten«, in: Torsten Niechoj u. Marco Tullney (Hg.), *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*, Marburg 2006, 73-119
- Herr, Hansjörg, »Das chinesische Akkumulationsmodell und die Hilfslosigkeit der traditionellen Entwicklungstheorien«, in: *Prokla* 119, 30. Jg., 2000, H. 2, 181-209
- Hong, Tae-Hee, »Unsichtbare Frauenarbeit – Wirtschaftsentwicklung und Frauenerwerbstätigkeit in Südkorea«, in: *frauen-solidarität*, Nr. 82, H. 4, 2002, 20f
- ders., »Wirtschaftsentwicklung, Wirtschaftskrise und Geschlechterverhältnisse im globalisierten ostasiatischen Kapitalismus«, Vortrag auf der Attac-Sommerakademie, Münster 2003, unveröff. Manuskript
- Hughes, Kathryn, *Ancestor worship*, London 2002
- Janelli, Roger, u. Dawnhee Yim Janelli, *Ancestor Worship and Korean Society*, Stanford 1982
- Lee, Eun-Jung, *Konfuzianismus und Kapitalismus*, Münster 1997
- Li Xiaojiang, *Xingbie yu Zhongguo* (Geschlechter und China), Peking 1994
- Klass, Daniel, *Ancestor Worship in Japan: Dependence and the Resolution of Grief*, London 1996
- Kuah-Pearce, Khun Eng, »The Changing Moral Economy of Ancestor Worship in a Chinese Emigrant District«, in: *Culture, Medicine and Psychiatry*, 23. Jg., 1999, H. 1, 99-132
- ders., Rezension zu S. Brownells u. J. Wasserstroms *Chinese Femininities / Chinese Masculinities*, in: *China perspectives*, Bd. 50., 2003, 85f
- Kuhn, Annette, u. Ann Marie Wolpe, *Feminism and Materialism. Women and Modes of Production*, London 1978
- Mac Leod, Lijia, »The Dying Fields. Economic pressures have spawned a tragedy in rural China – women are killing themselves at an alarming rate«, in: *Arts & Society*, 23.4.1998
- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, Berlin/DDR 1964ff (zit. MEW)
- Menzel, Ulrich, *Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells*, Opladen 1978
- Peters, Helmut, »Neuer Kurs der KP Chinas«, in: *Sozialismus*, 31. Jg., 2004, H. 5, 43-46
- Pohlmann, Markus, »Max Weber und der ›konfuzianische Kapitalismus‹«, in: *Prokla* 119, 30. Jg., 2000, H. 2, 281-300
- Rigby, Stefan Henry, *Marxism and history: a critical introduction*, Manchester 1987
- Tu Wei-ming (Hg.), *Confucian traditions in East Asian Modernity*, Harvard 1996
- Wittfogel, Karl August, *Die orientalische Despotie*, Köln 1962

Bettina Gransow

Umsiedlerinnen

Warum Verarmungsrisiken bei unfreiwilliger Migration in China für Frauen (noch) größer sind als für Männer

Die expansive Wirtschaftspolitik, die China seit Ende der 1990er Jahre betreibt, hat zu umfänglichen Investitionen in die Infrastruktur des Landes geführt. Diese fließen insbesondere in die Sektoren Transport und Verkehr, den Energiesektor, Telekommunikation und die Wasserversorgung. Klärwerke und Mülldeponien werden errichtet, Schnellstraßen, Autobahnen, Eisenbahnen und Flughäfen gebaut. Besonders Gewicht haben bei dieser Entwicklungsstrategie eine Reihe von Megaprojekten, die wegen ihrer gigantischen Größenordnungen und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als nationale Prestigeprojekte gelten, zugleich aber wegen ihrer technischen, ökologischen und sozialen Risiken ins Schlaglicht der Kritik geraten sind. Das bekannteste dieser Projekte ist der Drei-Schluchten-Staudamm am Yangzi-Fluss. Weitere Großprojekte sind die Eisenbahn von Golmud nach Lhasa, die im Sommer 2006 fertiggestellt wurde und mit der nun täglich Tausende von Personen fahren, der Staudamm am Nu-Fluss in Yunnan, eine Hochgeschwindigkeitsbahn von Peking nach Shanghai (bzw. Hangzhou) sowie ein Projekt, bei dem Wasser aus dem Süden des Landes in den an Wassermangel leidenden Norden gepumpt wird.

Die ökologischen und sozialen Nebenfolgen solcher Projekte sind enorm. Umweltzerstörung, Gesundheitsschäden, Zwangsumsiedlungen und der Verlust des Bodens mit der möglichen Folge massenhafter Verarmung, all dies sind externe Kosten der chinesischen Wirtschaftsentwicklung, die als Modernisierungsrisiken selbst produziert wurden (vgl. Gransow 2003) und die als Ursache für eine Vielzahl von sozialen Protesten der Betroffenen anzusehen sind.

In den letzten 20 Jahren waren mindestens 22 Millionen Menschen von Umsiedlungen infolge von Staudammprojekten betroffen (*Renmin Ribao* v. 14.8.2006). Allein für das Drei-Schluchten-Projekt sollen offiziellen Angaben zufolge mindestens 1,13 Mio. Menschen bis zur Fertigstellung im Jahre 2009 umgesiedelt werden (CTGPC, 25).¹ »Bauern ohne Land« (*shidi nongmin*) nennt man daher eine neu entstandene Schicht, die häufig im Gefolge von Investmentprojekten Boden hergeben mussten und/oder Haus und Hof verloren haben. Sie zählen wie die städtischen Arbeitslosen, die Studenten aus Armutsgebieten und die Land-Stadt-Migranten zu den sozial gefährdeten Gruppen (*shehui ruoshi qunti*), die ebenso wie Opfer von Natur- und Umweltkatastrophen, körperlich und geistig behinderte Personen, alte Menschen in Stadt und Land oder Kinder in Armutsgebieten von absoluter Armut betroffen oder besonders bedroht sind (Chen 2000).

1 Inoffizielle Schätzungen sprechen von 2,5 Mio. Umzusiedelnden (Wang 1997, 351).

Die sozialen Dimensionen dieser unfreiwilligen Migration sind bisher (im Vergleich zu freiwilligen Migrationsformen wie vor allem innerchinesischen Land-Stadt-Wanderungen) noch relativ wenig untersucht worden. Der Beitrag gibt einen kurzen Überblick, wobei – auf Grundlage eigener Interviews mit Umsiedlern in den Provinzen Guizhou, Anhui und Shaanxi im Jahr 2001/2002 – besonderes Gewicht auf das Risiko der Verarmung der Landfrauen gelegt wird. Abschließend wird diskutiert, ob sich mit der neuen Führungsgeneration unter Hu Jintao Veränderungen in der Umsiedlungspolitik abzeichnen.

Soziale Auswirkungen unfreiwilliger Migration

Unfreiwillige Migration, wie sie charakteristisch ist für Vertreibungen infolge von Naturkatastrophen oder Bürgerkriegen, aber auch für Zwangsumsiedlungen infolge von Investmentprojekten (um die es im Folgenden geht), zeichnet sich dadurch aus, dass alle gesellschaftlichen Gruppen, egal ob alt oder jung, gesund oder krank, Männer oder Frauen, gleichermaßen betroffen sind. Dies ist eine ganz andere Situation als bei Formen freiwilliger Migration, besonders Arbeitsmigration, wo nur ein Teil der Bevölkerung aus dem Herkunftsort weggeht, in der Regel diejenigen, die jung sind, körperlich und geistig besonders leistungsfähig und die über hinreichend materielles und soziales Kapital verfügen, um die Kosten des Migrationsprozesses bewältigen zu können. Hinzu kommen bei unfreiwilliger Migration die starken psychischen Belastungen einer von außen aufgezwungenen Situation. Der Begriff der Umsiedlung wird im Folgenden – wie im chinesischen Diskurs üblich – sowohl für Bodenenteignungen wie auch Umsiedlungen im engeren Sinne benutzt.

Art und Umfang der Umsiedlungen, hervorgerufen durch Investmentprojekte, können je nach Projekt sehr unterschiedlich sein. Während z.B. Staudamm-, Ölfeld- oder Flughafenprojekte die konzentrierte Umsiedlung ganzer Dörfer oder sogar Kleinstädte nach sich ziehen, führt der Bau von Straßen, Eisenbahnen und Kanälen zu linearen und zerstreuten Umsiedlungsformen. Letztere können auf vielfältige Weise die Netzwerke lokaler Gemeinden zerstören, indem sie Verkehrs- und Bewässerungssysteme zertrennen und den Zugang zu den Feldern erschweren. Der Bau von städtischen Straßen, Brücken oder U-Bahnen, von Heiz- und Wasseranlagen, Einrichtungen der Energieversorgung und der Kanalisation etc. kann den Abriss von Wohngebäuden, Geschäften, Unternehmen und sozialen Einrichtungen etc. nötig machen. Aus diesen unterschiedlichen Bedingungen resultieren unterschiedliche Formen der Wiederansiedlung, die in der Nachbarschaft oder weit entfernt erfolgen kann, zentralisiert oder zersplittert und in verschiedene Arten von aufnehmenden Gemeinden hinein. Es kann sich um Land-Land-, um Land-Stadt- oder um Stadt-Stadt-Umsiedlungen handeln.

In besonderem Maße betroffen sind Bauernfamilien, die mit dem Boden möglicherweise ihre wichtigste Einkommensquelle verlieren und darüber hinaus neue Kenntnisse und Fertigkeiten benötigen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Hinzu kommt der Verlust des Bodenbesitzes als Quelle sozialer

Sicherung.² Dies kann weitreichende Folgen für den Bauernhaushalt haben. Hierzu zählt auch der Besitz bzw. Verlust von potenziellen Ressourcen, die zwar bisher nicht produktiv genutzt wurden, die aber in der Zukunft z.B. als Müllplätze oder Wassergebiet Erträge abwerfen könnten. Mit dem Bodenverlust werden die ursprünglichen Arbeitskenntnisse – wie zum Beispiel Züchtung, Saatentwicklung, Anbau, Felderverwaltung, Ernte und Vermarktung – wertlos und neue Qualifikationen müssen ausgebildet werden. Die alten Kenntnisse und Fähigkeiten behalten nur im Falle einer Boden-für-Boden-Entschädigung innerhalb der ursprünglichen Gemeinde Gültigkeit. Bei Fernumsiedlungen gilt dies, selbst wenn eine Boden-für-Boden-Entschädigung erfolgt, nicht, da die unterschiedlichen Produktionsbedingungen, die mit Unterschieden im Boden oder Klima zusammenhängen, die unterschiedlichen Landwirtschaftsprodukte, Bearbeitungsmethoden, Werkzeuge und Marketingbedingungen in der Regel neue Kenntnisse erforderlich machen.

Soziale Netzwerke spielen eine wichtige Rolle während des Umsiedlungsprozesses und danach. Beim Wiederaufbau der Häuser helfen Freunde und Verwandte sich vielfältig gegenseitig. Danach kann es allerdings passieren, dass aufgrund der weiten Entfernung und erschwerten Kommunikation die ursprünglichen sozialen Netzwerke geschwächt werden oder verloren gehen. Die Umgesiedelten gewinnen neue Freunde, Kollegen und Nachbarn in der neuen Gemeinde. Aus dieser Perspektive betrachtet, kann es sogar zu einer Ausweitung der sozialen Netzwerke kommen. Diese Veränderungen können von Familie zu Familie sehr unterschiedlich sein. Im Allgemeinen erleiden die sozial schwachen Gruppen, die alten Leute, die Frauen und die armen Leute eher Verluste in ihren Sozialbeziehungen, während die Jüngeren und auch die Kinder sich leichter an die neuen Verhältnisse anpassen und daher auch eher von der neuen Situation profitieren. Dies kann zu Konflikten zwischen den Generationen eines umgesiedelten Haushaltes führen. Die unterschiedlichen Umsiedlungsmuster treffen die sozialen Netzwerke je anders. Konzentrierte Umsiedlungsformen ganzer Dörfer oder Gemeinden lassen die sozialen Beziehungen innerhalb des Dorfes eher intakt, laufen aber andererseits leichter Gefahr, dass es zu Integrationsproblemen mit der aufnehmenden Gemeinde kommt als im Falle von zerstreuten Umsiedlungsformen (CIECC 2004, 86f).

Die Beschlagnahme von Boden für Investmentprojekte kann auch Orte mit einer traditionellen und kulturellen Bedeutung betreffen, wie z.B. Tempel, Kirchen, Friedhöfe oder andere Orte, die einen kulturellen Wert repräsentieren. Diese verschwinden dann einfach und nicht immer ist es möglich, sie an einem anderen Ort wieder zu errichten. Dies wirft zum einen die Frage einer angemessenen Kompensation

2 Die Unterscheidung zwischen städtischer und ländlicher Haushaltsregistrierung in China impliziert die Idee eines gesicherten Arbeitsplatzes und eines umfassenden Systems sozialer Sicherung der städtischen Haushalte und einer sozialen Grundabsicherung durch Teilhabe an kollektivem Bodenbesitz der ländlichen Haushalte. Auch wenn dieses System unter den Bedingungen der Marktwirtschaft in China zunehmend aufweicht, ist es jedoch bis heute von grundlegender materieller und ideologischer Bedeutung.

auf (vgl. McDonald 2002), berührt aber auch Glaubenssysteme, Ängste, Rituale und Normen der betroffenen Bevölkerung. Insbesondere in Gebieten nationaler Minderheiten kann dies Probleme hervorrufen.

Nach der Umsiedlung in eine neue Gemeinde können im günstigen Falle viele Bedingungen besser als vorher sein: der Verkehr, die Schulen, das Kulturangebot, die Ausbildungschancen, die Gesundheitsversorgung und die Lebensverhältnisse insgesamt. Im ungünstigen Fall dagegen kann es, z.B. bei Nahumsiedlungen, passieren, dass das ursprüngliche Verkehrssystem teilweise oder gänzlich zerstört wird und es zu Transportproblemen oder Problemen der Wasserversorgung kommt. In Fällen, wo eine Vielzahl von Umsiedlern den Ort verlässt und daher auch Einrichtungen wie Schulen und Kliniken neu errichtet werden, können sich die Lebensbedingungen für die zurückgebliebene Bevölkerung einer Gemeinde verschlechtern.

Das Risiko der Verarmung

Verarmung als Folge der Beschlagnahme von Boden und Zwangsumsiedlungen ist eines der weitestreichendsten sozialen Risiken von Projektinterventionen.³ Am Beispiel von Umsiedlungen lassen sich die sozialen Polarisierungsprozesse der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft wie in einem Brennglas beobachten. Müssen für ein Investmentprojekt lokale Bewohner umgesiedelt werden, so werden diejenigen, die es sich leisten können, danach trachten, die Gelegenheit wahrzunehmen und durch zusätzliche eigene Ersparnisse die teilweise relativ geringen und oftmals verspätet ausgezahlten Kompensationsgelder aufzustocken und ein größeres und besseres Haus zu bauen. Manchmal wird bei dieser Gelegenheit auch der Haushalt geteilt und es werden zwei Häuser gebaut: eines mit den Kompensationsgeldern und eines mit den Baumaterialien des alten Hauses. Stehen die neuen Häuser noch in einer künftigen Geschäftsstraße oder gegenüber einem neu zu errichtenden Bahnhof, sind durch den neuen Standort zudem wirtschaftliche Vorteile absehbar. Diejenigen dagegen, die ohnehin nur eine schäbige Hütte bewohnten, dafür nur geringe Entschädigung erhalten und über keine nennenswerten Ersparnisse verfügen, sind überhaupt nicht in der Lage, die Umsiedlung für eine Verbesserung ihrer Situation zu nutzen. Die Verwendung der Ersparnisse für den Hausbau kann ihrerseits ein soziales Risiko in sich bergen, da nun möglicherweise die zur sozialen Absicherung gedachten Rücklagen aufgebraucht werden und im Falle von Krankheit oder sonstigen unvorhergesehenen Ereignissen fehlen. Das Leben wird dadurch unsicherer (vgl. Li 2000, 246ff). Allerdings handelt es sich in diesem Fall um ein Risiko, das der Haushalt selbst eingeht – im Unterschied zu der Umsiedlungssituation als solcher, wo die Betroffenen nicht selbst entschieden haben, sondern ihnen die neue soziale Gefahrenlage von außen aufgedrängt wurde.

3 Dies gilt übrigens auch für sog. Entwicklungs- oder Naturschutzprojekte, die zwar ihre entwicklungsfördernden und ökologischen Zielsetzungen im Blick haben, aber nicht den Boden, auf dem diese umgesetzt und von dem möglicherweise Bauern hierfür vertrieben werden.

Bei der Beschlagnahme von Ackerland für Bauvorhaben gilt in ähnlicher Weise, dass diejenigen, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes nicht in erster Linie auf den Boden angewiesen sind und die aufgrund fachlicher Kenntnisse und sozialer Kompetenzen ohnehin schon den Übergang von landwirtschaftlichen in nicht-landwirtschaftliche Tätigkeiten vollzogen haben, den Verlust des Bodens leichter meistern können als diejenigen, die z.B. wegen mangelnder Bildung oder wegen ihres Alters auf den Ackerboden als Existenzgrundlage angewiesen sind. Gerade sie können durch den Verlust des Bodens in extreme Notsituationen geraten, wenn sie nicht in der Lage sind, sich eine neue Existenz aufzubauen.

Das Kernproblem unfreiwilliger Umsiedlungen ist die Beeinträchtigung oder sogar die Zerstörung bestehender sozialer und ökonomischer Systeme. So ist es bei den zahlreichen Staudamm-Umsiedlungen früherer Jahre in China zur Verarmung von Bauernhaushalten gekommen, die vor der Umsiedlung nicht als arm gegolten hatten. Einen Analyse-Rahmen zur Abschätzung von Verarmungsrisiken infolge von Umsiedlungen hat Michael Cernea mit dem »Impoverishment Risk and Reconstruction Model« (IRRM) entwickelt. Er identifiziert in einer Matrix acht grundlegende Umsiedlungsrisiken und stellt diesen entsprechende Gegenmaßnahmen gegenüber (Cernea 2000, 20):

Verlust des Bodens – Land-für-Land-Entschädigung/ Jobverlust – Wiederbeschäftigung / Obdachlosigkeit – Wiederaufbau des Hauses/ Marginalisierung – soziale Inklusion / Erhöhte Morbidität – verbesserte Gesundheitsversorgung/ Ernährungsunsicherheit – angemessene Ernährung / Verlust des Zugriffs auf Gemeinderessourcen – Wiederherstellung des Vermögens und der Dienstleistungen der Gemeinde / Soziale Desartikulation – Netzwerke und Stärkung der Gemeinde

Anhand dieser Matrix können Datensammlungen organisiert und die Intensität verschiedener Risiken unterschieden werden. Das Modell erfüllt zum einen diagnostische Funktionen, und es dient zum anderen der Planung und Problemlösung durch die Einbindung von Maßnahmen, die diese Risiken vermeiden oder vermindern. Für Planer ist es insbesondere wichtig, die Synergien zwischen den einzelnen Umsiedlungsrisiken zu verstehen und entsprechend Maßnahmen zu entwickeln, die diese Verbindungen im Blick haben.

Kritisiert werden kann das Modell, weil es eine Reihe von Gesichtspunkten vernachlässigt. Hierzu zählen der Zugang zu Bildung und die Entwertung von Qualifikationen, der Verlust von Kulturgütern und Symbolen, und die Vernachlässigung von geschlechtsspezifischen Unterschieden und Wirkungen in Umsiedlungsprozessen. Es ist jedoch flexibel genug, um zusätzliche Risiken einzubeziehen (vgl. 53).

Durch Zwangsumsiedlungen können neue Formen von Armut hervorgerufen oder bestehende verschlimmert werden. Unzulängliche Umsiedlungsplanung oder Unfälle im Zuge der Umsiedlung können Familien ins Unglück stürzen. Alle Haushalte, die Boden, ihr Haus oder anderes Vermögen verlieren, sind verstärkt schutzbedürftig. Wenn die Umsiedlung nicht positiv für sie verläuft, ist ihr ökonomisches und soziales Wohlergehen substanziell gefährdet. Haushalte mit behinderten und älteren Mitgliedern, solche, die von Frauen geführt werden, und solche, die nationalen Minderheiten angehören und/oder arm sind, gehören zu den stark schutzbedürftigen sozialen Gruppen.

Risiken von Umsiedlungen für Landfrauen

Da Umsiedlungen immer eine Krisensituation für den betroffenen Haushalt bedeuten, können bereits bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheiten (wie z.B. beim Zugang zu Bildung, im Einkommen, in der Arbeitsteilung oder beim Einfluss auf Entscheidungsprozesse) während dieser Phase noch verschärft werden. Einige Beispiele:

1. Es ist wahrscheinlich, dass Frauen im ländlichen Raum auf direktere Weise von der Bodenenteignung betroffen sind als Männer. Viele Bauernfamilien in China haben eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. In den meisten Gegenden sind die Ehefrauen schon zur hauptsächlichen Arbeitskraft in der modernen (feminisierten) Landwirtschaft geworden, während Männer verstärkt nichtlandwirtschaftliche Einkommen erzielen. Dieses Muster unterscheidet sich grundlegend von traditionellen Mustern geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in China, wonach der Mann auf dem Feld arbeitete und die Frau hinter dem Webstuhl saß.

2. Mit der Umsiedlung können die Beschäftigungsmöglichkeiten für Landfrauen dramatisch abnehmen, womit ihr ökonomischer und sozialer Status sinkt. Besonders in ländlichen Gebieten hat sich der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen seit den neunziger Jahren vergrößert. Frauen trifft man verstärkt in Niedriglohnssektoren: In der Landwirtschaft, dem am schlechtesten bezahlten Bereich, sind 82,1 Prozent der Landfrauen beschäftigt im Vergleich zu nur 64,7 Prozent der Männer auf dem Lande (1999; Di erqi 2001). Der Verlust des Bodens kann bedeuten, dass die Frauen sich eine andere Arbeit suchen müssen, für die man eine Ausbildung, bestimmte Fähigkeiten, Informationen, soziale Netzwerke und Mobilität braucht – Ressourcen, die Frauen öfter fehlen als Männern. Gerade Enteignung von Ackerboden im großen Stil nötigt dazu, bezahlte Arbeit zu finden. Verheiratete Frauen sind noch dazu aufgrund ihrer Produktions- und Reproduktionsaufgaben weniger mobil. Der Transfer zum nichtlandwirtschaftlichen Sektor ist daher für Frauen besonders schwierig. Dies war auch die Schlussfolgerung einer Studie über die Auswirkungen des Drei-Schluchten-Staudammprojektes auf die weiblichen Umsiedler. In einem stark vom Wettbewerb bestimmten Arbeitsmarkt konnten die Frauen wegen ihres relativ geringen Ausbildungsniveaus sowie wegen des Mangels an relevanten Informationen und Netzwerken kaum passende neue Arbeitsplätze im nichtlandwirtschaftlichen Sektor finden. Sie erfahren oft eine doppelte Diskriminierung, als Frau und als Umsiedlerin (Tan u.a. 2005, 725).

3. Umsiedlungen können für Schülerinnen auf dem Lande zum Schulabbruch führen. Der Haushalt wird möglicherweise so weit von der Schule weg wiederangesiedelt, dass der Schulweg zu lang wird. Aus Gründen der Kosten oder der Sicherheit entscheiden die Eltern dann, den Schulbesuch ihrer Töchter abzubrechen. Der Einsatz aller Ressourcen für den Bau von neuen Häusern kann zu Haushaltsentscheidungen führen, für Mädchen das Schulgeld nicht mehr aufzubringen. So geschah es einem für ein Wasserregulierungs-Projekt umgesiedelten Haushalt am Huai-Fluss.

Frau Z, eine 68jährige Bäuerin aus dem Dorf GG, lebt zusammen mit ihrem Mann (einem Arbeiter mit einer Pension von 600 RMB⁴ pro Monat), ihrem jüngsten Sohn, ihrer Schwiegertochter, zwei Enkelinnen (die beide die Grundschule absolviert haben) und einem Enkel (noch in der Grundschule). Ihr ältester Sohn, ihr Zweitältester und ihre Tochter arbeiten außerhalb des Dorfes und unterstützen die Eltern mit Kleidern oder etwas Geld. Die Familie war Ende der neunziger Jahre umgezogen und die Regierung gab ihnen eine Entschädigung von 8000 RMB für ihr abgerissenes Haus. Das alte Hof-Haus hatte drei Süd-Räume und drei Zimmer in den Seitenflügeln, einen Kuhstall und andere Baulichkeiten. Die Familie von Z gab 30000 RMB für den Bau eines neuen Hauses auf dem ihnen von der Regierung zugeteilten Grundstück aus. Sie liehen außerdem Geld von ihren Söhnen sowie von ihrer Tochter und bauten ein viel besseres Haus als ihr altes, mit sechs Zimmern und dazu drei in den Seitenflügeln. Weil das Dorf GG nahe am Fluss liegt, verlangte die Konstruktion des Deiches mehr Boden als anfänglich angenommen. Die ursprünglich 10 mu⁵ Boden, die Z gehörten, wurden auf die jetzigen 6 mu reduziert. Die Familie hat im Allgemeinen genug Korn zum Essen und baut etwas Gemüse an. Außerdem verdient sie durch den Verkauf von Wasserpflanzen in einer Nachbarstadt etwas dazu. Ihr Lebensstandard kann als durchschnittlich angesehen werden. Die Pension des Ehemannes reicht für die Rückzahlung der Schulden, die Ausbildung ihres Enkels und die Arztkosten. Aber der Familie fehlen die 120 RMB pro Schuljahr, die für jede der Enkelinnen benötigt würden, damit sie weiter zur Schule gehen können.

4. *Für junge Frauen, die in ein Umsiedlungsgebiet hinein oder aus einem heraus heiraten möchten, steckt das patrilokale Heiratssystem voller Tücken.* Es bestimmt besonders in ländlichen Gebieten ihre Lebensplanung auf besondere Weise. Traditionell müssen Männer in der chinesischen Gesellschaft die Kontinuität ihrer Familie garantieren. Für die Frauen aber bedeutet Heirat Diskontinuität. In der Regel wechselt die Braut mit der Heirat auch räumlich aus dem Ort und weg von der Herkunftsfamilie, in den Wohnort und in die Familie des Bräutigams. Das kann weitreichende Folgen für den Zugang zum kollektiven Bodenbesitz in den beiden Orten haben. Bei einem Auszug können die jungen Frauen den Anspruch auf den Umsiedlerstatus und damit zusammenhängende Ansprüche auf Entschädigung verlieren. Beim Zuzug erhalten sie diesen Status womöglich erst gar nicht. Entsprechende Probleme können auch im Fall von Scheidungen auftreten oder bei Rückkehr aus der Stadt.

5. *Projektbedingte Umsiedlungen bedeuten ein größeres Risiko für von Frauen geführte Haushalte.* Angemessene Entschädigungszahlungen erlauben unter normalen bis günstigen Bedingungen, ein Haus von gleichem oder höherem Wert zu bauen. Aber Haushalte, die von Frauen geführt werden (oder allgemein Haushalte mit nur einem Elternteil), gehören meist zu den ärmsten Familien. Die Entschädigungen für die schäbigen Unterkünfte sind entsprechend niedrig, Ersparnisse fehlen, ebenso häufig die zum Hausbau benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten. Für diese Frauen, z.B. Witwen mit Kindern, ist es weit schwieriger, für den Wiederaufbau des Hauses die Nachbarschaft zu aktivieren, da sie infolge der patrilokalen Traditionen gewöhnlich nicht aus dem gleichen Dorf stammen. Aus diesem Grund können diese Haushalte auch keine nachbarschaftliche Hilfe für den Hausbau ihrer Nachbarn

4 Renminbi, 100 RMB entsprechen 10 Euro.

5 1 mu = 1/15 Hektar

anbieten, wie dies unter den ortansässigen Männern, die sich seit langem kennen, üblich ist. Es fehlt den Frauen-Haushalten an sozialem und materiellem Kapital, das notwendig ist, um die Umsiedlung zum eigenen Vorteil zu nutzen.

6. Landfrauen stehen bei Fernumsiedlungen größeren Schwierigkeiten gegenüber als Männer. Vor dem Hintergrund eines geschlechtsspezifischen Gefälles in Bereichen wie Ausbildung, Einkommen, Mobilität u.ä. sind für Landfrauen, die in weit entfernte Gegenden umgesiedelt werden, zusätzliche Herausforderungen und Anpassungsschwierigkeiten zu erwarten. Forschungen zu Fernumsiedlungen im Allgemeinen und ihren geschlechtsspezifischen Wirkungen im Besonderen fehlen noch.

7. Unzureichende oder verspätete Kompensationszahlungen können besonders problematisch für Frauen in armen Familien sein, weil sie im Allgemeinen für die Ernährung der Familie verantwortlich sind. Kann das notwendige Essen nicht beschafft werden, kürzen die Frauen als erstes ihre eigene Ration, und sind damit die ersten in der Familie, die hungern.

8. Umsiedlungen können u.U. auch den Status von Frauen in den umgesiedelten Haushalten verbessern und Geschlechtergleichheit fördern. Denn in der Übergangsphase der Umsiedlung spielen Frauen eine wichtige Rolle bei der Organisation von Familienangelegenheiten. Sie können den Haushalt neu organisieren, weil das junge Paar beispielsweise nicht mehr länger unter einem Dach mit den Eltern des Mannes lebt. Wenn umgesiedelte Haushalte Geld von Verwandten und Freunden leihen müssen, wenden sie sich normalerweise zuerst an die männlichen Netzwerke der Familie. Sie können sich beim Wiederaufbau der Häuser gegenseitig helfen, aber wenn ein ganzes Dorf umgesiedelt wird, werden alle Haushalte ihre eigenen Ersparnisse selbst brauchen. Aufgrund des patrilokalen Heiratssystems leben die männlichen Verwandten in der Regel im gleichen Dorf und sind gleichermaßen mit den Problemen des Ortswechsels, des Wiederaufbaus und knapper Geldmittel konfrontiert. Die verheirateten Frauen kommen aber normalerweise aus Familien, die in anderen Orten leben. In dieser Krisensituation leihen die Frauen häufig Geld von ihren Geschwistern und anderen Verwandten der eigenen Familie (vgl. Lin 1996). Das intensiviert den sozialen Kontakt mit der Familie der Frau und stärkt zugleich ihre Position im Haushalt des Ehemanns.

Umsiedlungspolitik – zwischen der Praxis der Entwicklungsorientierung und dem Ideal der Nachhaltigkeit

Das Konzept entwicklungsorientierter Umsiedlungen ist in den frühen achtziger Jahren entstanden. Im Unterschied zu einer auf individuelle Kompensationen ausgerichteten Umsiedlungspolitik legt das Konzept besonderen Wert auf eine geeignete Wiedereingliederung der ländlichen Umsiedler. Diese wird durch eine integrierte landwirtschaftliche Entwicklung mit Forstwirtschaft, Obstanbau, Viehwirtschaft, Industrie und Nebenbeschäftigungen in der Produktion gefördert sowie durch den Wiederaufbau

der Infrastruktur wie z. B. des Elektrizitäts- und Transportnetzes und der Gesundheits-, Bildungs- und gewerblichen Einrichtungen. Der Schlüssel zum Erfolg wird in der Bereitstellung wirtschaftlicher Entwicklungschancen für die Umsiedler gesehen, die auf diese Weise ihre ökonomische und soziale Position selbst verbessern sollen. Ein grundlegendes Ziel solcher Umsiedlung soll eigentlich darin bestehen, Zwangsumsiedlungen soweit wie möglich zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, die Intervention so gering wie möglich zu halten und die betroffene Bevölkerung mit den Möglichkeiten auszustatten, um ihre Einkommen und Lebensbedingungen verbessern bzw. zumindest halten zu können. Außerdem sollten die Umsiedler in angemessener Höhe und innerhalb eines angemessenen Zeitraums entschädigt werden.

In städtischen Gebieten gehört der Boden normalerweise dem Staat; in ländlichen dem Kollektiv (d.h. dem Dorfkomitee oder den Arbeitsgruppen der Dörfer). Soll der Boden für Bauzwecke verwendet werden, muss – in Übereinstimmung mit den Gesetzen –, zuerst der Boden an den Staat rückübertragen und kann erst dann enteignet werden. Nur auf diesem Wege kann das Landnutzungsrecht auf die Arbeitseinheit, die den Boden für Investmentprojekte nutzen will, übertragen werden. Nach dem Landverwaltungsgesetz muss die Bodenenteignung vom Staatsrat genehmigt werden, wenn mehr als 35 Hektar kultivierten oder 70 Hektar unkultivierten Bodens betroffen sind. Die Enteignung kleinerer Ländereien kann auf lokaler Ebene bewilligt werden (CIECC 2004, 84).

Alle Kosten der Landenteignung, der Umsiedlungen einschließlich der Kompensationen müssen von den Projektträgern übernommen werden. Das Landverwaltungsgesetz von 1998 (2004 überarbeitet) regelt vier Arten von Entschädigungen für kultivierten Boden: für den Boden, für Bauten, für Getreide auf dem Halm und Umsiedlungsbeihilfen. Die Fonds sollen für die landwirtschaftliche Entwicklung verwendet werden, einschließlich Ackerbau, Forstwirtschaft, Fischerei, und Viehwirtschaft; und für die Entwicklung kollektiver Industrien, ferner für die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und der Gemeindeeinrichtungen, sofern mehr als zwei Drittel der Dorfbewohner sich dafür aussprechen. Sie sollen auch der sozialen Sicherung der Dorfbewohner dienen und können direkt an die betroffenen Haushalte verteilt werden, um sie bei der Jobsuche oder produktiven Unternehmungen zu unterstützen. Gegenwärtig erhalten die betroffenen Haushalte in der Regel eine Entschädigung in Form von Bargeld und suchen sich selbst neue Jobs, anstatt der früheren Praxis der Land-für-Land-Kompensation zu folgen. Dies hängt damit zusammen, dass die Dörfer im Allgemeinen bestrebt sind, die (wiederum nach dem Landverwaltungsgesetz) auf 30 Jahre vergebenen Verträge unverändert zu behalten (ebd.).

Im Großen und Ganzen entspricht das Konzept entwicklungsorientierter Umsiedlung der Priorität wirtschaftlicher Effektivität, wie sie für die Ära Jiang Zemin charakteristisch war. Im Wesentlichen wurde dabei von der Erwartung ausgegangen, dass die Durchführung von Investmentprojekten zugleich der regionalen Wirtschaftsentwicklung dienen sollte und dass diese wiederum Ausbreitungseffekte herbeiführen würde, die dann letztlich auch der von Umsiedlungen betroffenen Bevölkerung zugute kämen. Hatte sich die politische Führung unter Jiang Zemin in der Nachfolge

Deng Xiaopings hauptsächlich durch Erfolge wirtschaftlichen Wachstums zu legitimieren, so steht die neue politische Führung unter Hu Jintao nun vor der Aufgabe, sich darüber hinaus auch den hieraus erwachsenden sozialen und ökologischen Risiken zu stellen. So wie in anderen Bereichen auch wurden in den letzten Jahren einige Zeichen gesetzt, die auf ein Umschwenken in Richtung auf eine größere Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Investmentprojekten und auf eine stärkere Berücksichtigung der Belange der von Umsiedlungen betroffenen Bevölkerung hindeuten. Im Frühjahr 2002 hat die Staatliche Plan- und Entwicklungskommission⁶ ihre Zustimmung zu »Richtlinien für Machbarkeitsstudien in Investmentprojekten« (Touzi 2002) gegeben, die neben der finanziellen, ökonomischen und ökologischen Bewertung der Machbarkeit von Investmentprojekten auch eine soziale Bewertung verlangen und zur Voraussetzung ihrer Genehmigung machen.

Auch soll die Vergabepaxis von Land für Investmentprojekte sehr viel restriktiver gehandhabt werden. Dies wurde in einem Rundschreiben des Staatsrates zur Landverwaltung (Dokument 28) vom Oktober 2004 dargelegt (Decision 2004). Angesichts der Größe der chinesischen Bevölkerung und der dahinschwindenden Landressourcen müssten letztere geschützt werden, um eine nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung gewährleisten zu können. Mit Bezug auf Bodenenteignungen, Kompensationen und Umsiedlungen stellt das Rundschreiben noch einmal fest, dass diejenigen, die ihren Boden verlieren, das Recht haben, ihre Besitztitel und Landnutzungsrechte zu behalten. Die Maßnahmen sozialer Sicherung für diejenigen, die ihr Land verloren haben, werden bekräftigt und ausgeweitet. Das Ministerium für Land und Ressourcen hat sich in einem eigenen Rundschreiben angeschlossen.

Jüngst wurden in der Pekinger Volkszeitung »Vorschläge des Staatsrates zur Vervollkommnung der Politik zur Unterstützung der Umsiedler von großen und mittleren Staudammprojekten in der Rehabilitationsphase« unterbreitet, die zur Vereinheitlichung der lokal sehr unterschiedlichen Kompensationen beitragen sollen. Danach würden den rund 22 Millionen Staudamm-Umsiedlern, die in den letzten 20 Jahren von Umsiedlungen betroffen waren (mit dem 1.7.2006 als Stichtag), pro Kopf und Jahr 600 RMB zustehen. Das Gleiche soll zukünftig gelten. Die Kompensationen können individuell zur Unterstützung von produktiven Aktivitäten gezahlt werden oder in kollektive Projekte investiert werden oder beides. Hierfür soll das Mitspracherecht der Umsiedler gewahrt werden (*Renmin Ribao*, 14.8.2006).

Diese neueren Entwicklungen in Chinas Umsiedlungspolitik zeigen einen gewissen Trend weg von den Prioritäten der entwicklungsorientierten Umsiedlung hin zu einer stärkeren Berücksichtigung von Prioritäten nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit. Größeres Gewicht wird auf die soziale Inklusion und die Partizipation der betroffenen Bevölkerung gelegt. Gleichwohl fehlen in den relevanten Dokumenten üblicherweise Hinweise auf geschlechtsspezifische Auswirkungen von Umsiedlungen.

6 Inzwischen umbenannt in Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission

Geschlechtsblinde Umsiedlungspolitik und ihre unbeabsichtigten Folgen

Dass chinesische Landfrauen bei Umsiedlungen einem größeren Verarmungsrisiko ausgesetzt sind als Männer, liegt nicht zuletzt daran, dass bei den Umsiedlungsplanungen die Ansichten der Frauen, ihre besonderen Produktionsaktivitäten und die Art, in der sie innere und äußere Räume nutzen, übersehen werden. Da sie durch den Hof, die landwirtschaftliche Arbeit und die familiären Aufgaben stärker an das Haus gebunden sind, haben sie weniger Möglichkeiten, nichtlandwirtschaftliche Jobs anzunehmen oder sich überhaupt für diese zu qualifizieren. Projekte, die diese geschlechtsspezifischen Unterschiede der Arbeitsteilung und der Lebensgewohnheiten nicht berücksichtigen, laufen Gefahr, bestehende Formen von Ungerechtigkeiten in dieser Hinsicht noch zu verstärken. Gute Umsiedlungsplanung zeichnet sich dagegen durch Formen von Partizipation aus, die auch die Frauen umfassend einbeziehen.

Ein Beispiel für Geschlechtsblindheit ist das Landverwaltungsgesetz, das die negativen Auswirkungen des patrilokalen Heiratssystems auf dem Lande für Frauen im Falle von Umsiedlungen übersieht. Ein weiteres Beispiel ist die Form der Land-für-Land-Entschädigung, die nach wie vor als Beispiel optimaler Praxis gilt (auch wenn sie de facto in China immer weniger angewendet wird), weil sie die Intervention eines Projektes auf ein Minimum beschränkt. Aber unter Bedingungen von Arbeitsmigration mit einer hohen männlichen Abwanderungsrate, wo die Frauen die Hauptlast der landwirtschaftlichen Arbeit übernommen haben, kann diese Form die Arbeitslast der Frauen noch zusätzlich erhöhen und die bestehende Geschlechterungleichheit weiter verstärken. In einer Studie über Land-für-Land-Entschädigungen im Drei-Schluchten-Gebiet wurde festgestellt, dass die Qualität des zur Verfügung gestellten Bodens in höher gelegenen Bergregionen sehr viel schlechter war als das Land, das die Umsiedler zuvor besessen hatten (Tan u.a. 2005, 723). Davon waren wesentlich die Frauen betroffen. Da die Einkünfte aus der Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Einkommensquellen besonders niedrig sind, bedeutet dies zugleich, dass auch ihre Einkommen im Allgemeinen viel niedriger bleiben als die ihrer Männer in nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten.

Auch die im Falle von Umsiedlungen zentrale Frage, wer denn eigentlich berechtigt ist, Kompensationsleistungen zu erhalten, kann zu einer Quelle der Diskriminierung von Frauen werden. So waren – wiederum im Gebiet des Drei-Schluchten-Projektes – insbesondere verheiratete Frauen von einer restriktiven Auslegung des Umsiedlerstatus betroffen. Jede Gemeinde, die von der Überflutung betroffen ist, erhält eine feste Summe an Finanzen und Ressourcen, deren Höhe sich nach der geschätzten Anzahl der umzusiedelnden Personen richtet. Nach Bereitstellung liegt es daher im Interesse der lokalen Führung, die tatsächliche Gesamtzahl der Umsiedler möglichst gering zu halten. Hier ist die Heirat zu einer strategischen Ressource geworden, die einerseits von jungen Frauen benutzt wird, um in das Staudammbereich hineinzuhiraten, andererseits aber auch von lokalen Kadern eingesetzt wird, um die Berechtigung des Umsiedlerstatus von Töchtern oder Bräuten anzuzweifeln (728f).

Die Unsichtbarkeit von Frauen und ihrer spezifischen Betroffenheit von Investmentprojekten liegt zum großen Teil daran, dass die zuständigen Gremien fast ausschließlich mit Männern besetzt sind. Gleichzeitig verhindert die bürokratische

Routine der Projektorganisation ein Bewusstsein für diese besonderen Probleme von Frauen. Es ist daher wichtig, Frauen aus der lokalen Bevölkerung und Experten in der Geschlechterfrage in die Planung und Leitung solcher Projekte für entsprechende Maßnahmen einzubeziehen. Der Vorteil der Partizipation von Frauen liegt dabei nicht nur im Zugang zum Wissen über ihre eigene Situation, sondern auch darin, neue Perspektiven über die möglichen Einflüsse eines Projektes zu eröffnen.

Der Wechsel von einer entwicklungsorientierten Umsiedlungspolitik mit ökonomischen Wachstumsprioritäten zu einem eher individualisierten Ansatz der nachhaltigen Sicherung des Lebensunterhaltes der Umsiedler eröffnet breitere Chancen der Partizipation und öffentlichen Beteiligung für verschiedene ›Stakeholder‹ von Investitionsprojekten, einschließlich der Umsiedlerinnen. Aber hierzu bedarf es einer Politik und eines Managements von nicht vermeidbaren Umsiedlungen, die sensibel für geschlechtsspezifische Differenzen sind. Bisher fehlen Frauen jedoch weitgehend in den Entscheidungsprozessen, die die lokalen Gemeinden betreffen wie z.B. Fragen der Entwicklung der lokalen Infrastruktur, der Landverteilung und der Nutzung kollektiver Finanzfonds.

Literatur

Cernea, Michael, »Risks, Safeguards and Reconstruction: A Model for Population Displacement and Resettlement«, in: ders., u. C. McDowall (Hg.), *Risks and Reconstruction. Experiences of Resettlers and Refugees*, Washington/DC 2000, 11-55

Chen Chengwen, *Shehui ruozhe lun* (Sozial Schwache), Peking 2000

CIECC: China International Engineering Consulting Corporation (Hg.), *Zhongguo touzi xiangmu shehui pingjia zhinan* (Leitfaden zur sozialen Beurteilung von Investitionsprojekten in China), Peking 2004

Decision of the State Council on Reform of the Investment System, Guofa paper, Nr. 20, 2004, <http://en.ndrc.gov.cn/policyrelease> (zit. Decision 2004)

Di erqi, *Zhongguo funü shehui diwei chouyang diaocha zhuyao shuju baogao* (Zweite Nationale Stichprobenerhebung zur sozialen Position der chinesischen Frau), www.china-woman.com/gb/zhuanli/shdwdcbg/
Gransow, Bettina, »Social Assessment in China – Action Learning for the Risk Society?«, in: *Berliner China-Hefte* 25, Okt. 2003, 30-43

Li Heming, *Population Displacement and Resettlement in the Three Gorges Reservoir Area of the Yangtze River Central China*, Ph.D.-Thesis an der Univ. of Leeds 2000

Lin Zong-cheng, *Shuikou in Relocation: Capital-Intensive Scheme and Cultural Adaptation to Involuntary Resettlement in Min River Basin*, Ph.D.-Thesis, Johns Hopkins Univ., Baltimore 1996

McDonald, Brooke, »The Reconstructive of a Chinese Village: Involuntary Resettlement and Culture«, in: *International Symposium on Resettlement and Social Development. Proceedings of Presentation*, Nanjing, 12.-14. Mai 2002, 141-51

Tan Yan, Graeme Hugo u. Lesley Potter, »Rural Women, Displacement and the Three Gorges Project«, in: *Development and Change*, 36 Jg., H. 4, 2005, 711-34

CTGPC: China Yangtze Three Gorges Project Development Corporation, *Three Gorges Project*, o.O. *Touzi xiangmu kexingxing yanjiu zhinan* (Richtlinien für Machbarkeitsstudien in Investmentprojekten), Peking 2002 (zit. Touzi 2002)

Wang Weiluo, »Das Drei-Schluchten-Staudamprojekt am Jangtsekiang«, in: Thomas Hoffmann (Hg.), *Wasser in Asien. Elementare Konflikte*, Osnabrück 1997, 343-55

Wei Xiaoping

Für die Erhaltung der Geschlechtergleichstellung in der sozialistischen Marktwirtschaft

Die sozialistische Wirtschaftsreform Chinas hat egalitäre Prinzipien aufgegeben und nimmt Einkommensunterschiede bedingt durch Konkurrenz am Markt und Privateigentum in Kauf. Gleichzeitig entstand auch Ungleichheit zwischen den Geschlechtern neu. Diese Notiz beschränkt sich auf dieses Problem unter der Annahme, dass wir natürliche Geschlechtsunterschiede nicht beseitigen, wohl aber ihre Wirkung reduzieren können durch den Versuch, ihre Transformation in soziale Geschlechtsunterschiede mit verschiedenen Methoden zu verhindern. Mehr als 2000 Jahre lang war China ein feudalistisches System, in dem die Frauen in der Familie unter der Herrschaft der Männer standen. Frauen galten als unterlegene Spezies. Die Erbfolge war männlich. Frauen blieben im Haus als Gebärmaschinen. Insbesondere für arme Familien war es wirtschaftlich nicht effizient, Mädchen eine Ausbildung zu finanzieren, wenn sie als Erwachsene nach ihrer Heirat in das Eigentum einer anderen Familie übergangen. Die absolute Dominanz der Männer über die Frauen blieb bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts bestehen. Erst mit dem Vordringen westlichen Kapitals und bürgerlicher Ideologie wurde durch die Xinhai-Revolution von 1911 das traditionelle feudale System gestürzt. Mit der seit Mai 1919 aktiven Arbeiterbewegung setzte sich mehr und mehr die Vorstellung von Freiheit, Demokratie und Gleichstellung der Geschlechter auch im Volk durch. In der Folge begann ein langsamer politischer Prozess der Befreiung von Frauen aus feudalistischen Familienstrukturen.

Da die bürgerliche Revolution kein umfassender Erfolg und die feudalistische Ideologie noch immer stark war, blieben Frauen benachteiligt. Die meisten von ihnen durften nach wie vor das Haus nicht verlassen, wurden bei der Arbeitssuche diskriminiert, hatten keine eigenen finanziellen Mittel, geschweige denn gleichberechtigte Positionen in der Gesellschaft. Selbst in der Familie galten Frauen weiterhin weniger als Männer. Eine Gleichberechtigung der Geschlechter in der Arbeit und der Entlohnung wurde erst durch die sozialistische Befreiungsbewegung von 1949, angeführt von der KP Chinas, erreicht. Inzwischen besitzen Frauen ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit, und ihre Position sowohl in der Familie als auch in der Gesellschaft hat sich verbessert. Doch bevor die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen gänzlich überwunden werden konnten, fand eine weitere historische Transformation statt. Mit der sozialistischen Wirtschaftsreform 1978 wurde das egalitäre Prinzip nach und nach durch Einkommensunterschiede ersetzt: Nach der Einführung des Marktsystems seit 1993 sind diese immer größer geworden, nicht nur, weil die Konkurrenz am Markt tendenziell Gewinner und Verlierer produziert, sondern auch, weil das Marktsystem Privateigentum hervorbringt. Pak-wai Liu, Xin Meng

und Junsen Zhangin vertreten die Position, dass die Marktwirtschaft dazu tendiert, Geschlechterungleichheit zu reduzieren, da die Konkurrenzsituation Unternehmer dazu bringe, Experten unabhängig vom Geschlecht einzustellen.

Die Wirklichkeit lehrt uns anderes. Offensichtlich basieren soziale Geschlechterdifferenzen vorwiegend auf geschlechtsbezogenen Vorurteilen und hängen nur lose zusammen mit natürlichen Unterschieden. Wegen ihrer langen Entstehungsgeschichte können sie nicht schnell beseitigt werden und beeinflussen auch die Entscheidungen der Unternehmer. Es ist zu bedenken, dass nicht nur in China, sondern auch in der westlichen Welt der Zeitraum der gesellschaftlichen Präsenz von Frauen gegenüber der der männlichen extrem kurz ist.

Wenn soziale Geschlechtsunterschiede als Überformung natürlicher Differenzen in einem langen historischen Prozess zustande kamen und immer neu konstruiert werden, kann und muss in diesen Prozess der Neuauflage des sozialen Geschlechts in China eingegriffen werden. Eine Methode wäre es, mögliche Schwächen der Frauen, die als Argument ihrer Nichteinstellung in Betrieben oder ihrer geringeren Bezahlung genutzt werden, gesellschaftlich umzulegen, also z.B. die Unternehmen bei Mutterschaft zu entlasten. Es könnten spezielle Steuern erhoben werden, so dass anstelle der Unternehmen während dieser Zeit die Regierung die Gehälter übernehmen könnte. Es ist leicht zu sehen, dass im Umgang mit dem Problem der Geschlechterungleichheit in der Marktwirtschaft die Anstrengungen der gesamten Gesellschaft und der Regierungspolitik gefragt sind, um den Marktdruck in dieser Frage von den Unternehmen zu nehmen. Einige praktische Methoden in diesem Zusammenhang werden bereits erprobt.

Gleichberechtigung garantiert Frauen nicht nur ökonomische Sicherheit, sondern auch eine unabhängige Position als grundlegende Voraussetzung für Gleichheit in Familie und Gesellschaft. Das bedeutet, dass die zukünftige Entwicklung der Geschlechterverhältnisse in der sozialistischen Marktwirtschaft nicht hauptsächlich von der Moral der Unternehmer abhängt, sondern vor allem davon, die Marktgesetze zu kennen und ebenso die sedimentierten Vorurteile über Frauen als allgemeiner Ideologie, und von hier aus eine Politik zu machen, die dem Prozess der Verwandlung natürlicher Unterschiede in soziale Nachteile entgegensteuert. Im Selbstlauf neigt die Marktwirtschaft offenbar dazu, Geschlechterunterschiede zu verschärfen; sie ist – auch als sozialistische Marktwirtschaft – eine dem Wesen nach mechanisch-rationale Wirtschaftsform und erfordert deshalb politische Regulation von Seiten der Regierung. Wenn dies nicht ausreicht, bedarf es einer feministischen Bewegung.

Aus dem Englischen von Ulrike Behrens

Literatur

Pak-wai Liu, Xin Meng u. Junsen Zhangin, »Sectoral Gender Wage differentials and discrimination in the transitional Chinese economy«, in: *Journal of Population Economics*, 13. Jg. 2000, H. 2, 331-52

Christa Wichterich

Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus

Die chinesische Transformation zum neoliberalen Kapitalismus ist kein geschlechtsneutraler Vorgang. Sie geht mit einer komplexen sozialen Differenzierung und der Neu-Konstruktion von Klassen einher. Dabei setzen sich im Prozess der Entstaatlichung der Ökonomie, der Markt- und Handelsliberalisierung und der Integration in den Weltmarkt globale Muster von Arbeitsregimen und Geschlechterrollen durch, die Geschlechterunterschiede erneut betonen. Im Folgenden wird analysiert, wie der Systembruch sich über einen Bruch mit der sozialistischen Politik der Geschlechtergleichstellung vermittelt. Dabei entstehen gleichzeitig Formen der Diskriminierung wie auch der Emanzipation von Frauen.

Die Hälfte des Himmels ... und wieviel auf Erden?

Mit Maos Diktum, »Was immer Männer leisten können, können Frauen genauso gut leisten«, wurde die chinesische Gleichstellungspolitik in den Dienst der kommunistischen Revolution gestellt. Während in den Städten erhebliche Fortschritte erzielt wurden, vermochte dieser »Staatsfeminismus« auf dem Land das konfuzianische Patriarchat und die Abwertung des weiblichen Geschlechts nur mühsam aufzubrechen. Der fatale Widerspruch der chinesischen Geschlechter- und Familienpolitik lag in der Gleichzeitigkeit von emanzipatorischen und Zwangsmaßnahmen. Die Entsexualisierung bzw. »Zwangsmaskulinisierung« von Weiblichkeit in der Kulturrevolution und der Zwang zur Ein-Kind-Familie in den Städten begleitete die »gleichwertige« Integration von Frauen in den Produktionsprozess.

Der Bruch mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in den *danweis*, den Arbeitseinheiten, gelang jedoch nur bedingt und asymmetrisch. So wurden Frauenbataillone in der Stahlindustrie, auf Werften und im Bergbau gebildet – bis zu 20 Prozent der Belegschaft –, aber die Arbeit in den Kindergärten der *danweis* blieb weibliches Monopol. Die relativ hohen Beschäftigungsraten von Frauen auch in männerdominierten Betrieben erklärten sich durch ihre Zuständigkeit für die drei K der betrieblich organisierten Versorgungsarbeit: Kindergarten, Klinik, Kantine. Die Familien- und Sorgearbeit, die nicht vom Kollektiv übernommen wurde, blieb in den Privathaushalten weiterhin Frauensache. Die Forderung nach Gleichbewertung der Arbeit wurde nie vollständig umgesetzt. Die politische Fokussierung auf die Produktion reduzierte Frauenemanzipation stark auf Erwerbsarbeit. Allein schon der nahezu kontinuierliche Ausschluss von Frauen aus der offiziellen politischen Führung und Parteispitze zeigte die Halbherzigkeit des Unterfangens, die Machtkoordinaten zwischen den Geschlechtern zu verschieben.

Wende zum Markt

Allgemein wurde erwartet, dass die Marktorientierung, die für Modernisierung und Enttraditionalisierung steht, Frauen neue Emanzipationschancen bieten würde. Tatsächlich aber übersetzte sich die ökonomische Wende in eine wachsende Geschlechterungleichheit (World Bank 2002, Lau u.a. 1999). Seit Ende der 1980er Jahre kehren sich die erzielten Gleichstellungserfolge um. Es wurden überproportional viele Frauen aus den staatseigenen Unternehmen entlassen: Frauen stellten 40 Prozent der Arbeitskräfte, aber 60 Prozent der Entlassenen. Teilweise wurden Frauen mit »go-home«-Parolen aus der Produktion ausgegliedert und frühverrentet. Typische Frauenberufe und Sorgearbeit wurden neu abgewertet. Durch die Entkollektivierung der sozialen Reproduktion wurde letztere wieder in die privaten Haushalte zurückverwiesen, und es findet ein (partieller) Rückschritt zur traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung statt (Croll 1999). Deshalb trifft der Rückbau öffentlicher Grundversorgung und sozialer Leistungen Frauen besonders stark. Wo z.B. staatliche Kindergärten geschlossen werden und Frauen wieder verantwortlich für die Kinderbetreuung werden, erschwert dies eine Neubeschäftigung bzw. entsteht die klassische Doppelbelastung.

Zugleich erhielten Frauen seltener eine Umschulung oder Wiederbeschäftigung. Obwohl ihre Universitätsabschlüsse häufig besser sind als die von Männern, haben sie geringere Chancen auf eine Anstellung. Auch die Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen vergrößert sich. Von 1990 bis 1999 wuchs sie in den Städten um 7, auf dem Land um 5 Prozent (*Beijing Today*, 17.9.2004); UNDP beziffert den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied auf 66:100 (2005, 358).

Gleichzeitig findet ein sozio-kultureller Gegenschlag gegen die sozialistische Geschlechteregalisierung statt: traditionelle Geschlechterstereotypen leben auf, Weiblichkeit wird in hohem Maße resexualisiert. Zwar hält der Staat an seiner Behauptung der Chancengleichheit fest. Den neuen Marktentwicklungen, die Geschlechterdifferenzen wiederentdecken, nutzen und gleichzeitig verstärken, steuert die Politik jedoch nicht gegen. Die chinesische Führung steht in einem Dilemma zwischen der angestrebten Wettbewerbsfähigkeit Chinas auf dem Weltmarkt und hohen Wachstumsraten einerseits und sozialistischen Politikzielen von Gleichheit, Frauenrechten und des Wohlstands für alle andererseits. Insgesamt stellt sich die Frage, inwieweit die Regierung willens und in der Lage ist, manchesterkapitalistische Strukturen zu regulieren. Bisher hat sie Arbeitsrechte, Kernarbeitsnormen und Mindeststandards nicht durchgesetzt, sondern sie dem Primat von Wachstum und Produktivitätssteigerung geopfert.

Geschlechterdifferenzierung als komparativer Vorteil

Die frühere Geschlechteregalität setzt sich trotz der Entlassungen aus Staatsbetrieben und der Rückverweisung von Frauen in die Familienrolle fort, nämlich in einer hohen weiblichen Erwerbsbeteiligung von 72 Prozent, in der Qualifikation von Frauen und

häufigeren Beschäftigung in männlich definierten Sektoren als in westlichen Ländern sowie in ihrer relativ starken Präsenz in den Führungsetagen. Sowohl im Management privater Firmen als auch in staatlichen Unternehmen hat eine größere Zahl von Frauen die Glasdecke durchstoßen als in Westeuropa. Nach Angaben des chinesischen Unternehmerinnenverbandes leiten sie 40 Prozent der Privatunternehmen (*taz*, 5.10.2004). Gute Chancen haben Frauen auch bei ausländischen Konzernen, z.B. bei Banken und Versicherungen. Trotzdem gilt in allen Unternehmensformen: je höher die Position und die Gehaltsebene, desto männerdominierter ist sie.

Gegenläufig zu solch neuen Aufstiegschancen vergrößern vier Mechanismen die Geschlechterunterschiede: die Feminisierung arbeitsintensiver Exportindustrie; die Konzentration von Frauen in informeller, niedrig entlohnter Beschäftigung; die (Re-)Feminisierung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit und die Einkommens- und Rentendisparität zuungunsten von Frauen (Lau u.a. 1999, Dai 2003).

Wie in anderen Entwicklungsländern begann die Weltmarktintegration in den 1980er Jahren mit einer arbeitsintensiven Exportindustrialisierung, vor allem im Textil-, Spielzeug- und Elektroniksektor. Die billigen, gefügigen weiblichen Surplus-Arbeitskräfte waren hierfür ein enormer Standortvorteil. Bis heute basieren die zweistelligen Wachstumsraten in den Sonderwirtschaftszonen an der Küste zu einem großen Teil auf niedrigentlohnter, ›fingerfertiger‹ Frauenarbeit bzw. der Lohndiskriminierung von Frauen (vgl. Seguino 2000; Wichterich 1998 u. 2003; Lin 2000, 5). Pun Ngai, eine Soziologin, die selbst in der Elektronikindustrie in Shenzhen arbeitete, spricht von der »wieder-erfundenen [...] Weiblichkeit der Arbeitskräfte« (1999, 18). Die meisten Beschäftigten sind Migrantinnen aus ländlichen Provinzen, »bäuerliche Arbeiterinnen«, die durch Rücküberweisungen aufs Land die Einkommen ihrer Familien aufbessern. Parteikader oder private Arbeitsvermittler rekrutieren in den Dörfern leicht qualifizier- und disziplinierbare Mädchen ab 12 Jahre. Sie werden mit dem gleichzeitig verniedlichenden und abwertenden Begriff *dagongmei*, working girls, bezeichnet – ein sexualisierter Gegenbegriff zum entsexualisierten Arbeiter – *gongren* – der Mao-Ära (Pun 1999).

Trotz gesetzlicher Regularien werden sie zu Überstunden genötigt, die häufig un- oder unterbezahlt bleiben; Arbeitszeitlisten und Lohnkarten werden gefälscht (Südwind 2005, 23ff). Die Sonderwirtschaftszonen vollzogen zudem die allgemeinen Lohnerhöhungen der letzten Jahre nicht mit, sodass die Monatslöhne seit mehr als zehn Jahren trotz stark gestiegener Lebenshaltungskosten bei ca. 50 Euro liegen. Der Druck zu Effizienz- und Produktivitätssteigerung an 12- bis 14-Studentagen bei mangelndem Arbeitsschutz schlägt sich in einer extrem hohen Unfallquote nieder. Weggestanzte Finger oder Hände sind bei Fließbandarbeiterinnen an der Tagesordnung. Nach wenigen Jahren intensivster Arbeit tragen die meisten gesundheitliche Schäden davon, werden entlassen oder verlassen ausgebrannt die Verschleißindustrien.

Im Zuge der WTO-Liberalisierung expandiert die arbeitsintensive Exportfertigung weiter. Exemplarisch ist der Textil- und Bekleidungssektor. Ein Überangebot niedrigentlohnter weiblicher Arbeitskräfte und deren steigende Produktivität sowie eine enorme Kostenersparnis durch Massenproduktion gehören hier zu den Wettbewerbsvorteilen.

Die Stundenlöhne chinesischer Bekleidungsarbeiterinnen liegen zwar etwas höher als die ihrer Kolleginnen in Bangladesch, Indonesien, Vietnam, Kambodscha, Indien und Pakistan, doch sind die Lohnstückkosten wegen der höheren Produktivität der Chinesinnen niedriger (Ferenschild/Wick 2004, 24). Bereits 2002 machten die Bekleidungs- und Textilexporte ein Fünftel der chinesischen Güterexporte aus (23). Nach dem Auslaufen des Welttextilabkommens wird davon ausgegangen, dass der Anteil Chinas am Weltexport von Bekleidung von 20 Prozent im Jahr 2004 innerhalb weniger Jahre auf 50 Prozent ansteigen wird. Im Textilsektor sollen zusätzliche 3,8 Millionen Jobs entstehen (UNDP u.a. 2003, 205). Schon jetzt zeigt sich eine neue Verlagerungswelle von Textilproduktion nach China. Die Exporte z.B. in die EU stiegen um über 50 Prozent, die Weltmarktpreise sanken um bis zu 50 Prozent (*China aktuell* 2005, 27).

Solche Wettbewerbs- und Wachstumserfolge der chinesischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt haben ihren sozial- und umweltpolitischen Preis. Kernarbeitsnormen, soziale Standards, Anti-Diskriminierungsprinzipien und Umweltschutz werden vom Staat weder in staatlichen noch in privatwirtschaftlichen Unternehmen durchgesetzt. Ihre Verletzung, und damit auch die Diskriminierung von Frauen, wird billigend in Kauf genommen. Die Politik schaut zu, wie bestehende soziale Differenzen zur Effizienz- und Gewinnoptimierung genutzt und dadurch Diskriminierung und Spaltungen verstärkt werden.

Der zweite Sektor neben den arbeitsintensiven, niedrigentlohten Industrien, in dem Frauen Jobs hinzugewinnen, sind informelle Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich. Privatunternehmen, aber auch öffentliche Einrichtungen entdecken die Informalisierung von Beschäftigung als Mittel der Kostensenkung. Beispielsweise entließ die Regierung Tausende Lehrkräfte aus dem öffentlichen Dienst und stellte sie sogleich wieder als Tagelöhner ein. Ihr Gehalt richtet sich jetzt nach der Anzahl der geleisteten Unterrichtseinheiten, wobei sie ihre Kranken- und Rentenversicherung selbst tragen müssen (*ver.di publik*, 5.04).

Staatliche wie private Jobvermittlungsagenturen steuern jobsuchende Frauen in informelle Beschäftigungsformen. Trainings- und Wiederbeschäftigungsprogramme sind überwiegend auf unsichere Tätigkeiten in Privathaushalten, der Gastronomie und dem Handel sowie auf Unternehmensgründungen ausgerichtet, meist »Ein-Frau-Betriebe« z.B. in der neu entstandenen Schönheitsindustrie. Mit Parolen wie »Be a self-empowering and self-reliant retrenched person« (Dai 2003, 148) werden die Frauen mobilisiert. Ein Einstellungswandel von einer Versorgungshaltung zur Eigenverantwortung wird verlangt. Der Allchinesische Frauenverband beteiligt sich hieran mit seinem »4-Selbst-Slogan«: »Selbst-Respekt, Selbst-Vertrauen, Selbstständigkeit, Selbst-Verbesserung«. Er fordert die Frauen auf, die Ursachen für ihre Schwächen und Defizite wie auch die Problemlösungen bei sich selbst zu suchen (Zhang/Wu 1995, 39).

In den Städten boomt ein sich ausdifferenzierender, hochgradig informalisierter und niedrig entlohnter Markt haushalts- und personennaher Dienstleistungen für entlassene oder frühverrentete Frauen und Migrantinnen vom Land. Das Problem der Reprivatisierung sozialer Reproduktionsarbeiten nach dem Zusammenbruch der *danweis* lösen mittelständische Familien mit doppel-erwerbstätigen Ehepartnern

durch die in der Mao-Zeit als feudalistisch verpönte Beschäftigung von Dienstmädchen. Erstaunlich schnell nach den Emanzipations- und Gleichstellungsfortschritten in der sozialistischen Ära sind wieder soziale Differenzen zwischen Frauen und eine private Aufteilung von Sorgearbeit unter Frauen entstanden.

Die Informalisierung von Beschäftigung ist einer der wichtigsten Hebel zur Geschlechterdifferenzierung der Arbeitsmärkte, zur Vergrößerung von Lohnunterschieden und zur Marginalisierung von Frauen in der Globalisierung (Jiang 2004, Wang 2004). Es entsteht eine neue Konnotation von Frauenjobs als prekäre Jobs, vor allem von »McJobs« im Dienstleistungssektor. Die Gewinne durch irreguläre Beschäftigung sind ambivalent für Frauen, weil sie zwar ein Einkommen bringen, das über der absoluten Armutsgrenze liegt (die von der chinesischen Führung bei 25 Cent Tagesverdienst festgelegt wurde), aber keinerlei soziale Sicherheit, denn informell Arbeitende sind nicht in das Sozialversicherungssystem einbezogen.

Entgegen der früheren Gleichheitsorientierung der staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen finden im einheimischen Privatsektor geschlechtsspezifische Auswahlkriterien Anwendung, mit denen Frauen offen aufgrund ihres Alters oder Aussehens diskriminiert werden. Zwar diskutieren die Medien solche Diskriminierungspraktiken, die Politik interveniert jedoch nicht und belehrt die Öffentlichkeit, dass Unternehmen in der Marktwirtschaft »autonom handeln«.

Die offiziellen Statistiken blenden Prostitution als wachsenden Einkommensbereich für Frauen vollständig aus. Sie ist jedoch ein integraler Bestandteil des Hotel- und Gastronomiegewerbes geworden; ein »Begleitservice« ist mittlerweile Standard bei Geschäfts- und touristischen Reisen. Bordelle sind verboten. Der Straßenstrich entlang der Routen männlicher Migranten und auf den Großbaustellen in den Städten stellt häufig die einzige Verdienstmöglichkeit für erwerbslose, unqualifizierte Frauen dar (Lee 2005, 30). Für viele ist Prostitution ein Nebenverdienst, um Ausgaben für Medikamente oder die Ausbildung des Kindes zu decken. Die aktuelle Zahl der Sexarbeiterinnen dürfte um ein Vielfaches höher liegen als die 6 Millionen, die Behörden für das Jahr 2000 angaben. Hinzu kommt, dass die Armutsprostitution transnational betrieben wird, d.h. Chinesinnen wandern nach Burma, Thailand und Vietnam oder werden in dortige Bordelle gehandelt, Russinnen und Nordkoreanerinnen arbeiten in China.

Neue Subjektivitäten

Schiere Not und Verschuldung der Familien sind die wichtigsten Gründe, um vom Land abzuwandern (Chan 2002, 181). Für junge Frauen, die inzwischen die Hälfte der 150 Millionen Wanderarbeiter ausmachen, kommt jedoch häufig der Wunsch hinzu, den Beschränkungen der ländlichen, immer noch rigide konfuzianisch-patriarchalen Lebenswelt zumindest zeitweise zu entkommen. Die Proletarisierung in der Industrie oder die informelle Beschäftigung im Dienstleistungssektor bedeuten nicht nur eine Einkommensverbesserung, sondern sie werden auch als sozialer Aufstieg betrachtet (HKCTU 2004, 9). Entsprechend wächst die Zahl derjenigen, die in ihrer Lebensplanung entgegen aller Widerstände einen permanenten Aufenthalt in der Stadt anstreben.

Durch die Geldüberweisungen an ihre Familien bekommen die Frauen zudem eine neue Rolle als ökonomische Akteurin und Ernährerin. Sie entwickeln ein neues Selbstwertgefühl und eine selbständige Identität zwischen kapitalistischem Markt und patriarchaler Herkunftskultur (Huang/Zhan 2005, 6; Pun 1999; Schmidbauer 2003). Trotz der Desillusionierung in der industriellen Arbeitswelt und im städtischen Alltag, trotz der Verbitterung über die Disziplinierung und die Diskriminierungen als »Landmädchen« oder wegen ihrer Herkunft aus ethnischen Minderheiten sind sie bereit, Zumutungen und Benachteiligungen hinzunehmen. Viele von ihnen sind nicht über ihre Rechte informiert und glauben z.B., sie müssten kündigen, wenn sie schwanger werden. Dennoch entwickeln sie eine »Kultur des Überlebens«. Eine individuelle Strategie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einkünfte ist das Job-Hopping, ein schneller Arbeitsplatzwechsel auf der ständigen Suche nach besseren Konditionen (Chan 2002, 180ff).

Auf dem Land wird die alte Familienplanungspolitik mit der Parole »weniger Geburten um schnellen Wohlstand zu erreichen« nun zur Armutsreduktionspolitik erklärt. Gleichzeitig sind die chinesischen Metropolen bereits überaltert. In Shanghai, wo schon 18 Prozent der registrierten Bevölkerung (ohne Migrantinnen) älter als 60 Jahre sind, beschloss die Stadtverwaltung im April 2004 eine bevölkerungspolitische Kehrtwende: Paare können nun ein zweites Kind »beantragen«. Befragungen weisen allerdings darauf hin, dass aufgrund der veränderten Lebensbedingungen nur noch wenige einen Zwei-Kinder-Wunsch haben und eine wachsende Zahl – derzeit 12 Prozent – kinderlos bleiben will. So behält die politische Führung ihren Anspruch auf politische Kontrolle der Fortpflanzung bei, die Objekte der Kontrolle entwickeln jedoch eigenständige Ziele für ihre Lebensplanung.

In den Städten – am stärksten ausgeprägt in Shanghai – ist eine Generation junger Karrierefrauen als verhätschelte Einzelkinder im Wohlstandsboom der städtischen Aufsteiger großgeworden. Ausgezeichnet ausgebildet, manchmal sogar im Ausland, konkurrenzfreudig und selbstbewusst versuchen sie durch schnelle Jobwechsel ihr Einkommen zu steigern und entwickeln ein neoliberales individualistisches Effizienzprinzip als Lebensform, das sie als Emanzipation von den sozialen und moralischen Bindungen des alten gleichheitsorientierten Arbeitsregimes und als explizit anti-kollektivistisch definieren.

Politische Reformen und soziale Gleichheit

Entgegen allen Prognosen bezüglich eines noch zwei Jahrzehnte anhaltenden Zustroms von Arbeitskräften vom Land meldeten die Exportindustrien in der Küstenregion 2004 einen Mangel an Arbeitskräften sowohl in den arbeitsintensiven Niedriglohnindustrien als auch in den Hightech-Branchen (*World Bank News*, 26.8.2004). Die Migrantinnen führten als Grund für ihr Wegbleiben das Missverhältnis zwischen den stagnierenden Löhnen bei wachsendem Leistungsdruck und steigenden Lebenshaltungskosten in den Boomregionen an. Die Regierung reagierte mit arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen: Sie äußerte die Absicht, in Zukunft die Einhaltung von

Sozialstandards zu kontrollieren (Südwind 2005, 19), und lockerte das *hukou*-System, das Land- und Stadtbevölkerung jeweils nur an ihrem Herkunftsort Anspruch auf öffentliche Versorgung und soziale Sicherheit garantierte. Migranten haben nun Zugang zum städtischen Sozialversicherungssystem, ihre Kinder dürfen in einigen Städten öffentliche Schulen besuchen. Außerdem bemüht sich die Regierung um eine geographische Diversifikation der Industrialisierung und lenkt einheimische wie ausländische Investitionen in andere Regionen und mittelgroße Städte. Dies ist eine Abkehr von dem Prinzip begrenzter Sonderwirtschaftszonen und steuert auf eine Durchdringung des gesamten Landes mit Investitionen, Verarbeitungsindustrien und Exportproduktion hin. Damit sollen die Beschäftigungs- und Einkommensverluste, die durch die Liberalisierung der Landwirtschaft entsprechend der WTO-Bestimmungen entstehen, zumindest teilweise aufgefangen oder kompensiert werden. Durch Subventionsabbau und erhöhte Importe im landintensiven Anbau von Getreide, Speiseöl, Zucker und Baumwolle verlieren ca. 20 Millionen Bauern und Bäuerinnen ihre Lebensgrundlage oder ihren Arbeitsplatz. Seit Anfang der 1990er Jahre vollzog sich eine Feminisierung der Landwirtschaft, weil der Männeranteil durch Migration schrumpfte. In der Folge dominieren Frauen den Feldbau und die Geflügelzucht, Männer dagegen die Wald- und Fischwirtschaft und die landwirtschaftlichen Dienste (UNDP u.a. 2003, 60). Den Einbußen durch die Marktöffnung stehen mögliche Beschäftigungsgewinne für Frauen in der arbeitsintensiven Exportproduktion von Obst, Gemüse und Geflügel gegenüber. Sie können die Verluste jedoch nicht aufwiegen (72ff). Deswegen findet insgesamt eine Verschiebung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie und mehr noch in den Dienstleistungssektor statt. Doch auch bei diesen Maßnahmen steht nicht die Einlösung sozialer und wirtschaftlicher Rechte aller Staatsbürger im Vordergrund, sondern die Bereitstellung von Arbeitskräften und die Steuerung der Bevölkerung durch Reduktion von Surplus-Arbeitskräften auf dem Land, die sich zunehmend als soziales Unruhepotenzial erweisen. Inzwischen ermutigt die Führung zu Mobilität und Arbeitsmigration, sie steuert und reguliert sie, um das Problem wachsender Arbeitslosigkeit zu kanalisieren. All dies gehört zum politischen Instrumentarium der Neustrukturierung der Arbeiterschaft und eines neuen »Arbeitsregimes« oder, wie Lee formuliert, »politics of making and unmaking of classes«, bei denen das Geschlecht eine wichtige Rolle spielt (2005, 6).

Globale Muster, soziale Widersprüche

Chinas Liberalisierung und Aufstieg zum Weltmarktakteur geht Hand in Hand mit der Restauration der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung. Obwohl die Gleichstellungserfolge der sozialistischen Epoche immer noch im öffentlichen Bewusstsein als Glaube an eine prinzipielle Chancengleichheit zementiert sind, setzen der Markt und der zunehmend internationalisierte Wettbewerb dieselben Mechanismen der Auf- und Abwertung, der Geschlechtersegmentierung und der Geschlechtersegregation in Gang wie in jenen Ländern, die niemals Geschlechtergleichheit in dem Maße wie China erreicht hatten. Für die Frauen verstärken sich dabei die gegensätzlichen Szenarien von Job-, Mobilitäts- und Wohlstandsgewinnen einerseits und Diskriminierungen andererseits.

Gleichzeitig findet eine soziale Differenzierung unter Frauen statt, die durch Alter, Qualifikation, ethnische oder Klassenherkunft bestimmt wird. Standen bisher die Ideologie der Chancengleichheit und tatsächliche Diskriminierungspraktiken im öffentlichen Diskurs in friedlicher Koexistenz nebeneinander, zeigen sich jetzt Proteste gegen die wachsenden sozialen Spaltungen und Polarisierungen. »Es ist ironisch und peinlich zugleich«, kommentieren die Soziologen Huang und Zhan, »dass sich mit dem Wachstum der Wirtschaft die Geschlechtergleichheit verringert« (2005, 18).

Literatur

- Chan, Anita, »The Culture of Survival. Live of Migrant Workers through the Prism of Private Letters of Migrant Workers«, in: Perry Link, Richard Madsen u. Paul Pickowicz (Hg.), *Popular China*, Boulder 2002, 163-88
- Croll, Elizabeth, »Social Welfare Reform: Trends and Tensions«, in: *The China Quarterly* 159, 1999, 684-99
- Dai, Jinhua, *Class and Gender*, in: ARENA (Hg.), *China Reflected*, Hongkong 2003, 138-52
- Ferenschild, Sabine, u. Ingeborg Wick, *Globales Spiel um Knopf und Kragen. Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen*, Südwind-texte 14, Siegburg-Neuwied 2004
- HKCTU, *Chinese Labour and the WTO*, Hongkong 2004
- Huang, Ping, u. Shaohua Zhan, »Internal Migration in China«, Vortrag bei der Regional Conference on Migration and Development in Asia, 14.-16.3.2005 in Lanzhou
- Jiang, Yongping, »Informal employment and gender differentiation on the labor market«, Women's Studies Institute, Vortrag beim Internationalen Soziologenkongress, Juli 2004 in Peking
- Lau, Kin Chi, Meng Liu, u. Lixi Zhang, »Gender Discourse in China«, in: ARENA (Hg.), *Resurgent Patriarchies: Challenges for Women's Movements in Asia*, Hongkong 1999, 101-36
- Lee, Ching Kwan, *Livelihood Struggles and Market Reform. (Un)making Chinese Labour after State Socialism*, UNRISD, Geneva 2005
- Lin, Justin Yifu, »China's Accession to WTO: Impacts on Agriculture and Financial Sector«, www.ccer.edu.cn/workingpaper/
- Liu, Bohong, »The All-China Women's Federation and Women's NGOs«, in: Fanggin Du u. Xinrong Zheng (Hg.), *Mapping the Social, Economic and Policy Changes in Chinese Women's Lives*, Seoul 2005, 245-73
- Pun, Ngai, »Becoming Dagongmei (Working Girls): The Politics of Identity and Difference in Reform China«, in: *The China Journal* 42, 1999, 1-19
- Seguino, Stephanie, »Gender Inequality and Economic Growth. A Cross-Country Analysis«, in: *World Development*, 28. Jg., 2000, Nr. 7, 1211-30
- Südwind, *Nähen für den Weltmarkt. Frauenarbeit in Freien Exportzonen und der Schattenwirtschaft*, Siegburg 2005
- UNDP, *Bericht über die menschliche Entwicklung*, New York-Berlin 2005
- dies., CICETE, NDRC u. UNIFEM, *China's Accession to WTO: Challenges for Women in the Agricultural and the Industrial Sectors*, Peking 2003
- Wang, Jufen, »Legal Protection of Women Workers' Employment Rights under Market Oriented Economy«, Fudan Universität, Shanghai 2004, unveröff. Manuskript
- Wichterich, Christa, *Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit*, Hamburg 1998
- dies., *Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral*, Hamburg 2003
- World Bank, *China, Country Gender Review*, Washington/DC 2002
- Zhang, Naihua, u. Xu Wu, »Discovering the Positive Within the Negative: The Women's Movement in a Changing China«, in: Amrita Basu (Hg.), *The Challenge of Local Feminisms. Women's Movements in Global Perspective*, New Delhi 1995, 25-58

Nicola Spakowski

»Die Welt besteht nicht nur aus einem Dorf« – Feminismus in China zwischen westlicher Dominanz und chinesischer Selbstbestimmung

Der Ende der 1970er Jahre eingeleitete Prozess von ›Reform und Öffnung‹ hat die chinesische Gesellschaft nach einer langen Periode der Isolation mit der Weltgesellschaft in Kontakt gebracht. Internationalisierung wurde zu einem vielgestaltigen Prozess, der kaum einen Bereich der chinesischen Realität auslässt.¹ Dies betrifft sowohl die beteiligten Akteure als auch den Grad der internationalen Durchdringung verschiedener Bereiche der chinesischen Gesellschaft. Anstatt China auf einem unumkehrbaren und quasi selbstläufigen Weg der Integration in das »globale Dorf« zu vermuten, muss die Öffnung gegenüber der Außenwelt als Prozess verstanden werden, dessen Modalitäten und Tendenzen für jeden Bereich getrennt ausgehandelt werden. Für den Feminismus² in China, für dessen Entwicklung Internationalisierung und die Auseinandersetzung mit westlichen³ Einflüssen eine zentrale Rolle spielt, hat Li Xiaojiang, eine der prominentesten Feministinnen Chinas, angemahnt: »Die Welt besteht nicht nur aus einem Dorf« (1997, 53).

In China vereinigt Feminismus Frauenforschung, Theoriebildung und praktische Aktivitäten der Frauenbewegung. Er ist ein interessantes Beispiel der Internationalisierung von Diskursen und gesellschaftlichen Organisationen, deren konkrete Schritte und deren Reflexion in Interviews und Erfahrungsberichten umfangreich dokumentiert sind. Aus diesen Publikationen wissen wir, dass Internationalisierung (bzw. die Ablehnung derselben) von Akteuren (chinesischen und westlichen, Institutionen und Einzelpersonen) betrieben wird, die bestimmte Interessen verfolgen. Inhaltliche Neuausrichtungen und Schulbildung als Ergebnis der internationalen Vernetzung sind dabei nicht Folge der bloßen intellektuellen Überzeugungskraft von Ideen, sondern haben institutionelle und materielle Grundlagen, welche die Durchsetzung bestimmter Konzepte begünstigen (vgl. Spakowski 2001).

Es ist Ziel dieses Beitrages, die Internationalisierung des Feminismus in China als Interaktionsprozess darzustellen, in dem die Frage von westlicher Dominanz und chinesischer Selbstbestimmung eine zentrale Rolle spielt. Im ersten und zweiten Teil

-
- 1 Zur Internationalisierung allgemein siehe Zweig 2002. Ausführlich zur Internationalisierung des Feminismus in China vgl. Spakowski 2001 und 2005.
 - 2 Wo, wie im vorliegenden Beitrag, grenzüberschreitende Interaktionen im Mittelpunkt stehen, geraten leicht die Binnendifferenzierungen aus dem Blick, angesichts derer angemessener von chinesischen Feminismen die Rede wäre. Dies kann in diesem Beitrag, in dem es eher um Formen des Austauschs geht, nicht geleistet werden, wiewohl so der Verdacht von Essentialismen und Binärkonstruktionen aufkommt; siehe z.B. Shih 2002.
 - 3 ›Westlich‹ bezieht sich hier auf die westlichen Industrieländer mit den USA als Hauptorientierungspunkt, die, ungeachtet der Pluralität feministischer Positionen im Westen, in China als Einheit wahrgenommen werden.

soll zunächst die Formierung einer neuen chinesischen Frauenbewegung im Zeitalter der Reformen nachgezeichnet werden, die in den 1980er Jahren vorwiegend indigen⁴, in den 90er Jahren dann zunehmend durch die Auseinandersetzung mit westlichen Akteuren und Ideen geprägt war. Im dritten Teil geht es um die Einschätzung von Internationalisierungsprozessen seitens chinesischer Akteure. Der vierte Teil ist Momenten der Selbstbestimmung in Theorie und Praxis des Feminismus in China gewidmet.

Neuformierung der chinesischen Frauenbewegung im Zeitalter von Reform und Öffnung

Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Wirtschaftsformen und der Rückzug des Staates aus vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft brachte sogenannte Frauenprobleme hervor – Verlust des Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeiten beim Berufseinstieg von Frauen, Rückgang des Frauenanteils in Politik und Verwaltung, Probleme der Mädchenbildung usw. –, die nach einer Neuformulierung von ›Frauentheorie‹ und nach praktischen Interventionen verlangten. Der Rückzug des Staates erwies sich dabei für chinesische Frauen als widersprüchliches Phänomen: Er bedeutete zum einen Verlust der Protektion, die sie bisher vor allem im Arbeitsprozess genossen hatten, gleichzeitig aber auch Entstehen neuer diskursiver und organisatorischer Freiräume. Waren Frauentheorie und -politik bis dahin vom Staat monopolisiert gewesen, so wurde in der Diskussion von Frauenfragen das enge Gerüst der bisherigen marxistischen Erklärungsmodelle verlassen⁵, und es wurde nach praktischen Wegen gesucht, die jenseits des Instrumentariums des Nationalen Frauenverbandes⁶ lagen. Die Impulse für diesen Prozess gingen hauptsächlich vom Frauenverband selbst aus sowie von intellektuellen Frauen aus den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Als Pionierin dieser Phase gilt die bereits erwähnte Li Xiaojiang, die bereits 1987 das erste universitäre Frauenforschungszentrum Chinas an der Zhengzhou-Universität eingerichtet hatte.

Bezeichnend für diese ›neue‹ Frauenbewegung der 80er Jahre war das – mehr oder weniger deutlich explizierte – Bedürfnis der Abgrenzung von der Frauentheorie und -politik unter Mao. An den Errungenschaften des sozialistischen China – erstaunlich früh vollzogene rechtliche Gleichstellung – wurde zwar festgehalten, gleichzeitig wurden aber emanzipatorische Defizite festgestellt, die mit der Tradition einer Befreiung von oben in Verbindung gebracht wurden. Li Xiaojiang machte die Loslösung aus

4 Der Begriff ist relativ zu verstehen, denn auch der Feminismus der 80er Jahre (wie auch seine Vorgänger) bewegen sich in einem diskursiven System westlicher Prägung.

5 Zu Frauentheorie und Frauenpolitik unter Mao siehe Spakowski 1993. Zu den wesentlichen Kennzeichen gehörte, dass Fraueninteressen und gesamtgesellschaftliche Interessen als identisch ausgegeben wurden. Die Frauenfrage wurde weitgehend als Teil der Klassenfrage verstanden.

6 Der Frauenverband gehört zu den ›Massenorganisationen‹ der Volksrepublik, die theoretisch als Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft verstanden werden. Mit der Neuformierung des chinesischen Feminismus seit den 80er Jahren scheint sich das Selbstverständnis des Frauenverbandes deutlich in Richtung Organ der Vertretung von Fraueninteressen verschoben zu haben. Zur Problematik des Frauenverbandes im Zeitalter der Reformen siehe die diesbzgl. Beiträge in Hsiung u.a. 2001.

staatlicher Protektion und Kontrolle geradezu zum Definitionsmerkmal der neuen Frauenbewegung und forderte Frauen dazu auf, »Subjektbewusstsein« und »Gruppenbewusstsein« zu erlangen. Seitens des Frauenverbandes wurden die Brüche mit früheren Ansätzen eher stillschweigend, unter Beibehaltung der marxistischen Diktion und in engem Bezug auf die gültige Staatsideologie vollzogen. Beiden gemeinsam war aber die liberale Ausrichtung der Frauentheorie, abzulesen an der Ablehnung jeglicher staatlichen Intervention und der Befürwortung einer höchstens indirekten Unterstützung der Frauen durch Bildungs- und Weiterbildungsangebote mit dem Ziel ihrer Stärkung für den Wettbewerb. Es war bezeichnend für das Gesellschaftsbild und die Frauentheorie dieser Phase, dass die Reformen als ein positiver Prozess der Entpolitisierung des chinesischen Gesellschaftssystems ausgegeben wurden, die mehr oder weniger automatisch gesellschaftlichen Fortschritt und somit auch Gleichberechtigung herbeiführen würden. Diese ›Naturalisierung‹ des Gesellschaftsbildes hatte in der Feminisierung des Frauenbildes seine Entsprechung, unterstützt von Theorien der angeblich naturgegebenen Besonderheiten von Frauen, die ihnen auch in der Gesellschaft einen zwar nicht zu bestreitenden, aber eben doch besonderen Platz zuwiesen. Damit sollte der unter Mao praktizierten Angleichung der Geschlechterrollen entgegengewirkt werden, die im Rückblick als Anpassung an männliche Standards anstatt einer selbstbestimmten weiblichen Identität empfunden wurde.

Offensichtlich waren diese Positionen als Reaktion auf die neue gesellschaftliche Realität in China selbst, in Relation zur eigenen Geschichte, im spezifischen diskursiven Kontext der frühen Reformphase und in Isolation von westlichen Theorien entwickelt worden. Es gab zwar von Anfang an vereinzelte internationale Kontakte, konkrete Begegnungen zwischen chinesischen und westlichen Feministinnen waren aber von Unverständnis und einem deutlichen Abgrenzungsbedürfnis geprägt.⁷ Sehr bezeichnend hierfür ist der Rückblick der sich heute explizit zum Feminismus bekennenden Kulturkritikerin und -theoretikerin Dai Jinhua,⁸ die in Fragen der Frauenbefreiung ein deutliches Gefälle zwischen China und dem Westen feststellte:

Mitte der 1980er Jahre nahm ich an einer Konferenz teil, deren Teilnehmerinnen sowohl aus China als auch aus dem Westen kamen. Die Frauen aus dem Westen waren Feministinnen und betonten Schwesternschaft. Sie sprachen über ihre Erfahrungen als Frauen und den Prozess der Bewusstseinsveränderung. Obwohl es ihnen sehr ernst war, fanden wir sie ziemlich naiv. Nachdem sie zu uns gesprochen hatten, erwarteten sie, dass die chinesischen Frauen auf die gleiche Weise über sich sprechen würden. Die chinesischen Frauen sahen und hörten voller Anteilnahme zu und sagten: ›Wie schlimm für Euch! Wir haben solche Probleme nicht!‹. Die chinesischen Delegierten verstanden, dass Frauen im Westen immer noch für Rechte wie Scheidung, gleichen Lohn usw. kämpfen mussten. Wir hatten diese Probleme schon lange gelöst. Dies war eine sehr typische Szene. Wir gingen davon aus, dass die Anliegen von Frauen in China und im Westen völlig verschieden seien und dass westliche feministische Theorien keinerlei Relevanz für die chinesische Situation besäßen.⁹

7 Beispiele finden sich bei Min Dongchao 2005, 278f.

8 Zum Selbstverständnis Dais als Feministin siehe Dai 2000.

9 Dai Jinhua, *You zai jing zhong. Dai Jinhua fangtan lu* (Wie im Spiegel, Interviews mit Dai Jinhua), Peking 1999, 143f, zit.n. Min Dongchao 2005, 278f.

Die von Dai zur Sprache gebrachte Differenz wurde von Li Xiaojiang mit dem Verweis auf unterschiedliche Traditionen der Frauenbefreiung (von oben – von unten) theoretisch untermauert. Sie forderte deshalb die Unabhängigkeit des chinesischen Feminismus von seinem westlichen Pendant mindestens genauso vehement wie seine Loslösung vom chinesischen Staat.¹⁰

Internationalisierung des Feminismus: Akteure und Interaktionsmuster

Die für die 80er Jahre typische Isolation und das Abgrenzungsbedürfnis chinesischer Feministinnen sollte in den 90er Jahren schnell aufgegeben werden. Zum einen wurde China seit 1992 mit der Wiederaufnahme und Vertiefung der Reformpolitik ganz generell einem immensen Internationalisierungsschub ausgesetzt. Zum anderen wurden chinesische Feministinnen durch die Vorbereitung und Durchführung der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking und den Besuch der diesbezüglichen Vorbereitungskonferenzen im Ausland in internationale Diskussionszusammenhänge versetzt (vgl. Spakowski 2001 u. 2005). Öffneten die Vorbereitungskonferenzen vor allem den Blick für neue Formen der Organisation und des politischen Aktivismus – vor allem der Kontakt mit *grassroot*-Aktivistinnen der ›südlichen‹ Länder hat hier bei Chinesinnen großen Eindruck hinterlassen (vgl. *Reflections and Resonance* 1995) –, so stand auf theoretischer Ebene die Auseinandersetzung mit Theorien des westlichen Feminismus im Vordergrund, dem Frauenforscherinnen auf Konferenzen und während Forschungsaufenthalten im westlichen Ausland sowie in einer Vielzahl von Übersetzungen und einführender Literatur in chinesischer Sprache begegneten. Kennzeichen dieses Prozesses ist, dass er von einem klar identifizierbaren Netzwerk von Institutionen und Individuen forciert wurde, zu dessen Hauptelementen westliche Stiftungen – allen voran die amerikanische Ford Foundation –, us-amerikanische Feministinnen chinesischer Herkunft sowie bestimmte Frauenforschungszirkel in China gehören. Selbst die chinesische Regierung, die Peking als Veranstaltungsort der Weltfrauenkonferenz zur Verfügung stellte und die entsprechenden Abschlussdokumente unterzeichnete, spielte eine nicht unerhebliche Rolle für die Internationalisierung des Feminismus in China. Entscheidend war mit Sicherheit aber der Beitrag der Auslandschinesinnen, die durch die Herstellung von Kontakten zwischen den ausländischen Stiftungen und chinesischen Aktivistinnen sowie durch ihre Publikations- und Vortragstätigkeiten auf dem chinesischen Festland als Vermittlerinnen zwischen westlichen und festlandchinesischen Akteuren und Ideen fungierten – in den meisten Fällen allerdings auf der Grundlage einer eindeutigen Identifizierung mit westlichen Positionen.¹¹ Typisch für diesen Prozess eines forcierten Imports westlicher Theorien waren in China abgehaltene Seminare, in denen Autoritäten und Klassiker der westlichen feministischen Theoriebildung vorgestellt, studiert und diskutiert wurden. Bis heute stützen sich die meisten praktischen und theoretischen Aktivitäten dieses am Westen orientierten chinesischen

10 Siehe beispielhaft das Interview mit Li Xiaojiang in Spakowski 1992 sowie Li Xiaojiang 1994.

11 Zur Rolle chinesischer Diaspora-Intellektueller in internationalen feministischen Zusammenhängen siehe auch kritisch Shih 2002.

Feminismus auf die Mittel westlicher Geldgeber.¹² Im akademischen Bereich erhält diese Richtung zusätzlichen Auftrieb durch die zunehmende Zahl chinesischer Studentinnen, die einen M.A.-Abschluss oder ihren Dokortitel in den USA erworben haben und ihre Orientierung an westlichen Konzepten nach Hause mitnehmen. Insgesamt ist Internationalisierung seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre zum Haupttrend des chinesischen Feminismus geworden. Keine chinesische Aktivistin kann sich diesem Trend – zumindest aber der Auseinandersetzung damit – entziehen, und selbst der staatliche Frauenverband hat bestimmte Elemente westlicher Theoriebildung übernommen.¹³ Internationalisierung ist bis heute aber ein einseitiger Prozess mit einer klaren Rollenteilung. Es sind westliche Theorien, die nach China getragen werden, und nicht umgekehrt. Die empirische und praktische Arbeit wird von seinen lokalen Repräsentantinnen in China durchgeführt. Sofern chinesischen Theoretikerinnen überhaupt der Zugang zu den Publikationsforen des westlichen Feminismus gelingt, tun sie dies entweder auf der Grundlage eines ohnehin westlich fundierten Gedankengebäudes und ausgewiesener Fremdsprachenkompetenz oder – in Ausnahmefällen, wie zum Beispiel bei Li Xiaojiang – als die ›local voices‹ des sich multikulturell gebenden, aber weiterhin weitgehend asymmetrisch strukturierten internationalen Feminismus.¹⁴

Kritische Reflexionen zum Anpassungsdruck des internationalen Feminismus

Der Import westlicher Begriffe und Theorien trifft unter chinesischen Frauenforscherinnen und Aktivistinnen auf ein gespaltenes Urteil. Diejenigen, die den Internationalisierungsprozess aktiv unterstützen oder zumindest begrüßen, erhoffen sich von den fremden Theorien eine Schärfung des Verständnisses von Geschlechterfragen. Zentral ist dabei die Bestimmung des Verhältnisses von marxistischer Frauentheorie als Leittheorie der staatlichen Frauenpolitik und dem *gender*-Begriff, der im Zentrum des Theorieimports der 90er Jahre steht: Der marxistische Ansatz – so die Kritikerinnen – habe in der Konzentration auf Klassenfragen faktische Defizite der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern übersehen, wohingegen *gender* das Potenzial aufweise, die Wirklichkeit von Frauen in der gesamten Breite ihrer Existenz zu erfassen und ungleiche Geschlechterbeziehungen in allen gesellschaftlichen Bereichen aufzudecken (vgl. Liu 1999, 47).

Aber auch die negativen Aspekte des Internationalisierungsprozesses werden artikuliert, bzw. es wird im Extremfall der gesamte Prozess als »imperialistisch« (u.a. Li Xiaojiang 1997, 56) gebrandmarkt. Erst eine genauere Analyse solcher kritischen Stimmen und der Transformation westlicher Konzepte im chinesischen Gebrauch

12 Zur Finanzierung der Frauenforschung durch die Ford Foundation siehe Du Fangqin 2004, 1. Zur Problematik der Finanzierung von praktischen Projekten durch westliche Stiftungen siehe Li Xiaojiang 2005.

13 Hierzu gehört zum Beispiel die Befürwortung des *gender*-Begriffs, der allerdings nicht im Widerspruch zur vom Frauenverband weiterhin vertretenen marxistischen Frauentheorie gesehen wird. Zum widersprüchlichen Verhältnis des Frauenverbandes zu *gender* siehe Min 2004, 8f und 2005, 282f.

14 Zu der lediglich oberflächlichen Anerkennung lokaler Besonderheiten im internationalen Feminismus siehe kritisch Barlow 2000, 1103.

wirft Zweifel an der von manchen ausgegebenen Erfolgstory des westlichen Feminismus in China auf und bestätigt Li Xiaojiangs Diktum, dass die Welt eben nicht nur aus einem Dorf besteht.¹⁵

Li Xiaojiang ist tatsächlich diejenige Theoretikerin, die sich am vehementesten gegen Einflüsse und vor allem Einmischungen aus dem Westen verwehrt.¹⁶ Gleichzeitig muss von vornherein festgestellt werden, dass auch sie sich intensiv mit westlichen Theorien auseinandergesetzt und viele ihrer Projekte mit der finanziellen Unterstützung westlicher Stiftungen durchgeführt hat. Erkenntnistheoretisch kann sie den Partikularisten unter den chinesischen Internationalisierungs- und Globalisierungstheoretikern zugerechnet werden, da sie immer wieder auf die historische und kulturelle Einzigartigkeit Chinas verweist, vor deren Hintergrund die Übernahme westlichen Wissens nur zu Verzerrungen und schädlichen Entwicklungen führe (Li 1999).

Politisch kritisiert Li vor allem die Einseitigkeit des internationalen Austauschs und die beherrschende oder geradezu missionarische Haltung der westlichen und chinesisch-westlichen Vertreter des internationalen Feminismus gegenüber China:

Seit der Einführung von Reform und Öffnung hat sich die Zahl der Ausländer auf chinesischem Boden erhöht. Die westliche Lehre ist nach China gekommen, und zeitweilig war alles, was eingeführt wurde, aus dem Westen. Es wäre aber auch nicht ganz gerecht, die betreffenden Leute als Kulturimperialisten zu bezeichnen: Früher haben sie sich mit Gewalt Zugang verschafft, und heute sind wir es, die [ihre Theorien] aktiv importieren. [...] Da wir lernen wollen, sind – wen wundert es – die Lehrer gekommen. Es gibt darunter zwei verschiedene Arten. Die einen sind die Missionare, die echten ›Ausländer‹, und es ist kaum zu vermeiden, dass sie unsere Lernerfolge bewerten: Dies ist richtig, jenes ist falsch – es bleibt uns nichts zu sagen. Wenn wir von anderen lernen, dann haben diese natürlich das Recht, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden. Die anderen sind Chinesen, die im Ausland leben. Sie sind sozusagen Assistenten der Missionare und lassen keine Gelegenheit aus, uns immer im Einzelnen und Konkret anzuleiten: Es muss so sein und nicht so. Sie haben Gott wahrhaftig gesehen, und wir können auch ihnen gegenüber schlecht etwas sagen. (1997, 48)

Sprechen die expliziten Befürworter des Imports westlicher Ideen lediglich von der Notwendigkeit der »Indigenisierung« (*bentuhua*), also der Anpassung westlicher Konzepte an die chinesische Realität,¹⁷ so fordert Li Xiaojiang eine durchweg »indigene« (*bentu de*) Forschung ohne jeglichen Einfluss von außen (2000, 62f).¹⁸

Interessant ist auch, dass die Kritik gegenüber einer unkritischen Anlehnung an den Westen in den letzten Jahren zunimmt und auch inhaltlich konkreter wird: Es wird versucht, zu definieren, worin die Unterschiede in Kultur und historischer

15 Typisch für die Behauptung eines Siegeszuges von *gender* in China ist Du Fangqin 2004, 4f.

16 In jüngeren Beiträgen scheint sie ihre Positionen zum Verhältnis von westlichem und chinesischem Feminismus allerdings etwas abgemildert zu haben, siehe Shih 2002, 110. Es wird deutlich, dass Nationalismus für Li eine bewusste Standpunktentscheidung angesichts des westlichen Anpassungsdrucks ist; siehe z.B. 2004, 1f.

17 Befürworterinnen der Internationalisierung sind keine ausgesprochenen Universalisten, sondern nehmen für gewöhnlich eine vermittelnde Position zwischen Universalismus und Partikularismus ein. Siehe die Beispiele in Spakowski 2001, 94f.

18 Auch in dieser Frage sind jüngste Äußerungen Lis allerdings etwas milder gefasst. Sie will die praxisbezogene Forschung »indigen«, für die akademische Forschung erkennt sie den Nutzen der Auseinandersetzung mit westlichen Forschungen an (Li 2005, 60).

Erfahrung liegen, welche eine Unvereinbarkeit chinesischer und westlicher Standpunkte nahe legen. Zwei Positionen sind darunter besonders bemerkenswert: Erstens die Weigerung, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern als antagonistisch zu betrachten. Sie findet aus verschiedenen Überlegungen Unterstützung, so z.B. der eher kollektivistischen Tradition Chinas, die auf die chinesische philosophische Tradition zurückgeführt oder in der kollektivistischen Umdeutung westlicher Ideen im 20. Jahrhundert nachgewiesen wird.¹⁹ Auch die Bestimmung von Frauenforschung als Teil der ›Menschenforschung‹, als sozusagen humanistisches Unterfangen, das von Frauen und Männern gemeinsam betrieben wird, trägt zu diesem ›harmonischeren‹ Ansatz bei (z.B. Zheng Bijun 2002, 32).²⁰ Abgrenzungsversuche, bei denen westlicher Radikalismus mit ›chinesischer Harmonie‹ kontrastiert werden, verwenden Begriffe wie »Harmonie zwischen den beiden Geschlechtern« (*liang xing hexie*, siehe z.B. Han 2006) oder »lächelnder chinesischer Feminismus« (*weixiao de Zhongguo nüxingzhuyi*, siehe Weixiao de Zhongguo nüxingzhuyi 2004), um die Spezifik von Geschlechterbeziehungen und frauenpolitischen Ansätzen in China zum Ausdruck zu bringen.²¹ Die zweite Position, aus der grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der Verwestlichung des chinesischen Feminismus entwickelt werden, weist eher eine soziale Stoßrichtung auf: Es ist vom »aristokratisierten« (*guizuhua de*) chinesischen Feminismus die Rede, der – in Übernahme westlicher Mittelstandspositionen – den Horizont und die Interessen chinesischer Wissenschaftlerinnen und Studentinnen widerspiegeln, anstatt sich den Problemen der Mehrheit der chinesischen Frauen, nämlich der Arbeiterinnen und Frauen vom Lande, zu widmen. Nationale Eigenart wird hier als spezifische soziale Zusammensetzung verstanden, und ›Indigenisierung‹ wird folglich als Zuwendung zu den Problemen der Bevölkerungsmehrheit definiert (Sun 2005).

Skeptiker gegenüber der Einfuhr westlicher Konzepte äußern schließlich auch pragmatische Gründe für ihre Zweifel, nämlich die schwere Vermittelbarkeit dieser Konzepte in der frauenpolitischen Praxis. Dies trifft insbesondere für das *gender*-Konzept zu, dessen Vertreterinnen damit das engere und aus dem Maoismus überkommene Konzept der Gleichberechtigung von Mann und Frau (*nannü pingdeng*) ersetzen wollen.²² Während deren Zielsetzung bekannt und leicht zu vermitteln ist, mutet die Übersetzung von *gender* als *shehui xingbie* im Chinesischen fremd an,²³

19 Der Bezug auf die traditionelle Philosophie findet sich vor allem bei Li Xiaojiang 2002a. Zum Bezug auf Kollektivismus allgemein und in der neueren Zeit siehe z.B. Zhao 2001.

20 Ein gutes Beispiel für einen aus diesem humanistischen Verständnis heraus Frauenforschung betreibenden männlichen Historiker ist Zheng Yongfu (2002).

21 Für beide Begriffe gilt aber, dass sie nicht notwendig unkritisch gegenüber der existierenden Geschlechterordnung verwendet werden.

22 Die Kritik an dem Konzept der Gleichberechtigung von Mann und Frau zielt dabei vor allem darauf ab, dass der Maßstab dieser Praxis immer männlich sei (Zhang 2002, 41ff).

23 Der Begriff *shehui xingbie* bedeutet wörtlich soziales Geschlecht und soll hervorheben, dass es in der *gender*-Forschung eben nicht um einen essentialistischen Geschlechterbegriff geht. Diese Bedeutung bedarf allerdings einer ausführlichen Erläuterung. Zur Problematik der Übersetzung von *gender* ins Chinesische siehe Min 2004 sowie Li 1999, 262, die hervorhebt, dass der Zusatz *shehui* (sozial) vor *xingbie* (Geschlecht) im Chinesischen redundant sei, weil Geschlechterrollen im chinesischen Denken immer die soziale Rolle mit implizieren.

und das ›korrekte‹ Verständnis dieses Begriffes erfordert komplexe Vermittlungsvorgänge, die in der Praxis – zum Beispiel von Entwicklungsprojekten – oft scheitern.

Transformation von Standpunkten und politischen Formen des internationalen Feminismus

Wie fragil die Allianzen sind, die zwischen internationalem und chinesischem Feminismus unter dem Imperativ der *global sisterhood* geschmiedet werden, kann an verschiedenen Themenbereichen veranschaulicht werden. Selektion und Modifikation sind die Techniken, mit denen chinesische Feministinnen dem Anpassungsdruck des globalen Feminismus begegnen – oft auch in solchen Fällen, in denen sie sich explizit mit diesem identifizieren. (Zu den Techniken der Selbstbestimmung siehe ausführlicher Spakowski 2005.)

Ein erstes Beispiel ist schon die Definition von Feminismus. Die Übersetzung des westlichen Begriffes unterliegt je nach Wortwahl im Chinesischen subtilen Bedeutungsverschiebungen.²⁴ In der direkten Begegnung mit ihren westlichen Schwestern müssen sich chinesische Aktivistinnen allerdings oft zu dem englischen Begriff *feminism* verhalten. Wie viel Potenzial an Emotionen, Missverständnissen und (ungerechtfertigten) gegenseitigen Zuschreibungen dieser Prozess birgt, zeigt der Bericht Luo Xiaolus, die im Zuge der Vorbereitungen der Weltfrauenkonferenz einen Workshop in Finnland besucht hatte:

Ich habe viele Eindrücke aus Nordeuropa. Als ich mich auf dem ersten Workshop vorstellte, sagte ich: ›Ich bin keine Feministin‹. Allerdings hatte die Diskussionsleiterin das Treffen mit den Worten begonnen: ›Wir sind eine Gruppe von Feministinnen‹. Ich kam mir also sehr dumm vor. [...] Früher hatte ich von Feministinnen aus Zeitungen erfahren und dachte, sie seien gegen Männer. Als wir Finnland verließen, sagte die Frau, die uns während unseres Besuches begleitet hatte: ›Wir geben Dir den Titel der Feministin ehrenhalber, weil Du so viel für Frauen getan hast (*Reflections and Resonance* 1995, 301f).

Ein weiteres Beispiel für Momente der Selbstbestimmung des chinesischen Feminismus in internationalen Zusammenhängen ist die Definition politischer Organisationsformen, die an das für China typische, komplexe frauenpolitische Gefüge zwischen Staat, Nationalem Frauenverband und Organisationen von unten angepasst ist. Chinesische Aktivistinnen verwenden für ihre eigenen Organisationen den Begriff NGO (Nichtregierungsorganisation), obwohl in der Mehrzahl der Fälle keine klare Grenzziehung zum Staat und staatlichen Organisationen möglich ist.²⁵ Aus der Art und Weise, wie der Begriff verwendet wird, ist allerdings ablesbar, dass NGO

24 Eine der wesentlichen Unterscheidungen besteht zwischen den Begriffen *nüquanzhuyi* (ungefähr: Doktrin von den Frauenrechten), der fast ausschließlich für den westlichen Feminismus verwendet wird, weil er den sensiblen Bereich des Rechtes berührt, und *nüxingzhuyi* (im Englischen teilweise als *womanism* übersetzt) für den chinesischen Feminismus.

25 Bezeichnend ist auch, dass in chinesischsprachigen Beiträgen meist der englische Begriff NGO verwendet wird, der nicht zu einer genaueren Definition zwingt.

gerade nicht als Organisationsform verstanden wird, für die das Verhältnis von Staat und Gesellschaft konstitutiv ist, sondern als eine politische Praxis, die mit Bewusstwerdungsprozessen unter Frauen und Lobbying für ihre Interessen assoziiert wird. In vielen Äußerungen tun chinesische Aktivistinnen kund, dass die Zusammenarbeit mit dem Staat und mit dem Nationalen Frauenverband hilfreich sei.²⁶

Schließlich können auch in den konkreten NGO-Aktivitäten Momente der Transformation und Anpassung an lokale Kontexte und Bedürfnisse ausgemacht werden. Chen Yiyun, eine Aktivistin, die sich gegen häusliche Gewalt einsetzt und dabei an vielen Stellen von westlichen Theorien und Formen inspiriert ist²⁷, beschreibt im Rückblick auf ihre Aktivitäten einen Prozess, der sie vom westlichen Konzept der Sozialarbeit, gekennzeichnet durch direkte Intervention zugunsten konkreter Opfer, hin zu einem in China mehr verbreiteten und in die sozialistische Phase zurückreichenden Ansatz der eher indirekten ›Massenbildung‹ geführt hat (vgl. den Bericht in Milwertz 2002, 51-91). Die Gründe für diesen Umschwung waren vielfältig: Zum Teil waren es politische Erwägungen, denn der direkte Kontakt mit den Opfern von Diskriminierung wird von der chinesischen Regierung nicht gerne gesehen; Bildung ist demgegenüber positiv assoziiert. Zum Teil waren es praktische Erwägungen: Mit der Unterstützung der Massenmedien, so die Überlegung, wird durch Aufklärungsarbeit ein wesentlich größerer Effekt erzielt als mit Interventionsprojekten, denen jegliche Infrastruktur fehlt. So wurde von Chen und ihren Mitarbeiterinnen auch lange die Frage diskutiert, ob die Einrichtung eines Frauenhauses – eine in China nicht bekannte Institution – notwendig und praktikabel sei. Am Ende haben sie sich dagegen entschieden, erneut teilweise aus politischen Gründen (Milwertz 2002, 64f), vor allem aber aus der Einsicht, dass die Schutzfunktion eines Frauenhauses in China in der Regel von bestehenden Einrichtungen – vor allem den ›Arbeitseinheiten‹ (*danwei*)²⁸ – und den noch intakten sozialen Netzwerken wie Nachbarschaft und Familie übernommen werde.

Der von Chen und anderen bevorzugte Ansatz der Aufklärung und Erziehung bedient sich dann ebenfalls Formen, die für China sehr typisch sind.²⁹ Hierzu gehören die von der Medienexpertin Bu Wei (2006) beschriebenen Straßentheatergruppen, in denen sich einfache Dorfbewohner, die sich kritisch mit dem Thema der häuslichen Gewalt auseinandergesetzt haben, zu einer Theatergruppe zusammenschließen und im dörflichen Rahmen selbst entworfene Stücke zu dieser Thematik aufführen. Auch das im ländlichen Zusammenhang eingesetzte Aufklärungsmaterial von *gender*-Trainingsprogrammen ist ganz auf die chinesischen Gegebenheiten, zum Beispiel

26 Zur NGO-Problematik in der chinesischen Frauenpolitik siehe ausführlich Spakowski 2001, 92f; 2005, 58f sowie Jaschok u.a. 2001, 14.

27 Die Problematisierung von häuslicher Gewalt, die bis in die 90er Jahre hinein als Privatangelegenheit abgetan wurde, ist an sich schon auf die Auseinandersetzung mit dem westlichen Feminismus zurückzuführen (Tong/Qu 1994, 37).

28 Staatliche Betriebe und Institutionen sind als Arbeitseinheit (*danwei*) definiert, die eine Vielfalt von Dienstleistungen anbietet, welche über den bloßen Arbeitsplatz weit hinausgehen, zum Beispiel Bereitstellung der Wohnung, Sozialversicherung, Kindergarten und Schulen.

29 Zur Notwendigkeit der Verwendung lokaler Vermittlungsmethoden siehe auch Li Huiying 2002, 91.

die immer noch beträchtliche Analphabetenrate, zugeschnitten. Typisch ist etwa ein Heftchen, in dem mit Illustrationen der Ist- und der Sollzustand der Geschlechterbeziehungen kontrastiert wird: auf der linken Seite eine Frau, die von ihrem Mann geschlagen wird, auf der rechten Seite ein Paar, das einen Konflikt verbal austrägt; auf der linken Seite eine Frau, die die Hausarbeit erledigt, während ihr Mann mit Freunden Mahjongg spielt, auf der rechten Seite ein Paar, das sich die Hausarbeit teilt (Zhang u.a. 2000). Dieses Heft ist Ergebnis eines chinesisch-kanadischen Kooperationsprojektes, erinnert aber ganz an die Alphabetisierungs- und Aufklärungscomics, die im China der 50er bis 70er Jahre weit verbreitet waren.

Schluss

Der Blick auf die Internationalisierung des Feminismus in China hat gezeigt, dass die Öffnung gegenüber dem Westen das Land nicht automatisch in ein »globales Dorf«, eine »global sisterhood« oder einen internationalen Feminismus integriert. Der Ideentransfer ist kein reibungsloser Prozess, in dem universales Gedankengut qua schierer Überzeugungskraft in der intellektuellen Welt Chinas Einzug hält, sobald die politischen Grenzen, die einem Transfer bisher im Wege standen, einmal gefallen sind. Vielmehr tun sich unter der Oberfläche einer anscheinend natürlichen und reibungslosen Angleichung deutliche Brüche, Differenzen, Transformationen und asymmetrische Machtstrukturen auf, die das »globale Dorf« als sehr fragmentiert erscheinen lassen. Genauso verfehlt wäre es allerdings, die offensichtlich existierenden Fronten, den materiell gestützten Anpassungsdruck und die auf diesen reagierenden Selbstbehauptungsversuche auf einen Gegensatz zwischen Ost und West zu reduzieren, deren asymmetrische Interaktion dann als Konflikt zwischen Imperialismus und Nationalismus erscheinen muss. Vielmehr sind Universalismus versus Partikularismus, Assimilationsdruck versus Differenzbehauptung erkenntnistheoretische bzw. politische Positionen, die dort entstehen, wo auf Dialog und mühsame Verständigungs- und Klärungsprozesse verzichtet wird, welche allein die Komplexität von Fronten und Positionierungen aufdecken könnten (siehe hierzu grundlegend Shih 2002). Diese Klärungsprozesse könnten ergeben, dass angesichts der offensichtlichen Entterritorialisierung von Theorien die Frage nach der Herkunft eines Konzeptes im nationalen oder ethnischen Sinne ins Leere läuft und durch die Frage ersetzt werden sollte, welchen gesellschaftlichen Gruppen (unabhängig von nationalen Grenzen) ein bestimmtes Konzept nutzt bzw. schadet: sozial, ökonomisch und politisch.

Literatur

Barlow, Tani, »International Feminism of the Future«, in: *Signs. Journal of Women in Culture and Society*, 25. Jg., 2002, H. 4, 1099-105

Bu Wei, »Organizing Against Domestic Violence – Exploring the Use of a Popular Theatre Troupe as Alternative Media in Rural China«, in: Nicola Spakowski u. Cecilia Milwertz (Hg.), *Women and Gender in Chinese Studies*, Schwerpunktheft der *Berliner China-Hefte* 29, 2005, 48-63

- Dai Jinhua, »Ge ren jingyan yu nüxingzhuyi lichang« (Persönliche Erfahrungen und feministischer Standpunkt), in: Li Xiaojiang 2000, 193-202
- Du Fangqin, »Zai Zhongguo gaoxiao fazhan funüxue: yanjiu, kecheng he jizhi« (Frauenforschung in den chinesischen Hochschulen entwickeln: Forschung, Curriculum und Mechanismen), vorgetragen auf der Tagung der European Association of Chinese Studies, Heidelberg, August 2004, unveröff. Manuskript
- Han Dongping, »Lun liangxing hexie« (Über die Harmonie zwischen den Geschlechtern), in: *Hunan shehui kexue* 2, 2006, 22-24
- Hsiung, Ping-chun, Maria Jaschok u. Cecilia Milwertz (Hg.), *Chinese Women Organizing. Cadres, Feminists, Muslims, Queers*, Oxford-New York 2001
- Jaschok, Maria, Cecilia Milwertz u. Hsiung Ping-chun, »Introduction«, in: Hsiung u.a. 2001, 3-21
- Jin Yihong, u. Liu Bohong (Hg.), *Shiji zhi jiao de Zhongguo funü yu fazhan – lilun, jingji, wenhua, jiankang* (Chinesische Frauen und Entwicklung zum Zeitpunkt der Jahrhundertwende – Theorie, Wirtschaft, Kultur, Gesundheit), Nanjing 1998
- Li Huiying, »Xingbie yishi yu zhengzhi canyu« jiaoxue shijian yu sikao« (Praxis und Reflexion der Ausbildung in »Geschlechterbewusstsein und politische Partizipation«), in: Li Xiaojiang 2002, 87-110
- Li Xiaojiang, »Ein Rückblick auf die Frauenbewegung der neuen Zeit«, übers. v. Nicola Spakowski, in: *Newsletter Frauen und China* 6, Freie Universität Berlin, März 1994, 32-35
- dies., »With What Discourse Do We Reflect on Chinese Women? Thoughts on Transnational Feminism in China«, in: Mayfair Mei-hui Yang (Hg.), *Spaces of Their Own. Women's Public Sphere in Transnational China*, Minneapolis-London 1999, 261-77
- dies., »50 nian, women zou dao le nali? – Zhongguo funü jiefang yu fazhan licheng huigu« (Fünfzig Jahre, wohin sind wir gegangen? – Ein Rückblick auf das Projekt der Befreiung und Entwicklung chinesischer Frauen), in: *Funü yanjiu* 2, 2000, 8-64
- dies. (Hg.), *Nüxing?zhuyi – wenhua chongtu yu shenfen rentong* (Femin?ismus – Kultureller Konflikt und Identität), Nanjing 2000
- dies., »Cong Gender (xingbie) zai yijie zhong de qi'yixing tan qi« (Mit der Mehrdeutigkeit von *gender* [*xingbie*] im Übersetzungsprozess beginnen), in: dies. 2002, 1-12 (zit. 2002a)
- dies. (Hg.), *Wenhua, jiaoyu yu xingbie – bentu jingyan yu xueke jianshe* (Kultur, Bildung und Geschlecht – indigene Erfahrungen und die Errichtung einer Disziplin), Nanjing 2002
- dies., »Quanqihua Beijing xia Zhongguo funü yanjiu yu guoji fazhan xiangmu« (Chinese women studies and international development projects against the background of globalization), in: *Funü yanjiu luncong* 3, 2005, 55-61, zuerst in: *Yunnan minzu daxue xuebao* 1, 2005, 31-37
- dies., u. Bai Yuandan, »Jieji, xingbie yu minzu guojia« (Klasse, Geschlecht und der Nationalstaat), in: *Dushu* 10, 2004, 3-14
- Liu Bohong, »95 shijie funü dahui he Zhongguo funü yanjiu« (Die Weltfrauenkonferenz von 1995 und die chinesische Frauenforschung), in: *Funü yanjiu* 2, 1999, 46-51
- Milwertz, Cecilia, *Beijing Women Organizing for Change. A New Wave of the Chinese Women's Movement*, Kopenhagen 2002
- Min Dongchao, »Gender (*shehui xingbie*) zai Zhongguo de youxing pianduan« (Fragmente der Reise von *gender* in China), in: *Funü yanjiu* 1, 2004, 3-19, zuerst in: *Xueshu yuekan* 11, 2003, 45-54
- dies., »Awakening Again: Travelling Feminism in China in the 1980s«, in: *Women's Studies International Forum* 28, 2005, 274-88
- Reflections and Resonance. Stories of Chinese Women Involved in International Preparatory Activities for the 1995 NGO Forum on Women*, hg. v. Ford Foundation, Peking 1995 (zit. *Reflections and Resonance* 1995)
- Shih, Shu-Mei, »Towards an Ethics of Transnational Encounter, or ›When‹ Does a ›Chinese‹ Woman Become a ›Feminist‹«, in: *differences. A Journal of Feminist Cultural Studies*, 13. Jg., 2002, H. 2, 90-126
- Spakowski, Nicola, »Ihr hört uns nicht an und verliert dadurch viel«. Zum Dialog der chinesischen und der westlichen Frauenforschung und Frauenbewegung«, in: *Newsletter Frauen und China* 2, Freie Universität Berlin, Feb. 1992, 26-29

- dies., »Frauenforschung chinesischer Prägung? Ursprung, Themen und Theorien der aktuellen Frauenforschung in China«, in: *Newsletter Frauen und China* 4, Freie Universität Berlin, Feb. 1993, 13-25
- dies., »Von der Befreiung zur Entwicklung. Modernisierungsbegriff und Emanzipationsstrategie im feministischen Diskurs der VR China«, in: *Berliner China-Hefte* 10, März 1996, 11-47
- dies., »The Internationalization of China's Women's Studies«, in: *Berliner China-Hefte* 20, Mai 2001, 79-100
- dies., »The Internationalisation of China's Women's Movement – »Global Sisterhood« between Western Domination and Chinese Self-Definition«, in: Özen Odag u. Alexander Pershai (Hg.), *Negotiating Space for Gender Studies: Disciplinary Frameworks and Applications*, Hamburg 2005, 47-65
- Sun Shaoxian, »Guizuhua de Zhongguo »nüxingzhuyi« (Der »aristokratisierte« chinesische »Feminismus«), in: *Tianya* 1, 2005, 23-25
- Tong Xin, u. Qu Wen, »Xueren re tan: jiating baoli« (Ein unter Wissenschaftlern populäres Thema: häusliche Gewalt), in: *Funü yanjiu luncong* 3, 1994, 37-40
- »Weixiao de Zhongguo nüxingzhuyi« (Ein lächelnder chinesischer Feminismus), in: *Chuban cankao* 11, 2004, 14 (zit. Weixiao de Zhongguo nüxingzhuyi 2004)
- Zhang Lixi, »Gender« zai funü/xingbie yanjiu zhong de bentuhua shijian wenti« (Das praktische Problem der Indigenisierung von »gender« in der Frauen- bzw. Geschlechterforschung), in: Li Xiaojiang 2002, 41-56
- Zhang Lixi, Li Hongtao, Yang Jing u. Han Henan, *Nan ren, nüren* (Männer, Frauen), hgg. v. Allchinesischen Frauenverband und China-Canada Women's Law Project, Peking 2000
- Zhao Xifang, »Zhongguo nüxingzhuyi de kunjing« (Die schwierige Lage des chinesischen Feminismus), in: *Wenyi zhengming* 4, 2001, 74-79
- Zheng Bijun, »Nüxingxue xueke zai Beijing daxue de jianshe shijian ji sikao« (Praxis und Reflexion der Etablierung der Disziplin der Frauenforschung an der Peking-Universität), in: Li Xiaojiang 2002, 15-40
- Zheng Yongfu, »Funü shi yu da lishi jiaoxue zhong de hudong – yi lishi zhuan yue Zhongguo jindai shi wei li« (Das Wechselverhältnis zwischen Frauengeschichte und allgemeiner Geschichte im Unterricht – Das Beispiel der neueren Geschichte Chinas in der Disziplin der Geschichte), in: Li Xiaojing 2002, 131-41
- Zweig, David, *Internationalizing China. Domestic Interests and Global Linkages*, Ithaca-London 2002

Lernen aus dem Kopftuchstreit



Die Kopftuchdebatte wurde als Streit geführt – ein Streit zwischen Feministinnen, muslimischen Frauen, säkularen und religiösen Organisationen, Politikerinnen, Juristinnen sowie antirassistischen Initiativen. Die Zusammenschau dieser Perspektiven macht die Positionen diskutierbar, so dass sie einander nicht ausschließen, sondern stärken. »Es muss doch möglich sein, die Kräfte des Antirassismus und die für die Rechte der Frauen so zu verknüpfen, dass gemeinsame Werte für ein besseres Gemeinwesen erkennbar werden und um sie gestritten werden kann.«

Frigga Haug/Katrin Reimer (Hg.)

Politik ums Kopftuch

ISBN 3-88619-469-8 · 9,90 €

Im Buchhandel oder beim Argument-Versand: Reichenberger Str. 150
10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand@argument.de

 Argument
www.argument.de

Thomas Heberer und Anja Senz

Chinas neuer Nationalismus

Seit den 1990er Jahren wird im »Westen« ein Anwachsen nationalistischer Strömungen in China wahrgenommen. Zahlreiche Ereignisse scheinen dieser Wahrnehmung Nahrung zu geben. So polemisierten z.B. das 1996 erschienene Buch *China kann Nein sagen* sowie eine Reihe von Nachfolgebüchern gegen die USA und Japan. Auch entsprechende Demonstrationen und das chinesische Verhalten in der Taiwanfrage werden als Elemente eines zunehmend aggressiven Nationalismus interpretiert. In unserem Beitrag gehen wir der Frage nach, wie der gegenwärtige chinesische Nationalismus zu verstehen ist.

Der Begriff wird bekanntlich in unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet und besitzt daher vielfältige Konnotationen. Grundsätzlich kann man »Nation« als das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gemeinschaft von Menschen verstehen, das sich aus empfundenen ethnischen, sprachlichen, kulturellen oder politischen Unterschieden zu Anderen speist. Nationalismus ist als eine Ideologie aufzufassen, die auf eine Nation bzw. einen Nationalstaat als territoriale Einheit oder Wertorientierung gerichtet ist und die Identifikation und Solidarisierung mit einem nationalen Kollektiv erfordert. Dabei lässt sich zwischen einem »inkluisiven« und einem »exklusiven Nationalismus« unterscheiden. Jener bezeichnet die integrierende und legitimierende Wirkung eines Nationalbewusstseins, dieser die scharfe Abgrenzung gegen andere Nationen oder Staaten auf Basis eines übersteigerten Wertgefühls (Riescher 2002, 325f).

Im chinesischen Kontext weist der Begriff eine große Flexibilität und einen Mangel an Klarheit auf, der aus der Anwendung auf komplexe und sich verändernde chinesische Realitäten resultiert. Dem Historiker Xiao Gongqin zufolge bezieht er sich auf »das Gefühl der Loyalität gegenüber der eigenen Nation« und darauf, dass die Menschen »nationalen Interessen dienen« sollten. »Nationalism proposes that all people should hold their respective nations in the greatest sense of faithfulness and loyalty« (zit.n. Zheng 1999, 71). Eine aggressive Haltung nach außen ist damit zunächst nicht impliziert, auch wenn Ergebenheit und Loyalität sich in bestimmten Situationen hierfür instrumentalisieren lassen. Die Definition gehört eher in den Bereich eines *inkluisiven Nationalismus* oder Patriotismus und ist im Sinne einer emotionalen Verbundenheit der Bürger mit dem »eigenen« Land zu verstehen.

In China lassen sich im historischen Rückblick unterschiedliche Typen von Nationalismus ausmachen: Zhao unterscheidet zwischen *ethnischem Nationalismus* im Sinne ethnischer Befreiung (z.B. von der Dynastie der Mandschuren 1911/12), *liberalem Nationalismus* (dessen Vertreter Anfang des 20. Jh. politische und soziale Reformen verlangten) und *Staatsnationalismus*, der den Staat als erklärte Interessenvertretung und Verkörperung der Nation versteht und die Identifikation mit ihm verlangt. Der letztere dominierte gleichermaßen unter der Kuomintang-Herrschaft

wie unter der KP-Herrschaft nach 1949 (Zhao 2004, 21ff u. 2005, 24ff). Allerdings besteht der chinesische Nationalismus, wie Jonathan Unger sagte, nicht aus einem einzelnen Tuch, sondern ähnelt eher einem vielfarbigen Mantel (1996, xvii), zumal man auch noch einen *Volksnationalismus* hinzuzählen muss, auf den der jeweilige Staat Rücksicht zu nehmen hat.

Unter dem Begriff »neuer Nationalismus« können die nationalistischen/patriotischen Strömungen seit Beginn der 1990er Jahren gefasst werden, die im Zusammenhang mit der Modernisierungspolitik und einem damit verbundenen nicht-westlichen Entwicklungsmodell (»chinesischer Weg«) sowie mit der chinesischen Wahrnehmung einer us-amerikanischen Eindämmungspolitik stehen (vgl. Schubert 2001, 2ff; Gries 2004). Dieser neue *Staatsnationalismus* wird von der politischen Führung zur Ersatzlegitimation für eine unglaublich gewordene marxistisch-leninistisch-maoistische Ideologie genutzt und findet in den letzten Jahren zunehmenden Widerhall vor allem bei der wachsenden urbanen Mittelschicht, die als Gewinner der Wirtschaftsentwicklung der letzten 15 Jahre gelten kann. Als *Volksnationalismus* äußert er sich u.a. in Chat-Foren und auf speziellen Websites, wo die Deutungs- und Meinungshoheit der Partei langsam erodiert. Dort hat er durchaus auch chauvinistische und rassistische Töne. Allerdings gibt es in China keine nationalistischen Identifikationsfiguren bzw. prononcierte Vertreter vom Kaliber eines Schirinowski, Le Pen oder Ishihara Shintaro.

Bei der Behandlung des chinesischen Nationalismus ist es wichtig, die Projektion europäischer Vorstellungen zu vermeiden. Der Nationalismus in Europa unterscheidet sich von dem in ehemaligen Kolonien: Hier bemühten sich in der Regel ethnisch definierte Nationen seit dem 18. Jh. um die Gründung eigener Staaten mit klar definierten Territorialgrenzen. In vielen ehemaligen Kolonien hingegen wurde versucht, aus territorial definierten Staaten, von den Kolonialmächten auf dem Reißbrett entworfen, Nationen zu machen (*nation-building*). Die Schaffung einer gemeinsamen – »nationalen« – Identität stand bzw. steht hier im Mittelpunkt. Nach innen soll Nationalismus Loyalität erzeugen, die sich auf den Staat übertragen und damit Legitimität schaffen soll. Nach außen verteidigt er die Nation gegen Andere. In sich modernisierenden Gesellschaften spielt er darüber hinaus als Mobilisierungsinstrument eine wichtige Rolle (*Modernisierungsnationalismus*). Sofern Modernisierungsprozesse traditionale Bindungen (Familien, Dorf- und Religionsgemeinschaften) auflösen und neue Identitäten geschaffen werden müssen, fungiert er als Integrationsideologie (*Integrationsnationalismus*). Wie wir im Folgenden zeigen werden, erfüllt der Nationalismus in China gegenwärtig v.a. diese beiden Funktionen.

Die Herausbildung des chinesischen Nationalismus

Mit dem Auftreten äußerer und innerer Krisen ab Mitte des 19. Jh. und der Konfrontation mit den westlichen Kolonialmächten wuchs in China die Bedeutung nationalistischer Motive. Politische Führungen ebenso wie viele ihrer Opponenten reklamierten für sich

den Auftrag der »Rettung des Landes« (*jiuguo*) aus Abhängigkeit und Unterdrückung. Bis heute spielt der Verweis auf patriotische bzw. nationale Motive als Legitimationsquelle in der chinesischen Politik eine große Rolle.

In früheren Jahrhunderten war der Bezugspunkt die »Kultur« in Form des konfuzianischen Systems. Das kaiserliche China verstand sich als kultureller Mittelpunkt der Welt und seine Kultur als *die* Kultur der Menschheit schlechthin: als »Reich der Mitte« (*zhongguo*), dessen Herrscher als Sohn des Himmels über »alles unter dem Himmel« (*tianxia*) gebot. Die Träger der altchinesischen Flusskultur (die später *Han* genannt wurden) sahen in benachbarten Völkern »Barbaren«. Beziehungen existierten im Wesentlichen nur mit – oft tributpflichtigen – unterlegenen Völkern. Dadurch konnte sich das Überlegenheitsgefühl des jahrhundertlang weitgehend abgeschlossenen Landes stets neu bestätigen. Der Konfuzianismus bildete über Jahrhunderte das ideologische Fundament dieses Kulturalismus. Sein Ziel war nicht die Vernichtung, sondern die Unterordnung und »Kultivierung« benachbarter Völker mittels konfuzianischer Werte, d.h. die kulturelle, gewaltfreie Assimilierung. Ihm fehlte der missionarische Aktivismus des europäischen Christentums.

Auch eine Außenpolitik mit politisch gleichberechtigten Staaten gab es nicht. Die Außenkontakte wurden bis 1911 von einem »Ritenministerium« wahrgenommen, dessen Hauptaufgabe in der Regelung der Tributbeziehungen bestand. Das ausgehende 19. Jh. markierte einen historischen Bruch. Durch die Expansion »westlicher« Mächte und Gebietsverluste wurde China mit dem westlichen Staatsverständnis und Völkerrechtssystem konfrontiert. Die eigene militärische und technische Unterlegenheit mündete nach chinesischem Selbstverständnis in das »Jahrhundert der Demütigung«. Der weltpolitische Abstieg führte zu einer massiven Infragestellung der eigenen Kultur innerhalb der Elite sowie zu einem bis heute virulenten Minderwertigkeitskomplex.

Der Nationalismus entstand erst als Reaktion auf diese äußere Bedrohung und richtete sich zum einen gegen ausländische Infiltration und Kontrolle in Form eines anti-westlichen *Staatsnationalismus*. Aufgrund der Schwäche des Staates und dessen Ohnmacht gegenüber ausländischen Interventionen zielte er zum anderen gegen die Herrschaft der mandschurischen Qing-Dynastie (1644-1911) über die *Han* – in Form eines nach innen gerichteten *ethnischen Nationalismus*. Der japanische Begriff *minzu* bzw. *minzu zhuyi* wurde als Übersetzung für den westlichen Begriff Nation bzw. Nationalismus übernommen, fand jedoch insbesondere nach 1949 offiziell kaum Verwendung (Schubert 2001, 10). Um China in seiner bestehenden Größe zu rechtfertigen, wurden die vormalig von der Qing-Dynastie regierten ethnischen Gruppen (Mandschu, Mongolen, Tibeter) nach 1911 in die chinesische Nation (*zhonghua minzu*) auch begrifflich einbezogen (Wang 1998, viii).

Die Abtrennung großer Territorien (hauptsächlich an Russland) und die Erkenntnis, dass die Kultur immer weniger die Grundlage vermeintlicher Überlegenheit war, förderten den Rekurs auf ein territorial fixiertes Staatsgebilde. Townsend sprach in diesem Sinne vom Übergang von einer kulturell definierten Gemeinschaft mit nicht-territorialem Konzept zu einem Nationskonzept mit einer politisch definierten Gemeinschaft und einem territorialen Konzept (1996, 3f).

Auch die für das moderne China entscheidende *4.-Mai-Bewegung* von 1919 lässt sich als nationale Bewegung verstehen. Sie äußerte sich einerseits als intellektuelle Auseinandersetzung, in der die traditionelle Kultur für die Rückständigkeit des Landes verantwortlich gemacht wurde. Andererseits war sie eine nationale Protestbewegung, die sich anlässlich der Übergabe der ehemals deutschen Kolonie Qingdao an Japan (statt einer Rückgabe an China) durch den Versailler Vertrag entzündete. Auch die Gründung der KPCh 1921 geht primär auf nationale Interessen zurück. Hauptziel der Parteigründung war nicht die Emanzipation des Proletariats, sondern die Befreiung der Nation. Lenins Imperialismuskritik bot den chinesischen Linken eine Erklärung, weshalb China rückständig war und von ausländischen Mächten kontrolliert wurde und – wie diesem Zustand abzuhelpfen sei. Träger des Nationalismus seit Ende des 19. Jh. war nicht »das Volk«, sondern waren die politischen und intellektuellen Eliten.

Über den nationalen Zustand Chinas machte sich auch Sun Yat-sen, der erste Präsident der Republik China, in den 1920er Jahren Gedanken. In der Vergangenheit, so Sun, hätte für Chinesen die Familie Priorität besessen. Von daher habe es nur einen »Familismus«, aber keinen Nationalismus und kein Nationalbewusstsein gegeben. Er verglich das chinesische Volk mit einem »Haufen losen Sandes«. Durch Stärkung des Nationalbewusstseins, einer Übertragung des Familienbewusstseins auf die Nation und den Rückgriff auf konfuzianische Werte wollte Sun eine Nation schaffen. Er plädierte daher für das, was später *kultureller Nationalismus* genannt wurde (vgl. Hutchinson 1987), nämlich Identitätsbildung auf der Basis kultureller Tradition. Die Förderung eines chinesischen Nationalismus sah Sun als Voraussetzung für eine erfolgreiche Nationsbildung an (1963a, 91f). Solange das Nationalbewusstsein gering sei und lediglich von intellektuellen Eliten getragen werde, müsse der Staat, als Träger der Interessen des Volkes, dieses über eine »Erziehungsdiktatur« zur Nation formen (1963b, 127ff).

Maos Versuch der Nationsbildung

Dieses Konzept griff Mao auf, unter dessen Führung die chinesischen Bauern ab den 1930er Jahren zum Kampf gegen Japan mobilisiert wurden. Diese Mobilisierung im nationalen Interesse war der erste Schritt zur Herausbildung eines Nationalismus unter der Landbevölkerung.¹ Im Unterschied zu den meisten osteuropäischen Ländern war der chinesische Kommunismus national-orientiert: »Sinisierung des Marxismus-Leninismus« und »Kommunist sein« wurde gleichbedeutend mit der Interessenvertretung für die eigene Nation. Genau dies war die Ursache für die Popularität der KP unter den verschiedenen Schichten des Volkes und letztlich für ihren Sieg. Die Kommunisten versprachen dem chinesischen Volk mit der »Befreiung« 1949 zugleich nationale Unabhängigkeit und Würde.

1 Diesen Prozess hat Chalmers Johnson in seinem Buch *Peasant Nationalism and Communist China* (1962) eindrucksvoll beschrieben.

Maos Nationskonzept basierte auf dem »chinesischen Weg« zum Sozialismus. China sollte einen eigenständigen, nationalen Modernisierungsweg einschlagen. Anders als Sun wollte Mao die Nationsbildung durch Homogenisierung der »Massen« bewerkstelligen. Alle divergierenden Tendenzen wie Klassen und Schichten, verschiedene Eigentumsformen, heterogene ethnische und religiöse Bewegungen, regionale und lokale Spezifika oder Claninteressen waren der Schaffung einer Nation als nationaler Solidargemeinschaft abträglich. Der »neue Mensch« sollte die Basis für die neue, zunächst durch den sozialistischen Staat repräsentierte und durch die Partei geführte Nation sein. Diese »Schlacht um die Nation« wurde nach innen geführt. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion Anfang der 1960er Jahre diente weniger ideologischen Zielsetzungen als dem Ziel der Nationsbildung: China war, so Mao, auch ohne äußere Hilfe in der Lage, seine Modernisierung im *Vertrauen auf die eigene Kraft* erfolgreich zu betreiben. Insofern sollte die gesamte Modernisierungsstrategie der KPCh einschließlich ihrer späteren Wandlungen nicht nur unter dem Gesichtspunkt marxistisch-leninistisch-maoistischer Ideologie verstanden werden. Sie basierte auch auf dem Gedanken der nationalen Stärkung und Rückkehr an den China rechtmäßig zustehenden Platz in der Welt.

Die Herausbildung des neuen Nationalismus

In dem Maße, wie die sozialistische Ideologie ihre Funktion als Lieferant kollektiver Identität im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik nach 1978 einbüßte, bedurfte es neuer ideologischer Leitmuster. Hier bot sich der Rückgriff auf den politisch unbelasteten Begriff »Patriotismus« (*aiguo zhuyi*) an, der inhaltlich an das kulturelle Überlegenheitsgefühl der Chinesen anknüpfte und an anti-westliche Ressentiments appellierte. So hieß es in den frühen 1990er Jahren im theoretischen Organ der Kommunistischen Partei *Qiushi*, der Patriotismus sei eine »starke Waffe zur Mobilisierung und zum Zusammenschluss des ganzen Volkes, sich für die ›Vier Modernisierungen‹ einzusetzen«. Es sei eine grundlegende Aufgabe, »die breiten Massen, besonders die Kinder und Jugendlichen, im Sinne des Patriotismus zu erziehen, um neue Menschen für die Modernisierung heranzubilden« (Zhou 1993, 28).

Zu verstärkter »patriotischer Erziehung« in den Lehranstalten riefen Parteiführer bereits Mitte der 1980er Jahre auf. Patriotische Ideen sollten durch ein »Erziehungsprogramm« in die Schulen und Hochschulen, durch ein Patriotismus-Programm in Medien, Kultur, Kunst und Literatur und die gesamte Gesellschaft hineingetragen werden. Die Schüler und Studenten sollten mit »Nationalstolz, nationaler Selbstachtung und Patriotismus erfüllt« werden (*Guangming Ribao*, 30.9.1986). Selbst in den Betrieben sollte »patriotische Erziehung« an die Stelle (diskreditierter) »politischer Erziehung« treten. Der nach der Niederschlagung der städtischen Protestbewegung 1989 eingesetzte Parteichef Jiang Zemin hatte bereits kurz nach diesen Ereignissen vorgeschlagen, die Jugend in »Patriotismus« zu erziehen (vgl. He/Guo 2000, 26; Guo 2004, 25ff). Das Zentralorgan der KPCh rief in einem Leitartikel in den 1990er Jahren dazu auf, den Patriotismus zum Inhalt der ideologischen Schulung zu machen

mit den Schwerpunkten neuere und gegenwärtige chinesische Geschichte sowie die »herausragende kulturelle Tradition der chinesischen Nation« (*Renmin Ribao*, 12.4.1993). Allerdings bleibt die inhaltliche Füllung vage. Von der Parteiführung werden Patriotismus, Sozialismus und KP-Führung meist gleichgesetzt, »Patriotismus und Sozialismus bilden eine Einheit« (Jiang Zemin, zit.n. Ming 1990, 15). Die Partei sucht sich als nationale politische Institution zu definieren, die vom gesamten Volk akzeptiert und gestützt wird und die Modernisierung des Landes führt. Im Interesse der Nation, so die Argumentation, bedürfe es rascher ökonomischer Entwicklung und politischer Stabilität, die nur unter der Führung der KP erreicht werden könnten.

Wirtschaftliche Modernisierung und sozialer Wandel bewirken einen Verlust traditioneller Identitätsmuster. »Patriotische Erziehung« kann als substanzieller Teil eines neuen, identitätsstiftenden Nationalismus begriffen werden, zumal die Religionsstruktur Chinas die Bedingungen für eine Rückbesinnung auf fundamentalistische religiöse Strömungen wie in islamischen oder christlichen Gesellschaften nicht bietet. Zugleich ist ein solcher Nationalismus als Abwehrreaktion gegen »westliche« Einflüsse gedacht. Er dient somit als Integrationsideologie zur Stabilisierung des herrschenden Systems. Der Patriotismus wandelte sich mit wachsenden integrativen Schwierigkeiten zu dem, was Edward Friedman »leninistischen Nationalismus« genannt hat: Die kapitalistische Welt (der »Westen«) wird als Gegner des chinesischen Volkes gesehen, die Parteiherrschaft als Bollwerk gegen den auf die Vernichtung oder Knechtung Chinas abzielenden Kapitalismus (1995, 25ff). Die Unzufriedenheit über die weltpolitische Dominanz der USA nach 1989, die 1993 gescheiterte Olympia-Bewerbung Chinas, Forderungen nach der Akzeptanz universeller Werte (Menschenrechte) oder Zwischenfälle wie der Beschuss der Belgrader Botschaft wurden zur Verstärkung anti-westlicher Ressentiments genutzt. Der Nationalismus bot sich als neue kollektiv-ideologische Klammer an. Durch ihn konnte die Herrschaft der KP legitimiert werden. Eine solche Entwicklung ist keineswegs nur für China typisch, sondern findet sich in vielen Gesellschaften, die sich unter Auflösung traditionaler Strukturen und Werte auf dem Weg von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft befinden.

Dieser »neue Nationalismus« schlug sich auch in einem Wandel der Parteiideologie nieder. Mit der »Deng-Xiaoping-Theorie« wurde eine den chinesischen Besonderheiten entsprechende pragmatische Politik zur Grundlage erklärt; die von Jiang Zemin konzipierten »Drei Vertretungen«, die inzwischen zu einem zentralen Faktor der Parteiideologie geworden sind, definierten schließlich die nationale Rolle der KP neu. Die KP, so hieß es nun, vertrete die fortgeschrittenen Produktivkräfte, die fortschrittliche Kultur Chinas sowie die grundlegenden Interessen des gesamten chinesischen Volkes. Die Partei wurde nicht mehr als Vertreterin einer Klasse begriffen, sondern als Repräsentantin des gesamten Volkes. In dieser Anbindung aller Chinesen an die Partei sieht die Führung einen wichtigen Mechanismus nicht nur zur Verbreiterung ihrer sozialen Basis, sondern auch zur Nationsbildung. Idealerweise soll das gesamte Volk sich im Interesse der Modernisierung und Stärkung der Nation hinter der Avantgarde des Volkes, nämlich der Partei, zusammenschließen.

Auch das Konzept der »harmonischen Gesellschaft«, das erstmals auf der 4. Plenartagung des XVI. ZK im September 2004 vorgetragen wurde und seitdem Eingang in den politischen Alltagsdiskurs gefunden hat, ist Teil des neo-nationalistischen Diskurses. Themen sind dabei der Weg zu Demokratie, Rechtsstaat, Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich, der Aufbau einer »geistigen Moral«, die korrekte Behandlung der Widersprüche im Volk, die Verbesserung der ökologischen Basis, *good governance* und soziale Stabilität (*Renmin Ribao*, 27.6.2005 u. 8.5.2006). Das Konzept stellt nicht nur eine Alternative zum Ideal des Kommunismus dar, sondern knüpft auch an konfuzianische Vorbilder an: anzustreben ist das konfuzianische Ideal der »Großen Harmonie« (*datong*), eine Gesellschaft ohne soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheiten, die im Gegensatz zur neoliberalen, von der Profitmaximierung gekennzeichneten Marktgesellschaft steht. Mittlerweile wird dieses Idealbild auch auf die Außenpolitik übertragen: China möchte weltweit eine »harmonische Gesellschaft« ins Leben rufen, d.h. zur Schaffung einer friedlichen und entwickelten Welt beitragen (*Renmin Ribao*, 25.9.2005).

Auf internationaler Ebene stehen chinesische Wahrnehmungsmuster in scharfem Kontrast zu der vor allem in den USA geführten Debatte über eine Bedrohung durch ein erstarkendes China. Aufgrund des Entwicklungsstandes, der ungelösten Taiwanfrage und zahlreicher Territorialstreitigkeiten mit den Nachbarstaaten sowie der engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den USA und Japan fühlt sich China trotz der wirtschaftlichen Erfolge der letzten 15 Jahre verwundbar. Viele Bemühungen wie die Übergabe Hongkongs und Macaos (1997/1999) an die VR China als Teil der Erringung nationaler Einheit, aber auch der Beitritt zur WTO oder die Ausrichtung der Olympiade 2008 und der Expo 2010 sowie das von China vertretene Konzept einer multipolaren Weltordnung dienen dem strategischen Ziel, ebenbürtig mit den großen Industrienationen zu erscheinen. Das von der politischen Führung propagierte nationalistische Gedankengut hat in diesem Rahmen einen vornehmlich defensiven, reaktiven und nicht aggressiven Charakter.

Das neo-nationalistische Projekt der chinesischen Führung ist insofern erfolgreich, als es mit den patriotischen Gefühlen der Bevölkerung eine Verbindung eingegangen ist: Für viele Chinesen genießt die Herausbildung eines starken und mächtigen China Priorität vor einem demokratischen China. So wird auch die Niederschlagung der studentischen Protestbewegung 1989, die zunächst Verbitterung ausgelöst hatte, zunehmend als Maßnahme interpretiert, mit der – anders als in der Sowjetunion – die politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität Chinas gesichert wurde. Freilich bedeutet die Gleichsetzung von Staat und Nation auch die Akzeptanz der KP-Herrschaft und des autoritären Systems. Der neue Patriotismus/Nationalismus soll zugleich die Funktion eines Modernisierungs- und Integrationsnationalismus erfüllen: Mobilisierung und Zusammenschluss aller Kräfte im Interesse der Schaffung eines neuen, hochmodernen Chinas als herausragender Nation der Menschheit. Von daher ist er stärker nach innen, bislang weniger nach außen gerichtet. Chinas neuer Nationalismus bestehe in der Vision einer »großen Zukunft«, meint z.B. Yongnian Zheng (1999, 111). Die Verbindung von Nationalismus und Kommunismus bedeutet dabei

keinen grundsätzlichen Widerspruch, da sich ein »Kommunist« für die Interessen und die Modernisierung der eigenen Nation einsetzt. Und gerade diese Konstellation hatte sich als ein zentraler Faktor für das Erstarken der KPCh erwiesen. Eben von daher veränderte die Partei seit den 1990er Jahren ihr ideologisches Paradigma: von einer leninistischen hin zu einer stärker staatsnationalistisch geprägten Modernisierungs-ideologie, die eine Identität von Sozialismus, Parteiherrschaft, Modernisierung und nationalem Interesse beansprucht.

Vom Staatsnationalismus zum Volksnationalismus

Der heutige chinesische Nationalismus lässt sich zum einen als *Staatsnationalismus* im o.g. Sinn definieren. Hinzu treten ein *Eliten-* und ein *Volksnationalismus*. Ersterer sucht den Anschluss an den Westen und definiert den Parteien-Staat als Interessenvertretung der Nation. Nationales Gedankengut wurde von den Eliten immer wieder in politischem Interesse mobilisiert und wachgehalten, z.B. durch den symbolischen Rekurs auf den Opiumkrieg, die ungleichen Verträge (1842), den westlichen Expansionismus im 19. Jh., den japanischen Militarismus im 20. Jh. oder die aktuelle Interpretation us-amerikanischer Sicherheitspolitik als Eindämmungsversuche gegenüber China. Bestandteil des *Volksnationalismus* ist ein *kultureller Nationalismus*, der sich u.a. in der Auffassung von der Einmaligkeit, Größe und Erhabenheit der chinesischen Kultur und Geistesgeschichte Chinas niederschlägt sowie darin, dass das geistige Erbe neuerlich nicht nur zur Grundlage der politischen Ordnung, sondern auch einer neuen Weltordnung gemacht werden könne oder müsse. Staat und Nation sind dabei im allgemeinen Denken sowie in der offiziellen Diktion eng miteinander verbunden, aber nicht deckungsgleich. Während mit China die VR China in ihrer staatlich-institutionellen Erscheinungsform verstanden werden kann, erstreckt sich die »chinesische Nation« auf eine gedachte Einheit aller Chinesen, definiert auf Basis einer geteilten Kultur (Christiansen 2004, 176f). Dem Kulturnationalismus ist auch eine systemkritische Seite inhärent, z.B. in Form von Literaten, die den Sozialismus als ausländisches Phänomen geißeln und die Rückkehr zu »wahren« chinesischen Traditionen fordern, die von den Kommunisten stigmatisiert worden seien. Diese Auseinandersetzung findet überwiegend auf der literarischen Ebene und über historische Figuren statt, deren Rolle (im Gegensatz zur marxistischen chinesischen Geschichtsschreibung) von den Kulturnationalisten positiv umdefiniert wird.² Diese räumen der Nation Vorrang vor der Loyalität gegenüber der Partei ein und sind der Parteiführung daher suspekt.

Insgesamt hat die politische Rhetorik Eingang ins Denken der Bevölkerung gefunden. Doch in diesem neuen *Volksnationalismus* können sich auch allgemeine Enttäuschungen niederschlagen, wenn vermeintlich nationale Interessen verletzt oder nationale Ziele nicht erreicht werden. Solche Frustrationen können leicht in

2 Siehe dazu He/Guo 2000, 73ff und Guo 2004, 49ff. Viele chinesische Historiker argumentieren mittlerweile, die offizielle und marxistische Geschichtsschreibung repräsentiere nicht »unsere«, d.h. die chinesische Historie, vgl. He/Guo 2000, 97. Die ganze Bandbreite des nationalistischen Denkens in China stellt Schubert 2002 dar.

politische Proteste umschlagen. Darin besteht das Dilemma der KP-Führung. Sie muss Rücksicht auf eine sich potenziell verselbständigende öffentliche Meinung, den *Volksnationalismus*, nehmen, ohne ihn zur Triebkraft ihres Handelns werden zu lassen. Gefährlich könnte es für die politische Führung und damit für die Legitimität und Stabilität des Systems werden, wenn unter den »Massen« der Eindruck entstehen würde, politisches Handeln laufe nationalen Interessen zuwider.

Die Parteiführung ist sich der Tatsache bewusst, dass ein Scheitern der nationalen Ziele (Modernisierung, Wiedervereinigung mit Taiwan) oder eine Außenpolitik, die von großen Bevölkerungsteilen als den nationalen Interessen entgegengesetzt verstanden würde, zum Sturz der KP-Herrschaft führen könnte. Gerade um nationalistische Strömungen kontrollieren, abschwächen und kanalisieren zu können, ist sie bemüht, sich in »national« aufgeladenen Fragen an die Spitze dieser Strömungen zu setzen und den Diskurs zu dominieren. Dabei geht es einerseits darum, sich selbst als Partei des ganzen Volkes und Repräsentantin nationaler Interessen zu legitimieren, andererseits darum, eine Radikalisierung solcher Strömungen zu verhindern. Denn für die weitere stabile Entwicklung Chinas wird ein friedliches internationales Umfeld als zentral erachtet. Eine Radikalisierung nationalistischer Strömungen würde nicht nur zu einer stärker außengerichteten Aggressivität führen, etwa in der Taiwanfrage, den Streitigkeiten um die Spratley-Inseln im Südchinesischen Meer oder einer anti-westlichen Politik. Sie würde auch eine repressivere Politik im Innern (wie die Verfolgung abweichender Meinungen unter Hinweis auf »westliche« Einflüsse) zur Folge haben.

Die Mobilisierung nationaler Gefühle bei gleichzeitiger Notwendigkeit ihrer Kontrolle wirft gerade für die chinesische Außenpolitik Probleme auf. Sie erweist sich als besonders prekär, wenn sie, wie im Falle Japans, ihrerseits auf einen Nationalismus trifft. Im Frühjahr 2005 wurde China von einer anti-japanischen Protestwelle erfasst, die sich an der Errichtung eines Leuchtturms auf den Diaoyutai/Senkaku-Inseln durch japanische Nationalisten entzündete. Diese im ostchinesischen Meer gelegene Inselgruppe wird sowohl von Japan als auch von China beansprucht. Neben historischen Begründungen spielen u.a. hier vermutete Öl- und Gasvorkommen eine Rolle. Etwa zeitgleich wurden im Internet ca. 22 Mio. Unterschriften gegen Japans Bemühungen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat gesammelt, was den chinesischen Premier Wen Jiabao dazu bewog, sich erstmals öffentlich gegen einen Ratssitz Japans auszusprechen (Möller/Tidten 2005, 2). Angeheizt durch einen Streit über die Darstellung des pazifischen Krieges in japanischen Schulbüchern und der Weigerung von Premier Koizumi, zukünftig auf Besuche des umstrittenen Yasukuni-Schreins zu verzichten, kam es in über dreißig chinesischen Städten zu anti-japanischen Demonstrationen, Boykottaufrufen gegen japanische Waren sowie Übergriffen auf japanische Geschäfte. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste während des Besuchs des japanischen Außenministers in China. In diesem Zusammenhang erklärte der chinesische Vizeaußenminister, das sino-japanische Verhältnis sei nach der Normalisierung 1972 nun an einem Tiefpunkt angelangt. Schon früher waren die Beziehungen zu Japan als »ökonomisch warm und politisch kalt« charakterisiert worden

(*South China Morning Post*, 4.4.2005 u. 19.4.2005). Die Proteste der Bevölkerung wurden Ende April schließlich von Sicherheitskräften beendet. Bemerkenswert war dabei der erhebliche Spielraum, den die Regierung den Demonstrationen zugestanden hatte.

Die anti-japanischen Gefühle in der chinesischen Bevölkerung gründen auf der Erinnerung an die japanische Aggression sowie die breite Empörung über die japanische Leugnung der Kriegsgräueltaten³ und das Fehlen einer als angemessen empfundenen Entschuldigung für begangenes Unrecht. Zugleich wurden das Kriegstrauma und das Gefühl der Unterlegenheit gegenüber Japan in China bisher nicht bewältigt, da die offizielle Geschichtsdeutung im Wesentlichen die Leistungen der KPCh für den Sieg im Widerstand betont. Außerdem wurden der chinesischen Bevölkerung die Gründe für den Verzicht auf Reparationszahlungen durch die chinesische Führung niemals eindeutig dargelegt (Chan/Bridges 2006, 132ff). Das bis heute nicht verarbeitete Trauma äußert sich quer durch alle Generationen in Forderungen nach einem harten Vorgehen gegen Japan. Für die chinesische Regierung gestalten sich die Beziehungen zu Japan komplex. Japans Rolle in der Region sowie die Beziehungen zu den USA und Taiwan erfordern eine moderate Außenpolitik. Zugleich muss den nationalen Gefühlen der Bevölkerung zunehmend Rechnung getragen werden. Zu groß wäre die Gefahr, dass Kritik an der chinesischen Führung und ihrer nicht ausreichenden Vertretung nationaler Interessen in eine breitere Bewegung des Unmuts über die sozialen Kosten der ökonomischen Entwicklung münden könnte.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass nationale Ideen für China seit dem ausgehenden 19. Jh. von hoher Bedeutung sind. Von dem frühen Reformler Kang Yuwei (1858-1927) über Mao Zedong und Deng Xiaoping bis zur heutigen Führung forderten alle Politiker und Denker, dass China wieder reich und stark (*fuqiang*) und in der Welt geachtet werden solle. Ein Nationalismus mit dieser Basis hat wenig mit dem aggressiven Nationalismus europäischer Prägung etwa vor dem Ersten Weltkrieg gemein. Es handelt sich vielmehr um einen Modernisierungsnationalismus sowie um einen »inkluisiven Nationalismus«, dessen Ziel in der Integration und der Schaffung einer als einheitlich empfundenen Nation besteht bzw. diese konsolidieren soll. Außenpolitisch hat er im Wesentlichen bisher einen defensiven und reaktiven Charakter.

Die als Ersatz für die marxistisch-leninistisch-maoistische Ideologie von der politischen Führung seit Mitte der 1980er Jahre instrumentalisierten nationalen Gefühle bilden heute einen »Kitt«, der China zusammenhält. In der Bevölkerung findet die Idee des »sich Aufopfern für das Wohl und die Entwicklung Chinas« Resonanz. Dieser neue Nationalismus ist in einem Spannungsfeld von Überlegenheits- und Unterlegenheitsgefühlen angesiedelt und einerseits Ausdruck einer nicht bewältigten Identitätskrise, andererseits eines wachsenden Selbstbewusstseins im Angesicht wirtschaftlicher Erfolge. Dies ist das Ergebnis der Legitimationsstrategie der KPCh, die eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Vergangenheit erschwert.

3 Vgl. hierzu z.B. die nach dem Mukden-Zwischenfall als Auftakt für die japanische Annektierung der Mandschurei am 18. September 1931 benannte Website: www.china918.net, Zugriff: 7.11.2006.

Die Regierung wird im Sinne des Machterhalts in der Zukunft bemüht sein, die Definitionshoheit über die Interessen der Nation zu wahren und die nationalistischen Strömungen zu kontrollieren, um eine Einschränkung ihrer politischen Handlungspotenziale zu verhindern. Würden sich unter nationalistischen Vorzeichen und mit »anti-westlicher Klammer« politische Kräfte als Opposition zusammenschließen und die Fähigkeit der »Kommunisten« in Zweifel ziehen, China weiterzuentwickeln, könnte dies die heutigen Herrschaftsverhältnisse grundlegend in Frage stellen.

Literatur

- Chan Che-po, u. Brian Bridges, »China, Japan and the Clash of Nationalism«, in: *Asian Perspectives*, 30. Jg., 2006, H. 1, 127-56
- Christiansen, Flemming, »Between Doctrine and Belonging: The Official Language of Nation in China«, in: ders., u. Ulf Hedetoft (Hg.), *The Politics of Multiple Belonging*, Aldershot 2004, 167-84
- Friedman, Edward, *National Identity and Democratic Prospects in Socialist China*, Armonk-London 1995
- Gries, Peter Hays, »China's »New Thinking« on Japan«, in: *The China Quarterly*, Nr. 184, 2005, 831-50
- Guo Yingjie, *Cultural Nationalism in Contemporary China. The Search for National Identity under Reform*, London-New York 2004
- He Baogang, u. Guo Yingjie, *Nationalism, National Identity and Democratization in China*, Aldershot-Brookfield 2000
- Hutchinson, John, *The Dynamics of Cultural Nationalism. The Gaelic Revival and the Creation of the Irish Nation State*, London 1987
- Johnson, Chalmers A., *Peasant Nationalism and Communist Power. The Emergence of Revolutionary China 1937-1945*, Stanford 1962
- Ming, Lizhi, »Jianchi aiguo zhuyi he shehuizhuyi de tongyi« (An der Einheit von Patriotismus und Sozialismus festhalten), in: *Qiushi* (Wahrheit), 9, 1990, 15-19
- Möller, Kay, u. Markus Tidten, »China und Japan: der ungeheilte Bruch«, in: *SWP-Aktuell*, Nr. 20, Mai 2005, Dt. Institut für Wissenschaft und Politik, 1-4
- Riescher, Gisela, »Nationalismus«, in: Dieter Nohlen (Hg.), *Kleines Lexikon der Politik*, Bonn 2002, 314f
- Schubert, Gunter, *Nationalismus in China – Der liberale Gegentext zum anti-westlichen Etatismus*, Project Discussion Paper No. 18 (Orangene Reihe), Institut für Ostasienwissenschaften, Universität Duisburg 2001
- ders., *Chinas Kampf um die Nation*, Hamburg 2002
- Sun Yat-sen, »Drei Grundlehren vom Volk: San min chu-i«, in: Gottfried-Karl Kindermann (Hg.), *Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus*, Freiburg i.B. 1963a, 90-119
- ders., »Grundlagen der Nationalen Selbstentwicklung«, in: Gottfried-Karl Kindermann (Hg.), a.a.O., Freiburg i.B. 1963a, 120-29 (zit. Sun 1963b)
- Townsend, James, »Chinese Nationalism«, in: Jonathan Unger (Hg.), a.a.O., Armonk-London 1996, 1-30
- Unger, Jonathan, »Introduction«, in: ders. (Hg.), *Chinese Nationalism*, Armonk-London 1996, xi-xviii
- Wang, Ke-wen (Hg.), *Modern China, an Encyclopedia of History, Culture and Nationalism*, New York-London 1998
- Zhao, Suisheng, *A Nation-State by Construction. Dynamics of Modern Chinese Nationalism*, Stanford 2004
- ders., »Pragmatismus und Parolen. Gefährdet der Nationalismus Chinas friedlichen Aufschwung?«, in: *Internationale Politik*, 12. Jg., 2005, H. 5, 24-30
- Zheng, Yongnian, *Discovering Chinese Nationalism in China. Modernization, Identity, and International Relations*, Cambridge u.a. 1999
- Zhou, Zhiliang, »Aiguo zhuyi yu diwai kaifang« (Patriotismus und Außenöffnung), in: *Qiushi* (Wahrheit), Nr. 1, 1993, 28-32

Thomas Hock

Konfuzianismus – eine Legitimationsideologie des chinesischen Staates?

Von der Entkörperung zum ideologischen Konstrukt

Der Aufstieg von Weltmächten beschränkt sich nie auf den ökonomischen und politischen Bereich. Konzepte wie ›Pax Romana‹, ›Tianxia¹‹ oder ›Bürger- und Menschenrechte‹ etwa hatten bzw. haben neben ihrer funktional-reproduktionstechnischen Bedeutung auch ihren Nutzen als ideologische Hegemonie, Legitimation und Leitbildfunktion nach innen und außen, oben und unten. Wie steht es diesbezüglich um China zu Beginn eines möglicherweise ›chinesischen Jahrhunderts‹? Hier scheinen aktuell zwei ideologische Schwerpunktsetzungen von besonderem Interesse. Zum einen startete die KPCh eine Kampagne zur Modernisierung des Marxismus mit dem Ziel, international eine Vorbildfunktion einzunehmen, insbesondere im Hinblick auf ökonomische Fragestellungen (*Xinhua*, 16.1.2006). Zum anderen ist China mit dem mehrere Mrd. US\$ schweren Programm »Chinesische Brücke« seit 2004 dabei, bis zum Jahr 2010 weltweit 100 Konfuzius-Institute zu gründen, »von der chinesischen Regierung betriebene, staatliche Einrichtungen, die zum Ziel haben, Chinesisch als Fremdsprache und die chinesische Kultur zu verbreiten« (*Xinhua*, 29.4.2006).

Es überrascht vielleicht nicht, dass nicht 100 Marx-Institute in aller Welt gegründet werden und dass der antimerkantile Herrschaftsberater Konfuzius nicht zur Namensgebung für eine wirtschaftstheoretische und -politische Offensive herangezogen wird. Historisch keineswegs selbstverständlich ist aber das Nebeneinander von Marxismus chinesischer Prägung und Konfuziusbegeisterung. Der Konfuzianismus galt insbesondere während der ikonoklastischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts in Festlandchina (4.-Mai-Bewegung 1919, Kulturrevolution) als Legitimationsideologie und Herrschaftselement des Ancien Régime. Mit diesem verschwanden auch die drei zentralen Stützen des Konfuzianismus – Staatskult, Prüfungswesen und volksreligiöse Verehrung – sowie dessen traditionelle gesellschaftliche Basis, die sich aus den großen Landbesitzern rekrutierende bildungsaristokratische Bürokratie. Ähnliches gilt für die Kenntnis der klassischen Schriften, über die außer interessierten alphilologischen Humanisten kaum noch jemand verfügt. Dies führte bereits in der Kulturrevolution zu dem Paradox, dass längst vergessene Texte wieder neu aufgelegt wurden, damit sie überhaupt kritisiert werden konnten (De Bary/Lufrano 2000, 545). Das Verschwinden des traditionellen sozialen Substrats, d.h. die

1 ›Unter dem Himmel – die Welt oder China‹ (*Neues Chinesisch-Deutsches Wörterbuch / Xin Han De Cidian*, Peking 1993)

gesellschaftliche Entkörperung des Konfuzianismus, wurde im postkolonialen China sehr früh als ideologisches Problem erkannt. Denn Liberalismus und Marxismus boten zwar Befreiungsperspektiven aus feudaler Abhängigkeit und universalistische Wege in die Moderne. Beiden aber fehlte die nationalistisch-kulturelle Note. Denn wert- und kulturkonservative Mittel waren erwünscht: sowohl zur religiösen Identifikation mit dem lokalen Befreiungsnationalismus, als auch zur Distanzierung von der ›westlichen Moderne‹, die ihre universalistischen Heilsversprechen nicht einlösen konnte.² Für die Lösung des Problems bot sich bereits im republikanischen China nach 1911, später in Taiwan und unter Übersee-Chinesen nur der Konfuzianismus an. Denn die buddho-taoistische Glaubensanarchie eröffnete kaum Perspektiven für eine staatstragende kulturelle und säkulare Weltanschauung.

Vor dem Hintergrund postkolonialer Herausforderungen und der Entkörperung der Gesellschaftslehre wurden ungreifbarere und unangreifbarere Konstrukte nötig. Eine aktuelle Variante ist die, chinesische Kultur und Chinesen schlechthin mit Konfuzianismus zu identifizieren. So wurde dieser in der VR China z.B. als Substrat oder »Essenz« der chinesischen Kultur (Gu Mu 1989) oder »kulturell-psychologische Struktur« (Li Zehou 1980) dargestellt. In einer deutschen Einführung ist zu lesen, jeder Chinese sei Konfuzianer, ob er wolle oder nicht, in jedem Chinesen fließe konfuzianischer Geist (Gu Xuewu 1999). Diese Konstruktionen haben argumentative Vorteile, bleiben aber sinozentrisch, inhaltsleer und werden beim Gebrauchstest der damit verbundenen Tugenden im kapitalistischen Tagesgeschäft zudem ebenso leicht widerlegt, wie das bei religiösen Moralismen, Kaufmannstugenden, Berufsethiken usw. der Fall ist.

Eine andere Variante ist die des in den USA lehrenden Taiwanesen Yü Ying-shih (1992), den modernen Konfuzianismus als »wandernden Geist« anzusehen, der sich von den traditionellen Institutionen gelöst habe. Diese Vorstellung hat den Vorteil, dass sich dieser Geist überall niederlassen kann. Oder ist genau das der Nachteil? So flankieren Singapurs Lee-Herrscherdynastie und die regierende People's Action Party (PAP) ihre paternalistisch-autoritäre Politik ideologisch mit sogenannten »asiatischen Werten«, einer Mischung aus autoritativ-wertkonservativem Konfuzianismus und Kommunitarismus. Nach Meinung des Clan-Oberhauptes interessiert sich auch die VR China für dieses Modell: »Sie haben uns studiert«, sagt Lee Kuan Yew, »sie wollen wissen, wie wir trotz Mehrparteienwahlen und pluralistischen Ansichten an der Macht bleiben«. Lee behauptet nicht, China habe in der Vergangenheit Singapurs Weg kopiert und könne dies in Zukunft weitergehend tun. Peking schaffe sein eigenes Modell. Er glaubt, dass China seine Demokratieversuche auf dem Land ausdehnen werde: »Solange sie die Gesamtkontrolle behalten, werden sie weiter experimentieren. Ich denke nicht, dass sie glauben, dass ihre Enkel in einem unveränderten System leben werden« (Kleine-Brockhoff 2006).

2 Die Aufgabe versuchte schon Sun Yat-sen zu lösen, insbesondere mit der ersten seiner »drei Grundlehren«, dem »Volkstum« (vgl. dazu Deppe 1999, 347).

Ein noch allgemeineres Anwendungsbeispiel für das Wander- und Umdeutungspotenzial ist die Umkehrung der These Max Webers vom Konfuzianismus als Entwicklungshindernis, die diesen nun als Motor des asiatischen »Wirtschaftswunders« hinstellt. Die umgekehrte Nutzung des europäischen Konstrukts (vgl. dazu Lee 1997) durch ostasiatische Länder in postkolonialen Diskursen wird z.B. von Arif Dirlik als Streben der vormaligen Objekte kolonialer Verfügung gewertet, Orientalismus durch die glorifizierende Stilisierung orientalischer Subjektivitäten zu einem universalen Modell in das Zentrum globaler Macht zu bringen (1995, 231).

Die »neue Konfuzianismus-These« ist aber auch attraktiv für westliche Argumentationsmuster: »Die Ursachen für Chinas Prosperität liegen, so banal es klingt, in der Kultur. Nur wenige Weltanschauungen schätzen Bildung und Fleiß so sehr wie der Konfuzianismus«, so der Journalist Harald Maas (*Tagesspiegel*, 21.5.2006). Bemerkenswert daran ist nicht nur, dass subjektive statt objektiver Faktoren für wirtschaftlichen Erfolg und Misserfolg verantwortlich gemacht werden – was umgekehrt ja auch dafür genutzt wird, geringes Wachstum im Westen durch den Verfall althergebrachter »Tugenden« (Fleiß, Sparsamkeit, Disziplin, Pflichtbewusstsein, Gemeinschaftsgeist, Patriotismus usw.) zu erklären. Noch aufschlussreicher ist, dass all dies nicht neu ist. Bereits in den 1970er Jahren wurde das japanische Wirtschaftswunder auch von Politikerinnen wie Thatcher und Reagan auf »asiatische Werte« wie Fleiß und Genügsamkeit zurückgeführt, während gleichzeitig eine Trendwende in der westlichen Wirtschaftspolitik eingeläutet wurde. Und auch an der Asienkrise 1997/98 waren – allerdings nur für kurze Zeit – angeblich konfuzianische Tugenden schuld (siehe zu dem gesamten Komplex Lee 1997, 2003).

Genau genommen ist diese Diskussion noch älter. Während des imperialistischen Aufstiegs Japans diente sie bereits dazu, die sittliche Überlegenheit des postkolonialen Kaiserreichs gegenüber der pazifischen Konkurrenz herauszustreichen und den Führungsanspruch Japans über Ostasien zu unterstreichen. Wenn aber mit Konfuzianismus alles zu legitimieren ist, ist damit eigentlich nichts Bestimmtes mehr zu legitimieren. Es bleibt zunächst nur die Frage, wie, womit und wozu der Begriff in der VR China gefüllt wurde und wird.

Die neue staatstragende Nutzung des Konstrukts

Wiederbelebt wurde die Debatte in China im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik unter Deng Xiaoping. Die Fernsehdokumentation »Heshang« (River Elegy) von Su Xiaokang und Wang Luxiang aktualisierte noch die eurozentrische These vom »unveränderlichen« China und übte eine tiefgehende Kritik an binnenorientierter, introvertierter Rückständigkeit, unitarischer Ideologie und bürokratischer Willkürherrschaft. Die damalige Führung brach die Debatte über die Dokumentation und die chinesische Kultur 1988/89 abrupt ab, nach der offiziellen Version »aus Angst vor neuerlichen Einbrüchen in Bezug auf den »bürgerlichen Liberalismus«, d.h. den westlichen Einfluss« (Heberer 1990, 140), tatsächlich aber wohl eher, weil im Gewande der Kritik an der Vergangenheit die Gegenwart getroffen wurde.

Schon die Rehabilitierung des mao-kritischen Neo-Konfuzianers Liang Shuming, die Gründung der Konfuzius-Stiftung 1983 und mehr noch die Interpretationslinie von Li Zehou³, dem ideologisch vielleicht bedeutendsten Klassiker-Exegeten der festlandchinesischen Post-Mao-Ära, deuteten aber an, wie sich diese Tradition nutzbar machen ließ. In seiner »Re-Evaluierung des Konfuzianismus« kam Li Zehou zu dem Schluss, dass diese Weltanschauung starke und schwache Seiten habe. Zu den negativen Seiten gehöre die Anwaltschaft für despotische Monarchie, Asketismus und eine rigide Hierarchie. Diese wurde zum Ziel der bürgerlichen chinesischen Revolution, sei aber nicht Konfuzius, sondern den späteren Lesarten anzulasten. Zu den positiven Seiten zählten das Persönlichkeitsideal und der humanistische Geist dieser Geisteshaltung. In ihm haben nach dieser Interpretation Werte der einfachen Urgesellschaften und nicht zuletzt die »chinesische Nation« überlebt, weshalb er als »kulturell-psychologische Struktur« heute noch essenziell sei: »Worin liegt die Stärke der chinesischen Nation? Die Stärke, die seit tausenden von Jahren die chinesische Nation in die Lage versetzt hat, alle Aggressionen von außen und inneren Desaster zu überleben und die chinesische Nation sogar zu retten, zu entwickeln und zu glorifizieren?« Sie liegt nach Li Zehou (1980) nicht zuletzt in dem besagten Humanismus, von dem er sich auch einen wichtigen Beitrag für die Weltkultur erhofft.

In diesem Argumentationsmuster werden befreiungsnationalistische, kulturalistische und kulturchauvinistische Aspekte selektiv gebündelt und für eine neue Identitätskonstruktion genutzt. Dabei werden aber die realhistorischen strukturellen und herrschaftslegitimatorischen Aspekte kurzerhand ausgesondert. So entstand eine Folie für eine neue staatstragende Rezeption des Konfuzianismus. Als exemplarisch dafür kann die Rede des Vorsitzenden der Chinesischen Konfuzius-Stiftung Gu Mu anlässlich der Feier des 2540. Geburtstages von Konfuzius gelten, die etwa vier Monate nach der blutigen Niederschlagung der Proteste am Platz des Himmlischen Friedens vom 4. Juni 1989 abgehalten wurde. Gu Mu wertete darin dessen Denken zur Hauptströmung in der »chinesischen Nation« auf, während im Gegensatz zu früheren Zeiten von marxistischer, revolutionärer Moral und Klassenkampf keine Rede mehr war. Er plädierte für die wesensmäßige Nutzung der traditionellen zur Entwicklung einer »neuen Kultur, die, wie wir glauben, national, patriotisch, wissenschaftlich und demokratisch sein sollte«, sowie für ein »selektives« Assimilieren der fortgeschrittenen Kulturen »der Außenwelt«. ⁴ Insbesondere hob der Festredner die Idee der Harmonie als Voraussetzung für Prosperität und die Bedeutung sozialer Disziplin hervor. Die traditionelle Kultur sei als Stütze gegenüber fremden Einflüssen zu erhalten. Darüber hinaus machte er auf den Beitrag des Harmoniegedankens für die gesamte Menschheit aufmerksam, nicht nur im Hinblick auf das Zusammenleben unter den Menschen, sondern auch für die natürliche Umwelt und für die ökologische Balance.

3 Die Schrift von Li Zehou ist nur ein Beispiel für die »Konfuzianisierung des Marxismus«, die auch durch Autoren wie Jin Guantao, Bao Zunxin und Gan Yang mitbestimmt wurde.

4 Das dichotomische Denken von Innen und Außen ist im Hinblick auf die fehlende Selbstobjektivierung bemerkenswert und kein Einzelfall.

Das Beispiel zeigt, dass der Konfuzianismus und insbesondere der Harmoniegedanke ein breites Spektrum ideologischer Nutzungsmöglichkeiten bietet; für die Legitimation eines neuen Autoritarismus – wie er auch in weniger konfuzianisch geprägten Gesellschaften, etwa Malaysia, hoch gehalten wird – ebenso wie für den Einbau von aktuellen Themen wie Ökologie oder für sozialreformerische Vorstellungen. Die sozialökonomischen und politischen Veränderungen und Konflikte in der VR China an der Schwelle zum 21. Jahrhundert brachten weitere ideologische Synkretismen mit sich, die ein immer breiteres Repertoire an Themen in sich aufnahmen – vom Liberalismus und Existenzialismus bis zum »Kampf der Kulturen«. So adaptierte Lu Dongwei Webers Konfuzianismus-These für die aktuellen Transformationsprozesse in China dahingehend, dass Marxismus, Liberalismus und Neo-Konfuzianismus – analog zum »Geist des Kapitalismus« – zum sozialen Geist der chinesischen sozialistischen Marktwirtschaft erklärt werden (Lu 2000). Wenn man diese ideologische Verschmelzung von Sozialismus, Markt und chinesischer Nation analog zum »Geist des Kapitalismus« aber ernst meint, hat dies zur Folge, dass auf Feudalismus und Kapitalismus nun die chinesische sozialistische Marktwirtschaft folgt – oder die konfuzianische Gesellschaftsformation?

Während dieser Synkretismus noch eher auf das nationale Entwicklungsmodell abzielt, lotet der bereits zitierte Li Zehou (1999) die internationalen Perspektiven eines Neo-Konfuzianismus in Zeiten der Globalisierung und des »Kampfes der Kulturen« aus. Er sieht die Vorbildfunktion der Gesellschaftslehre in dessen »pragmatischer Rationalität«, einer »Kultur des Glücks« und einer »Eine-Welt-Sicht«. Darin unterscheide sich dieser positiv von westlichem philosophischen Gedankengut: von der »spekulativen Rationalität oder reinen Vernunft«, von der »Kultur der Sünde« und von der »Zwei-Welten-Sicht« (wie in der Bibel, bei Plato und Kant). Der Konfuzianismus habe früher z.B. taoistisches und buddhistisches Gedankengut assimiliert. Heute könne er auch Marxismus, Liberalismus und Existenzialismus absorbieren. Darüber hinaus kann nach Li die »pragmatische Rationalität« die Widersprüche zwischen Sinnlichkeit und Rationalität aufheben und zur Lösung von Problemen wie Fundamentalismus, Nationalismus, kulturellen Konflikten und Extremismus beitragen. Weiter könne die chinesische Kultur dank ihrer »toleranten Tradition« auch Konflikte zwischen Muslimen und Christen, die beide ganz im Gegensatz zur chinesischen Kultur soziale und religiöse Moral vermischen, als Vermittler beheben helfen. Li weist damit China die Rolle des paternalistisch-jovialen Streitschlichters zu – eine Rolle, die zumindest nach traditionellem Verständnis mehr »Gesicht geben« soll als die des Siegers.

Angesichts dieser globalen und kulturalistischen Omnipotenz stellt sich die Frage, was Konfuzianismus eigentlich nicht zu legitimieren und synthetisieren vermag. Andererseits ist es angesichts von knapp 87000 offiziell zugegebenen Protesten 2005 nicht so schwer, in China Menschen zu finden, die von der angeblich toleranten Tradition nichts spüren und offensichtlich zu der eingeforderten sozialen Disziplin im Dienste der Harmonie nichts wissen wollen. Das Argument ließe sich freilich auch dahingehend umkehren, dass diese Zahl gerade aufgrund volkskonfuzianischer

Tugenden wie Toleranz und Duldsamkeit so klein ausfällt. Aber zumindest die Tatsache, dass es zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Uiguren oder Hui und staatlichen Stellen gibt, nährt den Verdacht, dass das Selbstbild des Streitschlichters vielleicht nur deshalb aufrecht erhalten werden kann, weil die VR China zur Zeit noch ein Juniorpartner im internationalen hegemonialen Gefüge ist.

Bemerkenswert an solchen Rezeptionsweisen ist die völlige Abwesenheit materialistischer Analyse und die Ersetzung derselben durch einen ethischen und kulturalistischen Diskurs. Liu Junning (1998) etwa stellt die These auf, dass die Einführung der Marktwirtschaft in ostasiatischen Ländern den Kontext so verändert habe, dass dieser sich von seiner traditionellen Gestalt unterscheide, aber auch Kapitalismus, Demokratie usw. eine andere Form als im ›Westen‹ angenommen hätten. Es seien konfuzianischer Kapitalismus, Liberalismus usw. entstanden. Auffassungen wie diese dürften auch für fast die gesamte ›konfuzianische Ökumene‹ außerhalb Chinas, also etwa auch in Taiwan, Singapur oder in den größeren chinesischen Gemeinden in Übersee akzeptabel sein. Insofern trägt Konfuzianismus heute auch stark konvergente Züge. Man mag einwenden, dass dies einmal mehr die ideologische Vereinnahmung dieses Wertekanons bedeute und zugleich der Legitimation eines autoritären Führungsstils und eines eigenen Menschenrechtsverständnisses dienen könne. Aber reicht das aus, um den Konfuzianismus als Legitimationsideologie des chinesischen Staates anzusehen?

Fest steht: Bisher heißt China noch nicht »Konfuzianische Republik«, und noch hat sich kein Politiker als Konfuzianer bezeichnet. Andererseits begrüßte z.B. die Nachrichtenagentur *Xinhua* 2005 die Feierlichkeiten zu Konfuzius' Geburtstag als bedeutendes Element der Kampagne von Präsident Hu Jintao für eine »harmonische Gesellschaft«. Manche gehen noch weiter: Kang Xiaoguang, einer der wichtigsten Fürsprecher des Konfuzianismus an der Akademie für Sozialwissenschaften, ist der Meinung, die KPCh solle diesen als offizielle Staatsideologie einführen. Er sagte am 2. Oktober gegenüber *Scotland on Sunday*, für das Überleben Chinas sei angesichts steigender Kriminalitätsraten, Arbeitslosigkeit, staatlicher Korruption, sozialer Polarisierung zwischen Arm und Reich und dem Fehlen von Sozialfürsorge eine neue moralische Basis nötig. »Die chinesische Gesellschaft ist heute in der schlechtesten Verfassung ihrer Geschichte – eine Mischung aus Kapitalismus und Marxismus-Leninismus. Das Resultat davon ist, dass die Menschen nicht mehr wissen, wie sie miteinander, mit ihren Geschäftspartnern oder mit ihren Freunden und Familien umgehen sollen. Wir haben keinen Maßstab, was ein glückliches Leben ausmacht. Konfuzius bietet traditionelle Werte, die helfen können, unsere moralischen und sozialen Normen wieder aufzurichten« (Kang, zit.n. Chan 2005).

Möglicherweise besteht zu dieser Position in der KPCh kein Konsens. Aber sie konvergiert mit dem in anderen ostasiatischen Ländern oft gelobten »kulturellen Konservatismus« (Lee 2001, 13). Dieser aber wurde bereits in den 1970er Jahren z.B. von Guy S. Alitto ganz generell als Bestandteil »einer weltweiten konservativen Reaktion« (Alitto 1979) im globalen Modernisierungsprozess ausgemacht. In diesem Sinne geht auch konfuzianischer Konservatismus konform mit anderen

(z.B. christlichen oder islamischen) Wertkonservatismen sowie postkolonialen nationalistischen oder kulturalistischen Identitätskonstrukten. Diese gewannen im Zuge des ideologischen Roll-back seit Mitte der 1970er Jahre sowie der Abgrenzung gegen die »westliche« universalistische Moderne (von der gegenwärtig nur die kapitalistische vital ist) generell an Bedeutung. In Ostasien könnte dieser Konservatismus auch als Fundament eines ökonomischen oder politischen ostasiatischen Staatenverbunds dienen. Dabei bleibt fraglich, ob für die Tigerstaaten die chinesische Hegemonie akzeptabler wäre als eine durch den Imperialismus diskreditierte japanische. Dies alles zeigt einmal mehr, dass es in dieser Debatte über traditionelle Werte um alles andere geht als um Konfuzianismus.

Auf dem Weg ins Reich der Harmonie?

Aber gibt es einen »eigentlichen« Konfuzianismus, der als Messlatte für eine illegitime Indienstnahme taugen könnte? Das Problem beginnt schon beim Begriff, denn es handelt sich dabei um eine koloniale Projektion, die auf den Jesuiten Matteo Ricci zurückgeht. Dieser westliche Import-Begriff für das, was in China als »sanfte« oder »weiche« Lehre (*rujia*) bekannt war, setzte sich in China erst im 20. Jahrhundert durch. Darüber hinaus wird der Konfuzianismus-Diskurs auch aus Richtungen vorangetrieben, die dem chinesischen System eher kritisch gegenüber stehen. Nach Heiner Roetz etwa ist der Erfolg dieser Gesellschaftslehre auf ein »relativ moderates und flexibles Auftreten bei gleichzeitiger Unbeugsamkeit in den Grundsätzen« zurückzuführen. Er verfüge »über das ausgeglichene Programm einer stabilen sozialen Integration« (1995, 44f), und »in seiner genuinen Form« stehe er den Menschenrechten »weit näher als das Regime, das sie fortwährend missachtet«. Nicht die Tradition sei das Problem, sondern »die Weigerung, sie auf der Höhe der Zeit zu rezipieren« (1998).

Ein Problem dabei ist, dass es die »genuine Form« nicht gibt. Bereits die Syntheseleistungen von Dong Zhongshu und die Kontroverse um die Alt- und Neutext-Schule in der Han-Dynastie vor über 2000 Jahren gehen weit über die Worte des »Meisters Kong« hinaus, die bereits ihrerseits nicht direkt überliefert wurden. Ein weiteres Problem ist der schwarze Schimmel der »flexiblen Unbeugsamkeit«, die jedes Hintertürchen offen lässt. Noch schwerer wiegt, dass zu den »Grundsätzen« neben der Vorstellung der Gleichheit aller Menschen in ihrer Kultivierbarkeit durch Bildung und Erziehung auch die fünf hierarchischen Beziehungen zählen. Das humanistische Ideal und die persuasive Sozialrhetorik einer »Klasse von ›Sophisten«« (Needham 1993, 160), welche das mit Kreuzbögen ausgerüstete Volk in die Gefolgschaft besonders »tugendhafter« unbepanzerter Kriegsherrn brachte⁵, lässt sich aus der Transformation des protofeudalistischen China in das vornehmlich durch die bildungsaristokratischen Landbesitzer

5 Needham verweist dabei auf die Bedeutung des technologisch-militärischen Niveaus der herrschenden Klasse im Vergleich zu dem ihrer Bevölkerung. Die gut gerüstete Feudalmacht in Europa wurde u.a. durch das Schießpulver gebrochen; im alten China war die Defensivbewaffnung der herrschenden im Verhältnis zur Offensivbewaffnung (Bogen) der subalternen Klasse schwach ausgebildet.

beherrschte bürokratische Kaiserreich erklären. Es hatte aber – wenn überhaupt zu einem über Strafrecht hinausgehenden Rechtsverständnis – auch dazu geführt, dass sich Menschen in jeder sozialen Beziehung stets als Ungleiche begegnen. Anders ist der Grundsatz der paternalistischen Beziehungen nicht zu interpretieren, gleich auf welche Seite oder Höhe der Zeit man sich stellt.

An diesen fünf Beziehungen lässt sich auch die selektive Wiederverwertung der Tradition festmachen. Die eingeforderte Unterordnung unter den Herrscher ist es gerade, die den Konfuzianismus für autoritäre Staaten so attraktiv macht. Die Loyalität des Angestellten gegenüber dem Vorgesetzten wird bei Karriereplanung und Unternehmenswechsel schon leichter außer Kraft gesetzt. Dies ist nämlich nicht (bzw. nicht mehr) strafbar. Und was die Unterordnung der Frau unter den Mann betrifft, wird sie zwar von den Wertkonservativen aller Länder gefordert, aber in nicht-islamischen Republiken offiziell kaum als politisches Ziel angestrebt. Die Dekonstruktion solcher typischen Merkmale lässt sich an jedem einzelnen vermeintlich charakteristischen Etikett durchführen, von der Harmonie und dem Konsens bis zu Milde, Fleiß und Rechtschaffenheit (vgl. Van Ess 2003, 116ff).

Die »identifikationsstiftende Wirkkraft eines vagen traditionellen Sentiments, das von vielen Chinesen unbestimmt als »konfuzianisch« empfunden wird« (112), ist politisch-ideologisch freilich nicht hoch genug anzusiedeln. Diese Wirkkraft geht über den im Westen gängigen Multikulturalismus hinaus, »jene Einstellung, die von einer Art leerem globalen Standpunkt aus jede Lokalkultur so behandelt wie ein guter Kolonialherr seine Kolonisierten – als »Eingeborene«, deren Sitten genau zu studieren und zu »respektieren« sind« – und welche die »ideale Ideologie« eines globalisierten Kapitalismus ist, in der »die kolonisierende Macht [...] kein Nationalstaat mehr [ist], sondern das globale Unternehmen selbst« (Žižek 2001, 298). Die Frage, ob der Konfuzianismus eine Legitimationsideologie des chinesischen Staates ist, ist dabei sowohl mit Ja als auch mit Nein zu beantworten. Aufgrund seiner – übrigens bereits in der Tradition präsenten – Widersprüchlichkeit sowie aufgrund seiner körperlichen und inhaltlichen Entkernung kann dieser sowohl für die Legitimation als auch für die Delegitimierung benutzt werden. Auch seine Funktionen sind vielfältiger, als dass nur von einer Rechtfertigungsideologie des Staates im engeren Sinne gesprochen werden könnte.

Mit dem Label Konfuzianismus lassen sich Wertkonservatismus, Kulturchauvinismus, soziale Harmonie und Autoritarismus suggerieren. Es lassen sich nationale und – analog etwa zur Konstruktion Europas über »Christentum, Aufklärung und Humanismus« (so der bayerische Innenminister Günther Beckstein) – regionale Sentiments zur Grundlegung einer ostasiatischen Wirtschaftszone unter traditioneller chinesischer Hegemonie streuen. Und es lassen sich – zumal im pazifischen Raum nicht jede Schutzmacht damit einverstanden sein dürfte – darüber auch vermeintliche Universalismen orientalischer Prägung zur Durchsetzung globaler Interessen lancieren. Ob es bei der jüngsten globalen PR- und Struktur-Offensive »Chinesische Brücke« nur um Sprachenlernen und Kulturaustausch geht, bei dem freie Forschung und Lehre gesichert sind; ob es um reine Propaganda geht, wie andere meinen; oder ob es darum geht, dem kulturellen Unilateralismus endlich wieder etwas anderes

entgegenzusetzen und sich noch in die altvertraute Welt einer verlorenen bipolaren Weltordnung zurücksehnen zu können – das ist letztlich nicht entscheidend. Schließlich geht es beim Kulturaustausch auch in umgekehrter Richtung nie nur um Kulturaustausch, sondern auch um PR (d.h. die feine Form der Propaganda); die Freiheit der Forschung und Lehre hat in allen nationalen Systemen mehr oder weniger schmerzvoll dort Grenzen, wo sie dieses in ihren Grundfesten in Frage stellt; und die Suche nach einer neuen bipolaren Weltordnung, die den Unilateralismus relativieren könnte, kann sich ersparen, wer nicht bei Nationen, sondern beim Widerspruch der Pole Arbeit und Kapital beginnt, der zweifelsohne unilateral ist.

Entscheidender ist etwas anderes. Die Französische Revolution, der Liberalismus und die Trinität von »Leben, Freiheit und Besitz« (Locke) als neuartiger formaler Verkehrsform boten eine universalistische Befreiungsperspektive aus feudaler Knechtschaft – und selbst die USA verkörperten einst genau diese sogar im Hinblick auf die Befreiung vom Kolonialismus. Der Liberalismus brachte aber zugleich Tod, imperiale Unfreiheit und materielle Enteignung. Die Oktoberrevolution und der Marxismus bezogen ihre Anziehungskraft außerhalb Europas einst ebenfalls daraus, dass sie einen Ausweg aus kolonialer und sozialer Unterordnung aufzeigten. Dort, wo man den Marxismus nominell als Staatsideologie einsetzte, wurde dieser Kredit weitgehend verspielt. In den globalen partikularistischen Befreiungsszenarien von lokalen, fragmentierten Aufständen bis zu intro- wie extrovertierten religiösen Fundamentalismen gibt es angesichts der inhaltlichen Entleerung und der geschwundenen Überzeugungskraft beider Konzepte momentan keine universalistische Befreiungsperspektive. Letzteres ist auch von keinem Partikularstaat gewollt. Der Konfuzianismus, was immer sich dahinter verstecken mag, hat von vornherein weder eine Befreiungs- noch eine Gleichheitsperspektive. Als Placebo für das Bewusstsein und Dasein der Freiheit wird eine Harmonielehre hierarchischer Beziehungen langfristig selbst dann nicht dienen können, wenn man diese als dritte leere Hülse in die Goldene Mitte zwischen dem Liberalismus des 19. und dem Marxismus des 20. Jahrhunderts einrückt.

Literatur

- Alitto, Guy S., *The Last Confucian: Liang Shuming and the Chinese Dilemma of Modernity*, Berkeley 1979
- De Bary, William Theodore, u. Richard Lufrano (Hg.), *Sources of Chinese Tradition*, Bd. 2, 2. Aufl., New York 2000
- Deppe, Frank, *Politisches Denken im 20. Jahrhundert*, Hamburg 1999
- Dirlik, Arif, »Confucius in the Borderlands: Global Capitalism and the Reinvention of Confucianism«, in: *boundary 2*, 24. Jg., 1995, H. 3, 229-73
- Gu Mu, »Keynote speech, 2540th Anniversary of Confucius's Birthday, Beijing, October 1989«, in: De Bary/Lufrano 2000, 581-83
- Gu Xuewu, *Konfuzius zur Einführung*, Hamburg 1999
- Heberer, Thomas, »Chinesischer Sozialismus = Chinesischer Konfuzianismus? Der Widerstreit zwischen Tradition und Moderne«, in: U. Menzel (Hg.), *Nachdenken über China*, Frankfurt/M 1990, 126-40

- Chan, John, »Große Feierlichkeiten für Konfuzius: Peking greift alte imperialistische Ideologie auf«, World Socialist Web Site, www.wsws.org/de/2005/dez2005/
- Kleine-Brockhoff, Moritz, »Regierung befiehlt Toleranz. Singapur – Ein Erfolgsbeispiel für das Reich der Mitte?«, in: *Das Parlament*, 56. Jg., Nr. 30/31, 24.7.2006
- Lee Ming-huei, *Der Konfuzianismus im modernen China*, Leipzig 2001
- Lee, Eun-Jeung, *Konfuzianismus und Kapitalismus*, Münster 1997
- dies., »»Asien« und seine »asiatischen Werte«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zu *Das Parlament*, 53. Jg., Nr. 35/36, 25.8.2003, 3-6
- Li Zehou, »A Reevaluation of Confucius«, in: *Zhongguo shehui kexue* (Sozialwissenschaften in China), 1. Jg., 1980, H. 2
- dies., »Modernization and the Confucian World« (1999), www.coloradocollege.edu/Academics/Anniversary/Transcripts/
- Liu Junning, »Die Tendenz des konfuzianischen Liberalismus« und »Der Liberalismus und die konfuzianische Gesellschaft«, in: *Gonghe, minzhu, xianzheng – ziyoushuyi sixiang yanjiu* (Republik, Demokratie, Verfassungsherrschaft – Studien zum liberalistischen Denken), Shanghai 1998
- Lu Dongwei, »Analysis of the Weber's Thesis and Real Meaning«, in: *Monographic Study: Sociology of Knowledge*, Bd. 15, Nr. 5, Chinese Academy of Social Sciences, Peking 2000
- Maas, Harald, »Muss Europa vor dem gelben Riesen zittern? Chinas wirtschaftlicher und technologischer Aufstieg wird im Westen maßlos überschätzt«, in: *Tagesspiegel*, 21.5.2006
- Needham, Joseph, *Wissenschaftlicher Universalismus. Über Bedeutung und Besonderheit der chinesischen Wissenschaften*, Frankfurt/M 1993
- Roetz, Heiner, *Konfuzius*, München 1995
- dies., »China und die Menschenrechte. Die Bedeutung der Tradition und die Stellung des Konfuzianismus«, in: G. Paul u. C.Y. Robertson-Wensauer (Hg.), *Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage*, 2. Aufl., Karlsruhe 1998, 37-56
- Van Ess, Hans, *Der Konfuzianismus*, München 2003
- Yü Ying-shih, »Dangdai ruxue de kunjing« (Die Bedrängnis des modernen Konfuzianismus), in: dies., *Zhongguo wenhua yu xiandai bianqian* (Chinesische Kultur und die Wandlung der Moderne), Taipei 1992, 95-102
- Žižek, Slavoj, *Die Tücke des Subjekts*, Frankfurt/M 2001

Chenshan Tian

Chinesische Dialektik: die historische Entwicklung des Marxismus in China

Marxismus ist der bedeutendste Strang westlichen Denkens in der Moderne, der einen philosophischen Dialog mit der chinesischen Tradition eröffnen konnte. Eine chinesische Version des Marxismus entstand, die im Denken Mao Tse-tungs ihren Höhepunkt erreichte. ›Dialektik‹ oder *bianzhengfa* ist das herausragende Vermittlungsglied jenes Dialogs. Gleichwohl unterscheidet sich marxistische Dialektik im Westen von ihrem chinesischen Pendant. Wie viele seiner Zeitgenossen hat auch Mao den Marxismus nicht nur vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung Chinas gelesen, sondern diese auch in ihn hineingelesen. Für ihn stellte sich die Sinisierung des Marxismus als das Problem einer marxistischen Revolution im agrarischen China dar (Dirlik 1997, 602).

Unterschiede zwischen westlichem Marxismus und der unabhängig davon in der chinesischen Tradition entstandenen philosophischen Strömung namens *tongbian* (Kontinuität durch Veränderung) sind auf verschiedene kosmologische Grundannahmen zurückzuführen. Die Philosophie des *tongbian* hat äußerst folgenreich im Diskurs des ›dialektischen Materialismus‹, oder *bianzheng weiwu zhuyi*, gewirkt und es erleichtert, marxistische ›Dialektik‹ in eine Weltsicht hineinzulesen, die zwischen allen Dingen und Ereignissen Kontinuität sieht und weder Transzendenz noch Hierarchie kennt; eine Weltsicht, in der Veränderung durch die komplementären und widersprüchlichen Interaktionen der zwei polaren Elemente *yin* und *yang* hervorgebracht wird. Diese Denkform hat der dichotomischen Herangehensweise und ähnlichen Problemen, die im westlichen Marxismus anzutreffen sind, vorgebeugt.

Die Art korrelativ-polarer Metaphysik in der ›Dialektik‹ (*bianzhengfa*) des chinesischen Marxismus kann bis in den antiken philosophischen Text *Yijing* (Buch der Wandlungen) zurückverfolgt werden, in dem die Bedeutung von *bianzheng*¹ funktional analog durch die Begriffe *dao* (Weg), *yi* (Veränderung), *yin-yang* und besonders *biantong* (Veränderung mit Kontinuität) eingefangen wird. Dem *Xici Zhuan*, einem dem Text beigefügten Kommentar, zufolge »kann eine geschlossene Tür *kun* genannt werden, und das Öffnen der Tür *qian*. Das dem Schließen folgende Öffnen kann als *bian* (Veränderung) verstanden werden; der Wechsel von einem

1 Wie alle chinesischen Begriffe besteht *bianzheng* aus zwei Zeichen: *bian* und *zheng*, die in analogen Beziehungen zu anderen Zeichen stehen, einschließlich der Assoziation zu ›Bild‹ oder ›bedeutungsvoller Bildgruppe‹. *Bian* (argumentieren) kann verschiedene Bedeutungen annehmen: a) argumentieren, streiten, diskutieren, verteidigen und *qiaoyan* (gehaltvoll reden); b) mit angemessenen und direkten Worten Menschen zum Zuhören bringen; c) Rede, die auf Regeln, Korrekturen oder Anweisungen zielt; und d) gegenüber dem Anführer einer Gruppe (*renjun*) überzeugende Bemerkungen machen, die ihn zu angemessenem und vorbildhaftem Handeln anhalten. *Zheng* kann heißen, die Aufmerksamkeit anderer auf korrekte Rede oder Regeln, Korrekturen oder Anweisungen zu lenken; es kann auch *jian* anzeigen, »gegenüber dem Anführer einer Gruppe (*renjun*) Bemerkungen machen, die ihn zu angemessenem und vorbildhaftem Handeln anhalten« (*Shuo Wen Da Zidian*, Bd. 7, 19 u. 25).

dieser Zustände in den anderen kann *tong* (der beständige Lauf) genannt werden.« (*Yijing, Xici Zhuan* I, Kap. 11) Mehr noch: »Veränderung(en) zu verstehen ist [unsere] Aufgabe«; »ändern und formgeben ist, was wir *bian* (Veränderung) nennen«; und »dies zu verfolgen und auszuführen, heißt *tong*.« Der Bedeutungswechsel von *tong* zwischen »beständiger Lauf« und »es zu verfolgen und aufzuführen« zeigt an, dass *tong* ein Bedeutungsspektrum umfasst, das die Veränderungen der Dinge ebenso beinhaltet wie das Denken und Handeln der Menschen.

Dialektik wurde zu einer Weise korrelativen Begreifens innerhalb des chinesischen Kontexts. Sie sensibilisiert für die identifizierbaren und dennoch wechselseitig voneinander abhängigen, sich durchdringenden und ineinander überführbaren Gegensatzpaare, wie sie in *yin* und *yang* symbolisiert sind, bzw. – in Maos Vokabular – in *mao* (Speer) und *dun* (Schild).² Das dynamische Zusammenspiel beider in ihrem komplementären Gegensatz macht die Unausweichlichkeit der Veränderung zugleich zu einer internen und externen Eigenschaft. Dieses System tendiert zur Empirie und bildet eine kohärente Art philosophischen Denkens, die eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Phänomene und Erfahrungen umfasst.

In *tongbian* wird der Begriff ›Einheit‹ sehr weit gefasst und bezeichnet jede Art von Beziehung, in der das Entstehen oder Vergehen eines Dings oder Ereignisses Resultat des Entstehens oder Vergehens seines Gegenteils ist. ›Dialektische Einheit‹ kann daher als Koexistenz oder als ein Auseinander-Entstehen bzw. als Komplementarität wechselseitig voneinander abhängiger Dinge verstanden werden. Wo immer eine Beziehung zwischen zwei Dingen oder Ereignissen hergestellt werden könnte, besitzt diese Beziehung bereits den Sinn einer ›Einheit‹; auch der Beziehung des Widerspruchs kann so die Bedeutung einer ›Einheit‹ zugeschrieben werden. In der Tat haben die Chinesen ›marxistische Dialektik‹ wegen ihrer Ähnlichkeit mit der antiken Doktrin von *yin* und *yang* anerkannt. Für viele einflussreiche chinesische Intellektuelle bedeutet ›Dialektik‹ eher eine Denkweise als die ganze Breite in der Welt vorkommender Veränderungen und Wechselwirkungen.

Chinas Niederlage im Chinesisch-Japanischen Krieg 1895 und der Fehlschlag von Kang Yuweis Reformversuch 1898 können als der unmittelbare historische Hintergrund für das wachsende Interesse chinesischer Intellektueller am marxistischen Sozialismus vor 1917 gelten. Dem Strom chinesischer Studenten nach Japan entsprach die Fülle chinesischer Übersetzungen japanischer Bücher. Die Begriffe Dialektik und Materialismus wurden zu einer Zeit nach China eingeführt, als die Chinesen sich nachdrücklich *xixue* – »westlichem Lernen« – zuwandten. Marxismus wurde als Teil von *xixue* und,

2 Die Etymologie von *maodun* kann bis auf das Werk Hanfeizis (-233 v. u. Z.) zurückverfolgt werden, der Folgendes erzählt: Es lebte einst im Staate Chu ein Mann, der vom Verkauf von Speeren (*mao*) und Schilden (*dun*) lebte. Abwechselnd pries er den Speer und den Schild an. Den Schild hochhaltend prahlte er, kein Speer könne ihn beschädigen, so massiv und hart sei er. Darauf nach dem Speer greifend, prahlte er weiter, der sei so scharf und mächtig, dass kein Schild ihm widerstehen könne. Als allerdings einer aus der Menge fragte: »Was nun, wenn Du deinen Speer auf deinen Schild stößt?«, da wusste er nicht zu antworten. In späterer Zeit wurden *mao* und *dun* zu einem Kompositum zusammengezogen, um einen gegenseitigen Widerspruch zwischen Ereignissen und Dingen anzuzeigen. Der Begriff *maodun* lässt sich von *yinyang* dadurch unterscheiden, dass *maodun* einen echten Widerspruch einschließt. Beide sind aber darin gleich, dass sie korrelativem und nicht dualistischem Denken entstammen.

wichtiger noch, als Sozialismus eingeführt; auch der Anarchismus wurde als Sozialismus eingeführt und vermischte sich mit dem Marxismus. Die Zeit zwischen November 1905 und Juni 1906 kann als Höhepunkt des Interesses chinesischer Intellektueller am marxistischen Sozialismus angesehen werden (Bernal 1976, 107). Man hielt es für schneller und effizienter, aus dem Japanischen zu übersetzen. »Die japanische Sprache ist unserer ähnlich«, schreibt Kang Yuwei; sie »besteht zu 80 Prozent aus Chinesisch. Daher erfordert die Übersetzung [...] weniger Aufwand und Zeit.« (Ma Zuyi 1984, 249) *Xin eryl* nahm um die Jahrhundertwende als eines der ersten Wörterbücher westliche philosophische und soziologische Begriffe auf, darunter auch ›Dialektik‹ und ›Materialismus‹. Es zeugt davon, dass die Übersetzung westlicher Terminologie in Kanji, einer mit dem Chinesischen verwandten japanischen Schrift, auch in den Texten chinesischer Intellektueller vorherrschte und einen wesentlichen Bestandteil ihres Vokabulars ausmachte. Um Begriffe wie ›Sein‹, ›Nicht-Sein‹, ›Entstehen‹, ›mannigfaltige Welt der Veränderung‹, ›Gesetz‹ bzw. ›Regel‹, ›Form‹ etc. zu übersetzen, griff Liang Qichao auf chinesische Wörter wie ›you‹, ›wu‹, ›cheng‹, ›wanfa‹, ›ze‹, ›xiang‹ etc. zurück und damit auf eine andere Weltsicht und Denkweise, die mit den westlichen Begriffen eine Verbindung einging, so dass eine neu artikuliert Struktur entstand. Um zum Beispiel Parmenides' Theorie einzuführen, spricht Liang aus, dass die Wirklichkeit (*shi zai*) der zehntausend Dinge (*wanfa*) »Kontinuität und So-Sein« (*yiru*) einschließt.

Ma Zuyi (1984, 277) nimmt an, dass Zhao Bizhens Übersetzung von Fukui Junzos *Modern Socialism* von 1903 die erste umfassende Einführung des Marxismus in China war. Dieses Buch enthält auch Ausführungen über *Das Elend der Philosophie*, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, *Zur Kritik der politischen Ökonomie* und *Das Kapital*, das als »großes Werk der Generation« (*yi-dai zhi da zhu shu*) gepriesen wird (277). Das Jahr 1904 brachte eine Fülle von Informationen über Sozialismus und Marx. Um 1918 hatten marxistische Begriffe wie ›historischer Materialismus‹, ›Reihe von Umwälzungen‹ und ›Klassenkampf‹ Eingang ins chinesische Vokabular gefunden. Zwar erschienen zwischen 1908 und 1918 nur wenige einführende Artikel über den Marxismus oder Übersetzungen marxischer Schriften, jedoch wurde 1912 Engels' *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* in den Ausgaben 1 bis 7 von *Xin shijie* (Neue Welt) veröffentlicht. Die chinesischen Intellektuellen erfuhren mehr über Marx und Engels aus den frühen, von einem marxistischen Standpunkt aus geführten Auseinandersetzungen über das Wesen der chinesischen Gesellschaft. Marx' Name tauchte wiederholt in den Debatten von Intellektuellen auf, darunter die frühesten und berühmtesten zwischen Liang Qichao und Tongmenghui 1904 und zwischen Liu Shifu, Sun Yat-sen und Jiang Kanghu 1913 und 1914.

Die Sinisierung des dialektischen Materialismus

Ernsthafte Auseinandersetzungen mit dem Marxismus und seine Verbreitung begannen in China nach der Russischen Revolution 1917 und setzten sich bis in die späten 1930er Jahre fort. Eine Debatte über historischen Materialismus entstand nach der Veröffentlichung einer Sonderausgabe von *Xin qingnian* im Jahre 1919 und wurde durch Übersetzungen aus dem Russischen vorangetrieben. 1923 und 1924 hielt

Qu Qiubai Vorlesungen in Shanghai, in denen er sein Verständnis marxistischer Dialektik vornehmlich in Form von Präsentationspapieren darstellte. Um die philosophischen Themen der westlichen Tradition seinen Studenten verständlich zu machen, griff er auf klassische chinesische Ausdrücke zurück. Im ›dialektischen Materialismus‹ fand Qu ein Denken, das *tongbian* ähnlich war. In den Augen westlicher Wissenschaftler mag seine Rezeption oberflächlich sein. Doch eben daran wird verständlich, wieso der Marxismus im Gegensatz zu anderen westlichen Denkschulen einen Dialog erlaubt hat, ohne mit dem chinesischen Denken zusammenzuprallen.

Qu war bereits als Zwanzigjähriger sehr gebildet: sorgfältig hatte er die klassischen Philosophen studiert, besonders Laotse und Dschuang Dsi (Zheng 1981). Er beherrschte sogar das *Shuo wen*, ein klassisches Lexikon. Die von Qu zur Übersetzung von ›dialektischer Materialismus‹ benutzten Zeichen sind *hubian fa weiwu lun*, die Wechselwirkungs-Sichtweise von Materialismus: *gulu* (Gesetz), *donglu* (Bewegungsgesetz), *xiansuo* (Hinweis), *yuanyin* (Kausalität), *lianxi* (Verbindung), *guanxi* (Beziehung), *luji* (Logik), *yingxiang* (Einfluss oder Wirkung) etc. können alle als verschiedene Formen oder Ausdrücke von *dao* verstanden werden; *xitong* oder *tixi* (Systeme) sind Beispiele für Kontinuität. Mehr noch, *shuliang zhi liang de hubian* (der wechselseitige Übergang zwischen Quantität und Qualität), *fouding zhi fouding* (Negation der Negation) und *zhengti-fanti-heti* (These-Antithese-Synthese) sind besser zu verstehen als verschiedene Charakterisierungen des Analogons der sich öffnenden und schließenden Tür: ›Quantität‹ als Kontinuität zwischen Öffnen und Schließen, ›Qualität‹ als entweder Öffnen oder Schließen und ›dialektisch‹ oder ›wechselseitiger Übergang‹ in Qus Begriffen als Abfolge oder Wechsel des Öffnens und Schließens. Für das Öffnen ist das Schließen eine ›Negation‹ und umgekehrt; und Öffnen und Schließen ergeben im gegenseitigen Bezug eine ›Negation der Negation‹. Qus moderner Diskurs über dialektischen Materialismus spiegelt den traditionellen des *Yijing* wider, der alle Veränderungen in der Begrifflichkeit von *yin* und *yang* erklärt hatte. Er stellt den dialektischen Materialismus als eine Weltsicht dar, in der jedes Ereignis in der Welt und der Gesellschaft inmitten von Fließen, Veränderung, Wechsel und Auseinander-Entstehen stattfindet (Zheng 1981, 354). Nichts ist statisch oder unveränderlich in einer vorbestimmten Form. Alles ist werdender Prozess (450). Alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens verändern sich ständig (453).

In Qus Fußstapfen wurde Ai Siqi in den 1930er Jahren zum führenden Popularisierer marxistischer Dialektik. Wie Guo Zhanbo festhält, »gab es 1927 einen Boom der Gesellschaftswissenschaften, in dem auch dialektischer Materialismus seine Bekanntheit erlangte« (1965, 384) und zum »kennzeichnenden Merkmal modernen chinesischen Denkens im frühen 20. Jahrhundert« wurde (196). In dieser Zeit wurde dialektischer Materialismus populär als ›neue Philosophie‹ bezeichnet, da er für den Beginn eines neuen Kapitels der chinesischen Philosophie einstand. Mit He Lin kann man sagen, er war »en vogue für ungefähr zehn Jahre von 1927 bis 1937 [...] fast alle vielversprechenden jungen Intellektuellen waren von diesem Trend des Denkens beeinflusst« (1947, 72).

Der Historiker Guo Moruo (1892-1978) erwies sich in *Die geschichtlichen und kulturellen Umstände des Klassikers Zhouyi* als Pionier der Suche nach Dialektik in der klassischen chinesischen Philosophie. Ebenso waren Zhang Jitong, Li Shicen, Chen

Baoyin und Guo Zhanbo bekannt dafür, die philosophischen Klassiker aus der Zeit vor der Qin-Dynastie (also ca. 2100-221 v. u. Z.) auf *bianzhengfa* (Dialektik) hin zu erforschen. Das *Yijing*, Laotse und Dschuang Dsi galten als beispielhafte Arbeiten in *bianzhengfa* (Guo 1965, 265). Unter denen, die sich in der Kampagne zur Vermittlung des dialektischen Materialismus in China engagierten, waren diejenigen, die zuvor zum Aufstieg des Hegelstudiums beigetragen hatten, dazu Li Da, Wu Liangping, Shen Zhiyuan, Zhang Ruxin, Chen Weishi und natürlich Ai Siqi. Sie alle waren bemüht, dialektische Begriffe vom klassischen chinesischen Denken her zu erschließen. So bedeutet für Shen »die Einheit von Gegensätzen wechselseitiges Durchdringen (*huxiang guanchuan*) und auch Kampf gegeneinander und ist die Quelle von Selbstbewegung und Selbstentwicklung«. Für ihn rührt die innere Triebkraft von inneren Widersprüchen her und hat einen inneren Entwicklungsimpuls zur Folge; und das Gesetz des beidseitigen Wechsels zwischen qualitativen und quantitativen Veränderungen legt den Entwicklungsprozess offen, einschließlich seines plötzlichen Umschlagens in einen revolutionären Prozess, das die Aufhebung von Kontinuität (*lianxu: jian bian*) und eine untrennbare Wechselbeziehung zwischen Qualität und Quantität nahelegt.

Für Ai ist Philosophie kein akademisches Unterfangen, sondern in Kontinuität mit dem Leben selbst (1, 135). Popularisierung kann nicht auf Abstraktionen bauen, sondern muss konkret sein, mit klaren Bezügen zum wirklichen Leben (278-80). Häufig verwandelt er abstraktere Begriffe in spezifische Ausdrücke mit konkreten Bedeutungen, weil man einen Begriff nicht gebrauchen und gleichzeitig »die Dinge, die er repräsentiert (*ta shuo fanying de dongxi*)« ignorieren könne. Einen Übergang zwischen philosophischen Begriffen und den Gegebenheiten schafft er durch Bezüge auf aktuelle und historische Ereignisse, durch Beispiele und untermalende Bilder. Viele westliche Schlüsselbegriffe haben einen solchen Übersetzungsprozess durchlaufen und sind zu chinesischer Terminologie geworden. Diese Ausprägung des »dialektischen Materialismus« bekam ein ganz anderes Gesicht als das eines bloßen chinesischen Analogons.

Außer der Kenntnis des philosophischen Denkens der chinesischen Tradition fordert Ai ein genaues Bewusstsein der Erfahrungen und Lehren aus dem anti-japanischen Krieg (1981, 420). In seinen *Kommentaren über mehrere wichtige philosophische Trends seit dem anti-japanischen Krieg* (1981, Bd. 1, 563) wird noch deutlicher, dass es ein wichtiger Aspekt der Sinisierung marxistischer Philosophie und ihrer Anwendung in der Praxis ist, »Chinas eigene Philosophie zu studieren und die Elemente von »Materialismus und Dialektik« in unserer eigenen Tradition weiterzuentwickeln« (556). Das kann auf die Strömung des *tongbian* bezogen werden. In *Yenjiu tigang*, einer Studienskizze, die der chinesischen Übersetzung von Mark B. Mitins *Der dialektische Materialismus* beigelegt ist, weist Ai auf solche Elemente hin (1939/1981, 449): zum Beispiel die objektive (*keguan*) Welt wird als ein Sein angesehen, das aus sich selbst so seiend (*ziran*) und von sich selbst kommend (*benyuan*) ist; die Existenz der objektiven Welt und von Beziehungen und Veränderungen der Dinge zu verstehen, setzt kein Prinzip voraus, das im Sinne irgendeines Geistes, einer Seele oder geistgleichen Entität gedacht ist; die Grundeinstellung der Dialektik ist es, Dinge als veränderlich und ineinander übergehend zu verstehen (447). Was »Prinzipien« der »Dialektik« angeht, »gab [es] in China Laotse, dessen »*ziran*« (aus sich selbst so seiend) bedeutete *zhou xing er bu dai* (dass [dao] sich

endlos umwälzt), *dong er yu chu* (dass es sich bewegt und ohne Rest reproduziert)«; als dialektisch lasse sich auch begreifen, dass Kontinuität in Veränderungen im Lichte der Kontinuität der Gegensätze (paarbildenden Aspekte) in den Dingen« verstanden wird. »Wie Laotse sagt, ›*fan zhe dao zhi dong*‹ (zurückkehren ist, wie *dao* sich bewegt), ›*you wu xiang sheng, nan yi xiang cheng*‹ (nichts und etwas entstehen auseinander, Schwierigkeit und Leichtigkeit sind zu-einander-werdend)« (447).

Die Vollendung des dialektischen Materialismus bei Mao Tse-tung

Die Kampagne zur »Sinisierung des Marxismus« von 1938 führte dazu, dass sich Ais dialektischer Materialismus von Engels und der russischen marxistischen Literatur entfernte, und die »Berichtigungskampagne« von 1942 legitimierte eine Popularisierung des Marxismus in China. Die Sinisierung des Marxismus gewann vermutlich mit Mao an Energie, der betonte: »Marxismus muss in eine Verbindung mit der besonderen und eigentümlichen Situation Chinas gebracht werden und in besonderen nationalen Formen zum Erfolg geführt werden. Die große Macht des Marxismus-Leninismus liegt in der Kontinuität, die er zwischen den revolutionären Praxen verschiedener Länder herstellt. Als chinesische Kommunisten müssen [wir] lernen, die Theorien des Marxismus-Leninismus auf die besonderen Umstände in China anzuwenden [...]. Um den Marxismus zu spezifizieren, lasst ihn Eigenheiten annehmen, die unter allen Umständen notwendig und besonders chinesisch sind.« (1965, 449) »Das bedeutet, Marxismus im Einklang mit den chinesischen Eigentümlichkeiten zu gebrauchen.« Wir müssen die Doktrinen ersetzen durch Formen, die »den gewöhnlichen Leuten bekannt [sind] und chinesischen Stil und Charakter« besitzen (450).

Maos Fixierung auf Philosophie beginnt in den 1930er Jahren. Sie schließt eine unersättliche Lektüre ein, und zwar fast ausschließlich chinesischer Übersetzungen. Er liest unsystematisch in den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin, richtet die meiste Aufmerksamkeit aber auf die Schriften einer Anzahl sowjetischer und chinesischer Autoren wie Mitin, Schirokow, Li Da und Ai Siqi. Maos Sicht des dialektischen Materialismus dürfte mit Positivismus und Dualismus durchsetzt gewesen sein, da seine Kenntnisse sich hauptsächlich aus russischen Texten speisten. Nichtsdestotrotz identifiziert er viele Elemente des dialektischen Materialismus mit *tongbian* und ruft in seinen Lektüren klassische chinesische Ausdrücke auf.

Stärker noch als Qu Qiubai und Ai Siqi weist Mao chinesische Eigenheiten auf und ist vielleicht differenzierter mit chinesischer Geschichte und Philosophie vertraut. Er ist davon überzeugt, dass es eine Kontinuität zwischen dialektischem Materialismus und dem *tongbian* klassischer chinesischer Denker gibt. Das mag erklären, weshalb er nie vollständig akzeptiert, was ihm in der ausländischen Literatur begegnet. Zum Beispiel ist er sehr kritisch gegenüber Stalins Sichtweise. Stalin ist für ihn undialektisch-metaphysisch, ›*xing-er-shang-xue*‹³, da er nicht

3 *Xing-er-shang-xue* ist die chinesische Übersetzung von »Metaphysik«, obwohl es ursprünglich aus dem klassischen Satz »*xing er shang zhe wei zhi dao*« aus dem *Yijing* stammt. Der moderne chinesische Ausdruck kann »nicht-dialektisch« bedeuten oder nicht *tongbian*.

versteht, dass Kontinuität zwischen Gegensätzen existiert (Chen 1996, 865f). Mao ist darum bemüht, Kontinuität in Differenzen und Veränderungen zu suchen. Sein Diskurs entwickelt sich zu einer modernen Version der traditionellen Strömung des *tongbian*, aber mit marxistischen Begriffen. Der Entwicklungsgrad dieser neuen Phase des chinesischen Marxismus lässt sich daran ablesen, dass Mao nicht nur Anwalt, sondern auch Anwender seiner Theorien gewesen ist. Sein Denken durchdringt deutlich sein Handeln. Es gestaltet die chinesische Revolution und führt sie zum Erfolg. Es wird darüber hinaus zu einer zentralen Denkform für den allgemeinen theoretischen Rahmen des chinesischen Marxismus.

Maos Version des Marxismus ist mit korrelativem Denken durchzogen. Obwohl er keine Perspektive formuliert, die explizit Marx von den Marxisten, Leninisten und Stalinisten der zweiten und dritten Internationale wieder zurückgewinnt, scheint er doch an vielen Punkten nah an Marx zu sein. Zum Beispiel sind Marx und Mao beide keine Materialisten im Sinne von Engels' Kategorie, und beide haben eine ähnliche Auffassung von »inneren Beziehungen«. Nach Ollman ist Marx' Dialektik als eine Philosophie der inneren Beziehungen zu beurteilen, die keine absolute Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Natur zulässt, was wiederum Maos Auffassung entspricht.

Pang Xianzhi notiert in seinem Tagebuch am 23. Oktober 1959, Mao habe als Vorbereitung für eine seiner Inspektionen Hunderte von Büchern geordert, darunter *Das Kapital*, *Ausgewählte Werke von Marx und Engels*, *Lohn, Preis und Profit*, *Kritik des Gothaer Programms*, *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, *Anti-Dühring*, *Dialektik der Natur*, *Briefe von Marx und Engels*, *Ausgewählte Werke von Lenin*, Lenins *Von der Februarrevolution zur Oktoberrevolution*, *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*, *Staat und Revolution*, *Der »linke Radikalismus«*, *die Kinderkrankheit im Kommunismus*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, *Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland*, *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück*, *Was tun?*, *Was sind die »Volksfreunde«?*, *Stalins Anarchismus oder Sozialismus?*, *Grundlagen des Leninismus*, *Die Themen des Leninismus*, *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)*, ein sowjetisches *Textbuch der politischen Ökonomie*, Mitins *Dialektischer Materialismus und Historischer Materialismus* und Kawakami Hajimes *Eine Skizze der politischen Ökonomie*. Maos Bestellung beinhaltete auch einige Werke von Hegel, Feuerbach und anderen westlichen Autoren sowie mehr als zehn Titel von Laotse, Hsün-tse, Hanfeizi und Zhang Zai (Chen 1996, 18). Mao las viel Lenin und liebte seine Schriften. Nach eigener Aussage vom 21. April 1965: »Zuerst habe ich Lenin studiert, danach die Schriften von Marx und Engels. Lenin ist einfacher zu lesen.« (700) Die von Mao meistgelesenen Texte Lenins waren *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution*, *Der »linke Radikalismus«*, *die Kinderkrankheit im Kommunismus*, *Staat und Revolution*, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* und *Philosophische Hefte*. Mao studierte *Materialismus und Empirio-Kritizismus* in Yanan und betrachtete es als Klassiker der marxistischen Philosophie.

Bereits als junger Mann hatte Mao Enthusiasmus für westliches Denken entwickelt. Als 1919 John Dewey an der Pekinger Universität Vorlesungen hielt, war Mao nicht in der Stadt, verfolgte aber die Berichterstattung darüber. Eine Vorlesung mit dem Titel

Die drei Philosophen der Gegenwart im Jahre 1920 konnte er hören. Er war auch einer der Stenographen bei dem Symposium mit Dewey und Russell in Hunan. Zuvor, noch auf der Schule in Hunan von 1914 bis 1918, hatte er bereits Hegel gelesen. Bereits mit sechzehn kannte er die *Vier Bücher*, also *Das große Lernen (Da Xue)*, *Maß und Mitte (Zhongyong)*, *Die Analekten des Konfuzius (Lun Yu)* und *Menzius (Mengzi)*, sowie die *Fünf Klassiker*, also *Das Buch der Lieder (Shijing)*, *Das Buch der Geschichte (Shujing)*, *Das Buch der Wandlungen (Yijing)*, *Das Buch der Riten (Liji)* und *Die Frühlings- und Herbstannalen (Chunqiu)*. Mao liebte Konfuzius und hat nie seine Studien der klassischen chinesischen Philosophie, insbesondere des Konfuzianismus vor der Qin-Dynastie, des Daoismus und der Li-Lehre (*lixue*) aus der Song- und der Ming-Dynastie, ausgesetzt, selbst nicht unter dem Einfluss westlichen Denkens während der Neuen-Kultur-Periode der 1920er Jahre. Er besaß profunde Kenntnisse der ›Dialektik‹ von Konfuzius, Menzius, Laotse, Dschuang Dsi, Hsün-tse, Mo Di, Qu Yuan, Sima Qian, Zhu Xi, Zhang Zai und Wang Fuzhi und entwickelte schließlich seine frühe Stilart dialektischen Denkens (Li 1991, 234). Dabei versteht er marxistische Texte durch die Brille von *tongbian*, andererseits liest er Elemente des klassischen Denkens als dialektischen Materialismus (*weiwu bianzhengfa*).

Neben *bianzhengfa* (dialektische Methode), *duili tongyi* (die Einheit von Gegensätzen) und *xiangfan xiangcheng* (widersprüchlich, aber komplementär) kannte Mao andere Ausdrücke für ›Dialektik‹, nämlich *mao-dun* (Speer-Schild), *yifenweier* (eines teilt sich in zwei) und *liangdian lun* (die Zwei-Punkte-Theorie). Alle diese Ausdrücke stammen aus dem *Yijing*. *Yifenweier* findet sich auch bei Shao Yong und Zhu Xi, Philosophen der Song-Dynastie aus der Schule der Li-Lehre. In Maos Verständnis marxistischer Dialektik bedeutet ›die Einheit von Gegensätzen‹ (*duili tongyi*) die Kontinuität zwischen zwei in Paarform auftretenden Aspekten, und das Ineinander-Übergehen von Quantität und Qualität sowie die Negation der Negation sind eher Muster von Kontinuität oder Korrelation zweier Entgegengesetzter. Mao kennt zwei bemerkenswerte Analogie des Begriffs der Negation (*fouding*), das eine aus dem *Yijing*, das andere aus *Nangong ciji*. Mao schrieb »vollständige Negation, *qian* und *kun* würden fast mit ihrem Tun aufhören« auf den Rand neben den Absatz, in dem Schirokow und Aizenberg Lenin zitieren: »Wenn ich Getreide male oder Insekten töte, vollführe ich die erste Handlung der Negation, doch die zweite Handlung wird unmöglich.«⁴ Maos Bemerkung zitiert das *Yijing*. Im zweiten Fall schrieb Mao: »Mit dem Körper der Schwester ist der Bruder und mit dem Körper des Bruders die Schwester« (Chen 1996, 812) neben den Absatz, in dem Schirokow und Aizenberg sagen: »dialektische Negation ist die dynamische Ursache von Entwicklungsprozessen. Einerseits vollbringt sie die Aufhebung, das heißt überwindet das Alte. Andererseits bewahrt sie das Alte als untergeordnete dynamische Ursache.«

Für Mao bedeutet Negation nicht Trennung, keinen klaren Schnitt, sondern dass ein Vorhergehendes ein anderes Nachfolgendes hervorbringt und in Kontinuität damit steht, und vice versa (1988, 121). Wie er mehrfach wiederholt, war der Kern

4 Dies ist eine Übersetzung aus dem Chinesischen. Die Formulierung mag chinesischer klingen als im Original und näher an dem, was Mao darunter verstand (vgl. Mao 1988, 123).

von *bianzhengfa* (Dialektik) *duili tongyi* (Kontinuität von Gegensätzen). Die drei Gesetze wie in den alten Texten nebeneinander zu stellen, ist nicht korrekt; diese Kategorien (es gibt vielleicht mehr als ein Duzend davon) sollten alle als Kontinuität von Widersprüchen oder Gegensätzen in den Dingen erklärt werden (505-7).

Die Form, die der Marxismus in seiner Begegnung mit China annahm, war nicht mehr die von der Tradition der marxischen Dialektik in Europa geerbte. Sie stellt sich als dritte Alternative dar, eine Version, die in der Tat *tongbian*, eine traditionelle chinesische Denkweise, in einer Sprache ausdrückt, die auf der Terminologie des westlichen Marxismus beruht, aber in seiner chinesischen Übersetzung. In diesem Sinne können wir von einer modernisierten Form traditionellen Denkens sprechen, mit Namen *bianzhengfa* (»Dialektik«). Jedoch scheint gegenwärtig eine vollständig veränderte Situation zu herrschen, bestimmt durch die staatlichen Bemühungen um ökonomische Reformen. Anscheinend gibt es einen vollständigen Bruch mit dem Trend von *tongbian* oder »Dialektik«, die ersetzt wird durch westlichen Neoliberalismus sowohl in der offiziellen Ideologie als auch unter den Intellektuellen. Kann *tongbian* immer noch zum Ausdruck bringen, was in China geschieht? Wenn wir genau achtgeben, mögen wir entdecken, dass Neoliberalismus und liberale Demokratie eine dritte Form in China angenommen haben, die traditionelles *tongbian* in einer Sprache ausdrückt, die liberale Begriffe bemüht, allerdings in chinesischer Übersetzung. Es könnte sein, dass eine chinesische Art des Liberalismus entsteht, welche die Schwierigkeiten seiner ursprünglichen Form im Westen umgeht.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner

Literatur

- Ai Siqi, *Ai Siqi wen ji* (Ausgewählte Werke), 2. Bd., Peking 1981
- Bernal, Martin, *Chinese Socialism to 1907*, Ithaca 1976
- Chen Jin (Hg.), *Analysing Mao Zedong's Reading Notes*, Guangzhou 1996
- Dirlik, Arif, »Mao Zedong« und »Chinese Marxism«, in: Brian Carr u. Indira Mahalingam (Hg.), *Companion Encyclopaedia of Asian Philosophy*, London-New York 1997
- Guo Zhanbo, *Zhi wu shi nian Zhongguo si xiang shi* (Philosophie in China in den letzten 50 Jahren), Xianggang 1965
- He Lin, *Contemporary Chinese Philosophy*, Shengli 1947
- Li Yongtai, *Chinese Culture and Mao Zedong's Early Thought*, Chengdu 1991
- Ma Zuyi, *Zhongguo fanyi jianshi* (Chinesische Übersetzungen im historischen Überblick), Peking 1984
- Mao Tse-tung, *Selected Works of Mao Zedong*, Peking 1965
- ders., *Mao Zedong zhexue pizhu ji* (Sammlung von Mao Tse-Tung's philosophischer Notizen), Peking 1988
- Shuo Wen Da Zidian* (Shuo Wen Wörterbuch), hgg. v. Sha Qingyan, Tianjin 1982
- Zheng Zhenduo, »Ji Qu Qiubai tongzhi zaonian de er san shi« (Die frühen Erzählungen des Genossen Qu Qiubai), in: *Yi Qiubai* (In Erinnerung an Qu Qiubai), Peking 1981

David Salomon

West-östlicher Marxismus

Entgegnung auf Chenshan Tian

Tians These, die »Sinisierung des Marxismus« bestehe darin, ihn aus der westlichen Tradition zu lösen und in die chinesische als Spielart des *tongbian* einzupassen, verfehlt den *kritischen* Gehalt marxistischen Denkens in Europa, zumal der »westliche Marxismus« sich als »Philosophie der Praxis« (Gramsci) beschreiben lässt. Als Gründungsdokument dieses philosophischen Neubeginns, hinter den allerdings viele Marxisten der II. Internationale sowie der sowjetisch geprägte Marxismus-Leninismus zurückgefallen sind, lassen sich die Feuerbachthesen verstehen. Von der ersten These an geben sie den Schlüssel zur Praxisphilosophie an die Hand: Bereits die erste These erklärt den Bruch mit allem philosophischen Materialismus, der den »Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung*« fasst, »nicht aber als *sinnlich-menschliche Tätigkeit, Praxis*« (MEW 3, 5). Indem die marxsche Theorie im Hier und Jetzt gründet und den Menschen nicht als abstraktes Wesen, sondern als konkret bedürftig kennt, wendet sie sich gegen alles, was seine Diesseitigkeit und Bedürftigkeit nicht ins Zentrum stellt, gegen jedwede Form theologischer und quasitheologischer Weltgläubigkeit, als *Kritik der politischen Ökonomie* gegen die Delegation der Erfolgskriterien menschlichen Handelns an ein abstraktes Verwertungsprinzip, als *Waffe der Kritik* gegen eine Tradition, die sich nicht in die Niederungen des Daseins begibt, und als *Kritik der Waffen* gegen alle Verhältnisse, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1, 285). Der Standpunkt von dem aus sie dies tut, ist ein gesellschaftlicher. Indem sie sich auf die konkrete Widersprüchlichkeit und auch Widersinnigkeit der menschlichen Beziehungen einlässt, ist der Charakter der hier formulierten Dialektik keineswegs auf ein Arsenal von logischen Formeln – auf einen »Klapparatismus« (Adorno) – zu reduzieren, die auf eine vorfindliche Wirklichkeit einfach nur anzuwenden wären.

Ein solches Verständnis prägt auch das Verhältnis zur Tradition. Bei Tian passt der chinesische Marxismus sich in traditionelle Denkformen ein. Auch in Europa gab und gibt es Debatten um das philosophische Erbe. Mindestens zwei Entwürfe lassen sich dabei unterscheiden: der leninsche, der den Marxismus als Weltanschauung abgeschlossen denkt und in Anlehnung an Engels im marxschen Denken »die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat« (LW 19, 3f), sieht, und der gramscianische, in dem die Frage offener und zugleich historischer behandelt wird. Von Antonio Labriola her kommt für Gramsci als marxistische Philosophie nur eine Philosophie der Praxis in Frage; und

während er sich wie Lenin gegen den »Ökonomismus« und »Mechanismus« vieler Theoretiker der II. Internationale richtet, verwirft er die schematische »Weltanschauungs«-Lehre, indem er die kritische Durcharbeitung philosophischer Traditionen zur unabschließbaren Aufgabe einer lebendigen Fortentwicklung marxistischen Denkens macht. Nicht darin liegt die Größe des Marxismus, dass er wie bei Tian über alle Brüche hinweg die Kontinuität mit der Tradition bewahrt, sondern gerade darin, dass er seine Tradition erst durch Brüche manifestiert. Nicht er muss sich vor der Tradition, sondern die Tradition sich vor der Gesellschaft ausweisen. Als »vitaler Bestandteil« der Philosophie kann dann jeweils das rekonstruiert werden, was den oben skizzierten Ansprüchen einer in Praxis fundierten Kritik genügt und für die Gegenwart nutzbar gemacht werden kann; zu verwerfen aber ist all jenes, was in fetischistische Transzendenzbehauptung zurückfällt.

All dies bedenkt Tian nicht. Weder in seinem Aufsatz, noch in seinem Buch¹ ist die Rede von Praxis. Auch nach Gesellschaft oder den gesellschaftlichen Emanzipationskriterien, die doch den Marxismus gerade ausmachen, sucht man vergebens. Wie austauschbar das Vehikel ist, dessen sich Tians Auffassung des *tongbian* bedient, wird dadurch deutlich, dass ihm auch der Neoliberalismus chinesischer Prägung nichts anderes ist als eine weitere Spielart dieser traditionellen Denkrichtung.

Dass marxistisches Denken in China sich darin erschöpft, kann bezweifelt werden. Als interessant könnte sich in diesem Zusammenhang die Rezeption und Adaption verschiedener Stränge chinesischen Denkens bei einem als Philosoph noch viel zu wenig beachteten westlichen Marxisten erweisen. Nicht allein in seinem Gedicht »Die Entstehung des Buches *Taoteking* auf dem Weg des Laotse in die Emigration« greift Bertolt Brecht auf die chinesische Tradition zurück. Auch in seinem »philosophischen« Hauptwerk, dem *Buch der Wendungen*, werden die zentralen Probleme der europäischen Geschichte und Philosophie chinesisch formuliert. Es sind vor allem zwei Aspekte in Brechts Vorgehen, die als Modell der Aneignung von Denk- und Praxistraditionen fungieren können: Zum einen führt er vor, wie die der eigenen Geschichte und Denkweise gemäße »Übersetzung« gerade nicht das Einpassen der Philosophie der Praxis in eine vorgefundene Tradition ist. Stattdessen macht die bewusste Ent-rückung gerade die fremde Tradition zum Erkenntnismedium, in dem die so oft einfach hingegenommene Tradierung alter Denkschemata durchbrochen wird und unbewusst mitgeschleppte Vorurteile der Kritik preisgegeben werden. Zum anderen findet Brecht gerade in China Denkformen, deren Aktualisierung für eine Praxisphilosophie fruchtbar sein können. Um Europa zu thematisieren, macht Brecht einen Umweg über China. Vielleicht sollten chinesische Intellektuelle wie Tian einen ähnlichen Umweg über Europa und den europäischen Marxismus machen, um die eigene Tradition besser begreifen – und das heißt immer auch – kritisieren und verändern zu können.

1 *Chinese Dialectics – From Yijing to Marxism*, Lexington Books, Lanham 2004 (248 S., geb., 70 US\$)

Ulrike Eifler und Wei Yiming

Die Zeitschrift *Dushu* – Organ für eine unorganisierte ›Neue Linke‹

Hinter dem Namen *Dushu* (Lesen) verbirgt sich eine in China erscheinende Monatschrift, in der vor allem Intellektuelle der ›Neuen Linken‹ publizieren. Sie gilt als eine der wenigen globalisierungskritischen Zeitschriften Chinas. *Dushu* erscheint seit April 1979 und hat mittlerweile eine Auflage von 100000 Exemplaren. Sie hatte zunächst den Anspruch, die Klassiker des chinesischen Denkens zu kommentieren und den Forschungsstand zu diversen Themen darzustellen. 1996 übernahm der Literaturwissenschaftler Wang Hui die Chefredaktion, wenig später kam der Soziologe Huang Ping dazu. Beide waren an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (*Zhongguo shehui kexue yuan*) in Peking tätig. Unter ihrer Federführung wurde aus der rein analytischen Zeitschrift eine politische Debattenzeitschrift. Sie änderten vor allem Analyseweise und Argumentation von *Dushu* hin zu einer allgemeinverständlich-konkreten. Die Bereitschaft, offen oder zwischen den Zeilen die sozialen Verwerfungen des chinesischen Wirtschaftsaufschwungs zu kritisieren, nahm deutlich zu. Dieser grundlegende Stilwandel veränderte auch die Zusammensetzung der Leserschaft. Während *Dushu* deutlich an Einfluss unter den Akademikern verlor, konnte eine Vielzahl anderer Leser hinzugewonnen werden (*Xin Zhoukan*, Nr. 132, 5.7.2002).

Dushu ist heute ausgesprochen vielfältig. Globalisierungskritische Texte haben darin ebenso Platz wie kunst- oder erziehungswissenschaftliche Debatten, historische Abhandlungen und Buchbesprechungen. Bereits der flüchtige Blick ins Inhaltsverzeichnis verrät die thematische Breite, aber auch den gesellschaftspolitischen Anspruch: »Gewaltige Fluten und der Staudamm« (*Dushu* 12/2004, 81-85), »Der Terrorismus in der chinesischen Geschichte: Attentate und Entführungen« (55-64), »Globale Veränderungen: Geschlecht und Wachstum« (3/2005, 60-70) oder »Die beginnenden 80er Jahre stehen für eine Richtung« (83-89). Gleichzeitig versucht die Zeitschrift, sich auf soziale Bewegungen anderer Länder zu beziehen. So erschien unter dem Titel »Klasse, Geschlecht und Nationalstaat« (10/2004, 3-14) ein Gespräch zwischen der koreanischen Frauenforscherin Paek Won-dam und der Chinesin Li Xiaojiang, die sich selbst als ›unabhängige Feministin‹ bezeichnet. Dass sich Arbeiter und Arbeiterinnen in den 1980er Jahren im Kampf gegen die koreanische Militärdiktatur geschlechterübergreifend miteinander solidarisierten, wird darin ebenso diskutiert wie allgemein die Beziehung zwischen Geschlechter- und Klassenverhältnissen im Kapitalismus. Und es wird die Situation in China angesprochen:

[In Shanghai] gibt es einige Frauen, die in ausländischen Unternehmen tätig sind und eine sehr hohe gesellschaftliche Stellung haben. Aber die meisten Beschäftigten in den ausländischen Unternehmen sind prekär Beschäftigte. Ihre Stellung ist ausgesprochen niedrig, ganz so schweigen von den arbeitslosen Frauen. (Li/Paek, 10/2004, 6)

Hier zeigt sich, dass *Dushu* darum bemüht ist, Diskussionszusammenhänge über die chinesischen Landesgrenzen hinweg zu schaffen, sich auf soziale Bewegungen zu beziehen und marxistischen Diskussionen eine Plattform zu geben.

Entstehung

Die Wurzeln von *Dushu* reichen bis weit in die Zeit vor Gründung der VR China zurück. Im Verlaufe der 1930er und 1940er Jahre hatte es immer wieder Zeitungen und Zeitschriften mit diesem Namen gegeben. Diese waren geprägt vom Kampf gegen die japanische Invasion und die Nationalistische Volkspartei Kuomintang. Die erste personelle Verbindungslinie zur späteren *Dushu* führt in die frühen 1940er Jahre, zur *Dushu Yuebao* (Monatszeitung Lesen). Einer ihrer Chefredakteure war Shi Mei, der später auch an der ›79er *Dushu*‹ mitwirkte. Parallel zur *Dushu Yuebao* erschien die *Xuexi Shenghuo* (Lernen und Leben). Beide Zeitschriften hatten Kontakt zur KPCh und standen deswegen durch die Kuomintang unter politischem Druck. Viele Artikel mussten zurückgehalten oder geändert werden. Nachdem Tschiang Kai-schek 1940/41 die Zusammenarbeit mit der KPCh aufgekündigt hatte, kämpften die Kommunisten fortan nicht mehr nur gegen die japanische Besatzung, sondern auch gegen die chinesischen Nationalisten. In der Folgezeit mussten sich einige Mitglieder der KPCh, darunter die Redakteure der *Xuexi Shenghuo*, nach Hongkong in Sicherheit bringen. Um zu verhindern, dass ihre Evakuierung bemerkt und vereitelt würde, gab Fan Yong, einer der späteren Gründer von *Dushu*, die *Xuexi Shenghuo* noch drei weitere Monate heraus, bevor er ihr Erscheinen einstellte.

1970, mitten in den Wirren der Kulturrevolution, nahm sich die ›Chen-Fan-Gruppe‹ vor, die Zeitschrift *Dushu* zu gründen, sobald die gesellschaftlichen Umstände dies erlaubten. Der Gruppe gehörten Chen Hanbo, Chen Yuan und Fan Yong an, die sich von der Kaderschule *Xianning*¹ her kannten. Nicht ohne Grund kam den drei Redakteuren dieser Gedanke auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution: In der Zeit von 1966-1976 waren die Schulen, Universitäten und Bibliotheken geschlossen. Neben einigen wenigen natur- und architekturwissenschaftlichen Büchern war der Großteil der philosophischen und geisteswissenschaftlichen Texte, darunter fast alle klassischen Werke der chinesischen Geschichte, nicht mehr öffentlich zugänglich. Von mehreren Hunderttausend blieben nur einige Tausend Werke übrig, die nicht von der Zensur betroffen waren.

In der ersten Ausgabe von *Dushu* wird die Zeit nach dem Ende der Kulturrevolution wie folgt beschrieben:

Es wurde wieder Frühling in China. Die unzähligen weggeschlossenen Bücher kamen endlich wieder ans Tageslicht. Und im Frühsommer 1978 ereignete sich etwas Außergewöhnliches: Die Buchläden, die früher oft wie leergefegt waren, wurden plötzlich zu lebendigen Märkten, überfüllter als Lebensmittel- und Modegeschäfte. [Es bildeten sich] Menschengruppen, die nicht nur innerhalb eines Ladens [für Bücher anstanden], sondern sogar bis nach draußen und

1 *Xianning Ganxiao*, berüchtigte Parteischule in der Provinz Hubei, auf der während der Kulturrevolution kritische Intellektuelle wieder auf ›Kurs‹ gebracht wurden.

selbst bis zur nächsten Kreuzung und in die nächste Straße hinein reichten. [...] 1978 waren die neu gedruckten Bücher mit derselben Geschwindigkeit ausverkauft, wie ein Verdurstender Quellwasser hinunterschüttet. Nach zehn Jahren Verschluss wünschte das chinesische Volk nichts sehnlicher, als endlich all die guten Bücher zu lesen. (Li Honglin, 1/1979)

Die Auswirkungen der Kulturrevolution auf das gesellschaftliche Klima ab 1976 waren vielschichtig. Während die meisten Chinesen ihre Freude an Kunst und Kultur wiederentdeckten, steckte die Parteiführung in einer tiefen politischen und ideologischen Krise. Der innere Machtkampf in der politischen Führung führte zu einer kritischen Aufarbeitung der Kulturrevolution, die sich bis weit in die Gesellschaft hinein ihre Bahn brach. Sie machte auch vor einer Kritik am Denken Mao Tse-tungs nicht halt. Das offizielle Eingeständnis, dass Mao nicht unfehlbar gewesen sei, war ein wichtiges Signal an die Bevölkerung. Die Demokratiebewegung, die Mitte November 1978 entstand, war ein Ausdruck dieser gesellschaftlichen Stimmung. Als diese außer Kontrolle zu geraten schien, wurde sie ab Ende März mit einer Verhaftungswelle überzogen. Viele führenden Aktivisten wurden verhört und einzelne in Haft genommen.

Das Gründungsjahr der *Dushu* ist demnach das Jahr der Demokratiebewegung. Die erste Ausgabe erschien im April 1979, also fast zeitgleich mit den Repressionen gegen die Aktivisten der Bewegung. Die drei Herausgeber Chen Hanbo, Chen Yuan und Fan Yong hatten zuvor allesamt herausragende Positionen im chinesischen Presse- und Verlagswesen innegehabt. Die Herausgeber der anderen, gesellschaftskritischen Zeitschriften dagegen waren Oppositionelle, die staatlich verfolgt wurden. Während letztere nur im Untergrund an der ›Mauer der Demokratie‹ verkauft werden konnten, war *Dushu* ganz offiziell am Zeitungskiosk zu erwerben. Von Vorteil war auch die große Unterstützung durch prominente Intellektuelle. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von der neuen Publikation, und Schriftsteller wie Ba Jin² stellten der *Dushu* ihre Artikel zur Verfügung. Dieser Rückhalt war, so Fan Yong, das »Lebenselixier von *Dushu*« (*Renmin Ribao*, 4.8.2006).

Dushu hatte demnach einen anderen Charakter als die unzähligen subversiven Zeitungen. Der kurze Frühling Ende der 1970er Jahre inspirierte die ›Chen-Fan‹-Gruppe dazu, die Tradition von *Dushu* wiederzubeleben. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die Parteiführung deren Erscheinen wahrscheinlich billigte, um die Unzufriedenheit der Intellektuellen abzufedern. Dafür gibt es zwei Indizien. Zum einen schildert Fan Yong, dass er den führenden Funktionären versprechen musste, die Leitung des Verlages zu übernehmen und Kursabweichungen nach rechts zu verhindern (*Renmin Ribao*, 4.8.2006). Zum anderen hätte das Verbot einer Zeitschrift, die von Schriftstellern wie Ba Jin unterstützt wurde, große Proteste hervorgerufen.

2 Ba Jin (1904-2005) war einer der bekanntesten Schriftsteller der VR China. Während der Kulturrevolution geschmäht, leitete er ab 1980 das chinesische PEN-Zentrum und ab 1981 den chinesischen Schriftstellerverband. Bekannt geworden ist er 1931 mit dem Roman *Die Familie*, der autobiographische Züge trägt und in dem Ba Jin am Schicksal einer Familie den sozialen Umbruch von der konfuzianisch geprägten zur modernen Welt darstellt.

›Keine Tabus beim Lesen (Dushu wu Jinqu)‹

Dass *Dushu* dennoch bereits nach Erscheinen der ersten Ausgabe in politische Schwierigkeiten geriet, zeigt die ideologische Zerrissenheit in den Jahren nach der Kulturrevolution. Der Artikel »Keine Tabus beim Lesen« löste im April 1979 eine heftige Debatte aus, in deren Folge die Redaktion längere Zeit unter großem Druck stand. Der Autor des Artikels, Li Honglin, ging darin scharf mit der Praxis während der Kulturrevolution ins Gericht, Bücher zu verbieten, zu verbrennen oder einzustampfen. Dabei scheut er auch den Vergleich mit dem ersten chinesischen Kaiser Qin Shi Huang (221-207 v. .u. Z.), mit der Qing-Dynastie (1644-1911) und mit Tschiang Kai-schek nicht: Allen war die politische Praxis des Bücherverbots gemein. Doch die Anzahl der verbotenen Bücher war zusammengenommen in allen drei Epochen geringer als unter Lin Biao und der Viererbande. Daran anknüpfend prangert Li Honglin offen an, dass trotz der neuen Freiheit nach wie vor Lesetabus bestanden. Er schließt damit, dass es zwar keine Tabus beim Lesen geben dürfe, die Lesefreiheit aber trotzdem Beschränkungen erfordere. So sollten Bücher, »die entwürdigen, die die gesellschaftliche Moral untergaben, die Körper und Geist unserer Jugend vergiften«, streng verboten sein. »Denn diese Bücher gehören auf keinen Fall zur Kultur. Sie sind so schmutzig wie – um Lu Xun³ zu zitieren – ›Scheiße und Rotz‹.« (*Dushu* 4/1979) Abgesehen von diesen Büchern sollten alle anderen jedoch öffentlich zugänglich sein. Das stärke den Marxismus und erleichtere die Umsetzung der *Vier Modernisierungen*.

Li Honglin arbeitete zum damaligen Zeitpunkt im Propagandaministerium und war dort Leiter der Abteilung zur politischen Überprüfung von Nachrichtenmeldungen. Li wurde von der *Dushu*-Redaktion gebeten, den Artikel zu schreiben. Es lässt sich nur vermuten, warum ausgerechnet er um einen solchen Artikel ersucht wurde. Sicher ist jedoch, dass sich die Redaktion über die Brisanz des Artikels bewusst war. Fan Yong erinnert sich:

Der Artikel ›Keine Tabus beim Lesen‹ hieß eigentlich im Original ›Die Zerstörung der Tabus beim Lesen‹. [...] Zur Veröffentlichung habe ich den Titel des Artikels geändert (*Renmin Ribao*, 4.8.2006).

In der Folgezeit erschienen ähnlich brisante Artikel, die zu breiten öffentlichen Debatten führten. Zum zweijährigen Jubiläum, also im April 1981, wandte sich Chen Hanbo in einem Brief an die Leserschaft. Darin betonte er, dass *Dushu* sich darin treu bliebe, keine Lesetabus zu errichten. Außerdem sei die Suche nach der Wahrheit »mit nur einem General« nicht möglich (ebd.).

3 Lu Xun (1881-1936) war ein bedeutender chinesischer Novellist des 20. Jh. Er kritisierte in seinen Werken die traditionelle Bildung und die Moralvorstellungen seiner Zeitgenossen und beeinflusste dadurch nachhaltig die chinesische Intelligenz der 1920er und 1930er Jahre.

Kritik neoliberaler Tendenzen in China

Geradezu zwangsläufig entwickelte sich *Dushu* in der Anfangszeit zu einer Zeitschrift mit hohem wissenschaftlichen Anspruch. Das Vakuum, das die Kulturrevolution in Bildung und Forschung hinterlassen hatte, schuf unter den Wissenschaftlern das Bedürfnis, die Reform der *Vier Modernisierungen* sehr eng zu begleiten. Politische Projekte waren in dieser Zeit stark mit den Ideen der Intellektuellen verflochten. Als im Laufe der 1990er Jahre die sozialen Konflikte immer deutlicher wurden, entwickelte sich auch ein neues Problembewusstsein in der Forschung und bei den Intellektuellen.

1994 diskutieren Journalisten aus dem ganzen Land auf einer Tagung in Shanghai über die Notwendigkeit einer Richtungsänderung der *Dushu*. Ein Jahr später, 1995, wurde Han Shaogang zum Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes gewählt. Er bemühte sich darum, die Literatur-Zeitschrift *Tianya* (Ende des Himmels) für politische Debatten zu öffnen. 1996 übernahm der Intellektuelle Wang Hui die Chefredaktion von *Dushu*. Seitdem sind *Tianya* und *Dushu* zwei Stützen der Globalisierungskritik. Während *Dushu* eher im Norden verbreitet ist und entsprechend über die Ereignisse dort berichtet, ist im Süden *Tianya* stärker präsent.

Die Existenz dieser beiden Zeitschriften einer ›Neuen Linken‹ Chinas sind ein Indiz für die Veränderungen im intellektuellen Feld. Die Häufung von lokalen Zwischenfällen im Verlauf der 1990er Jahre, bei denen Bauern gegen Funktionärswillkür und die drückende Abgabenlast sowie Industriearbeiter gegen Massenentlassungen oder das Zurückhalten der Löhne aufbegehren, ist das Ergebnis einer sich verschärfenden sozialen Polarisierung. Diese Entwicklung findet ihren Widerhall an den Universitäten. Viele Akademiker wollen die ökonomischen Reformen nicht mehr nur wissenschaftlich begleiten. Das ungeheure Ausmaß an sozialer Destabilisierung zwingt sie geradezu dazu, sich auf die eine oder andere Art zu positionieren.

Zu ihnen gehört Wang Hui, der nicht nur Chefredakteur von *Dushu*, sondern auch Professor an der *Tsinghua-Universität* in Peking und damit ein prominenter Akademiker in China ist. In seinem 2003 erschienenen Band *China's New Order* vertritt er die These, dass das Modell der ›sozialistischen Marktwirtschaft‹ ohne politische Reformen und demokratische Mitbestimmung Gefahr laufe, an der selbst verursachten Polarisierung zu zerspringen. Mit dem Plädoyer für einen solchen Kurswechsel greift Wang die Forderungen der Demokratiebewegung von 1989 wieder auf. Darüber hinausgehend versucht er in seiner Analyse, diese in den weltweiten Kontext von Globalisierung und Neoliberalismus zu stellen. Entscheidender Auslöser der sozialen Bewegung von 1989 waren gravierende soziale Einschnitte wie Einkommensunterschiede, Arbeitslosigkeit und steigende Lebenshaltungskosten. All das hatte die Reformpolitik mit sich gebracht. Die Arbeiter und Studenten, die 1989 auf die Straße gingen, waren seiner Meinung nach Teil eines internationalen Protestmilieus, das seit den Demonstrationen gegen die Welthandelskonferenz in Seattle 1999 auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Während der Neoliberalismus nach Seattle in eine weltweite Krise geriet, brachte die Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens den Neoliberalismus in China in die Offensive:

Im September 1989 verabschiedete die Regierung die Preisreform, die sie noch wenige Jahre zuvor nicht hatte durchsetzen können. Im Anschluss an die Rundreise Deng Xiaopings durch die Länder des Südens beschleunigte die Regierung die Einführung der Marktgesetze. Die Geldpolitik rückte zunehmend in den Mittelpunkt, der Wechselkurs des Yuan wurde zur Exportförderung gesenkt. (Wang 2002)

Viele der Intellektuellen, die dem Neoliberalismus kritisch gegenüberstehen, haben sich mangels Organisationsfreiheit um die Zeitung *Dushu* gruppiert. In wissenschaftlich fundierten Artikeln unterziehen sie das ökonomische ›Perpetuum Mobile China‹ einer herben Kritik und scheuen sich nicht, Partei zu ergreifen. Vor allem das Editorial ist der Ort, an dem metaphorisch, aber mit beißendem Spott die Positionierung von *Dushu* deutlich wird. Zwischen den Zeilen, aber deshalb nicht minder eindeutig werden die sozialen Probleme der Reform- und Öffnungsperiode angeprangert. So heißt es abschließend in der August-Ausgabe 2005 in einem Gedicht:

Die Armut in China wächst nicht, weil es hier Luxus gibt.
Gäbe es keinen Luxus, woher sollten all die Jobs kommen?
Als diese Worte das erste Mal zu hören waren, sah man erschrockene Gesichter,
Doch wer genau nachdachte darüber, war seiner Zeit voraus.
(Chen Siyi, 8/2005)

Die ›*Dushu*-Linke‹ bleibt jedoch nicht dabei stehen, die Schattenseiten des Wirtschaftswachstums in China zu kritisieren, sondern stellt einen globalen Bezug her. Damit ist sie im Begriff, ihre politische Isolation aufzubrechen. Indem sie die sozialen Auseinandersetzungen in China als Teil eines weltweit geführten Kampfes gegen die negativen Folgen der Globalisierung versteht, begreift sie sich selbst auch als Teil der Bewegung der Bewegungen.

Literatur

- Chen Siyi, »Lingwai de sixiang« (Ein etwas anderer Gedanke), in: *Dushu*, 27. Jg., 2005, H. 8, Editorial
- Li Xiaojiang, u. Paek Won-dam, »Jieji xingbie yu minzu guojia« (Klasse, Geschlecht und Nationalstaat), in: *Dushu*, 26. Jg., 2004, H. 10, 3-14
- Li Honglin, »Dushu wu jinqu« (Keine Tabus beim Lesen), in: *Dushu*, 1. Jg., 1979, H. 4
- Wang Hui, »Stark sein an zwei Fronten«, in: *Le Monde Diplomatique*, 12.4.2002

Cao Weidong und Liu Hongxia

Die Wirkungsgeschichte von Bertolt Brecht in China

Bertolt Brecht, auf der ganzen Welt als Meister des Theaters berühmt, ist so eng mit China verbunden wie kein anderer aus der westlichen Kulturwelt des 20. Jahrhunderts. Seine Stücke und Theorie sind durch gegenseitigen Einfluss und Austausch eng mit traditioneller chinesischer Kultur sowie modernem chinesischem Theater verflochten. Seit langem ist diese Beziehung ein wichtiges Thema in den Geisteswissenschaften. Unser Beitrag konzentriert sich auf Rezeption und Gebrauch von Brechts literarischen und theoretischen Werken in China.

I.

Brecht wurde in China erst nach seinem Tode rezipiert. Dieser Prozess vollzog sich in drei Perioden. Die erste Periode dauerte von 1959 bis 1966; die zweite, eine Zeit regelrechter Brechtmode, begann in den 1980er Jahren; die dritte Periode erstreckt sich von den 1990er Jahren bis jetzt. – In den 1950er und 60er Jahren erreichte Brechts Theorie China und fand schnell Verbreitung. Allerdings wurde die Rezeption durch den kulturellen und wissenschaftlichen Stillstand während der Kulturrevolution unterbrochen. Seit 1980 begann sich das moderne Theater in China neu zu entwickeln, und es entbrannte sogar eine heftige Kontroverse darüber. Brechts Werke wurden vielfach auf chinesischen Bühnen aufgeführt und seine Theorie wurde eingehend analysiert. 1990 begann die »Zeit des Nachdenkens«, die sich bedauerlicherweise in Missverständnissen von Brechts Theorie niedergeschlagen hat, während das moderne Theater in China immer mehr Publikum verlor.

In den 1920er Jahren tauchte Brechts Name schon in einigen Zeitschriften auf. Aber Brecht war auch in Deutschland noch ein Neuling. Seine Arbeiten waren noch nicht ausgereift, und er hatte keine größere Reputation, so dass er in China nicht recht wahrgenommen wurde. Es gibt nur allgemeine Einführungen in den literarischen Blättern der Zeit. In den 1950er Jahren ging Brechts Stern im Westen auf. In China hingegen war er nach wie vor unbekannt. Die chinesischen Leser, die eben den Bürgerkrieg hinter sich gebracht hatten, waren von der Welt relativ isoliert. Bis in die späten 1950er Jahre wurde über Brecht nur wenig geforscht. 1957 erschien ein Aufsatz zweier russischer Wissenschaftler über *Die dramatische Dichtung von Brecht in »Dramen«*, einer der frühesten akademischen Aufsätze über Brecht in China.

1959 wurde in China der zehnte Jahrestag diplomatischer Beziehungen zur DDR gefeiert. In diesem Zusammenhang wurde im Shanghaier Volkstheater *Mutter Courage und ihre Kinder* aufgeführt, wodurch Brecht nun ins Blickfeld der chinesischen Theaterbesucher und Leser rückte. Inszeniert wurde das Stück von Huang Tso Lin, dem damals berühmtesten Theaterregisseur Chinas. Die Inszenierung

brachte zum ersten Mal den brechtschen »Verfremdungseffekt« (*mo sheng hua*) auf eine chinesische Bühne – ohne Publikumserfolg. Huang sagte dazu, der »Verfremdungseffekt« von Brechts Stück habe sein chinesisches Publikum dem Theater »entfremdet«. Gleichwohl war Brechts Name nun nicht mehr fremd, und unter chinesischen Künstlern genoss er Wertschätzung. Im selben Jahr erschien Huangs Artikel »Über den deutschen Dramatiker Brecht«, in dem er die Theorie und Praxis Brechts den chinesischen Lesern vorstellte und damit schloss, mit Brechts Worten den Unterschied zwischen traditionellen westlichen Dramen und Brechts eigenen zu beschreiben: im alten Theater werden »die Empfindungen [...] konserviert«, im neuen aber werden sie »bis zu Erkenntnissen getrieben« (GA 24, 85).

Obwohl der Inszenierung der *Mutter Courage* kein Erfolg beschieden war, bemühte sich Huang weiterhin, Brechts Dramen zu popularisieren und zu verbreiten. Am 25. April 1962 druckte die *Volkszeitung* seine später vielzitierte *Rede über die Dramen*, die er beim nationalen Dramen- und Opern-Symposium gehalten hatte. Die klassische chinesische Theaterkunst nennt Huang »romantisch«, die von Konstantin Stanislawskis System beeinflusste moderne Spielweise dagegen »realistisch«. Er ruft die chinesischen Dramatiker dazu auf, die Schranken der »realistischen« Dramenperspektive zu durchbrechen und ein Theater mit chinesischem Charakter zu erfinden. Leidenschaftlich stellt er Brecht als wichtigsten Wegweiser heraus. Der Aufsatz erregte Aufmerksamkeit im ganzen Land, weil Brecht zum ersten Mal offiziell in China Zuspruch durch eine Autorität bekam. Dies veränderte den Status Brechts und bahnte die »Brechtwelle« in den 1980er Jahren an.

Mit der Aufführung von Brechts Dramen begann man, seine Theaterstücke zu übersetzen. 1959 erschien eine erste *Brecht-Anthologie* in der Übersetzung von Feng Zhi und anderen im wichtigen Volksliteratur-Verlag. Drei Dramen waren enthalten: *Die Gewehre der Frau Carrar*, *Mutter Courage und ihre Kinder* sowie *Herr Puntila und sein Knecht Matti*. Daneben gab es noch einen Sonderdruck von *Die Tage der Commune*, den Liu Dezhong veranstaltet hatte. Damals standen in China nur diese vier Brechtübersetzungen zur Verfügung. Nach den Übersetzungen begannen wissenschaftliche Aufsätze über Brecht zu erscheinen. »Die Rezeptionsgeschichte der Brecht-Stücke«, eine von dem bekannten Dichter Bian Zhilin verfasste Reihe von Aufsätzen, erschien in den Nummern 5 bis 8 der Zeitschrift *Weltliteratur* (1962) und wurde im Jahr 1980 zu einem Buch zusammengestellt und vom Theaterverlag wiederveröffentlicht.

Die sogenannte »Neue Zeit« in der Geschichte der chinesischen Literatur, die von den späten 1970er bis zum Ende der 1980er Jahre reichte, fiel zusammen mit der zweiten Phase der Brecht-Rezeption. Wegen des besseren Klimas für Literatur und des Verlangens nach einer Weiterentwicklung des chinesischen Theaters stieg das Brechtfever wieder an. Die sich ergänzenden Wirkungen seiner Theorie und Bühnenpraxis waren auf einem Höhepunkt.

Im Jahr 1979 wurde *Das Leben des Galilei* unter der Leitung von Huang an der Fachhochschule für junge Kunstwissenschaft Chinas aufgeführt, als zweites Werk Brechts nach *Mutter Courage und ihre Kinder*. Im Gegensatz zum Misserfolg von

1959 war dieses Mal der Widerhall groß. Es gab neunzig Aufführungen in Folge, nahezu alle ausverkauft – damals eine Sensation in China wie in der ganzen Welt. 1979 wurde die erste wissenschaftliche Brecht-Konferenz in Peking abgehalten; damit erreichte der Einfluss von Brechts Theater in China einen weiteren Höhepunkt. *Der kaukasische Kreidekreis*, ein Teil von *Schweyk im Zweiten Weltkrieg* und eine gekürzte Fassung von *Der gute Mensch von Sezuan* und andere Stücke wurden auf die Bühne gebracht. Chen Yu z.B., der Regisseur des *Kaukasischen Kreidekreises*, der in Peking und Shanghai sehr populär war, nahm an der Brecht-Konferenz teil und später auch am Theatertag 1986. 1987 berichtete er auf der internationalen Brecht-Tagung in Berlin, dass Brecht in China Anhänger gefunden und in der Fachhochschule für junge Kunstwissenschaft Wurzeln geschlagen habe.

Der Erfolg der 1979er-Aufführung beförderte die Übersetzung und Erforschung Brechts. Im Jahr darauf erschienen mehr Kommentare und Bücher zu Brecht als in allen vorangegangenen Jahren zusammen. Außerdem wurden viele Werke Brechts und zahlreiche Forschungsarbeiten über Brecht ins Chinesische übersetzt, und viele Forschungsarbeiten sind während dieses Brechtfiebers zu populären Lektüren avanciert. 1980 wurden neun *Ausgewählte Theaterstücke von Brecht* im Volksliteratur-Verlag herausgegeben, darunter *Die Dreigroschenoper*.

1984 hat China Social Sciences Press *Studien über Brecht* veröffentlicht. In dieser Aufsatzsammlung finden sich die ausführlichsten Informationen über die Brechtforschung in China. In der Absicht, Brechts Werk dem chinesischen Publikum näherzubringen, stellte der Herausgeber, Zhang Li, 21 Aufsätze berühmter Autoren aus Deutschland, der Sowjetunion, Großbritannien, Österreich und anderen Ländern zusammen, darunter *Was ist das epische Theater?* (1939) von Walter Benjamin (GS II.2, 532-39). 1990 wurde *Brecht über das Theater* veröffentlicht, eine auszugsweise Übersetzung von Brechts *Schriften zum Theater* (7 Bde., Frankfurt/M 1963/64), die den chinesischen Lesern einen ersten Überblick über Brechts Theatertheorie, seine Auffassung der Theaterschulen und der Methode der Lehrstücke bot. Die Leser fanden auch Gefallen an Populärliteratur über Brecht, z.B. an den Brechtbiographien von Marianne Kesting (Hamburg 1959ff) und Klaus Völker (München 1976). Außerdem wurde 1985 eine Reihe ausländischer Literatur im Liaoling Volksverlag veröffentlicht, darunter ein kleines Buch mit dem Titel *Brecht*, worin in knapper Form seine Biographie und Hauptwerke vorgestellt werden. Während sich zuvor nur einige Wissenschaftler für Brecht interessiert hatten, gab es nun ein breites Publikum.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Rezeption und Einfluss Brechts in China in den 1980er Jahren im Vergleich zur Situation Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre sprunghaft zugenommen hatten. Gleichzeitig wurde die Kritik lauter. Obwohl viele Kritiken einseitig waren, führte das abgekühlte Verhältnis am Ende der 1990er Jahre zu einer »Zeit des Nachdenkens« über Brecht.

II.

Der Misserfolg seiner *Mutter Courage*-Aufführung, die sich streng an die Spielweise gehalten hatte, die Brecht in Deutschland praktiziert hatte, ließen bei Huang Zweifel an Brechts Theatertheorie aufkommen. Rückblickend schreibt er: »*Mutter Courage* war die erfolgloseste meiner 88 Regiearbeiten. Dafür mache ich den ›Verfremdungseffekt‹ verantwortlich, der die Zuschauer dem Theater ›entfremdet‹. In Wirklichkeit aber unterscheiden sich seine Theaterwerke von seiner Theorie und bilden mit ihr keinen Systemzusammenhang.« Während Brechts Stücke für aufführens-wert gehalten wurden, galt seine Theatertheorie für unbrauchbar. Bemerkenswert ist, dass Huang trotz seiner distanzierten Haltung zum »Verfremdungseffekt« diesen als mächtige Waffe ansah, mit deren Hilfe sich die chinesischen Opern von den Fesseln des Stanislawski-Systems befreien sollten. In seiner berühmten Rede von 1962 wies er darauf hin, dass »rein realistische Schauspielkunst nur eine 75-jährige Geschichte hat, und naturalistische Dramen, die solche Schauspielkunst hervorbringen, längst historisch geworden sind und zu Ende gehen. Allerdings wird das Schaffen chinesischer Stücke bei uns anscheinend von einigen Aspekten dieser Schauspielkunst in Bann gehalten und werden diese als einziges Darstellungsmittel angesehen.« Unter der Voraussetzung, wonach also die »rein realistische« Theaterkunst mit dem Stanislawski-System in Konflikt gerät, betont die brechtsche Theatertheorie den »Verfremdungseffekt«, den die Theaterpraxis auf den chinesischen Bühnen in dieser Zeit nicht hervorbringen kann.

Nach der sensationellen *Galilei*-Aufführung von 1979 wurde »Verfremdungseffekt« zu einem populären Wort. Im Jahr 1984, auf dem sechsten Brecht-Symposium sagte Huang, Brecht fordere die westlichen Schauspieler auf, wie die traditionellen chinesischen zu ihren Rollen eine bestimmte Distanz einzunehmen, um damit die mit Stanislawskis Forderung nach einer »restlosen Verwandlung« (des Schauspielers in die von ihm dargestellte Figur) verbundenen Schwierigkeiten zu vermeiden (vgl. Brecht, GA 22, 203f). Später korrigierte Huang also aus theaterpraktischer Perspektive seine Haltung zum »Verfremdungseffekt« wieder: »Ich teile die Auffassung Brechts. Die mythische und völlige Verwandlung wird in Wirklichkeit schwer erreicht, weshalb man darauf verzichten sollte.« Huang scheint den Begriff »Verfremdungseffekt« gut verstanden zu haben, was jedoch nicht bedeutet, dass der Verfremdungseffekt nun in China allgemeine Anerkennung erfahren hätte. In der Theaterpraxis war er noch ein unbekannter oder zweifelhafter Begriff. Orthodoxe Theaterkreise lehnten ihn ab. 1988 meinte Huang, er habe während seiner Arbeit am *Leben des Galilei* (1979) bereits gefordert, dass »Schauspieler nicht immer an den ›Verfremdungseffekt‹ denken sollen. [...] das unklare, unverständliche Wort ist zur Fessel geworden.« Hier zeigte sich, dass die praktische Umsetzung Mängel in der chinesischen Überlieferung von Brechts Theatertheorie enthüllt. Wenn man Brechts Theater aufführt, kann man in der Tat den Verfremdungseffekt kaum vermeiden. Der Erfolg des *Galilei* ist nicht auf den Verzicht, sondern auf die gekonntere Umsetzung des Verfahrens zurückzuführen. Nach der ersten Aufführung von 1959 hatte Huang den Grund für den Misserfolg in der Unreife von Brechts Theatertheorie gesucht. Später suchte er den Fehler in der eigenen Umsetzung.

Gerade zu dieser Zeit nahm der von der Hauptströmung der Theaterwelt vernachlässigte Verfremdungseffekt eine bevorzugte Stellung im experimentellen Theater ein. Gao Xingjan erlangte 1982 mit dem Drama *Alarmsignal* große Berühmtheit und galt als der Vertreter des experimentellen Theaters. Mehrmals sprach er über die Wirkung, die Brecht auf ihn ausgeübt hat – es ist Brecht, von dem er lernte, dass Theater auch erzählt werden kann, und zwar vernünftig. Er trieb das »epische Erzählen« voran, verwendete die sogenannte »Polymetrik« (*duo sheng bu*) und »polymodales Erzählen« (*fu diao shi xu shi*) und entwickelte so Brechts Theater weiter. Für Gao bestand das Inspirierende bei Brecht darin, dass er eine von Ibsens und Stanislawskis Theater unterschiedene Form bot, die das Kriterium, auf der Bühne den Schein realen Alltagslebens zu erzeugen, nicht für das höchste Kriterium der Kunst nahm. Durch eine ganz neue Sichtweise setzte der Verfremdungseffekt das in die Tradition eingesperrte Denken des chinesischen Theaters frei und biete für dessen Reform einen Hebel.

Auf der anderen Seite dachte man einfach, der »Verfremdungseffekt« komme aus übertriebenen, übermäßigen und scherzhaften Darstellungen, die bloß Vagheit erzeugten. Dieses platte Verständnis wirkte einer wirklichen Reform der Darstellungsweise entgegen. Zhouxian bemerkte: »Wer für Brechts Theater und anderes modernes Theater eintritt, es aber nur oberflächlich analysiert und die Kunstfertigkeit und ihre Beschränkungen nicht richtig erfasst, dem fehlt die Einsicht in die Wirkungsweise jeder Kunstfertigkeit.« Zwar wurde das chinesische Theater seit den 1980er Jahren als experimentelle Kunst betrieben, doch gibt es immer dasselbe alte Zeug in neuer Verkleidung zu sehen, das das Publikum eigentlich kaum fesseln kann. Aus einer Anregung für Kunstwissenschaftler ist Brechts Theater zum Gegenstand des Kunstkonsums geworden. Das ist nicht nur realsatirisch bedeutsam, sondern regt auch zum Nachdenken an.

III.

Dass man Ende der 1950er Jahre in China plötzlich auf Brecht aufmerksam wurde, hängt eng mit dem veränderten politischen Kontext zusammen. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und der UdSSR wirkte wie ein Schock für die in der UdSSR dominierende Theaterästhetik Stanislawskis, dessen Theorie und Praxisvorschläge weitgehend noch vor der Revolution entstanden waren und der auch später, zumal nach seinem Tode 1938, von einigen »Murxisten«, wie Brecht maliziös notiert, gefeiert wurde (vgl. GA 26, 324). Sein Niedergang lässt sich aus den Artikeln und Gesprächen von Huang ersehen, der damals führend im Theaterbereich war. Es ist, als sei das Stanislawski-System über Nacht von »Fortschritt« zu »Reaktion« geworden. Das ist der Moment Brechts. 1959 bei einer Probe von *Mutter Courage und ihre Kinder* sagte Huang: »Jemand sagt, es sei nicht richtig, dass unsere Probe gemäß Brecht im Gegensatz zu Stanislawski stattfindet. Brecht schätze doch das Stanislawski-System sehr.« Während Huang in dieser Zeit noch die Balance zwischen dem Stanislawski-System und Brechts Theater zu halten versuchte,

scheint er in seinem Artikel »Bemerkung über das Theater«, der am 25. April 1962 in *People's Daily* erschien, völlig auf Brechts Linie eingeschwenkt zu sein. In der Rede Huangs auf der »nationalen Küstlertagung für Schauspiele, Opern und Kindertheater« stellte er das Stanislawski-System in Gegensatz zum Brecht-System. Das erstere sei eine reaktionäre Theaterkunst des Bürgertums, es versuche, »das Denken des Menschen zu betäuben und den Willen des Menschen zu schwächen«. Das letztere dagegen »will den Zuschauer zum Nachdenken bringen, den Verstand aktivieren, die Realität erkennen und verändern«. Diese Gedanken entsprächen denen Mao Tse-tungs über die revolutionäre Literatur. So zeigt sich, dass der Übergang von Stanislawski zu Brecht in den 1950er Jahren in gewissem Sinne den Beziehungen zwischen China und der UdSSR entsprach. Während das Stanislawski-System eng mit der UdSSR verbunden war, war Brecht für die neue, auf Distanz zur Sowjetunion gehende Politik willkommen.

Zwar gehören das traditionelle chinesische Theater und das europäische Theater zwei verschiedenen dramatischen Welten an, doch indem das chinesische Theater auf dem »Lehren durch Unterhaltung« sowie der Stilisierung von Singen, Sprechen, Gestik, Mimik und Handlung beruht, gewinnt es einen wichtigen Berührungspunkt mit Brecht, der freilich der Auffassung war, die Differenzen seien größer als die Gemeinsamkeiten: »der chinesische Schauspieler arbeitet auf magischer Grundlage« (GA 22, 207).

1935 gab Mei Lanfang, der ein Meister der chinesischen Theaterkunst war, ein Gastspiel in der UdSSR und bewies die große Anziehungskraft der chinesischen Theaterkunst. Damals war Brecht in Moskau und konnte die berühmte Aufführung sehen. Die chinesische Kultur gefiel ihm und machte ihren Einfluss geltend. 1936 publizierte er in London den Artikel »The Fourth Wall of China. An essay on the effect of disillusion in the Chinese Theatre«, eine von Eric Walter White besorgte Übersetzung des Aufsatzes »Verfremdungseffekte in der chinesischen Schauspielkunst«, der auf Deutsch erst nach Brechts Tod erschien (GA 22, 200-10 u. 960-68). Brecht griff in seinen Theaterstücken nicht nur auf viele Verfremdungs-Techniken des traditionellen chinesischen Theaters zurück, sondern wählte auch chinesische Themen und Verkleidungen für seine Stücke. Dies hebt nicht nur für den chinesischen Leser und Zuschauer die Fremdheit der Inhalte auf, sondern entspricht auch der damaligen Situation in China, dem dringlichen Bedürfnis, Selbstvertrauen und eigenen Stolz wiederzugewinnen. Zum Beispiel bezieht das berühmte Stück *Der gute Mensch von Sezuan* seinen Stoff aus der Hauptstadt der Provinz Sezuan, Chengdu. Obwohl die fiktive Handlung nicht viel von den regionalen Eigenheiten zeigt, verringert diese Lage die geistige Distanz zwischen Brechts Theaterkunst und dem chinesischen Publikum.

Brecht hat viele Besonderheiten des traditionellen chinesischen Theaters übernommen und in eine Theaterform transformiert, die geeignet war, die Konflikte in der Wirklichkeit spielerisch zu bearbeiten. Als die Stücke Brechts nach China zurückkehrten, waren sie für die Zuschauer nicht nur neu, sondern auch eine Quelle des Stolzes. 1962 zeigte Huang in seiner *Bemerkung über das Theater*, dass Brechts

Theaterkunst und das traditionelle chinesische Theater beide fortschrittlicher waren als die realistische Theaterkunst. Er unterstützte begeistert Brecht, um die Beschränkungen des Stanislawski-Systems aufzubrechen. Insgesamt hat Brecht den Möglichkeiten der chinesischen Theaterkunst den Spiegel vorgehalten und dafür Anerkennung gefunden.

Als Marxist genoss Brecht immer den Schutz Chinas. Wenn sich in den 1980er Jahren eine Brecht-Welle aufbauen konnte, so auch deshalb, weil die Kampagne »Hunderte Schulen wetteifern miteinander im Theaterbereich« direkt die Verbreitung Brechts förderte. »Brecht« wurde zum Synonym für »Reform« des Theaters. Unterm Einfluss von Brecht entwickelten sich in China eine ganze Reihe avantgardistischer experimenteller Theater und Dramatiker, wie Gao Xingjian. In *Über Bertolt Brecht* analysiert Yu Kuangfu die »Brecht-Welle«:

Seit der Gründung der Volksrepublik wird bei uns der Theaterbetrieb vom Stanislawski-System beherrscht. Man schätzt es hoch und vertraut ihm blind. Was immer sich gegen das Stanislawski-System wendet, wird als Antirealismus abgestempelt. Dadurch wird das Schaffen eingeschränkt; man lehnt die anderen Techniken und Methoden, sich im Theater auszudrücken, ab. [...] In theoretischer Hinsicht werden die Analysen dieser Literaturauffassung und des Realismus auf die Elementarform des Naturalismus beschränkt. Dieses Verständnis des Realismus [...] fesselt die Literatur in ihrer Widerspiegelung der Realität an die Oberfläche. Auf der Bühne gibt es nur die Empirie des Stanislawski-Systems. Huang Tso Lin hat diesen Punkt früh bemerkt, weshalb er in den 1950er Jahren Brecht vorstellte [...]. Seine Absicht ist es, durch die Einführung der Theorien Brechts die Bühnenfunktionen und die Ausdruckstechniken zu bereichern, die monotone Vereinheitlichung des Stanislawski-Systems aufzubrechen, den Begriff des Realismus breiter zu machen und das Theater in umfassender Weise zu entwickeln.

Yus Analyse bleibt zu allgemein, weil er die Perioden nicht deutlich unterscheidet und die Abhängigkeit der Kunst von der Politik übersieht. Seine Analyse passt eher auf die Brecht-Welle der 1980er Jahre, nicht jedoch auf den Übergang von Stanislawski zu Brecht am Ende der 1950er Jahre. Während die Einführung von Brechts Theorie in den 1950er Jahren vor allem politisch motiviert war, war die Brecht-Welle in den 1980er Jahren mehr ein literarisch-künstlerisches Phänomen, relativ unabhängig von der politischen Konjunktur.

Fragt man zusammenfassend nach den Gründen, warum Brecht einen so großen Einfluss in China ausüben konnte, übersieht man vielleicht den elementaren Grund, nämlich Brecht selbst und seine Theaterstücke. Deren große Anziehungskraft stammt aus seiner Offenheit für Fremdes und seiner Aufnahmefähigkeit. Er entwickelte eine enge Beziehung zu China nicht nur dadurch, dass er u.a. von der Substanz der chinesischen Kultur zehrte, sondern vor allem dadurch, dass er dies mit einem großen Werk gedankt hat.

Aus dem Chinesischen von Wang Ya-Fang, Lien Yi-Fan, Chien Szu-Yun und Chiu Min

Eva Müller

Zum Wandel der chinesischen Literatur in den letzten Jahrzehnten

Seit dem Ende der »Kulturrevolution« haben sich in der chinesischen Literatur bemerkenswerte qualitative und strukturelle Veränderungen vollzogen. Neue Medien, wie Fernsehen, Internet, Handy sorgen über die gedruckte und mündliche Weitergabe hinaus für eine massenhafte Verbreitung. Neue Generationen, von den Lasten der 1950er bis 70er Jahre nicht mehr persönlich betroffen, haben sich einen Platz in der schreibenden Zunft erobert und sind neben die prominenten älteren Autoren getreten. Prägen in den 80er Jahren noch das Trauma der Kampagnen gegen Intellektuelle seit Gründung der Volksrepublik und die »Kulturrevolution« das literarische Schaffen, so tendiert es seit den 90ern im Ergebnis der Kommerzialisierung des gesamten Lebens, unter dem Schock der Globalisierung und der tragischen Ereignisse des Juni 1989 mehr und mehr zu Verinnerlichung, metaphorischer Darstellung, Auffächerung der Themen, politikferner Unterhaltung. Die Urbanisierung hinterlässt ihre Spuren, auch in der Literatur über das Dorf. Ausländische Belletristik und theoretische Schriften sind schon kurze Zeit nach Erscheinen in Übersetzungen zugänglich, der bereits seit den 80er Jahren in der Literatur wieder stark spürbare westliche Einfluss verstärkt sich weiter, global modische Trends werden immer schneller rezipiert. Die Literatur der Völker, die nicht der Mehrheit der Han-Chinesen angehören, beginnt sich eindrucksvoll aus dem ethnographischen Stadium zu lösen und dringt zu Menschheitsproblemen vor. Verlage, Zeitungen, literarische und Lifestyle-Magazine produzieren eine schier unüberschaubare Menge von Texten.

In dieser Situation treffen Autoren wie Kritiker in der aktuellen Kulturdebatte konträre Feststellungen über den aktuellen Zustand der Literatur. Die einen beklagen, die Literatur habe ihre inhaltliche Qualität und maßgebliche Funktion in der Gesellschaft, »Vehikel der Moral« (*wen yi zai dao*) zu sein, verloren bzw. aufgegeben. Für den Autor müsse Literatur über eigene Arbeit hinaus aber »Erkunden des menschlichen Wesens, Befragung der Seele, Analyse historischer Phänomene, sogar aktives Intervenieren im Leben der Gesellschaft« bedeuten.¹ Für die gegenwärtige Situation wird die immer stärkere Herrschaft des Marktes verantwortlich gemacht. Andere widersprechen vehement, verweisen auf herausragende künstlerische Leistungen, zunehmende internationale Anerkennung, die gewachsene Vielfalt und sehen im Markt eine Chance. Wieder andere negieren die Debatte und schreiben.

Bei diesen Diskussionen wird meist nicht erwähnt, dass in China nach wie vor ein mächtiger staatlich-offizieller Kulturbereich besteht. Verschiedene Institutionen, wie Jugend- und Frauenverband, auch die Armee, haben ihre eigenen Verlage, Publikationsorgane und Ausbildungsstätten. Der Schriftstellerverband und seine Sektionen in den Provinzen und Großstädten betreiben eigene Zeitschriften, zahlreiche

1 So u.a. die bekannte Autorin Zhao Mei aus Tianjin, s. Auslandsausgabe der *Renmin Ribao* v. 23.9.2006, 1.

Autoren und Künstler beziehen von ihren Verbänden ein reguläres Gehalt. Zwar ist heute im Gegensatz zu früher auch der staatlich subventionierte Kulturbereich stark marktwirtschaftlichen Mechanismen unterworfen. Doch Verflechtungen des staatlichen mit dem kommerziellen Bereich sind auch im Kulturbereich nicht leicht durchschaubar, beispielweise wenn Unternehmen als Sponsoren von Zeitschriften des Schriftstellerverbandes auftreten.

In den frühen 80er Jahren, als es noch keinen kommerziellen Literaturbetrieb gab, galt noch weitgehend uneingeschränkt die traditionelle Auffassung von einer herausgehobenen Position der Literatur in der Gesellschaft. Die Literatur definierte sich in erster Linie didaktisch, als »Vehikel der Moral«, sowohl staatstragend als auch die Herrscher mahnend. Seit jeher hatte dieses Literaturverständnis positive oder negative Folgen für den Literaten. Daher bestimmte in den ersten Jahren der Abrechnung mit der »Kulturrevolution« eine kämpferische, von verschiedenen ideologischen Positionen getragene gesellschaftspolitische Auseinandersetzung die literarische Szene. Dichter und Schriftsteller, voran Autoren aus den Reihen der »verlorenen Generation« der seit Ende der 60er Jahre auf dem Dorf angesiedelten Jugendlichen (*zhìqing*) und derer, die nach 1957 als »rechte Elemente« zu langjähriger Haft in Gefängnissen und Umerziehungslagern verschwunden waren und nun rehabilitiert wurden, rechneten in ihren Texten mit den Verbrechen der Kulturrevolution und Fehlentwicklungen vorangegangener Jahrzehnte seit 1949 ab. Kern der sogenannten »Narbenliteratur« (*shanghen wenxue*) und »Literatur der Rückbesinnung« (*fansi wenxue*), vor allem auch der »hermetischen Lyrik«, war das Ringen um Rückgewinnung eines humanistischen Menschenbildes. Die Literatur wurde gerade deshalb Ausgangspunkt grundlegender politischer und ideologischer Auseinandersetzungen, denn der Humanismus war seit Ende der 50er Jahre als bürgerlich-revisionistische Ideologie bekämpft worden (vgl. Dschou Yang 1961, 57-69). In dieser Phase des Kampfes um Humanisierung war die Literatur bei aller Tragik von starken Idealen getragen. Ihre Bedeutung ging weit über einen rein ästhetischen Wirkungskreis hinaus.

Die zunehmende marktwirtschaftliche Orientierung, durch die sich auch in der Kultur unabhängigere Strukturen herauszubilden begannen, sowie die stärkere Öffnung zum Ausland wurden in der zweiten Hälfte der 80er Jahre von vielen Autoren als Chance für eine freiere Entfaltung der Literatur wahrgenommen. Gleichzeitig desillusionierten die Tatsache, dass die Demokratisierung der Gesellschaft behindert wurde, ebenso wie der Widerspruch zwischen propagierter und erlebter Realität viele Autoren. In ihren Werken verstärkte sich eine kritische Sicht auf die Wirklichkeit, die wie zu Beginn der 80er Jahre in zugespitzter Tragik ihren Ausdruck fand. Die Mehrheit der Erzähler suchte dabei den Rezeptionsgewohnheiten der Leser gerecht zu werden, die vom literarischen Werk seit jeher Orientierungshilfen, Erkenntnisse und Leitbilder erwarteten.

Als Beispiel soll die Erzählung *Roter Staub* (*Hongchen*) aus dem Jahre 1986 von Huo Da (geb. 1945) angeführt werden.² Die in einer kleinen Peking-Gasse angesiedelte Geschichte wurde als Allegorie auf den Zustand der Gesellschaft, auf politischen

2 Huo Da, *Hongchen*, in: *Huacheng*, Nr. 3, 1986; Neuaufl. in Buchform Peking 2005

Opportunismus und Muckertum gelesen. Erzählt wird die Tragödie der angesehenen Frau eines Rikschafahrers. Im mittleren Lebensalter gerät sie während einer Säubekampagne 1965 wegen ihrer bis dahin unbekanntem Vergangenheit – sie war sehr jung an ein Bordell verkauft worden – in die Mühlen politischer Machtkämpfe und Verfolgungen. Nach der Kulturrevolution weiterhin als Hure abgestempelt, nimmt sie sich in den 80er Jahren aus Verzweiflung das Leben. Die Frau ohne eigenen Namen wird nicht nur das Opfer der sie schikanierenden Straßenbeauftragten, die in allen Wendungen der Politik stets oben zu schwimmen und Karriere zu machen weiß, sondern vor allem auch Opfer intoleranter Nachbarn, die als bereitwillige Sklaven des Stärkeren ihr Selbstwertgefühl durch die Demütigung der Schwächeren zu steigern suchen.

Anderen Autoren erschien die Wirklichkeit mit herkömmlichen erzählerischen Mitteln nicht mehr darstellbar. Sie suchten einen Ausweg bei der westlichen Literatur. Bereits seit Ende der 70er Jahre hatten Autoren wie Zong Pu (geb. 1928), Wang Meng (geb. 1934), Shen Rong (geb. 1936), Gao Xingjian (geb. 1940) und andere begonnen, mit bisher verfeimten ausländischen Stilmitteln und Techniken, wie dem inneren Monolog, dem *stream of consciousness*, surrealen Erzählweisen usw., bei der künstlerischen Umsetzung ihrer Anklage und Suche nach Idealen zu experimentieren. Unter dem Einfluss postmoderner westlicher literarischer und wissenschaftlicher Strömungen suchten ab Mitte der 80er Jahre nun unabhängig voneinander etliche neue Autoren ihre Vorstellungen – die wesentlich auch von Desillusionierung bestimmt waren – in für die chinesische Literatur neuen Formen literarisch umzusetzen. Es begann bei den sog. »Modernisten« (*xiandai pai*), deren Texte bereits Ratlosigkeit und den Zweifel an vorhandenen Wertmaßstäben erkennen lassen. Wesentlich wirkte dabei das Vorbild der westlichen Moderne. Die Literaturkritik stand dem neuen Trend recht hilflos gegenüber und suchte die durchaus von unterschiedlichen Motiven ausgehend in der zweiten Hälfte der 80er und beginnenden 90er Jahre verschieden schreibenden Autoren anhand ähnlicher stilistischer Merkmale angelehnt an westliche Strömungen als »modernistische«, »neorealistic« oder »avantgardistische« Schreiber zu klassifizieren. »Neorealistic« Schreiber wie Chi Li (geb. 1957), Fang Fang (geb. 1955), Liu Zhenyun (geb. 1958), Li Xiao (geb. 1950), Liu Heng (geb. 1954), die sich von den realitätsfernen Heldenbildern des sozialistischen Realismus chinesischer Prägung abwandten, unterliefen zunächst in einer Mischung aus naturalistischen und modernistischen Elementen ihrer Texte traditionelle Klischees über Rolle und Charakter einzelner Klassen und Schichten. »Avantgardisten« wie Ge Fei (geb. 1964), Hong Feng (geb. 1957), Yu Hua (geb. 1960) und weitere ersetzten traditionelle Erzählstrukturen durch experimentelles Schreiben, bei dem trotz sorgfältig ausgearbeitetem Sujet besonderer Wert auf eine ausgeklügelte Form und innovative Sprache gelegt wurde (vgl. u.a. Müller 1996, Sturm 1997, Xiaobin Yang 2002).

Charakteristisch für die neuen Strömungen in der Literatur ist die Ablehnung einer direkten Belehrung des Lesers durch »positive Helden« oder eine bewertende Sprache. Feste Leitbilder wurden dekonstruiert, eine einzig geltende Wahrheit in Frage gestellt. Auch bereits prominente Autoren nutzten Prinzipien postmodernen Gestaltens, wie die bekannte Erzählerin Wang Anyi (geb. 1954) in ihrer

Erzählung *Geschichte vom Onkel* (*Shushu de gushi*, 1990), zu dem Versuch, konventionelle (männlich institutionalisierte) Geschichtsvorstellungen zu widerlegen. Eine experimentelle Phase durchliefen auch die Lyrik (vgl. Keller 2000) und teilweise sogar die Unterhaltungs- und Trivalliteratur. Die Kommerzialisierung machte eine straffe zentrale Lenkung des Literaturbetriebes zunehmend unmöglich, eine »Hauptströmung« als maßgebliches Wertkriterium konnte nicht mehr ausgemacht werden.

Seit den 90er Jahren veränderte sich die Literatur erneut. Die Globalisierung erreichte auch die chinesische Literatur. Das betrifft sowohl die literarische Hochkultur wie auch besonders die Massenkultur. Die sozial engagierte nationale Literatur verlor im Gesamtmaßstab Boden gegenüber einer Flut seichter Unterhaltungsliteratur, trivialen Liebesschmonzetten, Seifenopern, gewaltverherrlichenden Thrillern, Kampfkunst- und Verbrechensliteratur, platten Historienschinken. Zunächst aus westlichen Ländern oder auch Taiwan und Hongkong importiert, wurde das Schema dieser Genres bald kopiert und assimiliert, findet Verwendung sowohl für rein unterhaltende wie auch für propagandistische Zwecke und wird über das Fernsehen massenhaft auch von leseunkundigen oder bildungsfernen Schichten bis in entlegene Gegenden rezipiert. Es wäre eine reizvolle Aufgabe, zu untersuchen, wie sich in der Trivalliteratur Trash und Tradition treffen.

In der gesellschaftsbezogenen Literatur wirkt das Trauma des 4. Juni 1989 deutlich weiter. Zwischen diesen Polen entwickelt sich die chinesische Literatur höchst widerspruchsvoll und ist – abhängig von den Wendungen der gesellschaftlichen Entwicklung, der Kulturpolitik und international modischen Trends – auch wechselnden aktuellen Akzenten unterworfen. Aus kurzer zeitlicher Distanz verbietet sich daher der Anspruch auf ein gültiges Urteil. Deutlich werden größere Individualität und gewachsene künstlerische Fähigkeiten einzelner Autoren auf der einen und Eingliederung in weltweite Gleichmacherei und öde Monotonie von Inhalten und Schreibweisen auf der anderen Seite. Grundtendenzen sind eine weitere Aufarbeitung der Geschichte und die Hinwendung zur aktuellen Gegenwart.

Die heutige Aufarbeitung der Geschichte, und zwar historischer Vorgänge im nationalen Maßstab, wie naturgemäß eng damit verbunden auch der ganz persönlichen oder Familiengeschichte, lässt deutlich unterschiedliche Standpunkte und Zielsetzungen erkennen. Historische und Erinnerungsliteratur entstand bereits nach Gründung der Volksrepublik in den 50er Jahren. Die Texte – damals wie heute zur Dokumentar- wie auch der erzählenden Literatur und Dramatik zu zählen – waren seinerzeit vorwiegend auf revolutionäre Ereignisse und Persönlichkeiten fokussiert, ihre Veröffentlichung folgte insgesamt gesehen einem politisch-didaktischen Zweck. Andererseits bot der Spiegel der Geschichte wie seit jeher auch die Chance, durch allegorische Anspielung abweichende Meinungen kundzutun und die unmittelbare Zensur zu umgehen, wie das Beispiel des historischen Dramas im politischen Richtungsstreit der beginnenden 60er Jahre zeigt (vgl. Wagner 1990).

Wie in der übrigen Welt wird heute in China viel Erinnerungsliteratur konsumiert. Stärker als anderswo aber bieten Memoiren, Biographien, Autobiographien, Fernsehdokumentationen, Essays usw. auch Ersatz für die Unzulänglichkeit der

offiziellen Geschichtsdarstellung. Vieles fällt unter die Kategorien Huldigungs-, Selbstbeweihräucherungs- und Rechtfertigungsliteratur. Biographien und Memoiren revolutionärer Helden, neuerdings wieder verstärkt Militärs, dienen meist didaktischen Zwecken. In diesem Zusammenhang mag der anachronistisch anmutende, aber in Abständen bis ins neue Jahrhundert immer wieder offiziell gepuschte Kult um den Modellsoldaten Lei Feng aus den 60er Jahren interessieren (vgl. Steen 2004).

Daneben erscheinen seit den 80er Jahren künstlerisch wertvolle und historisch aufschlussreiche persönliche Erinnerungen. Beispielsweise die aus kritischer Selbstsicht verfassten *Gedanken unter der Zeit* (*Suixiang lu*, 1979/86, dt. Teilübers. 1985) des berühmten Schriftstellers Ba Jin (1904–2005) und die verzweifelt-sarkastischen Schilderungen aus Kampagnen gegen Intellektuelle und über Umerziehungslager während der Kulturrevolution aus der Feder der Wissenschaftlerin und Übersetzerin Yang Jiang (geb. 1911), wie *Sechs Skizzen aus der Kaderschule* (*Ganxiao liu ji*, 1981) und *Annalen 1966 und 1967* (*Bingwu dingwei nian jishi*, 1986). 2003 veröffentlichte Yang Jiang *Wir Drei* (*Women sa*), liebevolle Erinnerungen an ihren Mann, den Forscher und Autor Qian Zhongshu (1910–1998) und an ihre verstorbene Tochter, ein sehr privater Text, der eine neue Richtung der Dokumentarliteratur repräsentiert.

Im schicksalhaften Frühjahr 1989 erschien – zeitgleich mit einer »Mao Tse-tung-Welle« der biographischen Literatur – die unsentimental und ohne Selbstgerechtigkeit erzählte Autobiographie von Cong Weixi (geb. 1933), *Rückfall ins Chaos* (*Zou xiang hundun*, ab 1989, dt. Teilübers. 2000), die mit den dramatischen Verfolgungen während der Kampagne gegen »rechte Elemente« beginnt und dann sein jahrzehntelanges Leben als Sträfling in Umerziehungslagern nachzeichnet. Hier findet man bereits Reflexionen über den menschlichen Charakter, besonders über die chinesischen Intellektuellen.

In den Jahren des neuen Jahrhunderts ist die »Kulturrevolution« noch immer ein Thema der Memoirenliteratur. Dabei liegt der Akzent bisweilen stärker auf der ökonomischen Unsinnigkeit kulturrevolutionärer Politik und der nutzlosen Vergeudung von Arbeitskraft in den Arbeitslagern für Intellektuelle, wie in *Tausend Tage Kaderschule Xianning* (*Xianning ganxiao yiqian tian*, 2000, vorher 1993 in Taiwan) von Yang Jingyuan. Während der »Umerziehung zu neuen Menschen mit roten Herzen« wurde das Leiden der Sträflinge zum Ziel an sich. Jahrelang mussten hunderte Menschen unter schwersten Bedingungen bei der Erschließung einer entlegenen Bergregion schuften, dabei war ihre Arbeit von vornherein nutzlos, weil grundlegende Voraussetzungen für einen Erfolg fehlten – es gab dort kein Wasser. Nach ihrem Abzug wurde die Basis dem Verfall preisgegeben. Ähnlich die im Buch enthaltene minutiöse Schilderung der grotesken Vorgänge um die von Mao Tse-tungs Frau Tschiang Tsching persönlich angeordnete Übersetzung einer im amerikanischen Original für den Schulgebrauch gedachten Biographie des »Befreiers der schwarzen Sklaven« Abraham Lincoln. Drei Jahre lang wurden unter immensen Kosten Heerscharen von Menschen dafür eingesetzt, bis es in der vorgesehenen Form schließlich 1977 fallen gelassen wurde.

In einer Mischung aus Erlebnisbericht und historischer Recherche thematisiert in den letzten Jahren häufiger die jüngere Generation das Leben ihrer Eltern. So fügt Yang Jingyuan dem eben erwähnten Buch auch eine neue Biographie ihrer

Mutter Yuan Changying (1894-1973) bei, die als in Europa ausgebildete Theaterwissenschaftlerin und Dramatikerin an der Universität Wuhan lehrte und als aktives Mitglied der Demokratischen Liga Chinas (*Zhongguo minzhu tongmeng*) und des Schriftstellerverbandes auch in führenden Gremien der Stadt vertreten war. Sie wurde nach 1957 entlassen, als »rechtes Element« und »historische Konterrevolutionärin« verurteilt und in der »Kulturrevolution« in ihr Heimatdorf in der Provinz Hunan verbannt, wo sie 1973 starb. Die Biographie ist ein relevanter Beitrag zu Lebenswerk und Schicksal der ersten Generation moderner chinesischer Wissenschaftlerinnen und Autorinnen.

Tochter eines hohen Kadern ist die Wissenschaftlerin Zhang Yihe (geb. 1942), die in ihrem inhaltlich wie literarisch beachtlichen Buch *Das Vergangene ist nicht Schall und Rauch* (*Wangshi bing bu ru yan*, 2004) an ihre Eltern und deren Freunde, Weggefährten und Bekannte erinnert. Ihr Vater Zhang Bojun (1895-1969), der u.a. 1922-1926 an der Berliner Universität Philosophie studiert hatte, war Spitzenfunktionär der Demokratischen Liga und der Demokratischen Partei der Bauern und Arbeiter (*Nong gong minzhu dang*) und nach 1949 zeitweise Verkehrsminister. Er geriet bereits 1957 in den Strudel politischer Auseinandersetzungen. Auf der Grundlage eigener Erinnerungen und intensiver Nachforschungen lässt die Autorin differenzierte Lebensbilder führender Persönlichkeiten aus der Demokratischen Liga entstehen. Hier seien einige genannt: Shi Liang (1900-1985), prominente Juristin, Justizministerin 1949-1959; Chu Anping (1909-1966), kurzzeitig Chefredakteur der Tageszeitung *Guangming Ribao*, der, bereits seit 1958 als »rechtes Element« verfolgt, zu Beginn der »Kulturrevolution« unter ungeklärten Umständen starb; Luo Longji (1898-1965), Forstminister; auch weitere Politiker, Schauspieler und Künstler. Aus dem Mosaik der Einzelschicksale entsteht ein Zeitbild, das bis ins Detail auch die abhängige Existenz der offiziell eigenständigen kleinen Parteien nachzeichnet.

Als letztes Beispiel sei die Biographie der bekannten Schriftstellerin Yang Mo (1914-1995) genannt, die ihr Sohn Ma Bo (geb. 1947) unter seinem Schriftstellernamen Lao Gui veröffentlichte. Bereits in seinem autobiographischen Reportageroman *Blutrote Dämmerung* (*Xuese huanghun*, 1987) – Lebenszeugnis eines ungebärdigen »Rotgardlers« und späteren »Konterrevolutionärs« während der Kulturrevolution – kam der Gefühlskälte der Mutter gegenüber dem Sohn eine Schlüsselrolle zu. In *Das Leben der Yang Mo* (*Yang Mo zhuan*, 2005) findet der um eine objektive Haltung bemühte Sohn subjektive und gesellschaftlich bedingte Ansätze zu einer Erklärung ihres Wesens, die ein facettenreiches Bild der Einzelperson und ihrer Zeit ergeben. Der Leser gewinnt Aufschluss über die übermächtige Gewalt von Herkunft und Ideologie auf Schicksal und Verhalten eines Menschen in China.

Der Verlust der Ideale und traumatisierende Erfahrungen der ausgehenden 80er Jahre sowie der Globalisierungsschock veränderten in den beginnenden 90er Jahren auch die erzählende Literatur. Zum einen wurde provozierende Gesellschaftskritik stärker durch Gleichnisse verfremdet. In dem später verbotenen Roman *Die verkommene Hauptstadt* (*Fei du*, 1993) zeichnete der zur westchinesischen Regionalliteratur zählende Schriftsteller Jia Pingwa (geb. 1953) das Leben in einer

fiktiven Großstadt: Bevölkert mit korrupten Kadern des Partei- und Staatsapparates, kleingeistigen Intellektuellen, Neureichen der Marktwirtschaft, allesamt unfähig, sittlich verkommen, beherrscht von erotischen Ausschweifungen. Chi Li, Mitte der 80er Jahre mit desillusionierenden »neorealistischen« Erzählungen aus dem Arbeitermilieu von Wuhan bekannt geworden, veröffentlichte 1994 die bittere politische Parabel *Mensch und Wolf vor dem Hintergrund einer Wüste* (*Yi shamo wei beijing de ren yu lang*): Ein mit seinem Lastwagen in der Gobi liegengebliebener junger Soldat fällt nach verzweifelter Gegenwehr einem Wolfsrudel zum Opfer. Gleichzeitig entledigen sich die alten erfahrenen Wölfe ihrer jungen machthungrigen Heißsporne, indem sie diese in vorderster Kampflinie verbluten lassen.

Zum anderen wandten sich namhafte Autoren dem Schreiben von Unterhaltungsliteratur zu. Sie entsprachen damit einem wachsenden Bedürfnis nach Geschichten von Liebe, Familienintrigen und abenteuerlichen Thrillern. Signifikant für diesen Trend war die ab 1993 erscheinende Romanreihe *Stofftiger* (*Bulaohu*), in der entsprechende Werke von Autoren wie Tie Ning (geb. 1957), Wang Meng, Liang Xiaosheng (geb. 1949), Zhang Kangkang (geb. 1950), Zhao Mei (geb. 1954), einstiger Avantgardisten wie Ye Zhaoyan (geb. 1957) oder Hong Feng oder auch der als »neorealistische Autorin« bekannt gewordenen Fang Fang publiziert wurden. All diese Autoren hatten seit den späten 70er Jahren maßgeblich an der Erneuerung mitgewirkt und mussten sich zeitweise heftiger Attacken von politischer Seite erwehren. Das Phänomen lässt daher nicht nur das für diese Jahre charakteristische Verfließen der Grenzen zur populären Literatur erkennen, sondern bedeutete zugleich eine Abkehr von aktuell relevanten Problemen und von einer Intervention in die Gesellschaft.

Des Weiteren veränderte sich das Herangehen an Themen aus den ersten drei Jahrzehnten der Volksrepublik. Als Beispiel dafür mag der auch in Deutschland bekannte Erzähler Yu Hua dienen, der ehemals zur postmodernen Avantgarde zählte. Er veränderte nicht allein seine Schreibweise und entspricht nun mehr dem Leserbedürfnis nach einer von Anfang bis Ende erzählten vollständigen Geschichte. Er spiegelt auch den Wandel der Geschichte. In Romanen wie *Leben!* (*Huo zhe!*, 1992, dt. 1998), *Der Mann, der sein Blut verkaufte* (*Xu Sanguan mai xue ji*, 1995, dt. 2000) und *Brüder* (*Xiongdi*, 2005) verstärken sich Desillusionierung gegenüber dem politischen Establishment und ein erneuter Ruf nach Humanismus. In frühen Werken, wie insbesondere in dem berührenden Roman *Hibiskus* (*Furongzhen*, 1981, dt. 1986) von Gu Hua (geb. 1942), der wie Yu Huas Romane in der »Kulturrevolution« angesiedelt ist, standen bereits wie bei letzterem einfache Leute und ihr verzweifelt Ringen um Liebe und Menschlichkeit im Mittelpunkt. Aber es gab in diesem wie auch anderen zeitgenössischen Texten (v.a. solchen, die wirtschaftliche Reformen thematisierten) noch die Figur eines »wahrhaft sozialistischen Kaders« als Inkarnation des Rettung bringenden Helden. Bei Yu Hua (wie im übrigen auch bei anderen Autoren) erscheint die Kulturrevolution nicht mehr als grausame, aber temporäre Entgleisung der Geschichte, sondern in mehrfacher Hinsicht schon als Metapher. Wohl auch als Reflex auf jüngere Ereignisse ruht die Hoffnung auf Menschlichkeit einzig auf Figuren aus dem Volk.

Die von Frauen geschriebene Literatur, die traditionell Emanzipation und Gleichberechtigung thematisierte und nach 1986 großen Anteil an der Wiedergewinnung des – nach 1949 vergesellschafteten – individuellen Menschenbildes hatte, schlug in den 90er Jahren neue Wege ein. Einerseits begannen neue Autorinnen unter dem Einfluss der Psychoanalyse die weibliche Seele zu erforschen. Sie thematisierten dabei auch die Sexualität der Frau, lesbische Erfahrungen und Erwachen geschlechtlicher Neugier in früher Kindheit, wie Chen Ran (geb. 1962) und Lin Bai (geb. 1958) u.a. in ihren Romanen *Das eigene Leben* (*Siren shenghuo*, 1996) bzw. *Einsame Kämpfe* (*Yige ren de zhanzheng*, 1994). Sie gingen dabei auch dem Verhältnis von Geist und Verlangen, Gefühl und Erotik, Frau und Mann, Frau und Frau, Tochter und Eltern nach, was einer Suche nach der Ganzheit des Menschen gleichkommt. Im chinesischen Denken wurden Körper und Seele traditionell streng getrennt, was letztlich auch in den asketischen Menschenbildern in der Literatur aus den ersten siebzehn Jahren der Volksrepublik seinen Ausdruck fand. Besonders die Sexualität der Frau galt (und gilt vielfach bis heute) als anstößig. Die nicht mehr von feudalem Denken, sondern eher von städtischer Aufgeklärtheit bestimmten neuen Denkansätze dieser Autorinnen bedeuteten einen Angriff gegen immer noch geltende Konventionen und hatten seinerzeit erhebliche persönliche Folgen für sie. Im Gegensatz zu diesen Versuchen definiert sich in der seichten Körperschreibe der gegenwärtigen Trivialliteratur à la *Shanghai Baby* die Frau nur noch über Sexualität. Auch andere literarische Tabus wurden in dieser Zeit von Autorinnen angegriffen, wie z.B. das Sterben (nicht der Tod an sich).

Texte, die von der Vergangenheit einen weiten Bogen bis zur Gegenwart spannen, haben heute oft einen skeptischen Blick auf die Möglichkeiten des Menschen und der Literatur. So Zhang Jie in ihrem dreibändigen Romanwerk *Ohne Worte* (*Wu zi*, 1998–2002), das 2005 den höchsten chinesischen Preis für Romane erhielt. Sie betrachtet darin die chinesische Geschichte des 20. Jahrhunderts am Schicksal von Frauen dreier Generationen: Alle Bemühungen um Veränderung bestehender Verhältnisse scheinen vergeblich, soziale Revolutionen ebenso wie spezifisch der Kampf um eine wirkliche Gleichstellung der Frau. Die Autorin, deren auch in Deutschland erfolgreiches früheres Erzählwerk, wie die Erzählung *Die Arche* (*Fangchuan*, 1982, dt. 1985) als feministisch gefeiert wurde (obwohl sie sich selbst nie für irgendeine Strömung vereinnahmen lassen wollte), lässt die weibliche Hauptfigur von *Ohne Worte* schließlich den Verstand verlieren. Das bedeutet nicht allein, dass die Autorin die immer noch dominierenden androzentrischen Machtverhältnisse als unveränderbar ansieht. Sie sieht die Ursache für das Scheitern ihrer Hauptperson auch in der traditionell verwurzelten mentalen Unterlegenheit der Frau, also bei der Frau selbst. Die Mutter, eine anerkannte Lehrerin, und ihre Tochter, die Hauptfigur Wu Wei, eine emanzipierte und international berühmte Autorin, können sich bis zum Tode nicht aus gefühlsmäßiger Abhängigkeit von Männern lösen, deren geistige und moralische Unterlegenheit sie lange erkannt haben.

Einen resignierten bis fatalistischen Blick glaubt man auch in Mo Yans (geb. 1956) neuestem Roman *Die Erschöpfung des Lebenskreislaufes* (*Shengsi pilao*, 2006) zu erkennen, der die chinesische Entwicklung seit den 50er Jahren bis zur

Gegenwart thematisiert. Der Autor, der seine Aussage auch in früheren Werken in verschiedener Weise verschlüsselt hat, knüpft bei der Darstellung des Kampfes um die wichtigsten Ingrediencien der Existenz – Boden und Frau – an die buddhistische Wiedergeburtstheorie und alte chinesische Geistergeschichten an. Im ewigen Kreislauf der Verwandlung lässt er seinen Helden durch die Hölle gehen und mehrere Reinkarnationen in verschiedenen Tierkörpern durchleiden, bis er in der Gegenwart schließlich geläutert wieder zum Menschen wird.

Bei Texten, die in der unmittelbaren Gegenwart angesiedelt sind, hat dokumentarische Literatur einen hohen Stellenwert. Die Reportageliteratur trägt wie früher Doppelcharakter: zum einen propagiert sie affirmativ offizielle Politik, zum anderen nähert sie sich der Realität kritisch und deckt Missstände und Verbrechen auf (vgl. Klaschka 1998). Besonders aufschlussreich sind lokale Printmedien. Ohne landesweite Verbreitung bringen sie häufig Fälle von Korruption und Bestechlichkeit von Amtsträgern, gravierende Umweltzerstörung, illegale Machenschaften in der Wirtschaft und bei der Geburtenkontrolle, Verstöße gegen die Hygiene in der Lebensmittelproduktion, ungeahndete Mordfälle usw. an die Öffentlichkeit. Beispiel für eine immense Wirkung von Reportagen ist das gründlich recherchierte Buch *Zur Lage der chinesischen Bauern* (*Zhongguo nongmin jiaocha*, dt. 2006, vgl. die Rez. in diesem Band) von Chen Guidi und Wu Chuntao, das 2004 im renommiertesten chinesischen Literaturverlag erschien und noch im gleichen Jahr mit dem Weltpreis für literarische Reportage, dem Lettre Ulysses Award, ausgezeichnet wurde. Nachdem neue Auflagen unterdrückt wurden, fand das Buch weiter millionenfache Verbreitung durch Raubkopien. Reportagen liefern oft Material für andere literarische Genres.

Bedingt durch die allgemeine Urbanisierung verlagert sich der Bezugspunkt der Literatur allmählich vom Dorf in die Stadt. Nachdem die Stadt als Ort der Literatur nach 1949 ausgelöscht wurde, entsteht dort wieder eine reiche Literatur voller Widersprüchlichkeiten. Stadt bedeutet darin Modernität, hohe Lebensqualität und Entwicklungschancen, vor allem für Frauen, aber auch Verbrechen, Einsamkeit und Kälte. Die Gegenwartsliteratur bietet zudem genügend Gelegenheit, die Auswirkungen der wachsenden Rolle der Stadt auf das Denken der Landbevölkerung zu studieren, so in den Erzählungen des Autors Liu Qingbang (geb. 1951). In Deutschland wurde er bekannt, als *Blinder Schacht* (*Mang jing*), die Verfilmung seiner Erzählung *Göttliches Holz* (*Shenmu*, 2002, in: Liu 2003, 177-273), im Jahre 2003 mit dem Silbernen Bären der Berlinale ausgezeichnet wurde. Liu schreibt ungeschönt über Probleme der Gegenwart, sucht dabei immer nach einem versöhnlichen Ende und seziert präzise Leben und Denken der Menschen auf dem Dorfe. Seine Erzählungen sind oft getragen von Wehmut über Landflucht und Verfall der Dörfer, die Stadt wird aus der Sicht des Dorfes zwar als begehrenswerter Ort, nicht aber als Perspektive oder Zuflucht gesehen. Das komplizierte Problem der Stadtliteratur kann aus Platzgründen hier nicht vertieft werden, es bedürfte eines gesonderten Aufsatzes. Ebenso wäre es notwendig, mehr über die Literatur der Nationalen Minoritäten zu sagen. Einige ihrer Autoren sind sehr bemerkenswert, wie der in China wie im Ausland hochgeschätzte tibetische Schriftsteller Alai (geb. 1959), der in seinem

Roman *Roter Mohn* (*Chen' ai luoding*, 1998, dt. 2004) – der Geschichte einer Fürstenfamilie – gekonnt tibetische Volkstradition mit moderner Schreibweise verbindet, zu allgemeinmenschlichen Fragen vordringt und vor allem eines beweist, was in der realitätsbeflissenen chinesischen Literatur eher selten ist: reiche Phantasie.

Die aktuellen Klagen über mangelndes Intervenieren der Literatur in die Gesellschaft resultieren nicht allein aus abnehmendem Interesse der Leser an affirmativer oder didaktischer Literatur oder aus der Zunahme seichter Unterhaltungsliteratur, sondern auch aus einem immer stärkeren Rückzug der Literatur in private Bereiche (vgl. Huang 2005). Dem wäre entgegenzusetzen, dass sich nur die Form verändert hat, mit der das Werk einer Reihe von Autoren heute weiterhin gesellschaftsrelevante Fragen aufwirft. Ein Beispiel wäre He Liwei (geb. 1954). Im Vorwort zu seinem Buch *Ihr seid das Volk* (*Dahao shi renmin*, 2005) polemisiert er gegen die pauschale Verwendung des Begriffes »Volk«. Seit seiner Schulzeit werde dieses Wort inflationär verwendet, doch letztlich sei ihm nie klar geworden, was es eigentlich bedeutet. »Es war zu abstrakt, zu vage und inhaltsleer, schien mir sogar etwas verlogen zu sein« (Vorwort). Er skizziert in dem Buch 56 Menschen aus verschiedenen Lebensbereichen und Schichten und macht die Motive ihres Handelns sichtbar. Bei Reichen wie Armen, Spekulanten wie Wirtschaftspionieren, Intellektuellen wie Gelegenheitsarbeitern sind das vor allem Lebenserhalt, Zukunft der Kinder, Liebe, Gier nach Reichtum, Besitz oder Macht, und nicht hehre patriotische Ideale.

Es bleibt abzuwarten, was unter der auf dem 6. Plenum des Zentralkomitees der KP Chinas im Oktober 2006 geforderten Rolle einer »harmonischen Kultur« bei der »Harmonisierung der Gesellschaft« zu verstehen ist und was sich daraus für die Literatur ergeben könnte.

Literatur

- Dschou Yang (Zhou Yang), *Der Weg der sozialistischen Literatur und Kunst in China*, Peking 1961
- He Liwei, *Dahao shi renmin* (Ihr seid das Volk), Peking 2005
- Huang Weiping, »Begierde, Sinnenleere und Liebessehnsucht. Eine Reise durch die Gefühlswelt der chinesischen Gegenwartsliteratur«, in: *minima sinica* 1, 2005, 81-91
- Keller, Raffael, *Die Poesie des Südens. Eine vergleichende Studie zur chinesischen Lyrik der Gegenwart*, Bochum 2000
- Klaschka, Siegfried, *Die chinesische Reportageliteratur*, Wiesbaden 1998
- Liu Qingbang, *Hulatang* (Erzählungen), Peking 2003
- Müller, Eva, »Postmoderne« Entwicklungen in der chinesischen Literatur und das Werk chinesischer Erzählerinnen der Gegenwart«, in: Christiane Hammer u. Bernhard Führer (Hg.), *Chinesisches Selbstverständnis und kulturelle Identität*, Dortmund 1996, 157-70
- Steen, Andreas, »Im Frühling kehrt Lei Feng wieder«. Zur Gesellschaftlichen und politischen Relevanz eines »Mustersoldaten« in der Postmoderne«, in: *Berliner China-Hefte*, 27. Jg., 2005, 96-123
- Sturm, Andreas, »Zwischen den Diskursen. Die chin. Neorealistische Erzählung«, in: *Oriens extremus*, 40. Jg., 1997, H. 1, 102-32
- Wagner, Rudolf G., *The Contemporary Chinese Historical Drama*, Berkeley 1990
- Xiaobin Yang, *The Chinese Postmodern. Trauma and Irony in Chinese Avant-Garde Fiction*, Ann Arbor 2002

Florian Flörsheimer

»Wir wollen kein Teil dieser Gesellschaft sein«

Zur Rockmusik in China

Der chinesische Transformationsprozess findet auch im Kulturellen statt. In den Großstädten, allen voran Shanghai und Peking, sind subkulturelle, das Establishment (noch) provozierende Milieus entstanden, mit durchaus ambivalentem Charakter: zum einen sind sie subversiv, weil sie sich gegen die verordnete Kultur habituell, stilistisch und in ihren Aussagen wehren, zum anderen sind sie selbst Produkt der neuen Konsumkultur.

1. »People are strange« – mit diesem Doors-Zitat eines jungen Rockmusikers beginnt *Beijing Bubbles*, ein Dokumentarfilm von Susanne Messmer und George Lindt über die Lebens- und Denkweise der Musiker und Musikerinnen von fünf Pekinger Punk- und Rockbands. Gemeinsam ist ihnen die Distanz bzw. Zurückgezogenheit von der chinesischen (großstädtischen) Mehrheitsgesellschaft. Sie wollen kein konformes und geregeltes Leben führen und lehnen es ab, sich Leistungs- und Konsumnormen unterzuordnen. Aussagen wie »Es bringt nichts, hart zu arbeiten«, »Wir brauchen Ruhe für die Musik« oder »Wir wollen kein Teil dieser Gesellschaft sein«, »Ich habe mich schon lange zurückgezogen« machen dies deutlich. Die Modernisierung erzeugt ein Bedürfnis nach Freiheit, das sie aber mit den angebotenen Mitteln des Konsums nicht befriedigen wollen oder können. Sie repräsentieren keine politisch-rebellische Jugendbewegung, sie wollen nicht politisch sein, werden es aber durch ihre Umgebung, durch den Kontrast zum bestehenden Konservatismus und aufkommenden Konsumismus. Was westlichen Augen vertraut vorkommt, stößt in China noch auf Unverständnis. »Die Leidenschaft und der Humor dieser Musiker«, sagen die westlichen Filmemacher, beide Jahrgang 1971, »erinnern an Zeiten, als Punk in Europa noch das große Ding war. Wir hatten das Gefühl, als wäre er jetzt auf die andere Seite des Erdballs gerutscht. Wir sind mit Punk groß geworden, wir haben erlebt, wie er zur leeren Mode wurde – und waren gerührt, dass sein seltsames Pathos, sein heiliger Ernst und seine lieben Attitüden für uns hier wieder eine Daseinsberechtigung bekamen.«

Durch die abwechselnde Fokussierung auf Leben und Musik der Bands und dem »normalen« Alltag zeichnet der Film scharfe Kontraste. Riesige Einkaufszentren, überfüllte Straßen wechseln mit Müllsammlern und Straßenhändlern, Schlager-Bars mit subkulturellen Szene-Treffs oder Parks, in denen Revolutionslieder gesungen werden. Peking steht stellvertretend für das moderne China: dem Widerspruch zwischen Modernisierung und Wachstum einerseits und der Unzufriedenheiten und sozialen Diskrepanzen andererseits. Der Film veranschaulicht, dass China auch kulturell auf dem besten Weg ist, ein »ganz normales kapitalistisches« Land zu werden.

2. Entstanden ist die chinesische Rockmusik in den 1980er Jahren in Peking vornehmlich durch Kontakt mit westlichen Ausländern. Die Reformen ab 1978 ermöglichten eine, anfangs noch sehr vorsichtige kulturelle Öffnung. Es entstand eine breitgefächerte Populärkultur, neben der westlichen und asiatischen Pop- und Schlagermusik und der staatlich geförderten Gangtai-Musik auch Rockmusik. Von staatsoffizieller Seite beargwöhnt, denn sie galt als (potenziell) subversiv, wurde diese anfangs hauptsächlich von ausländischen Plattenfirmen gefördert und produziert. Die Gemeinde der Musiker und Musikerinnen, meist Musikstudenten oder Autodidakten, war klein und aufgrund fehlender (finanzieller) Unterstützung auf gegenseitige Hilfe angewiesen. Der bekannteste und erfolgreichste Repräsentant der Rockmusik der Anfangsjahre war Cui Jian.¹ Dessen subtil-kritische Texte, trafen am besten die Gefühlslage der »Deng-Xiaoping-Generation«, die mit der Öffnung aufgewachsen war, aber auf die Liberalisierung der (politischen) Kultur vergeblich wartete. So wurde eines seiner ersten Lieder, *Ich habe gar nichts*, zu einer Art Hymne während der 1989er-Proteste. In freier Übersetzung:

Immer hab ich dich gefragt, wann du mit mir gehst!
 Doch ich stand mit leeren Händen dar, und du lachtest nur!
 [...]
 Unter mir lief die Erde davon, neben mir das Wasser
 Doch ich stand mit leeren Händen dar, und du lachtest nur!
 [...]
 Ich sag dir, ich habe nun lange gewartet
 Ich möchte deine Hände packen, dass du mit mir kommst.
 Deine Hände zittern ja, nun kommen dir die Tränen
 Heißt das, dass du sagen willst,
 Es sind die leeren Hände, die du liebst?
 Oh, komm! Was hält dich noch?

Der Text eignete sich gut zur Identifikation für die vielen jungen Chinesen, die sich aufgrund ihrer Armut nicht integriert fühlten. Er drückt den Wunsch nach der Befreiung vom »Gestern« aus (vgl. Yu-Dembksi 1993). Die Brisanz dieses Liedes liegt auch im individualistischen Verständnis von Liebe, das dem traditionellen, an Partei und Vaterland gebundenen widerspricht. Daher rief Cui Jians Musik auch heftige Reaktionen der politischen Führung hervor.

Rockmusik galt Vielen als Möglichkeit der individuellen Befreiung, als dafür sinnvolle Ausdrucksweise. Und die Bedingungen, unter denen sie geschrieben, gespielt und produziert wurde, hatten selbst etwas Rebellisches. Anders als die Schlagermusik wurde sie nicht von staatlich beauftragten (und kontrollierten) Produzenten und Interpreten bestimmt, sondern von den Musikerinnen und Musikern sowie ihrem Publikum selbst. Die Musik dieser Generation wandte sich nicht völlig von der Partei und der Idee einer sozialistischen Gesellschaft ab, sondern suchte

1 Der Titel »Beijing Bubbles« spielt auf einen Film von 1993 mit dem Titel »Beijing Bastards« an, der von Cui Jian und seiner Band handelt und als Pionierarbeit des neuen chinesischen Untergrundfilms gilt. Er darf in China nicht gezeigt werden.

konstruktive Kritik zu üben. Doch das Emotional-Rebellische dieser Musik ließ sich weder mit den Ordnungsvorstellungen der konservativen Gesellschaft vereinbaren noch der kommunistischen Parteidisziplin einfügen, was zur Folge hatte, dass öffentliche Auftritte selten genehmigt wurden. Diese neue Subkultur schien wenig bis gar nicht geeignet für den ›Aufbau des Sozialismus‹ und wurde somit auch nicht integriert.

3. *Nach dem 4. Juni 1989.* – In *Beijing Bubbles* sieht man einen der Musiker, Sha Zi, der die Ereignisse vom Sommer 1989 als Teenie erlebte, über den Platz des Himmlichen Friedens gehen und hört ihn, auf die »Große Halle des Volkes« deutend, sagen: »Some really bad ideas come out from this building«, und »Thousands of people raise their hand for one act and nobody says ›no‹«. Die Erfahrungen des brutalen Umgangs der Autoritäten mit der Demokratiebewegung wirkten sich auf die Rockmusik aus. Die Enttäuschung bzw. das Bewusstwerden über die autoritär gesetzten Grenzen ließ die Hoffnung verkümmern, mit der Musik eine kulturelle Liberalisierung einzufordern und zu ihr beizutragen. Die Musik veränderte sich: die Anzahl der Rockbands nahm zu, doch der rebellische Geist nahm ab. Es wurde wichtiger, als Musiker kommerziell erfolgreich zu werden, deshalb fügten sich viele der Zensur bzw. einer politisch auf Linie liegenden Musikindustrie. Das ermöglichte die Wahrnehmung durch den populären Mainstream. Staatliche Plattenfirmen widmen sich der (begrenzten) Veröffentlichung weichgespülter Rockmusik. Mit Hinweisen auf die Produktionsvielfalt und die Verkaufszahlen konstatiert Andreas Steen (1995), langjähriger Beobachter auf diesem Gebiet, den Wandel der chinesischen Rockmusik von einem Untergrund-Phänomen zu einem kommerziellen Produkt populärer Kultur. Die zunehmende Individualisierung und die steigenden Einkommen bringen die Musikindustrie dazu, neuen Trends zu folgen bzw. immer mehr auf die differenzierten Bedürfnisse der Konsumenten einzugehen – und somit auch die Rockmusik immer mehr zu vermarkten. Die Industrie orientiert sich tendenziell stärker ›am Kunden‹ als an politischen Normen. Die Umsätze der chinesischen Musikindustrie sind in den letzten zehn Jahren sprunghaft gestiegen. Kommerziell produziert werden die unterschiedlichsten Stile: sozialistischer Pop, Gangtai-Unterhaltungsmusik, Jazz, Heavy Metal und Mainstream-Rock ebenso wie New Wave und Punk. Dabei wird die Produktion vermehrt von unabhängigen privaten chinesischen Unternehmen organisiert. Rockmusik läuft unter dem neuen Label »New Sound« oder »98 Rock's New Wave«, vertreten von Bands wie *New Pants* (die in *Beijing Bubbles* vorgestellt wird), *Sober*, *The Fly* oder *Catcher in the Rye*. Hierbei handelt es sich allerdings fast ausschließlich um unpolitische, spaßorientierte Musik.

Der neue Hedonismus beißt sich mit der idealistischen Position der älteren Generation, insbesondere derjenigen Cui Jians. Im Geiste der klassischen chinesischen Philosophen wie auch Schopenhauers, Nietzsches und Sartres kritisiert dieser diese Musiker für ihre Oberflächlichkeit und als ›eine Generation von Scharlatanen ohne Kultur‹. Für Cui hat Rockmusik eine Bedeutung und eine bestimmte Botschaft; in ihrer Funktion als kulturelle Kraft sollte sie auf soziale Veränderungen hinzielen oder zumindest die Menschen zum Denken anregen (Steen 2000)

Diese neue Musikbewegung passt sich den kulturindustriellen Formen an, ihre Akteure provozieren teilweise aber dennoch: eben dort, wo sie das subkulturelle Milieu (noch) nicht verlassen haben und eine marktgerechte Verwertung noch aussteht. So z.B. die Frauenpunkband *Hang On The Box*, die dem Protest gegen die Unterdrückung und Diskriminierung von Sexualität und Feminismus durch Partei und Staat Ausdruck verleiht. Sie schreiben emotional-aggressive, anarchistische Lieder wie »Bitch« oder »Asshole, I'm not your baby« oder »Im not sexy«:

I gotta go I gotta go / Everybody feels me no sexy / But my baby feel me sexy / I say pretty body is not important / Most important is you love me // la la la you love me ... / I gotta go I gotta go / You feel me not sexy / I'm so sexy / You feel me not sexy / I'm so sexy // No sexy No sexy No ... / Everybody feels me no sexy / But my baby feel me sexy / I say pretty body is not important / Most important is you love me // la la la you love me

4. Die chinesische Medien- und Kulturwissenschaftlerin Jing Wang charakterisiert die chinesische Subkultur folgendermaßen

Künstler wie Fans der Sub-Musikulturen, in der Regel in ihren späten Zwanzigern, haben einen je spezifischen elitehaften musikalischen Geschmack. Sie bilden eng verflochtene kultische Kreise mit einer spirituellen Orientierung (*jingshen*), die der ›seelenlosen‹ Popmusik ihrer Ansicht nach fehlt. Ob ihre Helden nun Cui Jian oder irgendeine auftauchende Computermusik-Band wie Panda Twin sind, der Geist der Subkultur (*ya wenhua*) ist durch einen intensiven Wunsch dazuzugehören gekennzeichnet. (2005)

Wang unterscheidet diese Musik-Subkulturen von Gruppenkulturen mit Stammescharakter (*tribal cultures*). Beide ordnet sie einem Spektrum als dessen gegensätzliche Pole zu. Während die Musik-Subkulturen weniger kommerziell orientiert sind und die bewusste Entscheidung für eine alternative Lebensweise ausdrücken, sind die musikalischen Gruppenkulturen das marktgerechte Angebot für das Bedürfnis, der anonymen Massenkultur zu entfliehen:

Im scharfen Gegensatz dazu jagen die musikalischen Gruppenkulturen (Teenager bis Endzwanziger) nach ›coolen‹ Moden und schwelgen in ihrer Treue zu den je neuesten Idolen. [...] Lebensstil ist eine Sache, für die man sich entscheidet, dagegen ist der Musikgeschmack für die großstädtische Jugend Chinas kein nachhaltiges Zeichen persönlicher und sozialer Identitäten. (Ebd.)

Subkulturen sind symbolische Formen des Widerstands. Durch die Entwicklung spezifischer Stile, die voller Symbole der herrschenden Kultur sind, denen eine neue Bedeutung gegeben wird, versuchen sie die dominanten Werte zu untergraben. Doch ist diese ›semiotische Guerilla‹ regelmäßig zum Scheitern verurteilt, da die Mainstreamkultur entweder die Subkultur vereinnahmt (und somit als solche zerstört) oder sie als exotisch und somit irrelevant etikettiert.

Die Entwicklung und Widersprüchlichkeit der chinesischen Subkultur und Rockmusik zeigt, dass sich auch in China eine kommerzielle Massenkultur herausbildet, die in der Lage ist, die als Katalysatoren für Unzufriedenheit und Protest wirkenden subversiven Gegenkulturen zu integrieren und zur Ware zu machen. Die chinesische Rockmusik ist längst kein (selbst)bewusster Akt des Widerstands mehr – aber

durchaus ein widerständiger: Einer der Protagonisten von *Beijing Bubbles* sagt: »Ich will eigentlich nur Liebe machen und saufen. Wenn das mit der Musik nichts wird? Dann werde ich Lehrer in einem Dorf«.

Literatur

Jing Wang, »Youth Culture, Music, and Cell phone Branding in China«, in: *Global Media and Communication*, 1. Jg. 2005, H. 2, 185-201

Lindt, George, u. Susanne Messmer, *Beijing Bubbles, Punk und Rock in Chinas Hauptstadt*, Dokumentarfilm, 2005, www.beijing-bubbles.com

Steen, Andreas, »»Rockmusik ist die Befreiung des Individuums ... «. Zur Kommerzialisierung des chinesischen Musikmarktes«, in: *Das neue China*, 22. Jg. 1995, H. 1, 21

ders., »New Sound aus Peking. Modern Sky und die neue Rock-Ideologie in der Volksrepublik China« (2000), www.parapluie.de/archiv/china/rock

Yu-Dembski, Dagmar, »Stimmen des Aufbegehrens«, in: *Das neue China*, 20. Jg., 1993, H. 2, 13-16

Der Krimi für Fortgeschrittene

»Genauere Beobachtung und authentisch gezeichnete Figuren halten ihren Text in cooler Balance. Krögers Erzählweise saugt die disparatesten Realitätspartikel in ein gesellschaftskritisches, lebendiges Gesamtbild: Verwirrung in der Bundesregierung, Ausländerunterdrückung, Homophobie und Glaubenskrieg in Indien, Kampfkunsttechnik und Filmindustrie. Mitreißend global!« Tobias Gohlis im *Börsenblatt (Krimi Extra)*

»Mit erzählerischer Raffinesse schreibt Merle Kröger »multikulturelle« Krimis im besten Sinne, mit Witz und kompromislosem Engagement. Wer immer schon wissen wollte, wie Frauenkampfkunst und Bollywood-Kino in einem furiosen Krimi zusammenkommen, sollte unbedingt *Kyai!* lesen.« *Virginia*



Merle Kröger
Kyai!
 Ariadne Krimi 1166
 9,90 € · ISBN 9783-88619-896-2

Im Buchladen oder beim Argument-Versand: Reichenberger Straße 150
 10999 Berlin · Tel. 030/61 13983 · Fax 030/61 14270 · versand@argument.de

 Argument
 www.argument.de

Zhang Xianmin

Parallelwelten des chinesischen Films

Der festlandchinesische Film zerfällt gegenwärtig in zwei Bereiche: für offizielle Zwecke und für Privatgebrauch. Wir können auch von ›etabliertem (*above ground*)‹ und ›Untergrundfilm‹ sprechen. Ihre Unterschiede unter künstlerischen und ästhetischen Gesichtspunkten zu bestimmen, ist wichtig, macht aber klare Definitionen schwierig. Ich möchte dagegen eine gesellschaftliche Perspektive einnehmen und die Gründe für ihre scharfe Trennung klären. Die erste Filmwelt ist nach Prinzipien strukturiert und hat ein vergleichsweise größeres Publikum. Die andere scheint als Zerstörerin aufzutreten und prinzipienlos funktionieren zu wollen, mit dem Ergebnis, dass keine öffentlichen Vorführungen stattfinden. Die erste produziert knapp einhundert Filme pro Jahr. Ungefähr die Hälfte davon wird in den Kinos nicht gezeigt, weil entweder die Produktionsfirma den Film als unprofitabel einschätzt oder der Produzent angesichts der Verleihkosten den Kinomarkt auslässt und sich direkt dem Fernsehen und dem Videomarkt zuwendet. Durch einen Verkauf über die Kinokassen, was auf dem Festland mit ungefähr 100 000 Yuan zu Buche schlägt, kann der Produzent normalerweise mehrere Hunderttausend einspielen, was fast den Spitzenpreisen am TV-Markt entspricht. Einen Auslandsmarkt gibt es nicht. Die Produktionskosten liegen etwas über zwei Millionen, die an der Kinokasse, durch das Fernsehen und den Videomarkt wieder eingespielt werden sollen, was aber nur wenigen Filmen gelingt. Den Rest schießt die staatliche Förderung zu.

Chinas Filmmarkt schrumpft, wofür wesentlich die geringe Qualität der Filme verantwortlich ist. Auch die Medienexplosion mit einer Schwemme an Fernsehsendungen und vielen Kanälen spielt eine Rolle. In den Straßen stapeln sich Raubkopien. Doch der Film hält unverrückt an seinen altertümlichen moralischen Vorstellungen und politischen Maßstäben fest, mehr als dies in der Literatur, dem Fernsehen oder den Nachrichten geschieht. Anti-Korruptions-Kampagnen oder Dokumentationen großer Rechtsfälle werden im Fernsehen gezeigt. Die Buchmärkte sind voll mit Schund und Einweg-Krimis. Dagegen klammert sich das Kino an das Bild des strahlenden Parteikaders und stellt, wie in den 1970er Jahren, Kriminelle als Banden dümmlicher und hässlicher Typen dar, die sich in dunklen Ecken verstecken. Die Stoffe sind derart begrenzt, dass nur inhaltsleere Filme daraus entstehen. Zum Beispiel gibt es im ›besten‹ Jugendfilm keinen Sex, keine Eifersucht, kein Aufbegehren, keine wilde Begeisterung und nicht einmal Trauer. Es gibt nur saubere und zahme Gefühle ohne Geschichte und Witz. Es scheint, der Regisseur stellt ein paar Jugendstars zusammen, bereitet Bild und Musik auf und lässt uns zurück mit einer gewaltigen Leere. Das Wesen des offiziellen chinesischen Films ist propagandistisch. Propaganda aber lässt den Produzenten keinen Spielraum. Folgerichtig müssen sie durchweg leere Filme mit schönen Bildern und ansprechender Musik produzieren. Solange sich diese Situation nicht ändert, heißt es Luftschlösser bauen, wenn man nach besseren Filmen und mehr Zuschauern verlangt.

Die Filme des zweiten Bereichs heben stark das Individuum hervor. Nicht alle sind verboten. Manche romantischen oder philosophischen Themen werden sogar öffentlich gezeigt. Der offizielle Film wartet teils mit Themenfilmen auf, was Filme über Revolutionäre oder die Revolution und solche über die Reform und Helden der Modernisierung einschließt; teils mit kommerziellen Kriegs- und Kriminalfilmen, Komödien sowie Jugend- und Kinderfilmen. Demgegenüber lassen sich die verbotenen Filme etwa wie folgt unterteilen: in historische Filme (z.B. *guizi lai le* [Teufel vor der Tür], *lan fengzheng* [Der blaue Drache], *huozhe* [Leben!], *zhantai* [Bühne]), Unterschichtenfilme (z.B. *anyang ying'er* [Das Waisenkind von Anyang], *shan qing shui xiu* [Malerische Szene]), Filme über geächtete Gruppen wie Homosexuelle, Prostituierte oder Drogenkonsumenten, Erstlingsfilme und Kunstfilme (z.B. *mosheng tiantang* [Ein entfremdetes Paradies], *haixian* [Meeresfrüchte], *dongchun de rizi* [Wintertage, Frühlingstage]). Einige Filme (z.B. *baba* [Vater], *zhao xiansheng* [Herr Zhao]) passen nicht in dieses Schema und sind ohne Begründung verboten worden. Wenn man mit den politischen Bedingungen vertraut ist, versteht man leicht, wieso diese Filme für die öffentliche Vorführung nicht zugelassen sind: Die Geschichte besitzt nur eine offizielle Version. Sie von einem individuellen Blickpunkt zu betrachten entspräche dem Schüler, der Doktrinen für sich alleine interpretieren wollte. Solches Verhalten wird als ketzerisch angesehen.

Filme, die das Leben der Unterschichten darstellen, können meist nicht in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Manchmal entstehen solche Filme gar nicht mit der festen Absicht, gerade dieses Leben zu zeigen. Es verhält sich einfach so, dass der Filmemacher ein ebensolches führt und gar nicht in der Lage ist, andere Schichten zu porträtieren. Und gewöhnlich erwarten Filmemacher schon erst gar nicht, dass ihre Filme öffentlich gezeigt werden könnten, wenn sie Polizeigewalt zeigen oder Bauern, die ihr Blut verkaufen, um ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.

Filmverbote sind kein neues Phänomen. Doch die ganze Struktur hat sich nach 1990 dramatisch gewandelt. In den 1980er Jahren konnte ein Filmverbot große Debatten hervorrufen. Im Laufe der 90er Jahre wurden Filme reihenweise verboten. Viele Filmemacher haben sich an die Umstände gewöhnt. Einige wagen es nicht, ihre Filme der Zensurbehörde vorzulegen, andere ziehen vorsichtig ihren Vorteil aus guten Beziehungen oder halten sich von vornherein an die Vorgaben. Es fehlt an Austausch zwischen beiden Seiten; es gibt die jungen Regisseure, die die Komplexität der Umstände noch nicht kennen und einfach filmen, was sie filmen wollen und daneben die Beamten der Behörden, die streng darauf achten, selber keinerlei ›Fehler‹ zu machen. Denn nicht wenige von ihnen hatten unter den Konsequenzen zu leiden: z.B. mussten einige Beamte vor Jahren ihre Posten wegen Pflichtversäumnis aufgeben, nachdem der Film *Ju Dou* zur Vorführung auf ausländischen Festivals zugelassen worden war.

Doch die Anzahl der Filme, die nicht öffentlich gezeigt werden dürfen, ist gering: wir erfahren von fünf oder sechs im Jahr. Es ist schwierig, an genaue Daten über die unveröffentlichten Filme zu kommen. Da viele Leute auch mit Digital-Videokameras filmen, muss die Dunkelziffer deutlich höher liegen. Zusätzlich werden

viele Dokumentarfilme und Kurzfilme gedreht. Dass trotz der dennoch geringen Anzahl im Vergleich zur offiziellen Produktion von einer eigenen Kategorie gesprochen werden kann, gründet auf der gesellschaftlichen Separation dieser Filmwelten.

Der offizielle Film verzeichnet schlechte Zahlen an den Kinokassen. Es gibt Leute, die nach seinem Ende verlangen. Aber er ist weder gestorben, noch hat er sich auch nur verändert. Andere Wirtschaftszweige reformieren sich, entwickeln sich schneller, während die nationale Filmindustrie das Althergebrachte immer wieder neu aufbereitet. Ausgezeichnet werden nach wie vor Filme wie *guo ge* (Nationalhymne) und *Mao Zedong zai 1926* (Mao Tse-tung 1926) usw.

Die verbotenen Filme kämpfen um ihr Überleben. Etwa die Hälfte kann auf internationalen Filmfestivals gezeigt werden. Nur ein Fünftel kann Profite auf den ausländischen Märkten einspielen. Ein Film aus dieser letzten Gruppe kann mit 30 000 bis 50 000 US\$ Einnahmen aus Filmvorführungen im Ausland rechnen. Die vom ausländischen Fernsehen stammenden Copyright-Einnahmen betragen etwa das Gleiche, die aus dem Videogeschäft weniger. Im Inland werden solche Filme nur von völlig unerschrockenen Untergrundfilm-Händlern für Preise von mehreren Tausend Yuan vertrieben. Der Gesamtgewinn beläuft sich dann auf ein bis zwei Millionen Yuan. Gemessen an den Einnahmen ergibt der Vergleich mit dem offiziellen Film keine großen Unterschiede. Nur dass die durchschnittlichen Produktionskosten des Untergrundfilms deutlich unter denen des offiziellen Kinos liegen. Filme wie *shan qing shui xiu* (Malerische Szene), *mosheng tiantang* (Ein entfremdetes Paradies) oder *ye cha* (Wilder Tee) kosten lediglich mehrere tausend Yuan. Normalerweise kommt der Filmemacher selbst für die Auslagen auf. Doch selbst diese geringen Summen stellen für Regisseure wie Zhu Chuanming ein Problem dar, der sich zur Fortbewegung gerade den Bus leisten kann. Aufgrund dieser schwierigen Situation hielten einige Leute den Untergrundfilm für ein vorübergehendes Phänomen. Doch manche sagen: »In einer ausweglosen Situation machen wir erst recht Untergrundfilme«. Einige Filmemacher machen nach vielen Produktionen ein kleines Vermögen, aber immer mehr noch Ärmere und noch Jüngere füllen die Lücken, die die Älteren hinterlassen. Insgesamt betrachtet gewinnt der Untergrundfilm sogar zunehmend an Stabilität.

Die Welten des Untergrundfilms und die des offiziellen Films halten sich dynamisch die Waage. Sie sind parallel, weil die gewählten Wege verschiedene sind. Mag sein, dass sie dieselben Dinge widerspiegeln, doch die entgegengesetzten Ideen und Einstellungen lassen die Geschichten und Figuren entgegengesetzte Richtungen einschlagen. Nehmen wir zum Beispiel die Arbeitslosigkeit. Das Propaganda-Ministerium macht Vorgaben: solchen Problemen soll begegnet werden mit Einsatz, harter Arbeit und dem Neubeginn in einem anderen Job. Das will besagen, die Betroffenen sollen sich ihre eigene Karriere schaffen, nachdem sie aus den Staatsbetrieben entlassen wurden. Typische Beispiele sind alte Frauen, die Dampfbrotchen verkaufen, und solche mittleren Alters in Putzjobs. *Hong xifu* (Der rote Anzug) von Li Shaohong demonstriert diese Linie ausgezeichnet. Der Film lässt die Menschenwürde nicht im Stich und endet damit, wie Wang Xueqing unter einer Unterführung Fahrräder repariert. Alle sind so energisch, freudig und selbstgenügsam, dass sie sich nie beklagen und nie ihre Hände

nach der staatlichen Unterstützung ausstrecken. Eine Änderung des ursprünglichen Titels wurde erzwungen: er lautete *Straße des Glücks*. Mutet das nicht ironisch an? Im Untergrundfilm dagegen dürfte ein entlassener Arbeiter sich mit Krediten überlastet haben und wiederholt auf dem Markt gescheitert sein, um sich schließlich verzweifelt auf ein Risiko einzulassen. *Anyang ying'er* (Das Waisenkind von Anyang) erzählt von einem entlassenen Arbeiter mittleren Alters, der mit 200 Yuan pro Monat für seine Lebenshaltung auskommen muss. Er nimmt sich des Babys einer Prostituierten an und versucht, mit ihr eine Familie zu gründen. Der Film zeigt alle verbotenen Themen: Arbeitslosigkeit, Sex, Kriminalität, die Macht des Sicherheitsapparats etc.

Die zwei Filmwelten geraten gelegentlich aneinander. Einige frühe Untergrundregisseure sind schon mehrmals vorgeladen und zur Selbstkritik gezwungen worden. Die Behörden können das Drehen des nächsten Films untersagen. Das Urteil kann dann mehrere Tausend Yuan Strafe und ein jahrelanges Verbot zu filmen beinhalten. Einige bekommen relativ schnell eine Chance, ihr Fehlverhalten zu korrigieren, andere müssen vielleicht warten, bis ihnen weiße Haare gewachsen sind. Aber Chancen bekommt jeder; sogar jene, die sich weigern, ihre Fehler gutzumachen, mögen selbst nach wiederholten Warnungen Beachtung von den Oberen finden: ihre Filme werden einer nach dem anderen geprüft. Doch wer einmal von oben abgelehnt worden ist, dessen Werke bleiben unerhört. Da findet keine Kommunikation mehr statt. Der Untergrund kennt diese Diskriminierung nicht. Hier gibt es keine vereinheitlichende Haltung. Es gibt kaum jemanden im Untergrund, der etablierte Regisseure, die plötzlich gegen das System filmen wollen, ablehnen würde. Doch auf der anderen Seite stehen auch die ›oberirdischen‹ Filmleute unter Stress. Es heißt, hinter jedem durch die Zensur gegangenen Film steht ein makelloser Prozess. Ein hochgelobtes Drama etwa hat mehr als siebenzig Empfehlungen von führenden Kadern bekommen. Dem Politdrama zur Erinnerung an die 4.-Mai-Bewegung wurde außerdem empfohlen, auf die Darstellung solcher Dinge wie Studentendemonstrationen zu verzichten. Zum Teil beschimpfen beide Seiten einander. Aber einige bewundern einander auch. Die Etablierten sagen lächelnd zu den Untergrundregisseuren: »Ihr seid so frei, dass ihr alles filmen könnt, was ihr wollt.« Und dann sagen die mit konsterniertem Blick: »Wir filmen geradeso wie ein Dieb.« Doch die meisten haben einfach nichts miteinander zu tun und gehen ihre eigenen Wege. Dazu gibt es immer einige, die zwischen den Welten wechseln, man verlässt die eine und geht vielleicht irgendwann zurück.

Aus einer weiteren Perspektive spiegelt sich in diesem Phänomen die Vielfalt chinesischer Politik und Kultur wider: Traditionell schließt chinesische Kultur mehrere Facetten ein. Zumindest eine formelle und eine informelle: Offizielle Dokumente gehören zum formellen Leben, Witze aus dem Volk zum informellen. Ein solcher Witz erzählt, dass sich die Partei einmal einen Überblick über die Bedingungen verschaffen wollte, wie die geistige Kultur ›vor Ort‹ ankommen würde. Sie befragten eine junge Dame im Vergnügungsviertel, die ihnen sagte: »Tagsüber sind unsere lokalen Anführer zivilisiert, aber geistlos; Geist haben sie besonders in der Nacht, wenn sie nicht zivilisiert sind.« Das ist der Unterschied zwischen formellem und informellem Leben. Ebenso verhält es sich mit den zwei beschriebenen Parallelwelten.

Was das moderne Leben heute angeht, ist es erstaunlich, eine hoch entwickelte Ökonomie parallel zu einer stark hinterherhinkenden Ideologie zu sehen. Es ist zweifelhaft, dass der Widerspruch zwischen beiden schwere Konflikte hervorrufen wird. Wenigstens seit zehn Jahren ist ein solcher Konflikt nicht ausgebrochen. Das Gemeineigentum existiert neben Privateigentum. Planwirtschaft und Marktökonomie gehen beide ihren Gang. Kinos sind subventioniert, Verkäufer von Schwarzvideos auf den Straßen wirtschaften für die eigene Tasche. Jeden Tag wird die Moral in die Fernsehgeräte gebracht, während es viele Rotlichtbezirke gibt. Das heutige China ist eine Mischung großer Ansprüche von außen und privater Bedürfnisse. Ein weiterer Grund für die Differenzierung des Films in zwei Extreme ist die Klassenspaltung in China. Es gibt deutliche Unterschiede zwischen Arm und Reich. Arbeiter und besonders Bauern haben wenig Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Entsprechend gibt es auch Unterschiede im Zugang zu Ressourcen und Wissen, der im Ganzen betrachtet übermäßig zugunsten der Städte organisiert ist. Die Intellektuellen sind die beständigsten Nutznießer der Öffnungs- und Reformpolitik. Die meisten von ihnen wachsen auf, um Führungstätigkeiten auszuüben. Demgemäß wird eine öffentliche Vorstellung gebildet: dass der Hauptstrom der Gesellschaft jene sind, die wohlhabend und gebildet sind. Sie sind die wirklich zivilisierten. Diese gesellschaftliche Spaltung tritt immer deutlicher zutage. Einen Ausdruck findet sie in der Spaltung des chinesischen Films.

Aus dem Chinesischen und Englischen von Feng-Mei Heberer und Daniel Fastner

Haraways Gender- und Technologie-Essays



Donna Haraway
Monströse Versprechen
 ISBN 3-88619-234-2 · 17,90 €

Im Zeitalter der Gen- und Computertechnologien werden die Grenzen zwischen Mensch, Tier und Maschine zerlegt. Wir verwandeln uns allmählich, fast unmerklich in Cyborgs, in Mensch-Maschine-Monster mit Schnittstellen zu allen möglichen technischen Geräten und Systemen. Diese Schnittstellen, ihre Gefahren und Chancen für Wissenschaft, Ethik und Politik stehen bei Donna Haraway im Mittelpunkt. Denn Handlungsfähigkeit in den technisch-politischen Großsystemen erfordert komplexere Beziehungen zur Technowissenschaft als einfache Pro- oder Contra-Positionen.

Besonders bemerkenswert an Haraways Texten ist die Zusammenbindung von Human- und Naturwissenschaften, von Forschungsdrang, Erkenntnislust und politischem Verantwortungsfühl, von Entsetzen und Humor.

Im Buchhandel oder beim Argument-Versand: Reichenberger Str. 150
 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand@argument.de

 Argument
www.argument.de

Wolfgang Haible

Impressionen aus Peking

Im Folgenden möchte ich einige meiner durchaus subjektiven Eindrücke und Reflexionen vorstellen. Müßig zu sagen, dass andere andere Erfahrungen gemacht hätten. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass es eine Differenz gibt zwischem dem, was ich an Analysen über China lese, und anderen Texten oder Büchern – seien sie pro (man denke an Theodor Bergmann) oder contra (die bürgerliche Presse). Ich habe diesen Widerspruch auch schon in Kuba erlebt; insofern kann man die folgenden Zeilen als Hinweis lesen, Alltagsleben und Alltagskultur über der großen politisch-historischen Analyse nicht zu vergessen.

Krankheit im Kriegsrecht

Anfangs wurde die neue Seuche SARS in Peking verheimlicht, danach gab es ein paar Rücktritte und SARS wurde zu *dem* Medienthema. Rasch wurde die Kriegsrhetorik im Kampf um das Publikum bemüht. Kampf gegen SARS, Krieg gegen SARS; dann fand man im Fernsehen kitschige Spots, die die Nachrichten unterbrachen und das Führungspersonal im Kampf gegen die Krankheit zeigten. Man machte Stimmung; am Ende des Spots flatterte die rote Fahne. China wird auch diesen Kampf gewinnen! Man feierte die neuen Helden an der ›Front‹: Ärzte und Krankenschwestern. Und die Opfer dieser ›Schlacht‹ erhielten ein bestimmtes Gesicht und postum eine Auszeichnung als gute Kommunisten.

Als schlechter Kommunist und also aus der Partei ausgeschlossen und mit lebenslangem Berufsverbot bestraft wurde ein Krankenpfleger (das Geschlecht des Sünders geht aus dem Artikel in der Pekinger Abendzeitung vom 8. Mai nicht hervor), der sich weigerte, in einem Krankenhaus, das SARS-Patienten behandelt, zu arbeiten. Nun wäre dies eine gute Möglichkeit, die Partei zu säubern, indem jedes Mitglied, v.a. die Funktionäre, für einen Monat in ein Krankenhaus geschickt werden. Ich vermute, die Partei wäre hinterher eine andere. Stattdessen wurden die Bürokraten gelobt, die besonders restriktiv vorgehen. An meiner Uni z.B. hatte man zuerst erlaubt, dass viele Studenten nach Hause ›flohen‹, den Rest aber mit Ausgangsverbot belegt. Damit die Studenten nicht auf dumme Gedanken kamen, wurde die Bibliothek vorsorglich geschlossen; wie immer in solchen Fälle empfahl man – Sport. Studenten haben mir berichtet, dass manche Dozenten einen Unterricht machten, der darauf angelegt war, den ausreisemöglichen Rest (die Ausländer) zu vertreiben. Die Verbleibenden bekamen einen weiteren Ausweis, der wie eine Auszeichnung um den Hals getragen wurde: er berechtigte zum Eintritt in eine bestimmte Mensa; in eine andere durften sie nicht mehr. Überall hatte man die Anzahl der Wachen erhöht; die Uni, ohnehin nicht der Ort ungehemmten Geisteslebens, wurde zum Hochsicherheitstrakt. Ob diese Maßnahmen sinnvoll waren oder nicht, steht dahin. Freilich überraschte es doch,

mit welcher Leichtigkeit Grundrechte eingeschränkt oder aufgehoben werden – und das bei wenigen Dutzend bis Hundert Toten. Was wird passieren, sollte es einmal eine wirkliche Bedrohung geben?

Zurück zu unserem Krankenpfleger: Aus dem Bericht geht leider nicht hervor, warum er die Arbeit verweigerte und ob er ›dienstverpflichtet‹ worden war. Sollte er, was kaum glaubhaft scheint, nach England geflohen sein, wie in dem Artikel vermutet wird, hat sich der Fall ohnehin erledigt. Sollte er aber aus Angst vor einer tödlichen Krankheit diese Arbeit verweigert haben, ist nicht einzusehen, warum er nicht einer anderen nachgehen soll. Er ist kein Soldat. Unglücklich das Land, das Helden nötig hat. In meiner Klasse meinte ein Student, diejenigen seien die Helden, die ihre Arbeit machen und das Land aufbauen. Freilich werden diejenigen, die ohne Helden nicht auskommen, mit einem Helden Tausende von Feiglingen produzieren ... und ein paar wenige, die es dem Helden nachmachen. Ärzte sind so wenig Helden wie Busfahrer oder Hausfrauen. Es stünde der Führung einer kommunistischen Partei besser an, die Menschen offen zu informieren, d.h. als mündige Menschen zu behandeln.

Schule

Um sich im Konkurrenzkampf zu behaupten – Erfolg bemisst sich an der Zahl der Studierenden, die es auf eine der Pekinger Eliteuniversitäten schaffen –, kaufte eine Schule einer anderen eine exzellente Schülerin ab. Sie verbrachte nur ein Jahr auf der neuen Schule, die nun mit ihr Werbung machen kann. Sie war privilegiert untergebracht: im Einzelzimmer mit Klimaanlage; einige Lehrer kümmerten sich extra um sie. Sie wurde die Nummer 1 und bekam dafür eine Wohnung und, was auch in Peking keine Kleinigkeit ist, 100 000 Yuan.

Die Geschichte wirft ein Licht auf ein System erbitterter Konkurrenz. Dass Schüler eingekauft werden, ist neu; dass erfolgreiche Lehrer abgeworben werden, nicht. Dass deren Abgang ganze Schulen in eine Existenzkrise stürzen kann, auch nicht. Erfolg macht erfolgreich. Er zieht eine zahlkräftige Schülerschaft an. Dieses System der scheinbar gerechten Selektion über Leistung hat in China eine lange Tradition. Es ist in einer Gesellschaft des Mangels – auch an Arbeitsplätzen – eine wesentliche Quelle der Legitimation der ›Elite‹. Der Umbau des Hochschulsystems in Deutschland dürfte ähnlichen Überlegungen folgen. Man konzentriert die Ressourcen, die anderen bluten aus. Gerech ist, wenn jeder seine Chance hat ... So wundert es denn nicht mehr, dass Studentinnen, mit denen ich sprach, die Einführung von Studiengebühren in Deutschland als etwas Selbstverständliches betrachten. Die etwas sozialer Eingestellten sind höchstens dafür, dass die ärmeren Studierenden, wie hier in China, Zugang zu einem das Studium (mit)finanzierenden Bankkredit bekommen.

Dass es in China kein demokratisches Massenbewusstsein gibt, wundert nicht; die toten Gründerväter des Sozialismus können sich nicht mehr wehren gegen ihren Ge- und Missbrauch. Je erbitterter die Konkurrenz freilich geführt wird, desto mehr wird klar, was das ›Jeder kann es schaffen, wenn er und sie nur fleißig lernt‹ bedeutet: eine Form der Reproduktion der Herrschaft, einer Klasse. Dass die in den Genuss spezieller Förderung kommenden Kinder keine Kindheit mehr haben, scheint die

Eltern wenig zu stören. Es entsteht eine Gesellschaft des Jeder-gegen-Jeden, deren einzige ›Wärmestube‹ der Familienverband ist, der seinerseits in Gefahr steht, sich in ein Trainingscamp zu verwandeln.

Wundmaler

Nachdem in der *Jungen Welt* kürzlich so etwas wie eine Sensibilisierungsempfehlung stand, nämlich der Hinweis auf Roland Emmerichs Klimaschocker *The day after tomorrow*, wollte ich nicht unsensibilisiert bleiben. Auf dem Weg ins Kino sahen wir am Straßenrand einen Bettler sitzen, der uns seine Beine mit mehr oder weniger offenen Wunden entgegenstreckte. Das geschah aber in keiner aggressiven Absicht. Die Bettler, oft Blinde, die Musik machen, Behinderte, Alte und Entstellte, wirken im modernen Peking wie Vertreter des untergegangenen alten Chinas; seine Hochhäuser, Baustellen, Straßen und die vielen Autos prägen jetzt das Stadtbild. Es scheint, als errichte man die riesigen Hochhäuser nur, damit für die kommenden Katastrophen das Ambiente bereitet ist; denn was ist ein einstürzender Hutong gegen das Luxushochhaus für internationale Manager, das in meiner Nähe gebaut wird? Die Bettler sind gut verteilt, selten mehr als einer pro Brücke; in anderen Gegenden kann man freilich anderes erleben. Dann betteln nicht die übrig gebliebenen, sondern die vergessenen oder die, die nicht mitkommen. China wirkt wie ein sozialdemokratisches Experiment; einige werden sehr schnell sehr reich, anderen hat man einen bescheidenen Wohlstand versprochen. Die ›sozialdemokratische‹ Politik verwaltet und organisiert das Leben besser, als es reine Kapitalisten könnten; China blickt auf eine Tradition von Bauernaufständen zurück und hat eine erfolgreiche Revolution hinter sich. Das Kommunistische daran ist die Selbstorganisation der Massen, sei es zur Kontrolle oder zur Erziehung, sei es um alte Menschen vor Verwahrlosung und Vereinsamung zu bewahren. Hier wird aufgebaut, was bei uns abgebaut wird: Sozialarbeit.

Der Bettler, den wir sahen und der uns seine Füße mit den roten Wunden zeigte, hatte eine weiße Farbe, mit der er diese fingerfertig aus- und anstrich: ein Körperkünstler, eine blutige Parodie auf schon fast vergessene künstlerische Moden der 70er Jahre. Man könnte ihn mit jenem chinesischen Arzt vergleichen, der kürzlich den Welthungerrekord brach, indem er, ich glaube, 45 Tage ohne feste Nahrung auskam. Zweifellos ein Vorbild für Afrika ... In der chinesischen verwalteten Welt wirken die ›normalen‹ Bettler seltsam deplaziert. Der malende Bettler muss das gespürt haben; wie Jesus am Kreuz, bzw. dessen Marketingstrategen in der Kirche, stellte er seine Wunden nicht nur aus, sondern machte ein Bild, ein weiß-blutiges Kunstwerk aus ihnen.

Im Kino wurden wir auf die Klimakatastrophe hingewiesen; die können wir hier schon länger studieren, denn ohne Klimaanlage sind die Sommer in Peking kaum mehr auszuhalten, was einmal anders war. Freilich, belehrte mich eine Studentin, 2008 kommt die Olympiade, und bis dahin soll in dieser Richtung einiges getan werden: grüne Olympiade. Das Richtige als Abfallprodukt des Falschen ... Anders als der Film wirkte das ›Bild‹ des Bettlers wie ein Schock. Unmöglich, den Blick länger als eine Sekunde darauf verweilen zu lassen. Hier sah man jene Katastrophe, die das Kino nicht zu erzählen vermochte.

Manfred Wekwerth

Brechts ›Einfachheit‹*

Der Nachtrag

Ich glaube, es war Ernst Bloch, der zum ersten Mal nicht nur vom »Epischen Theater« sprach, sondern auch von »Epischer Philosophie«. In einem Essay »Revueform in der Philosophie« (1928) empfiehlt er Philosophen für ihre Diskurse die Revueform »von Piscator bis zur Dreigroschenoper«, um einer drohenden »Frigidisierung« zu entgehen. Die Linke dürfe Märchen und Mythos nicht den Rechten überlassen, indem die »Revolution [...] die graeculi, die tänzerischen, die träumerischen, die schönen Poeten« verachtet und »römische Kälte« hat (Bloch 1935/1979, 885). »Denn weithin ist die große Form abgestanden; altbürgerliche Kultur mit Hoftheater und geschlossener Bildung blüht nicht einmal epigonal. Von der Straße, dem Jahrmarkt, dem Zirkus, der Kolportage dringen andere Formen vor, neue oder nur aus verachteten Winkeln bekannte, und sie besetzen das Feld der Reife.« (Bloch 1935/1985, 368) Brecht war da ganz anderer Meinung. Er schreibt im Juli 1935 an Bloch:

Ich muss Ihnen unbedingt meine Indignation ausdrücken über Ihr, ich muss schon sagen, regelwidriges Benehmen als Philosoph. Ich verlange keinen Bratenrock, wenigstens nicht unbedingt, d.h. warum eigentlich nicht einen Bratenrock verlangen? Auch beim Philosophieren nämlich, mein Herr, da kann ich keine Ausnahme machen, wohin käme ich da, muss der Arsch doch am Hosenboden bleiben. Es gibt da bestimmte Grundregeln und wenn der Mast auch bricht. Sie werden lachen: es muss systematisch vorgegangen werden. Worauf soll ich mich verlassen, Herr!! Bei Weltuntergängen muss man sich verlassen können. Übrigens, gerade die Nachlassverwalter müssen sich, kurz, befeißigen. Nur keine Nonchalance bei den Nullen! Die maßgeblichen Leute begehen ihre letzten Fälschungen, alles bereitet sich auf den entscheidenden Missgriff vor und sie ziehen den Bratenrock aus, sind sie besoffen Herr? Sie können doch ihre Fahne nicht dem Labordiener zum Halten geben! Glauben Sie mir, der allertrockenste Ton ist der richtige. Keine Langeweile vorschützen!« (GA 28, 510)

Dies stand wie ein Menetekel im Raum, als wir im Sommer dieses Jahres am Lago Maggiore daran gingen, über eine wissenschaftliche Konferenz, Brechts Kommunismus betreffend, nachzudenken. Da es bei dieser Konferenz ja auch um »entscheidende Mißgriffe« und »letzte Fälschungen« gehen sollte, fiel uns natürlich jener Brief an Bloch ein und Brechts kategorisches Verlangen nach dem »Bratenrock« und dem »allertrockensten Ton«. Wahrscheinlich war es die extreme Hitze dieses Sommers und der ständige Blick zum wohltuenden See, die uns dennoch auf den Gedanken brachten, in einer solchen Konferenz eben nicht die »römische Kälte« bei Brecht zu suchen, sondern auch das Wohltuende. Kurz, wir beschlossen die Konferenz zu einem Treffen von Wissenschaft *und* Kunst zu machen.

* Nachtrag zu einem etwas abwegigen Beitrag auf der Konferenz *Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist – Brecht und der Kommunismus*; Oktober 2006 in Berlin

Es ist schon merkwürdig: Bisherige Konferenzen, Brechts Philosophie der Praxis behandelnd, waren oft Konferenzen über Philosophie ohne Praxis. Brechts Denken kam vor, kaum sein Verhalten. Dabei ist dieses Denken nur als »eingreifendes Denken« zu verstehen, also als Handeln. Gerade in Brechts alltäglichem Verhalten, oft in winzigen Details, ist seine Philosophie deutlicher ablesbar (und entzifferbar) als in manchen theoretischen Schriften, die meist zu speziellen Theater-Fragen geschrieben wurden.

Wir beschlossen, auf unserer Konferenz die wissenschaftlichen Beiträge, Brechts Denken betreffend, hin und wieder zu unterbrechen mit künstlerischen Beiträgen, sein Verhalten zeigend. Von Geschichten also um Brecht und über Brecht, die, von Schauspielern vorgetragen, Brecht selbst als seinen besten Praktiker vorführen sollten. Kurz, wir kamen auf jene »Revueform«, die Bloch den Philosophen so warm ans Herz legte und die Brecht mit so kaltem Spott zurückwies. Wie also: eine Brecht-Konferenz gegen Brecht? Da kam uns – wie immer – Brecht zu Hilfe, jener Brecht, der noch nie der Versuchung widerstehen konnte, die von der Dialektik ausgeht: Die Welt zu verändern, schließt schließlich den Veränderer mit ein. So betritt sein Philosophie im *Messingkauf* mit ganz anderen Worten die Szene:

Ihr müsst wissen, mich verzehrt eine unersättliche Neugierde, die Menschen angehend; ich kann nicht genug von ihnen sehen und hören. Wie sie miteinander verkehren, Feindschaften und Freundschaften eingehen, Zwiebeln verkaufen, Feldzüge planen, Ehen schließen, wollene Anzüge machen, falsches Geld in Umlauf bringen, Kartoffeln ziehen, Gestirne beobachten, wie sie einander betrügen, bevorzugen, belehren, ausquetschen, einschätzen, verstümmeln, unterstützen, wie sie Versammlungen abhalten, Vereine gründen, intrigieren. Ich will immer wissen, wie ihre Unternehmungen zustande kommen und ausgehen, und ich bin darauf aus, einige Gesetzmäßigkeiten darin zu erkennen, die mich instand setzen könnten, Voraussagen zu machen. Denn ich frage mich, wie ich selber mich benehmen soll, damit ich durchkomme und möglichst glücklich bin, und dies hängt natürlich auch davon ab, wie die andern sich benehmen, so dass ich auch daran sehr interessiert bin, besonders für die Möglichkeiten, sie zu beeinflussen. (Brecht, GA 22/2, 780f)

Der etwas abwegige Beitrag

Entschuldigen Sie, liebe Freunde von Brecht, dass ich gleich zu Beginn unseres Zusammenseins aus der Reihe tanze und auf einer wissenschaftlichen Konferenz, und zwar auf einer sehr wichtigen, Geschichten erzähle. Ich bitte also zunächst um mildernde Umstände, da ich Theatermann bin und kein Wissenschaftler (mein Freund Werner Mittenzwei nennt mich zu Recht nur einen »Liebhaber der Wissenschaften«). Auch will ich mir nicht den Zorn der linken Philosophie zuziehen, wenn ich hier – wie es postmodern heißt – »narrativ« vorgehe. Ich berufe mich, wie man es immer tut, wenn man selbst nicht weiter weiß, auf Brecht. Und der sagte in einem der letzten Gespräche, das ich mit ihm hatte:

Wir reden davon, dass der Kommunismus das Einfache sei, das schwer zu machen ist. Aber gerade, die der Kommunismus betrifft, unsere Freunde also, komplizieren immer wieder mein Theater und versuchen, es zu einem Ort der reinen »Gedanken-Produktion« zu machen und messen dann auch noch seinen politischen Wert. Wenn sie von »kritischer Haltung« reden,

fällt ihnen vielleicht noch die *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* ein, nicht aber Villon oder Shakespeare. Ein Unsinn. Das ganze Unternehmen unserer Spielweise ist eigentlich ›naiv‹. Wir erzählen mit unseren Aufführungen einfach Geschichten, eben die Fabel. Erkenntnisse, Ideen, Impulse können dabei herausspringen, aber unsere Sache ist das Erzählen von Geschichten, von merkwürdigen Begebenheiten, die das Publikum unterhalten und gerade weil sie Spaß machen, ernst sind.

Brecht hatte in diesem Gespräch damals, unversehens in einem Nebensatz – wie es bei ihm oft vorkam –, eine konstituierende Kategorie seiner gesamten Arbeit entdeckt, die er zwar immer schon praktiziert, aber so noch nie benannt hatte: die Einfachheit oder, wie er es nannte, die Naivität. Und von diesem Gespräch damals will ich kurz erzählen.

Etwa zur gleichen Zeit, in der kürzlich ein Schauspieler mit dem Namen Bierbichler in einem Fernseh-Film, ich glaube, er hatte den Titel *Abschied von der Wahrheit*, von sich behauptete, er sei Brecht und dumpf und unrasiert wie ein bayrischer Bauer, dem man die Kühe vom Acker gestohlen hat, auf dem Steg am See in Buckow saß und über sein nahes Ende nachgrübelte, saß ich mit einem anderen Mann gleichen Namens zur gleichen Zeit am gleichen Ort. Der Mann war allerdings rasiert und war, obwohl er sich von einer Viruserkrankung erholte, von einer ungewöhnlichen Arbeitslust. Er hatte uns mitgeteilt, dass er beabsichtige, sich künftig aus dem Theater zurückzuziehen (»Wozu habe ich Schüler!«), um sich wieder ganz dem Schreiben zuzuwenden. An jenem Ort in Buckow habe ich übrigens damals auch nichts von jenen Nymphen bemerkt, die sich im Film in Gestalt sämtlicher Geliebten Brechts des letzten halben Jahrhunderts im Garten tummelten, denn außer Brecht und mir war damals weit und breit kein Mensch zu sehen. Besson, den wir erwarteten, war noch nicht aus dem Urlaub zurück und Helene Weigel kam nur zu den Wochenenden heraus, um uns mit Geselchtem, Knödeln und Kaffee zu versorgen. Wir arbeiteten intensiv an der dramaturgischen Vorbereitung der Uraufführung des Stücks *Die Tage der Commune*, jenes großen Gesellschaftsentwurfs, den Brecht 1948 in der Schweiz geschrieben und bei seiner Ankunft in Berlin sozusagen als ›Antrittsgeschenk‹ mitgebracht hatte.

Bei dieser Arbeit, sicher auch veranlasst durch mein nerviges Drängen, zuerst die politischen und theoretischen Probleme des Stücks zu klären, befahl Brecht unerwartet ein Zorn: Er habe sich schon lange gefragt, warum Leute, die eigentlich Freunde sind, seine Theorie, die ja entstand, weil er sich als junger Mann in Augsburg im Theater so gelangweilt habe und er statt des bürgerlichen Theaterersatzes wieder echtes Theater haben wollte, immer nur theoretisch betrachten und nicht vor allem als Theater. Als höre bei der Theorie die Welt auf. Aber da fange sie doch erst an. Die Theorie sei das Erste und nicht das Letzte. Anfangs habe er seine Formulierungen dafür verantwortlich gemacht, aber je genauer seine Formulierungen, desto größer die Missverständnisse. Der wirkliche Grund läge offenbar bei ihm selbst. Er habe bei der Formulierung seiner Theorie eine Hälfte weggelassen in der falschen Annahme, so etwas sei selbstverständlich: die Naivität. »Ohne Naivität ist überhaupt keine Kunst möglich!« Brecht meinte damit nicht die simple Naivität, die das Denken ausschließt. »Das undifferenzierte Naive ist die Primitivität!«, ergänzte er sofort.

Brecht meinte jene Naivität, die dem Denken folgt. Die nicht das Gegenteil ist von Analyse, sondern deren Ergebnis. Kurz zuvor bei der Arbeit an dem Stück *Katzgraben* von Erwin Strittmatter, das die revolutionäre Umwälzung auf dem Lande im damaligen Osteutschland behandelte, notierte er einmal nach einer Probe:

Es ist nicht genug verlangt, wenn man vom Theater nur Erkenntnisse, aufschlussreiche Abbilder der Wirklichkeit verlangt. Unser Theater muss die Lust am Erkennen erregen, den Spaß an der Veränderung der Wirklichkeit organisieren. Unsere Zuschauer müssen nicht nur hören, wie man den gefesselten Prometheus befreit, sondern sich auch in der Lust schulen, ihn zu befreien. Alle Lüste und Späße der Erfinder und Entdecker, die Triumphgefühle der Befreier müssen von unserem Theater gelehrt werden.

Eine richtige Erkenntnis, die eine Theateraufführung vermitteln soll, wird erst dann wirklich ›richtig‹, wenn sie beim Zuschauer naive Haltungen auslöst. Zum Beispiel Neugier, Zorn, Freude, Protest, Zustimmung, Widerspruch, Bestätigung, Verwirrung, Aufatmen, Erschrecken, Empörung, vor allem Verwunderung. Erst solche naiven Reaktionen, die im Theater ja Genuss bereiten, vermögen aus dem ›reinen Denken‹ das von Brecht so geschätzte ›eingreifende Denken‹ zu machen. Es ist der Schritt vom Denken zum Handeln.

Auch Brecht selbst brauchte, wie er sagte, solche naiven Anstöße, »um sich wachzuhalten«. So erzählte er, wie er in Dänemark, um nicht der trügerischen Friedlichkeit der Landschaft vor seinem Fenster anheimzufallen, sich über sein Bett eine Liste gehängt hatte mit einer detaillierten Aufzählung von allem, was ihm die Nazis bei seiner Flucht gestohlen hatten:

Eine Bibliothek mit soundsovielen Bänden;
 Eine komplette Wohnungs-Einrichtung; Ein Auto der Marke Steyr, noch gut erhalten;
 Eine Erika-Schreibmaschine;
 Drei Mützen, zwei davon neu;
 12 Oberhemden;
 Soundsoviel unveröffentlichte Manuskripte;
 Usw.

Dies schon beim Aufwachen vor Augen sei enormer Antrieb, schärfer zu analysieren. Wut gebar die besseren Argumente. Um einen Sprung zu machen: Mich verwundert, dass auch heute ernstzunehmende linke Brecht-Forschung, die sich zugute halten kann, viel Neues, vor allem Brauchbareres zu Tage gefördert zu haben, den Begriff der Naivität, Brechts letzte große Entdeckung, nicht recht wahrhaben will, ja, dass sie ihn ausklammert. Man spricht zwar von dem Phänomen seiner »Einfachheit« und von zwingender »Verständlichkeit« seiner Texte, aber man spricht davon wie von einer bewussten Vorgehensweise des Autors, sich derart den »einfachen« Leuten besser verständlich zu machen. Von einer geschickten Methode, die verbreitete Unwissenheit mit Einfachheit einfach zu überlisten. Selbst Wolfgang Fritz Haug, wahrscheinlich heute der anregendste Erschließer brechtschen Denkens als ›Philosophie der Praxis‹, braucht, um die ›Einfachheit‹ Brechts zu erklären, als Hilfsmittel die Taktik: »Brecht macht Kunst, indem er sie philosophisch nutzt« (Haug 2006, 104); oder Brecht spreche »seine Einsichten überraschend einfach aus, seine Kunst in diese Einfachheit steckend und versteckend« (10). Das erinnert mich weniger an

Brecht als an Johann Christoph Gottsched, berühmt durch seine Verbannung des Hanswurst von der deutschen Bühne. Denn Gottsched sah in einfachen ›Geschichten und Fabeln‹ die Möglichkeit, dass auch der Analphabet Moral versteht. Ich halte Naivität bei Brecht nicht für eine taktische Vorgehensweise, sondern für eine elementare Befindlichkeit. Für ein konstituierendes Moment seiner Produktivität, seines Denkens und vor allem seiner selbst. Die Einheit des Widerspruchs höchsten Intellekts und elementarer Naivität scheint mir einer der Gründe des »Welträtsels« Brecht zu sein (Mittenzwei 1986). Einstein hatte, was solche »Welträtsel« betrifft, eine etwas ›einfachere‹ Meinung: seine Zurückgebliebenheit sei es gewesen, die ihn, Einstein, gehindert hätte aufzuhören, sich über alles zu wundern.

Doch zurück zu dem Gespräch im Herbst 1956. Am 8. August waren wir mit unserer Arbeit an den *Tagen der Commune* ganz gut vorangekommen, und Brecht schlug vor, die Zeit bis zum Mittagessen noch ein wenig mit Reden herumzubringen. Eisler, der an diesem Tag nach Buckow gekommen war, fand das »großartig«. Es hatte nämlich vorher zwischen ihm und Brecht einen Streit über die Verwendung der Musik in dem Commune-Stück gegeben. Eisler hatte, wohl um Brecht, wie er es oft tat, zu provozieren, geäußert, dass es Brecht mit den Lieder-Texten zur Commune zum ersten Mal gelungen sei, »kulinarische Genüsse« ohne Häme zu beschreiben. Brecht hatte sich darüber geärgert, *Die Tage der Commune* seien doch wohl sein wichtigstes politisches Stück. »Gerade drum!«, hatte Eisler vergnügt gekontert und nannte als Beispiel das Lied von Père Joseph, der vor seiner Hinrichtung als armer Hund bei der Henkersmahlzeit auf Schnittlauch im Salat keinesfalls verzichten will: Ohne Genuss kein Essen! »Denn wozu leistet man etwas, dafür, dass man sich etwas leistet!« Jetzt, so Eisler, sei für Brecht der Weg zum wirklichen Klassiker offen, denn zu einem Klassiker gehöre nicht Unachtsamkeit gegenüber sinnlichen und fleischlichen Genüssen, sondern deren Poesie.

Brecht war sich bei Eisler nie ganz sicher, ob der es ernst meinte oder nicht. Deshalb war auch seine Antwort vorsichtig, obwohl er nichts gegen den »wirklichen Klassiker« einzuwenden hatte. Er müsse sich wirklich mehr darum kümmern, dass man sein Theater nicht als Ort »geistiger Genüsse« betrachte. Oder als Sammelbecken des »Denkerischen«. Sicher, mehr Vernunft auf der Bühne sei dringend von Nöten, aber nicht ohne Genuss! Man müsse überhaupt im Interesse der Vernunft mehr von Genuss reden. Von echten Genüssen. Und vor allem echte Genüsse beanspruchen, damit niemand auf den Gedanken käme, die neue Klasse sei, was die Sinne betrifft, knauserischer als die alte. Oder sie sei überhaupt nur da, die Menschheit zu befreien. Sie habe eine historische Mission, aber selber keine Mittel. Darum sei Verzicht eine proletarische Tugend. Das sei pfäffisch und man müsse im Gegenteil den Egoismus der Klasse wecken, sich nur solange anzustrengen, wie sie auch in den Genuss ihrer Anstrengung käme. Wie aber solle sie Genüsse anstreben, wenn sie sie gar nicht kenne? Weil sie ihr bisher konsequent vorenthalten wurden und Verzicht als Tugend galt. Wenn sie aber erst entdecke, was man alles für sich selbst tun kann, fiele auch für die anderen genügend ab. Die Arbeiterklasse müsse sich mit »dem größten Anspruch« befreien, um auch die anderen um so gründlicher befreien zu können. Eine asketische Arbeiterklasse sei eine schwächelnde Arbeiterklasse.

Brecht gefiel der Gedanke von der »verschwenderischen neuen Klasse« so gut, dass er – wie oft, wenn ihm etwas gefiel – zu einem Salto mortale ansetzte: Man müsse künftig nur noch Stücke schreiben, die Genüsse als Klassenkampf zeigen. Luxus als Kampfposten. Die Forderung nach Schnittlauch für den Salat als Klassenbewusstsein. Dabei sei es nicht so wichtig, solche Genüsse sofort zu bekommen, sondern sie als Genüsse überhaupt zu kennen. »Denn wie soll man für etwas kämpfen, das man gar nicht kennt?« Eisler, entzückt von dem, was er da ausgelöst hatte, schlug vor, sofort dem »Vorwärts und nicht vergessen« des Solidaritätslied eine neue Strophe, den Genuss betreffend, hinzuzufügen. Dazu kam es allerdings nicht, denn Helene Weigel rief zum Mittagessen.

Am Nachmittag, Brecht kam erfrischt von seinem 30-Minuten-Schlaf zurück, kam das Gespräch noch einmal auf »politisches Theater«. Brecht war nicht glücklich darüber, dass man gerade seine Theorie benutzte, um nur das als politisches Theater gelten zu lassen, was das politische Thema auf die Bühne bringt. Allein das politische Thema aber bedeute noch längst kein politisches Theater. Es könne sogar außerordentlich unpolitisch sein, wenn es zum Beispiel langweilig ist. Und Stücke, in denen Politik nicht vorkomme, könnten außerordentlich politisch sein. In seinem Stück *Die Kleinbürgerhochzeit* falle kein einziges Wort über Politik und trotzdem sei es – bei richtiger Spielweise – eine direkte politische Kritik des Kleinbürgertums. Man entdecke das Kleinbürgertum, schmorend im eigenen Saft, als gefährlichen Feind der Revolution, da es auch mit Vorliebe Funktionäre befall. Für ihn sei politisches Theater nicht das politische Thema, sondern vor allem die politische Haltung, die es einnimmt und die es auslöst. Eben die kritische Haltung, der Zweifel, der zur Veränderung führt. Und politisches Theater muss neben der Fähigkeit eben vor allem die Lust zur Veränderung erzeugen.

Auch in dem Stück *Die Tage der Commune* sei es nicht hauptsächlich das politische Thema, das es zu politischem Theater mache. Die Forderung des jungen Arbeiters und Communarden Jean Cabot, nach dem Sieg der Commune trotz dringender politischer Aufgaben endlich Zeit für seine Liebe zu der Näherin Babette zu finden, sei mindestens so politisch wie die Eroberung des Pariser Stadthauses durch die Arbeiterbataillone. Es sei die Veränderung der Lebensweise der Menschen, schließlich würden Revolutionen deshalb gemacht. Auch für eine Neueinstudierung von *Die Mutter*, die ich 1955 machen sollte, hatte Brecht, erinnerte ich mich, zu meiner Überraschung vom »Liebeswerten einer solchen Revolution« gesprochen, das bei seiner ersten Inszenierung des Stücks 1951 zu wenig sichtbar geworden wäre, wahrscheinlich »eingeschüchtert vom politischen Anliegen«.

In diesen letzten Gesprächen benutzte Brecht, um seine Arbeitsweise zu beschreiben, kaum mehr den Begriff des »Epischen Theaters«. Er war ihm, stammend aus den zwanziger Jahren, zu sehr nur auf das Formale bezogen. Auch »Dialektisches Theater«, einen späteren Begriff aus den fünfziger Jahren, benutzte er nur kurze Zeit. Er war ihm wiederum »philosophisch« und zu wenig das Ästhetische betreffend. Brecht sprach zuletzt – sehr vorsichtig allerdings – von »philosophischem Volkstheater«. Die Verbindung der anscheinend unverträglichen Gegensätze von Philosophie als einer hohen Form menschlichen Denkens und der Naivität des

echten Volkstheaters auf der anderen Seite hatten Brecht schon immer gereizt. So beantwortete er die Frage nach seinen Lieblings-Lehrern gern mit: »Karl Marx und Karl Valentin«. Eine Analyse des »Philosophischen Volkstheaters« blieb uns Brecht schuldig. Ich erinnere mich nur an eine Bemerkung, die ich mir am Rande notierte, als Brecht das Gespräch grinsend abschloss: »Warum soll man nicht auch mal den Weltgeist zum Entertainer machen, da muss er sich wenigstens mal sehen lassen«.

Das wollte ich hier sagen, damit Sie wissen, warum wir auf unserer Konferenz die wissenschaftlichen Beiträge ab und zu mit Geschichten von und über Brecht unterbrechen und dafür um Ihr Verständnis bitten.

Geschichten um Brecht

»*Ich muss mich disziplinieren, da ich zu spontan bin*«. – Brecht war ein kommunikativer Mensch. Er brauchte zum Denken das Gespräch, also den anderen Menschen. Man könnte sagen, er lebte auch ›privat‹ die von ihm geschätzte Philosophie der Praxis. Denken war für ihn handeln, eben sprechen, diskutieren, kritisieren, planen, entwerfen, verwerfen usw. Ein Gedanke existierte für ihn erst, wenn er ausgesprochen, besser aufgeschrieben war. Brecht brauchte immer jemanden, mit dem er denken, also reden konnte. Seine Neigung zum kollektiven Arbeiten kam bei ihm nicht – wie es in Biographien steht – aus »sittlich-politischem Bekenntnis zum Kollektiv«, sondern aus ureigenstem Bedürfnis. Aber auch nicht – wie es auch in Biographien steht –, um jemanden auszubeuten. Es war seine produktive Unfähigkeit, allein arbeiten zu können oder zu wollen. Selbst wenn er Gedichte schrieb, wurde man gerufen, weil er ein Gedicht, das er geschrieben hatte, vorlesen musste, erst dann existierte es für ihn. »Was meinen Sie?«, war da die stete Frage. Und er erwartete wirklich eine (begründete!) Meinung. Überhaupt war das Gespräch, die Diskussion, das gemeinsame Fabulieren, Lachen, Spekulieren, ›Spinnen‹, Unsinn eingeschlossen, seine liebste Arbeits-, Denk- und Lebensweise, sein ›Lustgewinn‹ (und ohne Lust, gestand er einmal, könne er überhaupt nicht arbeiten). Da konnte es spät abends passieren, dass man angerufen wurde, immer mit dem höflichen »Störe ich?« Und er störte ja manchmal wirklich, aber man ging natürlich hin. Gespräche bei Brecht hatten immer etwas von großartiger Unterhaltung (nicht umsonst nennt er Unterhaltung das nobelste Geschäft des Theaters). Die Gespräche weiteten sich meist weit über den eigentlichen Gegenstand aus, man war schnell bei Gott und der Welt. Der oft als ›mathematischer Logiker‹ und ›Rationalist‹ verdächtige Brecht, war das Gegenteil. Er genoss geradezu die Sprünge vom ›Hundertsten ins Tausendste‹. Auf die Weise entstanden oft die großartigsten Unternehmungen, die eigentlich gar nicht geplant waren. An einem Abend entstand so zufällig das Projekt mit Shakespeares *Coriolan*. Wir waren zusammgekommen, eine Besetzung für Molières *Don Juan* zu finden, der die Eröffnungsvorstellung nach dem Umzug des Berliner Ensemble in das Theater am Schiffbauerdamm sein sollte. Über den Vorschlag, Ernst Busch mit dem Don Juan zu besetzen (Brecht: »Der würde, um eine Frau zu verführen, keine großen Reden halten, sondern sie in den Arsch kneifen!«), kam Brecht – mehr als Witz – darauf, der »Prolet« Busch müsse unbedingt einmal einen großen Adligen spielen.

Nachdem Friedrich der Große als zu alt verworfen wurde, kam Brecht auf den Coriolan. Zum Schluss hatten wir keine Molière-Besetzung, dafür den Auftrag, mit der Coriolan-Übersetzung sofort zu beginnen. Jeder sollte bis zum Ende der Woche mindestens eine Szene übersetzen.

Über den produktiven ›Unlogiker‹ Brecht ist noch viel zu wenig geschrieben worden. Eigentlich dachte er nicht nur dialektisch, er lebte die Dialektik geradezu: »Die Überraschungen der logisch fortschreitenden oder der springenden Entwicklung, der Unstabilität aller Zustände, der Witz der Widersprüchlichkeiten usw.«, schreibt er 1954. In einem kleinen Gedicht *Vergnügungen* nennt er neben dem Schreiben, Pflanzen, dem Hund, dem Reisen und neben neuer Musik, die Dialektik an 7. Stelle seiner Vergnügungen. Und in einer Stalin-Kritik nennt er 1956, kurz vor seinem Tod, die Abschaffung der Dialektik durch Stalin dessen größtes Vergehen. Einmal fragte ich ihn, der bei einem Gespräch wieder einmal große Sprünge machte und die zunächst irritierenden Sprünge auch noch als »Produktivität« lobte, warum er eine Schrift wie *Das kleine Organon für das Theater* in derart logischer Strenge und mit fast lateinischem Satzbau geschrieben habe. Die Antwort war verblüffend: »Erstens, damit die Theaterleute, die dazu neigen, alles sofort zu verstehen, es erst mal nicht verstehen und noch mal lesen müssen; zweitens, weil ich mich selber disziplinieren muss, da ich zu spontan bin.«

Brecht und die Gitarre. – Über »Brecht und ...« ist viel geschrieben worden: »Brecht und die Frauen«, »Brecht und Marx«, »Brecht und die Naturheilkunde« usw. Über Brecht und die Gitarre gibt's , so viel ich weiß, nichts. Dabei war sie sein täglicher Gebrauchsgegenstand, jedenfalls als er noch Eugen Berthold Friedrich hieß und in Augsburg lebte. Er gebrauchte sie zum Singen und zur Liebe. Noch heute gibt es Berichte, wie sein Vortrag der »Seeräuberballade«, sich in e-Moll auf der Gitarre begleitend, bei Zuhörern, vor allem aber bei Zuhörerinnen, Hingerissenheit auslöste. Auch später in Berlin. Elisabeth Hauptmann berichtet in ihren Erinnerungen: »Brecht war es, der vorsang und den Rhythmus angab, Brecht war ganz stark in e-Moll. Das kam von der Gitarre her, weil ihm das am meistens lag, nicht nur stimmlich, sondern wegen der Finger, e-Moll, ja.« (Zit.n. Kebir 1997, 104)

Von Brecht selbst gibt es nur wenige Äußerungen zu seinem Lieblingsinstrument. In den frühen *Psalmen* heißt es: »Wir haben Rum eingekauft und auf die Gitarre neue Därme aufgezogen. Weiße Hemden müssen noch verdient werden.« Und in der *Hauspostille*:

In der roten Sonne auf den Steinen
Liebe ich die Gitarre, es sind Därme von Vieh
Die Klampfe singt viehisch
Sie frisst kleine Lieder.

Es gibt sogar ein Büchlein des sehr jungen Brecht *Lieder zur Klampfe von Bert Brecht und seinen Freunden*. Viel später, es war in den fünfziger Jahren, gibt es noch einmal eine Liebeserklärung an die Gitarre. Ein junger Lyriker, der Brecht seine Gedichte zeigte, durfte, was eine große Ausnahme war, nach dem Gespräch in Brechts Haus in Weißensee übernachten. Sein Interesse und seine Dankbarkeit zu zeigen, verlangte

er die *Hauspostille* als Bettlektüre. Am nächsten Morgen überfiel er Brecht mit seinem Enthusiasmus für die Tiefe des lyrischen Ego in diesen Texten und für den existenziellen Hintergrund des völligen Geworfenseins usw. Er rang geradezu um Worte, um seine Ergriffenheit zum Ausdruck zu bringen. Brecht hörte interessiert zu. Dann sagte er: »Ja, ja, die gehen alle zur Gitarre zu singen«.

Brecht und Murxismus. – Man schrieb das Jahr 1952. Es war die Zeit der langwierigen Vorarbeit zu der Inszenierung von Strittmatters Komödie *Katzgraben*, dem ersten ›Zeit-Stück‹ am Berliner Ensemble, in dem es um die gesellschaftlichen Umwälzungen auf einem Dorf der DDR ging. Brecht arbeitete mit großer Intensität. Es sollte der Versuch werden, dem Theater – wie er in den »Katzgraben-Notaten« schreibt – »eine dichterische Lösung seiner neuen politischen Aufgaben zu geben«. Gearbeitet wurde im Theater jeweils vor den Proben von 8 bis 10, Brechts liebste Zeit für solche Arbeiten, und sonntags ganztägig in Buckow, etwa 60 Kilometer von Berlin entfernt.

Auf unseren Fahrten nach Buckow, wo uns Brecht spätestens 10 Uhr 30 in seinem ›Gärtnerhaus‹ erwartete, entdeckten wir auf den Feldern Pflüge und Eggen, die dort ungenutzt herumstanden und vor sich hin rosteten. Wir waren empört. So etwas hielten wir besonders bei Genossenschaftlern mit Bauernehre für unvereinbar. Ich glaube, es fiel auch das Wort von der »kompakten reaktionären Masse«, wie Lassalle einst die Bauern bezeichnet hatte, und auch vom eklatanten Verstoß gegen den Marxismus war die Rede. Brecht war entsetzt. Aber nicht über die Bauern, sondern über uns. Unsere Ansichten seien ganz einfach »moralinsauer«, unvereinbar mit so bedeutenden historischen Ereignissen wie der revolutionären Umwälzung auf dem Lande! Und wie der alte Cato sein »ceterum censeo« ständig wiederholte, wenn es um die Zerstörung Karthagos ging, hörten wir von Brecht wieder sein Wort vom »grässlichen Mangel an Dialektik«: Ob denn ein Bauer immer ein Bauer bleiben müsse, wie ihn Gott geschaffen habe? Also Untertan seines Hofes, dessen Lebensablauf allein von Vieh und Acker bestimmt werde? Sicher, ein Bauer hätte sich früher lieber totschlagen lassen, als dass seinem Vieh etwas zustoßt; er hätte sich lieber selber dem Unwetter ausgesetzt und seine Pflüge unters Dach gestellt, dass sie nicht verrosteten. Aber was wir da »Bauernehre« nennen, sei doch nichts anderes als purer Notstand mit der einzigen Ehre, sich selber zu versklaven.

Wenn die Bauern Menschen werden wollen wie andere, müssten sie diese gottgewollte »Ehre« abstreifen wie einen zerlumpten Anzug. Sie müssten sich zu allererst von der ewig gebückten Haltung befreien und sich aufrichten, koste es was es wolle, denn diese Versklavung durch Sachen, die sie selbst zu einer Sache macht, ist ihnen zur zweiten Natur geworden. Die verrosteten Maschinen auf dem Acker seien ein Skandal, jedenfalls für uns, die wir auf die Bauern angewiesen seien, und weil immer noch Mangel herrsche. Für die Bauern aber sei es ein notwendiger Befreiungsakt, und wo stehe geschrieben, dass Befreiungsakte ohne Verluste abgingen? Ja, vielleicht seien die, deren Pflüge da auf dem Acker verrosteten, in die Ferien gefahren, früher für einen Bauern ein Unding! Und auch heute für Bauern außerhalb der Genossenschaften undenkbar. Aber solle ein Bauer nicht dürfen, was jeder Städter darf? Da arbeiteten wir an einem Stück über die Befreiung auf dem Dorf und beim ersten wirklichen Befreiungsakt riefen wir entsetzt nach Bauernehre und machten

den ökonomischen Nutzen zum Lieben Gott. Wenn wir schon von Marx reden, dann sollten wir davon reden, dass nach einer Gesellschaftsumwälzung, wie sie hier erfolgt sei, die freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Und nicht nur in positiven Ergebnissen dieses Landes zeige sich das Humanere gegenüber der alten Gesellschaft. Die Mängel, anderswo undenkbar, da Gewinn schädigend, zeigten es ebenso. Auch die verrosteten Pflüge auf dem Acker ...

Es war einer jener Salto mortale, die wir kannten, wenn Brecht sich von der Dialektik hinreißen ließ, und ich muss gestehen, dass man ebenfalls mitgerissen wurde (und mitschrieb, was Brecht am liebsten hatte). Aber immer blieb da ein Rest von Verdacht, dass das alles nicht ganz so stimmen könne, wovon man da mitgerissen wurde. Und als wir am Abend Buckow verließen und wieder an den verrosteten Ungetümen auf den Äckern vorbeifuhren, war es wie vorher: Die alte Wut war wieder da, nur vielleicht etwas vorsichtiger, was Marx betrifft. Denn der »Benutzer von Marx«, wie sich Brecht gern nannte, hatte uns beim Abschied mit verstecktem Lächeln »Murxisten« genannt. Und Brechts Meinung über Murxisten war uns geläufig: »Der Marxismus in seiner verbreiteten Form des Murxismus ist dadurch furchtbar, dass er Esel in der Debatte unschlagbar macht.«

Brecht und Ionesco. – Die erste Tournee des Berliner Ensemble 1954 in Paris, bei der *Mutter Courage und ihre Kinder* auf dem Programm stand, wurde zu einem Triumph, wie ihn Paris noch kaum erlebt hatte. Die Pariser Presse jubelte. Selbst der rechte *Figaro* verlangte sofort, dem Berliner Ensemble den Preis des »Theaters der Nationen« zu geben. Brecht verstörte solch Enthusiasmus, obwohl er ihn schätzte. Je größer der Beifall, um so mehr zog er sich befriedigt zurück. So verzog er sich eines Abends, als im Zuschauerraum der Beifall noch tobte, in die hinterste Ecke des kleinen Cafés vor dem Théâtre Sarah Bernhardt, in dem das Berliner Ensemble gastierte. Und gerade da erwischte es ihn. Vor ihm stand plötzlich Eugène Ionesco, der berühmte Vertreter des Absurden Theaters. Nach einer etwas zu höflichen Begrüßung stellte Ionesco, der ganz gut Deutsch sprach, Brecht zur Rede: »Ich beschuldige Sie der Tötung der Gefühle auf der Bühne und des Terrors der Vernunft. Sie rauben den Menschen das Recht auf Verzweiflung.« Und nachdem der Beifall seiner Anhänger, die er mitgebracht hatte, verklungen war, setzte er zum Höhepunkt an: »Geben Sie sich keine Mühe, Herr Brecht, diese Welt ist unerkennbar!« Brecht wandte, wie immer, wenn ihm etwas unbehaglich war, den Kopf hin und her, und dann sagte er freundlich: »Wenn die Welt unerkennbar ist, Herr Ionesco, woher wissen Sie das dann?« So viel ich weiß, hat Ionesco Brecht nie wieder in Sachen Vernunft angesprochen.

Brecht und Diderot. – Bei meiner letzten Inszenierung zu Brechts Lebzeiten, die ich zusammen mit dem Chefdramaturgen des BE, Peter Palitzsch, machte, John Millington Synge's irische Komödie *The Playboy of the Western World*, hatten wir große Befürchtungen, dass eine »moralinsaure« Kritik an der Geschichte wieder Anstoß nehmen würde, weil ein vermeintlicher Mörder, der seinem Vater mit dem Spaten den Schädel gespalten hat und in ein abgelegenes Dorf flüchtet, von diesem Dorf als Held gefeiert wird, weil sonst in diesem hintersten Winkel Irlands nichts los ist. Als der Vater dann aber mit verbundenem Kopf und heilem Schädel auftaucht, wird der »Held« ein Betrüger genannt und verstoßen. Es würde wieder einmal in der Presse heißen, das

Berliner Ensemble missachte die Gefühle der ›einfachen Menschen‹. Brecht, mit dem wir noch an der ausgezeichneten Übersetzung von Peter Hacks weiterarbeiteten, dachte kurz nach, dann diktierte er mir für das Programmheft: »Sage mir, wen du als Helden verehrst, und ich sage dir, wer du bist. Diderot.« Ich muss etwas verblüfft geguckt haben, denn er ergänzte sofort: »Das habe ich natürlich eben erfunden. Aber wer Diderot kennt, weiß, dass der alles Mögliche geschrieben hat, warum nicht auch das? Und wer Diderot nicht kennt, wird sich hüten, das zuzugeben.« Diderot wurde in fast allen Kritiken als kulturpolitischer Bezugspunkt der Aufführung sehr positiv erwähnt.

Marxistische Clownerien. – Es gibt einen Text von Brecht aus dem Jahr 1948, geschrieben unmittelbar nach seiner Rückkehr in das materiell wie geistig verwüstete Deutschland. Damals erwartete man von Brecht, dem ›Erfinder‹ der Lehrstücke, strenges Lehrtheater zur Umerziehung der vom Faschismus verführten Menschen. Brecht aber antwortete:

Widerrufen wir also, wohl zum allgemeinen Bedauern, unsere Absicht, aus dem Reich des Wohlgefälligen zu emigrieren, und bekunden wir, zu noch allgemeinerem Bedauern, nunmehr die Absicht, uns in diesem Reich niederzulassen. Behandeln wir das Theater als eine Stätte der Unterhaltung, wie es sich in einer Ästhetik gehört, und untersuchen wir, welche Art Unterhaltung uns zusagt.

1955, damit beschäftigt marxistisches Denken unter die Leute zu bringen, die in der DDR den Versuch unternahmen, eine Welt ohne Kapitalismus zu errichten, kam er zum Beispiel zusammen mit dem Regisseur Erich Engel sogar auf den Gedanken, das erste Kapitel des *Kapital* von Marx »Über den Doppelcharakter der Ware«, den wohl abstraktesten Teil des ganzen Buches, »zur Unterhaltung« auf die Bühne zu bringen. Es sollte ein Clownspiel werden über die »absurde Verdrehung« der Formel W-G-W in G-W-G'. Der unnütze Dumme August (Tauschwert) sollte dem nützlichen Weißen Clown (Gebrauchswert) ständig auflauern, um ihn am Ende ganz zu verschlucken und sich selbst zum lieben Gott der Wirtschaft zu ernennen, der neue Gebote erlässt. Darunter das erste Gebot: Du sollst nur das produzieren, was du selbst überhaupt nicht brauchst, und zwar für den, den du überhaupt nicht kennst, und von dem du nicht einmal weißt, ob es ihn überhaupt gibt.

Literatur

Bloch, Ernst, *Erbschaft dieser Zeit* (GA 4), Frankfurt/M 1985

ders., »Dichtung und sozialistische Gegenstände« (1935), in: *Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur. Eine Auswahl von Dokumenten 1926-1935*, hg. v. A. Klein, unter Mitarbeit v. Th. Rietzschel, Berlin-Weimar 1979, 885-88 (vgl. auch »Marxismus und Dichtung«, in: E. Bloch, *Literarische Aufsätze*, GA 9, Frankfurt/M 1985, 135-43)

Brecht, Bertolt, *Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, 1989ff (zit. GA)

Haug, Wolfgang Fritz, *Philosophieren mit Brecht und Gramsci*, erw. Ausg., Hamburg 2006

Kebir, Sabine, *Ich fragte nicht nach meinem Anteil. Elisabeth Hauptmanns Arbeit mit Bertolt Brecht*, Berlin 1997

Mittenzwei, Werner, *Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln*, 2 Bde., Berlin-Weimar 1986

Ingar Solty

Der Chronist der Schmuddelkinder

Zum 75. Geburtstag von Franz Josef Degenhardt

Von den zahlreichen Traditionen, die der Faschismus unwiederbringlich abbrach, ist die spezifische Kultur der Arbeiterbewegung und Weimarer Linken eine der wesentlichsten. Unmittelbar nach dem Faschismus stellte sich für die Linke die Aufgabe, neue Formen gegenhegemonialer Kultur zu entwickeln. Brücken waren zu schlagen. Bloß wohin? In die Vergangenheit, über den großen Teich, in eine ungewisse Zukunft?

In der DDR stellte sich die Aufgabe auf besonders komplizierte Weise, da die meisten Überlebenden der alten Kultur hierhin zurückkehrten. Das widersprüchliche Verhältnis von DDR und altem Kampflied verdichtete sich in der Frage: Welche neue Funktion mochte der alten Gegenkultur in einem Land zuwachsen, in dem diese zwar auf dem ›Umweg‹ der Niederringung der faschistischen Barbarei von außen, aber im Resultat doch immerhin ›gesiegt‹ hatte? Musste in einem solchen Land die revolutionäre Kritik nicht in ›konservative‹ Affirmation umschlagen? Die Überlebenden der Weimarer Kultur stellten sich diesem Problem, indem sie »das Neue Volkslied« mit dem Ziel der Beförderung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung entwickelten. Den »Roten Wedding« ersetzte »Freundschaft, Einheit, Frieden«. Ihr grundsätzlich kritisch-solidarisches Verhältnis zum Staat blieb dabei dauerhaft widersprüchlich, wie die konjunkturellen Auf- und Abschwünge in der Nachkriegskarriere Ernst Buschs, als dem prominentesten Interpreten und Fortschreiber der Weimarer Kultur, zeigen. Als in den 1960er Jahren die kulturelle Integrationskraft der DDR nachließ und der Einfluss der westlichen Jugendkultur zunahm, manifestierte sich die Hilflosigkeit der DDR-Regierung in Ulbrichts berühmtem Ausspruch über die »Monotonie des Je, Je, Je«, mit der es doch Schluss zu machen gelte. Die Singebewegung, die im Rahmen des Festivals des politischen Liedes ab 1970 dem Westeinfluss eine eigenständige internationalistische DDR-Jugendkultur entgegenzusetzen wollte, geriet mit dem »Oktoberklub« schließlich in den Verdacht, bloße Staatskultur zu sein. Die letztendliche Überlegenheit der westlichen Kultur zeigte sich, wie Sabine Kebir 1989 im Sammelband *Die Linie Luxemburg-Gramsci* reflektierte, gerade in ihrer Kraft der stärkeren zivilgesellschaftlichen Verankerung. Dort, wo der Staat die Westkultur noch mit technischen Mitteln zu bekämpfen vermochte (im ›Tal der Ahnungslosen‹ um Dresden), waren Westsehnsucht und Ausreiseanträge gar am größten. Die den DDR-Zusammenbruch überdauernde misslungene Weiterentwicklung der Weimarer Kultur als Massenkultur und das gleichzeitige Scheitern einer hegemoniefähigen DDR-Jugendkultur stehen somit im Zusammenhang auch mit dem Versagen, wenn schon nicht Produkte für die Gegenkultur des Westens

zu schaffen, so doch zumindest der Attraktivität der westlichen (häufig gerade nonkonformistischen) Zivilgesellschaftskultur eine konkurrenzfähige östliche entgegenzusetzen. Stattdessen geriet die nicht-staatliche Kultur in der DDR in der Person von Wolf Biermann zunächst zur vermeintlichen Bedrohung und mit seiner Ausbürgerung schließlich zur realen Untergrabung der DDR-Legitimität.

Im Westen nahm der Bruch mit der elterlichen Nazikultur eine andere Form an. Hier orientierte man sich im Rahmen der US-Hegemonie von Anfang an direkt an der Kultur der angelsächsischen Siegermächte. Eindrucksvoll geschildert wird dies in Wolfgang Neuss' Filmsatire *Wir Kellerkinder* von 1960: Zur Kultur gegen den Muff von 1000 Jahren avancierte zunächst der Jazz und mit den ausgehenden 1950er Jahren dann die Rockmusik als jener kulturellen Ausdrucksform des Protests gegen die fordistische Fabrikdisziplin. »Die neue Linke entsprang Elvis' kreisenden Hüften.« Beobachtet wurde dieses Treiben auch von einem 35jährigen Zeitzeugen und »singendem Anwalt«, der kommentierte: »Töchter und Söhne aus den allerbesten Familien [...] ließen ihre Haare wachsen, wuschen sich nicht mehr.« Anders als die wenig jüngeren Jugendbewegten wurde der 1931 im westfälischen Schwelm geborene Franz Josef Degenhardt auf der Suche nach musikalischem Material und Inspiration für eine neue gegenhegemoniale Volksliedkultur in Frankreich fündig. Seine ersten beiden Schallplatten *Zwischen Null Uhr Null und Mitternacht* (1963) und *Spiel nicht mit den Schmuttelkindern* (1965) atmen den Geist des Chansons. Und wenngleich er im Laufe der nächsten 40 Jahre seinen eigenen Stil entwickelte, zog er vor den Vorbildern doch immer wieder den Hut, wie seine Ehrerbietungen für Georges Brassens, von dem einige seiner einprägsamsten Melodien adaptiert sind, zeigt. Mit Degenhardt wurde so die westdeutsche Variante des linken »Liedermachers« begründet, welcher dem zunehmend verbürgerlichten Wirkungskreis der »Stückeschreiber« im westdeutschen Staatstheater etwas entgegensetzte. Zwei Jahre nach Degenhardts erster Schallplatte veröffentlichte Dieter Süverkrüp sein *Fröhlich isst Du Wiener Schnitzel* und mit Hannes Wader zeichnete sich das Profil einer Kultur ab, die bis heute Messlatte für die mitteleuropäische Version des amerikanischen Singer-Songwriters bleibt.

Degenhardt gelang es auf bemerkenswerte Art und Weise, in der Klasse, für die er schrieb, als auch unter den Klassenverrätern seiner eigenen Klasse massenhaft Anhänger zu finden. Und insofern, als in der Kultur der Liedermacher der politische Charakter der Musik im Inhalt und nicht in der Form konzentriert liegt, mochte die Form Jahrzehnte überdauern, während andere formalistische Formen der Popkultur sich in ihrem ewigen Kampf um Authentizität und Dissidenz fortlaufend in den zyklischen Widerspruch aus Rebellion und Kommerzialisierung verstrickten, womit sie die Geschichte der Popkultur in ihrer allgemeinen Ausstrahlungskraft schrieben. Denn während sich andere gegenkulturelle Formen zu enormen Metamorphosen gezwungen sahen, die, wie das Beispiel der »Müll«-Musik (»Punk«), als dem trotzigen Ausdruck proletarischer Reaktion auf die Arbeitskraftentwertung qua Kapitalverlagerung und Massenarbeitslosigkeit, zeigt, auf ihre Kommerzialisierung mit der permanenten Radikalisierung der Form reagieren musste, während die

Ursprungsform ihre Klassenbasis wechseln und in den 1990er Jahren zur Jugendkultur der gebildeten Mittelschichten werden konnte, blieb das Degenhardtlied weitgehend formidentisch.

In seinen Liedern und Romanen wurde Degenhardt damit zum Chronisten seiner Epoche. Die ästhetische Geschichte des ›anderen Deutschlands‹ im doppelt gespaltenen Deutschland wurde von ihm geschrieben. Kein Werk eines deutschen Nachkriegsdichters spiegelt so sehr die Befindlichkeitskonjunkturen der Westlinken wider. Und wie kaum ein Dichter der Nachkriegszeit vermochte er, die vorherrschenden Stimmungen wahrzunehmen und der Wirklichkeit in zuspitzenden Worten abzurufen. Degenhardt begleitete und beflügelte zugleich die linke Vorwärtsepoche zwischen 1965 und 1975. Die großen Umbrüche witterte er selbst früher noch als das Gros der hierfür ausgebildeten sozialwissenschaftlichen Zunft. Angefangen von der Entfaltung einer eigenen gegenkulturellen Sprache zwischen 1963 und 1968 (*Zwischen Null Uhr Null und Mitternacht bis Wenn der Senator erzählt*) über die kurze und heftige Bewegungskriegsphase 1968/69, in der ihm seine eigenen »Zwischentöne zum Krampf im Klassenkampf« gerieten, über das darauffolgende Jahrfünft der kommunistisch orientierten und dabei doch verständnisvoll-nichtsektiererischen Kritik an der linksliberalen 60er-Jugendkultur einerseits und der Sozialdemokratisierung der politischen 68er andererseits (*Im Jahr der Schweine bis Mit aufrechtem Gang*), zeigt sich Degenhardts Stärke schließlich im Aufspüren der Tendenzwende in den 1970er Jahren. Wer nachvollziehen will, wie sich der Neoliberalismus aus der Krise des Fordismus heraus entfaltete, wie die Kooptation der linken Gegenkultur und ihre Einschreibung in die neue Produktions- und Lebensweise sich ergab, dem sei das Lied *Arbeitslosigkeit* von 1977 ans Herz gelegt. Lange bevor es der Linken gelang, den neoliberalen Umbruch zu begreifen, ja, bevor deren politische Träger wirklich ›an die Macht‹ gelangten, konstatierte Degenhardt schon *Der Wind hat sich gedreht im Lande* (1979) und legte in *Drumherumgerede* dem deutschen Bürgertum die Worte der globalen Konterrevolution in den Mund: »Dass das die ganze Zeit so weiterlaufen würde, haben Sie doch geglaubt, so langsam in den Sozialismus schlittern und wir stehen daneben und sehen einfach zu dabei und hören uns das an.«

Degenhardt entwarf seine Chronik nur selten in Parolenform, sondern schilderte die Transformationsprozesse in Verbindung mit realen Menschen, die als Charaktermasken und ›Individuen‹ zugleich auftreten. Dabei ist es ihm immer wieder um die starken und besonders tugendhaften Kumpanen wie die Kommunisten Natascha Speckenbach, Rudi Schulte oder den Edelweißpiraten Nevada-Kid gegangen, denn mit Brechts *Me-ti* wusste er nur zu gut, dass allein dann, wenn »die Institutionen gut sind, der Mensch nicht besonders gut sein muss«. Die Tugendhaften und ihr realer Humanismus erscheinen in der Krise der Linken als die Wurzeln einer Rückkunft des Sozialismus, und Degenhardt widmet ihnen sein vielleicht berührendstes Lied, das *Lied, für die ich es sing* (1987). Seither salbt und ölt er der revolutionären Linken – besonders desjenigen Teils, der, wie er, erst und gezwungenermaßen 1989 statt mit dem Eurokommunismus vom Realsozialismus Abschied nahm – die Wunden

aus 30 Jahren Defensivkämpfen. Wie vielen gebrochenen Kommunisten er hierbei Stütze gewesen ist, kann nicht genau gesagt werden. Ein Blick ins Gästebuch seiner Webseite lässt dies aber erahnen.

Die eigene Enttäuschung, die er in seiner Trauerarbeit unter Beibehaltung einer trotzig-kämpferischen Haltung verarbeitete, geriet somit weder zum Revanchismus noch zum Rückzug ins Selbstmitleid. Stattdessen bot er in den schwierigen Jahren der übriggebliebenen kommunistischen Linken eine Ausdrucksform: *Da müssen wir durch* (1987) und *Weiter im Text* (1996). In einer Welt, in der er sich nicht, diese sich aber nach rechts weitergedreht hatte, nahm er die kommerziellen Folgen billigend in Kauf. »Aus diesem Land sind meine Lieder, die der Rundfunk nicht mehr bringt«, dichtete Degenhardt 1979 in seiner dialektischen Auseinandersetzung mit seiner Heimat (*Unser Land*). Damit ist er einer ganzen Generation von Spätgeborenen weitgehend verschlossen geblieben. Auch wenn in diesem Jahr mit *Dämmerung* seine erste CD seit 4 Jahren herausgekommen und sein lyrisches Gesamtwerk jüngst im Eulenspiegel Verlag erschienen ist, die Macht der Monopolmedien wiegt schwer.

Das Universum des Franz Josef Degenhardt bevölkern Pflaumenbäume, Schafe, Wölfe, Hirten, Mauersegler, tote Eulen, Habichte und rote Hähne. In der Zeitlosigkeit seiner Metaphern gilt für Degenhardt, was Alexander Kluge anlässlich Adornos 100. Geburtstag über die transhistorische Bedeutung der Kritischen Theorie formulierte: »Wenn man an einem Menschen die Bewegungsart seiner Gedanken liebt, nimmt man das in sich auf. Ich glaube nicht an Verfallszeiten. Die Schriften, die Adorno hinterlassen hat, sind eine Flaschenpost. Irgendjemand wird sie finden und für sich zu nutzen wissen. Ich glaube, dass Menschen in ihrem Kern immer wieder dasselbe Interesse entwickeln.« Dieses Interesse an der allgemein vernünftigen Einrichtung der Gesellschaft durchzieht das Werk des sozialistisch-romantischen Expressionisten Degenhardt auf besonders ästhetische Weise. Die historische Funktion von Adorno und Horkheimer lag in der Überwinterung des Marxismus im unmittelbaren Postfaschismus und Kalten Krieg. Auf der kulturellen Ebene erfüllt Degenhardt bis heute eine ähnliche Funktion. Er hat nicht nur maßgeblich mitgewirkt, der Linken nach dem Faschismus zu einer neuen ästhetischen Sprache und einer auf Geschichtsverständnis beruhenden Phantasie zu verhelfen. Für unzählige Menschen hat er auch eine Verarbeitungsform der Krise des Sozialismus verkörpert; nicht immer ohne Widersprüche, verzerrende Narben und Fehleinschätzungen, aber wer kann das von sich behaupten?

Bis zum heutigen Tag hat Franz Josef Degenhardt weit mehr »Unrecht und keine Empörung«, weit mehr »Trümmer auf Trümmer« gesehen, als das mit dem Aufschwung der neuen antikapitalistischen Bewegungen vielleicht gerechtfertigt sein mag. Seine Trauerarbeit dauert fort. Doch weist des geschichtsbewussten Chronisten pessimistischer Verstand auch auf die Gefahr eines übertriebenen Optimismus in diesen zwar zunehmend posthegemonialen, dabei aber weltensbrandgefährlichen Zeiten hin.

Nachrichten aus dem Patriarchat

Vom Widerspruch im Häuslichen

Das Wort *häuslich* hat mehr als einen Beigeschmack. Zunächst zieht es uns in den Sofaplüsch angenehmen Wohllebens. Das wird eifrig aufgenommen von den vielen Restaurants überall in der Welt, die *häusliche Küche* versprechen. Im Englischen aber klingt *domestic* schon nicht ganz so wohligh, sondern grenzt an domestiziert, was ein fernes Echo findet in einem anderen Fach unserer Gefühle, wo in der *häuslichen Enge* auf Ausbruch gehofft wird. Aber *häuslich*, meldet sich die erste Stimme in uns, das ist doch zu allererst Geborgenheit, Duft nach Hefekuchen und Schweinebraten am Sonntag, gebügelte Wäsche und blitzende Sauberkeit, allerdings bringen wir sie an dieser Stelle lieber schnell zum Verstummen: Zu nah ist die Gefahr, dass wir selbst es seien, die putzen, waschen, kochen, einkaufen, Betten beziehen, bügeln usw., um Häusliches praktisch werden zu lassen. Sind eigentlich Putzfrauen bzw. Haushaltshilfen oder Raumpflegerinnen Angestellte von *Häuslichkeit* und deren Produzentinnen? Wohl kaum. *Häuslich* empfinden wir eher als Ausstrahlung der Herrin des Hauses, nicht der Dienstboten. Die Gefühle und Gedanken, uneins von Anfang an, werden genötigt, einen klaren Standpunkt zu beziehen. Dafür treten wir einen Schritt zurück, werden historisch: wie funktionierte eigentlich die *häusliche Produktionsweise*?

Im *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus* findet sich der Wegweiser: *häusliche Produktionsweise* ist der Begriff für »patrilinäre Gesellschaften ... gekennzeichnet durch landwirtschaftliche Produktion auf niedrigem technischen Niveau vorwiegend zum Zwecke der Selbstversorgung, durch den freien Zugang der Produzenten zum Boden und durch das Vorherrschen von häuslichen und verwandtschaftlichen Beziehungen als wesentlichen Organisationsformen« (HKWM 5, 1215). Der gemütliche Ton der Sofaecke vom Anfang ist hier ganz verstummt. Es klingt nach viel Arbeit »auf niedrigem technischen Niveau«, was zugleich auf Vertrautes und nun lange Überwundenes verweist, während die Zutaten Landwirtschaft und Selbstversorgung noch einen Anklang bieten daran, dass es beim *Häuslichen* um Versorgung geht und dies nicht auf Lohnarbeitsebene, sondern »frei« und »für uns«. Zugleich haben wir auch schon die Andeutung des Hausherrn im »Patrilinären«. Wir befinden uns bei diesem *Häuslichen* in einer offenbar historisch überholten Form, das Leben zu gestalten. Die zunächst leer erscheinenden »häuslichen« Beziehungen in der »häuslichen Produktionsweise« entschlüsseln sich beim Weiterlesen als explosiv. Sie sind Ausgangspunkt für das Verständnis von Patriarchat, von Kapitalismus, gar Imperialismus. Zunächst geht es darum, dass Mann, Frau und Kinder gemeinsam ihren Lebensunterhalt erarbeiten. Haben sie genug, hören sie auf, weiter zu werken. Sie sind selbstgenügsam. Dabei verfügt der Mann über die Arbeitskraft zunächst seiner Frau, dann auch der Kinder. Warum nicht die Frau

über die Arbeitskräfte verfügt, bleibt ungesagt. Es »beruht die Macht in dieser Produktionsweise auf der Kontrolle der Mittel der menschlichen Reproduktion: Lebensmittel und Gattinnen« (sagt der Ethnologe Claude Meillassoux, zit. 1220). Das ganze nennt sich Familie. Diese selbstgenügsame Form, das Leben zu organisieren, wird die Beute der globalen Kapitalisierung. Hier findet das rastlose Kapital auf der Jagd nach Profit über den gesamten Globus eine Form, in der es sich billige Arbeitskraft, landwirtschaftliche Produkte usw. aneignen kann. Es vernichtet die *häusliche Produktionsweise*. Auf den Trümmern bleiben wir mit unseren Fragen nach dem Beigeschmack von *Häuslichkeit*, die nun zu den bisherigen Zutaten von Gemütlichkeit und Arbeit die der Verfügung über Frauen (und Kinder) und die des Zerstorten und Vergangenen durch Kapitalexpansion hat. »Letztlich beruhen alle modernen Produktionsweisen, alle Klassengesellschaften in Bezug auf die Beschaffung von Menschen, d.h. von Arbeitskraft, auf der häuslichen Gemeinschaft und, im Kapitalismus, auf der Familie, die zwar ihre produktiven Funktionen eingebüßt hat, ihre reproduktiven jedoch immer noch bewahrt« (1221f).

Der Misston, der sich in die anfängliche *häusliche* Idylle einmischte, wird lauter und verdichtet sich zur Frage nach der unheiligen Ehe von *häuslich* mit dem hässlichen Partner *Gewalt*. Kürzlich (1.9.2006) schrieb Rosa Pereda einen zornigen Artikel gegen eine solche Verbindung in der sprachlichen Sphäre: Der Begriff *häusliche Gewalt* tue so, als handle es sich um »Plüschtiere, Gardinen oder Kochtöpfe und nicht um diese höllische Plage, die der männliche Terrorismus ist« (*El País*). In der Schärfung des Gegensatzes zwischen *Häuslichkeit* und *Gewalt* gewinnt sie den Boden für eine allgemeine politische Abrechnung mit dem »Machismus«, den sie auf diese Weise als ein »Grundübel der Zivilisation« und auch Wurzel des Terrorismus in der Welt aufdeckt. »Die männliche Gewalt war immer am imaginären Horizont der Frauen und auch der Männer.« Nicht die Krise der Familie, wie manche behaupten, sei Ursache für die vielen weiblichen Gewaltopfer, sondern »eben diese patriarchale, monogame und unauflösbare Familie wird schließlich möglich wegen der tatsächlichen oder drohenden Gewalt«. Pereda appelliert an die Frauen, die es bis in die oberen Ränge von Regierungen geschafft haben, Maßnahmen zu ergreifen, die der Unterwerfung der Frauen unter die Männer ein Ende bereiten. Aus dem Status der Opfer sollen Frauen auf diese Weise herauskommen; es bleibt ihnen allerdings genau dieser Status in der theoretischen Begründung, als hätten sie, Opfer gewalttätiger Männer seit eh und je, mit der Gesamtlage nichts zu tun. Ihre Erlösung wird durch Zähmung des Männlichen zur Gesamterlösung führen.

Wie wäre es, stattdessen eine Stufe tiefer anzusetzen, am Widerspruch, der im *Häuslichen* selbst und seiner Organisation steckt, und so auch in unseren *häuslichen* Taten? Das *Häusliche* scheint doch für Gewalt ebenso zu stehen wie fürs Wohleben, für Enge ebenso wie für Sehnsucht, für Einsperrung wie für Freilassung, für Glück und Unglück ineins. Ich bin, ließe sich im Anschluss an Brecht sagen, für Verhältnisse, in denen es einen Sinn hat, für *Häuslichkeit* zu sein oder: in denen das *Häusliche* so allgemein ist, dass Gewalt keinen Platz mehr findet.

Frigga Haug (Los Quemados)

InkriT-Nachrichten

Einladung zur Tagung 2007

Die XI. internationale Tagung des Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT) wird vom 7.-10. Juni 2007 in der Tagungsstätte Esslingen (Flughafen Stuttgart, Bahn Esslingen/N) stattfinden. Der erste Tag wird den bisher gesammelten Erfahrungen mit der »*Argument*-Neugründung« und der Diskussion von Heftprojekten (siehe weiter unten) gewidmet sein. Die folgenden Tage sind für aktuelle politisch-theoretische Themen und für Werkstätten zu Artikelentwürfen des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* vorgesehen.

Anmeldung beim Tagungshotel Esslingen, www.tagungshotel-esslingen.de, Römerstr. 10, D-73732 Esslingen/N, sowie bei Thomas Weber, HKWMred@zedat.fu-berlin.de, Leuschnerdamm 7, 10999 Berlin.

Themen der kommenden *Argument*-Hefte

Dialektik des Antikapitalismus (Koordination Ingar Solty, Toronto, isolty@yorku.ca, und Jan Rehmann, New York, janrehmann@aol.com)

Antonio Gramsci (Koordination Peter Thomas, Amsterdam, dusmacheteon@yahoo.com.au, und Peter Jehle, Berlin, peterjehle@inkrit.org)

Feministische Kritik der Reproduktionstechnologien (Koordination Sigrid Graumann, Berlin, graumann@imew.de, und Britta Caccioppo, Wien, brica@aon.at)

Universitärer Kapitalismus (Koordination Tilman Reitz, Jena, TilmanReitz@aol.com)

Liebes-Verhältnisse (Doppelheft, Koordination Frigga Haug, Esslingen/N, friggaHaug@aol.com, und Gundula Ludwig, Wien, gundula.ludwig@univie.ac.at)

Die Dialektik neu entdecken (Koordination Wolfgang Fritz Haug, Esslingen/N, wfh@inkrit.org, und Dimitris Karydas, Athen, id_phil@hotmail.de)

Kritik der Kulturwissenschaften (Koordination Ines Langemeyer, Berlin, lines@zedat.fu-berlin.de, und Juha Koivisto, Tampere, tjukoi@uta.fi)

Wir laden ein zur Mitarbeit.

Besprechungen

Philosophie

Knight, Nick, *Marxist Philosophy in China: From Qu Qiubai to Mao Zedong, 1923-1945*, Springer Netherlands, Dordrecht 2005 (XIV u. 245 S., geb., 74,90 €)

Dass die zahlenmäßig größte nominelle KP vor kurzem eine Kampagne zur Erneuerung des Marxismus mit dem Ziel einer weltweiten Vorbildfunktion gestartet hat, unterstreicht die Aktualität des Vorhabens, sich mit der Geschichte »marxistischer Philosophie in China« zu befassen. Verf. untersucht ihre Konstitutionsperiode (1923-1945) und wendet sich »gegen die Auffassung, dass die chinesischen Marxisten Qu Qiubai, Ai Siqi, Li Da und Mao Tse-tung den Marxismus europäischer Herkunft aufgrund kultureller Barrieren missverstanden hätten. Dagegen will er zeigen, dass deren Rezeption »nicht nur für das Verständnis der Geschichte des Marxismus in China«, sondern »für die allgemeine Geschichte des Marxismus« von Bedeutung ist (Xif).

Das Buch thematisiert zunächst die Voraussetzungen der Rezeption, die von praktischen Bedürfnissen der entstehenden kommunistischen Bewegung geleitet war. Dementsprechend standen 1919-23 Fragen des historischen Materialismus im Vordergrund, besonders das Verhältnis von ökonomischer Determiniertheit und politischer Aktion. Erst 1923 setzte mit der Pionierarbeit von Qu Qiubai auch eine theoretische Rezeption ein, die inhaltlich und begrifflich »höchst bedeutend für die Entwicklung der KPCh war« (6). Im Zentrum stand das »Dilemma des Determinismus« (53ff) als theoretisches Problem.

Die folgende Rezeptionsphase wurde durch die theoretischen Debatten der 1920er Jahre in der Sowjetunion angestoßen, wobei der Verf. Deborin als »Hauptfigur bei der Entstehung des dialektischen Materialismus als orthodoxer Philosophie des Sowjetmarxismus« (72) ausmacht. Insbesondere drei Texte Mitins sowie Schirokows, Aizenbergs u.a. hätten die Neue Philosophie in den ersten Planwirtschaftsjahren mit der starken Betonung bewusster Aktion und sozialer Ideen nach China gebracht. Sie hätten Ai Siqi und Li Da entscheidend beeinflusst sowie die »Konstruktion von Orthodoxie« – darunter das Verständnis von Philosophie als »Parteiwissenschaft« – über die Mao Tse-tung-Ideen 1945 bis in die 1980er Jahre nachhaltig geprägt (83). Demgegenüber sei die stärker ökonomistisch und deterministisch ausgerichtete sowjetische »Orthodoxie« nach 1936 für China irrelevant geblieben.

Beachtet werden sollte dem Verf. zufolge aber vor allem die popularisierte Konsumtion der »Orthodoxie« durch Parteikader und Volk: »Philosophie wurde ihnen als etwas präsentiert, das verstanden werden konnte [...], es musste in einer Sprache gesprochen werden, die der mystifizierenden und undurchdringlichen Abstraktionen entkleidet war und durch ihre Identifikation mit den Zwecken und die Illustration der Zwecke des alltäglichen Daseins verständlich gemacht wurde.« (218) Die »Sinisierung« marxistischer Philosophie bedeute jedoch nicht automatisch »Heterodoxie«, nur weil Marxismus in einen anderen kulturellen Kontext transplantiert worden sei: »Wenn irgendetwas, dann ist das Gegenteil richtig, da die philosophischen Kernpostulate, die von diesen Philosophen aus der europäischen und sowjetischen marxistischen Philosophie gezogen wurden, in China einen Level an Orthodoxie marxistischer Philosophie erreicht hat, die in der wechselhaften Welt kommunistischer Ideologie, wo Orthodoxien kamen und gingen, keine Parallelen hat.« (223)

Knights Buch ermöglicht einen schnellen, übersichtlichen und kenntnisreichen Zugriff auf die Rezeptionsgeschichte dieser Periode. Problematisch ist aber, dass es die Bandbreite von Philosophie auf das Verhältnis zwischen dialektischem Materialismus und tagespolitischer Propaganda verkürzt. Auch von »Marxistischer Philosophie« und

»Orthodoxie« ist etwas unbedarft die Rede – im Hinblick auf marxistische Kontexte ebenso wie auf die gar nicht problematisierte traditionelle und webersche Unterscheidung von Orthodoxie und Heterodoxie. Auch wirkt die Diskussion um Orthodoxie etwas antiquiert und formalistisch. Während dieser Begriff methodisch-operativ überschätzt wird, wird das Faktum der Sinisierung unterschätzt, wenngleich nicht nur vom Verf.: Bis heute wird z.B. häufig pauschal von einer »dialektischen« chinesischen Philosophie gesprochen, ohne dabei zu berücksichtigen, dass es sich hier nicht um die hegelsche Struktur der »Identität der Identität und Nichtidentität« handelt, sondern eher um eine reziprok-komplementäre Alternationsstruktur, z.B. die der systemischen Regulation der Aspekte *yin* und *yang* durch die Wirkkraft *dao* (vgl. M. Granet, *Das chinesische Denken*, Frankfurt/M 1985, 246 u.ö.). Andererseits gibt es in kulturalistischen Debatten heute genau den gegenteiligen – nicht minder fragwürdigen – Trend, die Andersheit als Vorzug zu deuten. Auch im Hinblick auf andere Punkte ist der Aspekt der Sinisierung nicht zu unterschätzen. Dass die Mehrheit der Zitate in Maos theoretischen Arbeiten aus klassischen chinesischen Schriften stammt (vgl. z.B. T. Grimm, Einleitung zu: Mao Tse-tung, *Ausgewählte Schriften*, Frankfurt/M 1963, 15), mag ein Indiz dafür sein. Im Hinblick auf revolutionsstrategische Fragen (agrarisches statt industrielle Basis, Aufbau einer bewaffneten Armee vor gelungener Revolution usw.; vgl. F. Deppe, *Politisches Denken zwischen den Weltkriegen*, Hamburg 2003, 490ff) handelte es sich aber um neuartige Konzeptionen. – Trotz dieser Einwände wäre die Fortsetzung der Darstellung für die Jahre nach 1945 ein Gewinn, zumal dann, wenn die postkoloniale Ironie der Geschichte es wollte, dass im Schoß des europäischen Kapitalismus entstandene universalistische Marxismus-Varianten vielleicht bald als heterodox erschienen. Vielleicht läßt auch das zum Widerspruch ein.

Thomas Hock (Frankfurt/M)

Jaeggi, Rahel, *Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems*, Campus, Frankfurt/M-New York 2005 (267 S., br., 24,90 €)

Die zentrale These des Buches, die Behauptung der Unverzichtbarkeit des Entfremdungsbegriffs, kann innerhalb kritischer Gesellschaftstheorien nicht (mehr) als selbstverständlich gelten. Der lange umstrittene und zuletzt in Vergessenheit geratene Begriff soll als »Beziehung der Beziehungslosigkeit« (44) zwischen Subjekt und Gesellschaft neu gefasst und als sozialkritisches Instrument wiederbelebt werden. Verf. reformuliert ihn einerseits anhand der Kritik eines »Essenzialismus« klassischer Entfremdungstheorien. Die »Vorstellung von ›Wesen‹ oder Natur des Menschen« sowie die Ideale eines objektiv »guten Lebens« und »spannungsfreier Identität« des Selbst (19) hätten letztlich die Entfremdungsbegriffe diskreditiert, die vor allem in der marxistischen Theorietradition diskutiert wurden. Andererseits sucht sie den Fallstricken der »zwei zeitgenössischen Positionen zu entgehen, die dem Rückgriff auf das Entfremdungstheorem heute entgegenstehen« (46). Das sind zum einen Lebensentwürfe »ästhetisch-experimenteller Selbsterzeugung« (248), die sich im Liberalismus Rortys in einer privaten Suche nach Originalität erschöpfen – und darin umso mehr den gesellschaftlichen Normen verhaftet bleiben (252). In der poststrukturalistischen Subjektkritik wiederum läuft eine »Ästhetik der Existenz« (Foucault) Gefahr, sich zwischen »der Idee der Subjektlosigkeit« und des Subjekts als scheinbar »omnipotentem Schöpfer eines Kunstwerks, das es selbst ist« (224), in Beliebigkeit zu verlieren.

Aus dieser doppelten Abgrenzung heraus sowie anschließend an zeitgenössische Philosophen wie Harry Frankfurt, Ernst Tugendhat oder Axel Honneth entwickelt Verf. einen Subjektbegriff, demzufolge das Selbst als ein Verhältnis zu sich und zur Welt zu verstehen ist, das sich »in und durch die Beziehungen, die es zu anderen und zu anderem hat« (197) konstituiert. Diese Beziehungen werden als Beziehungen der Aneignung gedacht. Gemeint ist ein

Verhältnis der praktischen und intellektuellen Bearbeitung der Welt mit dem Ziel »sich die Welt zu Eigen zu machen« und innerhalb dieser »das eigene Leben gestalten zu wollen« (58). Dabei gelinge die Aneignung seiner selbst in dem Maße, in dem sich das Subjekt mit der Welt als Voraussetzung bzw. Gegenstand des eigenen Handelns und mit der eigenen Lebensführung identifiziert (55f). In der Fähigkeit zur Selbst- und Weltaneignung expliziere sich ein nicht-entfremdetes Leben als das Vermögen, »in seinem Leben Projekte voranzutreiben, die man selbstbestimmt verfolgen, die man sich dabei *zu Eigen* machen und mit denen man sich *affektiv identifizieren* kann« (239). Umgekehrt bedeute Entfremdung eine »*Beeinträchtigung von Aneignungsvollzügen*« (55), eine Störung der Beziehung zu sich und zur Welt, eine »Beziehung der Beziehungslosigkeit«.

Diese »Rekonstruktion des Entfremdungsbegriffs« (50) wird geleitet durch eine folgenreiche Engführung, die bereits im Untertitel anklingt: Die Diskussion von Entfremdung als »sozialphilosophischer Schlüsselbegriff« klammert seine »gesellschaftstheoretische« Fundierung aus. Die vor allem gegen Marx gerichtete Kritik, eine gesellschaftliche Theorie von Entfremdung sei »in ihrer Mischung von deskriptiven und normativen Aspekten ungeklärt« (15), folgt aus einem vorschnellen »Essenzialismus«-Vorwurf, der den marxischen Begriff vom »menschlichen Wesen« als »ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« (6. Feuerbach-These) nicht zur Kenntnis nimmt. Indem Verf. das Subjekt als die vermeintliche Schwachstelle bei Marx ins Zentrum ihres Begriffs von Entfremdung rückt und es von den im Begriff »Welt« homogenisierten gesellschaftlichen Verhältnissen getrennt untersucht, geht gleichzeitig das kritische Potenzial des Begriffs verloren. Zwar betont Verf. kontinuierlich den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Selbstverhältnis und Beziehung zur Welt. Die Auswirkungen der strukturellen Verfasstheit der »Welt«, sprich: der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf das individuelle Handeln werden jedoch nicht mehr fassbar. Die für Marx entscheidende Identifizierung der Entfremdung als Fremdbestimmung wird verworfen, da Entfremdung als Folge eines eigenen defizitären Handelns gefasst wird, über dessen Grundlage nicht »unter fremdem Einfluss oder gar Zwang«, sondern »eigentlich *gar nicht* entschieden wurde« (79). Hier werden weder Marx' Rückführung der Entfremdung auf die Produktionsweise und die Eigentumsverhältnisse, noch Foucaults Erkenntnisse über ein »Kontinuum der Regierung des Selbst und der Regierung von anderen«, d.h. eines strukturellen Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichen Machtbeziehungen und der Herausbildung von Selbstverhältnissen, zur Kenntnis genommen. Eine derart nebulöse Bestimmung von Entfremdung als »subtile strukturelle Fremdbestimmung« (42) kann nicht mehr gesellschaftlich kritisiert und bekämpft werden. Im Bestreben, ein nicht-entfremdetes Leben zu führen, ist das Subjekt auf sich selbst zurückgeworfen.

Vor diesem Hintergrund wird auch der Begriff der Aneignung einer kritischen Spitze beraubt. Obwohl Verf. Aneignung ausdrücklich als einen »produktiven Prozess« fasst, in dem das »Angeeignete nicht unverändert« (56) belassen wird, gehört die Perspektive einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zur hier entworfenen Bestimmung eines nicht-entfremdeten Lebens. Stattdessen erscheinen als gelungene Aneignung ebenso das unkritische ›Sich-Einrichten‹ des Einzelnen in den gegebenen Verhältnissen oder gar die aktive Adaption eines neoliberalen Lebensentwurfs als ›Unternehmer seiner selbst‹. Die Unterscheidung zwischen Selbst- und Fremdbestimmung wird verwischt, wenn eine gelungene Identifikation mit fremdbestimmten sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Institutionen als nicht-entfremdetes Leben gelten kann. Die Spannung zwischen dem »gesellschaftlichen Versprechen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung und seiner defizitären Einlösung« (12) wird so mehr verdeckt als erhellt. Armin Kuhn (Berlin)

Lecercle, Jean-Jacques, *Une philosophie marxiste du langage*, PUF, Paris 2004 (206 S., br., 22 €)

Der Marxismus habe es »trotz einer reichen [...] Tradition des Sprachdenkens« (17) versäumt, eine Philosophie der Sprache zu entwickeln. Dabei wird, »was die marxistische Theorie unter Ideologie versteht, [...] in Wirklichkeit von der Sprache konstituiert. [...] Keine Kritik der Sprache zu leisten heißt, spontanen Philosophien freien Lauf zu lassen, die die herrschende Ideologie unterstützen« (17). – Seine Kritik entwickelt Verf. auf drei Ebenen: der in Alltagspraxen impliziten Auffassung der Sprache als neutrales Informations- und Kommunikationsmittel, der spontanen Philosophie der Sprachwissenschaftler (Auseinandersetzung mit Chomskys naturalistischer Abtrennung der Linguistik von gesellschaftlichen Fragen) und dem Sprachbegriff der analytischen Philosophie (zugleich Auseinandersetzung mit Habermas' Kommunikationsidealismus). Methodisch orientiert an Althusser's Doktrin von der Thesenförmigkeit der Philosophie, setzt Verf. der »irenischen« Sprachauffassung eine »agonale« marxistische Philosophie der Sprache in Gestalt von sechs Thesen entgegen: Sprache sei eine Form der Praxis, ein historisches, gesellschaftliches, materielles und politisches Phänomen, und ihre Hauptfunktion sei es, »Individuen in Subjekte zu verwandeln« (183).

Saussures Herauslösung eines Sprachsystems (*langue*) als Gegenstand der Linguistik aus der Gesamtheit sprachlicher Phänomene (*langage*) und das damit verbundene Absehen von kultureller und politischer Realität sollen zurückgenommen werden. Damit wird *langage* zum zentralen Begriff und die Pragmatik zum Zentrum der Sprachwissenschaft. Allerdings versteht Verf. unter Praxis nur politisches Handeln und nicht produktive Tätigkeit überhaupt: »Die Geschichte der Sprache ist nicht die immanente Geschichte eines Systems [...], sondern die der Totalität eines gesellschaftlichen Prozesses: sie ist eingebunden in die Geschichte der Kultur, des Klassenkampfes und des Alltagsverständes« (135). Der bei Saussure auf die *langue* bezogene harte Gegensatz zwischen Synchronie und Diachronie soll ersetzt werden durch den Begriff der »Konjunktur« der Sprache (*langage*). Dazu wird Lenins kurzer Text *Zu den Losungen* herangezogen: Eine Äußerung steht immer innerhalb einer solchen Konjunktur, ist nicht neutral, sondern »greift ein« in sie. Anstelle des Aussagesatzes wird so die Losung (*mot d'ordre*) zum Paradigma der Äußerung, »weil sie die konkrete Analyse der konkreten Situation verdichtet und verkörpert« (95). Dies habe mit dem »vagen« Konzept einer »illokutionären Kraft« bei den angelsächsischen Pragmatisten« nichts gemein (94). Allerdings stellt sich das Problem, dass mit dem Sonderfall der Losung eine neue Einseitigkeit in Kauf genommen werden muss.

Die Äußerung als Intervention thematisiert die individuelle Rede in der gesellschaftlichen Konjunktur, mit dem Begriff des kollektiven Äußerungsgefüges soll dagegen die gesellschaftliche Totalität der Sprache erfasst werden. Ohne die damit auftretenden Widersprüche zu lösen, dienen Deleuze und Guattari (nicht nur) hier als Gewährsmänner: »Die Äußerungen sind nicht Produkte individueller Sprecher, sondern die von kollektiven Äußerungsgefügen.« (122) »Als Äußerungszusammenhang hat das Gefüge (*agencement*) nichts mit irgendeiner Produktivität der Sprache zu tun, sondern mit Zeichenregimen und Ausdrucksmaschinen. Man hat also, gegen Marx und gegen Chomsky, ein Gefüge, das weder die Unterscheidung zwischen Basis und Überbau kennt noch die zwischen Tiefenstruktur und Oberflächenstruktur: alle Dimensionen des Gefüges sind abgeflacht« (126). Verf. versäumt es jedoch, das Vokabular von Deleuze/Guattari mit seinen auf Marx zurückgreifenden Ausführungen zu vermitteln. Mit Althusser teilt er die Auffassung, Ideologie habe ihre Materialität in Institutionen, Ritualen und Praxen, und fügt dieser »Anrufungskette« die Sprache als letztes Glied hinzu, das zugleich alle Kettenglieder

durchdringt. Mit Judith Butler führt er das Konzept der Gegen-Anrufung ein: die durch die Anrufungskette ›produzierten‹ Subjekte sind nicht nur der Sprache unterworfen, sie können »mit ihr spielen«, »sie an ihre Grenzen bringen«, »ihre Zwänge anerkennen, um sie umzustürzen« (156).

Auch wenn Verf. die Ungeschichtlichkeit *der* Ideologie explizit kritisiert, bleiben doch Zweifel, ob er sich von Althussers Ahistorismus tatsächlich freimacht. Denn die an dessen Definition von Ideologie angelehnte Schlussthese, die Hauptfunktion der Sprache sei es, Individuen zu Subjekten zu machen, kennt keine Unterscheidung zwischen verschiedenen Gesellschaftsformen und ihren Sprachen bzw. Subjektivitäten. Wird allerdings unter ›Subjekt‹ das bürgerliche verstanden, dann stellt sich die Frage, wieso Verf. nicht zwischen Sprachformen unterscheidet, die diese Subjektivität befördern, und solchen, die einen gegenteiligen Effekt haben. Dementsprechend erscheint hier die Gegen-Anrufung nur als ungesellschaftliche, spontan-individuelle Tat. – Trotz dieser Einwände ist es das Verdienst des Verf., die weite Perspektive einer Gesellschaftstheorie der Sprache wieder in die Diskussion gebracht und in Thesenform dafür Leitplanken erarbeitet zu haben.

Daniel Fastner (Berlin)

Sprache und Literatur

Kralle, Jianfei, u. Dennis Schilling (Hg.), *Schreiben über Frauen in China. Ihre Literarisierung im historischen Schrifttum und ihr gesellschaftlicher Status in der Geschichte*, Harrassowitz, Wiesbaden 2004 (XVII u. 362 S., br., 52 €)

Der Sammelband enthält acht Artikel aus der historischen Frauenforschung in China ausgehend vom antiken China der Zhou-Zeit (7. v. u. Z.) über das Mittelalter bis in die späte Kaiserzeit (16. Jh.). Im Mittelpunkt steht das literarische und künstlerische Leben der Frauen, die in der Mehrheit aus dem höfischen Adel oder einem mit diesem eng verbundenen Personenkreis stammten. Die Hg. wollen zeigen, dass die politische Gleichung Frau = Sklavin in der chinesischen Gesellschaft bei genauerer Analyse seine Gültigkeit verliert (Vorwort, VII).

Der erste Beitrag (Gassmann) gilt den Namensformen von Frauen im antiken China. Ihre Untersuchung gibt Auskunft über das Alter, die Generationszugehörigkeit, den sozialen Rang und das Geschlecht und ermöglicht somit eine Einordnung in die hierarchisch geordnete Ständegesellschaft der antichinesischen Gesellschaft. – Die drei folgenden Beiträge beschäftigen sich mit Frauenfiguren und -biographien. Sowohl Roderick Ptak als auch Jianfei Kralle diskutieren ein chinesisches Werk über Frauenbiographien (*Lie nü zhuan*) aus der Han-Zeit. Ptak stellt anhand einer historischen Frauenfigur, der Dame Zhuang von Qi, dar, welche Eigenschaften – wie z.B. mütterliche Tugenden – Frauen in dieser Zeit zugeschrieben wurden. Kralle arbeitet Stereotype positiver Frauenfiguren, wie »Keuschheitsfanatikerinnen« oder »Konventionsverteidigerinnen« heraus und zeigt, dass die Frauenbiographien vom Autor des Werkes nach hanzeitlichen Vorstellungen verformt wurden. Dennis Schilling analysiert Frauenfiguren in einem anderen hanzeitlichen Werk und zeigt dabei auf, dass stereotype Eigenschaften der Geschlechter verkehrt werden, etwa indem Frauen für den Helden des Werks handeln und so die Erfüllung seines Schicksals befördern.

Die Beiträge von Vogelsang und Middendorf gelten Künstlerinnen. Kai Vogelsang untersucht Stoffe, Motive und die Konstruktion von Geschichte im alten China am Beispiel von Musikantinnen und prüft dabei nicht die Faktizität der Ereignisse in den chinesischen Quellen, sondern die Art und Weise ihrer Darstellung und deren Bedeutung.

Methodisch nachvollziehbar und anschaulich rekonstruiert er anhand eines Topos eine »Geschichte des Sagbaren« (146). Ulrike Middendorf – mit über 100 Seiten der umfangreichste Beitrag des Sammelbandes – beschäftigt sich mit Musikerinnen und Tänzerinnen in der Han-Zeit. Sehr detailreich und mit umfangreichen Fußnoten möchte die Autorin den Wert des, vielfach in der späten Überlieferung vernachlässigten, kulturellen Beitrags dieser Frauen am Kaiserhof wieder ins Bewusstsein rücken. – Auch Silvia Frein Ebner von Eschenbach beschäftigt sich mit dem Kaiserhof. Sie analysiert die politische Rolle der Prinzessinnen der Tang-Kaiser (7.-9. Jh.), besonders die Rolle von Klöstern als Rückzugsmöglichkeiten vor politischer Verfolgung oder Zwangsheiraten. Abschließend untersucht Daria Berg den Kult um die Heilige Tanyangzi in der späten Kaiserzeit. Sie zeigt, dass Frauen im Daoismus »Möglichkeiten zur Entfaltung, Selbstverwirklichung und Tätigkeit im religiösen, gesellschaftlichen und politischen Bereich [fanden], die ihnen im patriarchalischen System des Konfuzianismus, der offiziellen Staatsorthodoxie Chinas, und auch im frauenverachtenden Buddhismus im Allgemeinen verwehrt blieben« (Berg, 288).

Der Band schickt die Leser in eine ferne Welt, angefüllt mit Heiligen, Prinzessinnen, Künstlerinnen, Hauptgattinnen und Konkubinen. Immer wieder erstaunen oder schockieren die detaillierten Schilderungen der chinesischen Frauenschicksale. Besonders interessant sind dabei die unterschiedlichen Einflüsse von Buddhismus, Konfuzianismus und Daoismus auf die Konstruktion der historischen Geschlechterrollen. Einige der Artikel sind jedoch ohne umfassende Kenntnisse über das historische China, seine Herrscherfamilien, seine Literatur und die entsprechenden sinologischen Forschungen kaum zu verstehen. Hinzu kommt, dass zum Verständnis der Diskussionen über semantische Feinheiten des klassischen Chinesisch hervorragende Sprachkenntnisse nötig sind. Damit richtet sich der Sammelband an eine kleine Gruppe von Spezialisten. Das ist schade, zeigen doch Beiträge wie die von Vogelsang, Berg und Kralle, dass es durchaus gelingen kann, diesen speziellen Themenkomplex auch einer größeren Leserschaft zu öffnen. Lena Correll (Berlin)

Kugli, Ana, u. Michael Opitz (Hg.), *Brecht Lexikon*, J.B. Metzler, Stuttgart 2006 (289 S., 34 Abb., br., 39,95 €)

Nach dem fünfbandigen, 2002-2003 erschienenen *Brecht-Handbuch* (BHB) legt der gleiche Verlag nun ein vergleichsweise schmales *Brecht Lexikon* vor. Anders als im Vorwort zum BHB erfährt man im Vorwort zum *Lexikon* kaum etwas über die Konzeption und die Kriterien, nach denen die Beiträge ausgewählt wurden, und nichts darüber, wie die beiden Publikationen sich zueinander verhalten (das BHB wird im Vorwort nicht erwähnt). Auffallend ist allenfalls der Hinweis, das *Lexikon* sei von »meist jüngeren Literaturwissenschaftler/innen« verfasst worden. Da dazu keine weitere Begründung erfolgt, muss offen bleiben, ob es sich um eine bescheidene *captatio benevolentiae* handelt oder im Gegenteil um einen stolzen Hinweis auf die Vorzüge der Jugend. Als einziger konzeptioneller Aspekt wird hervorgehoben, dass das *Lexikon* neben dem literarischen Werk auch Brechts Leben dokumentiere: seine Familie, seinen Freundeskreis und seine »Lebensgewohnheiten«.

Ein großer Teil der 350 Lemmata gilt dem Werk, den Stücken, Gedichten und Schriften. Bei den Stücken wird weitgehend Vollständigkeit erreicht (es fehlen u.a. *Jae Fleischhacker in Chicago* und *Der Brotladen*, letzteres Stück für Brecht immerhin »der höchste Standard, technisch«, BFA 26, 330); beim lyrischen Werk gibt es auch Beiträge zu Gedichten, die im BHB nicht besprochen sind; bei den Schriften wird wesentlich summarisch verfahren. Die Beiträge zu den Stücken sind im Allgemeinen nicht länger als eine Seite (zwei Spalten). Sie fassen, den Kommentaren der dreißigbändigen Werkausgabe (BFA) folgend, den Inhalt zusammen und dokumentieren Entstehungs- und Wirkungsgeschichte. Für Analyse

und Interpretation bleiben da nur wenige Zeilen. Bei solcher Gedrängtheit fällt dann oft, zugunsten thematischer Aspekte, das Ästhetische außer Betracht, also das, was bei einem Dichterlexikon im Zentrum zu stehen hätte. (Bei den Gedichten gilt diese Kritik weniger.) Die Kürze kann irreführende Vereinfachungen produzieren: wenn z.B. Walter Benjamins kongeniale Interpretation der Gedichte »Aus dem Lesebuch für Städtebewohner« zitiert wird, sollte auch darauf hingewiesen werden, dass Benjamin diese Gedichte zur selben Zeit in die Nähe der »GPU-Praxis« und des Faschismus gerückt hat (vgl. Benjamin, GS VI, 540). Und die Meinung, es gebe in dem Stück *Die Gewehre der Frau Carrar* »keine wesentlichen Entscheidungsmöglichkeiten mehr«, ist zu bezweifeln: das Stück zeigt Frau Carrars Weg zur Entscheidung, sich nicht länger aus dem Kampf gegen die Faschisten herauszuhalten (hier wäre auch ein Hinweis auf das ähnlich gebaute frühere Stück *Die Mutter* sinnvoll gewesen). Angemessene Lemmata zu den Werken stammen oft von (nicht mehr ganz jungen?) Autor/innen, die bereits im BHB zum Teil dieselben Werke besprochen haben, u.a. Anya Feddersen, Joachim Lucchesi, Klaus-Dieter Krabiel oder Roland Jost, und Mitherausgeberin Kuglis emphatische Verteidigung Brechts, in mehreren Beiträgen, gegen pseudofeministische Kritik ist überzeugend. Dennoch werden »Studierende«, denen das *Lexikon* laut Vorwort zudedacht ist, ebenso wie wissenschaftlich am Werk Interessierte, Theaterleute usw. sich für Informationen zum Werk mit Vorteil an das BHB halten.

Neu und in dieser Fülle durchaus informativ sind die Lemmata zum Leben Brechts, zum Freundeskreis, zu den Lebensstationen und besonders zur Augsburger Jugend und den frühen Erwachsenenjahren. Da werden manche Lücken gefüllt, in Bezug auf den Freundeskreis etwa zu Eric Bentley, Asja Lacin, Peter Lorre, Berthold Viertel oder Hella Wuolijoki. Dagegen erscheint die Auswahl von Lemmata zu Personen, die zu Brecht keine direkte Beziehung hatten und auch nicht seine Zeitgenossen waren, z.B. Ingeborg Bachmann oder Uwe Johnson, von keinem ersichtlichen Prinzip geleitet. Da hätte man mit größerer Berechtigung – und Brechts internationaler Wirkung gemäßer – Beiträge zu Roland Barthes, Augusto Boal, Jean-Luc Godard oder Tony Kushner aufnehmen können. (Und unter Brechts Zeitgenossen etwa zu Karl Kraus, Ernst Ottwalt oder Joseph Losey).

In ihrer Fülle verschieben die Stichworte zu Brechts Leben den Fokus vom Werk aufs Private. Gerade bei Lemmata wie »Essen«, »Kleidung«, »Krankheiten« kann man sich indessen fragen, warum sie nicht auch im Bezug auf ihre Bedeutung im Werk bearbeitet wurden. Von besonderem Interesse sind Lemmata zu Begriffen wie »Freundlichkeit«, »Vergnügungen«, »Wandel«, »Weisheit«, »Widerspruch« oder »Wohnen« (es fehlt der Hinweis auf Brechts Kritik am Bauhaus, vgl. BFA 18, 158). Hier liegt eine große, vom *Lexikon* verpasste Aufgabe: ein wissenschaftliches Werk zu Brechts Begriffen, wie es bereits zu *Benjamins Begriffen* vorliegt, dessen Mitherausgeber Michael Opitz zudem Mitherausgeber des *Lexikons* ist.

Bedenkenswert ist aber, welche Stichworte im *Lexikon* fehlen. Es findet sich kein Lemma zu »Marxismus«, dagegen eines zu »Nihilismus«. Nichts zu »Marx« oder »Lenin«, dagegen zu »Hegel« und »Nietzsche«, wo Brechts Beschäftigung mit einzelnen Werken nachgewiesen wird. Zu Recht, zweifellos, gerade der Einfluss von Nietzsche auf den jungen Brecht gehört längst zum allgemeinen Wissen (auch wenn das hier als Neuigkeit dargestellt wird). Ein Standpunkt Brechts, heißt es unter dem Stichwort »Nihilismus«, sei ohnehin »nur schwerlich auszumachen«, die Suche nach einer Moral in seinem Werk sei »grundsätzlich fragwürdig«. Abgesehen davon, dass das Suchen nicht »fragwürdig«, sondern Aufgabe der Forschung ist, trifft hier das Gegenteil zu: Brecht war an Fragen einer (neuen) Moral äußerst interessiert, die er, ihren Gegensatz zur bürgerlichen verdeutlichend, gelegentlich als »gesellschaftliche Moral« (BFA 27, 49) bezeichnete.

Das *Lexikon* verfälscht die theoretisch-philosophischen Verhältnisse in Brechts Werk. Kein Wort über seine berühmte Bemerkung, in einem Brief an Elisabeth Hauptmann: »Ich stecke acht Fuss tief im *Kapital*« (vgl. Werner Hecht, *Brecht-Chronik*, 1997, 219). Zusammen mit den entsprechenden Lemmata fehlt auch jeder konkrete Hinweis auf Brechts Beschäftigung mit den Schriften von Marx und Lenin (ihre Aufüstung, im Registerband der BFA, füllt mehrere Seiten). Da muss eine Formulierung wie der Titel von Ernst Blochs bekanntem Aufsatz über Brecht, »Ein Leninist der Schaubühne« (in *Erbschaft dieser Zeit*), von vorneherein unverständlich bleiben. In einer Formulierung wie »als B. sich mit dem Kommunismus arrangierte« (Lemma »Trommeln in der Nacht«) werden veraltete Denklischees weitergeschleppt. Das Ignorieren von Brechts Marxismus – nicht als etwas ein für allemal Gegebenes, sondern als ein immer neu zu untersuchender Komplex – erscheint im *Lexikon* als Programm. Es entsteht der Eindruck, dass man gar nicht wissen wollte, was es mit Brechts Marxismus und Kommunismus überhaupt auf sich hat, oder dieses Thema für erledigt hielt. Dieser Eindruck wird auch durch das isolierte Lemma »Kommunist B.« nicht modifiziert, wo von der »eklektischen Lektüre einiger Schriften Lenins« die Rede ist, ohne dass auch nur eine erwähnt würde. Dem Hinweis, unter dem gleichen Stichwort, Brecht habe sich mit Benjamin, Korsch, Bloch, Lukács und Adorno auseinandergesetzt, fehlt die Konkretion, und die Beiträge zu Lukács oder Korsch sind zu knapp, um diese Lücke zu füllen. Das gilt auch für das Lemma zum »Buch der Wendungen«, jener zentralen theoretischen, philosophischen und ideologiekritischen Textsammlung, in der Brecht auf immer neue Weise Haltungen und Verhaltensweisen zu ideologischen und politischen Fragen ausprobierte. Im BHB füllt der Beitrag zum *Buch der Wendungen* 36 Seiten, im *Lexikon* steht dafür eine halbe Seite zur Verfügung. Ein Lemma »Stalinismus« handelt sein Thema sorgfältig ab, und man hätte sich gewünscht, dass die eskamotierten Lemmata mit der gleichen nachprüfbaren Sorgfalt bearbeitet worden wären.

Unter dem Stichwort »Rezeption in der Bundesrepublik« wird kritisch angemerkt: »Man spaltete [Brecht] auf in den Dichter, den man schätzte, und den Kommunisten, den man herunterspielte.« Ihr Wort in Gottes Ohr. Darauf folgt übrigens »Rezeption in der DDR«. Das mag mangelhafter Lektorierung geschuldet sein, aber angesichts der Scheuklappen in diesem Bereich neige ich zu der Annahme, dass den Verfassern der volle Name »Deutsche Demokratische Republik« nicht über die Lippen wollte. Bernd Lutz, unter dessen Ägide bei Metzler zahlreiche nützliche Lexika und Nachschlagewerke, vom *Lexikon sozialistischer Literatur* (vgl. *Das Argument*, 6/1995, 939-41) bis zum *Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie*, dem BHB und dem epochalen Wörterbuch *Ästhetische Grundbegriffe* erschienen sind, wird im Vorwort als Anreger des *Brecht Lexikons* bezeichnet. Unter dem von ihm selbst verfassten Lemma »Brecht-Handbuch« schreibt Lutz, das BHB sei »gegenwärtig das zentrale wissenschaftliche Auskunfts- und Orientierungsmittel«. Das wird auch nach Erscheinen des *Lexikons* so bleiben.

Robert Cohen (New York)

Hermanns, Silke, *Trümmer (in) der Erinnerung. Strategien des Erzählens über die unmittelbare Nachkriegszeit*, Aisthesis, Bielefeld 2006 (287 S., kt., 34,80 €)

Die in Bonn angenommene Dissertation zielt darauf ab, die »bislang ungeklärte« Stellung literarischer Texte innerhalb der Geschichte der Erinnerung an die unmittelbare Nachkriegszeit« (11) zu bestimmen und dadurch einen Beitrag zu einem »multidisziplinären Projekt [...] deutscher Erinnerungsgeschichte« (13) zu leisten. In Auseinandersetzung mit neueren Beiträgen von Schriftstellern zum öffentlichen Streit um die Erinnerung (Martin Walsers Friedenspreisrede von 1998, W.G. Sebalds *Luftkrieg und Literatur* von 1999, Günter Grass' *Im Krebsgang* von 2002 u.a.) entwickelt die Verfasserin ihr kritisches Programm: »Die Texte

werden [...] als Teil einer sich in der Gesellschaft ständig verändernden Kommunikation über die erste Nachkriegszeit betrachtet und insbesondere danach befragt, wie sie an dieser Kommunikation partizipieren.« (28)

Mit der etwas lapidar ausgefallenen Begründung, dass »die Erinnerungskultur in der ehemaligen DDR von der in der Bundesrepublik deutlich zu unterscheiden ist«, beschränkt sie sich auf Texte, die in unterschiedlichem »zeitlichen Abstand« (26) zum dargestellten Nachkrieg in der BRD geschrieben und publiziert worden sind: zwei aus den späten vierziger/frühen fünfziger Jahren, drei aus den sechziger bis achtziger Jahren und zwei aus den neunziger Jahren. Der Verweis auf eine für die Auswahl anregende Anthologie (von Jürgen Schröder u.a. 1995) lässt die Explikation der Kriterien noch stärker vermissen, die unter der Hand die Auswahl in die Richtung von Texten steuerte, die für die drei Ebenen von Erinnerung besonders interessant schienen: die erinnerte NS-Vergangenheit als »Gegenstand der Beschäftigung« in der unmittelbaren Nachkriegszeit, das Erinnern als »Zugang« zur Nachkriegszeit in der »Konzeption der Texte« und die »Problematisierung« der »Bedingungen und Funktionen des Erinnerns« in der »narrativen Selbstreflexion« (29). Die Verfasserin zitiert zustimmend Michaela Holdenrieds Feststellung zum unbefriedigenden Forschungsstand zu »Funktion und Form von Erinnerungen in ihrer literarischen Version« (153); deshalb legt sie mit großem Recht entschiedenes Gewicht auf sorgfältige Textanalysen unter dieser Fragestellung.

Das zweite große Verdienst der Arbeit liegt in der systemtheoretisch abgesicherten Verknüpfung von Texten und Kontexten, genauer: vor allem in der oft exzellenten Rekonstruktion der »unterschiedlichen Rezeptionskontexte« (19). Gerade in den Zusammenfassungen der Leseweisen der zeitgenössischen Rezensenten bezieht die Verfasserin auch kritisch Stellung, wenn sie diesen Befund in die eigene »disjunktive« Lektüre« (29) einbezieht. So hebt sie an der Rezeption von Heinz Küppers *Simplizius* 45 (1963) die durchgängige »Polemik gegenüber einem (vermeintlich) ideologischen Bewältigungsgebot« hervor, deren Kehrseite die Aufforderung sei, »ein nachträglich erstelltes Bild von der Vergangenheit für diese selbst zu halten« (105). Aus den Rezensionen von Walter Kempowskis *Uns geht's ja noch gold* (1972) ermittelt Hermanns eine Übereinstimmung hinsichtlich von »zwei Aufgaben von Literatur«, »Dokumentationswert im Blick auf den historischen Stoff (Detailgenauigkeit) sowie die Verpflichtung zur kritischen Distanzierung«, ohne dass der »Effekt der Unmittelbarkeit« problematisiert wird, den der Text durch Beschreibung vergangener Wahrnehmung erzeugt (146). Auch im Fall von Uwe Timms *Die Erfindung der Currywurst* (1993) steht die Leseweise der Kritik, die sich informiert fühlt über ein Stück bisher vernachlässigter Geschichte, in Spannung zur »Struktur des Textes« (214), die hier aber gerade verdeutliche, »dass die Realität der Wahrnehmung der Zeitgenossen immer nur in Form von Versionen existiert« (221). Für die im zweiten Kapitel analysierten Romane Walter Kolbenhoffs *Heimkehr in die Fremde* (1949) und Heinrich Bölls *Der Engel schwieg* (1992, aber 1949-51 geschrieben) fehlen (fast bzw. unvermeidlich) die zeitgenössischen Rezensionen; an ihre Stelle treten für den Kontext vereinheitlichende Formeln der Kulturwissenschaft, die Aleida Assmann (58; vgl. auch 61, 91, 99, 268-70) und Sigrid Weigel (55) geprägt haben: Als ein »kollektiver Habitus des Beschweigens und Verdrängens« (58) wird – wie insbesondere die Zusammenfassung der Textanalyse beider Romane illustriert – verzeichnet, was in den Texten selbst teilweise viel genauer und widersprüchlicher analysiert worden ist. Darin scheint mir der Hauptmangel der Arbeit zu liegen: im allzu schnellen Anschluss an diejenigen, die so tun, als ob sie das schon erforscht hätten, was die Verfasserin erst noch ermitteln wollte. Übernommen werden Leerformeln, die letztlich auf Hermann Lübbes »kommunikatives Beschweigen« (64)

von 1983 zurückgehen, dessen Bewertung aber umgekehrt wird: »Für den heutigen Leser stellt sich insofern die Aufgabe, aus den im Roman gebotenen Rechtfertigungen und Argumenten das diesen vorausgehende (Nicht-)Bewusstsein von Schuld bei der Lektüre zu rekonstruieren.« (Ebd.) Der Maßstab, an dem gemessen wird, ist ein aus der Gegenwart in die Jahre um 1949-51 projizierter, der anachronistisch auf das Verschwinden der damaligen, wie eingeräumt wird, »äußerst unterschiedlichen Perspektiven« (58) zielt: »Einen Begriff dafür, dass Erinnerung auch eine Form der Übernahme von Verantwortung und eine Verpflichtung gegenüber den Opfern der im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen sein kann, gibt es hier offensichtlich noch nicht.« (56) So kann die scheinbar konsensuale Rede vom Verdrängen die Arbeit entgegen ihren eigenen Befunden durchziehen (14, 20, 183, 241, 249, 265). Denn der Wertmaßstab fordert Erinnerung als Identifizierung mit dem »Tätervolk« (56) und verbietet Distanzierung vom Faschismus (199).

Wenn im zweiten Kapitel aufgrund der mangelnden historischen Kontextualisierung die negative Wertung der realistisch dargestellten »Gegenwart als beschwiegene Vergangenheit« (98) im Zentrum steht, so führt die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Verfahren der dokumentarischen »Rekonstruktion der Vergangenheit« (100) im dritten Kapitel zu differenzierten Resultaten. Küppers Roman, der Schelmenmotiv und Kinderperspektive nutzt, wird als »Ansatz zu einer tätergeschichtlichen Reflexion«, die im »Identifikationsangebot« (135) stecken bleibe, bedingt positiv gewertet, während Kempowskis Unmittelbarkeits-Effekt einer scharfen und treffenden Kritik unterzogen wird. Der »jugendliche Beobachter« sei nicht nur »prinzipiell unschuldig«, sondern erscheine »bereits in der Vergangenheit kritisch distanziert« (150f). Zugleich aber werde die Familiengeschichte national historisiert (oder deutsche Geschichte familiär normalisiert): »Denn indem der Text scheinbar auf eine deutende Perspektive verzichtet und das Vergangene in seiner Alltäglichkeit abbildet, erscheint die Realität der Vergangenheit auch als eine Form von Normalität.« (169)

Wenn schon die Beschäftigung mit einem von der Kritik wie der Wissenschaft vernachlässigten Text (und Autor) anerkennenswert ist, so sticht die Analyse von Gerd Fuchs' *Stunde Null* auch als gezieltes Gegenstück zu der von Kempowskis Roman hervor. Gegen die vorgebliche Unbefangenheit, die meint, authentisch zu sein, wenn auf Moral-Didaktisches verzichtet und »uninterpretierte Erinnerung« (146) präsentiert werde, profiliert die Verfasserin eine Rekonstruktion, die den Akt der Erinnerung zu einem der Reflexion von Repräsentativität mache (185). Allerdings führt Hermanns' Wertmaßstab zur Feststellung eines angeblichen Widerspruchs: Die erzählerische Strategie der Differenzierung blende die Identifikation mit dem eigenen Täter- als Deutschsein aus (190-95), »beschwige« also letztlich auch.

Auch die beiden Texte des vierten Kapitels werden durch die gegensätzliche Bewertung miteinander verknüpft. Sowohl Timms *Currywurst* als auch Dieter Fortes *In der Erinnerung* (1998) werden als postmoderne Reflexion von Erinnerung gelesen: »Während bei Timm jedoch die Eigenart der subjektiven Variante insbesondere durch ihre Abgrenzung von anderen zu definieren ist, zeigt Forte das Problem nun als eines des einzelnen Subjekts auf« (237). Bemerkenswert ist Hermanns' Nachweis, dass Fortes Verfahren zu einem Widerspruch führt: einerseits werde das Bild als konstruiert enthüllt, andererseits als vom Trauma erzwungen fixiert (239).

Helmut Peitsch (Potsdam)

Klüger, Ruth, *Gelesene Wirklichkeit. Fakten und Fiktionen in der Literatur*, Wallstein, Göttingen 2006 (222 S., Ln., 22 €)

Wofür steht ein Text, was steht hinter einem Text? Mit diesen Fragen hat sich Ruth Klüger beschäftigt und sich nicht gescheut, auch in würdiger Literatur Fragwürdiges vorzuführen. So in ihren Essay-Bänden *Frauen lesen anders* (1996) und *Katastrophen* (1997). Im ersten spürt sie Sexismus auf, im zweiten Antisemitismus – in guter, ›großer‹ Literatur selbstverständlich, bei schlechter lohnt die Auseinandersetzung nicht. Auch unterdrückt sie nicht ihr Unbehagen angesichts großer Namen und stellt unbequeme Fragen, die viele nicht zu stellen wagen.

Die Autorin fragt, »was mit der Literatur geschieht, wenn sie sich der Wirklichkeit stellt und im besonderen sich mit Geschichte und Zeitgeschichte auseinandersetzt« (7). Die Literatur »sucht die Deutung«, sie will »Ordnung in die widersprüchliche Welt [bringen] oder sich mit aufgerissenen Augen dem Chaos [stellen]« (ebd.). Es fragt sich aber, ob die Wirklichkeit zu höherer Wahrheit wird, wenn den Fakten Fiktion hinzugefügt wird. Denn wer »Wahrheit beansprucht, kann auch der Lüge überführt werden« (ebd.). Wann ist die Änderung der historischen Wirklichkeit nur ein dramatisches Element, das für die thematische Bearbeitung bedeutungslos ist? Und wann ist die Fälschung der Geschichte nicht zu akzeptieren? In *Maria Stuart* macht Schiller die beiden Königinnen jünger als sie tatsächlich waren – ein dramaturgischer Effekt, der am Thema nichts ändert. Anders verhält es sich, wenn Schiller Johanna von Orleans nicht auf dem Scheiterhaufen enden lässt. Hier ändert die Fiktion die deprimierende Wirklichkeit der Korruption, die das Leben Johannas verwirrte. Schiller opfert die Geschichte seinem Ideal eines heroischen Patriotismus. Manchmal zeigt dichterische Freiheit der Wahrheit die lange Nase. Wozu dann überhaupt ein historischer Stoff? »Wo Märchen ist, kann nicht Geschichte sein.« (70) Bei utopischen bzw. dystopischen Romanen – wie Orwells *1984* oder Huxleys *Schöne Neue Welt* – hingegen scheint, dass, »wo die Literatur sich am weitesten von der Geschichte entfernt, sie ihr am nächsten kommt« (207).

Es ist etwas anderes, wenn ein Text als Roman bezeichnet wird und nicht als Biographie, wenn dramatisierte Doku im Fernsehen gezeigt wird und nicht Dokumentation. Die Erwartung und die Einschätzung ist eine andere, und ein falsches Etikett ergibt naturgemäß eine Täuschung. Besonders kritisch und engagiert subjektiv betrachtet Klüger – selbst Zeitzeugin, die »nach Auschwitz [lebt]« (54) – dies im »Minenfeld« Holocaust (217). Hier führt Fiktion leicht zu Sentimentalität, zum »KZ-Kitsch« (52). Ja, »wir wollen's genauer, verständlicher, vor allem tröstlicher haben« (168). Das ist es aber nicht. Allein zu sagen, was ist, genügt, schreibt sie in ihrem Buch *weiter leben* (1992). »Ablenker und Mystifikatoren« hingegen sprechen gerne vom »Unsagbaren« (17).

Auch der *oral history* bringt die Autorin einiges Misstrauen entgegen. Allzuoft sind die Erzählenden nicht Zeugen sondern Rohmaterial. Bei ihrer Erörterung von Filmen über die Nazizeit, die sie als Verkitschung kritisiert, wie die Holocaust-Fernsehserie, oder lobt, wie Lanzmanns Film *Shoah*, der aus Zeitzeugenschaft besteht, fordert sie: »Hütet das Leben, fragt, wer ihr seid.« (27) Sie muss Ergänzungen, Richtigstellungen anbringen, verführt durch die während des Films ausgelöste, eigene Erinnerungsarbeit: »und so muss ich diese zwei Männer, die da oben auf der Leinwand miteinander reden, darüber aufklären, als gäbe es keine Grenze mehr zwischen Darsteller und Zuschauer« (13).

Lüge entsteht durch Kitsch und erst recht durch Fälschung, wie im Fall Wilkomirski: Ein Nichtjude gibt sich als Jude aus und heimst für seine erschütternden, vorgeblich autobiographischen Aussagen Lob und Preise ein. Nachdem die Lüge aufgefliegen ist, teilen sich die Stimmen in jene, die über den Schwindel empört sind, und in jene, die die Enthüllung anprangern, weil sie den Leugnern des Genozids Vorschub leisten, »als sei der Bekämpfung von Lügen am besten durch weitere Lügen gedient« (91). Eine andere

Fälschung betrifft *Jakob Littners Aufzeichnungen aus einem Erdloch*, das 1992 als Werk Wolfgang Koeppens großes Aufsehen erregte. Tatsächlich ist dieses Buch bereits 1948 unter dem Titel *Aufzeichnungen aus einem Erdloch* erschienen. Der Autor: Jakob Littner. Dieser, ein gebildeter Münchner Jude, hatte seine Deportation nach Polen in Ghettos und Verstecken überlebt und seine Erlebnisse nach Ende des Krieges aufgezeichnet. Mit dem Lektorat betraut wurde damals der unbekannte Wolfgang Koeppen. Das Buch hatte keinen Erfolg. Im 1992 von Suhrkamp neu übernommenen jüdischen Verlag war der Erfolg eines Romans des inzwischen berühmten Koeppen zu erwarten. Dieser schreibt in seinem Vorwort, »er habe nach Notizen des Verlegers gearbeitet, die auf dem mündlichen Bericht eines Überlebenden beruhten« (136) – und erwähnt nichts von dem fertigen Manuskript. Die Angehörigen des inzwischen verstorbenen Jakob Littner waren empört. Der Metropol Verlag veröffentlichte inzwischen das Originalmanuskript, so dass Ruth Klüger beide Ausgaben vergleichen konnte. Fazit: Koeppens Bearbeitung übernimmt vieles wörtlich, lässt aber »das meiste in Tagebuchform und im Präsens vor uns vorüberziehen« (138). Der dadurch erzielte »romanhafte« Effekt konterkariert indes den Charakter eines »Zeugenberichts« (ebd.). Besonderes Augenmerk legt die Autorin darauf, dass es einen grundsätzlichen Unterschied macht, ob ein Text von einem Juden oder von einem nichtjüdischen Deutschen stammt. In beiden Ausgaben finden sich Kritik am Verhalten von Juden und Versöhnliches über Deutsche. Dem Zeugen Littner ist nicht »sein Recht auf Selbstkritik und auf eine im Frieden ausgestreckte Hand abzustreiten«, dem »Schriftsteller aus dem Tätervolk« steht dies aber nicht zu (93). Littner hatte für seine Erinnerungen einen Verleger gesucht, Koeppen aber behauptet in seinem Vorwort: »Der Entkommene suchte einen Schriftsteller« (136) und bringt damit das Opfer um seinen Stoff: das gelebte Leben. – Die Autorin fordert »eine politische Art, ein Buch zu lesen«, eine, die »die Welt nicht außer acht [lässt], die außerhalb des Werkes liegt« (98). Amüsiert zitiert sie Jelineks Metapher für die Dichtung, sie sei ein »zerbrochener Kamm«, die Wirklichkeit aber »sowas von zerzaust. Kein Kamm, der sie glätten könnte.« (167) Ruth Klügers widerspenstiger Betrachtung bequemer Denkgewohnheiten bleibt jeder glättende Kamm erfreulich fremd.

Eva Geber (Wien)

Snyder, Jon R., *L'estetica del Barocco*, Il Mulino, Bologna 2005 (186 S., br., 11,50 €)

Das vorliegende Buch ist Teilband eines großangelegten *Lexikons der Ästhetik* in 20 Bänden, hgg. von Remo Bodei, das gleichzeitig auch auf Spanisch und Portugiesisch erscheint und in speziellen Bänden sowohl die Grundbegriffe der Ästhetik als auch die kunsthistorischen Epochen behandelt. Im Hinblick auf den Barock stellt sich das Problem (abgesehen davon, dass die Epoche sich nicht selbst als ›barock‹ bezeichnete, sondern es sich um eine Fremdzuschreibung handelt), dass die Ästhetik als philosophische ›Theorie des Schönen‹ und der Künste eine Erfindung des 18. Jh. (Baumgarten) ist. Die hier vorgeschlagene Lösung liegt in dem Nachweis, dass die großen Theoretiker des frühen 17. Jh. (Peregrini, Gracián, Tesauro; später Hobbes, Leibniz usw.) zwar den Begriff ›Ästhetik‹ noch nicht kannten, in der Sache jedoch bereits die Künste sowohl aus der Nachahmung der Antike wie aus Abbildfunktionen herauslösten. Kunst wird also nicht mehr zurückgebunden, wie Luhmann dieselbe Einsicht etwas flapsig formulierte, an ein »kosmisches Design«, an eine Ontologie. Mit dem Barock, kurz gesagt, beginnt die Moderne.

Diese Auffassung des Barock (und zugleich der ›Moderne‹) wird an jedem der zentralen Theoretiker der Epoche, einschließlich der Traktate zu den bildenden Künsten, durchargumentiert. Gemeinsam ist allen Autoren der Versuch, das theoretisch eigentlich nicht Fassbare dennoch zu denken. Die barocken Autoren nannten es noch nicht abstrakt

»das Schöne«, sondern »Scharfsinn« oder »Witz« in Deutschland, *acutezza*, *agudeza*, *acuité*, *pointe*, *wit* u.a. in den (viel wichtigeren) romanischen und angelsächsischen Ländern. Der Jesuit Baltasar Gracián etwa erscheint auf den ersten Blick überraschend unmodern, denn er zitiert (und kennt vermutlich) keinen einzigen der bahnbrechenden Wissenschaftler seiner Zeit (Kepler, Galilei, Descartes). In künstlerischen Dingen jedoch löst er die Poesie (*concepto*) erstaunlich radikal von mimetischen Darstellungsfunktionen ab und zielt stattdessen auf »das Neue« (78ff), welches sich auf dem neu entstandenen literarischen Markt behaupten kann und muss. Im Barock also wenden sich die Künste erstmals, jenseits von fürstlicher oder kirchlicher Patronage, an ein (relatives) Massenpublikum und den entsprechenden Markt und benötigen daher ganz neue psychagogische Techniken. In demselben Sinn verzichtet auch Emanuele Tesauro auf die Moral in der Kunst (112) und erledigt kurz angebunden die alte Frage nach der Wahrheit (oder Wahrscheinlichkeit) des Dargestellten (122f). Gerade Tesauros etwas mäandrisch verlaufende Argumentation eröffnet vielfältige moderne Anschlussmöglichkeiten. Wenn er etwa schreibt, Scharfsinn und Witz (*arguzia*) bestünden im Wörtlichnehmen von Metaphern, so wird jeder moderne Leser sofort an Freuds Theorie denken, wonach Träume genau so funktionieren (115). Das »Neue« kann Tesauro zufolge nur als »Schock« (127f) auftreten, womit eine der zentralen Kategorien von Benjamins Arbeiten sowohl zum Barock wie zum 19. Jh. ins Spiel gebracht und geschichtlich verankert ist. Im Zentrum der kunsttheoretischen Debatten standen natürlich nicht Deutschland oder England, sondern zunächst Italien und Spanien, später Frankreich, also katholische Staaten. Gerade die radikalsten Neuerer, die in diesem Buch präsentiert werden, waren Jesuiten oder Ex-Jesuiten, eine Beobachtung, die Max Webers berühmte Protestantismusthese als Beginn der (ökonomischen) Moderne ein wenig zu relativieren geeignet ist.

Zur Ausformulierung einer philosophischen Ästhetik allerdings kommt es erst bei Hobbes (156) und dann vor allem bei Leibniz. Für Leibniz ist die Kunst eine Art »Selbstabdankung der Vernunft« (167f), denn sie übt eine Macht aus, die sich nicht in Regeln fassen lässt, deren Grund notwendig verborgen bleibt und keiner begrifflichen Analyse unmittelbar zugänglich ist. Damit hat Leibniz bereits die Kunsttheorie angelegt, die (seit Kant) das bürgerliche Zeitalter dominiert hat. Der Barock übt daher auf moderne Theoretiker (man denke nur an Umberto Eco) wie Künstler (z.B. die meisten der lateinamerikanischen Romanciers) eine erhebliche Faszination aus. Man fragt sich jedoch, ob im Barock tatsächlich nur die Moderne beginnt, oder ob die Absage an Abbildfunktionen und die entsprechende Autonomie-Erklärung der Künste von didaktischen oder moralphilosophischen Vorgaben, die in dieser Epoche ausgesprochen werden, nicht so radikal sind, dass man hinzufügen müsste: Im Barock beginnt auch die Postmoderne.

Manfred Hinz (Passau)

Kunst und Kultur

Rancière, Jacques, *Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien*, b_books, Berlin 2006 (100 S., br., 10 €)

In dem schmalen Band skizziert Rancière sein Verständnis des Zusammenhangs zwischen Politik und Kunst, das über die bisherigen Diskussionen hinausführen soll. Er will zeigen, dass dieses Verhältnis beider Bereiche zueinander in einer gemeinsamen Tiefenstruktur wurzelt, die in den gängigen Diskussionen verschüttet wird. Politik ist nicht, wie Habermas annimmt, in der Sprache fundiert, die immer schon Kommunikationsgemeinschaften generiert, sie ist auch nicht staatliche Machtpolitik und parteiliche Regulierung von Interessenkonflikten oder demokratisches Konsensgebaren. Vielmehr wird in der Politik zunächst die »Aufteilung des Sinnlichen« geregelt, und zwar grundsätzlich im Dissens. Damit ist die Teilhabe am Gemeinwesen, die Anerkennung und Statuierung gemeinsamer Probleme gemeint, deren Reichweite mit jedem wahrhaft politischen Eingriff neu austariert wird. In dieser Dimension des Politischen liegt die Verbindung zu den Künsten, so wie sie gegenwärtig sozial konfiguriert sind.

Die historischem Wandel unterliegenden Konfigurationen oder Systeme der Künste bezeichnet Rancière als »Regimes« und unterscheidet – an Foucault angelehnt – drei Modelle: 1. Das ethische Regime der Bilder, in dem Kunst ungedacht bleibt (Antike). Gemäß dem Wahrheitskriterium dieses Regimes werden die Fiktionen (der Künste) als Lüge eingestuft. 2. Das repräsentative Regime (17. Jh.), in dem die Fiktionen homolog zu der Sozialstruktur aufgebaut werden und folglich keine Illusionen erzeugen, sondern Erkenntnisfunktion gewinnen. Mimesis wird auf die sozialen Beziehungen, nicht die einzelnen Gegenstände bezogen. 3. Das ästhetische Regime (Moderne), das auf die »sinnliche Seinsweise« setzt und von einer prinzipiellen »Gleichgültigkeit« (der Werte und Gegenstände) ausgeht. Damit wird die Mimesis als Nachahmung (hierarchisierter) Sozialbeziehungen und ihr poetologisches Pendant, die Erzählung, außer Kraft gesetzt, nicht jedoch der Realismus. Dieser ist im Gegenteil erst im ästhetischen Regime möglich, da sein Prinzip die Neuaufteilung des Sinnlichen, d.h. die Negierung akzeptierter (herrschaftsdominierter) »Anordnungen« ist.

Ein Hauptziel seiner Kategorisierung nach Regimes liegt für Rancière darin, die erkenntnistheoretisch unfruchtbar gewordene Opposition Moderne-Postmoderne aufzulösen bzw. zu relativieren. Sie sind s.E. beide als Möglichkeiten im ästhetischen Regime enthalten. Steht Schillers Modell der »Ästhetischen Erziehung des Menschen«, seine Idee der Versöhnung von Idee und Materie, geistiger und körperlicher Arbeit, für die Utopien der Moderne, so ist Lyotards Begriff des Erhabenen, in dem Idee und sinnliche Darstellung, geistiger Entwurf und materielle Realität unvereinbar bleiben, der postmoderne, resignative Einspruch dagegen.

Auf der Basis seiner Definition des ästhetischen Regimes, das keine einheitliche Logik der Geschichte anerkennt, vielmehr grundsätzlich eine egalisierende und pluralisierende »Aufteilung des Sinnlichen« befördert, entwirft Rancière seine Idee einer politischen Kunst (die zugleich die einer Politik der Kunst ist). Sie ist zwar nicht mehr als die Dominanz einer Idee über »das Sinnliche« zu konzipieren, wohl aber erkennt er dem schillerschen Modell den Rang eines Laboratoriums zu. Im Modus des Ästhetischen werden soziale Modelle entworfen, die nicht inhaltlich politische Vorgaben machen, sondern neue Formen der Teilhabe an der Definition des Gemeinsamen einer Gesellschaft vorschlagen. – Nicht zuletzt faszinieren Rancières Analysen aktueller künstlerischer Arbeiten (Hilla und Bernd Becher, die französische Gruppe Campement urbain, eine Videoinstallation des kubanischen

Künstlers René Francisco und weitere), in denen er auf die labile Balance zwischen der Gefahr der Selbstaufgabe der Kunst, ihrer Einmündung in konsensfähige Dokumentationen einerseits und ihrer Verharmlosung im ästhetischen Spiel und in der ästhetischen Abkapselung vom Sozialen andererseits, aufmerksam macht.

Rancières Abhandlungen regen dazu an, die Karten zwischen den unterschiedlichen Positionen in der ästhetischen Diskussion neu zu mischen. Er sucht nach Wegen, der Macht der Apparate, der gegebenen »Aufteilung des Sinnlichen«, die Althusser untersucht hatte, im Sinne der Kritischen Theorie, die den Gestus der absoluten Verweigerung und des Dissenses pflegte, entgegenzuwirken. Dabei setzt er nicht allein auf eine Politik der (autonomen) Künste, der (resignativen) Ersetzung von Politik durch Kunst. Vielmehr zeigt er Perspektiven der Gemeinsamkeit einer die sozialen Belange nicht so sehr kommentierenden und beurteilenden, als vielmehr inkorporierenden Kunst und einer Politik, die sich auf ihre demokratische Basisfunktion besinnt, nämlich die Teilhabe am Politischen, die Erstreuung von mehr Gemeinsamkeit zu ermöglichen. Jutta Held (Karlsruhe)

Wayne, Mike (Hg.), *Understanding Film. Marxist perspectives*, Pluto Press, London 2005 (253 S., br., 28,50 €)

Der Band will einen Überblick über marxistische Filmtheorien sowie auf die Kunstform Film anwendbare marxistische Kulturtheorien geben. Der grundsätzliche und einführende Aspekt herrscht vor; ökonomische Analysen der Filmindustrie und ausgewählte Filmanalysen kommen hinzu. – Esther Leslie (über Adorno, Benjamin, Brecht) und Deborah Philips (zu Althusser) fassen oft Gesagtes noch einmal zusammen. Adorno betonte die infantilisierende und passivierende Wirkung des Genres, hielt gleichwohl eine andere Filmpraxis für möglich. Für eine solche steht bei Leslie Alexander Kluge, von dem sie ausgiebig aus einem Interview zitiert; seine theoretischen Arbeiten wie seine Kinofilme werden nicht berücksichtigt (35ff). Der Essay über Althusser hat nur archivarisches Interesse, indem er den Einfluss von dessen Ideologiekonzept bei der Formierung der Cultural Studies in Großbritannien zeigt (87-104). – Bei Mike Waynes' Artikel über Fredric Jameson, einem der wenigen marxistischen Theoretiker, die sich ausgiebig mit dem Film als Kunstform auseinandergesetzt haben, dominieren die Stereotypen. Wayne, der in *Marxism and Media Studies* (2003) eine gute Politische Ökonomie der Medienindustrie vorgelegt hatte, wiederholt hier die häufig gegen Jameson vorgebrachten Einwände, sein Konzept sei zu abstrakt, entbehre der Klassenanalyse wie der Beachtung konkreter sozialer Kämpfe; ferner bemängelt er »the lack of detailed mediation between different social levels such as cultural institutions and political contexts« (127), unbeschadet des Umstands, dass der Gedanke der Vermittlung oder, wie Jameson es nennt, des »transcoding« verschiedener Ebenen einen besonderen Stellenwert in seiner Theorie einnimmt.

Wie Jamesons Ansatz produktiv gemacht werden kann, demonstriert Zhang Zudong in seiner Analyse von Zhang Yimou's *The Story of Qui Ju'*. Anstatt sich wie Wayne noch in die Debatte darüber zu verzetteln, ob der Postmodernismus eine »kulturelle Dominante« (125) darstelle (was er dann verneint), legt Zhang Zudong eine Ungleichzeitigkeit der Produktionsweisen und ebenso der künstlerischen, filmischen Techniken und Mittel zugrunde: »Such a perception of a mixed mode of production and its overlapping social, ideological and moral orders is made explicit by the random coexistence of political and commercial logos.« (227) Die Fähigkeit, die in Kunstwerken existierende Erkenntnis über die Gesellschaft aufzuspüren, ist eine der Qualitäten der an Jameson geschulten Interpretation, aber zu klären bleibt, welche Methodik zugrunde liegt. Zhang belegt eindrücklich, wie innerhalb einer marxistischen Analyse die ökonomischen und sozialen Ebenen der chinesischen

Gesellschaft mit der Kunstsprache, mit Bildern, Einstellungen, der Filmtechnik zueinander in Beziehung gesetzt werden können; er konfrontiert Close-ups, *mise en scène*, innerhalb der Kadrierung exponierte Warenlogos mit einer sich transformierenden Gesellschaft, die ihre nationale Orientierung abgestreift hat. Im Film ergeben sich nicht nur mögliche – widerständige – Bewegungsformen einer aus agrarischen Verhältnissen stammenden Frau, die es in die Boomtowns Chinas verschlagen hat, sondern ebenfalls ein Fluchtpunkt, »a thoroughly transformed social system« (230), so dass die Energien der Menschen, wie sie gegenwärtig von der chinesischen Gesellschaft absorbiert werden, als Keimform zukünftigen emanzipierten Lebens identifiziert werden können.

Demgegenüber fällt Anna Kornbluth auf einen überholten Stand marxistischer (Film-) Analyse zurück. Sie projiziert die Handlungsebene auf einen ökonomischen Hintergrund, in diesem Fall die Krise des Fordismus, vor dem die Charaktere agieren, und interpretiert den Plot, die Drehbücher der Filme, unter vollständiger Absehung von der Form der bildlichen Narration. Ihre Schlussfolgerung, »the film posit a personal resolution to broad social problems« (143), ist zutreffend, führt jedoch nicht über die Ideologiekritik der sechziger Jahre hinaus. – Douglas Gomery und Toby Miller wenden die politisch-ökonomische Analyse auf die amerikanische Filmindustrie an. »Hollywood as a textbook example of monopoly capitalism« (Gomery, 168) schottet sich, in Gestalt der sechs großen Filmstudios, gegenüber nachrückenden Prätendenten ab, indem die Pfade der Distribution, Kinos, Kabel-Kanäle, Fernsehen, kontrolliert werden, und Miller führt aus, dass auch im Fall der Filmindustrie die Glorifizierung des freien Unternehmertums ins Reich kapitalistischer Traumfabrikation gehört, denn der amerikanische Staat – und nicht nur die im Zentrum globaler Bildproduktion des Dirigismus verdächtigten europäischen Regierungen – gewähren den Filmstudios beträchtliche Unterstützung. Die von Gomery mit *Titanic* konstatierte Zäsur, derzufolge trotz enormer Produktionskosten (220-240 Mio. US\$) gilt: »long term failure was almost impossible« (176), weil »the only six players in town« (178) achtzig bis neunzig Prozent der amerikanischen Filmindustrie beherrschen und im Rest der Welt nur gering weniger, markierte auch das Scheitern der Versuche mehrerer Independent-Studios, an den Big Six vorbei das große Publikum zu erreichen. Wer mithalten will, muss innerhalb der Palette vorhandener Medien komplett präsent sein, benötigt Filme, Kinos, Fernsehen, Musik, Multimedia.

Wo Dominanz herrscht, existieren Gegenbewegungen und Nischen, und manche von ihnen werden staatlich gefördert und beaufsichtigt. Michael Chanans Beitrag *Cinemas in Revolution: 1920s Russia, 1960s Cuba* ist aber nur eine weitschweifige Variation des Satzes »Within the revolution, everything; against it, nothing«, mit dem Fidel Castro 1961 die Kulturpolitik auf eine Formel brachte, und keine konkrete Beschreibung der Filmproduktion in einem sozialistischen Land. – Die Bedeutung der Nischen im Kapitalismus unterstreicht Marcia Landy, indem sie Gramscis Vorstellung von Folklore, traditioneller Kultur und »common sense« als »philosophy of the subaltern« (70) mit dem berühmten Satz des senegalesischen Schriftstellers und Filmemacher Ousmane Sembène in Beziehung setzt: »Le cinema est l'école du soir du peuple.« Gramsci und Sembène verbindet die Intention, die Erinnerung der Unterdrückten zu aktivieren - »bringing to the surface narratives of the defeated« (66). »As a film that critically explores common sense from the ›context of a given culture‹, *Le Camp* is invested in challenging monumental [...] national narratives that rely on a scenario in which the forces of light and darkness collide to produce an image of the enlightened and just nation.« (71) Gegen diese herrschenden Erzählformen mobilisiert Sembène die kollektive afrikanische Erinnerung und konfrontiert sie mit den ästhetischen Errungenschaften der europäischen Avantgarde, mit

Selbstreflexivität, Intertextualität, wie sie etwa bei Godard vorkommen. Dieser Ansatz ist aussichtsreich, allerdings werden die Debatten innerhalb der African und African-American-Studies, wie sie um Sembènes Filme herum stattfanden, außer Acht gelassen, und so verhält es sich mit diesem Beitrag wie mit dem Sammelband überhaupt. Anregende und vielversprechende Konzepte finden sich neben Leerstellen und Rückschritten. Die Auseinandersetzung mit nicht-marxistischer Filmtheorie fehlt vollständig, wortreiche Sprachlosigkeit kontrastiert mit avancierten Interpretationen, die immerhin erahnen lassen, dass marxistische Grundlagentheorie und Filmwissenschaft eine produktive Beziehung eingehen können.

Mario Scalla (Frankfurt/M)

Berry, Chris, *Postsocialist Cinema in Post-Mao China. The Cultural Revolution after the Cultural Revolution*, Routledge, New York 2004 (256 S., geb., 70€)

Für die politische und kulturelle Charakterisierung Chinas während der letzten drei Jahrzehnte wählt Berry den Ausdruck »postsozialistisch« (1). In diesem Sinne spricht er von einem postsozialistischen Paradigma des chinesischen Films, das sich gegen das sozialistische entwickelt habe, aber ebenso von einem westlich-kapitalistischen abzugrenzen sei. Unmittelbarer Gegenstand des Buches – der Titel bleibt hierin mehrdeutig – ist aber nur Chinas Filmlandschaft der Jahre 1976-81. Berrys Hauptthese ist, dass bereits in dieser fünfjährigen Zwischenzeit loserer Zensurzügel der kulturelle Paradigmenwechsel vorangetrieben wurde, und nicht erst in den Filmen der nachfolgenden Generation festland-chinesischer Filmemacher ab Mitte der 1980er Jahre.

Verf. geht es in seiner als Dissertation entstandenen Studie nicht um die Einheit des postulierten »postsozialistischen Paradigmas« (116), sondern um den Paradigmenwechsel nach der Kulturrevolution. Dazu zeichnet er ein Panorama des chinesischen Films von der Entstehung der Volksrepublik bis zu Maos Tod und charakterisiert dieses »sozialistische Paradigma« (116) als wesentlich »didaktisch« (27). Um die in der Phase von 1976 bis zum exemplarischen Verbot des Films *Bitter Love* im Jahre 1981 sich entwickelnde Absetzbewegung aufzuzeigen, verknüpft er eine Darstellung der politischen Konjunktur (die Durchsetzung des Reformers Deng Xiaoping in der Partei gegen die revolutionäre und gegen die restorationistische Fraktion) und der Kulturliniendeckungen in Parteiorganen sowie paralleler Entwicklungen in der Literatur mit einer Analyse der Formen, die die Abwendung vom klassischen Paradigma in den Filmen selber annimmt. Aus einem Korpus von über 80 Filmen arbeitet er anhand von Charakterkonstellationen, Themen und formellen Aspekten Entwicklungstendenzen heraus, die die Konventionen des klassischen, pädagogischen Films konterkarieren. Moralische Schwarz-Weiß-Malerei tritt zurück, es treten vermehrt moralisch unsichere »Mittelcharaktere« (105) auf, der Klassenhintergrund der Figuren ist nicht mehr eindeutig mit ihrer moralischen »Wertigkeit« verknüpft, ihre Parteiangehörigkeit verliert an Wichtigkeit. Ebenso wird die filmisch konstruierte »epistemologische Beherrschung« (116) des Filmgeschehens durch den Zuschauer zurückgenommen zugunsten des Einsatzes von Ambiguitäten, die implizit als Anknüpfen gegen die stark restriktiven Bedingungen zu werten seien. Besonders deutlich wird Berrys Kontrastierung der drei Paradigmen am Motiv der romantischen Liebe, wie sie im Konstruieren der »Libidobeherrschung durch das klassische Hollywoodkino« (116) unmittelbar zu Hause sei. Während sie im didaktischen Paradigma fehle, sei sie für das nach der Kulturrevolution entstehende Muster wiederum zentral. Als Artikulation der Ablehnung eines unglaublich gewordenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses zwischen Film und Zuschauer dürfe sie aber nicht nur als Westimport verstanden werden, sondern stehe im Zusammenhang einer umfassenderen Struktur, die auch eine »vermehrte Darstellung

von affektiven Bindungen zwischen Familienmitgliedern und eine Handlung in der Zeit der Kulturrevolution einschließt«. Dieser größere Kontext verleihe ihr eine Richtung »fort vom Individualismus« und hin auf einen »nostalgischen, affektiven Kommunalismus, der eher auf der Peergroup als auf Hierarchie gründet« (115f).

Methodisch knüpft Berry explizit an Miriam Hansens kulturwissenschaftlich orientierte Filmwissenschaft an. Das erlaubt ihm, in der konstatierten Abwendung vom klassischen Paradigma nicht nur Übereinstimmung mit Parteidirektiven – Film in seiner ideologischen Funktion –, sondern auch widerständige Elemente zu identifizieren, über deren lebenswirklichen Ursprung der Leser allerdings im Dunkeln gelassen wird. Verf. bleibt damit hinter Hansens Ansatz insofern zurück, als er die analysierten Potenziale für eine alternative Zuschauerkultur nicht mehr soziologisch rückbindet. Das mag auch mit der Unzugänglichkeit von Daten zusammenhängen, was jedoch ebenfalls nicht thematisiert wird. Trotz dieser Schwächen und der Frage, ob der Begriff eines postsozialistischen Paradigmas angesichts späterer Entwicklung tragfähig ist, vermag Verf. reichhaltiges Material zu synthetisieren und Einblicke in ein wenig beleuchtetes Kapitel der jüngeren chinesischen Kulturgeschichte zu geben.

Daniel Fastner (Berlin)

Bredenkamp, Horst, *Darwins Korallen. Frühe Evolutionsmodelle und die Tradition der Naturgeschichte*, Klaus Wagenbach, Berlin 2005 (112 S., Ln., 18,50 €)

»I think«, notierte Charles Darwin 1837, als er bereits zweiundzwanzig Jahre vor der *Origin of species* verschiedene Modelle zur Entstehung der Arten durchspielte. Darunter folgt kein Text, sondern eine Handzeichnung, die mit wenigen Strichen eine wuchernde Struktur sich verzweigender Linien skizziert – ein frühes Modell der Evolution. Dieses Gedankenexperiment im Medium der graphischen Skizze ist für den Kunsthistoriker Bredenkamp ein »Glücksmoment der Wissenschaftsgeschichte« (22f). Hier wird unmittelbar greifbar, was die neuen Bildwissenschaften seit Jahren programmatisch postulieren: Es gibt ein *bildliches* Denken. Erkenntnis ist nicht an das Medium der Sprache gebunden, auch im Bild wird kulturelles Wissen generiert, geformt und transportiert. Bredenkamp führt denn auch exemplarisch vor, was Bildwissenschaft leisten kann und wie sie methodisch zu verfahren hat.

Die zentrale These ist ebenso einfach wie weitreichend. Das Baummodell der Evolution, das die Rezeptionsgeschichte von Darwins Theorie geprägt hat und im 19. Jh. nicht zuletzt im Kontext sozialdarwinistischer Vorstellungen unrühmliche Wirkmacht bekam, war für Darwin selbst nur *ein* mögliches Modell, evolutionäre Entwicklung zu denken. Ein alternatives Modell war die Koralle, deren wuchernde, ordnungslose Struktur einen Gegenentwurf zum hierarchischen Baummodell mit dem Menschen als Krönung der Entwicklung darstellt. »Der Baum des Lebens sollte vielleicht die Koralle des Lebens genannt werden«, notierte Darwin. Im Gegensatz zum Modell des Baumes bot das Bild der Koralle einige Vorzüge für die Beschreibung der Artenentwicklung. Die versteinerten Arme der Koralle vermochten sowohl den zeitlichen Prozess der Evolution als auch das Phänomen der ausgestorbenen Arten – jene zwei zentralen, in schöpfungsgeschichtlichen Erklärungsmodellen ungelösten Probleme – zu visualisieren. Zugleich konnte die Struktur der Koralle den Evolutionsprozess als eine Mechanik innerer, nicht zielgerichteter Differenzierungsprozesse verbildlichen.

Darwin hatte nicht nur selbst während seiner Weltreise auf der Beagle zahlreiche Korallenproben gesammelt und im Reisebericht die Korallenriffe als ästhetisch vollendetes Naturphänomen beschrieben. Mit dem Bild knüpfte er auch an eine Tradition an, die die Koralle als ein Objekt zwischen Naturgebilde und Kunstwerk imaginierte. Bereits in der Antike, bei Plinius und Ovid, fungierte sie – in ihrer Metamorphose von weichem

Organismus im Wasser zu starrem Gestein an Land – als Symbolwesen der Verwandlung, in dem »eine Art evolutionäres Urwissen« (62) seinen Ausdruck fand. In den Kunstkammern des 16. und 17. Jh. wurde die Koralle ein bevorzugtes Sammlungsobjekt; sie galt als »Zeichen des Überflusses der Künstlerin Natur« (ebd.). Eine dezidiert politische Signatur erhielt das Bild im 19. Jh. Als fleißige Arbeiter und Architekten von in gemeinsamer Anstrengung errichteten, erhabenen Gebilden wurden die Korallen für Autoren wie Carl Gottfried Wilhelm Vollmers und Jules Michelet zum »Symbol des vierten Standes wie auch der Demokratie von unten« (65). Bredekamp beschreibt, wie im Modell Darwins diese kulturgeschichtlichen Linien zusammenlaufen, und verweist damit auf eine kaum beachtete oder verdrängte Linie in dessen Denken, die nicht das »survival of the fittest«, sondern die »anarchische Kraft des Ornaments und des schöpferischen Überflusses« (77) betont.

Interessanter noch als dieser inhaltliche Befund ist die methodische Vorgehensweise, insofern versucht wird, systematisch auf der Ebene der von Darwin verwendeten *Bilder* zu argumentieren. Ausgehend von der These, dass »sich die Motorik des Denkens in der Bewegung der zeichnenden Hand in der Regel früher und unmittelbarer zeigt als in der Sprache« (11), widmen sich große Teile des Textes genauen Bildbeschreibungen der verschiedenen Entwurfskizzen. Die graphische Struktur sich verzweigender Korallenarme findet sich nicht nur in den frühen Handzeichnungen als skizzenhafter Entwurf einer möglichen Form des gesuchten Modells für den Prozess der Evolution. Noch in der *Origin of Species* erscheint im berühmten Diagramm der Natürlichen Selektion eben jene Form der Koralle. Der rechte Arm des Diagramms entspricht, wie Bredekamp mittels einer Collage der zwei übereinandergeblendeten Bilder *visuell* belegt, fast exakt und sogar maßstabsgerecht einem Korallenexemplar, das Darwin selbst 1834 in Argentinien gesammelt und nach England überführt hatte.

Wie verhält sich diese korallenförmige Visualisierung im Diagramm zum Text der *Origin of Species*, in dem Darwin bekanntermaßen das hierarchische Baummodell propagiert? Bredekamp erklärt den Gegensatz als epistemologische Konkurrenz zwischen Text und Bild. Wo Darwin im Text Bezug auf die Zeichnung nimmt, vermeidet er die Metaphorik des Baumes, wo er über den Baum des Lebens referiert, nimmt er keinen Bezug auf die Zeichnung. Text und Bild verkörpern zwei alternative, nicht ineinander übersetzbare Erklärungsmodelle evolutionärer Entwicklung. Nicht zuletzt in Bezug auf und in Absetzung von Alfred Russel Wallace, der ihm mit einer eigenen Theorie beinahe zuvorgekommen wäre, vertrat Darwin das Baum-Modell. In seinen Zeichnungen bewahrte er ein dazu alternatives, anarchischeres Wissen um die evolutionäre Entwicklung. Im Bild, so suggeriert die Argumentation Bredekamps, vermittelt sich nicht nur ein anderes, es vermittelt sich ein besseres, nämlich politisch subversives Wissen. Man kann diesen Befund zur Konkurrenz von Text und Bild allerdings auch ebenso gut als Gegenthese zur Macht der Bilder lesen: Es ist eben kein Zufall, sondern entspricht der medialen Logik universitären Wissens, dass Darwin gerade in der Auseinandersetzung um seine Position als Theoriebegründer nicht im Medium des Bildes argumentiert, sondern auf die Form des Textes zurückgreift. Man muss Bredekamp nicht in jedem Detail seiner manchmal allzu glatt und bildbegeistert anmutenden Argumentation folgen, um anzuerkennen, dass es sich lohnt, den bildlichen Auftrittbedingungen von kulturellem Wissen Aufmerksamkeit zu schenken und Text und Bild als möglicherweise alternative Formen des Denkens und Erkennens zu begreifen. Sven Werkmeister (Berlin)

Pädagogik

Haug, Frigga, u. Ulrike Gschwandtner, *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend*, Argument, Hamburg 2006 (164 S., br., 9,90 €)

»Manchmal kann man vereinzelt eine Sternschnuppe sehen«, schrieb ein Gymnasiast bei der Schilderung einer in Dunkelheit getauchten städtischen Szenerie. Dieser Satz brachte die Autorinnen offenbar auf die Idee für den Titel des Buches, in dem sie die Zukunftserwartungen und -ängste von Schülerinnen und Schülern zwischen zwölf und neunzehn besichtigen. Es ist ein Bild für das bisschen Zuversicht, an der Verf. nach der ansonsten beklemmenden Lektüre festhalten wollen. Sie haben für ihr Vorhaben Schulaufsätze schreiben lassen – ein oft angewandtes Verfahren in der Jugendforschung – zum Thema: »Ein Tag in meinem Leben in 20 Jahren«. 30 Klassen verschiedener Schularten und -stufen aus Deutschland und Österreich beteiligten sich zwischen 2002 und 2003; über 470 Aufsätze waren auszuwerten.

Die Fragen der Verf. richteten sich auf die Verarbeitung jugendlicher Konflikt Erfahrungen, besonders aber auf die Verarbeitung von Krisen, Kriegen, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit und der Kämpfe um soziale Sicherung. Bei den Schülerinnen interessierte sie besonders, wie diese sich in ihren Lebensentwürfen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorstellen. Ausgehend von der Annahme, dass Widerständigkeit, Ungeduld, der Wunsch nach einem anderen Leben sich in den Imaginationen niederschlagen würden, wollten die Forscherinnen wissen, inwieweit die gesellschaftliche Vermitteltheit des Alltagslebens, das Politische im Persönlichen, Privaten ins Bewusstsein eingedrungen ist. Ihre Aufmerksamkeit gilt der erwarteten Widersprüchlichkeit der Bewusstseinslagen. Und sie waren auf der Suche nach den »Rissen und Trübungen, die die Öffnung der Wahrnehmung [...] möglich machen, oder umgekehrt nach den Strategien, die die Nichtwahrnehmung befördern« (18). Würden in den Zukunftsvisionen der Schüler/innen auch Ansätze eingreifenden Handelns erkennbar? So die weitergehende Frage der Verf., mit der sie theoretisch an Gramsci, Holzkamp und den eigenen Beitrag zur Frauenforschung (Frigga Haug) anschließen. Um es vorweg zu nehmen, ihre Erwartungen werden stark enttäuscht.

In den ersten Kapiteln erläutern und begründen sie ihre Herangehensweise. Die Schüler/innen sollten konkret einen Tagesablauf phantasieren, um so diffuse Wunschvorstellungen zu vermeiden. Denn es werde »in den Aufsätzen nach einem reflektierten, realitätstüchtigen Imaginären gesucht« (29). In einem Kapitel werden auffallende Unterschiede zu den Ergebnissen einer zwanzig Jahre vorher durchgeführten Studie beleuchtet (Frigga Haug 1980). Damals waren Schulaufsätze mit der wörtlich gleichen Themenstellung ausgewertet worden. Die Unterschiede betreffen vor allem teilweise schwindende oder anders artikulierte Geschlechterdifferenzen. In den anschließenden Kapiteln werden zunächst typische Merkmale der Texte herausgehoben und gedeutet: der Einfluss des Fernsehens auf die Imaginationen, die minutiöse Zeitstruktur, die Bedeutsamkeit der fiktiven Namen in den Schilderungen, der Stellenwert von Hightech zu Hause und im Beruf. Die weiteren Kapitel fokussieren jeweils bestimmte Problemaspekte: Produktivkraftentwicklung und Gesellschaft, Zukunftsangst und Widerstand, Arbeit, Freunde, Körper und Sex, Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Besonders interessiert die Verf. dabei der Vergleich der Geschlechter. Als geschlechtstypische Differenzen werden (nicht nur in den beiden Kapiteln) ausgemacht: die Art der jeweils gewählten Arbeit, zum Teil des imaginierten eigenen Unternehmens, die unterschiedliche Bedeutung von Familie und Partnerschaft, das Verhältnis zum Körper. Die Schülerinnen sorgen sich oft um Über- oder Untergewicht, das Altern des Körpers. Sie üben »den heimlich sexistischen Blick von Frauen auf Frauen«

ein, so die Autorinnen (123). Die Schüler dagegen achten mehr auf die Funktionalität ihres Körpers für Sport etc. Manche von ihnen sehen sich – so ein anderer Aspekt – durch eine unkontrollierte technische Entwicklung bedroht, ihre Mitschülerinnen demgegenüber eher durch den Verlust familiärer Kommunikation (50).

Weniger im Zentrum der Auswertung stehen Klassenunterschiede, sie werden aber an verschiedenen Stellen angesprochen. Unübersehbar sind die Unterschiede nach Schularten. Während die Gymnasiast(inn)en von einer eigenen Firma träumen und zum Teil futuristische Phantasien (Hightech in Haushalt und Verkehr) entwickeln, ist für Hauptschüler schon die Hoffnung auf eine »normale gute Arbeit« visionär. Über alle Gruppenunterschiede hinweg erscheinen den Autorinnen folgende Merkmale generalisierbar: Ein starres Zeitschema ist für die Schilderung der meisten Tagesabläufe charakteristisch, wobei Erwerbsarbeit im Zentrum steht, anscheinend identitätsstiftend ist. Der skizzenhaft angedeutete Arbeitsalltag bleibt aber vage, abstrakt und konfliktfrei. »Inszenierter Lifestyle«, so die Kennzeichnung einer Zukunftsvision (104), ist der Inhalt vieler Entwürfe. Das Glück stellt sich dabei meist ohne eigenes Zutun ein, ebenso wie das Verheerende. Ein Bewusstsein der Zerstörung von äußerer und innerer Natur lässt sich aus vielen Aufsätzen ablesen, ist vielleicht bei allen Schülern vorhanden. Zum Teil finden sich apokalyptische Szenen, aber Gegenwehr ist, anders als von den Autorinnen erwartet, nicht erkennbar. Es gibt eskapistische Tendenzen, manche sehen ihre Zukunft in anderen, fernen Ländern. Positive Utopien fehlen. Vor allem ist der gesellschaftliche Zusammenhang nicht im Blick, der ist aufs Private beschränkt. Eine Ausnahme bilden die Schüler/innen einer Gesamtschule, denen die Verf. »ein starkes Bewusstsein von Gesellschaft« bescheinigen (53). An diese Abweichung vom Üblichen (und an das Beispiel einer anderen Schule) knüpfen die Verf. Überlegungen darüber, welche Einflussmöglichkeiten Lehrer/innen und Schulen hätten.

Mehrfach stellen die Autorinnen Ansprüche an die Pädagogik, wobei zu diskutieren wäre, ob sie dieser angesichts der Verhältnisse und des Fehlens einer alternativen politischen Kraft nicht zuviel zumuten, vor allem, ob Schulen »eingreifendes Handeln« (109) initiieren können. Sicherlich könnten sie aber die gesellschaftliche Vermitteltheit menschlicher Existenz bewusst machen. Das wäre ein erster Schritt und Teil des Bildungsauftrags. Die Studie könnte Material für Diskussionen mit Heranwachsenden bieten, eventuell für daran anschließende Projekte. Haug deutet am Schluss solche Möglichkeiten nach einer Diskussion mit zwei Schulklassen an. Im Übrigen dürfte die Lektüre des Buches für alle Pädagog(inn)en aufschlussreich sein, nicht weil sie damit Bescheid wüssten, was junge Leute denken, sondern um ihre Aufmerksamkeit auszurichten, genauer hinzuhören. Georg Auernheimer (Köln)

Beinke, Lothar, *Berufswahl und ihre Rahmenbedingungen. Entscheidungen im Netzwerk der Interessen*, Peter Lang, Frankfurt/M 2006 (163 S., br., 29,80 €)

Der heutige Wandel des idealtypischen Berufsverständnisses aus vorindustrieller Zeit wurde vom Verf. in mehreren soziologischen Analysen untersucht. Seine Analysen richten den Blick auf die heutigen Prozesse bei Berufsfindung, Berufswahl und beruflicher Sozialisation. Berufsaufklärung, Berufsberatung und Berufswahlunterricht können zur Schaffung einer systematischen und differenzierten Informationsbasis über Tätigkeitsmerkmale, Anforderungen, Rekrutierungsvoraussetzungen von Berufen beitragen. Dabei spielen für die Entscheidungshilfe Informanten und Informationsangebote eine je unterschiedliche Rolle. Wie empirische Studien beweisen, hat die professionelle Beratung durch Experten der Bundesagentur trotz fundierter Informationsangebote keine entscheidungsrelevante Wirkung. Die jüngste OECD-Studie zur Berufswahl in Deutschland (2002) bezeugt die Ineffizienz der professionellen Berufsberatung. Kognitive und konstruktivistische Lerntheorien betonen

motivationale und emotionale Faktoren bei der Verhaltensregulierung sowie die aktive Auseinandersetzung (z.B. im Betriebspraktikum) bei der Generierung, Strukturierung und Selbstreflexion von Selbsteinschätzungen, bei der Differenzierung von Interessens- und Fähigkeitsprofilen und bei nachhaltigen Einstellungen für die berufliche Lebensplanung. Die Skizzierung der Berufswahltheorien und die kritische Analyse hinsichtlich der Erklärungsfähigkeit des individuellen Berufswahlverhaltens konzentrieren sich leider nicht auf diese subjektorientierte Perspektive. Frühere Untersuchungen Beinkes (*Familie und Berufswahl*, 2002) zeigen, dass die Familie der wichtigste Sozialisator im Prozess der vorbereitenden Sozialisation ist. Eltern rangieren neben dem Betriebspraktikum als Informanten »nahezu konkurrenzlos an der Spitze« (72). Ihr Einfluss wird weniger wegen der Sachkompetenz als aufgrund des emotionalen Engagements höher eingeschätzt. Emotionale Hilfestellung, arbeitsorientierte Einstellungen, Wertorientierungen durch die Familie kanalisieren die Informationsnachfrage in erster Linie bei »glaubwürdigen« Interaktionspartnern in der realen Arbeitswelt. Die Betriebszugehörigkeit der Eltern wirkt sich als »Bonuseffekt« im Rekrutierungsverfahren für deren Kinder in Großbetrieben aus. Geschlechtsspezifische, sozialschichtenspezifische, peergroupabhängige Korrelationen zur Ermittlung des Einflusspotenzials zeigen Trend-Ergebnisse, aber kaum signifikante Daten – auch aufgrund einer relativ kleinen Grundgesamtheit. Interessant erscheint der Peergruppeneinfluss zur Berufsorientierung, worüber Beinke 2004 eine spezielle Untersuchung veröffentlicht hat. Bedeutsam erscheint, dass sich geschlechtsspezifische Berufspräferenzen durch die *peers* eher verstärken.

Einen breiten Raum im Reader nimmt das Betriebspraktikum ein. Beinke stellt in einem Sammelreferat historische Ansätze und empirische Befunde, Lernmöglichkeiten, -restriktionen und -probleme, restringierte Arbeitserfahrungen sowie konkrete didaktische »Merkmalskataloge« für organisatorische Rahmenbedingungen und die curriculare Einbindung eines effektiven Schülerbetriebspraktikumskonzeptes dar. Der hohe Stellenwert dieser für die Berufswahl wichtigen Lernform besteht darin, dass Schüler an Erfahrungswissen von Eltern anknüpfen und durch tätige Erfahrung lernen können, ein realistisches Vorverständnis der Arbeitswelt erhalten, Eindrücke von Anforderungen und Belastungen gewinnen und ihre Berufswünsche am Angebot vorhandener Ausbildungsplätze im regionalen Arbeitsmarkt ausrichten. Leider ist der Einsatz im Wunschberuf dabei nur eingeschränkt möglich, was dann aber eine geringe Auswirkung auf die Berufswahl durch das Betriebspraktikum zur Folge hat. »Von Emotionalität geformte« (119) Einflusspotenziale erfordern eine unterrichtliche Aufarbeitung, wobei die Schüler und Schülerinnen den Lehrenden kaum professionelle Beratungskompetenz zusprechen.

Andreas Gmelch (Bamberg)

Hamburger, Franz, Tarek Badawia u. Merle Hummrich (Hg.), *Migration und Bildung. Über das Verhältnis von Anerkennung und Zumutung in der Einwanderungsgesellschaft*, VS, Wiesbaden 2005 (344 S., br., 29,90 €)

Der umfangreiche Sammelband enthält zwanzig Beiträge zu einer Vielfalt von Aspekten von Migration und Bildung, subsumiert unter vier Oberthemen: In Teil I sind »die Perspektiven der Professionellen«, d.h. von Lehrern und Sozialarbeitern, Gegenstand von Analysen; Teil II, »Bildungsprozesse in Institution und Interaktion«, versammelt unter anderem Untersuchungsberichte über die berufliche Integration von jungen Erwachsenen der zweiten Migrantengeneration, über die Beziehung zwischen Schule und Migrantenfamilien und über die Deutsch-Italienische Gesamtschule Wolfsburg; Teil III, »Bildung in lebensweltlicher Perspektive«, enthält teils theoretische Beiträge, z.B. einen sozialpsychologischen Erklärungsansatz für »latenten Rassismus«, eine idealtypische Modellierung der Identitätsentwicklung

im kulturellen ›Dazwischen‹ sowie Überlegungen zum »Spiel mit der Differenz«, aber auch eine Studie über ethnische Unterscheidungen im Kindergartenalter, eine Fallstudie über einen Heimzögling italienischer Herkunft und andere empirische Studien; In Teil IV, »Räume der Reflexion«, werden die deutschen Integrationsversäumnisse, die Programmatik interkulturellen Lernens und das Anerkennungspostulat kritisch beleuchtet.

Die Vielfalt der behandelten Aspekte ist überwältigend, im Doppelsinn des Wortes. Nur einige wenige Beiträge seien herausgehoben: In dem Kapitel über Kompetenzen und Einstellungen pädagogischer Fachkräfte wird in zwei Untersuchungsberichten, gestützt auf Fallstudien, die Ausblendung der Familienkulturen und der Erfahrungshintergründe von Migrant*innenkindern und -jugendlichen verdeutlicht. Melter zeigt zum Beispiel, wie ein Bewährungshelfer die Rassismuserfahrungen eines jungen Kurden nicht wahrhaben will. Beispiele der offenen Diskriminierung von Schülern ausländischer Herkunft enthält Webers Bericht aus einer Schulstudie an Gymnasien.

In dem Kapitel über die Situation und Entwicklung von Jugendlichen referieren Bolzmann u.a. die Ergebnisse einer Befragung von jungen Erwachsenen italienischer und spanischer Herkunft in der Schweiz. Ergebnis: ein hoher Grad der Integration, gemessen an Berufspositionen, Exogamierate etc. – Dass Bildungserfolg in unserem System sehr stark von günstigen Familienkonstellationen oder wohlwollenden ›Gatekeepern‹ abhängt, belegen die Fallstudien von Hummrich und Wiczorek. Lesenswert ist der Beitrag von Badawia, der ein Dreistufenmodell entwirft, in dem er die Entwicklungsaufgaben differenziert, die sich Heranwachsenden stellen, die mit zwei Bezugsgruppen und kulturellen Bezugssystemen konfrontiert sind. Sein Modell der »Identitätstransformation« hat, obwohl von eigenen Erfahrungen getragen, normative Züge. Mit zwei Langzeitstudien verdeutlicht Niedrig, wie beschränkt der »Bildungsraum« jugendlicher Flüchtlinge ist, wie unsere Asylpolitik Lebensperspektiven beschneidet, aber auch, welche Überlebensstrategien junge Flüchtlinge entwickeln.

In bildungspolitischer und wissenschaftstheoretischer Hinsicht enthält der letzte Teil des Bandes die interessantesten Beiträge. Gogolin vergleicht die deutsche Politik mit der Integrationspolitik in Großbritannien und zeigt zusätzlich an zwei regionalen Politikansätzen auf, wie Integration von Migranten gefördert werden kann, sodass die Defizite hierzulande überdeutlich hervortreten. Die Folge ist unter anderem eine äußerst unstete Migrationssituation mit einer hohen Fluktuation. Diese vermutlich auch pädagogisch folgenreichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden durch politische und mediale Diskurse komplettiert, die interkulturelle Lernprozesse blockieren. Hier schließt der Beitrag von Hornel und Scherr an, die insbesondere darauf aufmerksam machen wollen, welche Erfahrungen das Bildungssystem ermöglicht bzw. verhindert. Sie gehen davon aus, »dass es keineswegs genügt, curriculare Inhalte zu überprüfen [...]. Denn Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen sind soziale Arrangements, die als institutionelle Anordnung nicht beliebige Lern- und Sozialprozesse ermöglichen« (298). Unter diesem Aspekt findet das hoch selektive viergliedrige Schulsystem ihre Kritik, aber auch eine Interkulturelle Pädagogik, die sich ihrer Voraussetzungen nicht vergewissert.

Die meisten Beiträge haben eine empirische Basis, wobei es sich bis auf drei um qualitative Studien, häufig von Nachwuchswissenschaftlern, handelt, was nebenbei auch methodische Fortschritte in diesem Fachgebiet belegt. Der Band könnte gut als Seminarlektüre der gemeinsamen Reflexion zentraler Fragen interkultureller Bildung dienen. Beim Preis hat man freilich kaum die Kaufkraft von Studierenden in Rechnung gestellt. Beeinträchtigt wird das Buch durch zahlreiche Flüchtigkeitsfehler und unvollständige Literaturverzeichnisse. Das Übergehen eines Verf. im Autorenverzeichnis lässt ein fehlendes Lektorat vermuten.

Georg Auernheimer (Brühl)

Forum Demokratischer AtheistInnen (Hg.), *Mission Klassenzimmer. Zum Einfluss von Religion und Esoterik auf Bildung und Erziehung*, Alibri, Aschaffenburg 2005 (216 S, br., 14,50 €)

Die Auswirkungen von Religion und Esoterik in Erziehung und Bildung wurden 2003 auf einem Kongress mit dem Titel »Die ewige Wiederkehr des Religiösen« diskutiert. Die in diesem Band publizierten Beiträge beschäftigen sich aber nahezu ausschließlich mit Esoterik bzw. was die Verf. darunter verstehen: die Montessori-Pädagogik (Wolfgang Prose), das anthroposophische Erziehungsmodell Rudolf Steiners (Klaus Prange), New Age (Claudia Barth), Okkultismus (Waldemar Vogelgesang/Frank Welker). Weitere Beiträge sind mehr allgemein: die »mörderische Co-Produktion« von »irrationaler Rationalität« und »rationaler Irrationalität« (Maria Wöflingseder), das Spannungsverhältnis zwischen Pädagogik und der »ewigen Wiederkehr des Religiösen« (Eamon Kiernan), die Evolution(s)theorie im Unterricht (Lee Traynor). Der unter der Verantwortung der Kirchen stattfindende Religionsunterricht und die von den Kirchen zu verantwortende ›Religion‹ ist also nicht Thema der Untersuchung. Trotzdem sind die Kritiken esoterischer ›Lehren‹ offenbar als Konkretisierung einer allgemeinen Religionskritik gedacht. Denn nicht nur werden in der »Bestandsaufnahme« Christoph Lammers ausdrücklich alle organisierten Formen »religiösen« Unterrichts behandelt, sondern nach dieser folgt ein »Grundsatzreferat« von Franz Bügge über die Frage: »Ist christliche [!] Erziehung heute noch verantwortbar?«, eine Frage, die vom Autor verneinend beantwortet wird.

Für mich stellt sich damit das Problem einer Religionskritik, die auf einem bekennenden Atheismus basiert: Religion hindert die Menschen per definitionem daran, sich auf die eigenen Füße zu stellen. Denn Religion lässt sich, so Brügge, eindeutig definieren als »Transzendenzbezug« (was »natürlich« bedeutet: sich einer höheren Macht zu unterwerfen), unkritische Übernahme veralteter Sinn- und Moralvorstellungen als »letzter verbindliche Quelle« (41), Verursacher einer »Disposition starker Widerstände gegen Änderungen« (42), eng verbunden mit »extrem gewalttätigen, grausamen, inhumanen Haltungen und Handlungsbereitschaften« (44), »ausgeprägte Tendenz zu einem weitgehend unkritischen Kult überidealisierten Leit- und Führerfiguren« (wie Moses, Jesus oder Mohammed) (46). In dieser Definition fehlt völlig die Erkenntnis, dass Religion ein Kampfplatz ist. Marx definierte da viel einsichtiger: Die Religion ist »in einem der *Ausdruck* des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend« (MEW 1, 378). Es ist dann auch kein Zufall, dass Brügge das Vorkommen des »dialektischen Gegenparts« der herrschenden Religion, des »Ketzers«, zwar signalisiert, aber nicht »näher ausführt« (42f). Ebenso bezeichnend ist die Beurteilung von »ReligionslehrerInnen«, die »ein geradezu revolutionäres Potenzial für [...] politischen Unterricht [entwickeln]«. Sie sind es »gerade [...], die in den Jugendlichen trügerische Hoffnungen wecken und sie somit für Ideologien anfällig machen« (25f, A 38).

Dennoch haben die Artikel einiges an kritischer Information zur Kultur der grasierenden ›Heilslehren‹ zu bieten. Hier lohnt sich die Hellhörigkeit bekennender Atheisten für alles, was nach ›Weltbilder‹ riecht, die die Komplexität der wirklichen Welt vereinfachen – manchmal mit recht problematischen Deutungen, z.B. rassistischen, wie in der Anthroposophie Rudolf Steiners. Man kann da nicht hellhörig genug sein, auch wenn, was dabei herauskommt, nicht sehr neu ist: Der rassistische Einschlag der steinerschen Ideologie, das Elite-Denken bei Maria Montessori, das sich mit reaktionärem Katholizismus oder einer Herrschaftsideologie wie dem Faschismus verbinden lässt, die Affinität zwischen Esoterik und ›völkischem‹ Denken, es kommt einem alles ziemlich bekannt vor. Überraschender war Maria Wöflingseders Beobachtung der »Esoterisierung« des

Programmangebots der Volkshochschulen, die vor nicht allzu langer Zeit noch ein Ort gesellschaftskritischer Reflexion waren. Sie zeigt, wie sich die zunehmende Irrationalität der ›Ratio‹ der Gesellschaft im Bereich der Bildung durchsetzt und die Bildung kritischer Vernunft eine ohnmächtige Randerscheinung zu werden droht.

Das ist wohl auch das Problem von Büchern wie diesem. Die Irrationalität ist ja keine Frage eines falschen Bewusstseins, das durch Aufklärung allein schon auf andere Gedanken gebracht werden kann: »Esoterik ist rationale Irrationalität, die aus der irrationalen Rationalität unserer Verhältnisse erwächst.« (127) Wölflingseder bestreitet deshalb die (sie meint, bei den meisten Linken vorherrschende) Auffassung, Denken sei die einzige Alternative zur Esoterik (129, A 16). In den anderen Artikeln, wenn sie diese Frage überhaupt stellen, ist die gebotene Praxis doch wieder die von »grundlegender Information, Aufklärung und Reflexion« (164). – Müsste man nicht, wenn man dieses Problem erkennt, die Religion noch einmal anders thematisieren? Ist die Religion nicht aber »der Seufzer der bedrängten Kreatur«, die sich dagegen wehrt, dass das, was ist, auch alles sei? Muss dieses ›Wunschdenken‹ uns Menschen unbedingt ausgedet werden? War Marx auch in dieser Beziehung nicht einsichtiger? »Die Kritik [der Religion] hat die imaginären Blumen an der Kette zerpfückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche.« (MEW I, 379) Wäre mit einer solchen dialektischen Kritik der Religion dem Unterricht (nicht nur dem Religionsunterricht) nicht besser gedient?

Dick Boer (Amsterdam)

Soziologie

Wacquant, Loïc, *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays*, Birkhäuser u.a., Basel u.a. 2006 (208 S., kt., 24,90 €)

Die Frage der Ghattobildung in europäischen Großstädten wurde zuletzt anlässlich der Unruhen in den französischen Banlieues Ende 2005 gestellt. Doch was macht ein Ghetto jenseits seiner politischen und medialen Skandalisierung aus? Ziel der elf vorliegenden und bereits anderweitig erschienen Artikel in diesem Sammelband des Bourdieu-Schülers Wacquant ist es, einen »tragfähigen soziologischen Begriff des Ghettos als sozialräumlichen Apparat ethno-rassistischer Segmentierung und Kontrolle« (7) zu entwickeln und damit eine Lücke in den Sozialwissenschaften zu schließen, die den Begriff häufig nur deskriptiv verwenden.

Die Herausbildung eines »neuen Regimes städtischer Ausgrenzung« (21) seit Ende des fordistischen Zeitalters sieht Verf. durch vier strukturelle Entwicklungen vorangetrieben: Rückkehr der sozialen Ungleichheit, Wandel der Lohnarbeit, Umbau des Wohlfahrtsstaates sowie räumliche Konzentration und Stigmatisierung. Obwohl sich diese Trends in allen Industrieländern vollziehen, existieren dennoch funktionale Unterschiede zwischen den us-amerikanischen ›Schwarzenghettos‹ und den europäischen ›Verbanntenvierteln‹. Während in den USA die Hautfarbe das ausschlaggebende Kriterium für die Segregation ist – 96 bis 99 Prozent der Ghattobewohner sind Schwarze –, bilden entgegen der medialen Wahrnehmung weiße Arme die Mehrheit in den Banlieues. Verf. skizziert das ›Innenleben‹ des schwarzen amerikanischen Ghettos hinsichtlich seiner Sozialstruktur, Funktion und Dynamik. Das fordistische ›Gemeinschaftsghetto‹ mit historisch gewachsenen Milieus und sozialen Strukturen der Arbeiterklasse habe sich zu einem nachfordistischen ›Hyperghetto der Ausgeschlossenen‹ entwickelt, das zum einen durch »eine Verschärfung der historisch gewachsenen rassistischen Ausgrenzung, gefiltert durch ein Klassenprisma«, und zum anderen durch »eine neuartige räumliche und

organisatorische Struktur« gekennzeichnet sei (88). Im Anschluss an Bourdieu bezeichnet er das amerikanische ›underclass‹-Konzept als »wissenschaftlichen Mythos« (79). Indem es unterstelle, dass der Entzivilisierungsprozess des Hyperghettos im Verhalten seiner Bewohner begründet liege, habe es als legitimatorische Grundlage für den Abbau des sozialen Netzes und die Einführung von ›Workfare‹-Maßnahmen und polizeilichen ›Null-Toleranz‹-Strategien in den USA gedient. Diese Umkehrung des Zusammenhangs von Ursache und Wirkung finde sich auch in den Theorien der ›Kultur der Armut‹ wieder. Zugleich gebe es eine »zunehmende Verdrängung der Kategorie Rasse aus der an Politikberatung orientierten Forschung« (107), in der das Ghetto mit Konzentrationen extremer Armut gleichgesetzt würde, ohne seine ethnisch-rassistische Untermauerung zu erwähnen. Erst wer das »Ghetto als soziale Form« (128) verstehe, könne erkennen, welche Eigenschaften konstitutiv und welche abgeleitet sind. Theoretischer Mittelpunkt des Sammelbandes bildet der titelgebende Artikel »Das Janusgesicht des Ghettos«. In diesem will Verf. »ein relationales Konzept des Ghettos als Instrument der Schließung und Kontrolle [...] für die sozialwissenschaftliche Analyse ethnisch-rassistischer Herrschaft und städtischer Ungleichheit« entwickeln (132). Verf. identifiziert »vier konstituierende Elemente des Ghettos« (133): Stigma, Zwang, räumliche Einsperrung und institutionelle Ausstattung, die zusammengenommen die Verfolgung der »doppelten Zielsetzung von ökonomischer Ausbeutung und sozialer Ächtung« (ebd.) ermöglichen. In einem sozial- und begriffsgeschichtlichen Rückblick verdeutlicht er Gemeinsamkeiten und Unterschiede des jüdischen Ghettos im europäischen Mittelalter und im NS, der japanischen Buraku, der schwarzen US-Ghettos und der europäischen Verbanntenviertel. In Abgrenzung zum naturalisierenden sozialökologischen Ansatz der (frühen) Chicagoer Schule und den Klasse und Historizität vernachlässigenden Ansätzen der Politikberatung erklärt er die Ghettobildung sozialgeschichtlich als forcierten Prozess ›von oben‹. Das Ghetto ist insofern eine »janusköpfige Institution« (136), als es der dominierenden Gruppe zur Abgrenzung und Kontrolle (als ›Waffe‹) und der subalternen als integrierende und schützende Einrichtung (als ›Schild‹) dient. Dieses Ghetto-Verständnis ermöglicht die begriffliche und funktionale Abgrenzung einerseits von der ethnischen Enklave, in der sich eine ethnisch markierte Gruppe zur Akkulturation und Verbesserung ihrer Lebenschancen freiwillig segregiert, und andererseits vom Elendsviertel, in dem Arme, die jedoch nicht ethnisch markiert sein müssen, segregiert sind. Daher läge es nahe, das Ghetto »mit dem Reservat, dem Flüchtlingslager und dem Gefängnis« (143) zu vergleichen. – Andere Artikel beleuchten die bereits in *Elend hinter Gittern* vertretene These, »dass zwischen dem Niedergang des Sozialstaates und dem Gedeihen des Strafstaates ein kausaler und funktionaler Zusammenhang besteht« (161). Vom Epizentrum der USA ausgehend verbreiten politikberatende *think tanks* die Null-Toleranz-Doktrin und propagieren die »Rückkehr der Gefängnisse« (146). Diese Diskurse tragen maßgeblich zur weltweiten Etablierung eines neuen ›liberal-paternalistischen‹ Regimes bei. In den USA werde der Sozialstaat durch den Strafstaat ersetzt, in Europa (derzeit) lediglich ergänzt. Das massenhafte und ›routinemäßige Umfunktionieren der Haft zu einem Instrument der Bekämpfung sozialer Unsicherheit« (148), das sich in den USA zur Waffe gegen die schwarzen Armen entwickelt habe, führe inzwischen zur Explosion der Gefängniskosten und zur Suche nach Einsparpotenzialen. – In einem abschließenden Interview über die Rolle kritischer Intellektueller postuliert Verf. die synergetische Verbindung der Denktraditionen der kantianischen Erkenntniskritik und der marxistischen Gesellschaftskritik, um den Alltagsverstand zu zersetzen. Kritisches Denken müsse »unermüdlich die Frage stellen nach den sozialen Kosten und dem Nutzen der Politik der ökonomischen

Deregulierung und des sozialen Abbaus« (199). Ohne dies näher auszuführen, plädiert Verf. für »die Stärkung und Erweiterung sozialer und ökonomischer Rechte« und den »Aufbau eines europäischen Sozialstaats« (156). Christian Schröder (Berlin)

Davis, Mike, *Planet of Slums*, Verso, London-New York 2006 (228 S., geb., 24 US\$)

Die UN-Habitat-Studie *The Challenge of Slums* hat das Ausmaß der Slumentwicklung 2003 erstmals ins allgemeine Bewusstsein gerückt. Unter Verwendung dieser und weiterer empirischer Daten kann Davis zeigen, wie der Neoliberalismus in den Städten der Dritten Welt ein riesiges »informelles Proletariat« erzeugt und ein dramatisches Wachstum der Slums ausgelöst hat, die als strategische Orte welthistorische Bedeutung erlangen. Erstmals in der Menschheitsgeschichte bilden die Städter die Mehrheit gegenüber der absehbar schrumpfenden Landbevölkerung. Die 400 Millionenstädte liegen ebenso wie die über 30 Mega- und Hypercities mit ihren mehr als 8 bzw. 20 Mio. Einwohnern zumeist im globalen Süden, wo 95 Prozent des Stadtwachstums stattfindet. Da die rasante Urbanisierung nicht wie im 19. Jh. von einer ebenbürtigen Industrialisierung begleitet wird, wachsen vor allem die Armut und mit ihr die Armutsquartiere. Weltweit gibt es vermutlich mehr als 200 000 Slums, in denen ein Drittel aller Stadtbewohner lebt. – Slums sind innerhalb der Städte an verschiedenen Orten zu finden, da die Armen in ihren Behausungsstrategien v.a. die Nähe zum Arbeitsplatz mit der Bezahlbarkeit der Unterkunft abwägen müssen. In den Städten des Südens folgt die Lage der Slums weder eindeutig dem »Donut-Muster« der us-amerikanischen Stadt, wo die Armen meist zentrumsnah wohnen, noch der »Untertassen-Form« der europäischen Stadt, wo die Armen oft in der Peripherie leben: »Third World slum-dwellers occupy a variety of urban orbits, with the greatest concentration in lowrise peripheries.« (31) Auf der äußersten Umlaufbahn befindet sich der Lagerraum der Ausgestoßenen, »ein menschlicher Müllplatz« (47). Informelles Wohnen in der Peripherie gibt es in den Varianten der Besetzung oder, mittlerweile häufiger, ihrer privatisierten Form der »Freibeuter-Urbanisierung«. »Piraten«, die als informelle *Developer* auf einem unsichtbaren Immobilienmarkt agieren, vermieten unautorisiert angeeignete Häuser oder Grundstücke. Die Romantisierung der klassischen Besetzung, deren Hochphase in den 1970er Jahren lag, verdeckt, dass heute Mietverhältnisse zwischen Kleineigentümern und Armen die Regel sind.

Slums wachsen erst seit den 1950er und 60er Jahren so rasant. Zuvor hatte der europäische Kolonialismus den Einheimischen den Stadtbürgerstatus verweigert, der »asiatische Stalinismus« (53) die Land-Stadt-Mobilität mit einem Meldesystem strikt kontrolliert und der lateinamerikanische Lokalstaat, gestützt auf sein städtisches Bürgertum, Razzien gegen informelle Siedlungen organisiert (51ff). Die paradoxen Auswirkungen kolonialer Aufstandsbekämpfung und nationaler Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien sowie der Umsturz der Diktaturen in Lateinamerika schleiften die institutionellen Barrieren des Stadtwachstums. Die Beispiele der sozialistischen und keynesianischen Wohnungsbaupolitik Kubas, Ägyptens, Algeriens, Tansanias, Mexikos, Brasiliens und Perus zeigen aber, dass die Slumbildung keine ehrene Notwendigkeit darstellte. Doch bevor IWF und Weltbank den sozialstaatlichen Ansätzen den Todesstoß versetzten, geriet der soziale Wohnungsbau der meisten Länder in eine hausgemachte Krise. Die errichteten Wohnungen erwiesen sich wegen ihrer Lage oder ihres Zuschnitts als dysfunktional für die Armen, und zahlreiche staatlich unterstützte Wohnungsprojekte wurden von der Mittelschicht in Beschlag genommen (»poaching«, 65). Anschaulich zeigt Davis, dass der Neoliberalismus sich nicht nur mithilfe einer in der Schuldenkrise der Dritten Welt oktroyierten Strukturanpassung durchsetzte, sondern auch Zustimmung gewinnen konnte, indem er an alternative Projekte der »Selbsthilfe« anknüpfte.

Exemplarisch ist das Bündnis zwischen Weltbankpräsident McNamara und dem ehemals anarchistischen Architekten John Turner, der im Namen der Selbstorganisation der Armen die Abkehr vom öffentlichen Wohnungsbau forderte. »Praising the praxis of the poor became a smokescreen for reneging upon historic state commitments to relieve poverty and homelessness.« (72) Dagegen zeigte die UN-Habitat-Studie, »that the main single cause of increases in poverty and inequality during the 1980s and 1990s was the retreat of the state« (zit.n. 154).

Zwischen den Slums und den Vierteln der Reichen bestehen ungeheure Unterschiede in der Bevölkerungsdichte. Postkoloniale Eliten wiederholen das imperiale polarisierte Muster der städtischen Segregation, und der Staat interveniert permanent im Namen des »Fortschritts« und der »Stadtverschönerung«, um die Grenzlinien zugunsten von Grundbesitzern, ausländischen Investoren und Mittelschichten zu verschieben (98). Können sich die Armen doch einmal ihrer Vertreibung aus dem Zentrum widersetzen, weichen die Reichen in umzäunte Wohngebiete der Peripherie aus – »sogar in China« (115). Diese tiefgreifende Neuorganisation des Stadtraums macht die Begegnung von Armen und Reichen ungleich unwahrscheinlicher als in der tradierten Segregation. – Vermeintlich »natürliche« Katastrophen wie Hochwasser, Feuer, Erdlawinen und Erdbeben treffen die Armen so überproportional, dass Forscher im Fall des Erdbebens vom »classquake« sprechen (126). Giftige Industrien, chaotische Verkehrsströme und überlastete Infrastrukturen verursachen »künstliche« Katastrophen, die das ressourcensparende Potenzial der urbanen Dichte blockieren. Wegen der mangelhaften Infrastruktur zur Be- und Entwässerung bspw. müssen viele Slumbewohner buchstäblich »in der Scheiße leben« (137). Sauberes Wasser wäre die billigste und wirksamste Medizin der Welt und könnte 75 Prozent aller Krankheiten verhindern oder heilen, würde es nicht künstlich verknappt und privatisiert.

Das »informelle Proletariat« umfasst eine Milliarde Menschen und ist die am schnellsten wachsende gesellschaftliche Klasse der Welt. Freilich handelt es sich dabei v.a. um eine »passive Proletarisierung«, bei der das Herausgerissenwerden aus traditionell-ländlichen Produktions- und Reproduktionsformen nicht zu einer neuen Lohnarbeiterschaft im formellen Arbeitsmarkt führt (175). Viele informelle Proletarier, darunter überproportional viele Frauen und Kinder, arbeiten für wenige informelle Kleinbürger. Im informellen Sektor tobt die hobbessche Hölle der totalen Konkurrenz und rücksichtslosen Ausbeutung. Statt als Produktivkraft zu wirken, erzeugen die Mikro-Teilungen der Arbeit (und der Armut) in der informellen Ökonomie eine »Involution«, die auch die Solidaritätsnetze der Armen zerstört (183). Damit stellt sich die Frage der kollektiven Handlungsfähigkeit: »To what extent does an informal proletariat possess that most potent of Marxist talismans: ›historical agency?« (201) Den Versuch Hardts und Negris, die Frage nach einem neuen revolutionären Subjekt mit der Einführung einer netzwerkförmig verknüpften »Multitude« zu beantworten, lehnt Davis wegen mangelnder soziologischer Fundierung ab. Sogar innerhalb derselben Stadt nehmen Slumbewohner unterschiedlichste Orientierungen ein, »ranging from charismatic churches and prophetic cults to ethnic militias, street gangs, neoliberal NGOs, and revolutionary social movements« (201) – ein neues Buch zu den »governments of the poor« ist in Vorbereitung (zusammen mit Forrest Hylton). – In Anspielung an Lenins klassische Formulierung meint Davis, der Mega-Slum sei zum »schwächsten Kettenglied« der neuen Weltordnung geworden (204). Am deutlichsten werde dies von den Kriegsstrategen des Pentagon und seiner Berater der RAND Corporation erkannt, die davon ausgehen, dass die Kriege der Zukunft vornehmlich in den »zerbrochenen Städten der Welt« stattfinden werden (zit.n. 203). Die strategische Bedeutung der Slums liegt v.a. in ihrer *systemgefährdenden* Unkontrollierbarkeit. »If the empire can deploy Orwellian technologies of repression, its outcasts have the gods of chaos on their side.« (206)

Erwin Riedmann (Berlin)

Jessop, Bob, u. Ngai-Ling Sum, *Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place*, Edward Elgar, Cheltenham-Northampton 2006 (479 S., geb., 95 £)

Der vorliegende ›Schwellenband‹ schließt zum einen an das systematische Werk Jessops zur materialistischen Staatstheorie an und soll zum anderen in der Grundlegung einer *Cultural Political Economy* (CPE) seine Fortsetzung finden. Das Werk ist eine systematische Zusammenfassung der Arbeiten, die Verf. seit Beginn der 90er Jahre über die aktuellen Veränderungen globaler kapitalistischer Ökonomien und ihrer Regulation veröffentlicht haben. Der ›state of the art‹ der diversen Spielarten des Regulationsansatzes (RA) soll kritisch zusammengefasst werden, um an diesen Standard mit einer eigenen systematischen Interpretation anzusetzen. Das »CPE« getaufte Projekt beansprucht, den zentralen Schwachpunkt des RA, nämlich die analytische Unterbestimmtheit des Kulturellen, aufzuheben.

In schulbildender Absicht rekonstruieren Verf. zentrale, in den letzten dreißig Jahren im Umfeld des RA geführte Theoriendebatten über die Rolle des Staates in der Regulation, die internationale Dimension der Regulation und das Problem der präzisen Charakterisierung des Post-Fordismus. Ausgehend von französischen Ökonomen hat sich der RA mittlerweile als interdisziplinär und international betriebenes Forschungsprogramm etabliert. Sowohl innerhalb der ›Regulationsschule‹ als auch in außerökonomischen Disziplinen (Geographie, Staatstheorie, Soziologie, feministische Theorie, Diskursanalyse) wurden Grundbegriffe neu definiert und unterschiedlich angewendet. Verf. heben besonders die fruchtbaren Beiträge von Robert Boyer hervor, der sich um die Systematisierung des RA bemüht und immer wieder innovative Vorschläge zur Aktualisierung und empirischen Prüfung des begrifflichen Instrumentariums gemacht hat (z.B. in der Frage der Bedeutung internationaler Finanzmärkte für die strukturellen Formen der Regulation).

Verf. ziehen aus der innerökonomischen Debatte um den RA ein ernüchterndes Resümee. War es ein Motiv der frühen Regulationstheoretiker, eine theoretische Alternative zur neoklassischen Wirtschaftstheorie zu entwerfen, so gelang es dem RA kaum, diese aus ihrer dominanten Stellung zu drängen. Der regulationistische Entwurf einer ökonomischen Theorie, der ohne die falsche Abstraktion des ›homo oeconomicus‹ oder die neoklassische ›Gleichgewichtsmetaphysik‹ auskommt und stattdessen auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Kapitalverhältnisses fokussiert, blieb und bleibt in der Wirtschaftswissenschaft nahezu unbeachtet. Der gegenwärtige Trend zum »ökonomischen Imperialismus« (243) in den Sozialwissenschaften, aufgrund dessen neoklassische Lehrsätze zunehmend zur Erklärung nicht-ökonomischer, gesellschaftlicher Phänomene herangezogen werden, unterstreicht die Subalternität des RA – ist es doch gerade dessen Anspruch, ökonomistische Kurzschlüsse zu vermeiden und eine ›integrale Analyse‹ des widersprüchlichen Verhältnisses von Ökonomie und Gesellschaft zu leisten. Trotz ihrer nüchternen Bilanz der Wirkmächtigkeit des RA sehen Verf. darin ein geeignetes theoretisches Instrumentarium, wie die zeitdiagnostischen Debatten über den »Post-Fordismus«, die in den Politik- und Sozialwissenschaften eine wichtige Rolle spielen, belegen. Mit Hilfe des RA lassen sich die Transformation von Staatlichkeit, die Veränderungen der Produktion und Akkumulation (›wissensbasierte Netzwerkökonomien«, Restrukturierung und Neudimensionierung ökonomischer Räume) sowie (unter Hinzunahme aktueller industriesoziologischer Befunde) der Wandel der Arbeit zutreffend beschreiben und analysieren. Am Beispiel der Veränderung von Staatlichkeit zeigen Verf., wie zeitdiagnostische Thesen (z.B. über die »Aushöhlung von Staatlichkeit«, die »Postnationalität«, den »lokalen Staat« – 115 ff) kohärent in den RA eingebaut und zugleich der empirischen Bandbreite politischer Strategien entsprechend ausdifferenziert werden können. So unterscheiden

Verf. innerhalb des von Jessop »entdeckten« *Schumpeterian workfare postnational regime* die vier Varianten des Neokorporatismus, Neoetatismus, Neoliberalismus und Neokommunitarismus. Sums Beiträge über die Entwicklungsprobleme ostasiatischer Industrien erklären die Asien-Krise 1997ff aus Perspektive des RA und kritisieren zugleich dessen methodologischen Eurozentrismus.

Darüber hinaus nennen Verf. den oft bemängelten Ökonomismus und verkürzte Erklärungen der Staatstätigkeit und der Sozialintegration als weitere Schwachstellen des RA, die auf dem Weg zu einer CPE überwunden werden müssen. Das Motto ihrer Neuformulierung lautet in Anspielung auf Gramscis Begriff des integralen Staats »integral economic analysis« (7). Neben Gramsci dient ihnen die Orientierung an der Methode des kritischen Realismus, wie sie Roy Bhaskar geprägt hat, als zweite theoretische Stütze. Gramsci interpretieren Verf. nicht nur als theoretische Vorarbeit für den RA, sondern auch als »post-regulationist« (348), da sein Werk wichtige Anregungen gebe, die über die Grenzen des RA hinausweisen. Das Konzept der »integralen Ökonomie« soll, ausgehend von der marxischen Kritik der politischen Ökonomie, den analytischen Blick auf den »historischen Block« schärfen, der die historische Konstitution und gesellschaftliche Reproduktion des ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungsmodells umfasst. Den »cultural turn« nachvollziehend soll CPE die kulturelle Dimension im Anschluss an Gramscis Bemerkungen zur Philologie, Semantik und Hegemonie berücksichtigen. Das Ziel ist es, den Blick auf Werte, Perspektiven, Diskurse, Sprache, Alltagsbewusstsein und ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Reproduktion diskursanalytisch und linguistisch zu schärfen. – Es bleibt abzuwarten, ob Verf. die Ambitionen ihres für das kommende Jahr angekündigten Projekts »Towards a Cultural Political Economy« einlösen und es ihnen gelingt, eine Neufassung des RA zu konzipieren, die der »importance of semiosis and culture« (237) Rechnung trägt. Patrick Eser (Marburg)

Rehbein, Boike, *Die Soziologie Pierre Bourdieus*, UVK, Konstanz 2006 (270 S., br., 17,90 €)

Der Autor versteht das Buch nicht als weitere Einführung ins Werk von Bourdieu, sondern als Lehrbuch, das sich an Studierende höherer Semester und Interessierte wendet, die ihre Kenntnisse der bourdieuschen Soziologie »vertiefen möchten und vielleicht mit seinen Mitteln arbeiten wollen« (9). Es liefert darum auch keinen Überblick »über alle Werke und Gedanken Bourdieus«, sondern verfolgt das Ziel, der »inneren Zusammenhang« aufzuzeigen (ebd.). Die wichtigsten Begriffe und Erkenntnisgegenstände Bourdieus werden exemplarisch je an einem Werk dargestellt sowie begriffliche Innovationen und Modifikationen, die für Bourdieu so typisch sind, angefügt, so dass Texte und Textstellen im Zusammenhang erkennbar bleiben. Die Kapitel überzeugen nicht allein durch klare Diktion und Argumentation, sondern auch durch eine sorgfältig abwägende Kritik, die sich innerhalb der Grenzen bewegt, die durch die Erkenntnisinteressen Bourdieus – soziale Ungleichheit, Macht/Herrschaft und ihre Reproduktion – gesetzt sind.

Während Bourdieus Aufenthalt im kolonialen Algerien bildete sich der Kern seiner Soziologie, die »Kombination aus soziologischer Begrifflichkeit, Erkenntnistheorie, Instrumenten, quantitativer Empirie und Ethnologie« (19), heraus und vollzog sich seine Entwicklung vom Philosophen zum Soziologen. Hier arbeitet Verf. genau heraus, wie sich Herkunft, Außenseiterposition im universitären Feld, aufklärerischer und politischer Impetus wissenschaftlicher Arbeit, die Hinwendung zur empirischen Beschäftigung mit dem Alltag der Menschen in Algerien sowie die Überzeugung, dass »wissenschaftliche Tätigkeit das beste Mittel sei, menschliches Leiden zu erkennen und letztlich zu beseitigen« (23), zu einer Konstellation zusammenfügen, die für die Wahl der Erkenntnisgegenstände und das Wissenschaftsethos Bourdieus bestimmend werden sollten.

Anschließend widmet sich Verf. der bourdieuschen Erkenntnistheorie vom ›doppelten Bruch‹ mit dem Alltagswissen und dem wissenschaftlichen Objektivismus, den Sozialwissenschaften zu bewältigen haben. Bourdieus Denken in epistemologischen Paaren als Technik der Kritik und Selbstkritik, das Denken in Relationen und ein Verständnis von Soziologie als kritischer Theorie stehen hier im Mittelpunkt. Dann werden Grundbegriffe (z.B. »Ökonomie der Praxis«, »Habitus«, »Kapitalsorten«) erläutert, wobei insbesondere die Ausführungen zur Entwicklung des Feldbegriffs in Relation zum Raumbezug anregend sind. Verf. zeigt, dass der Feldbegriff soziologisch erklärt, wie die soziale Welt »objektiv strukturiert ist und subjektiv erfahren wird« (108), zugleich aber jede Substantialisierung vermeidet, indem er ein Feld als Kräftefeld und Machtstruktur konstituiert, das in den Kämpfen unterschiedlich positionierter Akteure praktisch existiert. Für Verf. bietet die »Lehre von den Feldern ein weit größeres Potenzial als die Vorstellung des sozialen Raumes« (117), die eher statisch und durch ihre Bindung an den Nationalstaat veraltet ist. Ein »Längsschnitt durch das Zentrum der empirischen Soziologie Bourdieus: die Untersuchung der Reproduktion sozialer Ungleichheit durch das Bildungswesen« (125), die empirisch eine »veränderte Struktur der herrschenden Klasse« (154) belegt, ermöglicht hochaktuelle Bezüge zur deutschen Diskussion um Leistungseliten. Bourdieus Einsichten in die Merkmale des ›Staatsadels‹ und die sozialen Mechanismen seiner Rekrutierung sind hierfür nach wie vor erhellend. *Die feinen Unterschiede* gilt auch für Verf. als ein Hauptwerk Bourdieus. Knapp und gut nachvollziehbar zeichnet er nach, welchen Erkenntnisgewinn Bourdieus Konzept von Klassenposition und Lebensstil (Geschmack) für das Verständnis der Strukturierung moderner Gesellschaften darstellt. Seine kritische Lektüre belegt aber auch überzeugend, dass »die Darstellung des sozialen Raums durch das mittlerweile klassisch gewordene Schaubild der komplexen Argumentation des Textes nicht gerecht wird« (171). Für alle, die sich an die Lektüre der *Feinen Unterschiede* wagen, ist dieses Kapitel sicher eine gute Orientierungshilfe. – Symbolische Gewalt als eine Dimension der Ausübung von Herrschaft hat Bourdieu seit seinen Arbeiten in Algerien beschäftigt. Am Beispiel des politischen Feldes und der männlichen Herrschaft zeichnet Verf. nach, worin für Bourdieu die Macht- und Gewaltförmigkeit des Symbolischen besteht, weshalb eine symbolische Revolution (»die realen Zwänge kritisch zu erkennen« – 193) möglich ist, aber auch, weshalb nach der Erkenntnis der Zwangszusammenhänge zwei Zirkel fortbestehen: die Zusammenhänge können »nur mit einem Habitus erkannt werden, der selbst innerhalb dieser Zusammenhänge gebildet wurde« (ebd.), und mit der Erkenntnis sind die »realen Klassifikationen« (ebd.) und ihre alltägliche Wirkmächtigkeit nicht aufgehoben. Mit dem von Bourdieu initiierten Gemeinschaftswerk *Das Elend der Welt*, das mit »seiner Kritik an der gegenwärtigen Form des Kolonialismus« (16) die subjektiven Zumutungen und Leiden aktueller Transformationsprozesse der industriegesellschaftlichen Moderne sichtbar macht und zugleich eindrucksvoll belegt, was für Bourdieu soziologisches ›Verstehen‹ heißt, schließt sich der Kreis, und Bourdieu kehrt zu den Fragen zurück, die am Anfang seiner Laufbahn als Soziologe in Algerien standen.

Schließlich zeigt Verf., dass sich Bourdieu politische Eingriffe, die das Schaffen seiner letzten Lebensjahre in besonderer Weise prägten, mit seiner Wissenschaftstheorie »plausibel begründen« lassen (230), wonach ein »Forschungsprogramm [...] gleichzeitig ein politisches Programm für eine Realpolitik der Vernunft sein soll« (ebd.). Zwar führt auch Verf. einige kritische Argumente wegen der unzureichenden wissenschaftlichen Begründung der politischen Eingriffe ins Feld, entscheidend ist für ihn aber, dass eine »inhaltliche Entwicklung seiner Eingriffe« (231) zu beobachten ist, die einen »differenzierten Blick auf die Globalisierung« (232) ermöglichen. Dies sei Bourdieu

insbesondere dadurch gelungen, dass er »seine Erkenntnisse über die herrschende Klasse vom ›Staatsadel‹ auf die Weltbühne übertrug« (231). Daran »müsste heute eine empirische Untersuchung der Globalisierung, die sich auf Bourdieu stützt, ansetzen – auch wenn sie Jahrzehnte in Anspruch nimmt« (232).

Die Lektüre war auch für eine, die sich seit Jahrzehnten von Bourdieu anregen lässt, kurzweilig und stellenweise durchaus erhellend. Manche Behauptungen hätten stärker begründet werden können. – Wer sind eigentlich die »orthodoxen Gefolgsleute« (240) Bourdieus und was genau macht ihre Orthodoxie aus? – Auch wäre bei mancher Kritik an Bourdieu eine ausführlichere Argumentation wünschenswert gewesen und nicht allein ein Verweis auf andere Publikationen. So hätte ich z.B. gerne Genaueres über die Ambivalenzen erfahren, die (mit Verweis auf David Swartz) aus Bourdieus Neigung resultieren sollen, »das Symbolische auf das Soziale zu reduzieren« (193). Aber diese Schwächen wiegen gering gegenüber einer Lesart Bourdieus, der man das Interesse an einer kritischen Soziologie auf der Höhe der Zeit anmerkt.

Irene Dölling (Potsdam)

Brück, Brigitte, *Frauen und Rechtsradikalismus in Europa. Eine Studie zu Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien*, VS, Wiesbaden 2005 (164 S., br., 34,90 €)

Bei den Vorbereitungen zu ihrer Studie, so die Autorin, sei sie des Öfteren gefragt worden, »ob es denn rechtsradikale Frauen gebe, die mehr seien als ›Fascho-Bräute‹ und ›Anhang rechtsradikaler Männer‹« (13). Trotz der Bemühungen feministischer Rechtsradikalismusforscherinnen herrscht noch immer Unklarheit über das Selbstverständnis rechtsextremer Frauen und die Ausformung der Geschlechterbeziehungen in rechten Zusammenhängen. Mit der vorliegenden Studie will die promovierte Sozialwissenschaftlerin und Leiterin der Bremer Sektion des Gewerkschaftsprojekts »Arbeit und Leben« zur Klärung dieser Problematik beitragen, indem sie rechtsradikale Frauen als politische Akteurinnen sichtbar macht und zugleich die »androzentrische« (11) Verkürzung der »Main(male)stream Rechtsextremismus-Forschung« (60) aufzeigt. Diese weise die Frage nach der rechtsradikalen parteipolitischen Betätigung von Frauen stets als irrelevant zurück und begründe dies mit der Wirkmächtigkeit rechtsradikaler Ideologie, die Frauen auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter reduziere. Dies als gegeben anzunehmen, verkenne jedoch, »dass auch Frauen sich fremdenfeindlich verhalten, rechtsradikale Parteien unterstützen und in ihnen aktiv sind« (11).

Neun Interviews mit weiblichem Führungspersonal deutscher, französischer und italienischer rechtsextremer Parteien bilden das Material der Studie. Verf. befragte die Politikerinnen bereits 1994 zu ihren Vorstellungen über Geschlecht und Familie sowie über ihre Einstellungen zu Migration, Nation, Europa und die faschistische bzw. nazistische Geschichte des jeweiligen Landes. Neben vielen bekannten Argumentationsmustern insbesondere migrationspolitischer Art wird ein teilweise überraschendes Nebeneinander von reaktionären und (pseudo-)progressiven Denkformen über geschlechtliche Rollenvorstellungen offengelegt. Deutlich wird dies vor allem im internationalen Vergleich: Während die deutschen Politikerinnen von DVU, NPD und Deutscher Liga für Volk und Heimat (DLVH) durchweg eine traditionelle Rollenverteilung befürworten und die Existenz von Geschlechterdiskriminierung innerhalb ihrer Organisationen leugnen, äußern sich die französischen und italienischen Rechtsextremistinnen mehrheitlich kritischer zur Geschlechterungleichheit. Marie Stirbois vom Front National vertritt die Auffassung, die französischen Politiker seien Chauvinisten, die am liebsten unter sich blieben: »All those men when I arrived I was almost a monster, you know. They didn't have a woman before

[in parliament] and I think really for them I was something terrible [...]. In France they are Macho« (97). Anhand des umfangreichen Materials kann Verf. »belegen, dass rechtsorientierte Frauen nicht quasi automatisch traditionelle Geschlechtermodelle befürworten« (34). Der affirmative Bezug auf die patriarchale Kleinfamilie spielt hingegen eine zentrale Rolle in der Begründung rechtsradikaler Politik. Bei allen Befragten herrscht ein traditionelles Ideal von Familie vor, das die »Matrix [des] Politikverständnisses« (139) bildet. Die Politikerinnen »konstruieren ihre eigene Nation als erweiterte patriarchale Familie und Europa als Familie der Vaterländer [...]. Die jeweilige rechtsradikale Historie ist über die Erinnerung an die Förderung der Familie integriert.« (Ebd.) Diese Logik bezeichnet Verf. als Strategie der »patriarchalen Familiarisierung« (140) von Politik. Familiäre Fürsorge, wie sie die Befragten für sich beanspruchen, betrifft jedoch stets nur Mitglieder des eigenen Kollektivs, was zum rassistisch begründeten Ausschluss der ›Anderen‹ führt. Im Anschluss an Rommelspacher und Holzkamp bezeichnet Verf. dieses Phänomen als »rassistisch halbierte Fürsorglichkeit« (28, 140). Beispielhaft verdeutlicht ein Satz *Le Pens*, der in modifizierter Form von mehreren Interviewpartnerinnen wiedergegeben wird, beide diskursiven Strategien: »Ich liebe meine Töchter mehr als meine Nichten, meine Nichten mehr als meine Cousinen, meine Cousinen mehr als meine Nachbarinnen, meine Nachbarinnen mehr als Fremde und die Fremden mehr als meine Feinde.« (98; eigene Übersetzung)

In den geschlechterpolitischen Aussagen der Politikerinnen sind gleichermaßen rückwärtsgewandte wie ›moderne‹ Elemente zu finden: »Tradition und Moderne sind dabei nicht als bipolare Gegensätze, sondern als jeweils wandelbare Konstellationen verstanden.« (143) Das Neben- und Gegeneinander der Frauen, die »weder Heimchen am Herd noch Alibi-Frauen sind« (60), und ihres politischen Ideals der patriarchalen Familie birgt Widersprüche und Ambivalenzen, die leider nur ansatzweise herausgearbeitet werden. So möchte man mehr über die rechtsradikale Aneignung feministischer Begriffe und Politikkonzepte erfahren, die in den meisten Interviews zum Ausdruck kommt. Einige der Befragten greifen die aus der Frauenbewegung stammende Forderung nach einem sogenannten ›Hausfrauenlohn‹ auf. Alessandra Mussolini bezeichnet sich gar als Vertreterin eines »neuen Feminismus« (114), den sie als »Kampf für mehr Kompetenz und Qualität« (ebd.) beschreibt. Anstelle der unkritischen Wiedergabe dieser Selbstbeschreibung hätte man sich die Einlösung des Programms, das auf »eine feministische Dekonstruktion dieser Widersprüche« (60) zielt, gewünscht. – Als Beitrag zu einem »feministisch modifizierten Rechtsradikalismusbegriff« (15) arbeitet Verf. präzise die Bedeutung der »patriarchalen Familialisierung« heraus. Zu untersuchen bleibt, »was das Charakteristische der Reinterpretation feministischer Positionen durch die extreme Rechte ist« (144).

Katharina Zeiher (Berlin)

Soziale Bewegungen und Politik

Bergmann, Theodor, *Rotes China im 21. Jahrhundert*, VSA, Hamburg 2004 (205 S., kart., 16,50 €)

Angeichts der Tatsache, dass China, nachdem es lange Zeit als gigantischer Markt angepriesen wurde, nun vor allem als neue ökonomische Supermacht beschworen wird, ist eine kritisch-solidarische Analyse der Entwicklung des sozialistischen Chinas zu begrüßen. Bergmann will dem eigenen Bekunden nach eine solche liefern, indem er die Wandlungen eines Entwicklungslandes »auf dem langen Weg zum Sozialismus«, so der Klappentext, nachzeichnet. Dieses Ziel impliziert dreierlei: erstens orientiert er sich in der Betrachtung an den Problemen eines Entwicklungslandes und seiner besonderen Problemlage

(Bevölkerungsentwicklung, Landfrage, Strategien der Industrialisierung etc.) und vergleicht China eher mit anderen, kapitalistisch ausgerichteten Entwicklungsländern wie Indien. Er legt sein Augenmerk, zweitens, vor allem auf den sozialistischen Charakter dieser Entwicklung und diskutiert an vielen Stellen diese Besonderheiten im Hinblick auf verschiedene Politikfelder wie auf politisch-ideologische Aspekte. Drittens wendet er sich den Wandlungen des chinesischen Modells zu und untersucht besonders die Kurskorrekturen der kommunistischen Partei (Kulturrevolution, Reformpolitik etc.) und ihre Lernfähigkeit. Kapitel über die internen Machtkämpfe und den Generationenwechsel in der KPCh wechseln sich daher ab mit Kapiteln zur Agrar-, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zur sozialistischen Marktwirtschaft, sowie Fragen der Innen- und Außenpolitik.

Wer das Buch allerdings mit der Erwartung liest, mehr und vor allem besser über die neuere Geschichte Chinas und seine heutigen Probleme informiert zu werden, wird enttäuscht. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen sind die meisten Kapitel nicht mehr taufersch, sondern weitgehend überarbeitete Buch- und Zeitschriftenbeiträge, überwiegend aus den frühen 1990er Jahren, z.T. abgedruckt in der Zeitschrift *Sozialismus*. Dagegen ist nun an sich nichts einzuwenden. Leider wurden sie aber für die Buchpublikation nicht so überarbeitet, dass sie wirklich zu einem kritischen Verständnis beitragen können. Immer mehr setzt sich beim Lesen der Eindruck fest, dass hier eher ideologische Schlachten der Vergangenheit geschlagen werden, als dass ein tieferer Einblick in die Probleme und die gesellschaftliche Wirklichkeit Chinas geboten würde. Dabei ist der Autor durchaus ein langjähriger und profunder Kenner des Landes. An vielen Stellen werden jedoch offenkundige Probleme eher mit Glaubensbekundungen abgefertigt, als dass sie kritisch analysiert würden. So scheint das Problem des Separatismus nur vom Hass »der Kapitalisten« auf eines der letzten sozialistischen Länder belebt zu werden (9), und das prekäre Verhältnis zwischen Zentralregierung und regionalen/lokalen Machthabern wird kaum systematisch untersucht (sondern nur unter dem Aspekt der Korruption in der Reformpolitik angesprochen). Selbst da, wo Probleme erwähnt werden, werden die Verlautbarungen und Absichtsbekundungen von Partei- oder Regierungsstellen nur zu oft mit einer Lösung der Probleme gleichgesetzt. So erfährt man z.B. im Hinblick auf die Folgen der neuen Wirtschaftspolitik für die Ungleichheitsentwicklung, dass sie sozial verträglich zu gestalten sei (64) – ohne dass diese Absichtsbekundung kritisch eingeschätzt wird. So z.B. im Hinblick auf die Familienplanung, wo es zur Geschlechterselektion – aufgrund der Ein-Kind-Politik kommt es vermehrt zu Abtreibungen weiblicher Föten – heißt: »Dem wurde sofort durch eine Aufklärungskampagne ein Ende gesetzt.« (89)

Der entscheidende Punkt indes betrifft die Rolle der KPCh, sowohl in der bisherigen Geschichte (einschließlich zentraler Ereignisse wie der Kulturrevolution und dem Massaker von 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens) als auch im Hinblick auf ihre Fähigkeit zur Gestaltung der Zukunft des Landes. Für Verf. steht fest, dass es »im Interesse der weiteren Entwicklung der chinesischen Gesellschaft« liegt, »dass die Kommunisten die Macht behaupten« (18). Zugleich versucht er herauszuarbeiten, wie sich die Geschichte Chinas von der der Sowjetunion und des früheren Ostblocks unterscheidet – und den entscheidenden Unterschied sieht er in der Lernfähigkeit der chinesischen Kommunisten und ihrer Bereitschaft, Irrtümer und Fehler öffentlich zu machen (128). Nun kann man über diese Fähigkeit unterschiedlicher Meinung sein, doch die fast täglichen Meldungen über die Unterdrückung öffentlich geäußelter Kritik z.B. in ökologischer Hinsicht müssten wenigstens erwähnt werden. Verf. vertraut jedoch offenkundig nach wie vor auf die Fähigkeit der KPCh, die Interessen des Landes verbindlich zu definieren. In diesem Kontext ordnet er auch die Reformpolitik seit den frühen 1980er Jahren ein.

Als Ausdruck von Lernfähigkeit gilt ihm das Modell des Kampfes zweier Linien. Der Bezugspunkt der China-Rezeption Bergmanns ist offensichtlich die Kritik August Thalheimers an der KPD der 1930er Jahre und der dort herausgestellten Notwendigkeit, größere Zeiträume und innere Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus in Rechnung zu stellen (vgl. 84). Doch diese Perspektive ist heute keineswegs mehr ausreichend zur Beurteilung der Perspektiven sozialistischer Politik. Eine Berücksichtigung der seitdem geübten Kritik an parteiförmig organisierter Avantgardepolitik sucht man z.B. vergeblich. Dabei können doch das (von Bergmann keineswegs verschwiegene) Massaker auf dem Platz des Himmlichen Friedens und die von ihm heftig kritisierte Kulturrevolution verdeutlichen, wie ein solcher »Kampf zweier Linien« abläuft und worauf er abzielt: auf die Eliminierung des Gegners, mindestens seine Entmachtung. Wie er dies als Ausdruck von Lernbereitschaft deuten kann, ist rätselhaft.

Christoph Görg (Leipzig)

Chang, Maria Hsia, *Falun Gong: The End of Days*, Yale University Press, New Haven-London 2004 (208 S., Ln., 22,10€)

Der vorliegende Band ist kein wissenschaftliches Werk; Verf. lässt jede kritische Distanz zum Gegenstand vermissen. Li Hongzhi, spirituelle Leitfigur der Heilsgemeinschaft, wird häufig als »Meister« bezeichnet (5 u.ö.), seine Lehren werden mit »wie Li erklärt« (87) in indirekte Rede gesetzt und nie hinterfragt. Analyse wäre aber geboten. Denn »Falun Gong« (FLG) wirft viele politik- und religionswissenschaftliche Fragen auf, z.B. zu Modernisierungsproblemen und sozialen Entfremdungsprozessen (vgl. Thomas Heberer, *Falungong – Religion, Sekte oder Kult?*, Jena 2001), zur Legitimationskrise, zur Kompensationsform sozialer Proteste, zum autoritären Charakter wertkonservativ-antimodernistischer Fundamentalismen oder zum Organisationstyp – Fragen, die von Verf. umgangen werden.

Grund für die Lektüre des Buches gibt das Phänomen FLG selbst. Am 25. April 1999 demonstrierten Tausende FLG-Anhänger, darunter ehemalige Regierungsbeamte, vor dem Regierungsviertel Zhongnanhai. Verf. taxiert die Anhängerzahl auf über 60 Mio. chinaweit und 100 Mio. weltweit. Die genauen Zahlen kennt niemand, zumal FLG weder ein Verein noch eine exklusive Sekte ist, sondern eine internetbasierte spirituelle Gemeinschaft neuen Typs. Kurz nach den Protesten 1999 wurde FLG in China verboten. Li wurde der CIA-Tätigkeit bezichtigt und ging ins US-Exil; Anhänger des »schädlichen Kults« (*xiejiao*) – so die offizielle Sprachregelung – werden seither verfolgt. Das ist zutreffend, dass aber alle Schilderungen der Wahrheit entsprechen, ist spätestens seit der FLG-Kritik des Dissidenten Harry Wu mit Fragezeichen zu versehen

Im Zentrum steht das dritte Kapitel zu Glauben und Praktiken. Hier kolportiert die Verf. die Lehre vom »Ende der Tage«, die von volksreligiösen Versatzstücken über Reinkarnations- bis zu UFO-Lehren reicht. Ein Werte- und Kulturverfall werden konstatiert; »ethnische Probleme«, »soziale Verbrechen« mit Drogen, »lose Sexualmoral«, die »Verschlechterung der menschlichen Beziehungen« durch die »Philosophie des Wettbewerbs« usw. werden als »Zeichen von Dekadenz« (91) angeprangert. Eine Analyse dieser Mischung aus postkolonialen Minderwertigkeitskomplexen – so wird behauptet, die alte chinesische sei der »modernen westlichen Wissenschaft [...] weit überlegen« (69) –, Ressentiments gegen die (westliche) kapitalistische Moderne sowie patriarchalischem Wertkonservatismus unterbleibt. Inwieweit FLG unreflektierte Affekte oder begründete Kritik gegen die kapitalistische Moderne antiemanzipatorisch transformiert, wird nicht untersucht. Dass dieser Synkretismus mit staatlichen Ordnungsvorstellungen autoritärer Systeme, welche die Dekadenz des libertären Westens behaupten, sogar konform geht, wird nicht gesehen. Dabei ist der Konflikt zwischen und der Trend zu staatlichem Autoritarismus und religiösem Fundamentalismus ein globales Phänomen.

Allerdings ticken die religiösen Uhren in China doch etwas anders: Es gibt keine zentralistisch synthetisierende universalistische Religion, und die Trennung von Staat und Gesellschaft ist unentwickelt. Eine Folge ist das Nebeneinander von Heilsgemeinschaften, die in Organisationsfragen *laissez faire* an den Tag legen. Dies spiegelt sich wider, wenn Verf. die Verfolgung anderer Glaubensgemeinschaften kritisiert. Während die Zugehörigkeit zu mehreren »heterodoxen« Gruppen für Qi-Gong-Gruppen anders als für universalistische Religionen kein Problem ist, ist »Heterodoxie« ein großes Problem für Staat und Partei. »Abweichendes Verhalten« in Form sozialer Proteste wie esoterischen Aberglaubens drückt auch praktische Kritik an dem Versuch aus, die gegenwärtige Transformationskrise mit autoritären Mitteln zu lösen. Wer »das Ende der Tage« prophezeit, muss sich dafür aber nicht mehr ernsthaft interessieren.

Thomas Hock (Frankfurt/M)

Möller, Kay, *Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949 bis 2004 – Eine Einführung*, VS, Wiesbaden 2005 (280 S., br., 22,90 €)

Fehlbier, Tobias, *Die Außenpolitik der VR China im asiatisch-pazifischen Raum: Zwischen Konfrontation, Kooperation und Integration*, LIT, Münster 2004 (200 S., br., 19,90 €)

Seit sich China 1978 im Rahmen von Deng Xiaopings Reformpolitik zu einer »Öffnung nach Außen« entschloss, rückt der »schlafende Riese« zunehmend ins globale Interesse. Die Frage stellt sich, ob und wie sich China in die bestehende Weltordnung und globalen Machtverhältnisse einordnen wird. – Möller skizziert die außenpolitische Agitation Chinas seit der Revolution. Im Vordergrund steht die Rolle Chinas zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion. Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit den geographischen, sozioökonomischen und strategischen Grundverhältnissen analysiert er die chinesische Außenpolitik und Chinas Beziehungen mit seinen bilateralen Partnern weltweit.

Angelpunkt der Analyse ist das sino-sowjetische Schisma. Der Bruch mit der Sowjetunion mündet in einen scharf geführten Konkurrenzkampf um die Führungsposition in der sozialistischen Weltrevolution. Mit dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus und der hiernach verschärften ökonomischen Einbindung verbindet Verf., der zwischen 1982 und 1991 höherer Beamter im außenpolitischen Dienst in Ostasien war, die Hoffnung, dass sich Chinas Eintritt in die Weltordnung friedlich vollziehen wird. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Volatilität der chinesischen Einbindung in den Weltmarkt und eine systematische Analyse des Verhältnisses von innerer Klassenstruktur und nach außen gerichteter Politik wird zugunsten eines liberalen Institutionalismus aufgegeben.

Fehlbier hingegen verknüpft die Außenpolitik Chinas mit den sozioökonomischen Transformationsprozessen im Innern. Hierbei gelte es, bestimmte Überdeterminierungen zu beachten: »Die Perspektive tradiert sino-zentristischer Dominanz; die aus der historischen Demütigung Chinas durch den Imperialismus resultierende Antipathie gegenüber ausländischen Mächten; das aus der geschichtlichen Erfahrung resultierende Primärziel der chinesischen Außenpolitik (die Wiederherstellung des internationalen Status Chinas vor 1840) und schließlich der ungünstige Hintergrund, den die vorgegangenen 3 Faktoren für das heutige Außenverhalten Chinas bilden.« (161f) Er untersucht die Leitlinien der KPCh seit der chinesischen Revolution bis heute und thematisiert das außenpolitische Auftreten Chinas. Da sich die außenpolitische Agitation weiter auf militärische und ökonomische Handlungsoptionen stützt, schlussfolgert er, dass das internationale Ansehen Chinas noch zu schwach entwickelt sei, um es bei bi- und multilateralen Verhandlungen als Machtmittel in die Waagschale zu werfen. – Verf. analysiert die Konfiguration des

asiatisch-pazifischen Raumes anhand der bilateralen Beziehungen Chinas zu dessen Hauptakteuren: Japan, Russland, USA und ASEAN. Die außenpolitischen Beziehungen zu Indien bleiben unterbeleuchtet. Im Verhältnis zu Taiwan wird das Problem thematisiert, dass die chinesische Führung diese auch heute noch als eine innere Angelegenheit diskutiert.

Beiden Verf. mangelt es an einer kritischen Perspektive. Während Möllers Institutionalismus zu schematischen Schlussfolgerungen über das multilaterale Einbindungspotenzial Chinas führt, erscheinen bei Fehlbier ökonomische Faktoren lediglich als Grundlagen militärischer Macht. Er weicht aber von der neorealistischen Orthodoxie ab, wo er die ökonomische Interdependenz als Hoffnung auf einen friedlichen Aufstieg Chinas in die Weltordnung skizziert.

Alexander M. Thanner (Hamburg)

Matonti, Frédéricque, *Intellectuels Communistes. Essai sur l'obéissance politique. La Nouvelle Critique (1967-1980)*, La Découverte, Paris 2005 (420 S., br., 34,50 €)

Die lange Geschichte des Dogmatismus der KPF lässt eine Untersuchung politischer Subordination der Intellektuellen in ihren Publikationen vielversprechend erscheinen. Am Beispiel der 1948 als loyales Parteiorgan gegründeten *La Nouvelle Critique (NC)* will Verf. »die Frage des politischen Gehorsams und seiner sozialen und intellektuellen Bedingungen« (8) verhandeln. Dabei konzentriert sie sich auf die 1967 einsetzende Periode, in der die Zeitschrift durch ihre Neugründung den Status »eines der wirksamsten Verbündeten der der Partei-erneuerung verschriebenen politischen Fraktion« (10) erlangt, bis sie 1980 unter finanziellen Vorwänden eingestellt wird. In den 13 Jahren relativer intellektueller Freiheit ist die Orthodoxie von *NC* »Produkt des Zusammenkommens von Dispositionen der Autoren und Strategien der dem *aggiornamento* zugeneigten Fraktion« (372), d.h. eines prekären Wechselspiels von Theoretisierung der politischen Vorgaben der Partei einerseits und Vermittlung heterodoxer Botschaften, der »Konterbande« (13ff), andererseits. Verf. nähert sich diesem Komplex durch Analyse der theoretischen Texte, Sichtung von Privatarchiven sowie Interviews mit den ehemaligen Redaktionsmitgliedern, erweitert um biographische Informationen.

Das ambitionierte Projekt enttäuscht in mehrfacher Hinsicht. Zunächst erweist sich die »Soziologie« der parteikommunistischen Intellektuellen schlichtweg als Vulgarisierung bourdieuscher Theorie: Die analysierten Texte werden ausschließlich als Ausdruck biographisch begründeter Strategien betrachtet. So präsentiert Verf. die in *NC* ausgetragene Humanismuskontroverse zwischen Garaudy und Althusser als Konfrontation zweier Intellektueller, von denen der eine »sehr schnell seine intellektuellen Ressourcen [...] in politisches Kapital konvertiert hat« (77), während die Position des anderen von seiner »außerhalb der KPF liegenden intellektuellen Legitimität« (78) bestimmt wird. Durch das Ersetzen von Theorie durch Biographie bzw. das Kurzschließen jeglichen intellektuellen Konflikts mit Strategien politischen Gehorsams (vgl. 165ff) umgeht Verf. die Diskussion der grundlegenden Fragen marxistischer Theorie, die im Humanismusstreit erörtert wurden. Lucien Sève, selbst lange Zeit eine zentrale Figur in *NC*, hat in seiner ausführlichen Besprechung (vgl. *Contretemps*, Nr. 15) zurecht hervorgehoben, dass dieses Vorgehen darauf hinausläuft, die parteikommunistischen Intellektuellen nicht ernst zu nehmen, da ihren theoretischen Positionen keine außerstrategische Berechtigung zugestanden wird.

Neben dem »Biographismus« erweist sich auch die Textanalyse als unhaltbar. Verf. konstatiert sich in die Parteilinie einschreibende »ad hoc Theorien« (106) und als Kompromisse zwischen theoretischer Arbeit und politischen Erfordernissen formulierte »Median-Theorien« (246). Eine sich nicht auf *NC* beschränkende Lektüre der verhandelten Autoren muss diese Befunde allerdings zurückweisen, entstanden doch viele von Verf. als Theoretisierung politischer Vorgaben präsentierte Überlegungen in eigenständigen

Publikationen, lange bevor sie der Parteilinie überhaupt hätten entsprechen können. Der ›politische Gehorsam‹ wird so zu einer Konstruktion, der das Material bisweilen assimiliert wird. So werden beispielsweise Althusser's *Freud et Lacan* und Jean Goldzinks *1967, 1968, 1969*, die ursprünglich nicht für *NC* verfasst waren, schließlich aber doch dort veröffentlicht wurden, von Verf. in ihr Schema von Dissidenz (Rehabilitierung der Psychoanalyse, vgl. 268) bzw. Gehorsam (Denunziation anderer linker Parteien, vgl. 329) integriert und damit entsprechende Rückschlüsse auf die Autoren nahegelegt. Dieses Vorgehen wirft auch einen Schatten auf Verf. intendierten Beitrag zur »Sozialgeschichte der Ideen« (22). Denn wenn Theoreme selbst nicht begriffen oder nur vor dem Hintergrund einer fragwürdigen »Instrumentalisierung« mit »politischer Dimension« (245) verhandelt werden, ist der eigentlichen analytischen Aufgabe, politischen Gehorsam in den theoretischen Produktionen selbst aufzuspüren und ihn mit seinen sozialen Bedingungen zu artikulieren, ein Bärendienst erwiesen.

Schließlich stellt sich die gewichtige Frage, ob die Beschränkung der Schlussfolgerungen auf den von der KPF konstituierten »besonderen Raum des politischen Feldes« (22) nicht eher dazu beiträgt, die Loyalitätsbeziehungen im herrschenden Universitätsbetrieb zu eskamotieren. In einem seiner Segmente spielt Verf. als »Ehemalige der *Ecole Normale Supérieure*, Philosophie-Dozentin mit Aggrégation und damalige Professorin an der *ENS*« (21), die heute das Institut für Politikwissenschaft an der Pariser Sorbonne leitet, eine zentrale Rolle. Sie liefert allerdings weder Selbstkritik noch einen substanziellen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte des westeuropäischen Parteikommunismus. Die in Bezug auf die KPF bereits vor 30 Jahren beklagte »mangelnde Analyse der sozialen Ursachen des Dogmatismus« (*Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik?*, Berlin 1976, 8) dauert an.

Kolja Lindner (Paris)

Adamczak, Bini, *Kommunismus. Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird*, Unrast, Münster 2004, (79 S., br., 8 €)

Über den Kommunismus reden, so besagt der *common sense*, kann heute nur kindisch sein. Darauf antwortet Verf., vom Kommunismus sei tatsächlich als einer Kindergeschichte zu erzählen. Freilich, die Erzählung wird um einen theoretischen Epilog ergänzt; gleichzeitig ist die ›märchenhafte‹ Form selbst ein theoriepolitischer Schachzug. Denn es gilt in der gegenwärtigen Situation »organische Bausätze des Verlangens« (60) zu kreieren, was eine entsprechende sprachliche Form erfordere. Das Wünschen dem Sachzwang zu entfremden und so kommunistisches Begehren wieder anzustacheln – das ist die Stoßrichtung. Dieses Vorhaben besticht dadurch, dass Verf. die rhetorische Dimension jeder theoretischen Praxis ernst nimmt und sie zur strategischen Waffe macht. Ihr Märchen zielt darauf ab, performativ zu sein, das hervorzurufen, wovon es spricht, jenes Verlangen zu generieren, das es mit Worten ausmalt. Aber gerade dieser Vorzug des Buches hat eine problematische Implikation: Worte, Bilder oder Texte werden nur unter bestimmten Umständen wirkmächtig. Neben einer autoritativen Sprecherposition, die heute ohne nennenswerte praktische Kämpfe im Rücken prekär ist, benötigt die theoretische Rede Wirklichkeitsbezüge. Das bedeutet nicht, dass sich der Text auf eine vorgesellschaftliche Wirklichkeit zu beziehen hätte, sondern nur, dass er, um erfolgreich zu sein, sich auf Aspekte der sozialen Wirklichkeit stützen können muss, die zumindest unterschwellig widerständig oder widersprüchlich sind. Analog hat der performative Versuch, ein kommunistisches Verlangen zu evozieren, nur in dem Maße Aussicht auf Erfolg, wie in der sozialen Praxis Wünsche existieren, die über das Bestehende hinausweisen und die von der Theorie artikuliert werden. Genau dieser Option versperrt sich Verf. jedoch, wenn sie einen Großteil der historischen Wünsche als kapitalistisch durchdrungen verwirft, anstatt sie aufzugreifen, zu artikulieren und weiter zu treiben.

Hannes Kuch (Berlin)

Schmid, Bernhard, Algerien. Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land, Unrast, Münster 2005 (316 S., br., 18 €)

Verf. konzentriert sich auf die 1962 nach dem algerischen Unabhängigkeitskrieg einsetzende postkoloniale Situation. Es geht um die Frage, wie »das Besondere des algerischen Falles mit dem Allgemeinen zusammenhängt: mit dem Weltmarkt, mit der Kolonialgeschichte, mit dem internationalen Kapitalismus und mit der Politik der westlichen Großmächte« (17). So geraten zunächst nationale Befreiung und eigenständige ökonomische Entwicklung in den Blick. Die hier ohnehin prekäre Fortschrittlichkeit währt nur kurz. Der Armeeputsch von 1965 ersetzt die Ansätze der Selbstverwaltung durch eine Entwicklungsdiktatur. Doch auch die nun angestrebten Maßnahmen (Nationalisierung der Bodenschätze, forcierte Industrialisierungspolitik und Bodenreform) erlauben keinen Ausbruch aus den Weltmarktstrukturen, deren Rekonstruktion in Bezug auf Algerien ein Verdienst des Verf. ist. Da die Einheitspartei *Front de Libération Nationale* (FLN), »ursprünglich nur als auf die Dauer des Befreiungskrieges befristetes Organisationsprinzip konzipiert« (68), auch nach 1962 einen politischen Alleinvertretungsanspruch erhebt, werden progressive Alternativen unterbunden. Deren Unsichtbarkeit trägt neben dem die traditionellen Familienverhältnisse verstärkenden Wohnungsmangel und der arabisierten Bildungspolitik, die eine vom frankophonen Arbeitsmarkt ausgeschlossene »Gegenelite« (118) hervorbringt, zum Aufstieg des politischen Islam bei. Dessen Projekt der »autoritären ›Moralisierung‹ der Gesellschaft« (144) organisiert sich seit 1990 mit dem *Front Islamique du Salut* (FIS) auf der politisch-parlamentarischen Ebene, wird aber nach dem Militärputsch von 1992 verboten. Obwohl der FIS in den zwei Jahren seiner legalen Existenz die Parlamentsmehrheit nur knapp verfehlt, konstatiert Verf. »keine absolute Hegemonie des Islamismus über die algerische Gesellschaft« (165). Die weitreichende Zustimmung sei zudem verstärkt durch die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die *Groupes Islamiques Armés* (GIA) verloren gegangen. Im nun ausbrechenden Bürgerkrieg sterben bis zu 300 Menschen pro Woche.

Eine Stärke des Buches ist, dass es auch für diese Zeit die weltpolitischen Zusammenhänge, wie z.B. die konkurrierenden Interessen von EU und USA, sowie nicht-islamistische soziale Bewegungen im Blick behält. Letztere richten sich gegen den durch islamistischen Terror gegen die Bevölkerung begünstigten »kriegskapitalistischen Privatisierungsprozess« (270). Verschwörungstheorien, denen zufolge der Staat die islamistischen Massaker inszeniert hat, weist Verf. zurück (224ff). Schließlich werden dem seit 1999 herrschenden Regime Boutefliqas, das durch mehrfache Amnestieinitiativen versucht hat, den bewaffneten Konflikt mit den Islamisten zu beenden, bonapartistische Züge attestiert: »Im Kontext einer von einem Bürgerkrieg zerrissenen, ausgebluteten Gesellschaft tritt die ›Retterfigur‹ Boutefliqua als der große überparteiliche Einiger auf, der – an der Spitze eines starken und über den Gegensätzen schwebenden Regimes – die Gräben überwindet und die Nation zusammenführt.« (254) Welche Perspektive sich angesichts der desaströsen Vergangenheit und Gegenwart des Landes bietet, kann nur schwer ausgemacht werden. Ermutigend jedoch ist, dass trotz FLN-Autoritarismus und islamistischem Terror soziale Proteste, wie beispielsweise die von der Kabylei ausgehende Revolte 2001, nicht verschwunden sind.

Journalistische Bücher, selbst wenn sie so informativ sind wie das vorliegende, haben grundsätzlich das Problem, sich im sozialtheoretischen Niemandsland zu bewegen. Dies geht gleich dreifach zu Lasten Verfs. gesellschaftskritischer Intentionen. *Erstens*, weil Interessenszusammenhänge oder bestenfalls Klassenbeziehungen ökonomische Verhältnisse ausmachen sollen, der ihnen von Marx zugeschriebene »stumme Zwang« aber

keine Rolle spielt. *Zweitens* stellt Schmid ununterbrochen »oberflächliche ideologische Motivation und handfeste materielle Antriebskräfte« (238) gegeneinander, ganz so als habe Ideologie keine Materialität. *Drittens*, und diese Schwäche hängt entscheidend mit dem defizitären Ideologiebegriff zusammen, erscheint Islamismus lediglich als Produkt konzeptiver Ideologen. Kritische Gesellschaftstheorie weiß jedoch spätestens seit Gramsci, dass Ideologie ganz wesentlich mit reeller Welterfahrung zusammenhängt. Diese ähnelt sich in vielen muslimischen Ländern des Trikonts seit Ende der bipolaren Weltordnung und bringt von Algerien bis zur Zentralafrikanischen Republik nahezu deckungsgleiche ideologische Repräsentationen hervor. Die Thematisierung islamistischer Ideologeme wie Antisemitismus versucht Verf. jedoch mit dem Hinweis, dass es »keinen global agierenden Gesamt-Islamismus« (310) gebe, zu umgehen. Was organisatorisch zutreffen mag, stimmt für die ideologische Orientierung keineswegs: Weltweit ist der politische Islam antisemitisch, fortschrittsfeindlich, misogyn und homophob, kurz, und darüber besteht nach der Lektüre des vorliegenden Buches einmal weniger Zweifel, in emanzipatorischer Perspektive zu bekämpfen – nicht als »Hindernis« (310) eines gemeinsamen Ringens um Emanzipation, sondern als dessen Gegner.

Kolja Lindner (Paris)

Childs, John Brown, *Transcommunalism. From the Politics of Conversion to the Ethics of Respect*, Temple University Press, Philadelphia 2003 (248 S., br., 26,50 €)

Alfred, Taiaiake, *Wasáse. Indigenous Pathways of Action and Freedom*, Broadview Press, Peterborough 2005 (313 S., br., 29,95 CAN\$)

Wenige Jahre nach der US-Debatte um den Einfluss der Irokesen auf die Verfassung und gut 125 Jahre nach Marx' und Engels' Irokesenstudien (IISG, *The Ethnological Notebooks of Karl Marx*, 162-71) erlebt die politische Theorie in Nordamerika erneut eine Irokesen-Renaissance. Childs und Alfred gewinnen aus dem Studium irokesischer Politik Elemente einer Ethik herrschaftsloser Kooperation, die für eine plurale und global vernetzte Emanzipationsbewegung wichtig sind. Der Soziologe Childs hat seinen Ansatz der »Transkommunalität« über lange Jahre als Bürgerrechtler im Student Nonviolent Coordinating Committee in der Begleitung von Ghetto-Projekten gegen Jugendgewalt und der Beschäftigung mit dem heutigen Widerstand indigener Gemeinschaften entwickelt. Die Art und Weise, wie die Zapatisten weltweit Verbündete finden, ohne sich von diesen vereinnahmen zu lassen, sieht er im historischen Irokesenbund vorgeprägt. Er sucht Antworten auf die Frage, wie sich plurale widerständige Akteure zu kooperativem Handeln verbinden können, ohne neue Herrschaft auszubilden. Damit subalterne Gruppen in amerikanischen Großstädten – Childs denkt an die in Bandenkriege verstrickten und ethnisierten Ghettogemeinschaften – gemeinsame Handlungsfähigkeit gewinnen, müssen sie Wege finden, untereinander Frieden zu stiften. Childs rekurriert auf den Gründungsmythos des Irokesenbundes: Fünf sich gegenseitig befehdende Nationen finden zu einem Verhandlungsfrieden und gemeinsamer Handlungsfähigkeit, ohne ihre Autonomie zugunsten einer Herrschaftszentrale aufzugeben. Die Konföderation baut auf eine Vielzahl von neben- und übereinander geschichteten kooperierenden Gruppen. Auch in den heutigen Kämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung und staatliche Unterdrückung geht es um die Kooperation von Menschen aus unterschiedlichen Klassen und Klassenfraktionen mit konträren politischen Organisationsformen sowie divergierenden weltanschaulichen Orientierungen, die voneinander lernen und sich verändern sollen, ohne uniform zu werden. Wichtig sind in ihren jeweiligen Gruppen verwurzelte »Vermittler«, die in direkten Verhandlungen Brücken schlagen. Für das transkommunale Gemeinsame müssen sie gegenseitigen Respekt und Vertrauen einsetzen und sich auch ein Stück von ihrer Herkunftsgemeinschaft distanzieren

und auf persönliche Wandlungsprozesse einlassen. Der irokesische Gründungsmythos zeigt modellhaft wie sich der utilitaristische Zauberer und Kannibale Thadodaho verändert, als ihm in langwierigen Verhandlungen die irokesische Friedensidee nahe gebracht wird. Wichtig für die Integration der weit gespannten, selbst Staatsgrenzen überschreitenden Netzwerke sind face-to-face-Beziehungen, die, wie in den alljährlichen Versammlungen der Irokesen, in dauerhaften Zusammenkünften gefestigt werden. Dabei sind die von den Gemeinschaften gezogenen Grenzen analog zum irokesischen Konzept des »woodsedge« zu respektieren: Fremde und Diplomaten, die sich während der Kolonialzeit einer irokesischen Siedlung näherten, warteten gut sichtbar an der Waldlichtung, um ihren Wunsch der Kontaktaufnahme zu signalisieren. Im Rahmen eines Begrüßungsrituals wurden sie dann ins Dorf begleitet. Childs schätzt Gramscis flexibles gegenhegemoniales Denken und wendet sich gegen den Führungsanspruch *einer* Partei. Im gemeinsamen, aber lokal unterschiedlich geführten Emanzipationskampf sollen die Strategien, Organisationsformen und Denkweisen der anderen akzeptiert werden, während Kommunikationsbarrieren in gemeinsamen Aktionen zu überwinden sind.

Dass indigene Intellektuelle ihre Perspektiven in eigenen Befreiungstheorien artikulieren, kann für einen solchen Dialog nur förderlich sein. Der Politologe Taiaiake Alfred, ein traditionsverbundener Iroke der Mohawk-Nation, ist in Kanada seit Ende der 1990er Jahre zu einem Wortführer der militanten indianischen Selbstbestimmungsbewegung avanciert. Die von ihm initiierte panindianische Wasáse-Bewegung rekurriert auf indianische Politiktraditionen für eine anarcho-indigene Ethik des antikolonialen Befreiungskampfs: »The basic substance of the problem of colonialism is the belief in the superiority and universality of Euroamerican culture, especially the concepts of individual rights as the highest expression of human freedom, representative democracy as being the best guarantor of peace and order, and capitalism as the only means to achieve the satisfaction of human material needs.« (109) Liberale Konzepte einer multikulturellen Gesellschaft werden abgelehnt, weil auch sie die wirkliche Selbstbestimmung der Indigenen zugunsten einer fremden Herrschaftszentrale verhindern. Es geht nicht um eine rassistisch oder essenzialistisch begründete Politik gegen »Weiße«, sondern um die Überwindung der institutionell und ideologisch verankerten Kolonialherrschaft als Grundlage für die gleichberechtigte Koexistenz von indigenen Gemeinschaften und Siedlerstaaten. Angesichts der militärischen Übermacht des Staates ist der Kampf nicht mit Waffengewalt, sondern vorwiegend ideologiekritisch zu führen. Koloniale Denkmuster müssen in Wissenschaft und Medien mit indigenen Geschichtsdeutungen konfrontiert werden, um staatlicher Repression die Legitimationsgrundlage zu entziehen. Voraussetzung ist die Selbstbefreiung der Indianer von Praxen freiwilliger Unterstellung. Dazu werden indigene Gemeinschafts- und Eigentumsformen wiederbelebt und weiterentwickelt. Die auf Geschlechtergleichheit beruhende Kriegerethik der Irokesen baut auf anti-autoritäre Führung, konfrontative direkte Aktionen, Nicht-Kooperation mit den Kolonialinstitutionen und gewaltfreien Widerstand bei gleichzeitiger Beibehaltung der Fähigkeit zur bewaffneten Selbstverteidigung. Solange der Staat den institutionellen Rahmen für Verhandlungen bestimmt, ist jede Kooperation zu vermeiden. Vorbildlich erscheint die Herausforderung von Herrschaft durch indigene Bewegungen in Ekuador und Bolivien und die Zapatisten.

Da Alfred seine Überlegungen immer wieder im Gespräch mit Aktivisten indianischer Widerstandsbewegungen überprüft, erhält der Leser einen konkreten Einblick in die indianische Perspektive auf die kanadische Geschichte und den heutigen Stand der Bewegung. Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Bündnisse lassen sich erst auf dieser Grundlage seriös diskutieren. Alfreds Postulat eines Schulterschlusses von indianischem

Widerstand, anarchistischen und sozialistischen Gruppen in der Anti-Globalisierungsbe-
 wegung, gewinnt 2006 in der von Alfred Mitherausgegebenen und ganz dem indigenen
 Widerstand in Nordamerika gewidmeten September/Oktober-Ausgabe des kanadischen
New Socialist (Nr. 58, 2006) an Gestalt. Thomas Wagner (Berlin)

**Nolte, Paul, *Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*, C.H. Beck,
 München 2006 (312 S., geb., 19,90€)**

Verf. hat mit *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik* (2004) eines der
 meistdiskutierten politischen Sachbücher der letzten Jahre veröffentlicht. Nun folgt eine
 weitere Sammlung bereits publizierter Essays und neuer Beiträge zur politischen Situation
 in der Bundesrepublik. Er entfaltet damit ein breites Tableau an Themen, leistet aber gerade
 daher keine systematische Analyse eines diffus bleibenden »neuen« Kapitalismus. Zudem
 bleibt er in seinen Abhandlungen nicht selten unverbindlich, weitschweifig und vage.
 Politisches Credo von Verf., der als prominenter Fürsprecher einer »neuen Bürgerlichkeit«
 gilt, ist die Neugestaltung einer »investiven Gesellschaft«, die in »bürgerlicher Selbstver-
 antwortung ebenso wie in gemeinschaftlicher Solidarität ihre Ressourcen mobilisiert«, um
 die »Chancen einer größeren Gesamtheit zu vermehren und nachhaltig zu sichern.« (9) Die
 Textsammlung umfasst Gegenwartsdiagnosen ebenso wie politische Programmschriften, die
 in den aktuellen Diskurs eingreifen wollen. Nicht überraschend ist dabei die affirmative Fest-
 stellung, die »riskante Moderne« der Gegenwart sei »unausweichlich« (22). Verf. zitiert in
 diesem Zusammenhang zustimmend das Diktum des konservativen Althistorikers Christian
 Meier, der anmerkte, man solle statt nach der Macht über die Verhältnisse zu streben, sich
 besser mit »Macht in den Verhältnissen« begnügen (ebd.).

Der Argumentationsgang in den Beiträgen über historische Erfahrungen, gesellschaft-
 liche Mentalitäten und Spannungslinien in der alten und »neuen« Moderne ist in der
 Gesamtbetrachtung an mehreren Stellen brüchig. Verf. dementiert z.B. die Existenz eines
 titelgebenden »neuen Kapitalismus«, wenn er feststellt, dieser und die Globalisierung seien
 kein tatsächlich neuartiges Phänomen. Schließlich sei der Kapitalismus als »grenzüber-
 schreitendes, ja globales System des Handels überhaupt erst entstanden« (21) und orientiere
 sich dort nach einer Phase nationalstaatlicher Protektion wieder hin. »Neu« am »neuen
 Kapitalismus« ist hier vor allem die Transformation des Sozialstaats. Wenn Verf. die Illu-
 sionen einer »Epoche des rheinischen Kapitalismus mit ihrer paternalistischen Sicherheit,
 mit ihrer Quasi-Unkündbarkeit in den Großunternehmen« (12) kritisiert, ohne diese mit den
 realen Verhältnissen im Fordismus und dessen zyklischen Krisen zu vergleichen, zeigen
 sich die Defizite der Analyse. Die jüngere Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
 wird wider besseres Wissen zum sozialstaatlichen Idyll verklärt, das den Anforderungen
 der Gegenwart nicht gewachsen sei, zumal das Tempo der Veränderung die in beachtlicher
 Anzahl von staatlichen Transferleistungen alimentierte Bevölkerung überfordere. Zwar
 bejaht Verf. ausdrücklich die Existenz einer von zahlreichen sozio-kulturellen Differen-
 zierungen durchzogenen Klassengesellschaft, neigt aber häufig zu verallgemeinernden,
 jede gesellschaftliche Spaltung nivellierende Formulierungen, wie z.B. bei der Frage, ob
 »wir des wertelosen Lebens, der Leichtigkeit des Seins überdrüssig geworden sind?« (249)
 Die Perspektive bleibt auf die Befindlichkeiten des eigenen akademisch-mittelständischen
 Milieus beschränkt; die Präformierung der eigenen paternalistischen Sicht auf die »Unter-
 schichten« und ihre Lebenswelt wird kaum problematisiert. Wenn Verf. retrospektiv ein
 »trivialfoucaultianisches Lebensgefühl gerade unter jungen akademischen Eliten« (68)
 feststellt, das sich seit den 1970er Jahren ausgebreitet habe, zeigt dies die Verengung seiner
 Perspektive auf die akademischen Moden, die er nicht selten mit breiten gesellschaftlichen

Tendenzen verwechselt. Generalisierende Behauptungen wie die, wonach die Deutschen ihren »über lange Generationen gewachsenen antikapitalistischen Instinkt« verteidigen, werden ebensowenig schlüssig und ausführlich begründet wie die Beobachtung, heute gelte »der Sozialismus allzu vielen als eine gute Idee, die bisher bloß schlecht ausgeführt worden sei.« (252) Nirgends wird deutlich, warum eine angeblich von antikapitalistischen Ressentiments geprägte Gesellschaft dennoch eine vergleichbar niedrige Streikrate hat, als Exportweltmeister immense Außenhandelsüberschüsse erzielt und weltweit Hightech-Produkte verkauft. Verf. formuliert seine eigene Position im Gestus der ökonomischen Vernunft; die »neue, post-sozialistische Kapitalismuskritik« (194) steht dagegen unter Ideologieverdacht und wird en passant als realitätsferner Irrtum erledigt: »Wer den Kapitalismus für einen furchtbaren Irrweg der Geschichte hält, müsste sich konsequenterweise in die Tonne des Diogenes zurückziehen oder als Einsiedler in den Wald flüchten.« (202)

Lesenswert sind die Beiträge vor allem, weil paradigmatisch liberal-konservative Positionen für den aktuellen Mediendiskurs formuliert werden. Prägnant zeigt Verf. z.B. in den Abhandlungen zur Neuverortung des deutschen Konservatismus und zur klassischen Rechts-Links-Dichotomie die aktuelle Begriffsbestimmung des Politischen. Als modern und fortschrittlich gilt, wer dem offiziellen Reformkurs zustimmt. Die alte politische Geographie verliert demzufolge an Trennschärfe: »Denn im großen Reformstreit der Bundesrepublik erweisen sich klassische Vertreter der Linken [...] als die wahren Konservativen, als die orthodoxen Beharrer gegen durchgreifende Veränderung, während den früher Konservativen der Wandel kaum schnell genug gehen, die Modernisierung nicht radikal genug sein kann.« (231) Auch in der wertepolitischen Debatte müsse man als Herausforderung primär »den Sinn, die ›Moral‹ der notwendigen wirtschaftlichen Veränderungen begreifen wie auch umgekehrt den Wertebezug vom Sonntagsappell in die alltägliche Praxis überführen.« (253) Deutlich wird an diesen Stellen, wie häufig Verf. die publizistische Begleitung des hegemonialen Reformdiskurses über die nüchterne Gesellschaftsanalyse stellt und deshalb die diagnostizierte »Aufschubmentalität« (15) einer Gesellschaft, die nach seiner Auffassung nie vollständig von der Moderne durchdrungen wurde, nur unbefriedigend erklärt. – Folglich bietet Verf. dem Publikum statt analytischer Kritik eher normativ aufgeladene Einzelbeobachtungen und sonstige Fragmente aus dem Zettelkasten. Leitmotivisch artikuliert er mehrfach das notwendige Arrangement mit den alternativlosen Imperativen der Ökonomie, ohne deren Konsequenzen hinlänglich zu reflektieren. Dies nährt den Verdacht, dass sich hinter dem emphatisch vorgetragenen Freiheitspostulat der »riskanten Moderne« kaum mehr verbirgt als die Forderung nach mehr »Flexibilität«, nach Sonntagsarbeit und Privatisierung der Lebensrisiken. Die hier beschworenen ideellen Werte des bürgerlichen Kanons sind aber kaum mehr als der Kitt, mit dem die durch die entfesselte kulturelle und soziale Dynamik des »Reformkurses« erodierende Gesellschaft stabilisiert werden soll.

Richard Gebhardt (Aachen)

Ökonomie

Cho, Hyekyung, *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2005 (359 S., br., 29,90 €)

Cho beansprucht, drei Widersprüche der chinesischen »zweiten Revolution« seit 1978 zu klären: 1. zwischen dem Übergang bzw. der Rückkehr Chinas in den Kapitalismus und der politischen Herrschaft einer kommunistischen Partei, 2. zwischen der Weltmarktintegration und nationalistischen Tendenzen in Wirtschaft, Kultur und Politik und 3. zwischen der Geburt einer neuen Weltmacht und dem nach wie vor dominierenden Charakter eines Entwicklungslandes.

Die staatsgeleitete Marktöffnung habe lange vor dem Übergang Osteuropas und Nord(west)asiens begonnen. Schon damals und über Jahrzehnte hinweg habe China hohe Wachstumsraten aufgewiesen, insbesondere in der Industrieproduktion. Bis Mitte der achtziger Jahre schlug die Reformpolitik zugunsten des landwirtschaftlichen Sektors aus. Zwischen 1978 und 2000 führte sie zu einer Vervielfachung des Pro-Kopf-Einkommens sowohl der ländlichen wie der städtischen Bevölkerung. Bis 1990 verschob sich dabei das Verhältnis von Schwer- und Leichtindustrie deutlich zum Vorteil letzterer. Seitdem kehre sich dieses Verhältnis aber paradoxerweise wieder um. Obwohl es bei den Reformen um individuelle Verbrauchsmöglichkeiten ging und Cho extrem hohe Spar- und Investitionsquoten erwähnt, präsentiert sie die Daten aus der Statistik, ohne auf die marxische Unterscheidung von Konsumtions- und Produktionsmittelproduktion oder auf den keynesianischen Ausfall der Gesamtnachfrage einzugehen. Diskussionen um »jobless growth«, wie sie in den neunziger Jahren ansatzweise in der EU geführt wurden, sind offensichtlich in Ostasien noch mehr Tabu als in den westlichen Akkumulationszentren, würden sie doch neoliberalen Legitimationsparolen die Grundlage entziehen.

Entgegen landläufigen neoliberalen Mythen war die VR China bis zur Jahrtausendwende ein institutionell starker Entwicklungsstaat. Mit dieser These wendet sich Cho sowohl gegen die »einfache Dichotomie von Markt versus Staat« (3) als auch gegen einen sino-logischen Exzeptionalismus, der die Geltung von Allgemeinbegriffen in Frage stellt. Sie sieht stattdessen einen anpassungsplanerischen Staatstyp, der auch bei anderen asiatischen Wachstumsökonomien beobachtet wurde: »Um gesetzte langfristige Entwicklungsziele zu realisieren, regiert der Staat den Markt und schafft ein entsprechendes institutionelles Umfeld« (24), wohlgermerkt unter technologischem und organisatorischem Innovationsdruck. Der hierzu erforderliche Konsens orientiert sich am kleinsten gemeinsamen Nenner von wirtschaftlicher Entwicklung und Wachstum. Dabei auftretende Notlagen beantwortet der autoritäre Staat auch gegen gewerkschaftlichen Widerstand repressiv. Auf sozialstaatliche Umverteilungspolitik lässt er sich gar nicht erst ein: »Im Falle der VR China ist die staatliche Wirtschaftssteuerung auf direkte Eingriffe ausgerichtet. Der Staat agiert nicht nur direktiv, sondern selbst unternehmerisch« (24f). Allerdings droht er gerade in dieser Funktion zugunsten eines »local state corporatism« sektoral und regional zersplittert zu werden.

Cho stellt anhand makrostruktureller Wirtschaftsindikatoren dar, wie nicht nur die finanziellen Beziehungen zwischen lokalen Verwaltungseinheiten und Zentralstaat durch zentrales Management von Kapitalströmen zugunsten des letzteren umstrukturiert wurden, sondern wie der Staat insgesamt über weit größere Finanzströme verfügte, als statistisch ausgewiesen. Obwohl der Staat zunächst gegenüber neoliberalen Handelsreformen Widerstände aufbaute, machten sich diese seit Mitte der neunziger Jahre mehr und mehr geltend: Die notwendige Sanierung der Staatsunternehmen ließ sich zwar über Finanzmanipulationen mit dem staatlichen Bankenwesen hinauszögern, trieb jene aber in die Krise und schlug schließlich als Krise der Staatsfinanzen zu Buche.

Der beinahe gelungene Balanceakt einer staatsgesteuerten Marktöffnung und »nachholenden Industrialisierung« – bei der ausländischen Investitionen ein gegen den Binnenmarkt abgeschotteter Platz in den Küstenregionen angewiesen wurde – resultierte in zwei weiteren Strukturproblemen: dem verschärften räumlichen Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle und der exzessiven strukturellen Beschäftigungskrise. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre entließen Staatsunternehmen und Kollektivsektor an die 50 Mio. Beschäftigte, während der private und ausländische Sektor nur 9 Mio. neue Arbeitsplätze schufen. »Das beschäftigungspolitische Kalkül der chinesischen Regierung, dass der Dienstleistungssektor die freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen soll, erwies sich dabei als verfehlt« (131). Die Ersetzung der vor-reformerischen betrieblichen bzw. kommunalen Sozialleistungen durch Versicherungssysteme gelang im übrigen nicht annähernd, da letztere »nur einen kleinen Teil der zahlungsfähigen Bevölkerung versorgen«. So standen »622 Mio. informell Beschäftigte, die über 85 % der Gesamtbeschäftigten ausmachten, von Anfang an außerhalb des neuen Sozialversicherungssystems« (134). Nicht nur waren die Sozialausgaben der öffentlichen Haushalte regional durch Finanzschwächen unterhöhlt, sie umfassten mit 0,2 % des Bruttoinlandsproduktes von 1999 völlig unzureichende Beträge. Da die »Eiserne Reichshale« des gesicherten Existenzminimums abgeschafft worden ist, galoppiert im Land der vermeintlichen neuen Weltmacht eine neue Armut.

Nach dieser Erörterung von Wachstums- und Strukturproblemen wendet sich Cho der handelspolitisch erzwungenen Weltmarktintegration und dem politisch-ideologischen Wandel zu. In der ersten Phase der Handelsöffnung bis 1991 wurden Zentralhandels-Monopole abgeschafft und durch regulierende Kontrollen wie Lizenzen, Quoten und Tarife ersetzt. Unter ausländischen Unternehmen wurde Devisenhandel zugelassen und der Wechselkurs seit 1984 wiederholt verändert, wobei interne Devisenkontrolle und externe Bindung an den US-Dollar den freien Kapitalverkehr – wie im keynesianischen Bretton-Woods-System der Nachkriegszeit – einschränkten und für die notwendige Immunität gegen spekulatives Kapital sorgten. Im- und Exporte machten 1991 schon ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes aus. Noch aber hielt die chinesische Führung »an den abgekoppelten Inlands- und Weltmarktpreisen der Exportgüter fest«. Denn im Innern verfolgte sie eine Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung, wobei Exporte und ausländische Investitionen den »Import der zur industriellen Modernisierung notwendigen Kapitalgüter und Technologie finanzieren« sollten (143). Erst 1994 wurden die »staatlichen Import- und Exportplanungen offiziell abgeschafft [...], Inlandspreise der Handelsgüter [...] an das Weltmarktniveau angepasst« (145f). Begünstigungen des Exportsektors, auch des staatlichen, führten zu einer Wachstumsrate des Außenhandels von etwa 15 % jährlich: »Im Hinblick auf die physische Größe der VR China ist ihr Offenheitsgrad [...] bemerkenswert hoch und zeigt eine wachsende Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums vom Außenhandel« (147).

Leider diskutiert Cho diese Entwicklung nicht im Lichte der entwicklungstheoretischen Kontroverse von Modernisierungs- und Abhängigkeitstheorien. Sie deutet den »Export-erfolg in den 90er Jahren« lediglich als Resultat der »Ausnutzung komparativer Vorteile in der Herstellung arbeitsintensiver Waren und (der) industriellen Produktion von Low-tech-Erzeugnissen« (147), und konstatiert, dass sich das Exportgüterprofil Chinas von demjenigen der Entwicklungsländer in Lateinamerika und Afrika insofern unterscheidet, als bei diesen der Export von Primärgütern vorherrscht; auch von dem asiatischer Schwellenländer, deren Exporte in höherem Grad hochtechnologische Güter umfassen, unterscheidet sich China. Die Entwicklung Ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in China hielt sich nämlich in regional wie sektoral engen Grenzen. Sie kamen vor allem aus Hongkong und

anderen Ländern Südasiens – Quellen, die nach der durch den IWF mit verursachten Asienkrise 1997/98 versiegt. Außerdem waren die Effekte der ADI auf die Binnenwirtschaft schwach, da sie hauptsächlich zu lohnintensiver Montage oder Veredelung von Produkten mit hohen Importquoten aus dem Umland führten. Für China bedeutsamere Beteiligungstypen wie direkte Kapitalbeteiligungen und Produktionskooperation, die bis 1985 überwogen, wurden Ende der 90er Jahre durch ausländische Tochterunternehmen ersetzt, so dass das transnationale Kapital eigenständiger disponieren kann – eine Tendenz, die sich mit Chinas Beitritt zur WTO verstärkt. Diese kam schon 1999 in der Vorform eines bilateralen Abkommens zwischen China und den USA zustande, gefolgt von Chinas formeller Mitgliedschaft 2001. Sie verstärkte Cho zufolge Chinas wachsende Abhängigkeit von Exporten in die USA, die zuvor am dünnen Draht jährlicher Erneuerungen der Meistbegünstigungs-Klausel gehangen hatten. Entscheidend war aber, dass die chinesische Regierung den WTO-Beitritt intern als »Druckmittel« benutzen konnte, um ihren Plan einer Strukturreform der Staatsunternehmen effektiv durchsetzen zu können. Im Resultat wurden bisher abgeschottete Binnenbranchen – auch die Landwirtschaft – wesentlichen Zollsenkungen ausgesetzt, ein Liberalisierungszeitplan für den Dienstleistungssektor aufgestellt und der Rückzug der Regierung von kommerziellen Entscheidungen staatseigener Unternehmen zugesichert. Dagegen erhielten die USA mit speziell auf China gerichteten Protektionsbestimmungen und der Einstufung Chinas als Nicht-Marktwirtschaft ein »legitimes protektionistisches Instrument im Rahmen der WTO« (198). Damit haben diese »gegenüber der VR China ihren doppelten Maßstab, den Schutz der eigenen Wirtschaft und den freien Marktzutritt im Ausland, konsequent durchgesetzt« (199). Hingegen verlor »die ehrgeizige Strategie der chinesischen Regierung, eigene kapitalintensive und hochtechnologische Industrien aufzubauen [...], ihren institutionellen Boden« (205).

Der 1978 in Gang gesetzte, schrittweise Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft war also aufgeschoben, aber nicht aufgehoben worden. Die Kompromissformel »sozialistische Marktwirtschaft«, die 1992 aufgrund der Allianz der Zentralregierung mit den Enklaven der Küstenregionen eingeführt worden war, ist mit dem WTO-Beitritt Lügen gestraft worden. Wie Cho in Kapitel 7 dokumentiert, werden in der Konfrontation mit Globalisierungshoffnungen und -ängsten viele Varianten nationalistischer Integrationsideologien diskutiert, deren reeller Kern im Protest gegen die »westliche Hegemonie« (239) zu finden ist. Als Fazit weist sie bis zum Jahr 2000 nach, dass China noch immer ein Entwicklungsland ist, das weder absolut noch relativ den Vorsprung der USA oder Japans im Bruttoinlandsprodukt eingeholt hat. Im Gegensatz zum Wachstum des Pro-Kopf-Nationaleinkommens in Südkorea bewegt sich China noch immer auf dem Niveau von Entwicklungs- und Schwellenländern wie Thailand und Rumänien. Dabei hebt Cho die elenden Bedingungen bezüglich Lohnniveau, Steuerstaat, Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung hervor, die in dieser »Fabrik der Welt« (290) herrschen. Ohne an England zu erinnern, das diesen Titel aus der Position des Hegemons beanspruchte, zeigt Chos Arbeit, wie sich hinter dem Zweckoptimismus der chinesischen Führung, der sie stützenden Intellektuellen und des transnationalen Kapitals unheimliche Züge eines hemsärmeligen, für die kapitalistische Weltwirtschaft funktionalisierten Manchester-Kommunismus mit seiner eigenen Fabrikdespotie abzeichnen.

Rolf Czeskleba-Dupont (Hvalso)

Hart-Landsberg, Martin, u. Paul Burkett, *China and Socialism. Market Reforms and Class Struggle*, Monthly Review Press, New York 2005 (155 S., br., 13,95 €)

Critical Asian Studies, 37. Jg., 2005, H. 3 u. 4, Routledge, Philadelphia (188 u. 105 S., br., 35 US\$)

Der Titel markiert eine doppelte Intervention in die Debatte um die gegenwärtige Transformation Chinas: Gegen Analysen, die Chinas Kapitalisierung zum entwicklungs-theoretischen Modellstatus erheben, wird daran erinnert, dass der Reformprozess auch Klassenkampf ist und alles andere als harmonisch verläuft; gegen eine Linke, die auf einen chinesischen ›Marktsozialismus‹ setzt, insistieren Verf. auf der ›kapitalistischen Restauration, einschließlich wachsenden ökonomischen Einflusses des Auslands‹ (16). Die Intervention blieb nicht unwidersprochen – sie provozierte die in den *Critical Asian Studies* dokumentierte Diskussion.

Für Verf. wird rückblickend deutlich, dass die ersten Reformmaßnahmen 1978 – Auflösung der Volkskommunen, Schaffung eines Arbeitsmarktes und Errichtung von Sonderwirtschaftszonen – die vollständige Entfaltung kapitalistischer Produktion nach sich ziehen ›mussten‹: »Each subsequent step in the reform process was largely driven by tensions and contradictions generated by the reforms themselves« (61). Die weitere Kapitalisierung ist wesentlich durch die notwendige Kreditfinanzierung der verbleibenden Staatsbetriebe bedingt, deren Produktivität gegenüber dem Privatsektor stetig sinkt. Die Regierung versucht die Lächer im chinesischen Haushalt – vormals zu 75 % aus der Produktion der Staatsbetriebe finanziert – durch exportorientiertes Wirtschaften, weitere Privatisierung und Öffnung für ausländisches Kapital zu stopfen. Konsequenz führte daher die Notwendigkeit des Zugangs zu neuen Märkten und Investoren zu Chinas WTO-Beitritt 2001. Tatsächlich betrug in jenem Jahr der Anteil der Exporte am chinesischen BIP 23,0 %, davon gingen 50,8 % auf auslandsfinanzierte Unternehmen zurück.

Die Verschärfung sozialer Spannungen führen Verf. auf das makroökonomische Problem der »overaccumulation of both money and real capital relative to profitable and productive opportunities for their employment« (75) zurück. Der Anteil der im Staatssektor Beschäftigten ist von 78,3 % 1978 auf 31,9 % 2001 gesunken, 60 % der Entlassenen waren Frauen. Steigende Arbeitslosenzahlen, sinkende Löhne und dramatische Kürzungen im Gesundheitsbereich – 1978 waren 90 % der Bevölkerung versorgt, 1997 nur noch 4 % – sind Effekte des Zusammenspiels von Kapitalisierung, Staatsverschuldung und intensivierter Produktion für den Export. Die Unterdrückung der von Verf. komprimiert geschilderten Arbeiter- und Bauernproteste erstickt zwar kritische Stimmen, aber »does not change the fact that the ongoing capitalization of China's economy is likely to bring further deterioration of living and working conditions for many Chinese workers« (86). – Chinas Entwicklung verschärft laut Verf. auch regional und international die Lage der Arbeiterklasse: »Export-led growth pushes down regional wage rates, undermines domestic consumption, and generates destructive regional competition for foreign investment and export production.« (113) Indem China zum Magneten für Direktinvestitionen wird und zu weitaus niedrigeren Lohnstückkosten Fabrikgüter exportiert, die den Produktparten der benachbarten ›Tigerstaaten‹ und Mexikos entsprechen, geht die dortige Produktion zurück, wird verlagert oder auf Zwischenprodukte zum Export nach China umgestellt – auf Kosten der Werktätigen.

Für Victor Lippit, den deutlichsten Kritiker in der *CAS 3/2005*, ist diese Analyse »faulty in the extreme« (455): Der Handel zwischen China und den ASEAN-Staaten weise für letztere eine aktive Bilanz von 13,4 Mrd. US\$ auf, das chinesisch-aseanische Handelsvolumen ist 2004 nochmals um 35 % auf 105,9 Mrd. US\$ gewachsen, und auch international habe Chinas Drängen auf den Weltmarkt nicht nur negative Folgen. Die extrem billigen Produkte

haben auch in den USA zur Senkung der Inflation beigetragen, die einer Reallohnsteigerung von 3,3 % für amerikanische Arbeiter entspreche. In China selbst sei die Zahl der in Armut lebenden Menschen nach Weltbankangaben von 1981 bis 2001 um 400 Mio. gesunken, entsprechend nehme der Einzelhandelsumsatz stetig zu. Lippit verheißt für die nächsten 50 Jahre blühende Landschaften: 2015 soll für 300 Mio. Menschen in China das Pro-Kopf-Einkommen 5000 US\$ übersteigen. Qualitative Kriterien des Ressourcenzugangs und der öffentlichen Versorgung oder das von Hart-Landsberg und Burkett anvisierte Ziel eines »system centered on grass-roots worker-community needs and capabilities« (18) hält er für unmaßgeblich bzw. unrealistisch und favorisiert das Modell des europäischen Wohlfahrtsstaats. Chinas Problem liege in der ungleichen Kapitalisierung zwischen der Küstenregion und dem Binnenland sowie des allgemeinen Gewichts eines »market fundamentalism [...] combined with a commitment to being the most aggressive developmental state possible.« (CAS 446) Der These der Destabilisierung der Binnenwirtschaft durch Exportorientierung stellt Lippit die Steigerung des Anteils des Sachkapitals am BIP auf ca. 50 % (2004) und den obligatorischen Technologietransfer bei Direktinvestitionen entgegen – von einer außerchinesischen, gar imperialistischen Dominierung könne also keine Rede sein.

Die von Lippit und Gene Cooper geteilte Hoffnung auf eine »diamantförmige« Sozialstruktur, eine chinesische Mittelklasse-Gesellschaft, weist Tai-lok Lui als »simply an ideological construct« (477) zurück. – Für Alvin So hat der Staat als Transmissionsriemen der Kapitalisierung fungiert sowie an der Herausbildung neuer Klassen und der Kanalisierung ihrer Kämpfe nach 1978 bewusst mitgewirkt; er spricht daher von einer »state mediated class-divided society« (483). Im Reformprozess seien politische Kader jeder Ebene und Kapitalisten zu einer Klasse verschmolzen: »This hybrid state-capitalist class has monopolized political capital, economic capital, and social/network capital and its members benefit from the existing arrangements of partial reforms, mixed economy and hybrid ownership.« (488) Da sich der Staat jedoch sukzessive aus dem Wirtschaftsgeschehen zurückziehen muss, werden sich So zufolge inkorporierte und fragmentierte Klassenkämpfe bei fortschreitender Privatisierung intensivieren und offen zutage treten.

Eine weitgreifendere Prognose wagt Zhu Dongli: »Revolutions erupt due to a failure in international competition that leads to an extreme sharpening of internal contradictions.« (497) Unterliegt China im internationalen Wettbewerb, sähe es sich möglicherweise vor einer erneuten revolutionären Situation – halte es allerdings dem Wettbewerb stand, könnte es die ökonomische Dominanz des Westens seit 1492 aushebeln. – Die Zentrumsstaaten nehmen die chinesische Entwicklung ihrerseits in erstarkenden chauvinistischen Ideologien auf, so Mobo C.F. Gao. In Chinas Drängen auf den Weltmarkt werde eine »Gelbe Gefahr« ausgemacht, die für Lohndumping und die nationalistische Integration der Arbeiterklasse instrumentalisiert werde. Indem er Hart-Landsberg und Burkett unterstellt, in ihrer Analyse der internationalen Rolle Chinas Einfallstore für derartige Deutungen zu öffnen, spricht er deren politischer Intention Hohn, macht aber deutlich, wo strukturelle und methodische Schwächen der Untersuchung bestehen.

Mit ihrer Replik in den CAS 4/2005 behalten Hart-Landsberg und Burkett das letzte Wort und legen dar, dass die chinesische Gesellschaft das Prädikat sozialistisch nicht – oder nicht mehr, das bleibt unklar – verdient hat. Insbesondere gegen Lippit, der es versäumt, seine durchaus aussagekräftigen volkswirtschaftlichen Daten mit klassenspezifischen Lebensrealitäten zu vermitteln, werden folgende Positionen noch einmal erhärtet und differenziert: Der globalen Überakkumulation werde in China mit Privatisierung öffentlicher Sektoren sowie Steigerung der Profitrate durch Intensivierung der Arbeit und Absenkung des Lohnniveaus begegnet. Die Wertrealisierung hänge wesentlich von wachsenden Absatzmärkten in

den traditionellen Industrienationen – primär dem US-Handelsdefizit – ab; exportorientierte Produktion heize die regionale und internationale Konkurrenz ebenso wie die drohende Unterkonsumtionskrise in China an. Die makroökonomische Analyse kann allerdings nicht über die sich aufdrängende Frage hinwegtäuschen, ob und wie die spannungsgeladene Dynamik des Reformprozesses konkret mit gesellschaftlicher Praxis vermittelt ist – wie es also um den immerhin im Titel stehenden ›Klassenkampf‹ und seine Verdichtungspunkte in der chinesischen Gesellschaft steht. Die organisierenden und aktivierenden Effekte aus Staat und Ideologie bleiben unberücksichtigt – eine Leerstelle, die besonders bei der Betrachtung der Arbeiterproteste ins Gewicht fällt. Gegen Gaos überzogenen Vorwurf der Anschlussfähigkeit für rassistische Ressentiments hätten Verf. gut daran getan, eine Analyse der Kräfteverhältnisse und sozialen Praxen in China anzustrengen, statt nur zu wiederholen, auf Seiten der internationalen Arbeiterklasse zu stehen. Hier können sich die Klassenanalysen von Lui und So als anknüpfungsfähig erweisen, auch wenn sie es vermeiden, das kritische Moment des Reformprozesses zu benennen: die (fortgesetzte) Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln. Im Blick auf die sozialistischen Potenziale der chinesischen Entwicklung bleiben Verf. zurückhaltend und plädieren für die Unterstützung der chinesischen Basisbewegungen statt akademischer Spekulation. Frido Wenten (Berlin)

Chen Guidi, u. Wu Chuntao, *Zhongguo Nongmin Diaocha*, Renmin Wenxue Chubanshe (Verlag Volksliteratur), Peking 2004 (460 S., br., 24 Yuan); dt.: *Zur Lage der chinesischen Bauern. Eine Reportage*, aus d. Chin. v. Hans Peter Hoffmann, Zweitausendeins, Frankfurt/M 2006 (600 S., br., 39,90 €)

Verf. konfrontierten die chinesische Öffentlichkeit mit der anhaltenden Misere der dörflichen Gesellschaft. Die Diskrepanz zwischen städtischem Aufstieg und ländlicher Stagnation, die Existenz zweier unterschiedlicher Wirtschaftssysteme, drohe den Fortschritt insgesamt zu gefährden. – Verf. haben sich in der VR China mit Romanen, Erzählungen, Drehbüchern, auch mit literarischen Reportagen einen Namen gemacht und diverse Literaturpreise erhalten. 2004 wurden sie in Berlin mit dem Weltpreis für literarische Reportage ausgezeichnet. Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis zweijähriger Recherchen und Interviews in der Provinz Anhui, von Gesprächen mit Funktionären aller Verwaltungsebenen sowie mit Politikern, Praktikern und Wissenschaftlern. Sie wurde 2003 zunächst in der Zeitschrift *Dangdai* und dann in Buchform veröffentlicht. Eine zweite Auflage wurde 2004 verhindert, was, wie in China nicht unüblich, eine Millionenflut von Raubkopien auslöste.

Die Reportage erzählt von der Kehrseite der städtischen Moderne, von einer Gegenwelt, die in einer rudimentären Planwirtschaft verharret, in der das Potenzial für Innovationen fehlt, oft sogar die einfache Reproduktion bedroht ist. Verf. verweisen darauf, dass nach Mao und zu Beginn der Reformpolitik zuerst die Bauern in den Genuss der Neuerungen kamen. Der nach wie vor in Gemeineigentum befindliche Boden wurde den Familienwirtschaften zur vertraglichen Nutzung übergeben. Der Vertrag schließt jedoch eine freie Verfügung über das Produkt aus, der Vertragspartner Staat bestimmt, welche Kulturen anzubauen sind, legt Steuern und Preise fest. Überschüsse kaufen staatliche Kontore zu festen Preisen auf. Dennoch führte die Eigeninitiative zur Steigerung der Produktion und zu Verbesserungen des Lebens der Bauern. Aber schon 1984 kam es zu jener folgenreichen Kursänderung, als der forcierten Entwicklung der Industrie und der Städte unter Nutzung von Marktmechanismen absolute Priorität eingeräumt wurde. Die Landwirtschaft blieb – davon getrennt – als Akkumulationsquelle für den rasanten nichtagrarischen Fortschritt zurück. Steuer- und Abgabenlasten erhöhten sich beständig und erreichten in den 90er Jahren nie gekannte Ausmaße.

Einleitend werden vier Fälle erzählt, bei denen Bauern totgeschlagen wurden. Viele leiden unter der Steuerlast und willkürlich handelnden Behörden. Beschwerden ziehen in der Regel Racheaktionen seitens dieser Behörden nach sich. Es wachse die Erkenntnis, dass die Bauern eine eigene Organisation brauchen, um eine gewisse Rechtssicherheit durchzusetzen. Verf. beschreiben die zähen Bemühungen eines Agrarspezialisten, Mitarbeiter in der Provinzverwaltung, ein selbst entwickeltes, praktikables Landsteuermodell durchzusetzen, das er bereits in einem Gebiet erfolgreich getestet hat. Trotz Zustimmung durch die zuständigen Abgeordneten scheitert das Projekt schließlich an der Befürchtung, es sei nicht »legal«. Dieses Beispiel zeige, dass Teillösungen oder Lösungen im regionalen Rahmen unter den herrschenden Verhältnissen wirkungslos bleiben.

2003 begann die Führung der »neuen Generation« mit Hu Jintao und Wen Jiabao, eine »komplexe Systemreform für die Landgebiete« mit dem Schwerpunkt auf Neuerungen in den »drei ländlichen Hauptbereichen« (*san nong*) ins Zentrum der Entwicklungspolitik zu rücken. Alle Menschen in Stadt und Land sollen in den Aufbau einer »harmonischen Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands« einbezogen werden. Innere und äußere Zwänge (verstärkt nach der Aufnahme in die WTO) drängen zum Handeln: die wachsende Industrieproduktion braucht angesichts der Risiken des globalisierten Weltmarktes den riesigen Binnenmarkt der Landgebiete. Die Landwirtschaft muss in konzertierten Aktionen »marktfähig gemacht« werden: Modernisierung der Agrar- und Nebengewirtschaft durch Bildung der dafür nötigen Arbeitskräfte; gezielte berufsbildende Maßnahmen für den großen Anteil ländlicher Überbevölkerung, die in das örtliche verarbeitende Gewerbe, in die moderne Industrie und Dienstleistung abfließen muss. Das setzt voraus, dass die seit den 50er Jahren geltende Wohnsitzbindung abgebaut wird. Ferner, Einbeziehung der Landwirtschaft in den nationalen Geldkreislauf, Aufbau eines Netzes von Banken bis herunter auf Kreisebene, die den bäuerlichen Familienbetrieben zinsgünstige Mikrokredite gewähren. Hinzu kommen Rechts-, Versicherungs-, Gesundheits- und Altersvorsorgesysteme, Umweltschutz, Schutz des wenigen Ackerbodens vor weiterer zweckentfremdeter Nutzung. Inzwischen folgten erste Maßnahmen, unter denen die vorzeitige Aufhebung der Landwirtschaftssteuer 2006 einen Einstieg in die Systemreform markiert. Die nächsten Schritte sind angekündigt: Innerhalb von zwei Jahren wird das Schulgeld für Grund- und Mittelschüler auf dem Lande entfallen. Innerhalb von fünf Jahren soll der Personalbestand der Gemeindeverwaltungen durch Verzicht auf Neueinstellungen reduziert werden. – Verf. scheuen nicht davor zurück, Ereignisse und Akteure mit Namen, Ort und Zeit zu benennen – was den Schilderungen eine wirkungsmächtige Authentizität verleiht. Besonders traf es das Ansehen der Provinz Anhui, die landesweit als Vorzeigefall der Zentralregierung in Fragen landwirtschaftlicher Neuerungen und Experimente galt. Die Recherchen brachten das ganze Ausmaß der dunklen Seiten ans Licht der Öffentlichkeit. Reiner Müller (Berlin)

Gabriel, Satyananda J., *Chinese Capitalism and the Modernist Vision*, Routledge, London u.a. 2006 (240 S., br., 130 US\$)

Das vorliegende Buch leistet eine originelle Klassenanalyse des chinesischen Aufstiegs zur Supermacht. Zum einen wird gezeigt, dass die chinesische Ökonomie schon immer in kapitalistischen Klassenstrukturen verwurzelt war. Zweitens sei die Verwandlung von privaten in staatliche Unternehmen noch keineswegs gleichbedeutend mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Vielmehr sei die »moderne« Geschichte Chinas gekennzeichnet durch die Transformation einer staatsfeudalistischen in eine staatskapitalistische Ökonomie. Drittens zeigt Verf., wie und aus welchen Gründen ökonomische Theorien der Neoklassik und marxistische Klassenanalyse in der widersprüchlichen Literatur zum modernen China kollidieren.

Verf. bezieht sich auf Marx' Theorien über den Mehrwert, um darzutun, dass China stets koexistierende alternative Klassenstrukturen einschloss – d.h. andere Formen der Organisation von Produktion, Aneignung und Distribution des Mehrprodukts. In den Studien zur tatsächlichen Organisation dieser drei Momente durch chinesische Unternehmen spiegelt sich eine beispielhafte Anwendung marxistischer Wirtschaftswissenschaft wider. Dabei unterscheidet er die wesentlichen Phasen der chinesischen Entwicklung seit der Revolution sorgfältig. Dem Arbeitsmarkt und den Unterschieden zwischen urbaner und ländlicher Beschäftigung werden einzelne Kapitel gewidmet.

Am umstrittensten ist wohl das zentrale Motiv des Buches: Als offiziell proklamierte Doktrin scheint der Marxismus in China hauptsächlich als mehr oder weniger bewusste Fassade für die reale Entwicklung gedient zu haben, die wir mit Marx' Theorie über den Mehrwert als die Herausbildung feudaler und kapitalistischer Staatsbetriebe beschreiben können. D.h. die revolutionäre Verschiebung von privaten zu staatlichen Unternehmen und ökonomischer Organisation definierte und legitimierte den chinesischen ›Sozialismus‹ und ›Marxismus‹. Doch konnten sich auf Grundlage der tatsächlichen Organisation der Produktion die chinesischen Arbeiter nie das von ihnen produzierte Mehrprodukt aneignen, und Chinas ökonomische Entwicklung bewegt sich nicht in eine Richtung, die dies in Zukunft verspricht. Kurz, eine Art theoretische Verirrung hat den Bereich staatlicher ökonomischer Kontrolle und Intervention mit dem des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus verschmolzen.

Zur Vorbereitung für seine Arbeit hat Verf. (Prof. für Ökonomie am Mt. Holyoke College, USA) Chinesisch gelernt und einige Jahre in China gelehrt, mithin seinen Gegenstand ›vor Ort‹ studiert. Das Ergebnis unterscheidet sich dezidiert vom Großteil der Literatur zu Chinas ökonomischer Entwicklung und zieht Parallelen zu anderen sozialistischen Staaten (Kuba, Vietnam etc.), um festzustellen, ob deren Wirtschaftsgeschichte ebenfalls einer kritischen Revision entlang der von Verf. entwickelten Linien unterzogen werden sollte.

Richard D. Wolff (Amherst/USA)

Klenner, Wolfgang, *Chinas Finanz- und Währungspolitik nach der Asienkrise*, Lucius & Lucius, Stuttgart 2006 (131 S., br., 12,90 €)

Im Gegensatz zu vielen seiner Nachbarn überstand China die Asienkrise weitgehend unbeschadet. Verf., ordoliberaler Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Ostasienwissenschaften, verfolgt, »welche Systemelemente und sonstigen Voraussetzungen für die relative Stabilität Chinas verantwortlich waren« (11). Er untersucht, wie das Finanzsystem in den letzten Jahren unter dem Eindruck der Probleme anderer Länder reformiert wurde, um Krisen auch künftig verhindern zu können.

Bereits 1984 war die an das Finanzministerium gebundene Volksbank in eine Zentralbank und eine staatliche Geschäftsbank aufgeteilt worden. Weitere Banken wurden gegründet, auch unter Beteiligung privaten Kapitals (40). Betriebe mussten sich nun über Bankkredite finanzieren, während Investitionen zuvor direkt vom Finanzministerium finanziert worden waren. Allerdings führte eine freizügige Kreditvergabe dazu, dass Betriebe, die Verluste machten, immer neue Kredite aufnahmen, die sie nicht zurückzahlen konnten: die Zahl nicht bedienter Kredite der Banken stieg drastisch an (43). Für Verf. ist »die Zunahme der notleidenden Kredite auf die problematische Konstellation von Marktelementen und Planelementen in den Beziehungen zwischen Planungsbehörden, Geschäftsbanken und Staatsbetrieben zurückzuführen« (48). Ergänzend zum Bankensektor wurde ab den 1990er Jahren über Börsengründungen und die Ausgabe von Aktien ausgewählter Staatsbetriebe ein chinesischer Kapitalmarkt geschaffen. Große Teile der Aktien blieben aber

in staatlicher Hand, um weiterhin die Geschäftspolitik beeinflussen zu können (55f). Der Yuan ist seit 1996 für Handelsgeschäfte konvertibel und seit Mitte 2005 ist er nicht mehr an den US-Dollar, sondern an einen Währungskorb der Währungen der wichtigsten Handelspartner gebunden (64f). Kapitalbewegungen hingegen unterliegen weiter einer staatlichen Kontrolle, die allerdings häufig umgangen wird (68). Um den Wechselkurs weiter stabil halten zu können, reagierte die chinesische Regierung auf den Kapitalabzug 1998 mit verschärften Kapitalverkehrskontrollen (75).

Nach der Asienkrise folgten weitere Reformen des Finanzwesens. In Reaktion auf das Problem notleidender Kredite wurde Banken über den Verkauf von Schatzpapieren frisches Kapital gewährt und nicht zu bedienende Kredite wurden auf neu geschaffene Institutionen übertragen (83ff). Selbst wenn einige der Forderungen verkauft werden konnten, so blieb doch ein Großteil der Bereinigungskosten am Staatshaushalt hängen (87). Neben der Reorganisation des Bankensektors haben vorsichtige Liberalisierungsschritte auf den Kapitalmärkten – z.B. können große Versicherer bis zu fünf Prozent ihres Kapitals in Aktien investieren (93) – deren Bedeutung für die Unternehmensfinanzierung erhöht. – In den letzten Jahren wird international um den Wechselkurs des Renminbi, v.a. im Verhältnis zum US-Dollar, gerungen. Insbesondere die USA fordern eine Aufwertung, um ihr Handelsbilanzdefizit verringern zu können (100). Die Spekulation auf eine Aufwertung des Renminbi hat zu verstärkten illegalen Kapitalzuflüssen geführt. Trotz des Drucks aus den USA, den Wechselkurs anzupassen bzw. freizugeben, hat sich die chinesische Führung für eine Fortsetzung der bisherigen Politik, d.h. eine weitgehend unveränderte Wechselkursrelation und die Aufrechterhaltung der Bindung an einen Währungskorb entschieden (112). Verf. bietet einen knappen und nützlichen Überblick über die wichtigsten Strukturen und Veränderungen des chinesischen Finanzsystems.

Lehren aus der Asienkrise, die nach Meinung des Verf. unbestritten sind, seien die Notwendigkeit einer effizienten Finanzaufsicht, transparente Märkte und ein minimierter Einfluss des Staates auf einzelwirtschaftliche Entscheidungen (19). Tatsächlich dürften diese Lehren nur für neoliberale Ökonomen unbestritten sein. Dass China sich als weitgehend immun gegenüber der Krise erwies, läge an dessen Mischsystem einer »Sozialistischen Marktwirtschaft«, (21). Eines der stabilisierenden Elemente war die nur begrenzte Konvertibilität der chinesischen Währung. Grenzüberschreitende Kapitalbewegungen unterlagen staatlicher Kontrolle, womit der kurzfristige Abzug von Kapital, der die Krisen in anderen ostasiatischen Ländern ausgelöst hatte, unterbunden wurde (27f). Außerdem war die chinesische Auslandsverschuldung im Verhältnis zu Exporten und Devisenreserven gering und der Anteil kurzfristiger Kredite bei den Auslandsschulden niedrig (34f). Aufgrund der theoretisch eindimensionalen Perspektive Klenners mangelt es an einer fundierten Einschätzung von Konflikten und unterschiedlichen Interessen in der Transformation des Finanzsystems, sowohl im Hinblick auf Differenzen innerhalb Chinas – innerhalb der Führung, zwischen privaten und staatlichen Akteuren usw. – als auch die internationalen Akteure betreffend.

Martin Beckmann (Marburg)

Worldwatch Institute (Hg.), *Zur Lage der Welt 2006. China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006 (319 S., br., 19,90 €)

Bronger, Dirk, u. Johannes Wamser, *Indien-China. Vergleich zweier Entwicklungswege*, LIT, Münster 2005 (297 S., br., 29,90 €)

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, »Kapitalistische Schwellenländer – Aufstieg der Peripherie?«, Nr. 67, 17. Jg., 2006, Forum Marxistische Erneuerung e. V., Frankfurt/M (222 S., br., 9,50 €)

Indiens und besonders Chinas nunmehr über Jahre anhaltend hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, ihre steigenden Anteile am Weltmarkt gepaart mit zunehmender Konkurrenzfähigkeit auch in hochtechnologischen Bereichen haben die tradierte internationale Arbeitsteilung ins Wanken gebracht. Schon wird in Anerkennung der Verlagerung des dynamischen Zentrums der Weltökonomie vom asiatischen Jahrhundert gesprochen. Dem transnationalen Kapital wurden im Rahmen der neoliberalen Globalisierung neue Akkumulationschancen durch Investitionen, Standortverlagerungen und Auftragsvergabe nach Asien verschafft. Für abhängig Beschäftigte in den westlichen Metropolen sind sie ein zweischneidiges Schwert: als Arbeitnehmer sehen sie sich angesichts der asiatischen Konkurrenz von verschärfter Ausbeutung bedroht, als Konsumenten profitieren sie von dem kostengünstigen Warenangebot. Schon heute bedeutsame Regionalmächte und beide im Besitz von Atomwaffen werden China und Indien auch das etablierte internationale Kräftegleichgewicht verändern. Auf der ökonomisch-politischen Ebene sind die Auswirkungen des Aufstiegs Asiens in Form verschärfter Konkurrenz um Marktanteile, im Zugang zu Märkten und Rohstoffen, nicht zuletzt im Energiesektor, bereits zu spüren. Explodierende Ölpreise sind nur ein Indikator. In dem Bemühen um zukünftige Energiesicherheit investiert China verstärkt in lateinamerikanischen und afrikanischen Ölförderländern, dringt so in ›westliche‹ Interessengebiete vor. In den Auseinandersetzungen um die Welthandelsordnung (WTO) verschieben sich die Gewichte: von Seattle über Cancún bis Doha haben China und Indien der sog. Dritten Welt neue Schlagkraft zu Lasten der Triade verliehen. Doch wachsende Produktion und steigender Lebensstandard, die Übernahme des okzidentalen Zivilisationsmusters durch Hunderte von Millionen neuer Konsumenten verschärft die nationalen wie globalen Umweltprobleme (Worldwatch).

Auch für die Entwicklungstheorie bedeuten die Erfolge der beiden asiatischen Kontinentalstaaten eine Herausforderung. Bisherige Paradigmata werden nicht nur angesichts eines langanhaltenden außergewöhnlichen Wachstums, gegründet auf Exportproduktion, im Rahmen einer allgemeinen neoliberalen Öffnungspolitik in Frage gestellt. Sie ereignen sich zudem in den bevölkerungsreichsten Ländern überhaupt mit einem absolut niedrigen Pro-Kopf-Einkommen gepaart mit millionenfacher absoluter Armut und sozialer Ungleichheit. Lassen sich diese Erfolge langfristig fortschreiben? Ist ein neues Entwicklungsparadigma angesagt, hat es Modellcharakter für andere Länder des Trikont? Was bedeutet der Aufstieg Chinas und Indiens für das kapitalistische Weltsystem, Theorie und Praxis des Neokolonialismus und Imperialismus?

Der Worldwatch-Bericht widmet sich drei Fragekomplexen: erstens, wie sieht die aktuelle Öko-Bilanz aus; zweitens, welche Alternativen in Produktion und Nutzung bieten sich an; drittens, wie sind Umwelt und freie Marktwirtschaft miteinander vereinbar? Dabei geht es Hg. um die »gemeinsame« Zukunft; d.h. die Globalperspektive dominiert und wird bei Einzelaspekten mit Verweisen auf die Verhältnisse in Indien bzw. China angereichert. Probleme der Welternährung (Nahrungsmittelproduktion und Verwendung, inkl. Fleischkonsum), der Verfügbarkeit von Süßwasser, des wachsenden Energiebedarfs, inkl. Biokraftstoff als Alternative zum Öl, sowie der Nanotechnologie als alle Lebensbereiche, inkl. Umwelt, Gesundheit

und Armut, revolutionierende und vorgeblich problemlösende Basistechnologie rücken ins Blickfeld. Ein weiterer Schwerpunkt gilt den Akteuren, die den ökologischen Gefährdungen begegnen sollen. Zum einen werden Handlungsoptionen für umweltbewusste Unternehmer diskutiert, zum anderen internationale Wirtschafts- und Handelsverträge auf ihren realen ökologischen Gehalt hin abgeklopft. Politisch-soziale Aspekte kommen dagegen zu kurz, der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen wird nur selten überschritten. Die Prüfung internationaler Regelwerke, einschließlich WTO und Doha Runde, auf die Vereinbarkeit von Umwelt und Freihandel, selbst die Detaillierung »verantwortlichen Unternehmerhandels« zeigt aber auch Spielräume diesseits abstrakter Systemkritik auf. Besonders bei der Nanotechnologie werden die ungeheuren Möglichkeiten ebenso wie die ungeklärten, bisher kaum ins öffentliche Bewusstsein gerückten Risiken für Monopolbildung, Arbeitsmärkte und die Trikont-Länder sowie für »maßgeschneiderte Lebensformen« aufgezeigt. Angesichts eines mit riesigen Forschungs- und Entwicklungsgeldern in vollem Gang befindlichen Wettlaufs zwischen den führenden Wissenschaftsnationen, darunter China, fordern Verf. demokratische Kontrolle und internationale Institutionen zur Bewertung neuer Technologien; denn technokratische Regelungen reichen nicht aus, Marktlogik und zunehmend privatisierte Wissenschaftsinteressen vertiefen nur das Gefährdungspotenzial.

Einen unmittelbaren Vergleich der Entwicklungswege Indiens und Chinas versprechen die Geographen Bronger und Wamser. Sie analysieren die Entwicklung in verschiedenen Raumtypen: so die Metropolen Shanghai und Bombay gegenüber agrarwirtschaftlich dominierten peripheren Regionen oder polyzentrischen Küstenterritorien. Die empirische Untersuchung ist mit 75 Abbildungen und 80 Tabellen reich illustriert und quantitativ abgesichert. Verdienstvoll ist in diesem Zusammenhang die kritische Sichtung der jeweils zur Verfügung stehenden Statistiken bzgl. Definitionen, Erhebungsbasis, Verlässlichkeit etc. Entwicklung wird definiert als »Partizipation eines immer größeren Anteils der Bevölkerung am wachsenden Wohlstand« (2). Dies wird auf den drei Ebenen Nation, Region und Lokalität analysiert. Verf. verfügen aber über kein theoretisches Rüstzeug, reproduzieren unkritisch neoliberale Markt- und Entwicklungsideologien, diskreditieren pauschal etatistische und planwirtschaftliche Modelle. Prozesse und Akteure der Entwicklung von der makro- zur mikro-ökonomischen Ebene werden nicht untersucht, ein Vergleich der beiden Länder findet nicht statt. Es dominieren voneinander unabhängige, rein quantitative Darstellungen von Disparitäten in den drei Raumtypen, wobei beispielhaft jeweils eine Region aus Indien einer aus China gegenübergestellt ist. Zur Illustration: Die Unterschiedlichkeit der Entwicklung zwischen China und Indien wird vornehmlich auf die Zeitverzögerung bei der Einführung marktwirtschaftlicher, exportorientierter Reformen (1978 bzw. 1991) sowie auf die anschließende Konsistenz und Konsequenz in der politischen Implementierung zurückgeführt. Ähnlich vordergründig sind die Erklärungen für unterschiedliche Entwicklungserfolge bei gleichen (ungünstigen) Ausgangsbedingungen, insofern sie mit »hart-arbeitenden« und »innovativen« Bevölkerungen oder dichten Infrastrukturnetzen begründet werden. So bleibt der Erkenntnisgewinn, von Einzelinformationen abgesehen, gering.

Ausgangspunkt und Rahmen des Schwerpunkts der Z. ist das Forschungspapier von Goldman Sachs, einer führenden amerikanischen Investment Bank, vom September 2003, derzufolge sich die globale politische Ökonomie mit den aufstrebenden kontinentalen Schwellenländern Brasilien, Russland und besonders Indien und China (BRIC-Staaten) in einer qualitativen Umbruchphase, gekennzeichnet von langfristig bedeutsamen Aufhol- und Überholprozessen, befinde. Radhika Desai stellt mit Bezug auf Indien der simplen Fortschreibung vergangener Trends in dem BRIC-Bericht die Gesamtkonstellation der Weltwirtschaft als determinierenden Wachstumsfaktor gegenüber. In ihrer

Fallstudie wird a) der entscheidende Bruch in der Wirtschaftsgeschichte Indiens in die post-Unabhängigkeitsphase verlegt; b) die Politik der Liberalisierung bereits in die Zeit der Grünen Revolution Mitte der 60er Jahre und eine damit zusammenhängende Konsolidierung bürgerlicher Klassen und ihrer Eroberung der politischen Herrschaft zurückverfolgt; c) die mit der Weltmarktöffnung seit 1991 assoziierten wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven einer am Weltmarkt ausgerichteten Politik als fragwürdig herausgestellt. Denn einer Minderheit von Globalisierungsgewinnern stehen die gleichzeitige Verelendung großer Teile der bäuerlichen Bevölkerung, geringe gesamtwirtschaftliche Beschäftigungs- und Nachfrageeffekte bei den Dienstleistungen, insbesondere beim international kompetitiven IT-Bereich gegenüber. Nur ein nachhaltiges, am Binnenmarkt orientiertes Wachstum erlaube die demographische Stärke Indiens in effektive Nachfrage und gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu transformieren.

In eine ähnliche Richtung weist Chos Analyse Chinas »sozialistischer Marktwirtschaft«. Die seit 1978 eingeleiteten Reformen, die Einführung von Marktanreizen, der Abbau und die Unterwerfung des Staatssektors unter das Rentabilitätsprinzip sowie die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen werden als »kapitalistische Revolution von oben« bezeichnet. Sie haben China zwar zur viertgrößten Volkswirtschaft und drittgrößten Handelsnation gemacht, allerdings auf Kosten wachsender Ungleichheit und sozialer Spannungen. Angesichts der merkantilistischen Handelsstrategie, der weiterhin führenden Rolle des Staates als zentralem ökonomischem Akteur und Investor und einer staatlich geförderten Kartellbildung sieht Verf. direkte Parallelen zum »ostasiatischen autoritären Entwicklungsstaat«. Bei allen Erfolgen des neuen »Wachstumstotalitarismus« identifiziert Cho zugleich in der fehlenden Massenkaufkraft, der doppelten Abhängigkeit vom Ausland in Form ständig benötigter Direktinvestitionen und als Absatzmarkt, entscheidende Schwächen. Diese strukturellen Defizite, der Doppelcharakter als Wirtschaftsgigant und Entwicklungsland sowie die damit verbundene politische Krisenanfälligkeit könnten nur durch eine Demokratisierung überwunden werden. Es folgen Fallstudien zu Russland und Brasilien.

Stefan Schmalz interpretiert die Entwicklungen vor dem Hintergrund der neueren Imperialismusdebatte. Er verweist zunächst auf die nationalen polit-ökonomischen Unterschiede, um anschließend die Rolle der BRICs in der globalen Produktions-, Finanz-, Wissens- und Sicherheitsstruktur zu untersuchen. Im Ergebnis lässt sich zwar eine Verschiebung von Machtressourcen festmachen, diese lasse sich jedoch nur bei gezielter Kooperation in einen Wandel weltweiter Machtstrukturen ummünzen. Illustriert wird dies von Christina Deckwirth am von Brasilien und Indien (neben China und Südafrika) – trotz divergierender Interessen im Einzelnen – erfolgreich angeführten Widerstand der G 20 gegen die Triade bei den jüngsten Verhandlungen der WTO. Eine Neuauflage des sog. Nord-Süd-Konflikts stellt aber nur eine Variante der faktisch sich bereits vollziehenden, wenn auch ergebnisoffenen Neukonfigurierung des internationalen Systems dar. Denn weder die USA noch ihre weltweiten Verbündeten bleiben untätig, wie die mit einzelnen BRIC-Staaten bereits geschlossenen strategischen Partnerschaften bezeugen. Mag Indien auch als Beobachter der von Russland und China angeführten Shanghai-Kooperationsorganisation angehören, es wird zugleich heftig vom Westen umworben, um es langfristig als Verbündeten (auch militärisch) als Gegengewicht zu China in Stellung zu bringen.

John P. Neelsen (Tübingen)

Frank, Andre Gunder, *Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Welt-system*, mit einem Vorwort von Gerald Hödl, Promedia, Wien 2005 (160 S., kart., 11,90 €)

Frank (1929-2005) wirkte in den 1960er Jahren als Pionier der Dependenztheorie und entwickelte, nach einer Wende weg vom Marxismus, zuletzt eine heterodoxe Variante des »Weltsystemansatzes«, dessen Horizont von 500 Jahren er auf 5000 Jahre ausdehnte. Seine Haltung charakterisiert Hödl als »produktive Renitenz« (7). Wer Frank gekannt hat, wird sich erinnern, wie sehr dieser stets ›Unangepasste‹ gleichsam vom Dissens zehrte. In dieser seiner letzten Schrift, einer Sammlung von vier Aufsätzen aus den Jahren 2002-2005, zeigt sich seine allem ›Westlichen‹ gegenüber praktizierte Renitenz als die andere Seite einer entschlossenen Zuwendung zum asiatischen ›Osten‹, den er im Aufstieg sieht, wie den Westen im Abstieg. Den Asiaten bedeutet er, »der jüngste ökonomische Aufstieg [...] basierte nicht auf dem westlichen Modell« (106f), als basierte er nicht auf dem neoliberalen Kapitalismus. Es sei »vielleicht am wichtigsten [...], dass die Asiaten [...] keinem westlichen Modell folgen müssen oder sollten« (105). Er schließt die Augen davor, dass sie just dies tun mit Ausnahme kritischer Öffentlichkeit, demokratischer Verfahren und der Gewährung bestimmter Grundrechte. Da jener Aufstieg im Zeichen des Kapitalismus erfolgt, erscheint dieser nun plötzlich als eine ›Erfindung‹, deren ›Verdienst‹ Europa sich zu Unrecht angemaßt hat. Marx wird jetzt ebenso verworfen wie Max Weber. »Wir werden sehen, dass alle marxischen Charakterisierungen nicht mehr waren als Dichtung aus dieser oder jener europäischen Vorstellung heraus und keinerlei Begründung in der historischen Realität besaßen.« (20)

Man muss der Versuchung widerstehen, der voreingenommenen und holzschnittartigen Vereinfachungen wegen auch die berechtigten Momente, die sich freilich schwer von jenen trennen lassen, zu verwerfen. Die Kritik des Eurozentrismus, zusammen mit dem Vorsatz, das »ökumenische Weltsystem, in dem wir heute leben« (37), im Zusammenhang zu bedenken, hat ebenso ihr Recht wie eine globalgeschichtliche Herangehensweise: »Nur eine holistische Perspektive auf das globale Ganze und vom globalen Ganzen her [...] kann ein angemessenes Verständnis irgendeines Teiles bieten, und wie oder warum er sich von einem anderen unterscheidet.« (35) Bei Frank heißt das allerdings etwa, den europäischen »Aufstieg« im 19. Jh. umstandslos als Folge des »Niedergangs asiatischer Ökonomien und regionaler Hegemonien«, sowie den gegenwärtigen »erneuten Aufstieg des Ostens« als Folge eines »erneuten Abstiegs des Westens« zu denken (43), die Wirkursache also stets nur einem der Extreme zuzuschreiben. Das hat mit dem Blick aufs Ganze nur bedingt zu tun, sondern erinnert in seiner mythisch-synthetischen Betrachtungsweise eher an zyklische Kulturgeschichtsauffassungen à la Spenglers *Untergang des Abendlandes*: »Auf globaler Ebene können wir dies als einen Prozess betrachten, in dessen Verlauf sich das weltweite Gravitationszentrum kontinuierlich verschiebt: von Ostasien/China nach Westeuropa, dann über den Atlantik in die USA, dort von der Ost- zur Westküste und nun weiter über den Pazifik zurück nach Ostasien« (85).

Auch den Zusammenbruch der SU erklärt Frank aus der »einen, gemeinsamen Weltwirtschaft« (72). Der marxistisch-kommunistische Charakter des Roten Oktober war nur ein heroisches Selbstmissverständnis, und die »sozialistische« Fahne nur die selber wesenlose Garnierung des Versuchs, »ökonomisch den Anschluss an die Zentralräume zu schaffen« (74). »In der wirklichen Welt dominiert die Ökonomie. Besonders der weltweite, konkurrenzgetriebene Prozess der Kapitalakkumulation ist der Motor der Geschichte.« (83) Und die Systemkonkurrenz? Eine Äußerung George Kennans von 1948, die USA müssten sich »an Kategorien direkter Machtausübung orientieren«, um die Ungleichheit des Ressourcenverbrauchs in der Welt aufrechtzuerhalten (zit. 120), nimmt Frank als Beweis

für die These, der Ost-West-Konflikt sei »nur in Stellvertretung für einen anderen Krieg geführt worden, und zwar jenen des Nordens, und besonders Uncle Sams, um die Hälfte bzw. beide Hälften des weltweiten Reichtums« (121).

Neben dem bedenkenlos die Ressentiments bedienenden und zur Machtpolitik aufrufenden Zuspruch an den »Osten« und »Süden« geht die Hauptstoßrichtung gegen die USA. Als ihre drei einander wechselseitig stützenden Mächtsäulen begreift er die faktische »Weltwährung« Dollar, die Militäribermacht und die »Massenverblendungswaffen« (ebd.). Unermüdet sagt Frank über die Jahre den Einsturz der Dollar- und damit auch der Militärsäule der US-Herrschaft voraus. Doch weiß er auch, dass der »historisch notwendige« Einbruch des Dollars und damit des monetären Tributsystems, das die USA der Welt auferlegt haben, »die gesamte Welt in die tiefste Depression aller Zeiten stürzen« könnte (140).

Die »Asienkrise« von 1997 war nur ein »überwiegend finanzielles Symptom der neuen Bedeutung Ostasiens in der Weltwirtschaft. Mit verursacht durch die ostasiatischen (Über-)Produktionskapazitäten, handelte es sich um die erste globale Rezession, die in Ostasien ihren Anfang nahm und sich von dort nach Westen ausbreitete – [...] die ersten Anzeichen dafür, dass das Zentrum der Weltwirtschaft nach einer Umrundung des Globus dorthin zurückkehrt, wo es sich befunden hatte, bevor der Westen seinen mittlerweile beendeten Aufstieg antrat: nach Asien.« (69) Ungeachtet des Widerspruchs erklärt Frank an anderer Stelle, die US-Prosperitätsphase der 1990er Jahre habe »vollständig auf dem Rücken der schrecklichen Depression [...] in der übrigen Welt« stattgefunden, mit Indonesien als herausragendem Beispiel (90). »Die in den USA erzeugte Entropie wurde auf diese Weise ins Ausland an diejenigen exportiert, die sie in Form noch größerer Unordnung absorbieren müssen.« (ebd.)

An China faszinieren ihn Größe, Aufstieg und Erfolg. Doch China irritiert ihn auch. Mal spricht er vom »strategischen Feind der USA: China« (97), dann von »Uncle Sams Freund in der Not, China« (134). »China könnte sein Pro-Kopf-Einkommen in kürzester Zeit verdoppeln, wenn es reale Investitionen im Inland tätigen würde statt Finanzinvestitionen bei Onkel Sam.« (133) Zumal diese durchs Sinken des Dollarkurses bereits um 40 % entwertet worden sind. »China ist damit letztlich ein armer Produzent, der seine Waren an die reichen Amerikaner verschenkt. [...] aber wenn es sich entschiede, seinen inneren Markt stärker auszudehnen, würden Einkommen und Wohlstand seiner Menschen steigen, und die USA säßen auf dem Trockenen.« (91) Er sieht nicht, dass der »Konsumrausch« (125) der USA die Bedingung für die Möglichkeit ist, den Akkumulationsprozess aufrechtzuerhalten. Gerade noch waren die USA ein Papiertiger, dann wieder heißt es: »Die Zentrum-Peripherie-Struktur im Weltssystem ist völlig intakt.« (83) Ein Papiertiger könnte schwerlich seine Zentralposition behaupten.

Frank wiederholt und widerspricht sich abwechselnd, um seine Grundidee zu verfolgen. Viele der Vorhersagen sind Schnee von gestern. So die »Entente USA-Russland gegen China« (102) oder der angekündigte »Preisverfall« des Öls mit »deflationärer Sogwirkung auf andere Preise« (97). Oder die Ankündigung: »Zusammen mit Brasilien werden Venezuela und Kuba zur zweiten Achse des Bösen« erklärt.« (130) Oder wenn er »die WTO eine Totgeburt« (146) nennt (wenig später wurde China Mitglied). Zum einen denkt Frank in globalen Wirtschaftsmachtzentren, zum andern sind Nationalstaaten seine Subjekte. Es wirkt, als seien die chinesischen (wie andere ostasiatische) Führer seine Adressaten. Er winkt mit »Erfolg auf dem lokalen, regionalen oder Weltmarkt« (105). Sein Wirtschafts-großmachtdenken hindert ihn, mit den Mitteln der marxischen Kritik der politischen Ökonomie den Kapitalismus als jenen einheitlichen Weltprozess zu analysieren, der nach der »holistischen« Methode verlangt und in dem der Schlüssel für die Widersprüche zu suchen ist, in denen Frank sich verfängt.

Wolfgang Fritz Haug (Esslingen/N)

Personenangaben

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

Auernheimer, Georg, 1939; Prof. em. Dr., Univ. Köln. V: *Schieflagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder* (2. überarb. u. erw. Aufl., 2006); *Einführung in die Interkulturelle Pädagogik* (4. Aufl., 2005); *Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität* (2002); *Migration als Herausforderung für pädagogische Institutionen* (Hg., 2001). A: Interkulturelle Pädagogik, Schulforschung. M: Attac, InKriT, Liga für Menschenrechte

Beckmann, Martin, 1977; Dipl.-Polit. V: *Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie* (Mitverf., 2003). A: Internationale Politische Ökonomie, Europäische Integration, Sozialpolitik. M: Forschungsgruppe Europäische Integration, ver.di

Behrens, Ulrike, 1967; Dr.; wiss. Mitarbeiterin im Projekt »Evaluation der Bildungsstandards« am Institut für Deutsche Sprache und Literatur der Univ. Hildesheim. V: *Das Rätsel Lernen. Eine subjektwissenschaftliche Untersuchung zur Konstruktion und Bedeutung des Lernens aus der Perspektive der Lernenden* (2002). A: Hochbegabung, Lernen und Motivation, Bildung und Bildungsstandards, Elementarpädagogik, Zuhören und Zuhörkompetenzen. M: Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Neue Gesellschaft für Psychologie

Boer, Dick, 1939; Dr., Theologe. V: *Ein ganz anderer Gott. Das Lebenswerk Karl Barths* (nied. 2002); »Solidarischer Widerstand. Denken über die Zeit: Barth – Miskotte – Benjamin« (*Argument* 213/1996). A: Ideologietheorie, Theologiegeschichte. M: HKWM-Werkstatt

Candeias, Mario, 1969; Dr. rer. pol. V: *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise* (AS 299, 2004); *Ein neuer Kapitalismus?* (Mithg. u. Verf., 2001). A: Prekarisierung, Gewerkschaften, Politische Ökonomie, Hegemonietheorie. M: GEW, InKriT, Rosa Luxemburg Verein, Beirat *Historical Materialism*

Cao Weidong, 1968; Dr. phil. habil.; Prof. für Literaturwissenschaft und Philosophie an der Beijing Normal Univ. V: *Das Andere des Denkens* (2005); Jürgen Habermas, *Werke*, 4 Bde., (Hg., 2001-2005); *Kommunikative Vernunft und der Diskurs der Poetik* (2001). A: Studien zur Frankfurter Schule und deutschen Geistesgeschichte. M: Wiss. Beirat der Helmuth-Plessner-Gesellschaft.

Chan, Anita, 1946; Dr. phil.; seit 1987 wiss. Mitarbeiterin am Contemporary China Centre der Australian National Univ., Canberra. A: Arbeitsbedingungen, Gewerkschaften und Arbeiterrechte in China

Chien Szu-Yun, 1983; Aspirantin für Germanistik an der Fujen Univ. in Taiwan. A: Deutsche Philologie

Chiu Min, 1983; Aspirantin für Germanistik an der Fujen Univ. in Taiwan. A: Deutsche Philologie

Cho, Hyekyung, 1967; Dr. rer. pol.; Gastdozentin am Watson Institute for International Studies der Brown Univ. V: *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus* (2005). A: Globalisierung und Politische Ökonomie in Ostasien

Cohen, Robert, 1941; Ph.D., apl. Prof. für Germanistik an der New York Univ. V: »Nach der Katastrophe. Aus dem New Yorker Tagebuch« (*Argument* 244/2002); »Expressionismus-Debatte« (HKWM 3, 1997); *Peter Weiss in seiner Zeit* (1992). A: Weimarer Moderne, Literatur und Holocaust, marxistische Literaturtheorie. M: The International Brecht Society, Anna Seghers-Gesellschaft

Correll, Lena, 1971; Dipl.-Soziologin, Promovendin im interdisziplinären HBS-Graduiertenkolleg »Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur«. V: *In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel* (Mithg., 2005). A: Geschlechterforschung, Arbeitssoziologie, Familienforschung

Czeskleba-Dupont, Rolf, 1944; Ph.D., M.Sc.; Associated Prof. für Geographie an der Univ. Roskilde. V: *Toxische Emissionen und entwertete CO₂-Neutralität: Warnungen vor einem run in die Holzfeuerung* (2006); *Energy policies and politics for sustainable world-system development* (2006); *Gesellschaft von Tikal bis irgendwo* (Mitverf., 2004). A: Marxistische und postkeynesianische Ökonomik; Energie-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik; nachhaltige Welt-System Entwicklung

- Delgado Ramos, Gian Carlo*, 1978; Ph.D. in Ecological Economics; wiss. Mitarbeiter im Forschungsprogramm »The World in the XXI Century« der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM). V: *Nanotecnologías: incertidumbres y manejo social* (2007); *Agua, usos y abusos. La hidroelectricidad en Mesoamérica* (2006); *Agua y Seguridad Nacional* (2005); *La Amenaza Biológica. Mitos y falsas promesas de la biotecnología* (2002); »Biopi@aterie und geistiges Eigentum als Eckpfeiler technologischer Herrschaft: Das Beispiel Mexiko« (*Argument* 242/2001). A: Technologische Entwicklung, strategische Naturressourcen. M: Mitbegründer des Latin American Nanotechnology and Society Network (www.relans.unam.mx); Mitglied der Arbeitsgruppe »Bioethics and Nanotechnology Implications« des Senter for Vitskapsteori der Univ. Bergen, Norwegen
- Diego, Cuadra Carbajal*, 1980; Student der Politikwissenschaft an der Philipps-Univ. Marburg. A: Lateinamerikaforschung
- Dölling, Irene*, 1942; Dr.; Prof. für Soziologie und Frauenforschung an der Univ. Potsdam. V: *Unsere Haut. Tagebücher von Frauen aus dem Herbst 1990* (1992); *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis* (1996)
- Eifler, Ulrike*, 1975; M.A., Politologie u. Sinologie. A: Chinesische Ideengeschichte, Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in China. M: WASG, Die Linke, ver.di
- Eser, Patrick*, 1979; Politikwissenschaftler; Doktorand am FB Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Univ. Marburg. A: Gesellschafts- und Regulationstheorie, Regionalismus in Spanien
- Fastner, Daniel*, 1976; M.A., Philosophie. A: Sprachphilosophie, Hegel, Marxismus
- Flörshheimer, Florian*, 1977; M.A., Politikwissenschaft; Doktorand am FB Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Univ. Marburg. A: Materialistische Staatstheorie, Privatisierung von Sicherheit, Regulationstheorie
- Geber, Eva*, 1941; Autorin, Graphikerin; von 1980 bis 2002 Druckereileiterin der selbstverwalteten Brücke-Druckerei, Mithg. von *AUF-Eine Frauenzeitschrift* und der AUF-Edition. V: u.a. Betty PaoLi, *Was hat der Geist denn wohl gemein mit dem Geschlecht?* (Hg., 2001); Neuedition dreier Werke Rosa Mayreders (1995); *Die Frauen Wiens* (Mitverf., 1992)
- Gebhardt, Richard*, 1970; Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen. V: »Gefährliche Gutmenschen?« (*Argument* 266/2006). A: Politische Theorien und Ideengeschichte; Neofaschismus/»Neue« Rechte; Jugend- und Populärkultur
- Geffken, Rolf*, 1949; Dr. jur.; Fachanwalt für Arbeitsrecht und Autor, Lehrbeauftragter an der Univ. Hamburg (ICGS) u. am Chinesischen Zentrum Hannover. V: *Labour and trade unions* (2006); *Der Preis des Wachstums – Arbeitsbeziehungen & Arbeitsrecht in der Volksrepublik China* (2005); *Arbeit in China – Arbeit, Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht in der VR China, Taiwan und Hongkong* (2004). A: Globalisierung von Arbeitsbeziehungen, Managementsysteme und Arbeitsrecht, Chinesisches Recht, Internationale Gewerkschaftsbewegung. M: Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung, Deutscher Arbeitsgerichtsverband, AG Internationaler Rechtsverkehr im Deutschen Anwaltsverein, Ostasien-Verein
- Gmelch, Andreas*, 1944; Dr. phil., akad. Direktor; Dozent für Didaktik der Arbeitslehre an der Otto-Friedrich-Univ. Bamberg seit 1980. V: *Beschäftigungsperspektiven 2000* (Mithg., 1997); *Erfahrungs- und handlungsorientiertes Lernen* (1987)
- Görg, Christoph*, 1958; PD Dr. phil.; Soziologie; wiss. Mitarb. am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle. V: *Regulation der Naturverhältnisse* (2003); *Postfordistische Naturverhältnisse* (Mitverf., 2003)
- Gransow, Bettina*; Prof. Dr.; Hochschullehrerin an der Freien Univ. Berlin, Ostasiatisches Seminar u. Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft. V: *Labour Mobility in Urban China. An Integrated Labour Market in the Making?* (Mithg. 2006); *China. New Faces of Ethnography* (2005). A: Gesellschaft und Politik Chinas
- Haible, Wolfgang*, 1959; Dr. V: *Friedrich Westmeyer. Von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund – Eine politische Biographie* (Mithg., 1998); *Geschichte wird gemacht. Soziale Triebkräfte und internationale Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert* (Mithg. u. Autor, 2002); *Lara Croft. Ein Mythos wird dekonstruiert* (Mithg. u. Autor, 2002). A: Geschichte der Arbeiterbewegung, Kulturanalyse, Wing Chun & Kung Fu
- Harris, Jerry*, 1948; Prof. of History an der DeVry Univ., Chicago. V: *The Dialectics of Globalization* (im Erscheinen); *CyberRadicalism: A New Left for a Global* (Mitverf., 2005). M: Global Studies Association of North America
- Haug, Frigga*, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. für Soziologie. V: *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen* (2003); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Frauenpolitiken* (1996). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: InkrIT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac

- Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr. phil. habil.; Prof. für Philosophie. V: *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (2006); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (Neufassung, 2005); *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern, gefolgt von Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg* (2005); *High-Tech-Kapitalismus* (1999; 2. Aufl. 2005); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996; erw. Ausg. 2006); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff); *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993). M: Leibniz-Sozietät, InKriT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac
- Heberer, Feng-Mei, 1983; Studentin der Filmwissenschaft und der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft an der Freien Univ. Berlin
- Heberer, Thomas, 1947; Dr. habil.; Prof. für Politik Ostasiens an der Univ. Duisburg-Essen. V: *Rural China Economic and Social Change in the Late Twentieth Century* (Mitverf., 2006); *Die Rolle Chinas in der internationalen Politik, innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungspotenziale* (Mitverf., 2006); *Wahlsysteme und Wahltypen. Politische Systeme und regionale Kontexte im Vergleich* (Mithg., 2006). *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan* (Mithg., Nachdruck 2006). A: politischer, sozialer und institutioneller Wandel in der VR China; Partizipation und Wahlen, Nationalitätenpolitik. M: Beirat des Europe-China Academic Network der EU; Redaktion *European Journal of East Asian Studies*; Vorstandsmitglied der Asien-Stiftung, Essen
- Held, Jutta, 1934; Dr. phil.; em. Prof. für Kunstgeschichte an der Univ. Osnabrück, Herausgeberin des Jahrbuchs *Kunst und Politik*. A: Kunstgeschichte der frühen Neuzeit und des 20. Jahrhunderts, Theorie- und Methodendiskussion. M: u.a. BdWi, GEW, Guernica-Gesellschaft
- Hinz, Manfred, 1952; Dr. phil. habil.; Prof. für romanische Literaturwissenschaft und Landeskunde an der Univ. Passau. V: *Die menschlichen und die göttlichen Mittel. Sieben Kommentare zu Baltasar Gracián* (2002); *Rhetorische Strategien des Hofmanns. Studien zu den italienischen Hofmannstraktaten des 16. und 17. Jh.* (1992); *Fichtes System der Freiheit. Analyse eines widersprüchlichen Begriffs* (1981)
- Hock, Thomas, 1963; Dr. phil.; Lehrer und Texter. V: *Jean-Paul Sartre gelesen* (2006); *Soziopolitische Evolution in Proto-China* (2003). A: Populärwissenschaftliche Erwachsenenbildung, China, Formationstheorie, Ideensoziologie
- Hong, Tae-Hee, 1963; Dr. rer. pol.; Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Chosun Univ, Korea. V: *Konkurrenz, Überproduktion und Überakkumulation* (1999); *Economics and Gender: A Critical Study of Modern Economics for the Foundation of Gender Economics* (koreanisch, 2003); *Growth and Distribution: The Bowley's Law Revisited for the New Economic Development Model* (koreanisch, 2005). A: Volkswirtschaft, Politische Ökonomie, Geschlechterverhältnisse und Produktionsweise
- Kuch, Hannes, 1978; Student der Philosophie, Soziologie und Volkswirtschaftslehre. V: *Verletzende Worte. Zur Grammatik sprachlicher Missachtung* (Mithg., 2006). A: Anerkennung und Missachtung, Identität und Alterität, Performativität, Macht
- Kuhn, Armin, 1980; M.A., Politikwissenschaft; Doktorand an der Univ. Potsdam. V: *Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika* (Mitverf., 2006). A: Politische Theorie, Soziale Bewegungen im urbanen Raum
- Li, Minqi, 1969; Ph.D. in Economics; wiss. Mitarb. im Department of Economics, Univ. of Utah. A: Weltwirtschaft, Finanzökonomie, globale Umweltkrise, Widersprüche des Neoliberalismus. M: Beirat *Historical Materialism*
- Lien Yi-Fan, 1982; Aspirantin für Germanistik an der Fujen Univ. in Taiwan. A: Neuere Deutsche Literatur
- Lindner, Kolja, 1980; M.A., Sciences Po, Paris. V: »Antisemitismus und Terror: Gegen Labica« (Mitverf., *Argument* 251/2003). A: Politische Theorie
- Liu Hongxia, 1982; Aspirantin für Literaturwissenschaft an der Beijing Normal University. A: Deutsche Romantik
- Lüthje, Boy, 1959; PD Dr. phil.; Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M. V: *Contract Manufacturing. Transnationale Produktion und Industriearbeit in der IT-Branche* (Mitverf., 2002); »Produktion als Dienstleistung. Kontraktfertigung in der IT-Industrie als gewerkschaftspolitische Herausforderung« (Mitverf., *Argument* 248/2002) *Standort Silicon Valley. Ökonomie und Politik der vernetzten Massenproduktion* (2001). A: Neue Produktionsmodelle und internationale Arbeitsteilung in der Elektronikindustrie
- Müller, Eva, 1933; Dr. sc. phil.; Sinologin und Literaturwissenschaftlerin; 1983-1998 Prof. für Sinologie und Literatur Chinas an der Humboldt-Univ. Berlin. V: u.a. *Lexikon der chinesischen Literatur* (Mithg., 2004). A: Klassische und moderne erzählende Literatur Chinas, Moderne Frauenliteratur Chinas, Deutsch-chinesische Literaturbeziehungen

- Müller, Julian, 1974; M.A.; promoviert in Soziologie an der Lancaster Univ. A: Marxistische Gesellschafts- und Staatstheorie, Klassentheorie
- Müller, Reiner, 1932; Dr. phil.; Sinologe; Humboldt-Univ. Berlin, Ostasiatisches Institut und Sektion Geschichte; Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Allgemeine Geschichte; seit 1995 im Ruhestand; Literarischer Übersetzer. V: *Rückfall ins Chaos* (Übersetzung, 2000); *Beiträge zur Gesellschaftstheorie in China. Die Herausbildung des Klassenbegriffs im 20. Jahrhundert* (1976)
- Munro, Robin; Director of Research und Mitarbeiter des *China Labor Bulletin*, Hongkong
- Neelsen, John P., 1943; Dr. phil. habil.; Prof. für Soziologie an der Univ. Tübingen. V: *Crisis of State and Nation – South Asian. States between Nation-Building and Fragmentation* (Mithg., 2006). A: Nord-Süd Beziehungen, Entwicklungsländersoziologie, Politische Ökonomie, Menschenrechte
- Negt, Oskar, 1934; Prof. Dr.; Studium der Philosophie und Soziologie in Frankfurt/M u. Göttingen, von 1971-2002 Prof. für Sozialwissenschaften an der Univ. Hannover; zur Zeit hauptsächlich schriftstellerisch tätig. V: *Arbeit und menschliche Würde* (2001); *Wozu noch Gewerkschaften?* (2004); *Die Faust-Karriere* (2006). M: GEW
- Peitsch, Helmut, 1948; Dr.; Prof. für Neuere deutsche Literaturwissenschaft am Institut für Germanistik der Univ. Potsdam. V: »No Politics«? *Die Geschichte des deutschen PEN-Zentrums in London 1933-2002* (2006); *European Memories of the Second World War* (2006); *Georg Forster. A History of His Critical Reception* (2001). A: »Vergangenheitsbewältigung« im Ost-West-Vergleich
- Peters, Helmut, Prof. Dr. sc.; Sinologe; bis 1990 Leiter des Forschungsbereichs China an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED, seit 1995 Rentner in Berlin. V: *China zwischen Gestern und Morgen. isw-Report Nr. 61* (2005). A: Transformation vorkapitalistischer Gesellschaften zum Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart, speziell China vor und nach 1949; Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas
- Riedmann, Erwin, 1969; Dipl.-Soziologe; Promovend an der Freien Univ. Berlin. V: »Das Bewerberfoto« (*Argument* 261/2005). A: Stadt- und Armutsforschung
- Salomon, David, 1979; Promovend am Institut für wissenschaftliche Politik der Philipps-Univ. Marburg. V: *Der neue Imperialismus* (Mitverf., 2004); *Imperial Dihad* (Mithg., 2002). A.: Politische Theorie/Philosophie, Literaturtheorie, Brecht-Forschung. M: IGM, Z.-Redaktion
- Scalla, Mario, 1961; Dr. phil.; freier Autor und Journalist. V: *Brecht und die intellektuelle Kritik in Deutschland. Über die Versuche zur Institutionalisierung intellektueller Kritik* (1996). A: Literaturtheorie, Kulturwissenschaft, Postmoderne
- Scheuer, Stephan, 1985; BA-Student der Politikwissenschaft, Sinologie und Jura an der Philipps-Univ. Marburg. A: Chinas Außen- und Wirtschaftspolitik, Politische Theorie
- Schmalz, Stefan, 1979; Promovend, Mitarbeiter am Institut für wissenschaftliche Politik an der Philipps-Univ. Marburg. V: *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* (Mithg., 2005); *Der neue Imperialismus* (Mitverf., 2004); *Imperial Dihad* (Mithg., 2002). A: Internationale Politische Ökonomie, Lateinamerikaforschung. M: Forschungsgruppe Europäische Integration, Attac, GEW
- Schröder, Christian, 1979; Dipl.-Polit.; promoviert zu (lokalen) Workfare-Politiken im europäischen Vergleich am FB Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Univ. Berlin. A: Stadtforschung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. M: reflect, BdWi, ver.di
- Schulten, Johannes, 1981; Student der Politikwissenschaft und VWL an der Philipps-Univ. Marburg. A: Gewerkschaftsbewegungen in Argentinien und Uruguay. M: IG-Metall
- Senz, Anja; MA; wiss. Mitarbeiterin im Institut für Ostasienwissenschaften/Politikwissenschaft der Univ. Duisburg-Essen. V: *Chinas Volk der Großen Kühlen Berge: Die Yi gestern und heute* (Mitverf., 2006); *Korruption in Hongkong. Eine Analyse zum Zusammenhang von Souveränitätswechsel und Korruptionentwicklung* (2003). A: Lokale Politikforschung, Transformationsforschung, Institutioneller Wandel in der VR China
- Solty, Ingar, 1979; M.A.; Politikwissenschaftler; Doktorand und *Teaching Assistant* an der *York University* in Toronto, Kanada. V: »Tony Kushners amerikanischer Engel der Geschichte« (*Argument* 265/2006); »Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keine Linkspartei?« (*Argument* 264/2006); »Eine Linkspartei für die USA?« (*Argument* 262/2005); *Der neue Imperialismus* (Mitverf., 2004). A: Politische Theorie und Philosophie, Materialistische Staatstheorie, Imperialismustheorie, USA. M: IG Metall, BdWi, Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

- Spakowski, Nicola, 1966; Prof. für Geschichte an der International Univ. Bremen. V: *Women in China. The Republican Period in Historical Perspective* (Mithg., 2005); *Helden, Monumente, Traditionen. Nationale Identität und historisches Bewußtsein in der VR China* (1999); *Frauenforschung in China. Analysen, Texte, Bibliographie* (Mithg., 1995). A: Geschichte Chinas im 20. Jh., Feminismus und Frauenbewegung in China, Revolutions- und Militärgeschichte sowie Internationalisierung und Globalisierung Chinas
- Taudte, Claudia, 1976; freiberufliche Übersetzerin
- Thanner, Alexander M., 1968; Dipl.-VWL, M.A. in ök. und soz. Studien; zur Zeit Promovend. A: Geldtheorie, Gesellschaftstheorie, China
- Tian, Chenshan, 1946; Ph.D. in Political Science; Gastdozent an der Beijing Foreign Studies Univ. V: *Chinese Dialectics: From Yijing to Marxism* (2005, chin. 2006). A: Vergleich westlicher und chinesischer Philosophie und Kultur, Marxismus in China. M: American Political Science Association, Association for Asian Studies, Chinese Political Science Association, Association of Chinese Philosophy (China), Hawaiian Chinese Writers Association
- Wagner, Thomas, 1967; Dr. phil; freier Autor, arbeitet in der Erwachsenenbildung für geistig Behinderte. V: *Irokesen und Demokratie* (2004); *Herrschaftsfreie Institutionen* (Mitverf., 1999). A: Politische Anthropologie, Herrschaftssoziologie, Ideologiekritik
- Wang Ya-Fang, 1982; Aspirantin für Germanistik an der Fujen Univ. in Taiwan. A: Deutsche Philologie
- Wei Xiaoping, 1955; Prof. Dr.; Direktorin der Sektion Politische Philosophie am Philosophischen Institut der Chinese Academy of Social Science, Peking. V: *On the tracks of Karl Marx – Rethinking Marx theory of human liberation by analyzing double relations* (2005); *The Reflection on the Historical Subject and Historical Object* (1999). A: Marx-Forschung, westlicher Marxismus, Politische Philosophie. M: Vizedirektorin der Western Marxism Society of China
- Wei Yiming, 1978; Student der Sinologie, Deutsch als Fremdsprache und Pädagogik an der Philipps-Universität Marburg. A: Chinesische Ideengeschichte. M: WASG, Die Linke
- Wekwerth, Manfred, 1929; Prof. Dr. phil, Regisseur. V: »Der Vormarsch der Humoristen« (*Argument* 252/2003); *Erinnern ist Leben – Autobiografie* (2000); *Theater in Diskussion* (1982); *Arbeit mit Brecht – Schriften* (1975); *Theater und Wissenschaft* (1974). A: Theaterwissenschaft, Philosophie. M: Honorary Fellow of the Rose Bruford College London
- Wen, Dale Jiajun, 1972; Ph.D.; freie Wissenschaftlerin, u.a. in der internationalen Politikberatung zu China tätig. V: *China Deals with Globalization: A Mixed Report* (2005). A: Soziale Bewegungen, Umwelt- und Bildungspolitik und Situation von Frauen in China. M: Vorstand *World Centric*, wiss. Beraterin der *China Rural Education Foundation*
- Wenten, Frido, 1983; Student der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut, Freie Univ. Berlin. A: Politische Theorie, materialistische Staats- und Ideologietheorie, soziale Bewegungen
- Werkmeister, Sven, 1974; M.A.; Promovend im Graduiertenkolleg »Codierung von Gewalt im medialen Wandel« an der Humboldt-Univ. Berlin. A: Literatur- und Kulturwissenschaft, Medientheorie
- Wicherich, Christa; Dr. rer. pol.; Soziologin; Lehrbeauftragte, arbeitet freiberuflich als Publizistin und Buchautorin; Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. V: *Femme Global. Die Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral* (2003); *Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit* (1998, frz. 1999, engl. 2000). A: Globalisierung und Geschlechterungleichheit, Frauenarbeit, internationale Frauenpolitik, Frauenbewegungen, Ökologie in Süd- und Südostasien, Ost- und Südafrika. M: wiss. Beirat von Attac Deutschland, *Women in Development Europe* (WIDE)
- Wolff, Richard D., 1942; Ph.D., Prof. of Economics an der Univ. of Massachusetts, Amherst. V: *New Departures in Marxist Theory* (Mitverf., 2006); *Class Theory and History: Capitalism, Communism and the USSR* (Mitverf., 2002); *Knowledge and Class: A Marxian Critique of Political Economy* (Mitverf., 1987). A: Marxsche Ökonomietheorie, Kritik der Weltwirtschaft, Theorie und Methode der Wirtschaftswissenschaften, Politische Ökonomie und Gesellschaftstheorie. M: Redaktion *Rethinking Marxism*, Association for Economic and Social Analysis (AESAs)
- Zeiher, Katharina, 1980; Studentin der Politikwissenschaft an der Freien Univ. Berlin. A: Politische Theorie
- Zhang Xianmin, 1964; Prof. für Drehbuch und Filmgeschichte an der Filmakademie Peking; studierte Film an der Filmhochschule Femis in Paris. V: *All about DV* (2003); *Invisible Images* (2004)
- Zhang, Michael; Senior Researcher und Mitarbeiter des *China Labor Bulletin*, Hongkong

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Inhaltsverzeichnis

48. Jahrgang

Nr. 264 – 268

Im Auftrag des Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT)
herausgegeben von
Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle

Wissenschaftlicher Beirat:

- | | | |
|------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|
| Gilbert Achcar (Berlin / Paris) | Bernd Hackl (Wien) | Iris Nowak (Hamburg) |
| Sünne Andresen (Berlin) | Gisela Hänel-Ossorio (Oldenburg) | Jörg Nowak (Berlin) |
| Ursula Apitzsch (Frankfurt/M) | Christine Hahn (Hildesheim) | Sinan Özбек (Istanbul) |
| Andreas Arndt (Berlin) | Nancy Hartsock (Washington) | Christof Ohm (Berlin) |
| Georg W. Auernheimer (Köln) | Rolf Hecker (Berlin) | Vesa Oittinen (Helsinki) |
| Étienne Balibar (Paris) | Inez Hedges (Boston) | Hilal Onur (Ankara) |
| Giorgio Baratta (Rom) | Jutta Held (Karlsruhe) | Ute Osterkamp (Berlin) |
| Thomas Barfuss (Chur/Schweiz) | Manfred Hinz (Passau) | Eva Palomo (Madrid) |
| Alison Bartlett (Perth/Australien) | Joachim Hirsch (Frankfurt/M) | Helmut Peitsch (Potsdam) |
| Ulrike Behrens (Hildesheim) | Thomas Hock (Frankfurt/M) | Helmut Peters (Berlin) |
| Catherine Benamou (Michigan) | Peter U. Hohendahl (Ithaka/NY) | Nora Räthzel (Umea/Schweden) |
| Armin Bernhard (Duisburg-Essen) | Tae-Hee Hong (Kwangju/Korea) | Jan Rehmann (New York) |
| Leo Bieling (Marburg) | Fredric Jameson (Durham/USA) | Holger Reinisch (Jena) |
| Gabriele Bischoff (Düsseldorf) | Domenico Jervolino (Neapel) | Tilman Reitz (Jena) |
| Dick Boer (Amsterdam) | Bob Jessop (Lancaster) | José María Ripalda (Madrid) |
| Werner Bonefeld (York/GB) | Christina Kaindl (Berlin) | Jörg Roesler (Berlin) |
| Paul A. Bové (Pittsburg/USA) | Dimitris Karydas (Athen / Berlin) | Hilary Rose (London) |
| Miriam Boyer (Princeton/USA) | Mario Kessler (New York / Potsdam) | Thomas Sablowski (Frankfurt/M) |
| Ulrich Brand (Kassel) | Barbara Ketelhut (Hannover) | Georgios Sagriotis (Athen) |
| Abigail Bray (Australien) | Hermann Klenner (Berlin) | Maja Schellhorn (Freiburg/Brs) |
| Johanna Brenner (Portland/USA) | Toshiaki Kobayashi (Leipzig / Tokio) | Maren Schlierkamp (Hamburg) |
| Erica Burman (Manchester) | Juha Koivisto (Tampere/Finnland) | Catharina Schmalstieg (Berlin) |
| Judith Butler (Berkeley/USA) | Beate Kortendiek (Dortmund) | Werner Schmidt (Huddinge/S) |
| Britta Cacioppo (Wien) | Reinhard Kühnl (Marburg) | Gerhard Schoenbener (Berlin) |
| Weidong Cao (Peking) | Wolfgang Küttler (Berlin) | Ernst Schraube (Roskilde) |
| Robert Cohen (New York) | Timm Kunstreich (Hamburg) | Klaus Schulte (Roskilde) |
| Rolf Czeskleba-Dupont (Hvalso/DK) | Hubert Laitko (Berlin) | Terri Seddon (Melbourne) |
| Alex Demirović (Frankfurt/M) | Lars Lambrecht (Hamburg) | Thomas Seibert (Berlin) |
| Frank Deppe (Marburg) | Aliki Lavranu (Athen) | Dorte Marie Sondergaard |
| Klaus Dörre (Jena) | Christine Lehmann (Stuttgart) | (Kopenhagen/DK) |
| Wolfgang Dreßen (Düsseldorf) | Ilse Lenz (Bochum) | Christoph Spehr (Bremen) |
| Dagmar Engelken (Essex) | Esther Leslie (London) | Hortense Spillers (New York) |
| Esra Erdem (Berlin) | Elisabeth List (Graz) | Susanne Spindler (Köln) |
| Peter Faulstich (Hamburg) | Domenico Losurdo (Urbino) | Helmut Steiner (Berlin) |
| Hannelore Faulstich-Wieland | Isabel Loureiro (São Paolo) | Claudia Stellmach (Marburg) |
| (Hamburg) | Gundula Ludwig (Wien) | Melanie Stitz (Düsseldorf) |
| Ann Ferguson (Amherst) | Morus Markard (Berlin) | Darko Suvin (Lucca/Italien) |
| Armando Fernández Steinko | Thomas Marxhausen (Halle) | Benno Teschke (Sussex) |
| (Madrid) | Günter Mayer (Berlin) | Peter Thomas (Amsterdam) |
| Rose Folsom (Toronto) | Dorothea Melcher (Caracas) | Margarete Tjaden-Steinhauer (Kassel) |
| Harriet Fraad (Amherst) | Jutta Meyer-Siebert (Hannover) | Massimiliano Tomba (Italien) |
| Georg Fulberth (Marburg) | Iannis Milios (Athen) | Kamil Uludag (Tübingen) |
| Jane Gaines (Durham/USA) | Sara Mills (Sheffield) | Frank Unger (Berlin) |
| Montserrat Galcerán (Madrid) | Liv Mjelde (Oslo) | Kees Van der Pijl (Sussex) |
| Ingrid Galster (Paderborn) | Reinhard Mocek (Halle) | Werner van Treeck (Berlin) |
| Claudia Gdaniec (Berlin) | Diana Mulinari (Lund) | Cristina Vega (Madrid) |
| Eva Geber (Wien) | Gustau Muñoz (Valencia) | Michael Vester (Hannover) |
| Werner Goldschmidt (Hamburg) | Wolf-Dieter Narr (Berlin) | Bernhard Walpen (Luzern/Schweiz) |
| Pablo González Casanova | Manfred Naumann (Berlin) | Xiaoping Wei (Peking) |
| (Mexico City) | John Neelsen (Tübingen) | Manfred Wekwerth (Berlin) |
| Christoph Görg (Leipzig) | Hartmut Neuendorff (Dortmund) | Frieder Otto Wolf (Berlin) |
| Ruedi Graf (Basel) | Linnea Nilson (Lund) | Richard D. Wolff (Amherst) |
| Sigrid Graumann (Berlin) | Wolfgang Nitsch (Oldenburg) | Erich Wulff (Paris) |
| Ulrike Gschwandtner (Salzburg) | Silvia Nossek (Wien) | |

Redaktionelle Beiträge

Zur Argument-Neugründung	264/ 1
Editorial	264/ 3
Einladung zur InkrIT-Tagung »Kritische Theorie, Kultur und Macht«	264/ 11
Verlagsmitteilungen	264/ 12
Editorial	265/169
Verlagsmitteilungen	265/171
Editorial	266/335
Verlagsmitteilungen	266/339
Glossar	266/340
Editorial	267/487
Neuerscheinungen bei Argument	267/491
InkrIT-Nachrichten: <i>Tagung 2007 und Themen der kommenden Argument-Hefte</i>	268/246

Literarische Beiträge

Braun, Volker, <i>Zwei Kalendergeschichten</i>	265/172
Jelinek, Elfriede, <i>Handke/Heine</i>	266/341
Kushner, Tony, <i>Nur wir, die wir das Geheimnis hüten, sollen unglücklich sein</i> – Szene Eins: Laura Bush	264/ 17

Nachrichten aus dem Patriarchat

Haug, Frigga, <i>Für einen Augenblick</i>	264/ 15
Haug, Frigga, <i>Vom Widerspruch im Häuslichen</i>	268/246
Lehmann, Christine, <i>Ab ins Kindbett!</i>	267/493
Lehmann, Christine, <i>Das Jahr des Mannes</i>	265/174
Wittich-Neven, Silke, <i>Emanzipations-Schnäppchen</i>	266/343

Aufsätze

Abendroth-Gruppe, <i>Gibt es eine »Abendroth-Schule«?</i>	266/355
Apitzsch, Ursula, <i>Kulturelle Entbettung und gegenhegemoniale Netzwerke</i>	266/365
Auernheimer, Georg, <i>Einnischung ist besser als Schweigen</i>	266/441
Balibar, Étienne, und Jean-Marc Lévy-Leblond, <i>Krieg im Nahen Osten oder Frieden am Mittelmeer?</i>	267/503
Barfuss, Thomas, <i>Wärmestrom in Cool Britannia. Literatur zwischen Pop und Politik bei Nick Hornby</i>	265/225
Bauman, Zygmunt, <i>Staat, Markt und »life politics« im Zeitalter der Globalisierung Gespräch mit Jens Kastner</i>	267/530
Bové, Paul A., <i>Das unausweichliche Imperium</i>	264/ 47
Buey, Francisco Fernández, <i>Eindrücke aus Bolivien</i>	266/345
Bultmann, Torsten, <i>Abbau des deutschen Hochschulsystems durch »Elitenförderung«</i>	264/108

Cao Weidong und Liu Hongxia, <i>Die Wirkungsgeschichte von Bertolt Brecht in China</i>	268/201
Castro Varela, María do Mar, und Nikita Dhawan, <i>Das Dilemma der Gerechtigkeit: Migration, Religion und Gender</i>	266/427
Chan, Anita, <i>Arbeitsbeziehungen in China: zwischen organisiertem und neoliberalen Kapitalismus</i>	268/ 92
Cho, Hyekyung, <i>Die USA – ein unbequemer Patron für Chinas Wirtschaftswunder</i>	268/ 40
Czeskleba-Dupont, Rolf, <i>Wie weiter mit der Weltsystem-Analyse?</i>	267/562
Delgado Ramos, Gian Carlo, <i>China in der Hochtechnologie-Konkurrenz</i>	268/ 52
Eifler, Ulrike, und Wei Yiming, <i>Die Zeitschrift Dushu – Organ für eine unorganisierte ›Neue Linke‹</i>	268/195
Flörshheimer, Florian, <i>»Wir wollen kein Teil dieser Gesellschaft sein« Zur Rockmusik in China</i>	268/218
Folson, Rose Baaba, <i>Frauenabhängigkeit hat viele Muster</i>	266/411
Gdaniec, Claudia, <i>Immigrantinnen in Smalltown, USA</i>	266/381
Gebhardt, Richard, <i>»Gefährliche Gutmenschen«?</i>	266/446
Geffken, Rolf, <i>Transformation und Recht in China</i>	268/ 76
Gransow, Bettina, <i>Umsiedlerinnen. Warum Verarmungsrisiken bei unfreiwilliger Migration in China für Frauen (noch) größer sind als für Männer</i>	268/129
Greven, Thomas, <i>Nur Bruch oder auch Aufbruch? Die Spaltung der US-Gewerkschaften</i> ...	264/ 85
Haible, Wolfgang, <i>Impressionen aus Peking</i>	268/228
Harrison, Philomena, <i>Kolonisierte haben keine Heimat</i>	266/419
Haug, Wolfgang Fritz, <i>Großer Widerspruch nach vorn?</i>	268/ 1
Haug, Wolfgang Fritz, <i>Imperium oder Imperialismus?</i>	267/512
Heberer, Thomas, und Anja Senz, <i>Chinas neuer Nationalismus</i>	268/163
Heigl, Richard, <i>Eckpunkte einer Globalgeschichte für transnationale soziale Bewegungen</i>	267/536
Hock, Thomas, <i>Der Konfuzianismus – eine Legitimationsideologie des chinesischen Staates?</i>	268/174
Hong, Tae-Hee, <i>Ahnenkult, Produktionsweise und Geschlechterverhältnisse im »Neuen China« und in der »Neuen Ära Chinas«</i>	268/122
Jameson, Fredric, <i>Politik des Utopischen</i>	265/194
Krippendorff, Ekkehart, <i>Die Widerbellerin</i>	265/237
Lambrecht, Lars, <i>Weltgeschichte – das Beispiel der Neolithischen Revolution</i>	267/572
Lecourt, Dominique, <i>Bush und Darwin</i>	264/ 65
Li, Minqi, <i>Der Aufstieg Chinas und das Zeitalter des Übergangs</i>	268/105
Linera, Álvaro García, <i>»Eine Revolution der Demokratisierung«</i>	266/350
Ludwig, Gundula, <i>Subjektivität denken. Queer Theorien im High-Tech-Kapitalismus</i>	265/278
Lüthje, Boy, <i>Ökonomische Modernisierung und industrielle Beziehungen im neuen chinesischen Kapitalismus</i>	268/ 61
Meyer-Siebert, Jutta, <i>Populärliteratur mit Gramsci lesen</i>	266/425

Müller, Eva, <i>Zum Wandel der chinesischen Literatur in den letzten Jahrzehnten</i>	268/208
Munro, Robin, und Michael Zhang, <i>Arbeitskämpfe in China. Gespräch mit Jerry Harris</i>	268/ 98
Negt, Oskar, <i>Das größte Gesellschaftsexperiment der Gegenwart</i>	268/ 11
Nowak, Jörg, <i>Familienpolitik in neoliberalen Deutschland</i>	267/522
Palmary, Ingrid, <i>In der Konstruktion von »Rasse« steckt Gewalt gegen Frauen Das Beispiel der Hutu und Tutsi</i>	266/402
Peitsch, Helmut, <i>Revision der Nachkriegsliteraturgeschichte</i>	265/253
Peters, Helmut, <i>Anmerkungen zum Beitrag von Rolf Geffken »Transformation und Recht in China«</i>	268/ 89
Reinhart, Tanya, <i>Das ewige Opfer – Israels gegenwärtige Kriege</i>	267/495
Rienäcker, Gerd, <i>Begegnungen mit Heiner Müller</i>	265/179
Röschert, Nicolai, <i>Amerikas Weltausnahmezustand</i>	264/ 36
Ruoff, Karen, <i>Die Kirche im Dorf Anhaltspunkte. Religion in Amerika</i>	264/ 59
Sadjed, Ariane, <i>Emanzipationskämpfe im »islamischen Feminismus«. Ein Überblick</i>	264/121
Salomon, David, <i>West-östlicher Marxismus. Entgegnung auf Chenshan Tian</i>	268/193
Sanbonmatsu, John, <i>Zieht in den USA ein postfordistischer Faschismus herauf?</i>	264/ 95
Scheer, Jens, <i>Tschernobyl ist nie vorbei</i>	265/176
Schmalz, Stefan, <i>Ein Entwicklungsland als werdende Weltmacht</i>	268/ 30
Sennett, Richard, <i>»An der Schwelle zum Zerfall«. Die US-Gesellschaft in der Passivitätskrise Gespräch mit Ingar Solty</i>	264/ 27
Solty, Ingar, <i>Der Chronist der Schmuddelkinder. Zum 75. Geburtstag von Franz Josef Degenhardt</i>	268/242
Solty, Ingar, <i>Tony Kushners amerikanischer Engel der Geschichte</i>	265/209
Solty, Ingar, <i>Warum gibt es in den USA keine Linkspartei?</i>	264/ 71
Spakowski, Nicola, <i>»Die Welt besteht nicht nur aus einem Dorf« – Feminismus in China zwischen westlicher Dominanz und chinesischer Selbstbestimmung</i>	268/151
Suvin, Darko, <i>»Eine Zeit der grausamen Wunder«. Zu Stanislaw Lem</i>	265/186
Tian, Chenshan, <i>Chinesische Dialektik: die historische Entwicklung des Marxismus in China</i>	268/184
Tjaden, Karl Hermann, <i>Arbeitspapier zur Zivilisationstheorie</i>	267/546
Unger, Frank, <i>Atheismus in Amerika</i>	265/266
Veerkamp, Ton, <i>Drei niederländische Karrieren. Eine Übung in Neoliberalismus</i>	264/110
Wei Xiaoping, <i>Für die Erhaltung der Geschlechtergleichstellung in der sozialistischen Marktwirtschaft</i>	268/141
Wekwerth, Manfred, <i>Brechts »Einfachheit«</i>	268/231
Wen, Dale Jiajun, <i>Chinas ökologische Krise und die Entstehung von Umweltbewegungen</i> ..	268/112
Wichterich, Christa, <i>Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus</i>	268/143
Zavos, Alexandra, <i>Frauen und Kinder. Die mediale Produktion von Hilfsbedürftigkeit zur Legitimierung von Staatsgewalt</i>	266/391
Zhang Xianmin, <i>Parallelwelten des chinesischen Films</i>	268/223

Nachruf

Zum Tode von Richard Pryor (Frank Unger)	264/106
--	---------

Besprechungen**Philosophie**

Althusser, Louis, <i>Philosophy of the Encounter: Later Writings, 1978-1987</i> (Frieder Otto Wolf)	267/590
Attali, Jacques, <i>Karl Marx ou l'esprit du monde</i> (Erich Wulff)	264/128
Becker, Jens, u. Heinz Brakemeier (Hg.), <i>Vereinigung freier Individuen: Kritik der Tauschgesellschaft und gesellschaftliches Gesamtsubjekt bei Theodor W. Adorno</i> (Lars Stubbe)	266/455
Bucharin, Nikolai, <i>Philosophische Arabesken. Dialektische Skizzen</i> (Vesa Oittinen)	265/287
Bunge, Mario, u. Martin Mahner, <i>Über die Natur der Dinge. Materialismus und Wissenschaft</i> (Richard Sorg)	266/453
Czerwińska-Schupp, Ewa, <i>Otto Bauer. Studien zur sozial-politischen Philosophie</i> (Klaus Müller)	264/130
Gans, Eduard, <i>Naturrecht und Universalrechtsgeschichte. Vorlesungen nach G.W.F. Hegel</i> (Hermann Klenner)	265/283
Grün, Karl, <i>Ausgewählte Schriften in zwei Bänden</i> (Thomas Marxhausen)	266/456
Harich, Wolfgang, <i>Nicolai Hartmann – Größe und Grenzen. Versuch einer marxistischen Selbstverständigung</i> (Denis Maeder)	265/292
Henning, Christoph, <i>Philosophie nach Marx. 100 Jahre Marxrezeption und die normative Sozialphilosophie der Gegenwart in der Kritik</i> (Wolfgang Fritz Haug)	266/448
Herbst, Ludolf, <i>Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte</i> (Julian Müller)	267/594
Jaeggi, Rahel, <i>Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems</i> (Armin Kuhn)	268/250
Kittsteiner, Heinz-Dieter, <i>Out of Control. Über die Unverfügbarkeit des historischen Prozesses</i> (Mathias Berek)	267/593
Klenner, Hermann, <i>Recht und Unrecht</i> (Wilko Bauer)	264/132
Knight, Nick, <i>Marxist Philosophy in China: From Qu Qiubai to Mao Zedong, 1923-1945</i> (Thomas Hock)	268/249
Lecerclé, Jean-Jacques, <i>Une philosophie marxiste du langage</i> (Daniel Fastner)	268/252
Marx, Karl, u. Friedrich Engels, <i>Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweites Buch. Redaktionsmanuskript von Friedrich Engels 1884/1885 (MEGA II.12)</i> (Thomas Marxhausen)	265/285
Mesa, Ciro, <i>Emancipación frustrada. Sobre el concepto de historia en Marx</i> (José M. García Gómez del Valle)	267/587
Münster, Arno, <i>Ernst Bloch. Eine politische Biographie</i> (Matthias Hein)	265/291
Pomeroy, Anne Fairchild, <i>Marx and Whitehead. Process, Dialectics and the Critique of Capitalism</i> (Vesa Oittinen)	267/589

Rolle, Robert, <i>Homo oeconomicus. Wirtschaftsanthropologie in philosophischer Perspektive</i> (Thomas Marxhausen)	267/594
Sayama, Keiji, <i>Die Geburt der bürgerlichen Gesellschaft – Zur Entstehung von Hegels Sozialphilosophie</i> (Malte Fabian Büchs)	267/586
Schmieder, Falko, <i>Ludwig Feuerbach und der Eingang der klassischen Fotografie</i> (Thomas Marxhausen)	264/126
Tian, Chenshan, <i>Chinese Dialectics – From Yijing to Marxism</i> (David Salomon)	268/193

Sprache und Literatur

Amrein, Ursula, »Los von Berlin!« <i>Die Literatur- und Theaterpolitik der Schweiz und das »Dritte Reich«</i> (Ruedi Graf)	265/297
Casanova, Pascale, <i>The World Republic of Letters</i> (Mario Scalla)	265/294
Dörner, Anke, <i>La vita spezzata. Leonardo Olschki: ein jüdischer Romanist zwischen Integration und Emigration</i> (Peter Jehle)	265/299
Hermanns, Silke, <i>Trümmer (in) der Erinnerung. Strategien des Erzählens über die unmittelbare Nachkriegszeit</i> (Helmut Peitsch)	268/256
Klüger, Ruth, <i>Gelesene Wirklichkeit. Fakten und Fiktionen in der Literatur</i> (Eva Geber)	268/259
Kralle, Jianfei, u. Dennis Schilling (Hg.), <i>Schreiben über Frauen in China</i> (Lena Correll) ...	268/253
Krauss, Werner, <i>Ein Romanist im Widerstand. Briefe an die Familie und andere Dokumente</i> (Karlheinz Barck)	265/304
Kugli, Ana, u. Michael Opitz (Hg.), <i>Brecht Lexikon</i> (Robert Cohen)	268/254
Prendergast, Christopher (Hg.), <i>Debating World Literature</i> (Mario Scalla)	265/294
Seidel, Gerdi, <i>Vom Leben und Überleben eines »Luxusfachs«. Die Anfangsjahre der Romanistik in der DDR</i> (Peter Jehle)	265/302
Snyder, Jon R., <i>L'estetica del Barocco</i> (Manfred Hinz)	268/260
Wüthrich, Werner, <i>Bertolt Brecht und die Schweiz</i> (Ruedi Graf)	265/295

Kunst und Kultur

Adorno, Gretel, u. Walter Benjamin, <i>Briefwechsel 1930 - 1940</i> (Susanne Draheim u. Tilman Reitz)	264/134
Berry, Chris, <i>Postsocialist Cinema in Post-Mao China. The Cultural Revolution after the Cultural Revolution</i> (Daniel Fastner)	268/265
Bredenkamp, Horst, <i>Darwins Korallen. Frühe Evolutionsmodelle und die Tradition der Naturgeschichte</i> (Sven Werkmeister)	268/266
Bublitz, Hannelore, <i>In der Zerstreuung organisiert. Paradoxien und Phantasmen der Massenkultur</i> (Ines Langemeyer)	264/139
Hagen, Wolfgang, <i>Das Radio. Zur Geschichte und Theorie des Hörfunks – Deutschland/USA</i> (Katja Rothe)	264/138
Kellner, Douglas, <i>Medienkultur, Kritik und Demokratie. Der Douglas-Kellner Reader</i> (Ines Langemeyer)	267/601
Mayer, Günter, <i>Zur Theorie des Ästhetischen. Musik – Medien – Kultur – Politik</i> (Peter Wicke)	267/596

Nanni, Matteo, <i>Auschwitz – Adorno und Nono. Philosophische und musikanalytische Untersuchungen</i> (Gerd Rienäcker)	267/598
Rancière, Jacques, <i>Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien</i> (Jutta Held)	268/262
Schulte, Christian (Hg.), <i>Walter Benjamins Medientheorie</i> (Sven Werkmeister)	264/136
Stauff, Markus, »Das neue Fernsehen«. <i>Machtanalysen, Gouvernementalität und digitale Medien</i> (Katja Rothe)	267/603
Wayne, Mike (Hg.), <i>Understanding Film. Marxist perspectives</i> (Mario Scalla)	268/263

Soziologie

Apitzsch, Ursula, u. Mechthild Jansen (Hg.), <i>Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse</i> (Kyoko Shinozaki)	266/468
Arbeitsgruppe SubArO (Hg.), <i>Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie</i> (Gundula Ludwig)	264/147
Bauman, Zygmunt, <i>Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne</i> (Yaşar Aydın)	266/463
Brück, Brigitte, <i>Frauen und Rechtsradikalismus in Europa</i> (Katharina Zeiher)	268/280
Davis, Mike, <i>Planet of Slums</i> (Erwin Riedmann)	268/275
Ehrenreich, Barbara, <i>Bait and Switch. The (Futile) Pursuit of the American Dream</i> (Kolja Swingle)	264/147
Ernst, Thomas, Bettina Bock von Wülffingen, Stefan Borrmann u.a. (Hg.), <i>Wissenschaft und Macht</i> (Oliver Walkenhorst)	265/310
Flitner, Michael, u. Julia Lossau (Hg.), <i>Themenorte</i> (Bernd Belina)	267/614
Graumann, Sigrid, u. Ingrid Schneider (Hg.), <i>Verkörpernte Technik – Entkörpernte Frau. Biopolitik und Geschlecht</i> (Vanessa Lux)	264/149
Helduser, Urte, Daniela Marx, Tanja Paulitz u.a. Pühl, (Hg.), <i>under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Forschungspraxis</i> (Brigitte Kerchner)	264/151
Hollstein, Walter, <i>Geschlechterdemokratie. Männer und Frauen: Besser miteinander leben</i> (Gundula Ludwig)	265/313
Jessop, Bob, u. Ngai-Ling Sum, <i>Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place</i> (Patrick Eser)	268/277
Kelek, Necla, <i>Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes</i> (Michael Tunç)	266/464
Leitner, Sigrid, Ilona Ostner u. Margit Schratzenstaller (Hg.), <i>Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?</i> (Anneli Rüling)	265/312
Mitrović, Emilija (Hg.), <i>Prostitution und Frauenhandel</i> (Margarete Tjaden-Steinhauer)	267/610
Möbius, Ben, <i>Die liberale Nation. Deutschland zwischen nationaler Identität und multikultureller Gesellschaft</i> (Juliette Wedl)	264/152
Perko, Gudrun, <i>Queer-Theorien. Ethische, politische und logische Dimensionen plural-queeren Denkens</i> (Gundula Ludwig)	265/278
Rehbein, Boike, <i>Die Soziologie Pierre Bourdieus</i> (Irene Dölling)	268/278
Schöller, Oliver, <i>Die Blockstruktur. Eine qualitative Untersuchung zur politischen Ökonomie des westdeutschen Großsiedlungsbaus</i> (Simon Schmiederer)	267/613

Schröter, Ursula, u. Renate Ullrich, <i>Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR</i> (Frigga Haug)	264/144
Spindler, Susanne, <i>Corpus delicti. Männlichkeit, Rassismus und Kriminalisierung im Alltag jugendlicher Migranten</i> (Michael Tunç)	266/464
Terkessidis, Mark, <i>Die Banalität des Rassismus</i> (Kien Nghi Ha)	265/311
Toprak, Ahmet, <i>Das schwache Geschlecht – die türkischen Männer. Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Doppelmoral der Ehre</i> (Michael Tunç)	266/464
Wacquant, Loïc, <i>Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays</i> (Christian Schröder)	268/273
Weingarten, Michael (Hg.), <i>Strukturierung von Raum und Landschaft. Konzepte in Ökologie und der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse</i> (Stephan Freißmann)	267/615
Zur Nieden, Birgit, u. Silke Veth (Hg.), <i>Feministisch – Geschlechterreflektierend – Queer? Perspektiven aus der Praxis politischer Bildungsarbeit</i> (Bodo Niendel)	267/611

Pädagogik

Beicht, Ursula, Günter Walden u. Hermann Herget, <i>Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung in Deutschland</i> (Antje Pabst)	266/461
Beinke, Lothar, <i>Berufswahl und ihre Rahmenbedingungen. Entscheidungen im Netzwerk der Interessen</i> (Andreas Gmelch)	268/269
Blömeke, Sigrid, Hans-Jochen Gamm, Thomas Gatzemann u.a. (Hg.), <i>Jahrbuch für Pädagogik 2004: Globalisierung und Bildung</i> (Mathias Lomb)	265/309
Ehlers, Ulf-Daniel, <i>Qualität im E-Learning aus Lernericht</i> (Insa Füller u. Anke Grotlüschen)	265/306
Elsholz, Uwe, Julia Gillen, Rita Meyer u.a. (Hg.), <i>Berufsbildung heißt: Arbeiten und Lernen verbinden! Bildungspolitik, Kompetenzentwicklung, Betrieb</i> (Ralf Brodesser)	266/459
Faulstich, Peter (Hg.), <i>Öffentliche Wissenschaft. Neue Perspektiven der Vermittlung in der wissenschaftlichen Weiterbildung</i> (Anne Thilloßen)	267/608
Forum Demokratischer AtheistInnen (Hg.), <i>Mission Klassenzimmer. Zum Einfluss von Religion und Esoterik auf Bildung und Erziehung</i> (Dick Boer)	268/272
Gomolla, Mechthild, <i>Schulentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft</i> (Georg Auernheimer)	264/141
Grotlüschen, Anke, u. Barbara Brauchle, <i>Bildung als Brücke für Benachteiligte. Hamburger Ansätze zur Überwindung der Digitalen Spaltung</i> (Patricia Arnold)	265/308
Hamburger, Franz, Tarek Badawia u. Merle Hummrich (Hg.), <i>Migration und Bildung. Über das Verhältnis von Anerkennung und Zumutung in der Einwanderungsgesellschaft</i> (Georg Auernheimer)	268/270
Haug, Frigga, u. Ulrike Gschwandtner, <i>Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend</i> (Georg Auernheimer)	268/268
Hensge, Kathrin, u. Philipp Ulmer (Hg.), <i>Kommunizieren und Lernen in virtuellen Gemeinschaften. Neue Wege der Qualifizierung des Bildungspersonals</i> (Anne Thilloßen)	265/307
Paulo Freire Zentrum u. Österreichische HochschülerInnenschaft (Hg.), <i>Ökonomisierung der Bildung. Tendenzen, Strategien, Alternativen</i> (Andreas Merken)	266/457
Rauschenbach, Thomas, Wiebken Dux u. Erich Sass (Hg.), <i>Informelles Lernen im Jugendalter</i> (Dieter Kirchhöfer)	267/605

Riegel, Christine, <i>Im Kampf um Zugehörigkeit und Anerkennung. Orientierungen und Handlungsformen von jungen Migrantinnen</i> (Karin Elinor Sauer)	264/142
Tietz, Lüder (Hg.), <i>Homosexualität verstehen, Kritische Konzepte für die psychologische und pädagogische Praxis</i> (Thomas Rieske)	266/462
Tully, Claus J. (Hg.), <i>Lernen in flexibilisierten Welten. Wie sich das Lernen der Jugend verändert</i> (Dieter Kirchhöfer)	267/605
Uhlig, Christa, <i>Reformpädagogik: Rezeption und Kritik in der Arbeiterbewegung</i> (Peter Faulstich)	267/607
Ullrich, Heiner, Till-Sebastian Idel u. Katharina Kunze (Hg.), <i>Das Andere Erforschen. Empirische Impulse aus Reform- und Alternativschulen</i> (Joachim Stary)	264/143

Soziale Bewegungen und Politik

Adamczak, Bini, <i>Kommunismus. Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird</i> (Hannes Kuch)	268/286
Alfred, Taiaiake, <i>Wasáse. Indigenous Pathways of Action and Freedom</i> (Thomas Wagner)	268/288
Azzellini, Dario, u. Boris Kanzleiter (Hg.), <i>Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung</i> (Katharina Zeiher)	266/470
Bergmann, Theodor, <i>Rotes China im 21. Jahrhundert</i> (Christoph Görg)	268/281
Bischoff, Joachim, Klaus Dörre, Elisabeth Gauthier u.a. (Hg.), <i>Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien</i> (Christina Kaindl)	265/316
Brand, Ulrich, <i>Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien</i> (Christian Schröder)	265/320
Chang, Maria Hsia, <i>Falun Gong: The End of Days</i> (Thomas Hock)	268/283
Childs, John Brown, <i>Transcommunitary. From the Politics of Conversion to the Ethics of Respect</i> (Thomas Wagner)	268/288
Fehlbier, Tobias, <i>Die Außenpolitik der VR China im asiatisch-pazifischen Raum: Zwischen Konfrontation, Kooperation und Integration</i> (Alexander M. Thanner)	268/284
Frank, Thomas, <i>What's the Matter With Kansas? How Conservatives Won the Heart of America</i> (Ingar Solty)	264/155
Frech, Siegfried, u. Peter I. Trummer (Hg.), <i>Neue Kriege. Akteure, Gewaltmärkte, Ökonomie</i> (Katharina Zeiher)	266/470
Hentges, Gudrun, Malte-Henning Meyer, Jörg Flecker u.a., <i>The Abandoned Worker – Socio-economic Change and the Attraction of Right-wing Populism</i> (Christina Kaindl)	265/316
Klare, Michael, <i>Blood and Oil. The Dangers and Consequences of America's Growing Petroleum Dependency</i> (Frank Unger)	264/156
Kunz, Thomas, <i>Der Sicherheitsdiskurs. Die Innere Sicherheitspolitik und ihre Kritik</i> (Sven Bergmann)	266/472
Laclau, Ernesto, <i>On Populist Reason</i> (Markus-Michael Müller)	265/314
Lessenich, Stephan, Andrea Nahles, Jürgen Peters u.a., <i>Den Sozialstaat neu denken</i> (Christina Kaindl)	265/319
Möller, Kay, <i>Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949 bis 2004</i> (Alexander M. Thanner)	268/284
Matonti, Frédérique, <i>Intellectuels Communistes. Essai sur l'obéissance politique La Nouvelle Critique (1967-1980)</i> (Kolja Lindner)	268/285

Nolte, Paul, <i>Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus</i> (Richard Gebhardt)	268/290
Roth, Klaus, <i>Genealogie des Staates. Prämissen des neuzeitlichen Politikdenkens</i> (Armin Steil)	264/153
Schmid, Bernhard, <i>Algerien. Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land</i> (Kolja Lindner)	268/287
Ziai, Aram, <i>Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik</i> (Friederike Habermann)	265/322

Ökonomie

Altwater, Elmar, <i>Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik</i> (Julian Müller)	267/617
Agenturschluss (Hg.), <i>Schwarzbuch Hartz IV</i> (Christian Schröder)	267/618
Baumeister, Hella, Ulrich Gransee, u. Klaus-Dieter Zimmermann (Hg.), <i>Die Hartz-Reformen: Die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen</i> (Christian Schröder)	267/618
Bofinger, Peter, <i>Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle</i> (Klaus Schabacker)	265/328
Büro für angenehme Lebensweisen (Hg.), <i>Prekäre Bewegungen</i> (Mario Candeias)	264/157
Burchardt, Hans-Jürgen, <i>Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus</i> (Dario Azzellini)	266/479
Bronger, Dirk, u. Johannes Wamser, <i>Indien-China. Vergleich zweier Entwicklungswege</i> (John P. Neelsen)	268/301
Chen Guidi, u. Wu Chuntao, <i>Zur Lage der chinesischen Bauern. Eine Reportage</i> (Reiner Müller)	268/297
Cho, Hyekyung, <i>Chinas langer Marsch in den Kapitalismus</i> (Rolf Czeskleba-Dupont)	268/292
<i>Critical Asian Studies</i> , 37. Jg., 2005, H. 3 u. 4 (Frido Wenten)	268/295
Eick, Volker, Britta Grell, Margit Mayer u. Jens Sambale, <i>Nonprofit-Organisationen und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik</i> (Henrik Lebuhn)	264/160
Frank, Andre Gunder, <i>Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem</i> (Wolfgang Fritz Haug)	268/304
Frankfurter Arbeitslosenzentrum (Hg.), <i>Arbeitsdienst – wieder salonfähig! Autoritärer Staat, Arbeitszwang und Widerstand</i> (Christian Schröder)	267/618
Freeman, Alan, u. Boris Kagarlitsky, <i>The Politics of Empire</i> (Markus-Michael Müller)	266/478
Gabriel, Satyananda J., <i>Chinese Capitalism and the Modernist Vision</i> (Richard D. Wolff)	268/298
Gorz, André, <i>Wissen, Wert und Kapital</i> (Oliver Walkenhorst)	266/482
Hart-Landsberg, Martin, u. Paul Burkett, <i>China and Socialism. Market Reforms and Class Struggle</i> (Frido Wenten)	268/295
Hirsch, Joachim, <i>Materialistische Staatstheorie</i> (Florian Flörsheimer)	266/476
Klenner, Wolfgang, <i>Chinas Finanz- und Währungspolitik nach der Asienkrise</i> (Martin Beckmann)	268/299
Knolle-Grothusen, Ansgar, u. Peter Hartmann, <i>Umriss einer ökonomischen Analyse des Kapitalismus heute</i> (Thomas Lühr)	265/324
Kohlmorgen, Lars, <i>Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus</i> (Jörg Nowak)	266/480

Kurz, Robert, <i>Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems</i> (Ingo Stützle)	265/326
Müller, Albrecht, <i>Machtwahn</i> (Joachim Hirsch)	266/473
Müller, Eva, <i>Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung</i> (Ingo Stützle)	265/323
Panitch, Leo, u. Colin Leys (Hg.), <i>Socialist Register 2005: The Empire Reloaded</i> (Edgar Göll)	265/327
Pirker, Reinhard, <i>Märkte als Regulierungsformen sozialen Lebens</i> (Werner Raza)	264/161
Roesler, Jörg, u. Dagmar Semmelmann, <i>Vom Kombinat zur Aktiengesellschaft. Ostdeutsche Energiewirtschaft im Umbruch in den 1980er und 1990er Jahren</i> (Renate Hürtgen)	265/330
Roth, Karl Heinz, <i>Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven</i> (Mario Candeias)	264/157
Worldwatch Institute (Hg.), <i>Zur Lage der Welt 2006. China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft</i> (John P. Neelsen)	268/301
Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, »Kapitalistische Schwellenländer – Aufstieg der Peripherie?«, Nr. 67, 17. Jg., 2006 (John P. Neelsen)	268/301

Geschichte

Barth, Boris, u. Jürgen Osterhammel (Hg.), <i>Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert</i> (Uwe Fuhrmann)	267/626
Behrend, Manfred (Hg.), <i>Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns. In der Sicht eines DDR-Chronisten</i> (Stephan Lieske)	267/632
Burrichter, Clemens, Detlef Nakath u. Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), <i>Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000</i> (Frank Unger)	267/630
Canfora, Luciano, <i>Das Auge des Zeus – Deutsche Geschichtsschreibung zwischen Dummheit und Demagogie. Antwort an meine Kritiker</i> (Georg Fülberth)	267/628
Canfora, Luciano, <i>Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union</i> (Georg Fülberth)	267/628
Grandner, Margarete, Dietmar Rothermund u. Wolfgang Schwentker (Hg.), <i>Globalisierung und Globalgeschichte</i> (Peter Jehle)	267/622
Heigl, Richard, Petra Ziegler u. Philip Bauer (Hg.), <i>Kritische Geschichte. Perspektiven und Positionen</i> (Gottfried Oy)	264/164
Richards, Michael D., <i>Revolutions in World History</i> (David Mayer)	267/627
Schmidinger, Thomas, <i>ArbeiterInnenbewegung im Sudan</i> (Jan Zofka)	264/163
Wallerstein, Immanuel, <i>Die große Expansion. Das moderne Weltssystem III: Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert</i> (Richard Heigl)	267/624
Wallerstein, Immanuel, <i>World Systems Analysis. An Introduction</i> (Richard Heigl)	267/624
Winkler, Heinrich A. (Hg.), <i>Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland</i> (Nico Koppo)	264/162

FORUM

Wissenschaft

4 / 2006

Daseins-»Vorsorge«? Zur Kritik einer europäischen Richtlinie

C.Deckwirth: Privatisierungs-Zugriff der EU auf Infrastrukturen

I.Hansen: PPP-Irrwege in europäischen Verkehrsinfrastrukturen

C.Bauhardt: Gender und Wasser. Feministische Kritik am globalen Privatisierungsdruck

W.Rügener: Finanzinvestoren-Zugriff auf Wohnungen in öffentlichem Eigentum

R.Becker: Frauenwohnen. Die Wohnungsfrage aus feministischer Perspektive

M.Creydt: Kritik von Globalisierungs-Analysen und -Bewertungen

Debatte

L.Vorspel: Kritik der LehrerInnenbildung

T.Bultmann: Demnächst vogelfrei. NRW-»Hochschulfreiheitsgesetz«

M.Massarrat: Über Kioto I hinaus. Politisch-strategisches Szenario für den Klimaschutz

H.Weinbach: Schichtwechsel. Klassismus-oder »Unterschichten«-Debatte?

K.-H.Tjaden: Gesellschaftliche Planung. Diskussion in der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung

F.Nitzsche: Den Sozialstaat in Europa erneuern – Tagungsbericht. Einige Antworten und viele Fragen

M.Berndt: Bundeswehr im Innern – Aushöhlung des Grundgesetzes

23. Jg. 2006

Herausgeber: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Gisselberger Straße 7, 35037 Marburg – www.bdwi.de/forum/ – Verantwortl. Redakteurin: Claudia Stellmach – Redaktion: Marco Geis, Bernd Schneider. – Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 7 €, Jahresabo 26 € (Ausland: 30 €).



297 / 2006

Kinder, Kinder... Planspiel Bevölkerungspolitik

Autorinnenkollektiv Bevölkerungspolitik: Das Schweigen nach Kairo. Institutionalisierte Bevölkerungspolitik

B.Rainer: Geburtenkontrolle als System. Geschichte des Überbevölkerungsdiskurses

Ch.Parsdorfer: Grenzen der Selbstbestimmung. Wie in Mexiko Geschlecht und Ethnizität die Wahl der Verhütungsmittel beeinflussen

I.Attané: Welt ohne Frauen. Geburtenkontrolle und Misogynie in Indien und China

Ch.Butterwegge: Deuschtmüelnder Demografiediskurs. Über die Biologisierung des Sozialen

D.Hummel u. C.Janowicz: Demografisierte Konflikte

A.Lipinsky: Ein Schritt vorwärts – zwei zurück. Der Weltbevölkerungsbericht zu Frauen und Migration

T.Müller: Postkolonialismus: Warum der Zucker billig war. Die niederländische Debatte über Sklaverei

Politik und Ökonomie

A.Groth: Ein echter Fortschritt. Armutsverschärfung durch die Regionalen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU

O.Pye: Weder Empörung noch Freude. Der Putsch in Thailand ist eine Verschlimmbesserung

J.Kohler: El Salvador. Die Todesschwadronen gehören nicht der Vergangenheit an

J.Böhlke-Itzen u. J.Zeller: Deutscher Kolonialismus. Wie er heute verherrlicht wird

15. Jg. 2006

Herausgeber: Aktion Dritte Welt e.V. – Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 4 €, Jahresabo 32 € (erm. 26 €). – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 79020 Freiburg i.Br. Redaktion: M.Backes, U.Bergmann, I.Erbach, T.Goehe, S.Günther, M.Hoffmann, G.Lutz, O.Meineck, J.Müller, U.Nickel, C.Neven-du-Mont, C.Parsdorfer, W.Rust, S.Schülein, A. Schwendemann, C.Seidler, J.Später, W.Stadter, C.Stock, S.Weber, H.Wegmann – www.iz3w.org

journal

FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

3 / 2006

Konflikttransformation und Friedensprozesse

Th.Paffenholz: Peacebuilding. A Task for Development Cooperation

A.Bendana: Peacebuilding and Neoliberalism. Will Foreign Dictated State-Building prevail?

W.Graf, G.Kramer u. A.Nicolescou: Conflict Transformation through Dialogue

L.Lenhart: Der Krieg im Norden Ugandas. Konfliktdimensionen und Friedenspotenziale

R.Meyer: Der Israelisch-Palästinensische Konflikt

2 / 2006

Regionale Integration: Tendenzen und Alternativen

J.Becker: Metamorphosen der regionalen Integration

O.Schwank: Regionale Integration und Polarisierung: Die Southern African Development Community

E.Gudynas: Von weicher Integration und hartem Handel zu autonomem Regionalismus

I.El Masry: Von der Einheit zur Zersplitterung? Die arabische Integration im Spannungsfeld historischer und internationaler Rahmenbedingungen

22. Jg. 2006

Journal für Entwicklungspolitik (JEP). – Redaktion: G.Faschingeder, K.Fischer (verantwortl.), M. Franz, I.Grau, I.Maral-Hanak, F.Herdin, K.Imhof, J.Jäger, B.Köhler, F.Kolland, R.Kuppe, B.Leubolt, B.Notheegger, A.Novy, Ch.Parnreiter, P.Purkarthofer, K.Raffer, A.Skühr. – Redaktionsadresse: Berggasse 7, A-1090 Wien, Tel. +43 (1) 317 40-18, Fax: -15, jep@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep Einzelhefte 9,80 € zzgl. Porto; Jahresabo: 39,80 €

MARXISTISCHE BLATTER

5 / 2006

Aktuell

G.Deumlich: Bush extrem totalitaristisch

J.Monossowa u. V.Metzroth: Kunde aus der »Schweiz des Nahen Ostens«

G.Pohl: Demokratischer Nationalkonvent in Mexico

Demokratie

V.Giacché: Welche »Demokratie«?

E.Hahn: Georg Lukács und die »Renaissance des Marxismus«

L.Elm: Der Übergang zur Restauration nach 1945

U.Jelpke: Der erneute Wettlauf um die Verschärfung von Gesetzen

E.Sieker: Macht – Wirtschaft – Medien

H.-P.Brenner: Der »demokratische Imperialismus« und die »neuen Kriege«

N.Hager: Die Demokratiefrage im Parteiprogramm der DKP

Positionen

W.Seppmann: Deutung und Bedeutung – Über die Ästhetik der Herrschaft

P.Michel: Ende des Bilderstreits?

R.Albrecht: Hannah Ahrendt – Politische Philosophie und philosophische Politik

44. Jg. 2006

Herausgeber: G.Binus, H.Gabrecht, Th.Hagenhofer, N.Hager, H.H.Holz, H.-J.Knoben, R.Landefeld, F.Schmid, W.Seppmann, H.Stehr, P.Strutynski, W.Teuber sowie die gesamte Red. – Jährlich 6 Hefte, Einzelh. 7,50 €, Jahresabo 42,50 € (erm. 27,50 €). – Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, NeueImpulse@aol.com – Redaktion: G.Deumlich, L.Geisler, W.Gerns, M.Idler, H.Kopp (v.i.S.d.P.), H.Lederer, D.Lohaus, U.Möhlenberg, R.Steigerwald, K.Wagener. – Anschrift: s. Verlag, Tel. 0201/236757. – www.MarxBlatter.placerouge.org

PERIPHERIE

Zeitschrift für Politik und Ökonomie
in der Dritten Welt

103 / 2006

Erfolg! Erfolg! Erfolg!

L.Kin Chi: Unzeitgemäße Betrachtungen über Modernisierung in China

W.Flock: Soziale Entwicklung im Neoliberalismus. Eine empirische Analyse zu den urbanen Volkssektoren Chiles

H.Löfgren u. P.Malhotra: Der Aufstieg der indischen Pharmaindustrie. Transformation der globalen Wettbewerbslandschaft?

J.Harnischfeger: Ethnische Selbstbestimmung und Demokratie. Minoritätenvölker und Milizen im Nigerdelta

Diskussion

C.v.Braunmühl: Ein Apropos zum Verhältnis von Entwicklungstheorie und -praxis

S.Batliwala u. D.Dhanraj: Gender-Mythen, die Frauen instrumentalisieren

Kommentar

A.Flores: Libanon und Gaza – die Hintergründe

26. Jg. 2006

Herausgeber: Wissenschaftl. Vereinigung f. Entwicklungstheorie u. Entwicklungspolitik e.V. – Redaktion: P.Ay, E.Grawert, J.Handrack, G.Hauck, D.Haude, W.Hein, U.Hoering, R.Köbler, H.Mertens, Th.Mutter, M.Ramminger (verantwortl.), U.Schultz, G.Zdunck – Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 9,10 €, Jahresabo 30,10 € zzgl. Versand. – Redaktionsanschrift: p/a Inst. f. Theologie u. Politik (ITP), Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr 26a, 48145 Münster

PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

144 / 2006

Europa

M.Beckmann, F.Deppe u. M.Heinrich: In schlechter Verfassung? Ursachen und Konsequenzen der EU-Verfassungskrise

H.-J.Bieling: Implikationen der neuen europäischen Ökonomie. Reorganisation oder Desorganisation der Produktions- und Innovationsregime?

D.Bohle: »Race to the bottom«? Die Dynamik der Konkurrenzbeziehungen in der erweiterten Europäischen Union

M.Heine u. H.Herr: Die Europäische Währungsunion im Treibsand

G.Carchedi: Der militärische Arm der Europäischen Union

J.Becker: Transformation, soziale Unsicherheit und der Aufstieg der Nationalkonservativen. Kontrastfälle aus Zentralosteuropa

A.Karrass u. A.Fisahn: Plädoyer für eine zukunfts offene Verfasstheit Europas

Außerhalb des Schwerpunkts

A.Koch: Hizbullah, Libanon und Israel

Einsprüche

A.Demirowić: Chancengleichheit und politischer Liberalismus – eine Perspektive für die Linke? Replik auf Bernd Ladwig

B.Ladwig: Links und frei. Eine Antwort auf Alex Demirowić

36. Jg. 2006

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvater, M.Heinrich, H.Herr, B.Mahnkopf, K.Müller, S.Nuss, P.Schaper-Rinkel, D.Schmidt. – Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 10,20 €, Jahresabo 8,20 € zzgl. Porto. – Redaktionsanschrift: Postfach 100529, 10565 Berlin. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr 26a, 48145 Münster

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

194 / 2006

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

M.Wolf: Hartz IV: ausgrenzende Aktivierung oder Lehrstück über die Antastbarkeit der Würde des Menschen

R.Sorg: Kapitalismus und Soziale Arbeit

Informationskapitalismus

H.-G.Gräbe: Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft

P.Ullrich u. A.Müller: Wissenschaftlich Arbeiten mit freier Software

Rechtskritik

A.Fisahn: Ergebnisse der »Föderalismus-reform«

193 / 2006

Essay

W.Schmidt: Peter Weiss – Intellektueller in der geteilten Welt

Partei ohne Bewegung

W.Adolphi: Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

C.Lay: Abschied vom »Ernährermodell«. Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik der Neuen Linken

17. Jg. 2006

Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz von G.Kohlmeier und H.Steiner – Redaktion: Wolfram Adolphi, Arndt Hopfmann, Marion Kunze, Ulla Plener, Arnold Schölzel, Jörn Schüttrumpf – Einzelheft 6 €; Jahresabo im Inland 57 € incl. Versand, im Ausland 75 € – Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16, 10718 Berlin

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

68 / 2006

Prekärer Sektor – Erfahrungen, Einstellungen, Gegenstrategien

M.Candeias: Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung

U.Schumm-Garling: Superflex und Spider Mum – die Generation Praktikum

C.Postiglione: Die italienischen Gewerkschaften und das Prekariat

J.Schulten: Der »neue Syndikalismus« der argentinischen CTA

G.Wiegel: Aufschwung der extremen Rechten in der Bundesrepublik

Staat – Imperialismus – Ideologie

M.R.Krätke: Der alte Staat, die neue Weltordnung und die Linke

F.Unger: Die USA und das Öl

E.Hahn: Alltagsideologie, Ideologiebedarf und Ideologieproduktion in Umbruchphasen des Kapitalismus

Weitere Beiträge

H.Klenner: Über die Aktualität der Marxschen Unterscheidung zwischen den Bürger- und den Menschenrechten

K.-H.Tjaden: Philosophie des Subjekts und materialistische Wissenschaften

17. Jg. 2006

Hgg. v. Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M) und vom IMSF e.V. – Redaktionsbeirat: J.Bischoff, D.Boris, F.Deppe, W.Goldschmidt, H.Heininger, J.Huffschmid, U.Schumm-Garling, H.Werner – Redaktion: W.Burkhardt, A.Leisewitz, J.Reusch, D.Salomon, R.Schweicher, G.Speckmann, G.Wiegel. – Erscheint vierteljährlich. Abopreis 32 €, im Ausland 38 €, Einzelheft 9,50 € – Redaktion und Vertrieb: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt/M

Summaries

Oskar Negt: The Biggest Social Experiment to Date

China's development to a world market power is based on a special way of adapting technological knowledge from the West. Based on this learning processes China is going through three revolutions at the same time: industrialization, urbanization, and transformation into a free market economy. The question is whether this transformation process will end in a Chinese social welfare state or will downsize the European welfare systems to today's Chinese level of social insecurity.

Stefan Schmalz: A Developing Country's Rise to World Power

China's ascent to world power raises a multiplicity of questions for development theory. Using a heterodox approach, this paper argues that the rise of the country to its current model status has been intertwined with a special form of articulation of central and peripheral sectors and a multi-stage process of development. As a result of China's rise there has been a split in the developing world. Traditional export-oriented developing countries are coming under pressure while countries that attune their strategy of growth to China's fast development benefit from it.

Hyekyung Cho: The United States – Inconvenient Patron of China's Economic Miracle

This paper examines the evolution of the economic relations between the U.S. and China in the last two decades. It challenges the prevailing view that China's economic rise comes at the expense of U.S. interests and will result in the decline of U.S. influence. On the contrary, it argues that China's economic growth is in line with the U.S. interests and China needs a strong U.S. economy to continue its economic growth.

Gian Carlo Delgado Ramos: High Tech China

China is not only the producer of cheap mass products, but is developing a huge high tech sector, driven by a strong interconnection of scientific centers, private business, state and military institutions. There are still huge technological gaps compared to the capitalist center states, but in selected scientific fields and important market segments like the valorization of nano technologies in textile production, China is becoming a valuable competitor.

Boy Lüthje: Economic Modernization and Industrial Relations in the New Chinese Capitalism

A specific moment of the Chinese economic development is a contradictory differentiation of production regimes and industrial relations, concerning wages, labor contracts, working conditions, regional and sectorial differences, etc. Politics of production range from traditional state enterprises with integration of unions in managerial functions, new forms of high-performance business communities, to authoritarian, despotic regimes in unorganized branches of industry. As a result, protest and resistance movements are fragmented, sometimes very militant, but limited to single production sites or local questions. Class struggle and forms of regulation have not yet been consolidated.

Rolf Geffken: Transformation and Law in China

The transformation process of Chinese law is a result of the economic, social, and political transformation process China has been undergoing for more than two decades. Even though a market economy has been established nationwide, it is not obvious that the final result

of this process will be a »turbocapitalist« society. On the other hand, the official goal of socialism is even more unrealistic. A more realistic goal of development is a lawful social welfare state. The speed of the legal transformation process has been much slower than the economic transformation process. Remaining socialist vestiges of the former superstructure have deepened social injustice. Besides organizational freedom and more enforced individual rights, a strict fight against corruption in courts and administrative bodies is the most urgent task in the legal process of transformation.

Helmut Peters: Comment on Rolf Geffken's »Transformation and Law in China«

The author criticizes five aspects in Geffken's reasoning. His main argument refers to the absence of a definition of the status quo in China's historical and societal process of development.

Anita Chan: China's Industrial Relations: Between Neoliberal and Organization-Oriented Capitalism

The Chinese industrial system has undergone dramatic changes in the past two and a half decades. The restructuring of state-sector enterprises into shareholding corporations, now regulated by a corpus of laws, is beginning to stabilize into a system that shares many of the features of capitalist systems. Tracing Chinese institutional corporate governance before, during, and after the Maoist period, this paper argues that the state-sector Chinese system that is emerging more closely resembles a model of organization-oriented capitalism than neoliberalism.

Robin Munro, Michael Zhang: Defending Workers' Rights in China. Interview by Jerry Harris

Robin Munro and Michael Zhang talk about the situation of workers' rights in China. Both take part in organizing legal support for workers. They report a rising number of protests especially of rural migrant workers. The question is how to transform the All China Federation of Trade Unions to an organization for the workers – which it is not today.

Minqi Li: The Rise of China and the Age of Transition

China's rising importance in the capitalist world economy raises important questions. How will China's internal social structure be transformed as China assumes different positions in the existing world system? How will other peripheral or semi-peripheral countries be affected? Will China become the next hegemonic power? How will the underlying dynamics of the existing world system itself – the capitalist world economy – be affected? Several possible scenarios are discussed.

Dale Jiajun Wen: China's Ecological Crisis and the Emerging Environmental Movement

China's spectacular economic growth in the last quarter century would not have been possible without large-scale liquidation of natural resources, and can thus not be sustained. After documenting the alarming ecological crisis behind the boom, the paper describes the emerging environmental movement and rural reconstruction movement in China. Both movements are addressing the environmental challenges and exploring new models of development. The Chinese government and these diverse social movements need to work together to build a better and sustainable China.

Tae-Hee Hong: Ancestor Worship, Mode of Production, and Gender Relations in Mao's and Today's China

The paper tries to demonstrate the social changes in China from the viewpoint of gender relations. To explain the stability of discrimination against women, it is important to clarify the relationship between ancestor worship, social formation, and gender relations in China, where gender relations are understood as relations of production.

Bettina Gransow: Resettlers – Why the Risks of Impoverishment for Involuntary Migrants in China are still greater for Women than for Men

Migration research is mostly related to the dominant theme of voluntary rural-to-urban migration. Little attention has been paid to the involuntary migration resulting from infrastructure projects such as the construction of dams, highways, and railways. This paper looks at the social dimensions of involuntary migration in China with a focus on rural women and the risk of impoverishment. It is argued that rural female resettlers are most at risk of falling into poverty.

Wei Xiaoping: For the Preservation of Gender Equality in the Socialist Market Economy in China

China's socialist economic reform have given up the egalitarian principle and accept income differences, which have been caused both by market competition as well as non-public ownership of industry. At the same time, gender inequality has been brought about as well. The paper focuses on this problem and suggests that natural gender differences should not be the basis for a new construct of social gender and thus the basis for a new inequality.

Christa Wichterich: The Reinvention of Gender Inequality in »Red« Neoliberalism

In China, the transformation to neoliberal capitalism implies a social differentiation and a reconstruction of class and gender hierarchies. In the process of liberalization, privatization and integration into the world market, gender differences are re-invented and utilized in the new regimes of labor, the role of women is becoming resexualized and the erstwhile socialist gender equality is being undermined. New forms of discrimination and devaluation of women occur alongside new chances for emancipation.

Nicola Spakowski: »The world does not consist of only one village« – Feminism in China between Western Domination and Chinese Self-Definition

Since the 1990s, internationalization has become a major trend in Chinese feminism. The essay explores the patterns of interaction between Chinese and Western feminists, Chinese assessments of the internationalization process, and the transformation of Western feminist theories and practice in China.

Thomas Heberer, Anja Senz: China's New Nationalism

This paper first presents a short historic overview of Chinese ideas about the nation and the nation-state, and then concentrates on the so-called new nationalism in China. It argues that this new nationalism has today replaced Communist ideology and is an important factor in current Chinese politics. Echoed by the Chinese people, it stabilizes the political system on the one hand, but on the other it constrains the options for action of Chinese political leaders.

Thomas Hock: Confucianism – A Legitimizing Theory of the Chinese State?

The author contends that »Confucianism« has definitively lost its prior social base and traditional functions of rule, thereby permitting this polyvalent construct to be repossessed at an ideological level for very different purposes. A case in point is the contemporary trend here to legitimize state-supporting forms of authoritarianism, conservative values, and culturalism – a trend found also in other parts of the world. In this way, »Confucianism« mystifies hierarchical society rather than providing for its social emancipation.

Chenshan Tian: Chinese Dialectics: The Development of Marxism in China

The informed perspective presented here may help create a sensitivity to the differences in a *tongbian* reading of Marxist philosophy on the part of Chinese intellectuals. It is argued that Chinese Marxism is no longer capable of being understood fully in terms of Western categories. This is because certain Western cosmological assumptions have led to the differences between Marxism and particular philosophical currents in the Chinese tradition.

David Salomon: West-eastern Marxism. Comment on Chenshan Tian

Tian's argument according to which the »sinisation of Marxism« amounts to a break with the western and its incorporation into the Chinese tradition as a variant of *tongbian*, falls short of the critical content of Marxist thought in Europe. The greatness of Marxism is not to be found, as Tian suggests, in the preservation of its tradition's continuity throughout all its breaks, but rather that its tradition only becomes manifest in its breaks and that it rejects all fetishist assertions of transcendence.

Ulrike Eifler, Wei Yiming: Dushu, Organ of China's Unorganized New Left

Dushu is known as the magazine of the New Left in China. It was established in 1979. Since 1996 it has been published by the two intellectuals Wang Hui and Huang Ping who developed *Dushu* to an organ of China's New Left, criticizing the negative impacts of globalization and social problems evolving in China today.

Cao Weidong, Liu Hongxia: Bertolt Brecht in China

It is a two-way constructivist process between Brecht's theatrical theory and practice and China's cultural tradition and its modern theater. Following the main thread of China's acceptance and application of Brecht, the author first turns to each of the three historical periods of this reception, before addressing details of this history. He chooses »alienation effects«, a core concept of Brecht's theatrical theory, as a focal point of his analysis. Finally, he addresses the historical reasons for Brecht's wide acceptance in China, as well as Chinese misreadings of Brecht.

Florian Flörshheimer: »We don't want to be part of this society«. Rock Music in China

Based on a soon-to-be released motion picture that was produced in Germany, *Beijing Bubbles*, the author gives a short description of the development of China's sub-cultural rock music scene. Whereas in the past, rock music in China had been somehow subversive, today it is becoming more and more commercialized in a way that is typical for capitalist societies. But as the author shows, elements of subversion remain.

Zhang Xianmin: Parallel Worlds of Chinese Cinema

The author argues that mainland Chinese film is largely separated into two worlds, one official, the other underground. The first is subject to narrow ideological constraints and depends on state subsidies, whereas the second, which is independent and more realistic in content, is struggling financially but also with state pressure that prevents public screenings in China.

Wolfgang Haible: Impressions from Beijing

These three short stories are based on the author's experiences during 2003-2005 in Beijing. With the examples of the outbreak of the so-called SARS epidemic in 2003, the growing competition between schools and students, and even the beggars on the streets between China's big new commercial buildings, the author outlines the new social conflicts in China today from his personal perspective.

Manfred Wekwerth: Brecht's ›Simplicity‹

Brecht's way of thinking cannot be grasped without taking into account his way of acting. His philosophy exists not only in his philosophical writings, but also in his everyday praxis. A basic category of this praxis is ›naivety‹ and ›simplicity‹. Theater is about telling stories which, because they entertain, are serious. »Art is impossible with naivety.« Sure enough, this refers to a naivety which results from thinking. Its purpose is to keep oneself alert. In order to not fall for the fallacious peacefulness of the Danish landscape, Brecht hung up above his bed a list of all the things that had been stolen from him by the nazis during his escape.

spw

»»

Unterschichten? Prekariat? Klassen?
Mit Beiträgen u.a. von
Benjamin Mikfeld, Klaus Dörre,
Achim Trube, Michael Sommer,
Andrea Nahles und Björn Böhning.
Ca. 120 Seiten, 9,90 Euro

Neu im spw-Verlag!



Bestellungen an spw-verlag@spw.de, im Internet unter www.spw.de oder per Fax 0231/40 2416.

Fehlbier, Tobias, <i>Die Außenpolitik der VR China im asiatisch-pazifischen Raum: Zwischen Konfrontation, Kooperation und Integration</i> (Alexander M. Thanner)	284
Matonti, Frédérique, <i>Intellectuels Communistes. Essai sur l'obéissance politique. La Nouvelle Critique (1967-1980)</i> (Kolja Lindner)	285
Adamczak, Bini, <i>Kommunismus. Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird</i> (Hannes Kuch)	286
Schmid, Bernhard, <i>Algerien. Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land</i> (Kolja Lindner)	287
Childs, John Brown, <i>Transcommunality. From the Politics of Conversion to the Ethics of Respect</i> (Thomas Wagner)	288
Alfred, Taiaiake, <i>Wasáse. Indigenous Pathways of Action and Freedom</i> (Thomas Wagner)	288
Nolte, Paul, <i>Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus</i> (Richard Gebhardt)	290

Ökonomie

Cho, Hyekyung, <i>Chinas langer Marsch in den Kapitalismus</i> (Rolf Czeskleba-Dupont)	292
Hart-Landsberg, Martin, u. Paul Burkett, <i>China and Socialism. Market Reforms and Class Struggle</i> (Frido Wenten)	295
<i>Critical Asian Studies</i> , 37. Jg., 2005, H. 3 u. 4 (Frido Wenten)	295
Chen Guidi, u. Wu Chuntao, <i>Zur Lage der chinesischen Bauern. Eine Reportage</i> (Reiner Müller)	297
Gabriel, Satyananda J., <i>Chinese Capitalism and the Modernist Vision</i> (Richard D. Wolff)	298
Klenner, Wolfgang, <i>Chinas Finanz- und Währungspolitik nach der Asienkrise</i> (Martin Beckmann)	299
Worldwatch Institute (Hg.), <i>Zur Lage der Welt 2006. China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft</i> (John P. Neelsen)	301
Bronger, Dirk, u. Johannes Wamser, <i>Indien-China. Vergleich zweier Entwicklungswege</i> (John P. Neelsen)	301
<i>Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung</i> , »Kapitalistische Schwellenländer – Aufstieg der Peripherie?«, Nr. 67, 17. Jg., 2006 (John P. Neelsen)	301
Frank, Andre Gunder, <i>Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem</i> (Wolfgang Fritz Haug)	304